SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

UNIV. OF CALIFORNIA
MAR 23 1920

# Die Grenzboten

## Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

77. Jahrgang — Jährlich 52 Hefte

## Nr. 40

Letzte Stunde. Von Dr. Max Hildebert Boehm . . . . . 1
„In tausend Zungen". Von Dr. Mathieu Schwann . . . . 5
Die Behandlung der Deutschbalten. Von Hadubert . . . . . 16
Neue Parteiprogramme. Von ✠ . . . . . 22
Die Hoffnung. Von Frieda Port . . . . . 26
Randglossen zum Tage
An den Herausgeber. Von Nemo (S. 27)
Materialien zur Polenpolitik
Die Neutralisierung der Weichsel (30). — Ein soziales Bureau der polnischen Reichstagsfraktion (30).
Maßgebliches und Unmaßgebliches
Teufeleien und ihr Widerspiel (30).

---

Ausgegeben am 4. Oktober 1918

1 Mark das Heft

Berlin SW 11
Tempelhofer Ufer 35a

9.— Mark vierteljährlich

Anzeigen-Annahme durch den Verlag der Grenzboten, Berlin SW 11, und durch alle Annoncenexpeditionen.

# Anzeigen

Anzeigenpreis: 60 Pf. die 3 gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum. 25 % Teuerungszuschlag.

**Die Deutsch-Russischen Handelsverträge** 1189—1904

Ein geschichtlicher Überblick

von

**Prof. Dr. Leop. Karl Goetz**

Preis M. 1.25

Teuerungszuschlag 25%.

Verlag der Grenzboten, G. m. b. H. Berlin SW. 11.

## Unterrichts-Anstalten

**Dr. Fischersche Vorbildungsanstalt**

**Berlin W 57, Zietenstrasse 22—23 — Leiter Dr. Schünemann — Gegründet 1888**

für Fahnenjunker, Kriegsfreiwillige, überhaupt alle Militär- und Schul-Exam., auch für **Damen.** Empfehlungen aus ersten Kreisen, **hervorragende Erfolge,** Stamm altbewährter Lehrkräfte. Unterricht während der Kriegszeit ohne Einschränkung. Bis 1. Jan. 18 bestanden 5045 Zöglinge u. a. 3196 **Fahnenjunker,** 1917 u. a. noch 33 **Abitur.** (5 Damen), 22 **Prim.,** 144 **Einjähr.** Vorbereitung Beurlaubter und **Kriegsteilnehmer** zu allen Prüfungen.

**Die Militär-Vorbereitungsanstalt zu Gross-Lichterfelde, Ringstrasse 105**

bereitet seit 1904 besonders auf die **Fähnrichprüfung** u. Prüfung für **Prima** vor. Unterricht durch **7 Professoren** und 2 Oberl. in kleinen Klassen. Prospekt frei.
**Hempel, Professor,** früher langjähriger Lehrer im Cadettenkorps.

Einjährige
Prim. Abitur. Fähnr.
**Dr. Harangs**
Höhere Lehr-Anstalt
Halle-Saale.
Schülerheim.
Bericht.

**v. Hartungsche Anstalt**
**Cassel-Wilhelmshöhe**
**Vorbereitung für alle Schul- und Notexamina, besonders Fähnrichexamen. — Prospekt durch den Direktor K. Topt.**

**Technikum Hildburghausen**
Programm frei
Höh. Maschb. u. Elektrot.-Schule, Werkmeister-Schule.
Dir. Prof. Zizmann.

**Die Polenfrage vor der Entscheidung**

von **Georg Cleinow**

. . . Wir müssen immer wieder auf die gewaltigen militärischen Interessen, die auf dem Spiele stehen, hinweisen, und in die Nation, die so Unerhörtes leistet, das Selbstvertrauen hineinhämmern, daß sie auch in der Polenfrage alles vollbringen kann, was ihrem Nutzen dienlich ist. . . .

Preis Mark 1.— durch alle Buchhandlungen oder direkt beim Verlag.

Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11.

UNIV. OF
CALIFORNIA

# Die Grenzboten

77. Jahrgang. Viertes Vierteljahr

UNIV. OF
CALIFORNIA

UNIV. OF
CALIFORNIA

Die

# Grenzboten

Zeitschrift für
Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber
Georg Cleinow

77. Jahrgang

Viertes Vierteljahr

Berlin
Verlag der Grenzboten G. m. b. H.
1918

UNIV. OF
CALIFORNIA

QE3
G7
v.77:4

# Inhaltsverzeichnis

## Jahrgang 1918. Viertes Vierteljahr


Heft Seite

### Politik, Geschichte, Kolonialwesen, Militär

ABC (Drei nicht geschriebenen Kanzlerbriefe) 49, 236
Abgrund? Am —, von Georg Cleinow . . . 46, 169
Ansiedelungspolitik, s. In tausend Jungen, von Dr. Mathieu Schwann . . . . . 40, 5
Ära, Die neue — . . . . . 42, 68
Baltische Frage, England und die —, von Hadubert . . . . . 44, 115
Belgischer Terrorismus, von Dr. Hans Witte 42, 61
Bismarcks Vermächtnis, von Otto Hammann 51, 269
Bolschewismus, von Dr. Walter Lessing . . 48, 214
Demagogentum, von H. O. M. . . . . 42, 77
Deutschbalten, Die Behandlung der —, von Hadubert . . . . . 40, 16
Deutschösterreich und seine Nachbarstaaten, von Prof. Dr Robert Sieger . . . . . 50, 252
Einheitsstaat, Führt die heutige demokratische Bewegung zum — oder zu einer Verstärkung des Partikularismus? von Prof. Dr. G. Below 49, 221
Ein- und Ausblicke, von Georg Cleinow . . 50, 245
Elsaß-Lothringen, Die Lage in —, von Hadubert 46, 164
Englands Sieg? . . . . . 47, 195
England und die baltische Frage, von Hadubert 44, 115
Europas Tod, von Dr. Mathilde Kelchner . 45, 148
Frau, Die Politisierung der —, von Dr. Mathilde Kelchner . . . . . 50, 249
Friedensgesprächen, Materialien zu den — . 51, 294
Großblock, Vom — zur Mehrheit, von Dr. Karl Buchheim . . . . . 45. 133
Großmächte, Die drohende Atomisierung der —, von Dr. Richard Hennig . . . . . 49, 224
Nachtrag hierzu v.: Die revolutionäre Grippe 52, 315
Indiameerreich, Das britische —, von Dr. Kurt Krause . . . . . 41, 42
Kaleidoskop, von O. L. . . . . 44, 124
Katholizismus und Völkerversöhnung, von Dr. Karl Buchheim . . . . . 52, 301
Koniginhofer Handschrift, Zur Jahrhundertfeier der —, von Prof. Franz Spina . . . . 41, 49
Krieg und Frieden, Zwischen —, von G. Cl. 42, 76
Lage, Die —, von Georg Cleinow . . . . 43, 81
Ludendorff, Von — zu Bayer, von Georg Cleinow . . . . . 44, 105
Nationalversammlung und Parteien, von Dr. Max Hildebert Boehm . . . . . 48, 197
Osten!, Sammeln im —, von Georg Cleinow 45, 129
Österreichischen Frage, Zur —, von Dr. Max Hildebert Boehm . . . . . 42, 72
Österreichs, Der Zusammenbruch — und unsere Diplomatie . . . . . 46, 158
Österreich-Ungarns, Umgestaltung —, von Prof. Dr. Robert Sieger . . . . . 47, 178
Parteiprogramme, Neue — . . . . . 40, 22

Heft Seite

Polenpolitik, Materialien zur — . . . . . 40, 30
41, 52
42, 79
45, 149
50, 263
Politik und Wissenschaft, von Dr. Hans Roeseler 49, 229
Posen?, Wohin gehört — . . . . . 46, 158
Randglossen zum Tage. An den Herausgeber, von Nemo . . . . . 40, 27
Revolution, Die deutsche —, von Dr. H. O. Meisner . . . . . 47, 185
Schichtung und Umschichtung, von Dr. Moritz Goldstein . . . . . 51, 290
Schuld, Die — am Kriege . . . . . 44, 126
Selbstbestimmungsrecht — Revolution von O. L. 42, 76
Sozialdemokratie, Das Aktionsprogramm der — s. Parteiprogramme, Neue . . . . . 40, 22
Sozialdemokratischen Programms. Die Entwicklung des —, von Dr. Max Hildebert Boehm . . . . . 47, 178
Staatslehre, Kleine —, von Dr. Moritz Goldstein . . . . . 48, 202
Straßburger Brief, von Dr. Paul Wentzcke . 44, 118
Stunde, Letzte —, von Dr. Max Hildebert Boehm . . . . . 40, 1
Süddeutsche Stimmungen, von Dr. Robert Kauffmann . . . . . 49, 239
Teufeleien und ihr Widerspiel, von H. O. M. 40, 30
Verfassungsänderungen, Zu den —, von H. O. M. 45, 146
Vlamen und Flaminganten, von Dr. Hans Witte . . . . . 47, 89
Völkerbund — Bündnisse, von O. L. . . . 41, 54
Völkerbund und neuer Weltkrieg, von Prof. Dr. Conrad Bornhak . . . . . 42, 57
Wandlungen . . . . . 43, 92
Weltdemokratie oder nationaler Sozialismus?, von Georg Cleinow . . . . . 47, 193
Zusammenbruch?, von Georg Cleinow . . . 41, 33

### Volkswirtschaft, Verwaltung, Sozialwesen

Achtstundentag, Der — ein nationales Unglück 52, 305
Ansiedelungspolitik, s. In tausend Jungen, von Dr. Mathieu Schwann . . . . . 40, 5
Elsaß-Lothringen im deutschen Industriestaat, von Dr. Freundt . . . . . 45, 144
Ernährungsprobleme, von Geh. Oberregierungsrat Dr. Bittmann . . . . . 48, 217
Schichtung und Umschichtung, von Dr. Moritz Goldstein . . . . . 51, 290
Wegen, Auf neuen —, von Arthur A. Brandt 51, 283


40765

Heft Seite

## Rechtsfragen, Bildung und Erziehung, Kirche

Berufswahl und Begabtenschule, von Prof. Dr. Wilhelm Martin Becker . . . . . 45, 137
Bibliothekswesen im Weltkriege, Deutsches —, Dr. Richard Fick . . . . . 48, 207
Kriegshochschulkurse, Die Bedeutung der Straßburger —, von Prof. Dr. Paul Symank 42, 65
Kultusministeriums, Das Reformprogramm des preußischen —, von Dr. Max Hildebert Boehm . . . . . 50, 257
Schöffengericht oder Strafkammer? von Domenicus . . . . . 44, 127
Trennung von Staat und Kirche, von Pfarrer Albrecht Kaiser . . . . . 52, 311
Verwaltungsordnung, Die neue — für die städtischen höheren Schulen, von Prof. Dr. Paul Hildebrandt . . . . . 43, 85

## Kulturgeschichtliches, Länder-, Völker- und Sprachenkunde

„Buchen", von K. B. . . . . 42, 78
Volkscharakter und Individuum, von Dr. Richard Müller-Freienfels . . . . . 44, 110

## Literatur, Kunst, Philosophie

Flimmerkunst, Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengeigger . . . . . 47, 188
Literatur, Neue erzählende —, (Sammelreferat) von Dr. R. Schacht . . . . . 49, 242
Volkscharakter und Individuum, von Dr. Richard Müller-Freienfels . . . . . 44, 110

## Romane, Novellen, Gedichte.

Die Hoffnung, Gedicht von Frieda Port . . 40, 26
Totenamt, Gedicht von Karl Berner . . . . 48, 220
Versunken, Gedicht von Karl Berner . . . . 49, 238

## Bücherbesprechung.

Ein B anstelle der Seitenzahl bedeutet Bücherliste im Anzeigenteil des betr. Heftes

Avenarius, Ferd.: Das Bild als Narr (Dr. H. O. Meisner) . . . . . 50, 266
Bauch, Bruno: Immanuel Kant (Dr. H. Levy) 43, 96
Fischer, Aloys: Über Beruf, Berufswahl und Berufsberatung (Prof. Dr. W. M. Becker) . 45, 238
Goetz, Walter: Deutschland und der Friede (M. K.) . . . . . 47, 196
Jentsch, Carl, Volkswirtschaftslehre (M. K.) . 50, 267
Külpe: Immanuel Kant (Dr. H. Levy) . . . 43, 97
Lemich, Paul: Drei Jahre Weltrevolution (Dr. H. O. Meisner) . . . . . 43, 97
Louis: Städtisches Schulrecht und inneres Leben der höheren Schule (Prof. Hildebrandt . . . . . 43, 86
Meffert, Dr. theol. Franz: Das zarische Rußland und die katholische Kirche (Prof. Kranz) 43, 101
Meinertz, Dr. Max und Dr. Hermann Sacher: Deutschland und der Katholizismus (Dr. K. Buchheim) . . . . . 52, 301
Meyer, Dr. Hermann: Frankreichs Kampf um die Macht der Welt (Prof. Dr. Conr. Bornhak) . . . . . 43, 101
Moede, Piorkowski, Wolff, Die Berliner Begabtenschule (Prof. Dr. W. M. Becker) . 45, 141
Müller, Herm. von: Psychanalyse und Pädagogik (Prof. Dr. W. M. Becker) . . . . . 45, 189
Pannwitz, Rudolf: Die Krisis der europäischen Kultur (Dr. M. H. Boehm) . . . . . 41, 55
Riedler, Dr. A.: Berufsschutz und Freie Bahn den Tüchtigen (Dipl.-Ing. Dr. A. Lang . . . . . 45, 151
Rieß, Ludwig: Georg Webers Weltgeschichte 41, 56
Rühlmann, Paul: Staatsanschauungen (Dr. H. O. Meisner) . . . . . 43, 102
Romane, s. Neue erzählende Literatur, Sammelreferat (Dr. R. Schacht) . . . . . 49, 242
Ruttmann, W. J.: Allgeme ine Schülerkunde (Prof. Dr. W. M. Becker) . . . . . 45, 143
Schüßler, Dr. Wilhelm: Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich (Dr. M. H. Boehm) 42, 72
Sozialwissenschaftliche Bibliothek . . . . . 43, B
Stammler, Rudolf: „Reichs- und Staatstheorien der Neuzeit", „Mandevilles Bienenfabel", „Recht und Macht" (Dr. H. Roeseler) 49, 230
Vischer, Friedr. Th.: Auch Einer . . . . . 41, B
Wyenbergh, J. van den: Die Organisation des Volksschulwesens auf differentiell-psychologischer Grundlage (Prof. Dr. W. M. Becker): 45, 142

## Mitarbeiter-Verzeichnis

Becker, Prof. Dr. Wilh. Martin, Berufswahl und Begabtenschule . . . . . 45, 137
Below, Prof. Dr. G. von, Führt die heutige demokratische Bewegung zum Einheitsstaat oder zu einer Verstärkung des Partikularismus . 49, 221
Berner, Karl, Totenamt . . . . . 48, 220
Berner, Karl, Versunken . . . . . 49, 238
Bittmann, Geh. Oberreg.-Rat Dr., Ernährungsprobleme . . . . . 48, 217
Boehm, Dr. Max Hildebert, Letzte Stunde . 40, 1
—, „Die Krisis der europäischen Kultur" von Rudolf Pannwitz . . . . . 41, 55
—, Zur österreichischen Frage . . . . . 42, 72
—, Die Entwicklung des sozialdemokratischen Programms . . . . . 47, 178
—, Nationalversammlung und Parteien . . 48, 197
—, Das Reformprogramm des preußischen Kultusministeriums . . . . . 50, 257
Bornhak, Prof. Dr. Conrad, Völkerbund und neuer Weltkrieg . . . . . 42, 57
—, „Frankreichs Kampf um die Macht der Welt" von Dr. Hermann Meyer . . . . 43, 101
Brandt, Arthur A., Auf neuen Wegen . . . 51, 288
Bücher, Dr., Der 8-Stundentag — ein nationales Unglück . . . . . 52, 305
Buchheim, Dr. Karl, Vom „Großblock" zur „Mehrheit" . . . . . 45, 133
—, Katholizismus und Völkerversöhnung . . 52, 301
Cleinow, Georg, Zusammenbruch? . . . . . 41, 33
—, Die Lage . . . . . 43, 81
—, Von Ludendorff zu Payer . . . . . 44, 105
—, Sammeln im Osten! . . . . . 45, 129
—, Am Abgrund? . . . . . 46, 169
—, Weltdemokratie oder nationaler Sozialismus? . . . . . 47, 193
—, Ein- und Ausblicke . . . . . 50, 245
Domenicus, Schöffengericht oder Strafkammer? 44, 127
Fick, Dr. Richard, Deutsches Bibliothekswesen im Weltkrieg . . . . . 48, 207
Freundt, Dr., Elsaß-Lothringen im deutschen Industriestaat . . . . . 45, 144
G. M., Zwischen Krieg und Frieden . . . . 42, 76
Goldstein, Dr. Moritz, Kleine Staatslehre . . 48, 202
—, Schichtung und Umschichtung . . . . 51, 290
Guggengeigger, Emeritus Adrian, Flimmerkunst . . . . . 47, 188
Haububert, Die Behandlung der Deutschbalten 40, 16
—, England und die baltische Frage . . . 44, 115
—, Die Lage in Elsaß-Lothringen . . . . 46, 164
Hammann, Otto, Bismarcks Vermächtnis . . 51, 269
Hennig, Dr. Richard, Die drohende Atomisierung der Großmächte . . . . . 49, 224
—, Die revolutionäre Grippe . . . . . 52, 315
Hildebrandt, Prof. Dr. Paul, Die neue Verwaltungsordnung für die städtischen höheren Schulen . . . . . 43, 85
H. O. M., Teufeleien und ihr Widerspiegel . 40, 30
—, Demagogentum . . . . . 42, 77
—, Zu den Verfassungsänderungen . . . . 45, 146
Kaiser, Pfarrer Albrecht, Trennung von Staat und Kirche . . . . . 52, 311
Kaufmann, Dr. Robert, Süddeutsche Stimmungen . . . . . 49, 229

| | Heft | Seite |
|---|---|---|
| K. B., „Buchen" | 42, | 78 |
| Kelchner, Dr. Mathilde, Europas Lob | 45, | 148 |
| —, Die Politisierung der Frau | 50, | 249 |
| Kranz, Professor, „Das zarische Rußland und die katholische Kirche von Dr. Frz. Meffert | 43, | 101 |
| Krause, Dr. Kurt, Das britische Indiameerreich | 41, | 42 |
| Lang, Dipl.-Ing. Dr. Alexander, „Zur Sicherstellung der Technischen Hochschule" | 45, | 151 |
| Lessing, Dr. Walter, Bolschewismus | 48, | 214 |
| Levy, Dr. Heinrich, „Immanuel Kant" von Br. Bauch | 43, | 96 |
| Meisner, Dr. H. O., „Drei Jahre Weltrevolution" von Paul Lensch, „Staatsanschauungen" von Paul Rühlmann | 43, | 97, 102 |
| —, Die deutsche Revolution | 47, | 185 |
| —, „Das Bild als Narr" von Ferd. Avenarius | 50, | 266 |
| M. K., Deutschland und der Friede" von Walther Goetz u. a. | 47, | 196 |
| —, „Volkswirtschaftslehre" von Carl Jentsch | 50, | 267 |
| Müller-Freienfels, Dr. Richard, Volkscharakter und Individuum | 44, | 110 |
| Nemo, Randglossen zum Tage. An den Herausgeber | 40, | 27 |
| O. L., Völkerbund — Bündnisse | 41, | 54 |
| —, Selbstbestimmungsrecht — Revolution | 42, | 76 |
| —, Kaleidoskop | 44, | 124 |
| Port, Frieda, Die Hoffnung | 40, | 26 |
| Roeseler, Dr. Hans, Politik und Wissenschaft (Sammelreferat) | 49, | 229, 242 |
| Schacht, Dr. R., Neue erzählende Literatur | 49, | 242 |
| Schwann, Dr. Mathieu, „In tausend Zungen" | 40, | 5 |
| Sieger, Prof. Dr. Robert, Umgestaltung Österreich-Ungarns | 47, | 173 |
| —, Deutschösterreich und seine Nachbarstaaten | 50, | 252 |
| Spina, Prof. Franz, Zur Jahrhundertfeier der Königinhof-Handschrift | 41, | 49 |
| Szymanf, Prof. Dr. Paul, Die Bedeutung der Straßburger Kriegshochschulkurse | 42, | 65 |
| Wentzcke, Dr. Paul, Straßburger Brief | 44, | 118 |
| Witte, Dr. Hans, Belgischer Terrorismus | 42, | 61 |
| —, Vlamen und Flaminganten | 43, | 89 |
| Neue Parteiprogramme | 40, | 22 |
| Die neue Ära | 42, | 68 |
| —, Wandlungen | 43, | 92 |
| —, Die Schuld am Kriege | 44, | 126 |

UNIV. OF

# Letzte Stunde

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Deutschland kämpft um sein Leben.

Es wird nicht untergehn.

Mit diesen schlichten Worten eines nicht mehr in Erfahrungsgründen, sondern in Glaubenstatsachen verwurzelten Vertrauens auf die Unvernichtbarkeit des Deutschtums in der Welt schloß ein Gedicht Alfred Kerrs, das wie wenige andere der ungeheuer erregten und doch edel gefaßten Haltung des deutschen Volkes im August 1914 Ausdruck gab. Inzwischen hat die Stimmung bei uns eine ganze Skala von Tönungen abgewandelt. Es folgte der Triumph schnell erfochtener Siege, der einen gänzlich unangebrachten Optimismus ins Kraut schießen ließ, es folgte der Rückschlag der Marnetage, die das Stadium des Dauer- und Zermürbungskrieges heraufführten, dessen Kurve durch Hindenburgs Schläge im Osten und Süden noch gewisse Rückfälle ins romantisch Zugespitzte erfuhr, im großen ganzen aber doch einen völlig neuen Rhythmus durchsetzte. Der Krieg wurde auch strategisch immer ausgesprochener zum reinen Verteidigungskrieg. Der letzte Versuch einer großen offensiven Drehung in diesem Frühjahr setzte erfolgverheißend ein und scheiterte im Juli. Heute sind wir Zeugen des grandiosen Gegenversuches unserer Feinde, uns und unseren

---

## Der Taler spricht:

Bin ich ein Wicht,
Des Mühens und Scharrens
Und Wahrens nicht wert?
Wer schmiedet aus mir
Das deutsche Schwert?
Da hat ihn die „Neunte"
Schweigend genommen:
Er ist in die rechte
Schmiede gekommen.

Bundesgenossen durch einen allgemeinen Angriff an allen Fronten den Todesstoß zu versetzen. Unter einem Feldherrn von entschiedenen Fähigkeiten, mit Heeresmassen, wie sie die Weltgeschichte nicht gesehen hat, mit einem ungeheuren Aufwand technischer Hilfsmittel von modernster Vervollkommnung rennt das Heeresaufgebot einer ganzen Welt auf ein Signal hin in einem Riesenansturm gegen die Festung Mitteleuropa an. Das militärische Drama drängt auf seine Peripetie.

Eines der gefährlichsten Blendworte, mit denen die Ära Bethmann den politischen Begleitprozeß dieser militärischen Abwandlung irregeführt hat, war die dogmatische Forderung, Kriegsziele dürften in der Öffentlichkeit nur nach Maßgabe des jeweils militärisch Erreichten aufgestellt werden. Wir belächelten unsere Feinde, die die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens, die Zerstückelung Österreich-Ungarns, die Loslösung der halb polnischen Ostprovinzen Preußens verkündeten, während gleichzeitig unsere Heere siegreich in Frankreich, Serbien und Rußland vordrangen. Und doch stählte dies unermüdliche Fordern eines nicht Erreichten die nationale Willenskraft zu ungeheuren Leistungen, während bei uns der Zweifel, ob und wie weit wir wohl das wirklich eroberte Belgien und Französisch-Lothringen, Serbien und Ostrußland behalten sollten, der Widerstreit zwischen strategischer Offensive und politischer Defensive die nationale Spannkraft lähmte. Die Entente suggerierte ihren Völkern im Moment der Niederlage die Zuversicht der Sieghaftigkeit, unsere Regierung und die politische Linke, mit der sie liebäugelte, nährte im Augenblick des Sieges die Furcht vor einer Niederlage. Die Entente führte Krieg, wir mußten den Krieg über uns ergehen lassen.

Wir hatten ihn nicht, er hatte uns. So kam es, daß wir in der Tat jenen allerhöchstens taktisch brauchbaren Leitsatz sachlich ernst nahmen und befolgten. Rein aus der Tatsache, daß wir gewisse Gebiete besetzt hatten, zogen weite Volkskreise bei uns gefühlsmäßig den Schluß: wir müßten sie behalten. Verlor sich der Krieg in die Defensive, so erließen wir Friedensresolutionen. Zeigten sich am Horizont offensive Erfolgsaussichten, so wurden die Verzichtspropheten von gestern unsicher. Auch die Alldeutschen, die Verkünder eines robusten Eroberungsprogrammes, deren annexionistischem Heißhunger eine gewisse Stetigkeit nicht abzusprechen ist, nahmen an diesen Schwankungen Teil. Nach den Mißerfolgen im Juli wurden auch sie sichtlich kleinlaut, in einem Zeitpunkt also, wo man für die Wirkung nach außen ihr Säbelrasseln noch am ehesten hätte brauchen können: ihr Verstummen wird nicht nur den Polen, sondern auch den Bulgaren nicht zum geringsten als ein ausschlaggebendes Symptom gegolten haben, daß in Deutschland die Zuversicht zum guten Ausgang zu schwinden beginne. Nicht eine Desavouierung der Alldeutschen, wie Delbrück und Rohrbach rieten, sondern im Gegenteil eine geheime Aufreizung wäre um jene Zeit das äußerpolitisch Richtige gewesen.

Was im Juli verfehlt wurde, läßt sich heute nicht mehr gut machen. Aber wir können aus den Fehlern von gestern lernen. Der neue Fehler, der heute gewissermaßen an der Tagesordnung ist, wäre ein offenkundiger Rückzieher im Osten. Die Randbemerkung, die Payer in seiner Hauptausschußrede an sein Stuttgarter Programm geheftet hat, ist das äußerste Zugeständnis, das der „östlichen Neuorientierung" und der dräuenden Linken äußerpolitisch gemacht werden darf. Selbst wenn wir die Absicht hätten, den Osten im Friedensschluß preiszugeben, so wäre es das denkbar Verfehlteste, das im Augenblick irgendwie zu verlautbaren. Vielmehr ist es die Aufgabe unserer Staatsmänner, es der deutschen Öffentlichkeit mit allen Mitteln einsichtig zu machen, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Vorherrschaft im Osten im Augenblick absolut zum deutschen Defensivprogramm gehört. Mit der Preisgabe Finnlands und der baltischen Lande öffnen wir England ein neues Einfallstor in Europa. Wir verhelfen der ententistischen Orientierung in Rußland zum sicheren Sieg und bauen gegen uns selbst eine neue Ostfront. Für den immerhin denkbaren Fall, daß wir von der Türkei

abgeschnitten werden, berauben wir uns durch die Räumung des besetzten Ostens zugleich der letzten Getreidereserven. Der volle Verzicht, die Räumung, und der halbe Verzicht, die Erklärung zum „Faustpfand", sind gleich unmöglich. An diesem Punkt bekundet auch das sozialdemokratische Mindestprogramm, selbst was die Mittel seiner eigenen Ziele anlangt, die äußerpolitische Ahnungslosigkeit, die rein innerpolitisch eingestellte Organe, wie den „Vorwärts", im Gegensatz etwa zu der äußerpolitisch ungemein weitblickenden sozialistischen „Glocke" immer ausgezeichnet hat.

Wo bleiben die Konservativen? Haben sie die Absicht, parlamentarisch völlig abzudanken und sich gänzlich auf die Guerilladefensive der Kabinette und Hintertreppen zurückzuziehen? Wollen sie mit einer wehmütigen Rührungsträne im Auge die Nationalliberalen in eine von Gnaden der Sozialdemokratie gebildete Regierung ziehen lassen und sich dann in einsamer Größe in einen Schmollwinkel verkriechen? Will die Rechte, die als einzige Partei die außenpolitische Einstellung nicht erst während des Krieges „gefaßt" hat, in einem Augenblick die Zügel aus der Hand geben, wo das Parlament einen bisher nicht gekannten Einfluß auf die Leitung der äußeren Politik zu gewinnen im Begriffe ist, wo es also durchaus fraglich erscheint, ob der äußerpolitische Dilettantismus einer Scheidemann-Mehrheit noch durch die überkommene Machtstellung eines der Krone verantwortlichen Kanzlers paralysiert werden kann? Bot das sozialdemokratische Mindestprogramm tatsächlich keine Handhabe, die längst entglittene Initiative mit einem kräftigen Ruck an sich zu reißen und zum mindesten aus den Nationalliberalen und dem Zentrum die Elemente anzuziehen und zu einem festen oppositionellen Block zu verkitten, die noch nicht den Machtstaatgedanken zum alten Eisen geworfen haben, die auch heute noch nicht die Regierung zu einem Spielball der Parteien machen und der Obersten Heeresleitung jeglichen politischen Einfluß entziehen wollen, die nun erst recht an einer unbedingten Ausschaltung Englands aus dem Osten festhalten und der englischen Umklammerung von West und Ost zugleich vorbeugen wollen?

Man wird nächstens die Konserpativen die Partei der verpaßten Gelegenheiten nennen müssen. Die folgenschwerste Unterlassungssünde des Konservativismus war seine Unentschlossenheit und reaktionäre Verhärtung in der Wahlrechtsfrage. Zu Anfang des Krieges hätte die Möglichkeit bestanden, aus freien Stücken das unpopuläre kapitalistische Dreiklassenwahlrecht durch ein wesentlich demokratischeres Pluralwahlrecht zu ersetzen und damit statt des Odiums der Reaktion vielmehr den Ehrenschild fortschrittlicher Initiative zu gewinnen. Nichts geschah. Die Rechte rieb sich im Kampf mit einem Kanzler auf, dessen Verhängnis es war, daß er die Zeichen der Zeit nicht sah, daß er über dem Paktieren mit der liberalen und pseudoliberalen Linken die große Aufgabe der Zeit, die Synthese konservativer Staatsgesinnung mit sozialistischem Geist, die Fortsetzung der großen Tat Bismarcks verabsäumte. Hier hätte der Konservativismus zur Tat ansetzen müssen, dann wäre ihm vielleicht ein großer Erfolg beschieden gewesen, statt jener Kette von Mißerfolgen an Konzessionen, zu denen die Politik des starren Festhaltens unweigerlich führte. Statt der breiten Masse des pazifistischen, sozialistisch verbrämten Liberaldemokratismus, die jetzt täglich an Macht gewinnt, bildete dann ein Block des sozialistisch unterbauten Imperialismus, bestehend aus Teilen des Konservativismus, Nationalliberalismus, Zentrums und der in drei Gruppen zerfallenden Sozialdemokratie das Fundament einer besonnenen und doch festen und kraftvollen Regierung. Statt eines Scheidemann würde dann ein Mann wie Lensch die führende Rolle in der Sozialdemokratie spielen, die ihm gebührt. Vom Alldeutschtum wäre der gute aktivistische Kern mit in diesen Block verschweißt.

Die rodomontierenden Weltzertrümmerer und Wolkenschieber wären ein Häuflein Narren, die niemand ernst nähme. Ein politischer Gegensatz zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsregierung bestünde höchstens gelegentlich in den Mitteln, nicht in den beherrschenden Zielen der Politik, da beide fraglos am selben Strang zögen. Nicht die Ideenwelt Wilsons und des westlichen Demokratismus wäre in Deutschland Mehrheitsprogramm, sondern die deutsche Politik hätte sich auf bodenständige Prinzipien besonnen und wäre im Begriffe, eigene politische Methoden auszuprägen und der Welt achtunggebietend vorzuführen. Das wäre ein großes Ziel konservativer Politik zu Kriegsbeginn gewesen. Jetzt zerbrechen dem Konservativismus auch noch seine kleinen Zielchen unter den Fingern und er steht vor einem Haufen von Scherben.

Ist es für all dieses zu spät? Für ein besseres preußisches Wahlrecht als das allgemeine gleiche: ja! Hier bleibt unter den herrschenden Umständen nichts als eine bedingungslose Einlösung des Königswortes, für das der nicht ohne Schuld der Rechten gänzlich zur Linken abgetriebene Bethmann vor der Geschichte verantwortlich ist. Die parlamentarische Isolierung sollte dem Konservativismus wenigstens das eine zeigen, daß er zum Kindergespött wird wie ein alter, zahnloser Mann, wenn er nicht dem ganzen Getue des Herrenhauses ein Ende macht und das gleiche Wahlrecht bedingungslos bewilligt. Aber um diesen Preis allein ist heute das gesunkene Prestige der Rechten nicht wieder herzustellen. Die Bluterneuerung mit wahrhaft sozialistischem Geist, nicht mit markloſem Halbliberalismus der Scheidemannrichtung, ist dem Konservativismus heute schwerer als zu Kriegsbeginn, aber sie liegt nicht außer dem Bereich des Möglichen. Gelänge es der Rechten, durch die freie Initiative einer großen, von sozialistischem Geiste getragenen Aktion irgendwelcher Art die Wahlrechtsforderung gewissermaßen zu überstürzen, dann könnte es ihm kraft seiner überkommenen politischen Erfahrung und Reife doch noch glücken, die schleifenden Zügel wieder in die Hand zu bekommen und den tief im Dreck steckenden Karren der deutschen Politik flott zu machen. Ob es ihm gelingt, damit ein Debakel der gegenwärtig zur Regierung kommenden Mehrheit zu verhüten, ob erst ein handgreiflicher Mißerfolg von deren Seite ihm das Eingreifen möglich macht, ist heute schwer abzusehen.

Diejenige Partei wird heute die Führung gewinnen und behalten, die das zündende Wort findet, das in den stumpf und träge gewordenen Massen jenen furor teutonicus weckt, ohne den wir verloren sind. Trotz allem Raffinement hat unsere Stimmungsregie versagt, weil auch sie vom Geist der Ängstlichkeit und des Mißtrauens in die Volkskräfte beseelt war, der in der Wilhelmstraße überhaupt das Ruder führt. Trotz vier Kriegsjahren ist unser Volk äußerpolitisch kaum wesentlich gereift, ganze Parteien beurteilen äußerpolitische Fragen noch immer nach rein innerpolitischen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel die Sozialdemokratie die finnländische Verfassungsfrage und den ganzen Komplex der Ostprobleme. Sollte das zur Wirklichkeit werden, was als furchtbare Möglichkeit am Horizont heraufzieht, so würde zum ersten Male seit dem August 1914 unser ganzes Volk wieder von der nackten Lebensgefahr durch und durchgeschüttert werden. Wie damals wird es dann wieder einen Moment geben, wo vor dem Schrecken der Stunde der Pulsschlag des Parteigetriebes aussetzt, wo es wirklich keine starren Parteien mehr, sondern nur noch flutende politische Kräfte gibt. Der „Vorwärts“ hat in seinem letzten Sonnabendartikel Töne von einer fast apokalyptischen Wucht angeschlagen, wie sie in Deutschland in diesem Kriege noch nicht gehört worden sind. Die Wirklichkeit wird uns allesamt noch ganz anders aufrütteln, als es das bloße Wort vermag. In der letzten, in der Notstunde, die alles entscheidet, werden die führen, die stark sind, einerlei, aus welchem Lager sie kommen mögen. Und sie werden sich durchsetzen, soweit sie das Wort

finden, auf das die Masse hört. Dann wird auch der Konservativismus zum letzten Male auf die Wage gelegt. Wird er auch diesmal von der Geschichte zu leicht befunden, dann — hat er seine letzte Gelegenheit verpaßt.

In der Tat: „Die Wende hat begonnen". An allen Fronten tobt eine Schlacht, an deren Grauen keine Vorstellung heranreicht. Noch einmal fließen Ströme edelsten deutschen Blutes. Der Wall von lebendigem Fleisch und Bein, der seit über vier Jahren unser herrliches Vaterland schirmt, ist auf die härteste Bewährungsprobe gestellt. Das Letzte, das Schwerste droht: der Abfall unserer Freunde. Wieder erfaßt uns — noch elementarer — das abschnürende Gefühl unserer entsetzlichen Vereinsamung in der Welt. Es ist wieder wie im August 1914. Das fühlt derselbe Dichter, mit dessen Worten von damals ich begann, wenn er heute sagt:

Laßt uns das Letzte geben.
Ein Wunder muß geschehn.
Deutschland kämpft um sein Leben.
Es darf nicht untergehn.

---

# „In tausend Zungen"

Von Dr. Mathieu Schwann

a, es ist falsch, daß wir in dieser schweren und großen Zeit in tausend Zungen reden, wie es die „Kölnische Zeitung" nannte, also eine „kauderwelsche" Sprache, wobei keiner den andern versteht, verstehen will, verstehen darf, sondern wir müssen deutsch miteinander und mit der Welt reden, damit man uns versteht. Von geschichtlicher Deutung der auf uns einstürmenden Tatsachen könne keine Rede sein, meinte Prof. Martin Dibelius in der „Frankfurter Zeitung" (Nr. 235, 1. Mbl.) unter dem Strich; wir müßten der Welt und dem Volke sagen, „daß diese Verstrickung nicht auf Menschen- (auch nicht auf Diplomaten-) Torheit und nicht auf Menschen- (auch nicht auf Engländer-) Bosheit beruht, sondern auf Schicksalsnotwendigkeit .... und daß man dieses Schicksals letzten Sinn nicht weiß". Also der Glaube an das Fatum wird dort gepredigt, während aller Götterglaube, alle Wissenschaft sodann der verflossenen 6000 Jahre Menschenkultur bestrebt war, das Fatum zu zerpflücken und in eine größere oder kleinere Summe von Ursachen auseinanderzulegen und der Erkenntnis nahe zu bringen. Und über dem Strich fährt Dr. Hugo Preuß in der gleichen Nummer damit fort, die Ursache in der Nichtparlamentarisierung und Nichtdemokratisierung Deutschlands und Preußens mit grimmigen Angriffen gegen die Diplomatentorheit darzulegen. In einer ferneren, benachbarten Nummer setzt sich die „Frankfurter Zeitung" selbst mit der „Schweizerei" ihres früheren Redakteurs Nippold auseinander, zuckt dabei wieder gegen Chamberlain auf, dessen Peitschenknall „Landesverrat" ihr immer noch durch die feinfühligen Nerven geht, und auf der letzten Seite des Inseratenteils folgt ihr großes Preisausschreiben, „von dem Streben geleitet, mitzuhelfen, daß auch die bevorstehende neunte Kriegsanleihe wieder ein voller Erfolg werde", während wiederum in einer Nachbarnummer einer ihrer Korrespondenten in rüdester Sprache zum Einschmelzen der Hohenzollerndenkmäler auffordert. Schweizerei hin — Schweizerei her — von den Bernern scheint man da noch nichts zu wissen, an deren starken, gesunden, „agrarischen" Heimatssinn trotz aller Fremdeneinfuhr ein intellektuell verschrobenes Gehirn sich Gesundheit und Geradheit holen könnte, wie gerade ein solcher Berner mir im Jahre 1911 in langabendlichen Unterhaltungen dartat, daß ich die preußischen Junker nicht kenne, so wenig wie ich die Berner kennte. Und aus seinen Darlegungen lernte ich sie kennen und weiß heute, wo die Nahrungssorge der Schweiz so grausam über den Hals kam, daß er recht hatte, und daß die Neunmalweisen, die die 100 Millionen-Einnahmen aus der Fremdenindustrie für eine Bereicherung des Landes hielten, einen Raubbau am Schweizer Volke, an seiner Tüchtigkeit und Gesundheit betrieben.

Und das soll kein Kauderwelsch sein, wenn intellektuelle und Gewissensstrebungen in ein paar Nummern einer Zeitung so gegeneinander laufen, wenn dazu eine neue Verhandlung aus einer ganz anderen Himmelsrichtung kommt, die versuchen möchte, in diesem Wust aufzuräumen und die Dinge dahin zu stellen, wohin sie gehören.

Chamberlains Frage war: Wie kommt es, daß deutsche Zeitungen in dieser Frage Sein oder Nichtsein oftmals vielmehr mit Argumenten des Auslandes gegen Deutschland als mit deutschen Argumenten gegen das Ausland zu arbeiten scheinen? Und Chamberlains Antwort war, seiner ganzen Anschauung gemäß: Die Juden! Der jüdische Geist ist da an der Arbeit. Ja, aber sind alle deutschen Sozialdemokraten auch Juden? Sind auch sie vom jüdischen Geiste infiziert? — Er könnte wieder antworten: Weißt du nichts von den Juden Heine, Börne, Lassalle, Marx? — Also fragen wir ruhig weiter: Sind denn die deutschen Ultramontanen — nicht die katholischen Deutschen — auch alle von diesem jüdischen Geiste angesteckt? Und wieder könnte er antworten: Weißt du denn nichts von meinem Nachweise, daß schon Ignatius von Loyola unter erzjüdischem Einflusse stand? Nichts davon, was ich ebenso nachgewiesen habe, daß dieser jüdische Geist gerade in der römischen Kirche zu einer Auswirkung kam, wie kaum anderswo?

Also fragen wir noch einmal weiter: Die Demokraten Süddeutschlands, darunter vielleicht mehr Protestanten, als Katholiken, sind die auch alle jüdischen Geistes voll?

Wir sehen, da stimmt wohl einiges, aber noch lange nicht alles. Dieser gemeinsame Nenner „Judentum, jüdischer Geist" reicht nicht aus. Diese ganzen Erscheinungen gehören mitsamt dem Judentum und dem jüdischen Geiste unter einen anderen Nenner.

Sehen wir uns um in der Welt und fragen wir: Wo sind — oder wo schienen bis zum Kriege die alten Mächte und Völker zu sein und wo die jungen? Auf die erste Frage wies man da auf die Türkei, Oesterreich, Frankreich, Spanien hin. Zu den jungen Mächten zählte man die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japan, Deutschland. — Und England und Rußland? England gehörte zu den älteren Mächten, die den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht und unserem Empfinden gemäß schon überschritten hatten, und Rußland war ein Rätsel. Erscheinungen versinkenden Alters standen dort neben solchen von roheſter Jugend.

Diese Art Kategorisierung war zu einfach, sie wurde den Wirklichkeiten nicht gerecht. Nahm man z. B. England nur für sich, so mochte die Einstellung noch einigermaßen angehen. Aber England hatte Kolonien. Außer der Insel England gab es ein Großbritannien, das sich zum Weltreiche zu erheben strebte.

Und Frankreich? Das hatte doch auch Kolonien. Ja, aber deutlich unterschied sich die französische Kolonisation von der englischen. Frankreichs Kolonisation war ein großartiges Pläneschmieden, eine intellektuelle Arbeit, aber die großen Entwürfe zur Ausführung zu bringen, reichte seine Volkskraft nicht aus. Es blieb bei einem Gerüstbau gewissermaßen, wobei man die Wände mit Lehmfachwerk auszufüllen strebte. Und brachte man bei den englischen Kolonien gar die Vereinigten Staaten mit in Anschlag, nicht als Bestandteil des werdenden Weltreiches Großbritannien, wohl aber als Bestandteil der mit angelsächsischem Geiste erfüllten Staatsbildungen, so drehte sich das Urteil von einem älteren England sofort zu den Jungmächten herum. Da stimmte also etwas nicht.

Ebenso Japan. Das war doch kein junges Volk, sondern ein sehr altes. Aber auf Grund der japanischen Revolution und Geschichte trat da eine strebende Neubildung zutage, die alle Zeichen eines jungen Staatsvolkes an der Stirne trug.

Und Deutschland? Was war denn am deutschen Volke jung? Das deutsche Volk ist doch in der heutigen Welt mit eins der ältesten. Und hier muß eine Berichtigung unserer geschichtlichen Auffassung eintreten. Jung ist an Deutschland nur seine nordöstliche Kolonie — das Königreich Preußen. Aus der Mark Brandenburg und einem Teile des Koloniallandes des Deutschen Ordens ist es

hervorgewachsen, während das deutsche Volk hinter ihm sich mehr und mehr „individualisierte", d. h. seinen völkischen Zusammenhang verlor und seine staatsvölkische Aufgabe preisgab. Ohne Preußen wäre Deutschland vom Westen her der Französierung, vom Osten her der Russifizierung oder Slawisierung verfallen. Die Vorstöße Ludwigs des Vierzehnten, der Jakobiner, Napoleons des Ersten zeigten an, was vom Westen her zu erwarten war, und schon stieg der intellektuelle Einfluß des Franzosentums bis zum preußischen Throne hinauf, während in Sachsen-Polen das seltsame Gemisch der französisch-slawischen Kultur zum Ausdrucke kam, wie wir es bis zum Kriege in den oberen Schichten Westrußlands vorfinden.

In jene west- und südwärts von Preußen „individualisierten", das heißt sich zersetzenden deutschen Volkselemente, von denen jedes für sich zu schwach geworden war, sich selbständig zu erhalten, griff nun das preußische Wachstum mit seiner Wurzelerstreckung mehr und mehr hinein. Ein großer Teil dieser Elemente assimilierte sich dem preußischen Wesen ziemlich rasch und verwuchs mit ihm zu einer völkischen Einheit. Ein anderer Teil, vor allem in Süddeutschland, und namentlich dort, wo sich noch ein starkes Bauerntum erhalten hatte, das dem eigenen Volke und der eigenen Art die Sicherung einer Zukunft zu bieten schien, schloß sich dem Preußenvolke nur an und suchte und fand verstärkten Schutz der Eigenart in solchem Bunde. In diesen angeschlossenen Teilen des deutschen Volkes lebt nun noch eine ganze Menge des alten deutschen Volks neben dem neuen Willen. Und dieses Altdeutschland trägt seinen Individualisierungsdrang, die Neigung zur Zersetzung und Auflösung in das neue Gebilde, in das Deutsche Reich, mit hinein. Es ist nun die Frage: wird das neue Reich die jugendliche Kraft in sich haben, diese Zersetzungskeime in sich selbst zum Absterben zu bringen? Oder wird die Urbanisierung und Industrialisierung Preußens, das heißt seine allmähliche Entbauerung jenen zersetzenden Elementen rascher oder langsamer zu Hilfe kommen und sie in der Zersetzung Preußen-Deutschlands unterstützen?

Um einem Mißverständnisse hier von vornherein vorzubeugen, sei betont: nicht die „Industralisierung" an sich hat diesen, wie Marx glaubte, volkvernichtenden Einfluß. Nicht die Arbeitsteilung, die die einen zum Handel, die andern zum Handwerk und zur Industrie, die dritten zu geistiger Arbeit auf wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen Gebieten oder auf dem Felde der Verwaltung und des Heeres führte, ist Ursache jener Zersetzung, auch nicht jene Arbeitsteilung, die ganze Massen der körperlichen Lohnarbeit zutrieb. Wohl aber muß jener zersetzende und isolierende Einfluß überall da stark werden, wo eine solche Entwicklung „den Boden" verlor, den vaterländischen Grund und Boden, wo sie mit ihrem Wachstum herausgerissen wurde aus dem Gesamtwachstum des im heimatlichen Boden wurzelnden, und aus ihm seine Lebenskraft stets erneuernden Volkes.

Denn außer der Blutsverwandtschaft ist das Land, das ein Volk bewohnt und pflegt, das es mit seinem Blute erwarb und mit seinem Schweiße düngte, das die Gräber und Erinnerungen seiner Vorfahren wie die blühende Kindheit und die Hoffnungen seiner Zukunft umschließt, das wohl am stärksten alle Volksgenossen umschlingende Band. Setzt der Feind den Fuß auf Preußens Erde, so stehen alle Preußen wie einer auf, ihn zu vertreiben, und jeder wartet nicht etwa mit dem Aufstehen, bis der Feind auch den Fuß auf sein besonderes Stückchen Land setzt. Und wie in Preußen, so in der Schweiz, in Frankreich, überall — mit einer Ausnahme.

Als im alten Deutschland der Feind an die Reichsgrenze rückte und sie überschritt, standen besonders Stadtrepubliken noch lange nicht sofort auf, ihm entgegenzutreten, sondern es gab Städte, die mit ihm Handel trieben, die, näherte er sich ihren Mauern, ihm die Schlüssel der Stadt entgegentrugen und sich seiner Herrschaft unterwarfen. Die Isolierung der Städte war so weit vorgeschritten, daß ihre Bevölkerung fast das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem Lande und seiner Bevölkerung verloren hatte. So eng war die Geschlossenheit

geworden, daß sie, einst ihre Stärke, nun die Städte in ein Gefühl der Ohnmacht versinken ließ. Handel und Gewerbe betreiben, sich geistig in irgendeiner Art betätigen, das kann man ja bis zu einem gewissen Grade auch unter anderer „Flagge", als unter derjenigen des eigenen Volkes. Ist das Tributzahlen, sind die „Steuereintreibungen" auch nicht angenehm: es ist bewegliches Gut, das man hingibt und das infolge seiner Beweglichkeit auch wieder zu einem zurückfließen kann. Obendrein aber läßt sich bewegliches Gut verpacken, auf Karren oder als Gold und Juwelen in Handtaschen. Man kann dem Feinde ausweichen, wenn er naht, oder man kann auswandern, wenn er schon da ist. Rückt aber der Feind dem Bauer in den Hof, nimmt er ihm Pferde und Vieh, so bleibt ihm nichts mehr, sein Land zu bebauen, seine ganze wirtschaftliche und leibliche Existenz, sein in den Boden gepflanztes Wachstum als Familie ist bedroht, und so muß hier der Wille lebendig bleiben, mit seiner Kraft der Gefahr zu begegnen. Ein Haus in der Stadt, das aussieht, wie hundert andere, das mit seinem kümmerlichen, dunkeln Hofe, mit ein paar kränkelnden Grünstauden oder mit der Efeuwand am Nachbarhause kaum das Gefühl aufkommen läßt, es sei dieses ein Stück heimatlicher Erde; das uns mit seiner öden Jämmerlichkeit nur ganz selten zu einem wirklichen Heim zu werden vermag — das gibt man auf und geht mit seinen Habseligkeiten davon, wenn Gefahr droht, wie man es verkauft, wenn sich ein schöneres und besseres oder „rentableres" Objekt bietet. Auf dem Lande des Bauern aber steht der Nußbaum, den der Großvater pflanzte; jeder Baum hat ein Stück eigenen Lebens, eigener Kraft der Familie genossen und gespendet, und jedes Ackerstück hat seine Geschichte, hat Mühe und Arbeit von Geschlechtern in sich aufgesogen, bis es den Weizen so herrlich trägt, wie er heute steht. Auf dem Lande wird Mensch und Boden eine Einheit, hier wächst das Heimgefühl unmittelbar an den Menschen heran und in ihn hinein. In der Stadt bedarf es, wenn es dazu kommen soll, der Vermittlungen, und diese sind meist intellektueller, verstandesmäßiger, nicht gefühlsmäßiger Art. Ein Landhaus zu haben, war und ist keine erst von der Neuzeit erfundene Sehnsucht der Städter, wie uns die „Forenser" im Rheingau und oberhalb Mainz belehren können, sondern es ist und bleibt der gesunde Drang des „Eingemauerten", mit dem Lande, mit der Natur zusammenzuwachsen, ein Heim zu finden, dem man seine Liebe und Pflege zuwenden kann, wofür es selbst wieder mit der Pflege und dem Wohle der Familie dankt.

Stellt man dem die „Bodenlosigkeit" unendlich vieler unserer heutigen Land- und Volksgenossen gegenüber, so erkennt man die Quelle ihres verstandesmäßigen „Patriotismus". „Sie sollen die Rauferei um den Fetzen Land aufstecken. Ob das Elsaß hierhin oder dorthin gehört, das kann uns doch einerlei sein. Die Menschenopfer ist es nicht wert." — Wörtlich hörte ich dieses Urteil in der Elektrischen. So spricht die Heimatlosigkeit, die „Bodenlosigkeit", die nie den Wert eines „Fetzen" Landes an ihrem eigenen Leibe und an dem Wohl ihrer Angehörigen empfand.

Und nimmt man nun die meisten unserer mittleren und unteren Beamten, unsere Gelehrten, Künstler, Schriftsteller, unsere Techniker, Gewerbetreibenden, Kaufleute, kurz, die Mehrzahl derer, die die notwendige Arbeitsteilung und ihr eigener innerer Trieb zu irgendeiner geistigen Betätigung führten; nimmt man dazu die Millionen der Lohnarbeiter: so sind sie alle, soweit sie oder ihre Vorfahren nicht „Glücksgüter" errangen, fast bodenlos und heimatlos geworden. Das sitzt nun gedrängt im Innern der Städte zusammen und kultiviert in aufsteigender Zeit zum Teil noch einen „übertragenen" Patriotismus: man ist stolz darauf, Mainzer, Frankfurter, Kölner zu sein — die Stadt als Ganzes wird da noch vielfach unmittelbar als „Heimat" empfunden; man ist auch stolz darauf, Sachse, Bayer, Preuße und gar Badenser zu sein, indem man geistigen Anteil nimmt an der Geschichte und dem Geschicke des engeren Vaterlandes oder einer Provinz desselben; und weiter steigt man an dieser Bewußtseinsleiter auch zum deutschen „Nationalgefühl" empor: aber einmal auf dieser Leiter des Bewußtseins, merkt man doch, daß die Sprosse „Deutschland" nicht die höchste

und letzte ist. Da kommt noch das Europäertum, dann gar die Menschheit. Und nicht selten, daß nun auch jene Leiter noch bewußter oder halbbewußter Wirklichkeiten verlassen wird, daß das Verstandesmäßige abgelöst wird von dem Phantasievollen oder Phantastischen, so daß das einzelne Menschen-Ich, an keinerlei Wirklichkeit mehr gebunden, von sich aus in Sehnsucht, Gedanken und Handeln den Weg unvermittelt zu jenem fernen Ziele Menschheit nimmt, die keine Heimat mehr kennt und kein Vaterland außer der der ganzen Menschheit gehörenden Erde. Und hier stelle ich nun die Frage: Glaubt man, daß solche Extravaganz einem gesunden Menschen zustoßen könnte, der nicht nur ein wirkliches Stück Erde in Besitz hat, sondern der es auch pflegt und bearbeitet und seine Nahrung daraus empfängt? Und wenn nicht, soll man dann solchen Boden- und Heimatlosen wohl das Recht einräumen, über die innere und äußere Gestaltung eines Landes mitzubestimmen?

Gewiß drängen sie dazu. Gewiß — das sei gar nicht geleugnet — schärft die ungeheuere Konkurrenz auf diesen Gebieten geistiger Arbeit die Einsicht, die „Intelligenz", die Findigkeit. Gewiß ist es ebenso, daß die Bodenlosigkeit sie zwingt, darauf zu denken, ihrem Lande und Volke eine Verfassung zu geben, die ihnen, die von der einzigen Nahrungsquelle, die es gibt, vom Boden, ausgeschlossen sind, eine Nahrung sichert; daß sie also darauf ausgehen müssen, den Landbauer von sich abhängig zu machen, wollen sie selbst nicht in volle Abhängigkeit von ihm geraten, so daß er ihnen nur Nahrung zukommen läßt für Werte, die wirklich für ihn einen Wert haben. Aber ebenso sicher ist es auch, daß Land und Volk noch überall da verdarb, wo der „Intellektualismus", wo der „theoretische Mensch" ans Ruder kam.

Sieht man aber diese Gegensätze, so rückt die Bewucherung des Bauern durch jüdische Geldverleiher aus dem kleinen Gesichtskreise eines ekelhaften Gewinnstrebens genau so heraus, wie etwa die Tatsache irgendeiner Art konservativen Strebens, das Volk dumm zu erhalten, aus der Enge eines blöden Herrschaftsstrebens heraustritt. Andere Mächte sind da am Werke; *der Kampf um die Existenzmöglichkeit* schuf instinktiv diese primitiven Formen. Wie der Bodenbesitzer die materielle und geistige Enteignung fürchten muß und deshalb einen Intellektualismus bekämpft, der seine durch eine Geschlechterreihe errungene Erfahrung antastet und über den Haufen zu werfen droht, so sucht der Bodenlose Einfluß auf den Boden und die Verwertung seiner Früchte zu gewinnen. Und wie es gar keine Frage ist, daß all jene Betätigung auf geistigem Gebiete, wie Handel, Gewerbetätigkeit, Wissenschaft usw. den Blick zwar weitet und intensiver gestaltet, aber auch fachmännisch vereinseitigt, so ist es ebenso sicher, daß der beschränkte Wirkungskreis des Landbauers seinen Blick zwar beschränkt, aber innerhalb seines nach allen Seiten sich erstreckenden Tätigkeitsgebietes das Urteil sicherer, seine Handlung bestimmter, seine Haltung stärker machen muß, weil hier das augenblicklich Notwendige seine stete Achtsamkeit und sein immer bereites Eingreifen erfordert.

Von diesem Urgrunde der Nahrungssicherung steigt der Unterschied der Anschauung, der seelischen Veranlagung und des Handelns empor bis in die letzten Verzweigungen. Aber der Urgrund bleibt auch hier dem prüfenden Auge sichtbar trotz aller krausen und verwischten Formen, die er im Lebenskampfe annimmt.

Erst wenn eine große Gefahr für das ganze Land, und damit für das Leben des ganzen Volkes eintritt, kommt in jenen „übertragenen" Patriotismus der Bodenlosen ein Element des ursprünglichen Empfindens, das der Landbauer für seine Heimatscholle hegt. Da erfaßt das Volk sich als Individuum, und das Vaterland wird nun handgreiflich zu jenem Stück Erde, das dem Individuum „Volk" sein Leben sichert und seine Nahrung gewährt, das ihm gehört.

Aus diesem Einsempfinden könnte nun wirklich das wachsen, was nottut: erstens die Achtung vor dem Volksteile, der die Pflege und Bewirtschaftung des Landes in erster Linie übernahm. Zweitens mit dieser Achtung auch die Anerkennung seiner Neigung zu einer auf langer Erfahrung beruhenden Stetigkeit. Drittens der Wille, diesen Bevölkerungsteil, der die physische Grundlage

einer gesunden Entwicklung des ganzen Volkes ist — der Jungbrunnen seiner Kraft, wie man es genannt hat — nicht auch noch zu entbauern und zu enteignen, sondern ihn in seiner Selbständigkeit stark zu erhalten. Und viertens ihn auf einem anderen Wege, als auf dem des Gefühles finanzieller Verschuldung und Bedrängnis, also der leibhaftigen Abhängigkeit von seinen bodenlos gewordenen Mitbürgern, zu einem Bewußtsein der Gemeinsamkeit mit ihnen zu führen. Dieser Weg aber könnte nur der sein, wo anstatt des Geldes das andere Mittel, das in ruhigen Zeiten den Bodenlosen eine gewisse Ueberlegenheit verschafft, in Wirkung träte: die Intelligenz, die größere geistige Beweglichkeit.

Zeigt die Gefahr einmal wirklich die Tatsache: ein Volk — ein Land, und zeigt sie das Land als letzte und vielleicht gar einzige Nahrungsquelle des Individuums Volk: so tritt damit auch über die einzelnen Besitzanteile an diesem Lande und über die einzelnen Besitzer hinaus der wirkliche Eigentümer des ganzen Landes in Sicht. Der aber ist das Volk. Einstmals drückte sich dieses Verhältnis im Lehenswesen aus. Der freie Bauer hatte sein Land zu Lehen, und seine Leistung für die Allgemeinheit bestand weit weniger in einer unmittelbaren Abgabe (Steuer) an den, der ihn belehnt hatte, als in seiner guten Bewirtschaftung des Grundes und Bodens, heute würden wir sagen: in der Erzielung von Höchsterträgen. Nicht als Lehen, aber als Bewußtsein der Verpflichtung wäre dieses alte, aus der Natur heraus erwachsene Verhältnis wiederherzustellen. Wie Höchsterträge zu erzielen sind, das kann in letzter Linie nur der Bauer selbst, der sein Land und Klima kennt, ausprobieren und wissen, und der intellektuelle Bodenlose soll ihm da möglichst wenig hineinreden. Aber ihn willig machen zur Anerkennung dieser Verpflichtung und ihm Hilfe leisten, diese Verpflichtung auch erfüllen zu können, das kann der Intellektuelle, wenn er selbst erst gelernt hat, mit dem Landbauer als einem Gleichwertigen zu verkehren und die Miene einer süffisanten Überlegenheit dem Bauern gegenüber daheim zu lassen.

Und an dieser Stelle ist noch eine Einschaltung nötig. Ich unterscheide nicht zwischen Kleinbauer und Großgrundbesitzer. Aus dem Grunde: wirtschaftlich läßt sich infolge der notwendig gewordenen Arbeitsteilung ein Groß-Landbau heute gar nicht umgehen. Wer ihn betreiben soll, ist ebenso klar: nicht irgend ein verkrachter Töpfer aus Bunzlau oder ein Berliner Schneidermeister oder ein Mathematikprofessor oder ein Flötenvirtuose, sondern der soll ihn betreiben, der ihn seit einer Reihe von Geschlechtern betrieben hat: eben der Großgrundbesitzer. Er soll weder enteignet, noch entbauert, noch entherrlicht werden, wenn die große Not der Zeit nur jenen einen inneren Wandel anbahnte, daß das noblesse oblige wieder zum allerlebendigsten Gewissensbesitze der Großgrundherren würde. Will man die wahre Freiheit für alle, diejenige, die das Notwendige aus freier und eigener Entschließung leistet und nicht aus äußerem Zwang, so muß man diese Freiheit auch für unsere Groß-Landbauern wollen, für die Höchstleistung im Wirtschaftsbetriebe ja nicht nur eine Forderung der allgemeinen Notwendigkeit, sondern auch eine solche des eigenen Vorteiles ist. Und die Auffassung, in diesem Sinne „Lehensträger" der Allgemeinheit, des Volkes, des Staates zu sein, dürfte in diesen Kreisen auf einen viel weniger schwierigen Eingang stoßen, als in manchen anderen Kreisen unseres Volkes. Ganz klar aber tritt hier die Torheit in Sicht, diese „Fachleute" von ihrer Betätigung ausschließen zu wollen, um damit einen oder zehn redende Theoretiker zu beauftragen, für deren Können es ebenso wenig eine Sicherheit gibt, wie für ihren Charakter.

Die Gefahr zeigt die Tatsache: Ein Land — ein Volk! Das Zurücktreten der Gefahr aber ließ auch sofort wieder die alten Gegensätze in Kraft treten: man schrie nach Demokratisierung und Parlamentarisierung, und die „Frankfurter Zeitung" entblödete sich sogar nicht, einmal die Volksversammlungen der alten Germanen für ihre politischen Anschauungen und ihre Richtigkeit ins Feld zu führen. Bei Tacitus und sonstwo steht aber nichts davon bemerkt, daß dazu Fremdstämmische und Gelehrte und bodenlose Stadtbewohner Zutritt gefunden hätten, sondern die Geschichte bezeugt, daß diese Volksversammlungen nur die

Scharen freier und waffenfähiger Volksgenossen, also ausschließlich Landbesitzer, umschlossen, und daß da kein anderer etwas mitzureden hatte. Die Geschichte bezeugt ebenso, daß diese Volksversammlungen mit dem Schwinden der Zahl der Freibauern und mit der Herausbildung anderer Berufsstände, namentlich eines besonderen Kriegerstandes, mehr und mehr zur Unmöglichkeit wurden. Also eine Unterstützung des heutigen Demokratisierungsplanes durch derartige ganz unhistorisch behandelte historische Erinnerungen ist intellektuelle Phantastik.

Die ausgegebenen Stichworte aber entstammen gar nicht unserer eigenen Entwicklung, sondern derjenigen der europäischen West- und Südvölker. Sie alle sind unsere Feinde mit Ausnahme Spaniens bis jetzt, und daher denn auch der sogenannte „Landesverrat", und die nicht wegzuleugnende Empfindung, daß der Feind in unserem eigenen Lande am Werke sei. Das braucht durchaus nicht in der rohen Form des Geldes und der Geldbestechung der Fall zu sein, es kann auch der Fall sein in der Art, daß eine fast hundertjährige Suggestion heute unbewußt in unserer Gesinnung und in unserem Urteile wirksam ist und uns für die Tatsachen unseres eigenen Werdens blind gemacht hat, während wir das Werdensollende, das Denkbild, das Ideal jener Völker auf unsere Altäre hoben und nun durch die Verehrung dieser fremden Götter die Sache unserer Feinde gegen die Sache unseres eigenen Volkes und Landes betreiben. Daß eine solche Suggestion stattgefunden hat, hat nicht nur Chamberlain und Treitschke bewiesen, sondern das weiß die „Frankfurter Zeitung" auch selbst durchaus. Wohl aber kann man von dieser Seite erwidern: Gut, sie hat stattgefunden, aber es war nicht eine Suggestion im feindlichen Sinne, sondern eine solche der Wahrheit, eine Lehre und Vermittelung einer besseren Erkenntnis, wofür wir Dank, nicht aber den Vorwurf des Landesverrates verdienen.

Auf solchem Meinungsstandpunkte kann man stehen. Und da fragt sich's denn, ob eine solche Meinung berechtigt, ob eine solche Überzeugung richtig ist. Also sehen wir hinaus.

England, das sein Volk am meisten entbauert hat, wurde aus dem Grunde gezwungen, den größten Teil seiner Nahrungsmittel aus der Arbeit anderer Völker zu beziehen. Dadurch aber, daß es die meisten Kräfte des eigenen Volkes seiner Industrie zutrieb, wuchs diese derart, daß ihr bald die notwendigen Rohstoffe zu mangeln begannen. Also suchte England in aller Welt nicht etwa Boden und Landbesitz zur Unterbringung seiner eigenen Bevölkerungsüberschüsse, sondern es suchte die Herrschaft über Boden und Land, um also die Bevölkerungen dieser Länder zwingen zu können, ihm Nahrungsmittel für das englische Volk und Rohstoffe für die englische Industrie zu liefern. Auf diesem Wege ward das Inselvolk gezwungen, sich des Meeres zu bemächtigen. Es warf Spaniens Seemacht nieder, wie es diejenige der Niederlande bezwang, und als Frankreich sich anschickte, die „Freiheit der Meere" gegen England zur Wirklichkeit zu machen, warf England auch Frankreich mit Hilfe der europäischen Koalition zu Boden. Da ist es nun sehr lehrreich für heute, sich der Darstellung Treitschkes zu erinnern, der schreibt: „Gleich beim Beginne des Kongresses von Chatillon benutzte England die Geldverlegenheit seiner Bundesgenossen, um einen Meisterstreich seiner Handelspolitik zu vollführen. War irgend einer von Napoleons Plänen berechtigt gewesen, so doch sicherlich sein Kampf für die Freiheit der Meere. Jenes Gleichgewicht der Mächte, wonach die ermüdete Welt verlangte, war nicht gesichert, so lange ein einziger Staat auf allen Meeren nach Willkür und Laune schaltete, und der Seekrieg, zur Schande der Menschheit, noch den Charakter des privilegierten Raubes trug. Preußen und Rußland hatten seit dem Bunde der bewaffneten Neutralität allezeit die Grundsätze eines menschlichen, dem Handel der Neutralen unbeschwerlichen Seerechts vertreten; sie hofften jetzt diese Gedanken Friedrichs und Katharinas durch einen Beschluß des gesamten Europas anerkannt zu sehen. England aber fühlte sich dadurch in den Grundfesten seiner Macht bedroht. Lord Cathcart erklärte rund heraus: Hätten wir je die Grundsätze der bewaffneten Neutralität anerkannt, so wäre der französische Handel nicht

zerstört worden und Napoleon regierte noch heute über die Welt; niemals wird Großbritannien auf den Meeren ein anderes Gesetz anerkennen, als die allgemeinen Regeln des ‚Völkerrechts'. Wie die Dinge standen, lagen andere Fragen für jetzt den drei Festlandsmächten ungleich näher; zudem bedurften sie allesamt neuer Geldmittel für den Krieg, und der reiche Alliierte war bereit, abermals fünf Millionen Pfund Sterling Subsidien zu zahlen. Daher setzte England schon in der ersten Sitzung, am 5. Februar, durch, daß über die Angelegenheit des Seerechts nicht verhandelt werden dürfe. Coulaincourt widersprach nicht; auch er hatte dringendere Sorgen. So ist es geschehen, daß der faulste Fleck des modernen Völkerrechts während der langen Friedensverhandlungen zu Chatillon, Paris und Wien gar nicht berührt wurde. Die öffentliche Meinung, blind begeistert, wie sie war für das glorreiche Albion, fand an alledem kein Arg."

Nun, die öffentliche Meinung war vielleicht auch aus einem anderen Grunde so indifferent: sie mochte instinktiv fühlen, daß England, so lange es die Macht dazu hat, jedes Völkerrecht anerkennt, verwirft oder auslegt, wie es ihm im jeweiligen Falle am passendsten dünkt, wie es sich jetzt, genau hundert Jahre nach jenen Verhandlungen wiederum gezeigt hat.

Diesmal aber fand England Deutschland auf seinem Wege, und wie damals gegen Frankreich die Koalition Europas, so gelang ihm jetzt die Koalition der Welt gegen Deutschland. Deutschland aber suchte nicht nur Rohstoffe für seine wachsende Industrie, sondern auch Land für seine wachsende Bevölkerung neben einer die eigene Erzeugung ergänzenden Zufuhr an Nahrungsmitteln. Die „Kolonisation" Englands hatte einen anderen Sinn. England hätte seine Bevölkerung bis zum letzten Manne festgehalten und in seine Industrie hineingesteckt, wenn es sie hätte ausgiebig ernähren können. Das letzte wäre nur möglich gewesen, wenn es nicht nur möglichst konkurrenzloser Herr der Rohstoffe in der Welt blieb, sondern wenn seine Kolonien ihm auch die nötigen Nahrungsmittel in sicherer und ausreichender Fülle dargereicht hätten. Da aber erkannte man Englands schwache Seite, und so trat man mit sehr unbequemen Gegenforderungen an England heran. So wuchs auf der einen Seite die Auswanderung aus England, was seine Bevölkerung schwächte, seiner Industrie die erwünschte, den Arbeitslohn einschränkende Reservearmee entzog, und auf der anderen Seite stiegen die Kolonien durch Schöpfung einer eigenen Industrie zu immer größerer Selbständigkeit empor. Nachdem England also die eine Quelle zur steten Erneuerung seines Volkes durch den Raubbau am eigenen Bauerntum erschöpft hatte, begann nun auch die andere, der Zustrom starker Elemente aus seinen Kolonien, zu versiegen. Damit wurde es in seiner äußeren Politik mehr und mehr von den Forderungen und der Haltung der Kolonien bestimmt, während auf seine innere Politik die „Bodenlosen" — sagen wir im Hinweis auf unsere früheren Darlegungen kurz —, die Klassen der geistigen und körperlichen Arbeit mit ihren hundert verschiedenen Strebungen vollen Einfluß gewannen.

In der gleichen Zeit aber vermochte Preußen-Deutschland durch energische Aufnahme der Sozialpolitik die Strebungen der Lohnarbeiter in das ruhigere Fahrwasser ernster und strenger Organisation zu leiten; die Macht der landbauenden Bevölkerung erwies sich noch stark genug, den Extravaganzen der Bodenlosen beider Kategorien zu widerstehen und sie zur Mitarbeit entweder an der Erhaltung und Entwicklung der staatlichen Ordnung zu erziehen oder wenigstens ihrer Opposition den Stempel der Karikatur westeuropäischer Theorien aufzudrücken.

Sichtbar — das glaube ich nun schließen zu dürfen — ward der allgemeinere Nenner, unter dem die Gegenbestrebungen in und außer Deutschland zusammenzufassen sind. Die Bodenlosen drängen zur Herrschaft. Es sind ein Teil der wirtschaftlich zu kurz gekommenen Bevölkerungsklassen, deren Einkommen aus geistiger Arbeit fließt, und neben ihnen vor allem die Massen, deren Einkommen rein körperlicher Arbeit entstammt. Die Herrschaft dieser Einseitigkeiten würde dem Lande und Volke zu ungeheuerem Schaden gereichen, da sie, wie anderswo,

dem Raubbau am deutschen Bauerntume nicht zu steuern vermöchten. Was also nottut, ist erkennbar: Überwindung oder Paralysierung dieser Einseitigkeiten.

Eine Paralysierung wäre möglich durch die Stärkung des Bauernstandes in Deutschland. Materiell scheint der Krieg sie im großen schon bewirkt oder angebahnt zu haben. Und so wäre abzuwarten, ob dieser materiellen Stärkung eine intellektuelle folgen wird und kann. Eine solche Stärkung wäre von der Regierung in jeder Weise zu fördern, denn sie stärkt damit das Fundament, auf dem sie selber und die ganze, gesunde Zukunft unseres Landes und Volkes ruht.

Eine Überwindung wäre möglich durch stärkeres Eindringen der Bodenlosen selbst in den Bodenbesitz. Also Heraushebung unserer Intellektuellen aus ihrer phantasievollen Einseitigkeit — Verselbständigung unserer Lohnarbeiter durch die Ermöglichung eines Landbaues im kleinen, der ihnen die ersten Lebensnotwendigkeiten aus eigener Arbeit sichern und die innere und äußere Gesundheit ihrer Frauen und Kinder durch die Arbeit im Freien stärken und schützen würde. Daß eine solche Möglichkeit vorliegt, zeigt die Entwicklung während der Kriegsjahre. Rings um unsere Städte drang fröhliche Arbeit in die brachliegenden Plätze und verlassenen Schutthalden, und ein frisches Grünen und Blühen gab Kunde von der notwehrenden Kraft, die hier ordnend und waltend ihr Werk begann. Und bei wie vielen jener „Intellektuellen" möchte nicht die Empfindung aufleben, die Walther von der Vogelweide einst durchdrang, als die Schenkung eines Lehens durch Kaiser Friedrich es ihm ermöglichte, von dem „Umhertreiben auf der Gaukelfuhre" endlich am „am eigenen Herde" ausruhen zu können. Und weiter brachte der Krieg ein erhöhtes Drängen aus der Enge der Stadtwohnungen in Landwohnungen mit der Gelegenheit eigenen Gartenbaues und eigener Kleinviehzucht. Schwein, Schaf, Ziege, Hühner, Kaninchen und so weiter wurden wieder in weiterem Umfange zu Haustieren, und wem es damit glückte, wer hier seine Erfahrungen sammelte und seine Praxis erlernte, wird gar manchmal weiter geführt: von der Ziege zur Kuh, vom Garten zu einem Stück Ackerland: die kleine Landwirtschaft will werden, und dieses Werden wäre nur zu begrüßen und zu unterstützen, denn hier wächst die Jugend und Gesundheit unseres Volkes, das Selbständigkeitsgefühl des einzelnen, das Heimgefühl der Familien. Manches Stückchen Land wird seiner wildtreibenden Verkommenheit entrissen und von der segnenden Pflege menschlicher Arbeit und Ordnung einer besseren und schöneren Bestimmung zugeführt. Die Ordnung aber, die ein Mensch nach außen zu schaffen gezwungen ist, wenn nicht geiles Unkraut all sein Mühen überwuchern soll, wirkt auch nach innen auf ihn selbst zurück. Da wird er dann lernen, daß Bildung von Bilden kommt, und daß das ein Tun und Zugreifen und Schaffen bedeutet und nicht bloß ein Lesen und Auswendiglernen.

Dieser Wille aber, der Wille zu einer neuen Stetigkeit, zu einer neuen „fuoge" und „mazze", wie es einmal hieß, zu einer neuen äußeren Ordnung und einem inneren Maßhalten war in Deutschland im Werden begriffen, und er ist es noch. Es ist der Wille, der als einzige Gewähr eines wahren Kulturstrebens Vertrauen verdient, und gerade ihn haben unsere Feinde nicht mehr oder noch nicht, da sie diejenigen Elemente ihrer Bevölkerung in rücksichtsloser Gewinngier vernachlässigten oder verkommen ließen, die allein die starken und zuverlässigen Träger eines solchen Willens sind und zu sein vermögen.

Mit der Aufnahme der deutschen Sozialpolitik hatte sich dieser Wille zuerst wieder stark bekundet. Er zeigte an, daß die Meinung sich geändert hatte, der Bodenlose sei nur ein verkommenes Subjekt, dem man nur den vertragsmäßig bedungenen Lohn schulde, und das man, wenn es sich mucke, einzusperren oder totzuschießen habe. Das, was da als überschüssige Kraft aus dem Bauerntume und aus den bürgerlichen Berufsständen „zur Fabrik" drängte, bestand nicht etwa nur aus verkommenen Bauern und Bürgern, sondern in diese neue Arbeit drang der Wille des Emporkommens mit hinein. Man suchte den Weg, den man in der alten Lage sozial und wirtschaftlich nicht zu finden vermochte. Und ein Unglück war es, daß dieser Wille unter die Führung von Leuten geriet, die ihre

prophezeienden „Wahrheiten" nicht in Deutschland gefunden, sondern sich an der Entwicklung anderer Völker, vor allem der Industrievölker, orientiert hatten. Mit ihrer Art Willensäußerung wurde jener Emporwille vor dem Volke diskreditiert und die Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse in die Irre geführt.

Aus den Bevölkerungsschichten der Landwirtschaft kam es nicht nur zur Abspaltung jener überschüssigen Elemente zu rein körperlicher Arbeit, sondern der Wille zum Emporkommen, der Wille gegen die Proletarisierung zeigte sich bald nach den ersten turbulenten Zeiten in den ernsten Forderungen großer Massen unserer Arbeiter, teilzunehmen an den „Gütern der Kultur"; er zeigte sich in der bald einsetzenden aktiven Beteiligung vieler Arbeiter an der geistigen Arbeit selbst; er zeigte sich in dem Streben, die einseitige Betätigung des Inhabers von körperlicher Kraft durch seine Selbstbelehrung und geistige Selbstentwicklung zu ergänzen. Gegen die arbeitsteilige Einseitigkeit suchte der Arbeiter in dieser Weise nach einer Abwendung der ihm drohenden Gefahr menschlichen Verkommens. Und während es kaum eine Frage ist, daß der Übertritt vor allem aus den höheren Schichten des Bürgertums zur rein körperlichen Arbeit ein Herabsinken bedeutet, eine wirtschaftliche und physische Kraftabnahme, also ein objektives und subjektives Altern anzeigt, ist der Übergang zur körperlichen Arbeit aus den landwirtschaftlichen Kreisen zu allermeist nur ein objektiv (wirtschaftlich) bedingter; er trägt den subjektiven Willen zur Erlangung einer besseren Lebenssicherung mit hinüber in den neuen Stand und zeigt damit ein Fortschreiten zu einem individualisierten Ziele an: dem Ziele der Persönlichkeit. Dieser Wille bekundet sich ebenso in dem Streben nach qualitativer Ausbildung, wie auch die Tatsache zum Beispiel, daß die städtische Arbeiterbevölkerung sich keineswegs nur durch dauernden Zuzug vermehrt, sondern ihre Vermehrung durch eigene Zeugung bewirkt, durchaus nicht auf eine Kräfteabnahme schließen läßt.

Im Gegenteil, der durch die wirtschaftliche (objektive) Notwendigkeit erzeugte und gestärkte Drang zu einer gemeinsamen — solidarischen — Entwicklung ist als ein lebensstarkes Element zu buchen, und so zeigt es sich, daß das Bodenloswerden keineswegs allgemein als ein Verkommen einer ganzen Bevölkerungsschicht zu erklären ist, sondern daß in ihm zugleich der instinktive Drang wirksam sein kann und wirksam ist, neuen Boden zu gewinnen.

Aber auch in mancher anderen Beziehung lehrt die Erfahrung, daß das Abströmen der bäuerlichen Bevölkerungsüberschüsse zu körperlicher Arbeit nicht allgemein als ein Sinken in sozialer Hinsicht betrachtet werden darf, denn unsere ganze Industrie hätte ohne diesen gesunden Zustrom an körperlicher und geistiger Kraft ihren Weltgang so wenig machen können, wie wir jetzt etwa nur mit einfachen Bauernjungen die Siege im Weltkriege hätten erringen können. Mögen diese immerhin ein Element der Stetigkeit, des Standhaltens, des Ausharrens und Durchkämpfens bilden, die „Intellektualität" der Arbeiter gab das andere Moment der geistigen Beweglichkeit, der Findigkeit, der Anpassungsfähigkeit, die so Ungeheures leistete, hinzu.

Wir sehen: alt werden kann und muß ein Volk, dessen Bauernstand dahinschwindet oder dem er ganz abhanden kam. Alt werden kann ein Volk ebenso als Bauernvolk, wenn unverbesserbare Enge und Eingeschlossenheit es von jeder Entwicklung fernhält. Aber was sonst an einem Volke alt wird, das sind jene individualisierten Kräfte. Wie am Baume die Blätter und Blüten dahinwelken und in jeder Wachstumsperiode immer wieder neu und aus dem Stamme entwickelt werden müssen, der nicht starb, so die Individuen und Individualbildungen am Stamme eines Volkes. Wo man dazu die Möglichkeit nahm, indem man die Wurzel durch Einengung ihres Erdreiches verkümmern ließ oder den Stamm selbst anschlug, wie dies England mit der Vernichtung seines Bauernstandes, Frankreich mit der Proletarisierung seiner Bauernschaft tat, da muß in kurzer Zeit Blutleere mit all ihren Folgeerscheinungen wie Hysterie und intellektuell phantastische Ueberspanntheit und in der Praxis die Neigung zu Gewaltmitteln anstatt zu ordnender Überlegung eintreten; da muß ferner der

Drang sich melden, auswärts die nahrungschaffenden, erfrischenden Volkskräfte zu suchen, die das eigene Volk nicht mehr erzeugt.

Einstmals war Deutschland das Reservoir solcher Kräfte für Europa. Seitdem aber Deutschland sich zu einem Eigenleben erhob und seine Kräfte zu eigener Sicherung zu organisieren strebte, mußte es mit der Zeit unfehlbar dahin kommen, daß entweder Deutschland seine Volkskräfte in Europa nur unter eigener Leitung zu organisieren suchte, sie also nicht mehr der Fremde einfach preisgab — daher der Vorwurf des Strebens nach Herrschaft in Europa —, oder daß alle anderen Völker zu Gegnern Deutschlands wurden und die Zurückführung der früheren Zustände, eine Zersplitterung des deutschen Volkes erstrebten. Hier, in dieser tiefsten Lebensfrage der uns feindlichen Völker liegt der letzte Grund des Weltkrieges. Es ist das Zusammentreffen von Ursachen, die heute wie immer die gleichen Wirkungen erzeugten, einstmals die Einkreisung und Zerreißung Deutschlands in einem Kriege von 30 Jahren, dann die Einkreisung Preußens im Siebenjährigen Kriege, die beide nichts anderes bedeuteten wie heute: die Auflehnung der europäischen Völker gegen eine starke und geschlossene Eigenentfaltung des deutschen Volkes. Und hier berühren wir nicht minder die Ursache der weniger als lauen Haltung der Neutralen uns gegenüber, so weit sie, wie z. B. Holland oder die Schweiz, an dem gleichen Leiden kranken: in Holland an der Dezimierung der eigenen landbauenden Bevölkerung und in der Schweiz an dem Raubbau am eigenen Volke durch die Fremdenindustrie und die fortschreitende Industrialisierung des Landes. Wie wenig die Schweiz imstande ist, ihr Volk aus eigenen Produkten zu ernähren, das hat der Krieg zum Schrecken aller gezeigt.

Und hier bietet sich das Gegenbild im kleinen zur deutschen Entwicklung. Der Wille der Basler und vor allem der Berner Aristokratie war nicht mehr stark genug, den Willen des bodenlosen Intellektualismus, wie er in Zürich und Genf vor allem Raum gewann, zu paralysieren, während das Bauerntum in Deutschland in der landbauenden ostelbischen Junkerschaft einen starken sozialen Rückhalt fand.

Die energische Aufnahme der Sozialpolitik vermochte nicht, die jäh einreißende Bodenlosigkeit ganz zu verhindern. Die Entwicklung zur Industrie war notwendig geworden und ließ sich nicht hemmen. Was sich aber hemmen ließ, das war das Versinken ganzer Bevölkerungsschichten ins Proletentum. Der deutsche Proletarier weiß es heute, daß viele Wege aus seinem Stande wieder aufwärts zu führen vermögen. Und einer der ersten und besten ist der, der dahin führt, neuen Boden zu gewinnen. Er muß immer mehr beschritten, und alle Mittel müssen aufgewendet werden, unser Volk diesem Ziele näherzubringen und es zu erreichen. Land und Volk — das gehört zusammen als eine untrennbare Einheit, und sie allein kann uns die starke und gesunde Zukunft bringen, die wir für Deutschland und sein herrliches Volk wünschen.

# Die Behandlung der Deutschbalten

Von Hadubert

So paradox es klingt: die Behandlung der Deutschbalten, die mit uns eines Stammes sind, die unsere Kultur und einen großen Teil unserer Geschichte miterlebt haben, sie ist für den tiefer Blickenden ein noch viel schwierigeres Problem, als die Behandlung des primitiven Lettenvolkes. Gerade weil die Gegensätze zwischen dem neuen Reichs- und dem baltischen Deutschtum innerlicher, ideeller, unendlich viel schwerer faßbar und verständlich sind: gerade darum liegt in ihnen der Keim zu ernsten, ja tragischen Verwicklungen beschlossen. Es soll der Versuch der folgenden Zeilen sein, die immanente Gefahr des gegenseitigen Verhältnisses von Reichsdeutschen und Deutschbalten aufzudecken. Meine Ausführungen wollen an ihrem bescheidenen Teile versuchen, an Mißverständnissen und Konflikten abzuwehren, was sich auf dem Wege logischer Aufhellung historisch und seelisch bedingter Widersprüche und Gegensätze verhüten läßt. Das übrige muß der Schule der Erfahrung überlassen bleiben, die den Balten, welche in einer wechselvollen Geschichte viel gelitten haben, auch weiterhin manch seelische Schmerzen nicht ersparen wird.

Ob sich heute wohl in Frankreich Stimmen an die Öffentlichkeit wagen könnten, die nach altgewohnter Weise den Elsässer als einen tête-carré verspotten? Ich glaube kaum. In der deutschen Presse geht die Hetze gegen die „baltischen Barone" vergnügt weiter und bis zum Überdruß müssen die wenigen Kenner des Landes und seiner Bewohner, die es in Deutschland gibt — meist sind sie selber gebürtige Balten und vor die peinliche Aufgabe des Pro-domo-Redens gestellt —, gegen die grundlegendsten Verkennungen und gegen die gehässigsten Anrempelungen der Stammesbrüder in der deutschen Ostmark in Wort und Schrift ankämpfen. Es ist traurig und unendlich beschämend, das in dieser späten Stunde des deutschen Selbsterhaltungskampfes in der Welt feststellen zu müssen. Aber die Tatsache als solche ist unbestreitbar. Parteipolitische Vereinseitigung und eine grob quantitative Betrachtungsweise durchdringen sich: das Ergebnis ist ein noch weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit beherrschendes Gefühl von Kälte und Gleichgültigkeit, das von den Deutschbalten allenthalben schwer und schmerzlich empfunden wird.

Man sollte meinen, daß die Berührung weiter Schichten unseres Heeres mit den baltischen Verhältnissen dieser unwürdigen Lage ein Ende gemacht hätte. Es ist nicht zu verkennen, daß ein wesentlicher Fortschritt dadurch erzielt worden ist. Der Jubel und die hemmungslose Begeisterung, mit der unsere Truppen in Kurland, in Riga, in Dorpat und Reval empfangen worden sind, der Anblick der Leiden, die die baltischen Blutzeugen des Deutschtums durcherlebt haben, die Erzählungen der Verschleppten, Mißhandelten und Beraubten: all das konnte auf empfängliche und offene Gemüter seinen tiefen Eindruck nicht verfehlen. Und die wundervollen Städte des Landes mit ihrer erlesenen Bürgerkultur, die herrlichen, gepflegten Landsitze des gastfreien Adels, die offenbaren Spuren deutscher Verwaltungsorganisation trotz der darüber gestrichenen russischen Tünche: sie redeten eine zu deutliche Sprache, als daß der Augenzeuge nun noch auf Grund unanfechtbarer statistischer Tatsachen diesem Land seinen deutschen Charakter absprechen und es als ein im Grunde lettisches und estnisches Kulturgebiet anerkennen könnte.

Aber schon melden sich die Stimmen der beschränkten Besserwisser auch in den oberen Schichten unserer Besatzungstruppen und rechnen selbstzufrieden und überlegen dem Balten seine „Rückständigkeit" vor: der deutsche Großstädter, der glaubt, der liebe Gott habe die Welt im Grunde nach dem Bilde von Berlin W. erschaffen, vermißt in dem idyllischen behaglichen Mitau mit seinen breiten, weiträumigen Holzhäusern den ihm vertrauten Komfort und gibt der Talmigroßstadt Libau den Vorzug, weil sie Café-chantants und überhaupt „Betrieb" habe; der fleißige Verwaltungsbeamte rümpft über die kürzere und langsamere Arbeit des

Balten die Nase und übersieht völlig die kulturfördernde Wirkung, die diese weniger gehetzte, an Muße reichere Lebensform gerade beim baltischen Bürgertum ausübt.*) Andere wieder stoßen sich an der größeren Gebundenheit, die die Konvention einer exklusiven Gesellschaft der Haltung und dem Leben der Frau auferlegt und sehen nicht, wie viel Urwüchsigkeit und vitale Frische trotz dieser aristokratischen Gehaltenheit die Frauen insbesondere in Kurland auszeichnet. Kurzum: trotz den fast durchweg herzlichen und überaus erfreulichen Beziehungen zwischen den Deutschbalten und ihrer militärischen Einquartierung kann man bereits jetzt gelegentlich die Spuren einer solchen inneren Distanz, einer Verkennung und oft sehr oberflächlichen und hochmütigen Mißachtung des Deutschbaltentums bei den zugewanderten Reichsdeutschen bemerken.

In den oberen Schichten unseres Militärs zählen diese Erscheinungen gottlob zu den Ausnahmen. Ganz anders liegt es bei den Unteroffizieren und Mannschaften, die in großer Zahl die subalterne Verwaltungsarbeit des Landes leisten und übrigens trotz ihrer militärisch gedrückten Stellung tatsächlich einen viel größeren Einfluß ausüben, als der Buchstabe der Verwaltungsordnung vermuten läßt. Die große Mehrzahl dieser kleinen Beamten oder Kaufleute, mit Mittelschulbildung — die wenigsten haben das Einjährigenzeugnis — und aus kleinen Kreisen stammend, ist weder in ihrer Heimat, noch erst recht in dem aristokratisch exklusiveren Baltenlande gesellschaftsfähig. Ihre militärische Rangstufe erschwert ihnen zudem die Begegnung mit Offizieren auf gesellschaftlichem Boden. Ein deutscher kleinbürgerlicher Mittelstand aber, in den sie sich gesellschaftlich harmonisch einfügen könnten, ist im baltischen Lande nur ganz spärlich vertreten. Diese breiten Massen unserer Untermilitärs sind gesellschaftlich auf sich selber oder vorwiegend auf Letten angewiesen, mit denen sie sich schwer verständigen können und bei denen sie höchstens bedenklichen antibaltischen Einflüssen unterliegen. Soweit diese Unterbeamten, z. B. das an Bildung besonders tief stehende untere Polizei- und Gendarmerieperſonal, nicht die Deutschbalten überhaupt mit den Letten und allen östlichen Landeseinwohnern unter die Universalkategorie „Panje“ einordnen, sind sie vielfach gegen die deutsche Oberschicht des Landes von einer deutlichen kleinbürgerlichen und zugleich auch neudeutsch-überheblichen Ranküne erfüllt. Auch diese kleinen Sekretäre und Schreiber mit ihrem so überaus begrenzten bureaukratischen Horizont sehen auf die Lässigkeit, Bequemlichkeit und zivilisatorische „Rückständigkeit“ des Balten mit einer überaus souveränen Verachtung herab. Die Neigung der baltischen Herrenschicht, der „Edel-Panjes“, wie der boshafte Etappenausdruck lautet, sich auch mit kleinen Anliegen unmittelbar an die gesellschaftlich bekannten leitenden Offiziere zu wenden, verletzt das Machtgefühl der kleinen übergangenen Bureaukraten, und die gekränkte Würde und überhaupt ihr militärischer Nationalstolz äußert sich vielfach, wenn auch keineswegs durchgehends in der bekannten Unteroffiziersschneidigkeit, an die man jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle sich eben doch noch nicht so gewöhnt hat, wie wir zu Hause. Wenn man bedenkt, daß die Balten seit Jahrzehnten gewohnt sind, an diesen Stellen den bestechlichen halb servilen, halb schikanösen russischen Tschinownik zu sehen, dann muß jeder, der die jetzigen Verhältnisse durch Augenschein kennt, die schnelle Umschaltung ihrer Haltung anerkennen. Das Publikum ist im Verkehr mit den militärischen Behörden, in deren Händen ja auch alle Macht liegt, von einer fast ängstlichen und stark eingeschüchterten Höflichkeit, trotzdem es von der Umständlichkeit des deutschen Bureaukratismus, der es an Papierverbrauch gut mit dem russischen aufnehmen kann, einigermaßen überrascht ist. Aber eben diese ungewohnte Machtfülle hat namentlich bei manchen kleinen Bureaupotentaten Selbst-

*) Daß es ein baltisches Bürgertum mit ausgeprägter Eigenart überhaupt gibt, ist eine Entdeckung, die deutsche Besucher auch erst im Lande machen müssen, da ihnen bekanntlich fortgesetzt von den bösartigen „baltischen Baronen“ als den einzigen Vertretern des Deutschbaltentums vorgeredet wird, obgleich diese einen verschwindend geringen Prozentsatz der deutschen Bevölkerung des Baltenlandes ausmachen.

herrschergefühle und entsprechende Gebärden gezeitigt, die nicht besonders geeignet sind, für die deutsche Kultur zu werben.

Man schreibt in deutschbaltischen Kreisen mit Selbstverständlichkeit einen großen Teil dieser Mißverhältnisse ohne weiteres auf das Konto des Kriegszustandes. Aber angesichts der elsaß-lothringischen Erfahrungen steht zu befürchten, daß nach dem Kriege Erstaunen und Mißmut wachsen werden, wie langsam sich diese Verhältnisse bessern. Für das Deutschbaltentum war eine gewisse, für uns recht beschämende idealistische Überschätzung der reichsdeutschen Verwaltungskunst im Gegensatz zur allzu gut bekannten russischen Mißwirtschaft bezeichnend. Die Einsicht, daß auch im deutschen Lager mit Wasser gekocht wird, ist für die Deutschbalten allenthalben ein schmerzlicher Schlag gewesen. Zwischen dieser unkritischen Überschätzung und einer ebenfalls im baltischen Charakter angelegten Neigung zu nörgelischer Kritik schwingt jetzt das Bewußtsein allmählich zu einer mittleren Ruhelage aus, wo eine nüchterne und etwas desillusionierte Einschätzung der Dinge den Plan beherrscht. Doch das sind innerbaltische Nöte und Sorgen. Für uns ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis wichtig, daß ein gegenseitiges Verständnis unseres bureaukratisch engen Kleinbeamtentums und der antibureaukratischen lässigen baltischen Gesellschaft schwer herzustellen ist. Wie in aller Welt, so wird auch im Baltikum unser bureaukratisches System mit seinem Formalismus ein steter Boden für Reibungen bleiben.

Der neudeutsche Kulturträger empfindet sein Deutschtum vorwiegend militärisch und staatlich in parteipolitischer Ausprägung, erst in letzter Linie national in einem Sinne, der keine Reichsgrenzen, sondern nur den Umfang deutschen Kulturbodens kennt. Der Balte wiederum empfand sein Deutschtum ausgesprochen unstaatlich-national und ist erstaunt, sich auf diesem Boden nicht ohne weiteres mit dem Reichsdeutschen zu treffen. Doch genug der schwerüberwindlichen Vorurteile und inneren Vorbehalte, mit denen der einwandernde Reichsdeutsche vielfach dem ihm völlig fremden, bisher kaum dem Namen nach bekannten Baltentum gegenübertritt. Versuchen wir, auch hier nach Möglichkeit von den Sonderverhältnissen des Augenblicks abzusehen und die mutmaßliche Entwicklung dieses Verhältnisses nach Aufhebung des gegenwärtigen Militärregimentes ins Auge zu fassen. Es ist aus verschiedenen Gründen vollkommen ausgeschlossen, daß das baltische Land in absehbarer Zeit den vollen Bestand seiner Beamtenschaft selber stellen kann. Das deutsche Verwaltungssystem, das in zivilen Formen die Tätigkeit der gegenwärtigen Militärverwaltungen allmählich ablösen wird, erfordert jedenfalls einen unverhältnismäßig größeren Stamm an Arbeitskräften, als ihn das Land selber sogleich aufzubringen vermag. Und der in der eigenen Selbstverwaltung durchaus bewährte, aber in neudeutschem Sinne bureaukratisch ungeschulte und schwerfälligere Deutschbalte wird noch lange beim verwaltungstechnisch überlegenen Reichsdeutschen in die Lehre gehen müssen, wenn das auch politisch wichtige Ziel erreicht werden soll, daß das Baltikum verwaltungsmäßig dem neuen Deutschen Reich fest und unlöslich angegliedert würde. Es wird also ein zahlenmäßig starker reichsdeutscher Beamtenstand ins Land hereinfluten, der seine technische Überlegenheit sehr deutlich betonen und keineswegs von vornherein geneigt sein wird, seine neudeutsche Sonderart willig aufzugeben und den Sitten und Überlieferungen des Landes anzupassen. Das aber ist in der Geschichte des Landes ein Novum und muß eine Reihe schwieriger Konflikte heraufführen.

Das Baltenland war bis vor etwa dreißig Jahren einen starken stetigen Zustrom aus Deutschland gewohnt. Auf diese fortwährende Blutzufuhr aus dem Mutterlande war die kleine deutsche Schicht des Landes durchaus angewiesen, da die Inzucht für sie eine dauernde Gefahr war. Sie verhielt sich gegen die Einwandernden durchaus nicht abschließend, sondern bekundete im Gegensatz zur elsässischen Bourgeoisie eine starke Fähigkeit, diese heterogenen Elemente in kurzem gesellschaftlich und stammlich soweit zu assimilieren, daß aus diesen Zuwanderern verschiedensten stammlichen Ursprungs in kurzem echte und rechte Balten wurden. Die Kontinuität der baltischen Tradition wurde durch diesen Zustrom nicht gestört,

sondern dieser war geradezu eine ihrer organischen Voraussetzungen. Auch auf das Letten- und Estentum übte natürlich die Lebenshaltung der bevorzugten Herrenschicht eine ungeheure Anziehungskraft und gerade weil den Eingeborenen der Aufstieg nicht leicht gemacht wurde, wurde von den begabten aufstrebenden Elementen der Unterschicht die Aufnahme in die Oberschicht bis an die Schwelle der Gegenwart als ein so großer Vorzug empfunden, daß sie gern das Opfer ihres Volkstums brachten: Emporkommen, zu Geltung und Stellung gelangen hieß deutschbaltisch werden. Was die Letten und Esten anlangt, hat sich diese Lage in den letzten Jahrzehnten durch Herausgestaltung eines national bewußten Großbürgertums beider Völker von Grund auf geändert. Die wichtigste Frage für die nächste baltische Zukunft bleibt es jedoch namentlich im Hinblick auf die Zuwandernden, ob die baltische Gesellschaft auch fernerhin die Fähigkeit und den starken Willen behalten wird, sich die neu einströmenden Elemente einzuschmelzen und dadurch zugleich unmerklich und schrittweise sich selbst dem neuen Deutschtum anzuähneln, oder ob sie, wie die elsässische Bourgeoisie durch einen Masseneinstrom heterogener Elemente in den Grundlagen ihrer Selbsterhaltung bedroht, die entgegengesetzte Politik der Verkapselung, des Abschlusses und damit des langsamen aber sicheren Selbstmordes einschlagen wird. Hier ist also ein Punkt, wo die elsässischen Erfahrungen wirklich fruchtbringend werden können, wenn die leitenden Stellen bei uns im Reiche und zugleich auch die einwandernden Kreise namentlich der oberen Beamtenschaft sich die Problemlage von vornherein klarer vor Augen stellen, als das seinerzeit im Elsaß geschah.

Der Balte wird selbstverständlich in erster Linie diese Frage vom Standpunkt der Bewahrung, d. h. natürlich nicht der ängstlichen reaktionären Verknöcherung seines überkommenen Volkstumes betrachten. Dem Reiche liegt dieser Gesichtspunkt zunächst ferner. Es gibt nur wenige Reichsdeutsche, die Gelegenheit gehabt haben, mit den intimen Reizen der baltischen Stammeskultur in Berührung zu kommen und die daher mit dem Balten den nationalen Herzenswunsch empfinden, im buntfarbigen Garten des Deutschtums diesem edlen Gewächs so viel von seiner kräftigen und knorrigen Eigenart zu erhalten, wie die neue und harte Zeit es irgend zuläßt. Dem Reich als solchem muß der Gesichtspunkt im Vordergrund stehen, wie weit eine Festigung des deutschen Machteinflusses im neuen baltischen Schutzstaat an der Forterhaltung des urtümlichen Deutschbaltentums interessiert sei. Gerade auch unsere kürzlich angestellten Erwägungen über die Rückwirkung einer engen Verbindung mit den deutschbaltischen Überlieferungen auf die Behandlung und politische Gewinnung der Letten und Esten kommen hier als ernsthafter Faktor in Frage. Trotz der damals geäußerten Bedenken scheint mir die Einsicht unabweislich zu sein, daß das Deutsche Reich gerade bei dem Charakter seines bureaukratischen Systems, bei seinem offenbaren Mangel an bewährten kolonisatorischen Methoden und Erfahrungen auf die Mithilfe des Deutschbaltentums schlechterdings angewiesen ist. Dann aber wird es zur unumgänglichen Pflicht unserer leitenden Stellen, in kluger Voraussicht Wege und Maßnahmen zu überdenken, die dem Deutschbaltentum das organische Hineinwachsen in die neudeutsche Lebensform ermöglichen und die es nicht von vornherein in eine für beide Teile unfruchtbare und verhängnisvolle Abkapselung und gesellschaftliche und kulturelle Absonderung mit Notwendigkeit hineintreiben.

Von grundlegender praktischer Bedeutung wird hier die Frage der Auswahl der nach den baltischen Landen zu sendenden Beamtenschaft, die wir in früherem Zusammenhang bereits berührten. Unendliche persönliche Sorgfalt von Fall zu Fall, aller politische Takt ist gerade an diese Frage zu wenden. Technische leistungsmäßige Bewährung kann und darf nicht allein den Ausschlag für eine Mission im neuen Ostland geben. Der tüchtigste Virtuose der bureaukratischen Technik ist unter den dortigen Verhältnissen ein Schädling, wenn er ausgerüstet mit dem Glauben an die allein seligmachende Kraft demokratischer Ideale mit der Absicht ins Land geht, diesen „Junkern" und ihren bürgerlichen Nachbetern es mal ordentlich zu zeigen und die Verfassung des Landes nach Kräften seiner

Bevölkerungsstatistik anzupassen. Es werden der Opfer an liebgewohnten Anschauungen und Einrichtungen genug vom baltischen Deutschtum erfordert werden, der Fortgang der Geschichte wird schwere und gewichtige Worte sprechen, und nur kindischer oder greisenhafter Trotz und Unverstand werden den hoffnungslosen Versuch machen, sich diesen Worten zu widersetzen. Man sollte aber dann auch auf reichsdeutscher Seite ein Verständnis dafür gewinnen, wie viele tragische Folgen die Krisis des deutschbaltischen Menschen zeitigen wird und es dem dortigen Deutschtum nicht zumuten, sich mit deutschen Kulturträgern auseinanderzusetzen, die ohne den Willen zur verständnisvollen Einfühlung in die bewährten Überlieferungen, vielmehr mit altklugem Besserwissen und mit offenbarer Abneigung gegen den einheimischen deutschen Menschenschlag als Eroberer und Beglücker, wenn nicht gar als pfiffige Ausbeuter des Landes einziehen.

Auf die Auslese dieser beamteten Vertreter des neuen Deutschtums in den baltischen Landen wird unsere Regierung Einwirkung haben und es steht dringend zu hoffen, daß sie die Verantwortung erkennt, die damit in ihre Hand gelegt ist. Anders in den freien Berufen. Nach Riga, Libau und Reval, den großen, industriellen und gewerblichen Mittelpunkten des Baltikums, aber auch in die kleineren Städte und auf das Land wird sich ein Strom jener Vertreter neudeutscher Wirtschaft ergießen, deren hemmungsfreie Arbeits- und Erwerbsenergie hier so wenig wie sonst in der Welt sich durch vorgefundene Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse einer älteren Entwicklungsstufe des Kapitalismus beirren lassen und ehrfürchtig vor deren Überlieferungen Halt machen wird. Der hanseatisch gehaltenere und gemessenere Wirtschaftsgeist Rigas wird mit diesem jüngeren unbekümmerteren hochkapitalistischen Bruder ebenfalls hart zusammenstoßen. Der Schritt zum Hochkapitalismus mit allen wirtschaftlichen, arbeitstechnischen und auch gesellschaftlichen Folgeerscheinungen wird dem Lande nicht erspart bleiben und wesentliche Eingriffe in die Entwicklung der Verhältnisse stehen der Regierung kaum offen. Wohl aber ist zu wünschen, daß sie ein wachsames Auge darüber habe, daß nicht die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage des baltischen Landes zu einer Erdrosselung seines selbständigen und bodenständigen Wirtschaftslebens ausgenutzt werde. Insbesondere ist die durch den Krieg begünstigte Monopolwirtschaft für den einheimischen Handel eine schwere Gefahr. Was dabei mit auf dem Spiele steht, ist das Überwuchern ostjüdischen Handelsgeistes in Riga, in der bisher die strengsten ursprungshaft deutschen Wirtschaftsüberlieferungen und kaufmännischen Gepflogenheiten die volle Herrschaft besaßen. Gewiß wird eine größere nationale Parität auch dort Platz greifen müssen, allein die Vernichtung der einheimischen merkantilen und industriellen Initiative und damit die völlige Revolutionierung des baltischen Wirtschaftslebens wäre aufs äußerste zu beklagen und namentlich in deutschnationaler Hinsicht von katastrophaler Tragweite. So sehr wir gerade das Wirtschaftsleben als Feld der Gewinnung der fremdstämmigen Unterschicht in Anspruch nehmen: völlig können auch hier die nationalen Momente, deren jeweiliges Gewicht nur die einheimischen Kreise ermessen können, aus dem wirtschaftlichen Kampf und der Neuordnung des dortigen Wirtschaftslebens nicht ausgeschaltet werden.

Der Balte ist durch einen überaus stark ausgeprägten Unabhängigkeitssinn, dabei aber auch durch ein hohes Maß geistiger Agilität ausgezeichnet. Insbesondere für die bürgerlichen Kreise, in denen keine feudal-reaktionären Bindungen die geistige Beweglichkeit lähmen, ist dies Beieinander bezeichnend, während dem Adel die größere machtpolitische Energie innewohnt. Der Balte ist zu großen Leistungen und Opfern bereit, sobald er ihren Sinn und ihre Notwendigkeit einsieht. Aber er verträgt schwer eine Mißachtung seiner geistigen Freiheit und eignet sich nicht zu blindem Gehorsam, wie ihn die militärische und bureaukratische Moral gern fordert. Zwang und Gewalt wecken im Balten seinen echt germanischen Trotz und Eigensinn. Gewaltige geistige und organisatorische Arbeit ist in der baltischen Selbstverwaltung, im Vereins- und Kulturleben des Landes freiwillig und ehrenamtlich geleistet worden. Ein Appell an freiwillige Opfer und freiwillige Mitarbeit kann unter Deutschbalten sicher auf Widerhall rechnen, während der Lette

im Gegenteil festen Zwang dauernd braucht. Es sind jahrhundertelange feste Verhältnisse, die diese widerstreitenden Eigenschaften in den beiden Schichten erzeugt oder doch genährt und gesteigert haben mögen. Unendliche Reibungen können vermieden, viel tätige Mithilfe dem neuen Regiment erworben werden, wenn dieser wichtige Charakterzug des Balten erkannt und in der Organisation der Verwaltung, nicht zum wenigsten auch in der Fassung der Verordnungen und Gesetze berücksichtigt wird. Baltische Zucht ist zum größeren Teile Selbstdisziplin, nicht wie beim Preußen vorwiegend Disziplinierung oder gar sogenannter Drill. Der Balte hat die Tugenden und auch die Fehler einer Herrenkaste. Nicht alle diese Eigenschaften werden sich in ihrer ausgeprägten kantigen Eigenart in das neue System hinüberretten lassen. Aber Deutschland hat kein Interesse daran, diese Eigenart mit Gewalt zu unterdrücken. Ein deutscher Stamm, der in langer geschichtlicher Schulung die Fähigkeit zur Herrschaft und zugleich zur Selbstbeherrschung ausgeprägt hat, die in der Welt vor allem die politischen Erfolge des Angelsachsentums begründet hat, kann gerade durch diese Eigenschaften eine wertvolle Bereicherung des deutschen Menschenmaterials bedeuten. Bisher hat hiervon der russische Staat seinen Vorteil gehabt, der die staatsmännischen Talente dem Lande und damit auf die Dauer auch der deutschbaltischen Nationalität entzogen hat. Es steht außer Frage, daß auch das Deutsche Reich als Erbe Rußlands hier seinen Nutzen finden wird, wenn es, — ich komme immer wieder auf diese Grundmahnung zurück — nicht selber mutwillig den Wurzelboden dieser Begabungen zerstört. Wenn das Baltikum, Deutschlands älteste Kolonie und beste Pflanzstätte echten kulturellen Siedlertums, diese seine Rolle zum Heile des neuen Reiches noch weiter spielen soll, dann müssen mit kluger und schonender Hand die dortigen Kulturtraditionen in ihren Grundzügen bewahrt und ohne jähe Übergänge und Brüche in die neue Zeit übergeleitet werden. Dann wird auch weiterhin das baltische Land ganz von selbst diejenigen Elemente im deutschen Vaterland locken, schulen und seiner Eigenart assimilieren, in denen echte Herreninstinkte und Herrenfähigkeiten rege und lebendig sind. Wir wollen selbstverständlich nicht im Baltenlande eine Pflanzstätte autokratischen Junkertums begründen, was die Linke diesen Ausführungen vermutlich unterstellen wird. Erst recht bedeutet uns die Einfügung des baltischen Deutschtums in den neudeutschen Gesamtorganismus nicht eine Okkulierung der deutschen Eiche mit einem zaristischen Pfropfreis. Aber ohne wahres Herrentum, für das uns der Engländer ein noch immer unerreichtes Vorbild ist, ist heute die deutsche Sendung in der Welt nicht durchzuführen. Nicht im Kampfe, sondern im Bunde mit dem Deutschbaltentum wird der deutsche Geist die große Ostlandfahrt, zu der ihn heute die Geschichte berufen hat, zum Heil und Segen des Reiches und des ganzen deutschen Volkes sieghaft und glanzvoll durchführen.

# Neue Parteiprogramme

## 2. Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie

Das sozialdemokratische Aktionsprogramm hat in den Reihen der Partei eine schlechte Presse gefunden und der Parteiausschuß lehnte die vom Vorstande vorgeschlagene Abstimmung mit der Begründung ab, daß ihm vorher eine Ergänzung notwendig erscheine. Trotzdem kann die provisorische Fassung als interessantes Stimmungsbild über den gegenwärtigen Stand der Parteibewegung volle Aufmerksamkeit beanspruchen.

Einer der geistigen Väter des Programms, der schon erwähnte Genosse Kunow, macht im Vorwärts gegenüber der von allen Seiten laut werdenden Kritik unseres Erachtens mit Recht geltend, daß die Zusammenhäufung aller möglichen Forderungen schwerlich ein Aktionsprogramm entstehen lasse, das die Sozialdemokratie „aktionsfähig" mache und dem größten Teil ihrer Anhänger verständlich bleibe. Zudem: in einer gärenden Zeit, wie der unseren, wo das einzige Gewisse die Ungewißheit des Kommenden ist, müsse ein „einstweiliger Arbeitsplan, der auf der Grundlage der heute schon erkennbaren Veränderungen die Bahn absteckt", genügen. Kunow betrachtet ausdrücklich den Kommissionsentwurf als einen „Lückenfüller für die Übergangszeit", bis die neue Lage geklärt sei und das „längst veraltete" Erfurter Programm durch ein neues ersetzt werden könne. Und in der Tat, wenn man dieses noch völlig doktrinäre Produkt aus dem Jahre 1891, das zum Teil schon, als es angenommen wurde, „durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt" gewesen sei, mit dem Aktionsprogramm von 1918 vergleicht, so sieht man, welche Fortschritte die „Revolutionierung der Revolutionäre" (Plenge) inzwischen gemacht hat und wie nötig eine Revision der Parteidogmen geworden ist.

Schon die Einleitungen beider Dokumente zeigen ihren völlig verschiedenen Geist. Die Erfurter läßt noch in breiter Front das schwere Geschütz der marxistischen Theorie auffahren, in einer „ellenlosen Auseinandersetzung", als förmliche „ökonomische Abhandlung" (Kunow), die darauf folgenden Einzelforderungen geradezu erdrückend, schwelgt der soeben vom Zwange des Sozialistengesetzes befreite Redefluß der Parteiherolde in den Schlagworten des „kommunistischen Manifestes" von dem Elend, der Ausbeutung, Unterdrückung und klassenbewußten Internationalität des Arbeiterstandes. Die Einleitung von 1918 ist ehrlich genug, auf diese wirklich nicht mehr recht zeitgemäßen Phrasen zu verzichten und die klangvollen Thesen der ökonomisch-materialistischen Geschichtsauffassung zu dem einen Satze zusammenschrumpfen zu lassen, daß die sozialdemokratische Partei „in zielbewußter Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen" müsse.

Um dies zu erreichen, wird an der Spitze der „politischen Forderungen", wie nicht anders zu erwarten, der Grundsatz der Volksherrschaft proklamiert. Aber die Art seiner Durchführung weicht von dem 1891 empfohlenen Verfahren ab. Hielt man damals eine „direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes", — neben der Wahl der Behörden — für das geeignete Mittel, so scheint man ein Menschenalter später der Unmöglichkeit solcher Kantönlipolitik für den modernen Großstaat eingesehen zu haben. Nunmehr wird bloß entscheidender Einfluß des Volkes auf die parlamentarischen Körperschaften — durch das bekannte Wahlrecht politisch Unmündiger — und „Entscheidung dieser Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister" verlangt. Die hiermit umschriebene Volksherrschaft ist aber auch verschieden von dem, was sonst auf der

Linken, wo man ja jetzt ganz offen die „Volkssouveränität" fordert*), darunter verstanden wird. Wir haben in den Kreuzartikeln wiederholt darauf hingewiesen, daß man in sozialdemokratischen Kreisen durchaus nicht allgemein das innerpolitische Evangelium der Fortschrittspartei, die parlamentarische Regierungsweise, anerkennt. Da man sich bis zum heutigen Tage**) nicht hat entschließen können, in verantwortlicher Form an der Regierung teilzunehmen, vielmehr nach der Gewohnheit des deutschen Frühkonstitutionalismus auf Gewaltentrennung zwischen Minister und Abgeordneten bedacht war, so kann jene Haltung nicht wundernehmen. Den „Obrigkeits"staat will natürlich auch diese Strömung unter den Sozialisten abschaffen, aber der an seiner Stelle von ihnen erstrebte Volksstaat soll nicht nach den Methoden des party system eingerichtet werden, das als Erfindung der „Bourgeoisie" verdächtig ist, sondern vielmehr so, daß die allerdings ihres konservativen Kastencharakters zu entkleidende Bureaukratie mehr oder weniger am Ruder bleibt, das Parlament dagegen in scharfer Kontrolle und in demokratisch-sozialistischem Sinne den Kurs bestimmt. Man hat hierfür das Schlagwort vom „Verwaltungsstaat" ausgegeben — auch das Aktionsprogramm gebraucht es in der Einleitung. Das will besagen, daß der Hauptwert auf eine im sozialistischen Klasseninteresse — das naiv mit der salus publica gleichgesetzt wird — geführte, Administration wirklich sachkundiger Fachleute gelegt wird. Eine von unten auf demokratisierte Bureaukratie, wie sie ähnlich dem Freiherrn vom Stein vorschwebte, ist jenen Kreisen um Heilmann (bei uns) und Renner (in Österreich) eine bessere Gewähr sozialistischer Zukunft, als das kontrollenlose Verwaltungsregime der Parlamentsmehrheit mit ihrer Patronage- und Korruptionswirtschaft. Man hat in diesem Sinne den Parlamentarismus geradezu als „Abweg von der Demokratie" bezeichnet.

Mag dies auch von der gegenwärtigen Parteiorthodoxie bestritten werden — der „Vorwärts" schwört auf das parlamentarische System —, so können sich doch die Anhänger des Verwaltungsstaates darauf berufen, daß jenes System dem sozialdemokratischen Programm von jeher unbekannt war. Den Volksstaat sozialistischen Gepräges umschrieb jüngst eine Kritik der „Glocke" zum Unterschied von den Idealen unserer bürgerlichen Demokratie folgendermaßen: Volksstaat ist weder parlamentarischer Parteistaat noch Obrigkeitsstaat noch Korporationsstaat. Aber er braucht den starken mittleren Willen einer leistungsfähigen Obrigkeit neben der wirklich sachverständigen Aufsicht seines Parlaments und der selbsttätigen Mitarbeit der zusammengeschlossenen Interessentengruppen. Der „sozialistische Verwaltungsstaat" des Aktionsprogramms wird an diesen Elementen nicht vorbeigehen dürfen. Die vorsichtige Sprache der Kommission zeigt auch, daß man sich des strittigen Charakters der Materie wohl bewußt ist und absichtlich vermeidet, von der „Einführung parlamentarischer Regierungsweise" zu reden, wie es die interessierte Presse („Frankfurter Zeitung" u. a.) zu Unrecht wahr haben möchte.***)

Trotzdem werden natürlich die Kompetenzen der Volksvertretung erweitert. Zu der schon in Erfurt geforderten Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden tritt jetzt noch das in der Gegenwart weitverbreitete Verlangen, ihn auch bei der Abschließung von Verträgen föderativer Natur („Bündnisverträge mit fremden Mächten") zu beteiligen. Es ist dies nur eine Folgerung aus dem gleichfalls zeitgemäßen Postulat, die Geheimdiplomatie abzuschaffen. Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer (1891 hieß es noch dem alten Milizgedanken

*) Vgl. z. B. den Artikel: „Der Sinn der Regierungskrise" in Nr. 467 des „Berliner Tageblattes".

**) Die jüngsten Ereignisse scheinen ja allerdings eine Wandlung anzudeuten.

***) Das „Regierungsprogramm" der Partei vom 28. September verlangt zwar „Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit", setzt aber doch hinzu: „oder aus Personen, die der Politik der Reichstagsmehrheit entsprechen". Außerdem ist zu beachten, daß dieses Programm gegen beträchtliche Oppositionsminderheiten, namentlich im Parteiausschuß, angenommen wurde.

entsprechender: Volkswehr), zunächst durch Herabsetzung der Dienstzeit, und als außenpolitisches Gegenstück der Abrüstung internationale Rechtsorganisationen zu diesem Zwecke, ferner die bekannten Wünsche auf dem Gebiete des Vereinsrechtes, der Selbstverwaltung und der Einheitsschule runden das Bild der politischen Forderungen ab.

Eine einfache Überlegung sagt, daß der Sozialismus, trotzdem er in gewisser Weise — durch sein Eintreten für den vierten Stand — der Rechtsnachfolger des Liberalismus wurde, diesem innerlich fremd, ja feindlich gegenübersteht. Ihre Kampfrufe Freiheit und Gleichheit, so brüderlich sie auch die Revolution zusammenstellte, schließen einander, absolut genommen, aus! Der Liberalismus kämpft — zugunsten seines Freiheitsideals — für die Emanzipation der Gesellschaft vom Staate, der Sozialismus will gerade den Staat, „seinen" Staat, an die Stelle der Gesellschaft setzen, um sein Ziel, die Gleichheit aller, zu erreichen. Darum wäre es auch nach den Worten eines Sozialisten „nicht Versehen oder Zufall, sondern ein notwendiger Bestandteil der sozialdemokratischen Auffassung", wenn sie die parlamentarische Regierungsweise „nirgends auch nur als vorläufigen Fortschritt" in ihr Programm aufnehmen würde. Liegt doch deren Wesen gerade in der Herrschaft der — parlamentarisch vertretenen — Gesellschaft über den — bureaukratisch vertretenen — Staat, insbesondere jener sozialen Klassen, die auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. So faßte sie das Erfurter Bekenntnis als Gegner der Arbeiterklasse zusammen; so unterscheiden sich auch heute die bürgerlichen Parteien als Vertreter letzten Endes irgendwelcher kapitalistischen Interessen („Vorwärts" vom 25. Mai 1918) von den Sozialdemokraten im Sinne des Lutherwortes „Ihr habt einen anderen Geist als wir". Aus taktischen Gründen wird man mit ihnen, soweit sie für die Parlamentsgewalt eintreten, hier und dort im Lager der Sozialdemokratie zusammengehen, um nur erst einmal an der Staatsgewalt irgendwie beteiligt zu sein; auch diese dem Parlamentarismus gewogene Strömung denkt dabei wohl, später die fremden Aktien abzustoßen und das Unternehmen ganz auf eigene Rechnung zu führen. Die anderen aber können sich nicht einmal dazu verstehen; in dem zweifellos richtigen Gefühl, daß ja doch eigentlich gar nicht der bureaukratische Staat der Gegner ist, sondern die kapitalistische Gesellschaft und jener vielmehr als Herrschaftsinstrument ein Bundesgenosse gegen diese.

Der sozialistische Zukunftsstaat mit seiner autoritativ geleiteten Gütererzeugung und Güterverteilung ist Fleisch vom Fleische jenes „Obrigkeitsstaates", dessen Zwangsgewalt die Manchesterleute des 19. und 20. Jahrhunderts entrüstet und dessen politische Bevormundung sie als einen unwürdigen Zustand empfinden. Ja er übertrifft seinen Vorgänger selbst in der schroffsten Form des alten „Polizeistaats", indem er zur allgemeinen Nivellierung der „Untertanen" durch das auf die Spitze getriebene Prinzip der Gleichheit fortschreitet, während dieser die sozialen Unterschiede geflissentlich konserviert hatte. So kann die Abneigung gegen den Obrigkeitsstaat, die wir auch bei Sozialisten bemerken, wenn sie nicht eine der vielen Beeinflussungen durch den Liberalismus darstellt, sozialistisch-konsequent nur aus dem Umstande erklärt werden, daß „die Trauben zu hoch hängen", wobei die Erbitterung durch die Beobachtung verstärkt wird, daß sich der bestgehaßte Feind in Gestalt der großagrarischen und -industriellen „Ausbeuter"klassen an ihnen gütlich tut. Die Abneigung würde in das Gegenteil umschlagen, sobald ein Besitzwechsel in der Macht eingetreten wäre; denn auch die Sozialisten sind von der Phrase überzeugt, daß es nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe tun, worin sie der naive Glaube bestärkt, für das Wohl des deutschen „Volkes" schlechthin, — in Erfurt hieß es noch überschwänglicher: für das gesamte Menschengeschlecht — zu kämpfen.

Diese Seelenverwandtschaft mit dem Bureaukratisch-Staatlich-Obrigkeitlichen — nicht ohne Grund sind sich Bismarck und Lassalle nahe getreten! — offenbart sich in den weiteren Partien des Aktionsprogramms ganz deutlich. Fast aus jedem Absatz tönt der Ruf nach dem Retter Staat aus den Nöten der Gesellschaft, sei es

bei der Übergangswirtschaft mit festzuhaltenden Höchstpreisen und Lebensmittelrationierung oder bei den Fragen des Exports und Imports, des Reedereibetriebs, der Sicherstellung des Arbeitsmarktes u. a. m.

Der zur Verfügung stehende Raum verbietet ein Eingehen auf die einzelnen Teile des Programms. Am meisten sozialistischen Geist atmet der dem Kampf gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde gewidmete Abschnitt. Soweit die wirtschaftliche Entwicklung — heißt es da — bereits bestimmte Privatmonopole geschaffen hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sichern und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewähren, zu verstaatlichen. Wo die Entwicklung noch nicht bis zum Monopol entartet ist, soll doch wenigstens zur Beaufsichtigung der Kartelle im Reichswirtschaftsamt ein besonderes Kartellamt eingerichtet werden, das die Geschäftsbücher der syndikalistischen Verbände kontrollieren und Preistreibereien entgegentreten kann. Es ist das also gleichsam eine „Expropriation der Expropriateure" in zweiter Instanz. Die Privatwirtschaft der vereinigten Einzelbetriebe, — wie sie durch die Kartellierungsbestrebungen hergestellt ist —, erlebt das Schicksal, das sie den von ihr „expropriierten" Einzelunternehmen bereitet hat, nunmehr am eigenen Körper. Auf dem Gebiete des Bankwesens begnügt man sich mit einer bloßen Erweiterung der Reichsaufsicht und durch Ausbau der Reichsbank einem stärkeren Einfluß dieses staatlichen Betriebes auf das private Bankgewerbe. Gerade von nichtsozialistischer Seite sind da viel weitergehende Vorschläge gemacht worden, so daß sich eine bemerkenswerte Mäßigung des Programms zeigt.

In der Handelspolitik waren weite Kreise der Sozialdemokratie vor dem Kriege freihändlerisch orientiert. Auch der Kommissionsentwurf will „das bisherige System der Absperrung des deutschen Inlandmarktes durch hohe Lebensmittelzölle" aufgehoben wissen. Nun ist mit Recht gesagt worden, daß die Alternative: Schutzzoll oder Freihandel eigentlich überhaupt keine Parteifrage, sondern eine solche der Zweckmäßigkeit ist, überdies kann man es für ungewiß halten, ob nach dem Kriege die alten Unterscheidungsformeln noch Geltuug haben. Die Urheber des Entwurfs reden nur von den Lebensmittelzöllen, man erkennt also nicht, wieweit ihre freihändlerischen Sympathien gehen. In einer kritischen Besprechung der „Sozialistischen Monatshefte" bemerkt der Abgeordnete Cohen: Ohne ein gut durchdachtes Zollsystem wird Deutschland nach dem Kriege weniger denn je auskommen können, und auch wir Sozialdemokraten werden uns dazu verstehen müssen, für Zölle einzutreten, die unter weitgehender Differenzierung allen Produktionsgebieten höchste Schaffensmöglichkeit gewährleisten. Daß diese Stimme nicht vereinzelt ist, zeigt das bekannte Buch des Genossen Lensch, Drei Jahre Weltrevolution, wo der Schutzzoll als Revolutionär und Träger der fortgeschrittenen Wirtschaftsform gefeiert wird.

Wie bei der Handelspolitik so bestehen Unausgeglichenheiten und Gegensätze im sozialistischen Lager auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik, wo die Gewerkschaften ihre Sonderwünsche haben*). Überhaupt ist die Unzufriedenheit mit dem Werke der Würzburger Parteiweisen groß. Von allen Seiten kommen Vorwürfe, Ausstellungen, Ergänzungen. Namentlich der Mangel eines Agrarprogramms wird allgemein schmerzlich empfunden, um so stärker, als es sich hier schon um einen wunden Punkt des Sozialismus (vgl. das Schicksal der Agrarkommission) handelt. So meint der Vorwärtsredakteur Stampfer, daß der Fehler des Erfurter Programms, zu industrieproletarisch, städtisch gedacht zu sein, im Aktionsprogramm in verstärktem Maße wiederkehre. In Kapitel IX (Kommunalpolitik) lese man die schöne Forderung: „Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und preiswerten Nahrungsmitteln", aber diese wüchsen nicht auf dem Rathaus, sondern auf dem Acker, und die beste kommunale Lebensmittelpolitik

*) Vgl. Umbreit in Nr. 31 der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung".

bliebe in der Luft hängen ohne Sicherung ihrer agrarischen Grundlage. Hier aber sei das ceterum censeo: Enteignung des Großgrundbesitzes, der einer Verständigung zwischen Stadt und Land im Wege stehe. Man kann die Erregung begreifen, ist doch der Kampf um die Seele des Bauern für den deutschen Sozialismus nicht minder bedeutsam als für den russischen.

Doch wir haben uns mit den Lücken des Entwurfs nicht weiter zu beschäftigen — die Gegengründe des Genossen Kunow sind oben genannt —, sondern nur noch unserer Übersicht ein allgemeines Schlußwort anzufügen.

Und da müssen wir sagen: trotz aller Mängel im einzelnen ist das Werk der Kommission besser als sein junger Ruf. Grade die Empörung, die es von den entgegengesetzten Seiten umtost, beweist, daß der Kurs mitten durch der richtige ist. Die „Regierungssozialisten" haben allerdings durchaus nicht ihre grundsätzliche Stellung gegen die kapitalistische Gesellschaft aufgegeben und auf die Ersetzung der kapitalistischen Produktionsordnung durch die sozialistische verzichtet, wie ihnen von unabhängiger Seite mit deutlichster Tendenz vorgeworfen wird, wohl aber vermeidet die neue Kundgebung die schädlichen Wirkungen doktrinärer Verranntheit, indem sie gewissen traditionellen Utopien entschlossen den Laufpaß gibt. Sie ist in der Tat, wie der „Vorwärts" schreibt, in ihrer Gesamtheit ein Willensbekenntnis, auf den durch den Krieg geschaffenen Grundlagen praktisch weiterzuarbeiten, . . . auf dem Boden der Wirklichkeit und Gegenwart. Das sollte man auch im konservativen Lager anerkennen, und nicht, wie es zum Beispiel in der „Deutschen Tageszeitung" geschieht, das von gehässigen Phrasen freigehaltene Programm mit gehässigen Gegenphrasen (Herdendasein, Verhaustierung, sozialistische Engstirnigkeit) bekämpfen, was keinen anderen Erfolg hat als gereizte Polemik auf Kosten der sachlichen Probleme.

## Die Hoffnung

Wie aus Steinen das Grün
Am verödeten Tor,
Dringt aus allen Ritzen
Unglücklicher Tage
Die Hoffnung hervor.

Wir wandeln in Trauer
Und haben's nicht acht,
Doch sie wächst in der Stille,
Sie blühet, sie wuchert,
Sie lockt und sie lacht —

O glückliche Torheit
Der Menschenbrust,
Auf dunkelsten Wegen
Die Hoffnung zu hegen
Uns unbewußt!

Frieda Port

# Randgloſſen zum Tage

**An den Herausgeber**

an könnte ſich tagelang damit beſchäftigen, bemerkenswerte Zeiterſcheinungen auf den Kohinoor zu ſpießen, die Sammlung würde ſo lang wie die Liſte der Beſchwerden über die Kriegsgeſellſchaften, die ſtets in der teuerſten Stadtgegend die teuerſten Häuſer mieten und unglückliche Familien, die nichts verbrochen haben, als ſchön wohnen, auf die Straße ſetzen, die ſtets feucht und ſchlecht gereinigt iſt. Bemerkenswert ſind bekanntlich die neuen Steuern, auch der Zerſtreuteſte bemerkt ſie, denn ſie ſind ſo angelegt, daß ſie auch dem anderweitig Beſchäftigten auffallen. Die Weinſteuer iſt beſonders bemerkenswert, denn ſie hat nicht nur die Eigenſchaft, den Ruck zu erzeugen, der uns gewöhnlichen Sterblichen den grünen Römer endgültig aus dem Bereich von Hand und Lippe rückt, ſie beſitzt auch die Kraft, Jahrgänge zu verändern. Das Bemerkenswerteſte iſt aber das Formular zur Anmeldung von Wein, das in dieſen Tagen auf einige hunderttauſende von Schreibtiſchen flatterte und das ſich durch völlige Anonymität der ausſendenden und auf die vorſchriftsmäßige Ausfüllung lauernden Amtsſtelle auszeichnete. Gedankenvoll ſaß ich davor, wünſchte mir, daß ich in der Lage wäre, die zahlreichen Rubriken reſtlos auszufüllen und verſuchte, das Rätſel zu löſen, wem ich das fertige Ergebnis meiner Kellerprüfung einzuſenden habe. Ich weiß es nicht, und ohne meine Schuld wird die diskrete Behörde nie erfahren, wieviel Flaſchen Rauentaler Ausleſe, Liebfraunmilch, Kloſtergarten, Bernkaſteler Doktor ich verzeichnet habe. Der anonyme Weinſteuerzettel iſt das neueſte Kurioſum einer Bureaukratie, die über dem Zweck das Mittel vernachläſſigt oder dem Steuerzahler eine Schlauheit zugetraut hat, die er nicht beſitzt. Will man die zeitgemäße Kriegsmiſchung von heiterem Ärger über bureaukratiſche Einrichtungen, die am Zweck vorbeifunktionieren, an einer anderen Zeiterſcheinung genießen, ſo braucht man nur an dem Hauſe in der Behrenſtraße vorüberzugehen, an dem eine Anzahl Marmortafeln hängt, auf denen in Goldſchrift ſteht: „Z. E. G. Warenabteilung Friſche Fiſche, Schal- und Kruſtentiere", „Friſch-Herings-Einfuhr-G. m. b. H.", „Aal-Einfuhr-G. m. b. H.", „Fiſcherei-Förderung-G. m. b. H.", „Kriegsgeſellſchaft für Teichfiſch-Verwertung", „Überwachungsſtelle für Seemuſcheln". Wenn man dann die Zahl dieſer Fiſchbehörden mit der Zahl der Fiſche und Kruſtentiere vergleicht, die man im letzten halben Jahre zu ſehen bekommen hat, hat man den Ärger, den man in einem wohlregierten Lande für den Tagesbedarf braucht. Man kann auch Erzbergers ſelbſtgefällige Paragraphenordnung für den Kegelklub „Völkerbund" leſen, die er ſchnell entworfen hat, um noch vor Weihnachten als Welterlöſer in die Geſchichte zu kommen. Anregung bietet auch die künſtleriſch-wirtſchaftlich intereſſante Tatſache, daß ein bekannter Komiker in einem Singkaffee der Friedrichſtadt in vier Wochen 20 000 Mark verdient, daß dieſer Tage in einem Zigarrengeſchäft Unter den Linden ſich die alltägliche Szene abſpielte, daß ein Taxameter-Chauffeur fünf Zigarren à eine Mark kaufte, eine anzündete und mit der ruhigen Miene des Mannes, der das bekommen hat, was ihm zukommt, das Lokal verließ, und daß in der B. Z. eine Wohnungseinrichtung für 380 000 Mark zum Verkauf angezeigt iſt, freilich einſchließlich Wäſche und Geſchirr, ob auch mit Aſchenbechern, weiß ich nicht. Erfreulich iſt und ſchön dagegen, daß jetzt auch die Damen Orden tragen, nicht nur die Rote Kreuz-Auszeichnung, ſondern auch das Band des Kriegshilfskreuzes, und neulich ſah ich eine elegante Dame, die auf ihrer Bluſe eine richtige Ordensſchnalle aus mehreren Bändern trug. Hier bieten ſich für die Friedenszeit ungeahnte Möglichkeiten, die jetzt ſchon zu ſtudieren die Ordenskommiſſion nicht umhin können wird. Kann und ſoll man Mann und Frau zugleich dekorieren, um noch mehr Zerſtörungen des Eheglücks vorzubeugen, als die Zeit ohnedies mit ſich bringt? Darf man der Frau die dritte Klaſſe geben, wenn der Mann erſt auf dem unterſten Aſt der vierten ſitzt? Darf die Frau den Orden ihres Mannes tragen und umgekehrt? Dieſen ſchwierigen Fragen geſellt ſich noch die der Farbe der Bänder. Einer Dame ſteht

rot nun einmal nicht, eine andere sieht mit blauer Verzierung scheußlich aus. Dazu kommt, daß die Farben mit der Mode wechseln. Ich bin an schwierige Aufgaben gewöhnt, freue mich aber, daß ich diese nicht zu lösen habe. Ich könnte keine Nacht mehr schlafen. Stets würde mir im Traum eine händeringende Dame erscheinen, mit einem Orden, der nicht zu ihrem Teint paßt. Da wir nun doch einmal bei den ernsten Fragen sind: Hätten Sie für möglich gehalten, daß auf der himmelhohen Leiter unserer Titel wirklich noch ein paar Stufen gefehlt haben? Die Architekten habens entdeckt, und die Wochenschrift des Berliner Architektenvereins verlangt, daß, noch ehe der Weltkrieg zu Ende ist, aus den freien Architekten „Privatbauräte" und später, nach dem ersten Schlaganfall, „Geheime Privatbauräte" werden können. Als ich das las, habe ich aufgeatmet, wie man aufatmet, wenn das Butterpaket richtig angekommen ist. Die ganze Zeit her war mir's, als fehlte irgendwo im deutschen Reiche etwas. Es war so leer, noch immer hießen zahllose Menschen Herr Meier oder Herr Lehmann, noch immer hatte unser Leben etwas anarchisch Ungezwungenes dadurch, daß man in Gefahr war, bessergekleideten Herren zu begegnen, die nicht Geheimräte sind. Jetzt habe ich die Beruhigung, daß der Herr, der mir die Villa bauen wird, zu der mir nur noch das Geld fehlt, ein Geheimrat sein wird. Aber — ist nun auch wirklich die letzte Lücke gefüllt? Man besinne sich! Man lasse nicht noch mehr kostbare Zeit verstreichen! Man eile! „Weh, daß dem Menschen nichts Vollkommenes wird, empfind' ich nun"! rufe ich mit Faust aus, der selbst nicht Geheimrat, aber doch von einem Geheimrat gedichtet war, und spreche die furchtbare Vermutung, die an Gewißheit grenzende Vermutung aus, daß hier noch manches zu tun ist. Man tue es, ehe es zu spät ist und Verzweiflung den Geist so manches tüchtigen, akademisch gebildeten Mitbürgers umnachtet, der sich und seine Berufsgenossen noch immer ausgeschlossen sieht vom Kreise der Räte und Geheimen Räte. Man verfalle nicht auf die banale Ausrede, jetzt sei wichtigeres zu tun!

Nicht einmal eine Behörde kann entscheiden, was im Leben wichtig ist und was nicht. Wie wäre das Leben tödlich eintönig, wie wäre es unmöglich, durchzuhalten, wenn darüber Klarheit herrschte und nach dieser Klarheit gehandelt würde! Wir gingen jetzt gewissermaßen auf den Zehen umher und sprächen nur im Pathos der Erschütterung immer von der gleichen Sache, die doch nur Handeln erfordert. Wir wären so vernünftig, daß wir nicht mehr versuchten, aus den täglich geringer werdenden Vorräten von Genußmitteln unser winziges Anteilchen sündteuer zu erraffen, um schweren Stunden Schwingen zu leihen. Niemand knöpfte ein Bändchen ins Knopfloch und niemand neidete einem andern den Stern auf dem Frackaufschlag. Es säßen nicht Abend für Abend Hunderttausende und Aberhunderttausende vor der weißen Fläche und sähen einen eleganten Herrn in einem Arbeitszimmer, wie es nicht einmal Generaldirektoren von Kriegslieferungsunternehmen bewohnen, mit der Grazie des Meisterdetektivs das Rätsel der Fußspur im Sande des Wannseeufers lösen. Es lauschten nicht die übrigen Hunderttausende dem in Dreivierteltakt zerlegten süßen Blödsinn der neuesten Operette. Es füllten nicht andere Hunderttausende die Kaffees, um Torte aus Eichenloheersatz zu essen und Kaffee aus schwarzgefärbtem Waschwasser zu trinken, die Weinrestaurants, um den Einemarkfünfzigwein von vor vier Jahren mit fünfzehn Mark zu bezahlen und doch fröhlich zu sein. Es läsen nicht Millionen gewissenhaft und gläubig die Zeitungen, geschrieben von Leuten, die nicht mehr wissen und ebensowenig in die Zukunft sehen können, als die Leser, sondern die nur den schönen Mut haben, zu tun, als ob sie wissend, nein, allwissend wären. Wir täten das alles nicht und noch viel mehr nicht, wir lebten äußerlich, wie es der Bundesrat und das Kriegsernährungsamt vorschreiben, innerlich, wie es der Geist der Zeit gebietet und wären mangels der tröstenden Torheiten und Eitelkeiten und mangels der Vorschriften übertretenden — sagen wir, moralischen Abhärtung, nicht im entferntesten imstande, so prachtvoll durchzuhalten, wie jetzt. Das ist die Wichtigkeit des Unwichtigen, der Sinn des Unsinns, der Ernst der Torheit. Und das ist der Stoff zu hoffentlich noch mancher kleinen Betrachtung

Ihres Remo

Zeichnet!
5% Deutsche Reichsanleihe
(Neunte Kriegsanleihe)

# Materialien zur Polenpolitik

**Die Neutralisierung der Weichsel.** In einer Berliner Zuschrift des „Dziennik Poznanski“ (Nr. 206 vom 8. September 1918) heißt es: „Es verlohnt sich zu vermerken, was vor einigen Tagen der Aufmerksamkeit der polnischen Presse entgangen ist. Berliner Blätter haben nämlich vor einigen Tagen an versteckter Stelle und in kleinem Druck die Notiz gebracht, daß sogar für den Fall der deutsch-polnischen Lösung unserer Sache von der Neutralisierung der Weichsel und Danzigs nicht die Rede sein könne. Zwar verbürgen die Herren Aktivisten, daß man sich im deutschen Hauptquartier mit der Neutralisierung des Danziger Hafens und der Weichsel einverstanden erklärt habe — die maßgebenden Berliner Kreise scheinen jedoch davon nichts zu wissen. Dort weiß man nur von einer Sache, davon nämlich, daß für Rußland Häfen in Kurland und Estland nötig seien —, die polnischen Bedürfnisse nach einem Zugang zum Meere werden hier nicht anerkannt. Und das ist begreiflich. Der Durchschnittsdeutsche hegt heut überaus große Sympathien für die Bolschewisten, die Polen hingegen sind ihm völlig gleichgültig.“.

**Ein soziales Bureau der polnischen Reichstagsfraktion** („Kraj“, Lissa in Posen, Nr. 201 vom 6. September 1918). „Die polnische Reichstagsfraktion hat ein soziales Bureau errichtet. Filialen dieses Bureaus gibt es in Posen, Bochum und Kattowitz. Das Bureau hat sich den Schutz der polnischen Arbeiter aus dem Königreich Polen und aus Galizien zur Aufgabe gemacht. Dieser Schutz hat sich vor allem während des Krieges als Notwendigkeit erwiesen. Er erstreckt sich sowohl auf die Kriegsarbeiter aus Galizien, als auch vor allem auf die zurückbehaltenen (internierten) Arbeiter aus dem Königreich Polen, die durch den Krieg in Deutschland überrascht wurden. Die Zahl dieser Arbeiter beträgt ungefähr 700000. Ihre Lage bedarf in gar manchen Fällen dringend einer Besserung. Ein besonderer Schutz muß ihnen schon deswegen zuteil werden, weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind und sich deswegen selbst weder vor ihren Arbeitgebern, noch vor den Behörden, noch auch vor den Gerichten verteidigen können.“

# Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Teufeleien und ihr Widerspiel.** Achtung! Spionengefahr! Hütet Euch vor den Agenten der Entente! Gefahren der feindlichen Propaganda. Wie mancher Deutsche liest's oder hört's, denkt sich aber dabei im stillen: so schlimm wird die Sache nicht sein; die Behörden müssen natürlich ein Auge drauf haben, und da suchen sie denn lieber zu viel als zu wenig an Vorbeugungsmaßregeln. Welch folgenschwerer Irrtum! Die uns vom System Northcliffe drohenden Gefahren lassen sich schwerlich übertreiben. Es ist nicht hysterische Spionenfurcht à la française, wenn man dem gutmütigen deutschen Philister in die Ohren schreit: „Wach auf! Sieh um Dich. Draußen an der Siegfriedfront halten die tapferen Söhne Deines Volkes die stählerne Mauer, auf daß kein feindlicher Fuß den Boden der Heimat betrete! Aber gegenüber den bösen Geistern der Verleumdung und Lüge sind ihre Waffen machtlos, die finden auf tausend heimlichen, krummen Wegen Eingang, um im Rücken der Kämpfer ihr unheilvolles Werk zu treiben.“

Mit Vorliebe sucht sich der Ententepropagandabazillus am lebendigen Körper des deutschen Volkes jene Stellen, wo kleine Wunden oder Reibungen die Ansteckung begünstigen, in der Hoffnung, von hier aus den ganzen Organismus durchseuchen und vergiften zu können. Vor kurzem berichteten die Zeitungen über einen angeblichen Aufruf „Preußenherzen hoch“, der von partikularistischem Stammeshaß, Anpöbelungen und

Verdächtigungen der außerpreußischen Bundesstaaten nur so strotzte und — wohlgemerkt — in Bayern weiteste Verbreitung gefunden hat. Unterschrieben ist das Machwerk von repräsentativen Namen des „Bundes der Kaisertreuen" und des Preußenbundes. Diese Vereinigungen haben sich manche hitzige Entgleisungen geleistet — die böseste letzthin gegenüber der Sozialdemokratie — trotzdem, jene Giftmischerei konnte man ihnen schwerlich zutrauen. Und in der Tat ist das Flugblatt von dieser Seite sowie von bayerischen und preußischen amtlichen Stellen bereits als Fälschung entlarvt worden, für deren Ursprung im feindlichen Propagandalager „bestimmte Beweise" („Nordd. Allg. Ztg.") vorliegen.

Diesmal hätte es also Northcliffe and Company herzlich dumm angefangen, wenn nicht doch der zugrunde liegende Gedanke verwünscht gescheit wäre. Es hat keinen Zweck, mit Tatsachen hinter dem Berge zu halten, damit das Geraune nur immer stärker werde. Wir wollen aussprechen was ist, damit wir uns selber in unseren Schwächen erkennen und, wo wir können, sie bessern. Also: der Partikularismus steht wieder mal in geiler Blüte. Für seine historisch-politische „Notwendigkeit" und guten Seiten sind mit echt deutscher Objektivität genug Lanzen gebrochen worden. Wir brauchen nun gewiß keine öde Zentralisierung und Uniformierung. Auch das ist richtig: die Gegensätze zwischen Nord und Süd finden sich woanders ebenso stark entwickelt wie bei uns. Wer in diesem Kriege Gelegenheit hatte, in Tagebüchern französischer Gefangener die Herzensergüsse über die „maudits méridionaux" zu lesen, wird das bestätigen können. Endlich mag die kurze Zeit des nationalen Zusammenschlusses manches erklären. Aber schon hier hapert es. Denn einmal muß doch auch eine „Nation" aus den Kinderschuhen heraus. Beim deutschen Michel aber scheint dieser Prozeß unendlich langwierig, ja sogar mit Rückfällen verbunden zu sein. Die bayerische Briefmarke und die „Aschingerlitze" sind wirklich nicht bloß harmlose Sondervergnügen, über die man beide Augen zudrücken kann, sondern — in der gewaltigen Prüfung des Weltkrieges zumal — Symbole für innerpolitische Atavismen und Rückstände, die dem Volkskörper auf die Dauer nicht mehr taugen. Ferne sei es, nur den einen Teil zu bezichtigen. Peccatur extra et intra. Genug des Unerfreulichen hat man sich in jüngster Zeit diesseits und jenseits der „Mainlinie" geleistet. Wir alle sollten uns drum zusammennehmen; Behörden und „Partikuliers", wenn sie die Grenzpfähle ihrer engeren Heimat hinter sich lassen, durch ihr Benehmen nicht innere Grenzen aufrichten, die schroffer scheiden und trennen als die bunte Mannigfaltigkeit unserer Landkarte. Auch hier heißt es: Principiis obsta! Wehre den unscheinbaren Anfängen! Dadurch schlagen wir am ehesten dem Feinde die Waffe der Verleumdung aus der Hand und ersticken die blödsinnigen Gerüchte von überlaufenden bayerischen Divisionen, Landesverrat der „katholischen Höfe Dresden und München", Zweikampf Hindenburgs mit einem bayerischen Offizier usw. in ihrer eigenen Lächerlichkeit. Wenn wir dagegen selber Wind säen, in übermütigem Vertrauen auf die Sicherheit unseres nationalen Verbandes uns den Luxus partikularistischer Zwietracht und Hechelei leisten, werden wir — jene Beispiele zeigen es — Sturm ernten, und dann hüte dich, Vaterland, daß dieser Sturm nicht dein Lebensmark versehre. — Gedenke, daß du ein Deutscher bist! Dieses Wort des Großen Kurfürsten hat heute noch mehr Bedeutung, als ihm der mitleidig auf die Tage nationaler Zerrissenheit und Demütigung zurückblickende Epigone zuweisen möchte.

Der Preußenaufruf ist als Fälschung enthüllt; hat aber darum das System Northcliffe ganz versagt? Nein, denn leider arbeitete ihm wie so oft — ohne zu wollen natürlich — eine gewisse Presse bei uns in die Hände. Das „Berliner Tageblatt" (Nr. 487) druckt das Flugblatt in extenso ab und schickt folgende Worte vorauf: „Preußenherzen hoch. Ein mysteriöses Flugblatt des Preußenbundes. Der „Preußenbund" *hat* an eine Reihe von Personen folgenden Aufruf „vertraulich *versendet*". Jeder Mensch muß nach diesem apodiktischen Perfektum die weiteren Ausführungen als eine verbürgt feststehende Tatsache betrachten. Mit diesem Gefühl geht er an die Lektüre und seine hierbei aus triftigsten Gründen rege werdende Empörung richtet sich

gegen die vermeintlichen Urheber des Flugblattes, die in seinen Augen damit erledigt sind. Manch einer wird die Zeitung ärgerlich aus der Hand legen, bevor er die über eine Spalte lange Erklärung durchstudiert hat. Er erfährt dann überhaupt nichts von der am Schlusse folgenden redaktionellen Bemerkung: „Das Flugblatt ist, wie von halbamtlicher Seite erklärt wird, nach den bisherigen Feststellungen kein Elaborat alldeutscher Kreise. Es sei vielmehr mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich dabei um ein Fälschungsmanöver der Entente handelt. Uns scheint, daß zunächst einmal der ‚Preußenbund' selbst das Wort hat." Was soll man nun zu diesem Verhalten der Zeitung sagen? Liegt da noch „Gutgläubigkeit" vor, wenn man am Ende selbst dementiert, was man am Anfang behauptet? Oder hat nicht vielmehr die Sucht, dem politischen Gegner einen Schlag zu versetzen, die Herren von der Jerusalemer Straße zu einer argen Unbedachtsamkeit verleitet, indem sie in „270000" Köpfen — mit dieser Auflageziffer macht das „B. T." Reklame — eine Vorstellung erweckten, die das Gegenteil von Wahrheit bedeutet!? Da sind die Kollegen vom „Vorwärts" doch vorsichtigere Leute. Sie legen zwar auch zunächst (24. September) die Fälschung dem „Preußenbunde" und den Kaisertreuen zur Last und kennzeichnen deren Kundgebungen, die „sich der Wiedergabe entziehen", als Ausfluß von Unzurechnungsfähigkeit oder noch Schlimmerem, aber da sie von den verschiedenen Dementis schweigen, steht doch das Zeichen ihres besseren Wissens nicht so drastisch daneben, wie beim „Berliner Tageblatt". Im „Rückzugsgefecht" sind sich die beiden Oppositionsorgane allerdings wieder ebenbürtig. Als der „Vorwärts" am folgenden Tage berichtigende Erklärungen der mißbrauchten Vereinigungen erwähnt, bemerkt er, um doch etwas zu sagen, sie kämen „auffällig spät". Diese Leistung steht auf gleicher Höhe der Beweiskraft, wie die oben mitgeteilte Ausflucht des „B. T.", erst habe noch der „Preußenbund" das Wort, ein Argument, das gerade bis zur nächsten Nummer (488) langt, wo dieses „Wort" nolens, volens auch den Tageblattlesern mitgeteilt werden muß. Die Art, wie das geschieht, läßt übrigens — ebensoviel zu wünschen übrig, wie das Verhalten des Blattes am Abend vorher. Anstatt nun auch seinerseits eine berichtigende Erklärung abzugeben, die um so nötiger war, je entschiedener man zuvor Behauptungen aufgestellt und den „Preußenbund" im Tone des Richters an die Schranken gerufen hatte, wird das Dementi des Bundes der Kaisertreuen mit der farblosen Bemerkung: „Uns geht folgende Zuschrift zu" abgedruckt, als ob die Redaktion mit der ganzen Angelegenheit nie etwas zu tun gehabt hätte. Eine Selbstberichtigung sucht man auch vergebens in Nr. 493 und 498, wo weitere Dementis mitgeteilt werden.

Wir fragen noch einmal, wie soll man diese Art Behandlung der öffentlichen Meinung nennen? Woanders aber freut man sich, die wunde Stelle am deutschen Volkskörper mit einer Teufelei getroffen zu haben!

H. O. M.

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**
**Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:**
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
**Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.**
**Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
**Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.**

# Zuſammenbruch?

Von Georg Cleinow

## „Einſtehe für Pflichterfüllung

**bis zum Aeußerſten!“ Das hat einſt ein deutſcher Offizier dem Kaiſer aus dem fernen Kiautſchou gedrahtet, als ſchon der Tod an die Tore ſeiner Feſtung pochte.**

**Auch vor der Feſtung Deutſchland ſteht der Tod. Acht Mal ſchon iſt der Ausfall geglückt, der grinſende Schnitter zurückgetrieben. Jetzt wird zum neunten Male Sturm geblaſen. Bis in die letzten Ecken und Winkel des Reichs dringt der Ruf zur neuen Offenſive des Geldes, zum neuen Wettkampf der ſilbernen Kugeln, wie eitler Feindesdünkel ſich einſt ausgedrückt hat.**

**Spannung hält die Welt gefangen. Wird die Geſchichte einſt den Enkeln wieder erzählen: „. . . . und alle, alle kamen!?“ Sie dürfen nichts anderes hören und werden nichts anderes hören, unſere Enkel, wenn jeder für uns einſteht für**

**Pflichterfüllung bis zum Aeußerſten.**

## Darum zeichne!

Der Fragen ſind ſo viele, die auf uns einſtürmen und alles iſt ſo umnebelt vom Staub der widerſinnigſten Gerüchte, daß es faſt unmöglich ſcheint, ſich ein Bild von dem, was geſchehen iſt, was geſchieht und was weiterhin geſchehen ſoll, kann oder wird, zu machen, geſchweige denn anderen ein Bild davon zu geben. Am leichteſten ſcheint es noch, ſich zu vergegenwärtigen, wie alles gekommen iſt. Aber mögen wir mit dem Sturze Bethmanns oder Bismarcks, mit der preußiſchen Wahlrechtsfrage oder mit unſerer Diplomatennot, mit Verdun oder dem Frieden von Bukareſt beginnen, wir kommen ſchließlich doch nur zu den nämlichen Staubwolken, hinter denen wir ebenſo gut Schutt wie feſtes Gemäuer vermuten können. Wenn man gewiſſen Berliner Stimmen glauben wollte, müßten wir uns auf einen Trümmerhaufen gefaßt machen. Ein hiſtoriſcher Rückblick hat aber auch ſeine Schwächen:

er könnte nur subjektiv sein und würde darum die Fehler anderer den eigenen gegenüber mehr in den Vordergrund schieben, wie es historische Gerechtigkeit verträge. Das Bild könnte nur einseitig und bis zu gewissen Grenzen schief sein, da wir als handelnde Personen an den Dingen mehr oder weniger mitwirkten, die wir jetzt in dieser Stunde tiefster Umwälzung und Umwertung aller politischen Werte kritisieren sollen. Ich schreibe dies nicht, um mich für meine späteren mageren Ausführungen von vornherein zu entschuldigen, sondern aus dem in diesen Stunden besonders tief empfundenen Verantwortungsgefühl meinen Lesern gegenüber, die mir durch zehn Jahre treu gefolgt sind und die besonders im laufenden Jahre meinen politischen Aufsätzen so große Beachtung geschenkt haben. Wir stehen vor einer Umorientierung! Neue Leitsätze für die politische Stellungnahme sind zu suchen. Wir sind über Nacht allesamt vor eine völlig neue Lage gestellt, in die sich hineinzufinden um so schwerer fällt, je besorgter das Neue uns macht. Die staatspolitische Basis, von der aus dem Weltgeschehen bisher gefolgt wurde, ist uns unter den Füßen fortgezogen. Es ist uns, als durchlebten wir einen wüsten Traum! Töne, Worte, Anschauungen werden uns frech zu Gehör gebracht, die sich gestern noch nur heimlich im Flüstertone an die Öffentlichkeit wagten, da ihre Träger fürchteten, als Landesverräter gebrandmarkt zu werden. Die idealen Worte Friede und Völkerbund scheinen eine ähnliche Wirkung ausüben zu sollen, wie vor hundertdreißig Jahren die nicht minder edel gedachten Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit...!

Aus solchen Stunden der Verwirrung gibt es aber doch einen Ausweg, eine Möglichkeit, sich zurecht zu finden: die rücksichtsloseste Sachlichkeit gegenüber den Tatsachen, die man zu meistern im Augenblick nicht imstande ist. Nichts ist gefährlicher in solchen Stunden, wie das Aufwerfen der Schuldfrage, das Suchen nach Sündenböcken, das selbstgefällige „ich habe es ja längst kommen sehen!" Wer einmal auf diesen Weg geraten ist, verfällt unweigerlich der Zersplitterung und wird nie zu einem Entschluß kommen, der zu neuen Zielen weisen könnte. Er würde das Opfer aller der Flickschuster werden, die seit Jahr und Tag die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Nation mit kleinen Mitteln glaubten beeinflussen zu können.

Retten wir uns auf die erste beste Planke, die in dem Meer von Verwirrung um uns treibt, auf die nächste Tatsache, vor die wir gestellt sind: die erste Rede, die programmatische, die der achte Kanzler des Deutschen Reiches der Volksvertretung hielt. Zweierlei springt vor allem in die Augen: die scheinbar völlige Unterwerfung unseres Staatswillens unter den Willen der Feinde, die uns mit Krieg überzogen und die Preisgabe der monarchischen Staatsform an die Demokratie. Das Zusammentreffen der beiden Tatsachen ist kein Zufall. Die dritte Tatsache, die von verschiedenen Seiten in den Vordergrund geschoben wird, daß mit dem Prinzen Max von Baden ein Ideologe voll heiligsten Eifers, voll Hingabe an das Schicksal der Menschheit, aber nicht eigentlich ein erprobter Staatsmann getreten sei, muß aus den angeführten Gründen zunächst gleichfalls zurücktreten; sie wird in einem anderen Rahmen zu behandeln sein. Und warum soll nicht schließlich ein Ideologe ein tüchtiger Staatsmann werden, nachdem uns alle die sachverständigen Realpolitiker so vollständig in den Dreck gefahren haben?

* * *

Im Vordergrunde steht der Versuch der neuen Regierung, einen „ehrlichen, dauernden Frieden für die gesamte Menschheit" zu finden, der nach des prinzlichen Reichskanzlers Glaube „auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre". Das ist durch die Form wie es geschehen die praktische Anerkennung des demokratischen Programmes für die Handhabung der auswärtigen Politik. Wer aber ein Ziel als erstrebenswert anerkennt und es auch erreichen will, darf nicht davor zurückschrecken, auch die Mittel anzuwenden, die zur Erreichung des Zieles notwendig sind. Daraus folgte für die Kaiserliche Regierung die Notwendigkeit der Demokratisierung bis zu dem Maße, daß sich die Kräfte in ihr vereinigen konnten, das neue Programm durchzuführen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß so grundstürzende Entschlüsse, wie die jüngst gefaßten, auf die den Ereignissen fernerstehenden Kreise den Eindruck nicht nur einer einfachen Kapitulation, sondern den völligen Zusammenbruchs und heilloser Verwirrung machen. Indessen sollte schon die Tatsache der Schnelligkeit und Sicherheit, mit der die Wandlung vollzogen wurde, die kühleren Köpfe auch im großen Publikum auf die Vermutung lenken, daß hier nicht eigentlich eine uneingeschränkte, vom Zufall herbeigeführte Katastrophe erfolgte, sondern daß einer unter der Bestrahlung durch die militärpolitische Lage zu schneller Reife gelangten Entwicklung planmäßig Rechnung getragen wurde. Wir finden in der Kanzlerrede vom 5. Oktober einen Anhalt für die Auffassung, ohne daß sie besonders zum Ausdruck gebracht worden wäre. Der Herr Reichskanzler hat ausgeführt, die deutsche Regierung werde bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, „daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden, welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen." Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen! wird mir zugerufen. Dieser Programmpunkt wäre vielleicht durchzuführen, wenn die Internationalität der Gewerkschaften gesichert und die Arbeiterparteien aller Länder die Regierungsgewalt so in die Hand bekämen, wie es in Deutschland durch den Kaiserlichen Erlaß vom 30. September 1918 geschehen ist! Durchaus richtig. Die Voraussetzung für den ganzen Schritt ist der Glaube an den Sieg jener Demokratie, die auf deutschen Universitäten und in den deutschen Gewerkschaften entwickelt worden ist, und die in einer sozialen Fürsorge für die Massen des Volkes gipfelt und nicht in jener Kryptodemokratie des großen Kapitals, wie sie sich im angelsächsischen Imperialismus widerspiegelt. Im Rahmen der politischen Ereignisse betrachtet ist das neue Friedensangebot eine Anknüpfung an den Versuch des internationalen Gewerkschaftsbureaus im Haag aus dem Frühjahr 1917, das den Frieden mit Hilfe einer internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm zustande zu bringen hoffte, der bekanntlich an dem Widerstande Brantings und der europäischen Ententeregierungen scheiterte. Wir haben damals den Versuch gut geheißen, weil wir aus der Haltung unserer Mehrheitssozialisten während des Krieges den sicheren Eindruck gewonnen hatten, daß sie auch nicht ein kleinstes Teilchen der Rechte des deutschen Arbeiters an das Ausland verschachern würden, was wiederum die Gewähr dafür bot, daß sie auch die Interessen des deutschen

Gesamtstaates, der wie kein anderer für die breiten Schichten des Volkes gesorgt hat, aus den Augen verlieren würden. Wie persönlicher Augenschein in Stockholm im Herbst 1917 uns lehrte, haben wir uns nicht getäuscht. Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft haben in Stockholm im Rahmen ihrer internationalen Ideale deutsche Politik getrieben! Aus diesem Zusammenhange wird dann auch die Haltung der Krone und der kühne Entschluß des Kaisers verständlich, die Führer der deutschen Arbeiterschaft zu den wirklichen Trägern der Reichsregierung und so auch zu Sachwaltern des Interesses der Gesamtnation zu machen. Denn darüber wollen wir uns keinen Illusionen hingeben: nicht die Herren Payer oder Erzberger oder die Berliner Freisinnigen, nicht der badische Thronfolger oder Herr Dr. Solf sind die Leiter der Regierung, sondern die Führer der organisierten Arbeiterschaft, die Herren Scheidemann und Giesbert sind es. Die Krone hat mit ihrem Schritt ein ungeheures Opfer gebracht, aber auch dem Wort vom sozialen Kaisertum einen neuen, tieferen Klang verliehen. Der Kaiser hat sich im Augenblick höchster Not als ein echter erster Diener seines Staates erwiesen, indem er für sich und sein Haus so viel wagte.

Betrachten wir die Schritte der Regierung aus diesem Gesichtspunkt, so bedeuten sie einen innerpolitischen Vorgang, mit dem wir uns innerpolitisch mit den gegebenen politischen Mitteln auseinandersetzen könnten, wenn sie nicht unter dem Druck einer äußeren Notlage geschehen wären, die unsere innere Entwicklung auf das tiefste beeinflußt. Der Feind pocht an die Tore der Heimat! Zwar hält die Armee in bewunderungswürdiger Ausdauer; aber an der inneren Front machen sich Zeichen der Zersetzung bemerkbar, die fast schwerer wiegen als die verlorene Schlacht. Darum hat „die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Nacht zum 5. Oktober ersucht, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung ferner, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen."

Um die ganze Tragweite dieses Schrittes, durch den wir unser Schicksal vertrauensvoll in die Hand Wilsons zu geben scheinen, recht zu verstehen, müssen wir uns vergegenwärtigen, was Wilsons Programm ist.

In der Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar hat Wilson die vielgenannten vierzehn Punkte aufgestellt. Die betreffende Stelle seiner Rede lautet:

> Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind, und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgend welcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.
>
> Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere, außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der dritte Punkt ist die Beseitigung, soweit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Punkt fünf: Es sollte eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche herbeigeführt werden, die auf einer strikten Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen.

Punkt sechs: Wir müßten ferner die Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie ein Einvernehmen in allen Fragen, die es betreffen, verlangen, zwecks freier Mitwirkung der anderen Nationen der Welt, um Rußland eine unbeeinträchtigte und unbehinderte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationalen Politik erringen zu helfen, um es in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen willkommen heißen zu können; darüber hinaus würden wir Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.

Punkt sieben: Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wieder aufgerichtet werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu beschränken.

Punkt acht: Das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt werden, sowie das Unrecht, daß Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder gutgemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

Punkt neun: Es müßte eine Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstande durchgeführt werden.

Punkt zehn: Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sichergestellt zu sehen wünschen, müßte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Punkt elf: Rumänien, Serbien und Montenegro müßten geräumt und die besetzten Gebiete zurückerstattet werden; Serbien müßte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müßten durch freundschaftlichen Verkehr gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Zusammengehörigkeit und Nationalität bestimmt sein; auch müßten internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Unverletzlichkeit des Landbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden.

Punkt zwölf: Den türkischen Teilen des gegenwärtigen osmanischen Kaiserreiches müßte unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden. Aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, wollen eine unzweifelhafte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollten dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

Punkt dreizehn: Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder umfaßt, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten, sollte errichtet werden.

Punkt vierzehn: Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Die nächste wichtige Kundgebung Wilsons ist jene Rede, die er zur Feier des 4. Juli am Grabe Washingtons gehalten hat. Sie gipfelt in der Aufstellung von vier Punkten, die, wie Wilson sagte, **verwirklicht werden müßten, ehe Friede werden kann.** Die vier Punkte lauten:

1. Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit.

2. Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen, wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist, und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteiles irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht.

3. Einwilligung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander sich von denselben Grundsätzen der Ehre und Achtung vor dem Gewohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, dergestalt, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft beobachtet, daß keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt werden, und daß wechselseitiges Vertrauen geschaffen wird, auf der Basis wechselseitiger Achtung vor dem Recht.

4. Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird, und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen.

Schließlich kommt die Rede in Betracht, die Herr Wilson am 27. September gehalten hat, um für die jüngste amerikanische Kriegsanleihe zu wirken. Aus ihr heben wir die folgenden fünf Punkte hervor.

1. Die unparteiische Gerechtigkeit darf keine Unterscheidung zwischen denen einschließen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen, und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker.

2. Kein besonderes oder abgetrenntes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unverträglich ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden.

3. Es kann in der allgemeinen gemeinsamen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besondere Abmachungen und Verständigungen geben.

4. Es kann, und das geht mehr ins einzelne, keine besonderen wirtschaftlichen Kombinationen innerhalb des Bundes geben, keine Anwendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschusses, abgesehen von der im Völkerbund selbst als Strafmaßregel verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als Mittel der Disziplin und der Kontrolle dient.

5. Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben werden.

Es wird zugegeben, daß die vierzehn Punkte Wilsons, vom allgemein menschlichen Standpunkte aus gesehen, mancherlei Verlockendes enthalten. Es ist vieles in ihnen, worum Generationen ringen und wofür manch edler Mensch sich geopfert hat. Aber alle leiden an dem Fehler, daß Deutschland und das Deutschtum sich bereit erklären sollen, sich im ganzen für ihre Durchsetzung zu opfern. Wir sollen nicht nur die besetzten Gebiete räumen — dieser Forderung steht in der Tat nach Abschluß des Friedens nur die Wahl des Zeitpunktes entgegen —, wir sollen Elsaß-Lothringen, Posen, Westpreußen und andere Gebiete aus dem Reichs-

verbande entlassen, während Österreich auf die von Italienern und Polen bewohnten Gebiete verzichten und sich womöglich ganz in seine nationalen Bestandteile auflösen soll. Durch den Ersatz der Kriegsschäden an Belgien und Frankreich, die von französischer Seite auf etwa dreißig Milliarden geschätzt werden, sollen wir gezwungen werden, der Welt gegenüber das Odium der Schuld am Ausbruch des Krieges zu übernehmen. Das ist der springende Punkt! Die Gegenleistungen wie: Freiheit der Schiffahrt, Gleichheit der Handelsbeziehungen, Herabsetzung der Rüstungen, gegenseitige Garantieleistung der Unabhängigkeit hätten neben dem Verdikt jede Bedeutung für uns verloren. Denn wir allein wären als angebliche Kriegsanstifter ohne weiteres von jeder dieser Freiheiten ausgeschlossen, wenn wir sie uns nicht selbst durch die Kraft unserer Einigkeit und Tüchtigkeit zu erringen vermögen. Im übrigen: wie will ein Völkerbund anders als durch Waffengewalt z. B. England zwingen, die eroberten Gebiete, Ägypten, Arabien, Mesopotamien, Palästina und viele andere mehr zu räumen? Wie soll Japan gezwungen werden abzurüsten und sich militärisch aus China, Korea, aus den holländischen Kolonien zurückzuziehen? Ist Herrn Wilsons Programm ehrlich gemeint als eine Wohltat an der Menschheit, so müßte unser Friedensangebot zu einem Bündnis mit Amerika führen und zu neuen Kriegen gegen die ganze übrige Welt, vielleicht mit Ausnahme der Slawen, um den Wilsonschen Idealen die Durchsetzung zu erzwingen. Das sozialisierte Deutschtum mit dem Slawentum, mit Maximalisten, Tschechen, Slowaken, Polen Arm im Arm gegen die angelsächsische Kapitalallmacht zur Revolution vereinigt! Es gäbe noch mehr Kombinationen! Doch vor ihnen allen liegt die Auflösung Europas in Anarchie und Vernichtung der Arbeitsgrundlagen für das deutsche Volk. Die Annahme des Friedens, wie Wilson ihn uns auferlegen will, würde wegen Kapitalmangels die Einstellung zahlreicher Industriebetriebe zur Folge haben, erhebliche Vermehrung der Auswanderung, Niedergang der Landwirtschaft und in deren Folge die Slawisierung Norddeutschlands.

* * *

Damit sind wir wieder mitten in den innerpolitischen Konsequenzen der Wandlung angelangt. Sie sind ungeheuer ernst und tief und werden in alle Verhältnisse unseres staatlichen, gesellschaftlichen und nationalen Lebens eingreifen. Wir verkennen durchaus nicht, was für den in alten monarchischen Anschauungen aufgewachsenen Teil des deutschen Volkes die Worte des Reichskanzlers bedeuten, „daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt." Aber diese Konsequenzen brauchen nicht vernichtend zu sein, solange wir uns nicht selbst preisgeben. Die Demokratisierung und Parlamentarisiernng bedeutet doch schließlich auch nur eine Veränderung des politischen Kampffeldes, nicht seine Preisgabe! Wir wollen darum zunächst einmal alle Bedenken in die zweite Reihe schieben, wie der Kaiser dynastische Interessen restlos hinter die des Staatswohles setzte, und uns ohne Hintergedanken auf den Boden der Wirklichkeit stellen: diese Wirklichkeit heißt Parlamentsherrschaft, Volksherrschaft! Und zum Volke gehören auch wir. Wir verlieren darum unsere Bedenken nicht aus den Augen und werden uns um sie kümmern, sobald die größere Gefahr, die äußere,

beseitigt ist. Der Feind pocht mit mächtigen Schlägen an die Pforten der Heimat! Daher ist unsere Sorge in erster Linie darauf gerichtet, zu erforschen, was wir von der neuen Regierung für die Verteidigung unseres Landes zu erwarten haben.

Der Herr Reichskanzler hat seine Mitarbeiter nach einem ganz bestimmten Gesichtspunkte ausgewählt; so zwar, daß er sagen konnte, die Grundzüge seines Programmes könnten den Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundsätzen aushalten. Die Rücksicht auf das Ausland, insbesondere auf die Auffassungen Wilsons über die Beziehungen von Volk zu Volk und Individuum zum Staat, ist der alleinige Gesichtspunkt bei der Wahl der Mitarbeiter gewesen, mit dem Ziel alle Hindernisse fortzuräumen, die das Friedenswerk aufhalten könnten. Aus diesem Grunde allein mußte der sehr tüchtige Herr von Hintze Herrn Dr. Solf weichen, dessen Fähigkeit Menschen zu behandeln wir in seiner Eigenschaft als Kolonialstaatssekretär allerdings bewundern konnten. „Ich war der Überzeugung, sagte Prinz Max, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloß schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt fast für noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkt bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen."

Wir haben also bis zu einem gewissen Grade eine pazifistische Regierung. Daraus erklärt sich eine Unterlassung, die dem Friedensangebot recht verhängnisvoll werden kann. Als Wilson am 27. September seine Friedensziele anläßlich einer Propagandarede für die nächste amerikanische Kriegsanleihe darlegte, rief er die Nation zum Kampf auf ohne Einschränkung. Prinz Max von Baden hat nur davon gesprochen, daß wir entschlossen sind, „für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist". Die neue Regierung muß ihrer Sache, daß ihr Friedensangebot angenommen wird, sehr sicher sein. Andernfalls war es ihre Pflicht, gerade in diesem Augenblick dahin zu wirken, daß in der Heimat für alle Fälle sofort eine Reservearmee unter die Waffen trat. Der waffenfähigen Männer älterer Jahrgänge, Offiziere und Mannschaften, gibt es noch genug in der Heimat, und ebenso sind genügend Vorräte in der Heimat aufgestapelt, um sie erstklassig ausgerüstet gegen den Feind ziehen zu lassen. Wir sehen in der Unterlassung eine bedenkliche Unterschätzung des Machtfaktors bei der Herstellung neuer Rechtsgrundlagen in den Beziehungen der Völker und sind um so besorgter, als gerade in liberalen Kreisen des Parlaments trotz der hohen Verantwortung für das Heil der Nation, die seit dem 5. Oktober auf ihren Schultern liegt, fortgefahren wird, antimilitaristische Propaganda zu treiben. Wohin diese Methoden führen, mögen die Herren an ihren russischen Gesinnungsgenossen erkennen. Es liegt nicht nur im Interesse des Deutschen Kaisers und der Konservativen, die Armee intakt und das Vertrauen in die erprobten Heerführer aufrecht zu erhalten, sondern ebenso im Interesse jedes einzelnen Deutschen, ohne Rücksicht auf Herkunft und Gewerbe. Der „Vorwärts" und die deutsche Sozialdemokratie haben, scheint es, ihre Aufgaben mit Bezug auf die

Landesverteidigung tiefer aufgefaßt, als die Berliner Weltbürger des Liberalismus. In diesem Lager sieht man offenen Auges, daß mit dem Friedensangebot das Ende des Krieges noch nicht gewährleistet ist. „Hat die demokratische Friedenspolitik Wilsons im deutschen Volke keine Gegner mehr, lesen wir in Nr. 275 des „Vorwärts" vom 6. d. M. . . ., so darf die Gegnerschaft, die sie im Ententelager selbst hat, in dieser kritischen Stunde nicht übersehen werden. Der Widerstand, den unsere Armee im Felde leistet, gilt in keiner Weise mehr der Weltdemokratie, er gilt nur noch ihren Gegnern, den Imperialisten des Auslandes, und solange diese noch nach der Zerschmetterung des deutschen Volkes schreien, darf er nicht erlahmen."

* * *

Die Vorgänge der letzten vierzehn Tage haben uns alle tief erschüttert. Wir sind von dem Parnaß weitschweifender Hoffnungen auf einen siegreichen Frieden abgestürzt, und viele unserer Besten sind aus den Beobachtungen in Berlin heraus eher gestimmt an Zusammenbruch und Untergang zu glauben, als sich neuen Hoffnungen hinzugeben. Die Hauptquelle dieses Niederbruches der Stimmung liegt, soviel ich sehe und höre, nicht in den innerpolitischen Möglichkeiten, auch nicht in der Furcht, daß die Armee nicht standhalten könnte, sondern in dem Bewußtsein der Ohnmacht Wilson gegenüber, in die uns das Friedensangebot versetzt hat. Wissen wir doch nicht einmal, ob Wilson, selbst wenn er das beste Wollen hätte, auch die Macht besitzt, den Frieden herbeizuführen. Diese Bangigkeit wird von Leuten, die Privatinteressen verfolgen, benutzt, um die Bevölkerung einzuschüchtern und für einen weitgehenden Radikalismus zu gewinnen. Dadurch wird die Lage besonders ernst. Die Reihe der sich aus den Verhältnissen ergebenden Hiobsbotschaften ist, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, sicher noch nicht abgeschlossen. Rumänien rüstet zum Angriff auf Ungarn. Alle Konsequenzen des Abzuges unserer Truppen aus Rußland sind noch nicht bekannt. Polen und Tschechen ebenso wie die Südslawen sind sicher bereit, uns in den Rücken zu fallen. Dennoch! Arbeiten, jeder an seiner Stelle und bereit sein, wenn ihn ein neuer Tag zu neuen Taten für die Zukunft des deutschen Volkes inmitten des allgemeinen Kosmopolitentums aufruft. So vermeiden wir den Zusammenbruch der Nation, — was bisher geschah, war ein Abbruch alten Mauerwerkes, ein Zusammenbruch meinetwegen der Bureaukratie, ein Debakle der Diplomatie. Noch war es nicht mehr. Das Deutschtum wird und darf nicht untergehen!

# Das britiſche Indiameerreich

Von Dr. Kurt Krauſe

„Seine Handelsflotten ſtreckt der Brite
Gierig wie Polypenarme aus,
Und das freie Reich der Amphitrite
Will er ſchließen wie ſein eigen Haus!“ Schiller, 1801.

apid wird die Welt engliſch!“ Zu keiner Zeit haben wir die Umſetzung dieſes Leitwortes des engliſchen Imperialismus in die Tat deutlicher verfolgen können als gerade jetzt. Mit geſpannter Aufmerkſamkeit verfolgt die Heimat die Vorgänge an der Weſtfront, wo ſie durch die ſtandhafte Abwehr aller mit übermenſchlicher Kraft unternommenen Durchbruchsverſuche und die geniale Leitung und den zuverſichtlichen Weitblick unſerer Heerführer geſchützt wird. Zu ſehr bleiben unſere Gedanken auf den kleinen Kontinent Europa und ſeine Mittelſtaaten beſchränkt. Dafür ſpielt ſich fern im Indiſchen Ozean ein Schauſpiel ab, das, ſelten großartig, auch unſere Beachtung mehr verdient. Hier iſt England nahe daran, ſich ein britiſches Indiameerreich zu ſchaffen. Einzig daſtehend in der Weltgeſchichte, wird es ſchon jetzt und noch mehr in Zukunft alle bisher geſchaffenen an Größe und Bedeutung überſtrahlen. Der Indiſche Ozean iſt dabei, ein rein engliſches Mittelmeer, ein „britiſches Südmeer“ zu werden. Ein kurzer Blick in die Geſchichte und Geographie ſoll uns darüber Klarheit verſchaffen.

Bei einem erſten Überblick über die engliſchen Beſitzungen bietet das britiſche Weltreich das bunteſte und in ſich widerſpruchsvollſte Bild; nichts deutet da auf einen natürlichen inneren Zuſammenhang hin. Englands früher befolgte Politik der offenen Tür ſetzte engliſchem Einfluß nirgends Grenzen, die ganze Welt war engliſches Betätigungsfeld. Erſt ſeit die Konkurrenz der offenen Tür anfing groß zu werden, ging England über zum Syſtem der geſchloſſenen Einflußgebiete; und hier marſchiert es nun an erſter Stelle.

Englands Auftreten im Indiſchen Ozean datiert ſeit dem Auftreten der britiſch-oſtindiſchen Handelskompagnie im Anfang des ſiebzehnten Jahrhunderts und die Eroberung Oſtindiens 1757 bis 1784 durch Lord Clive und Warren Haſtings ſicherte Englands Stellung als vorherrſchende See- und Kolonialmacht der damaligen Zeit. Seit der Errichtung des indiſchen Reiches unter britiſcher Oberhoheit war Englands Politik immer darauf gerichtet, ſichere Wege zwiſchen Mutterland und Kolonie zu ſchaffen. Auf dem Seewege kommend, unterwarf ſich Großbritannien Indien. So iſt es erklärlich, wenn dieſer Seeweg zunächſt ausgebaut und geſichert wird. Noch in den ſechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts führte der Weg nach Indien um das Kap der guten Hoffnung herum, wenngleich der Weitblick engliſcher Staatsmänner den künftigen kürzeren Weg nach Indien über Ägypten gehen ſah. 1650 ſchon iſt St. Helena engliſch, ein willkommener Anlegeplatz und Verſorgungsſtation für die Britiſch-Oſtindiſche Kompagnie; 1704 wird Gibraltar durch Handſtreich den Spaniern entriſſen. Anfang des neunzehnten Jahrhunderts kommt die Feſtſetzung Englands am Kap der guten Hoffnung, 1815 werden die im ſüdlichen Atlantiſchen Ozean gelegenen vulkaniſchen Felſeneilande Aſcenſion und Triſtan da Cunha beſetzt, eigentlich nur als eine Art Hilfsſtellung zu St. Helena, lediglich zu dem Zweck, Napoleon den Erſten vor der Möglichkeit jeder Entführung zu bewahren; dem Seeweg nach Indien aber dienten ſie als neue Stützen. Solange dieſer noch der einzige Weg war, die Kolonie zu erreichen, mußte auch Mauritius eine wichtige Rolle ſpielen; ſchon 1810 kam es in engliſchen Beſitz. Seine Bedeutung für die britiſche Weltmacht und Weltwirtſchaft mußte nachlaſſen, als der alte

Seeweg nach Indien ums Kap der guten Hoffnung durch die Eröffnung des Suezkanals verödete. Indessen seine geographische Lage hinderte es daran, zu völliger Bedeutungslosigkeit herabzusinken.

Die Durchstechung der Landenge von Suez mußte England mit Freuden begrüßen, da so der direkte Weg London—Bombay bedeutend verkürzt wurde. Aber da der Gedanke von Frankreich ausging, mußte England diesem Plane Schwierigkeiten bereiten. 1869 war der Kanal trotz Widerstrebens Englands fertiggestellt. Aber schon 1875 war der größte Teil der Kanalaktien in englischen Händen, die wirtschaftliche Gewalt gewonnen, 1882 bemächtigte man sich mit der Okkupation Ägyptens auch noch der politischen Gewalt. Damit begann der Ausbau des neuen Weges nach Indien, des Landweges. Geographischer und politischer Weitblick hatte schon 1861 das Eingangstor ins Rote Meer, das wohlbekannte „Tränentor", Bab el Mandeb, das dreimal so breit ist als die Gibraltarstraße, zusammen mit dem Festlandsstützpunkt, dem schönen Kraterhafen Aden, in englischen Besitz gebracht. Als die Annäherungsversuche an den bis 1882 noch von der Türkei abhängigen Khediven des Nillandes mit der englischen Oberhoheit endeten, führte dieser Khedive nur noch ein Scheindasein; der eigentliche Herr Ägyptens war der englische Generalkonsul, in dessen Händen die Fäden der englischen Afrikapolitik zusammenliefen und der kein Mittel scheute, den englischen Einfluß in Ägypten zu stärken. Lord Cromer und Lord Kitchener waren die treibenden Kräfte; ihr Ziel war es, eine Zusammenschweißung von Südafrika und Ägypten herbeizuführen. Der Fall Faschoda 1898, der ein Nachgeben Frankreichs bedeutete, beweist dies. Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte England bei der Verteilung der außereuropäischen Einflußgebiete nur mit Frankreich als eigentlichem Gegner rechnen müssen, Portugal und Holland als kleinere Staaten waren nicht mehr zu fürchten gewesen. Da taucht auf einmal in den Jahren 1879 bis 1883 Deutschland auf in der Zahl der Mächte, die in Afrika eigene Interessen vertreten wollen. Zu den zwei Bewerbern um einen Platz an der afrikanischen Sonne kam jetzt ein dritter. Der Rückversicherungsvertrag 1878 mit Rußland hatte zudem den Rücken gesteift, um England deutlicher deutsche Pläne offenbaren zu können.

Sobald Karl Peters, Ludwig Jühlke, Graf Pfeil und die Gebrüder Denhardt in den Jahren 1884 und 1885 ihre ostafrikanischen Landerwerbungen gemacht und unter deutschen Reichsschutz gestellt hatten, und als die Auseinandersetzung mit dem Sultan von Sansibar erfolgt war, streckte das um seine Weltherrschaft bedrohte England auch hier seine Faust in den Handel. Am Golf von Aden wurden 1884 die Hafenplätze Berbera und Zeila besetzt, das nördliche Somaliland (176 000 Quadratkilometer mit 50 000 Bewohnern) unter britischen Schutz gestellt; 1886 ging Sokotra völlig in englischen Besitz über, nachdem schon 1876 die Zusicherung gegeben war, daß die Insel an keine fremde Macht abgetreten werden dürfe. — Mit der Festsetzung Deutschlands an Afrikas Ostküste begann für England eine ausgesprochene Annexionspolitik, die sich in erster Linie gegen Deutschland richtete, und die gleichzeitig dem Endzweck diente, Englands Stellung am Suezkanal und gegenüber Indien fester und umfassender zu stützen.

Noch 1886 stellte England das an Deutsch-Ostafrika angrenzende Nyassaland unter britischen Schutz; in Westafrika war 1885 das Nigergebiet schon englisch geworden; in Südafrika heimste man 1886 das Betschuanaland mit der Kalahariwüste ein. 1890 fiel ihm im Sansibar-Vertrag gegen das kleine Opfer Helgoland noch das Witu-Gebiet im Norden des Tanaflusses und die Schutzherrschaft über Sansibar zu; 1894 kam dazu noch die Schutzherrschaft über das nördlich vom Viktoria-Nyanza-See gelegene Königreich Uganda. Reichlich 1 Mill. Quadratkilometer mit 7½ Mill. Bewohnern waren englisch geworden. Der deutsche ostafrikanische Besitz war ringsum abgegrenzt und dazu kontrolliert durch das englische Sansibar; dem britischen Besitz war die Ausdehnungsmöglichkeit nach allen Seiten geblieben

(Einkreisungspolitik!). Dieselbe Begrenzung unserer Erwerbungen bedeutete auch Englands Festsetzen im Nigergebiet und an der Goldküste. Im Betschuanaland führte es zu einer Trennung von den Burenstaaten, die ihrerseits einer englischen Umklammerung sich nicht entziehen konnten. Auch Portugal gegenüber übte England dieselbe Politik, als dieses sich 1891 an der Ostküste einen Landstreifen sichern wollte. In aller Stille hatten sich englische Ansiedler im Süden des Nyassa-Sees festgesetzt, und das durch ein Ultimatum von seiten Englands erzwungene englisch-portugiesische Abkommen gab den portugiesischen Besitzungen in Ostafrika die heutige seltsam gestreckte Gestalt. Zudem brachte es England die Abtretung des ehemals portugiesisch gedachten Hinterlandes, des Maschonalandes ein; seit 1891 ist es ein Teil von Britisch-Zentralafrika. 1894 fiel auch das Zwischenstück, das Matabeleland, an England. — Die Burenstaaten waren rings umschlossen von englischem Gebiet, die Arbeit ihrer Beeinflussung, die notwendigerweise zur Besitznahme führen mußte, konnte beginnen. 1902 war ihr Schicksal besiegelt, Oranjestaat und Transvaal Teile der englischen südafrikanischen Union.

Die versäumte Gelegenheit eines deutschen Eingreifens zur Erhaltung der Selbständigkeit dieser Freistaaten und das Nichterkennen der uns seitdem drohenden Gefahr ist uns dann immer zum Nachteil geworden. Offensichtlich war die aktive Politik Englands im schroffen Gegensatz zu der passiven Deutschlands, die sich immer schieben ließ, nie aber selbst schob. So lagen die Verhältnisse in der Politik beider Länder und in der Verteilung der Gebiete Afrikas um die Jahrhundertwende im Jahre 1900.

Rückblickend kann man bis zum Kriegsausbruch drei verschiedene Perioden der englischen Politik zur Sicherung der Wege zum „britischen Südmeer" erkennen. Bis 1869, der Kanaleröffnung, die ungefähr mit der Entstehung des Schlagwortes vom „Greater Britain" (1868) zusammenfällt, ist alles gerichtet auf eine Festlegung des Seeweges und Vorbereitung für den zu schaffenden Landweg. Mit der Besitzergreifung des Suezkanals beginnt der Ausbau des Kolonialreiches; jede sich bietende Gelegenheit wird wahrgenommen, kleine Kolonien, Kohlenstützpunkte und Inselchen zu besetzen. Mit dem Eintritt Deutschlands in die Zahl der Kolonialmächte (1884) beginnt die Zeit der Niederhaltung des neuen Gegners mit dem Mittel der Einkreisungspolitik. *)

Wichtig bleibt, daß um die Jahrhundertwende die englischen Staatsmänner Chamberlain und Salisbury den Versuch und die Anstrengung machten, mit Deutschland zu einem Verständnis oder gar Bündnis zu kommen. Der innere Zweck mag wohl gewesen sein, uns als englische Landsknechte in Ostasien gegen die unbequemen Russen zu verwenden. **) Das britische Bemühen scheiterte, unsere Diplomatie ging nicht in die wohlvorbereitete Schlinge hinein. Die ablehnende Haltung Deutschlands hatte aber eine völlige Um- und Abkehr Großbritanniens zur Folge; die Annäherung an Frankreich und Rußland war der nun zu betretende neue Weg. Er war bis zu Ende geebnet, als Rußland kriegsbereit und gerüstet war, im Jahre 1914. Die politische Arbeit Englands hatte ihre seit 1903 begonnene Einkreisung so weit geführt, daß man daran gehen konnte, Deutschland auf dem Festlande zu beschäftigen und seine Kolonien einzustreichen.

In der östlichen Umrandung des Indischen Ozeans war Australien der Eckpfeiler britischer Macht gewesen; auch von ihm gingen zur Gewinnung des Anschlusses an Indien Ausdehnungsbestrebungen aus. Zwar hatte die von allen Hauptkulturländern entfernte große Insel wegen ihrer Lage auf der menschenleeren Wasserhalbkugel und der Entlegenheit ihrer am meisten kulturfähigen Südostseite für ihre Beherrschung ein seetüchtiges Volk vorausgesetzt; als erstes Seefahrervolk, als „rulers of the waves", haben sich die Engländer in

*) Wütschke, Grenzboten 1915, S. 322.
**) Bülow, Deutsche Politik, S. 38.

diesem Teile ihres ungeheuren Reiches so gut wie vollkommen unberührt und unbedroht von äußeren Einflüssen fühlen dürfen. Erst das Aufkommen einer ansehnlichen japanischen Seemacht, die vor England gegenüber Australien den großen Vorteil einer näheren strategischen und wirtschaftspolitischen Operationsbasis voraus hat, ließ England andere Ziele und Wege seiner Australienpolitik einschlagen. Die deutsche Flaggenhissung in Kaiser Wilhelms-Land und auf den Bismarckinseln (1884) wurde mit unverhohlenem Mißbehagen betrachtet; aber auch die Franzosen in Neukaledonien mögen keineswegs immer als Freunde und Bundesgenossen gegolten haben. Jedenfalls besetzt England 1884 den Südostteil von Neuguinea und grenzt damit das nördlich gelegene deutsche Schutzgebiet ab. Den Weg nach Indien sollten die Erwerbungen der Straits Settlements (1881) sichern helfen. Aber auch mit dem Auftreten Deutschlands in der Südsee und dem Gedanken Frankreichs, Annexionsgelüste auf Siam zu zeigen, fand man es in London an der Zeit, die malaiischen Staaten enger an das englische Kolonialreich anzuschließen. 1885 wurde dem Sultan von Dschohore und 1887 dem von Pahang anheimgestellt, sich unter englischen Schutz zu begeben; 1889 und 1895 wurden die Verträge abgeschlossen, diese Sultanate in aller Form der Schutzherrschaft einverleibt, und 1909 wurde nur zur Abrundung noch ein von Siam abgetretener Landstrich bis an die Landenge von Ligor hinzugefügt, so daß das englische Gebiet hier rund 140 000 Quadratkilometer mit 2,9 Mill. Bewohnern umfaßte. Gleichzeitig faßte England 1882 auf Nordborneo Fuß und stellte bis 1888 rund 190 000 Quadratkilometer unter seinen Schutz; dies nur, um den Weg nach Asien zu sichern. In Hinterindien war Birma 1886 britisch geworden.

So war mit den vier Eckpfeilern Südafrika, Ägypten, Indien, Australien schon vor 1914 der Gedanke eines territorialen Gebäudes, eines geschlossenen englischen Einflußgebietes wenigstens bis zu einem gewissen Grade zur Tatsache geworden: ringsum den Indischen Ozean englisches Gebiet. Den Verkehr von Küste zu Küste erleichtern die ebenfalls mit weitem Blick des praktischen Geographen in englische Hand gebrachten Inselgruppen der Amiranten, Seychellen, Malediven, Lakkediven, Tschagosinseln, Andamanen, Nikobaren, Keeling- und Christmas-Inseln, von Mauritius und Rodriguez. Sie sind heute schon Stützpunkte der englischen Schiffahrts- und Kabellinien im „britischen Südmeer"; ihnen werden weitere zur vollständigen Festigung des Besitzes folgen.

Nur einige Schönheitsfehler wies das Bild auf; das waren die den anderen Kulturvölkern gehörenden kleinen Landstreifen und Inselgruppen. Nur zwei von ihnen konnten noch als feindlich gelten, nachdem Frankreich, Italien und Portugal dem Riesen England Gefolgschaft zugesagt hatten. Zuerst mußten ja nach Kriegsbeginn die deutschen Besitzungen an der Guinea- und Goldküste fallen; hier willigte England noch ein in eine Teilung der Interessengebiete zwischen französischen und englischen. Die größere Bedeutung der deutschen Kolonien für England lag an Afrikas Ost- und Südküste. Gegen Ende 1915 ging Südwestafrika verloren, Ende 1917 wich nach heißem Ringen die letzte deutsche Heldenschar aus Deutsch-Ostafrika. Damit fiel England wieder ein neues Stück Land zu. Aber hier wurde nur englische Verwaltung geduldet, keine belgische oder portugiesische. Die ganze Ostküste Afrikas ist Interessengebiet der Ententemächte, in erster Linie Englands. In der Ostumrandung bleiben nur die holländischen Kolonien als Schönheitsflecken im englischen Südmeerbilde noch bestehen. Quousque tandem?

In Afrika wurde bis 1914 der Plan Englands, eine Kap—Kairo-Bahn als Verbindung vom Norden zum Süden in nur englischem Gebiete zu führen, von Frankreich im Sudan, von Portugal im Süden des deutschen Gebietes und von Deutschland im Seengebiet gekreuzt.*) Jetzt stehen der Ausführung des

*) Vergl. Wüstschke, „Sperrzonen wider die britische Kap—Kairo-Linie". Geogr. Anzeiger 1918, S. 137.

Wunsches, eine Randbahn um die Westseite des Indischen Ozeans zu führen, kaum Hindernisse mehr im Wege, wenn nicht ein starkes, deutsches Mittelafrika als Friedensbedingung den großbritischen Traum zunichte machen kann. Nicht ernst zu nehmen war wohl das 1898 angebotene Angola-Abkommen, das uns im Falle wachsender Geldverlegenheiten Portugals ein Vorkaufsrecht auf bestimmte Teile der portugiesischen Kolonien sichern sollte. Englische Geldleute unterstützten Portugal stets reichlich genug, um die Einlösung dieser Zukunftsmöglichkeit hinauszuschieben; nun hat der Krieg auch diesen Vertrag hinfällig gemacht. Vom Kunene an der Nordgrenze von Deutsch-Südwestafrika um Südafrika herum, an seiner Ostküste entlang bis zum Eingang ins Rote Meer ist englisches oder englisch beeinflußtes Gebiet. Britisch-Südafrika und Britisch-Ostafrika haben trotz Faschoda und Deutschland den Anschluß ans britische Nilland gefunden. Der Nord—Südweg ist geschaffen als Basis für die Beherrschung des ganzen östlichen Afrika.

Der Krieg gibt auch die Möglichkeit, die geographische Lücke zwischen Ägypten und Indien zu schließen, den Anschluß von Kairo an Kalkutta zu finden. Diesen Weg West—Ost zu sichern, ist England auf dem besten Wege. Die Erwerbung von Belutschistan (1893) und seine Eingliederung in das Indische Reich war der erste Schritt dazu, das Übereinkommen des Jahres 1907 betreffs Persien war der zweite. Die Zweiteilung des Landes sicherte England die südliche, den Persischen Meerbusen umrandende Zone zu. Durch die Übernahme der Schutzherrschaft über den gegenüber gelegenen, die Ausfahrt aus dem Golf beherrschenden, ehemals selbständigen Staate Oman wurde der Persische Meerbusen ein Mare clausum britannicum. Die Tatsache, daß schon vor dem Kriege im Persischen Golfe der englische Handel mit 70 Prozent vertreten war, gegen 7 Prozent Anteil des deutschen Handels, erfuhr ihre Krönung beim Ausbruche des Krieges durch die Besetzung der persischen Insel Hendjam an der Straße von Hormus: ein neuer Flottenstützpunkt wie ehedem Perim und Aden im Roten Meere. Leichter als sonst ist nun für England die Ausdehnung seines Einflusses auch auf die nördliche persische, ehemals an Rußland überlassene Zone, nachdem ein Großrußland zu bestehen aufgehört hat. Durch die kaspisch-turanische Senke führt über Persien ohnehin ein natürlicher Weg nach Indien. Er muß, so weit wie möglich, englisch werden.

Bleibt das Mittelstück zwischen Euphrat und Nil. Hier ist Englands Verhalten zur Türkei ausschlaggebend gewesen. Langsam, aber zielbewußt sicher begann die Ausnützung der türkischen Schwäche. Wir sahen es bei Ägypten 1882. Schon 1878 wurde Cypern englisch, als einer der Vorposten des englischen Einflusses im Mittelmeere, geeignet, die eurasische Hochstraße Mitteleuropa—Vorderasien zu beaufsichtigen und zu bedrängen; †) erst 1914 wurde es zugleich mit Ägypten vollständig annektiert. Am Roten Meere hatte England sich 1885 in Zeila und Berbera gegenüber Aden festgesetzt; Ein- und Ausfahrt war unter Aufsicht, und die Beeinflussung Arabiens erhielt eine neue Basis. Die Arbeit zeitigte ihre Früchte in der Aufwiegelung arabischer Stämme gegen die türkische Herrschaft in den arabischen Küstengebieten. Mögen auch einige Scheichs in der Landschaft Yemen noch Überfälle auf englische Garnisonen ausführen, der ganze südarabische Küstenstrich von Yemen bis Oman ist heute englische Einflußzone.

Wie von Süden und Osten her so erfolgte auch von Westen aus das englische Vorrücken. Als die Türkei 1906 von ihrer Hedschasbahn eine Nebenbahn zur Akababucht (Sinai-Halbinsel) führen wollte, erhob England Einspruch, unternahm eine Flottenkundgebung und erzwang eine Grenzregulierung, die die Halbinsel Sinai zum Glacis Ägyptens machte. Den Plan der Türkei, unter deutscher

†) Vgl. Dix, Das verkehrsgeogr. Grundproblem des Weltkrieges. Geogr. Zeitschr. 1917, S. 1 ff.

Beteiligung durch Mesopotamien eine Bahn zum Mündungsgebiet von Euphrat und Tigris, dem Schatt el Arab, zu führen, kreuzte England durch fortgesetzte politische Treibereien und den Streit um den Endpunkt der Bahn. Unter Ausnützung der Schwächung der Türkei zur Zeit des Balkankrieges 1913 wurde an der geplanten Endstation die selbständige, unter britischem Schutz stehende Dynastie El Koweit errichtet. Nichts anderes bedeutete das, als ein endgültiges Festsetzen Englands an dieser Erdstelle, Deutschland und der Türkei zum Trotz. Von hier aus begann Ende 1914 die Besetzung von Basra und Südmesopotamien. Mit indischen Truppen unter englischen Offizieren wurde trotz der Rückschläge bei Kut-el-Amara das Mündungsgebiet der Riesenströme, das Irak Arabi, erobert. Das Zwischenstromland bis über Bagdad hinauf ist heute in englischen Händen. Ein günstiges Geschick fügte es auch, daß das Vorrücken in Südpalästina bis über Jerusalem hinaus für England leicht wurde. Der Weg durch die syrisch-arabische Wüste ist für England frei, die Brücke vom englischen Afrika zum englischen Südasien ist geschlagen, die Nordumrandung des Indischen Ozeans britisch. Nun kann der schon 1903 von W. Willcocks entworfene Plan der künstlichen Bewässerung des Zwischenstromlandes zur Ausführung kommen. und der 1909 von demselben englischen Baumeister in türkischen Diensten aufgeworfene kühne Gedanke einer Querbahn von Bagdad schnurgerade nach Westen über Palmyra nach Damaskus und somit nach der Küste verwirklicht werden.

Die große Völkerbrücke zwischen drei Erdteilen in englischer Hand, die Durchfuhr dort von England monopolisiert, dieses Lebensziel Englands hat ihm der Krieg spielend gewinnen lassen. Einzig dastehend ist das britische Kolonialreich in der Umrandung des Indischen Ozeans, das „britische Indiameerreich" (Kjellen). Zwischen den beiden Wendekreisen in den Tropen sich ausdehnend, mit einer verschwenderischen Fülle aller Nahrungs-, Genußmittel und Rohstoffe ausgestattet, die der in gemäßigteren Zonen lebenden Menschheit unentbehrlich, verfügt dieses Reich über einen Menschenvorrat von wohl 500 Millionen; und 50 bis 60 Millionen Weiße könnte es noch in seinen weiten Räumen aufnehmen als Ansiedler. Das größte Weltreich des Altertums, das römische, muß als Zwerg erscheinen gegen den an Ausdehnung hundertmal größeren Riesen England, der drei Erdteile mit seinen gewaltigen Armen umspannt.

Nichts könnte der Entwicklung dieses Riesenreiches von Europa aus hindernd in den Weg gelegt werden; die Versuche dazu sind bis jetzt durch Englands zielbewußteres Vorgehen gescheitert. Nur das aufstrebende Japan könnte hemmend dazwischentreten. Mit ihm sich zu verständigen wird England nicht zögern. Fast scheint es schon, als ob England auf den Ausbau seiner Einflußgebiete in den chinesischen Meeren zugunsten von Japan verzichten wollte.

Durch koloniale Truppen aus den alten englischen Kolonien sind die neuen Gebiete zur Abrundung und Vervollständigung erobert worden, englisch war nur die Führung. Mochte es auch eine Zeitlang genügend glaubhaft erscheinen, daß das Fehlen englischer Offiziere, die befähigt waren, indische und eingeborene Truppen zu befehligen, einen Abtransport dieser Truppen nach Europa unmöglich mache: Englands letzter Gedanke wird dabei sicher gewesen sein, daß eben diese Truppen für Englands zukünftige Ziele hier besser kämpfen könnten, als daß sie auf europäischen Schlachtfeldern nichtenglische Interessen verteidigen halfen.

Seit mehr als 50 Jahren ist Englands Politik darauf gerichtet, im Indischen Ozean jeden Vorteil und jede Gelegenheit zur Besserung seiner Stellung auszunützen. Schrittweise, aber immer vorwärts schreitend, das bestimmte Ziel im Auge, sahen wir den Riesenbau entstehen, dessen Krönung der Weltkrieg England bringen sollte.

Nirgends als gerade hier bei „Englands Indiameerreich" wird der Wert eines geschlossenen Kolonialreiches klarer. Einige Zahlen (nach Stuhlmann) mögen die Bedeutung des englischen Einflußgebietes verdeutlichen:

1. Englische Besitzungen vor dem Kriege:

| | Einwohner in Millionen | Einfuhr in Millionen Mark 1912/13 | Ausfuhr | Deutschlands Anteil Einfuhr in Millionen Mark | Ausfuhr |
|---|---|---|---|---|---|
| Australien und Inseln | 7,8 | 2076 | 1951 | 96 | 285*) |
| Britisch-Indien u. Malaische Inseln | 323,1 | 4289 | 5325 | 124 | 597 |
| Somali, Sansibar, Mauritius, Seychellen und andere kleine Inseln | 1,0 | 105 | 108 | 0,4 | 0,8 |
| Sudan, Süd-Afrika, Nyassaland, Br.-Ost-Afrika | 12,0 | 968 | 1456 | 44 | 67 |
| Uganda, Ägypten | 19,0 | 498 | 547 | 41 | 118 |
| | 362,9 | 7936 | 9382 | 305,4 | 1067,8 |
| | | 17318**) | | | |

2. Von England besetzte Gebiete:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Deutsch-Ost-Afrika | 7,6 | 50,3 | 31,4 | 17 | 14 |
| Deutsch-Südwest-Afrika | 0,08 | 32,5 | 39 | 15 | 5 |
| Deutsch-Neuguinea | 0,6 | 9 | 12 | 2 | 6 |
| Mesopotamien | 0,3 | ? | ? | ? | ? |
| | 8,6 | 91,8 | 82,4 | 34 | 25 |

3. Noch unabhängige Gebietsteile:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Abessinien, französische, holländische, portugiesische Kolonien, Persien (z. T.) | 70,3 | 1288 | 1481 | 98 | 151 |
| Afghanistan | 4,5 | 21 | 18 | — | — |

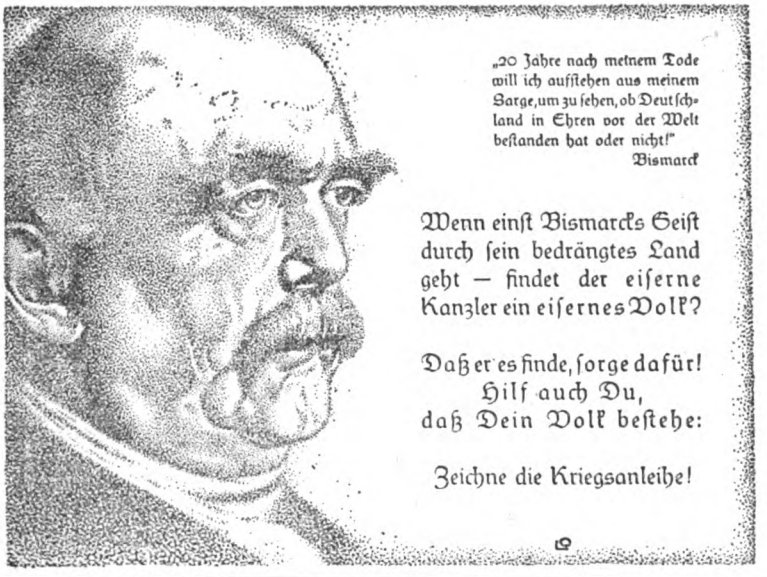
Die Zahlen reden eine deutliche Sprache. Der hier England zufallende Gewinn ist unübersehbar und gefahrdrohend. Der Gedanke des Wirtschaftskrieges nach dem Weltkriege findet gerade in den an tropischen Rohstoffen überreichen Uferländern des Indischen Ozeans seine sicheren Stützen.

An uns und unserer verbündeten Diplomaten Arbeit und Kunst muß es liegen, das, was die Waffen in jenen fernen Landen nicht haben wirken können, durch den militärischen und diplomatischen Sieg der Mittemächte in Europa zu erreichen. Andernfalls ist Englands Ansehen und Macht, seine ganze geographische Ausdehnung auf der Welt größer als zuvor, und der mitteleuropäische Wirtschaftsbnd in seiner aufstrebenden Weiterentwicklung bedroht. Nicht darf das Wort Cecil Rhodes' recht behalten: „Lassen wir die andern nur arbeiten; in das Bett, das sie bereiten, legen wir uns doch hinein." Vergessen wir vor allem in Zukunft jenes nur zu wahre Wort eines Engländers nicht: „Wenn irgend jemand wissen will, wie England sich, sei es als Neutraler, sei es als Kriegführender, in Zukunft verhalten wird, so können wir ihn nur auf unser Verhalten in der Vergangenheu hinweisen."***) Danach sollte sich auch unser Verhalten bei kommenden Friedensbesprechungen richten.

*) Einfuhr = 6,6 Prozent, Ausfuhr = 9 Prozent des australischen Gesamthandels; Englands Anteilzahlen sind für Einfuhr = 58,7 Prozent, Ausfuhr = 40 Prozent.

**) Vgl. dazu Gesamthandel der Ver. Staaten Amerikas = 16,2 Milliarden Mark, Deutschlands Gesamteinfuhr 17,6 Milliarden Mark, Gesamtausfuhr 8,1 Milliarden Mark (1910).

***) Zu finden in der April-Nummer 1917 des „Nineteenth Century", Artikel von Sir Herbert Stephen: „Der amerikanische Friedenstraum".




# Zur Jahrhundertfeier der Königinhofer Handschrift

Von Professor Franz Spina

Das Jahr 1886 war ein Schicksalsjahr für die innere Kultur der Tschechen: mit einem Heroismus, dem auch deutsche Anerkennung nicht versagt werden darf, hat ein Häuflein tschechischer Gelehrten im Kampf gegen den hochgehenden Nationalismus der Volksmehr- und der demagogischen Presse die Königinhofer und andere Handschriften, vermeintliche Zeugen einer glanzvollen, mit der deutschen wetteifernden alten Kultur, endgültig als Fälschungen erwiesen. Damit sank das durch siebzig Jahre vom Volk verehrte höchste nationale Palladium dahin. Der Hauptfälscher Wenzel Hanka, der von 1817 an seine verdächtigen „Funde" gemacht hatte, als Gelehrter wie als Mensch nicht einwandfrei, ist der typische Vertreter jenes nationalistischen panslawistisch-russophil und deutschfeindlich gefärbten, in seiner Grundlage rückschrittlichen Romantismus, der bis in die achtziger Jahre die innere tschechische Entwicklung gelähmt hat und der in mannigfachen modernen Verkleidungen wirksam geblieben ist. Die leitende Seele des hauptsächlich von dem genialen Grammatiker der tschechischen Sprache Johann Gebauer mit allen Hilfsmitteln der modernen wissenschaftlichen Kritik geführten Echtheitsstreites war Thomas Masaryk, der philosophische Positivist, der wissenschaftliche und politische Realist, eine der stärksten Potenzen des neueren tschechischen Geisteslebens, aber eigentümlich schillernd auch da, wo er Positives zu sagen scheint (so in seinem bekannten Buch über Rußland), und schließlich in der Überspitzung seiner eigenen Prinzipien auch wissenschaftlich, politisch und in einem extremen Freisinn erstarrend. Vorzugsweise seiner Energie im Handschriftenkampf ist es zu danken, daß durch die ausschließliche neue Geistesbewegung gegen den beschränkt nationalistischen und kulturell rückschrittlichen Romantismus ein helles Fenster nach Westeuropa aufgebrochen wird. Der reinigende Kampf gegen die Handschriften, der eine Episode schien, hat nicht nur die moderne tschechische Philologie geboren, sondern zu einer Scheidung der Geister geführt, ja er schien dem ganzen Kulturgang und selbst der Politik neue Wege zu weisen.

Dem Geschlecht von 1917, das die Hundertjahrfeier der „Auffindung" jener seltsamen Produkte zu begehen hatte, sind sie nicht mehr in erster Reihe romantische Fälschungen, deren Platz nicht im dreizehnten, sondern im zweiten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts ist. Heute umgibt die Königinhofer wie die Grünberger Handschrift und die ganz ansehnliche Reihe weiterer Fälschungen Hankas wieder der Glanz nationaler Zimelien — und dies nicht nur bei den breiten Massen, die in der Suggestion vom souveränen tschechischen Staat und im radikalsten Nationalismus befangen sind, sondern auch bei einem großen Teil der kritisch Einsichtsvollen der Nation. Diesen sind die Falsa zwar ein Betrug, doch ein frommer, in die Welt gesetzt durch Mittel, „über deren Zulässigkeit man zwar streiten kann", aber „im Dienste eines Zieles, das das edelste ist". Was 1886 und später Philologie, Geschichte, Soziologie, Paläographie, Ästhetik, Chemie, Mikroskopie und Deutung der Schriftzüge*) mit schier mathematischer Exaktheit als Fälschungen eines national überhitzten und maßlos eitlen dunklen Ehrenmannes erwiesen haben, gilt heute auch kritischen Fachleuten als ein seines Zweckes wegen zu entschuldigender Betrug eines Mannes, dem um seiner völkischen Gesinnung willen Verzeihung werden muß, da er „dem Volke in den Zeiten seiner Erniedrigung und der Schwäche einen Heldentypus vor Augen führte und dies in einer dichterischen Weise tat, die bis heute überzeugt." Gefühlsmäßige Wertung ist an Stelle der verstandesmäßigen getreten.

Was wunder, daß heute noch, wo es gar nichts mehr für die Echtheit zu beweisen gibt, von Gläubigen Preise für den Nachweis der Echtheit ausgesetzt werden, oder daß, wie vor kurzem durch einen Mäzen in Budweis, Fonds für solchen Zweck gegründet und Sammlungen in der Öffentlichkeit mit Erfolg eingeleitet werden.

Ein böser Rückschlag in den Romanismus vor 1886 also opfert der mächtigen nationalistischen Woge, die das Volk in den letzten beiden Jahren ergriffen hat, alle Bedenken darüber, daß seine Wiedergeburt mit Fälschung und Betrug verknüpft gewesen sei — auch bei solchen Kundigen, die vor kurzem noch diese Denkmäler als unkritische Produkte eines phantastischen Enthusiasmus mit dem strengen Maßstab wissenschaftlicher und historischer Wahrheit und die Entwicklung des Volkes mit hohen ethischen Prinzipien gemessen haben. Wieder wirkt jener verhängnisvolle Dualismus des „Zwischenvolkes", der die tschechische Entwicklung nicht ihre konsequente Linie finden läßt und der auch den energischen Organisator des Kampfes von 1886, den austroslawischen Realpolitiker, den konsequenten Gegner des Panslawismus und des historischen Staatsrechtes, Masaryk, am Ausgang seines Lebens die Leitsterne seines Lebenswerkes eben im Dienste eines lebenslang bekämpften extremen Nationalismus verneinen läßt.....

Vom Gesichtspunkt dieses Gegensatzes aus analysiert zur Jahrhundertfeier die Schrift von Paul Kisch den Kampf um die Handschriften. (Dr. Paul Kisch, Der Kampf um die Königinhofer Handschrift. Sammlung gemeinnütziger Vorträge des Deutschen Vereins zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag. Nr. 472/74. 1918.) Wie prägt sich eine uns fremde Geistigkeit, eine uns fremde Auffassung von Recht und Unrecht in der neuen Erhebung dieser Falsa durch die gegenwärtige Generation aus, die dadurch ihre wissenschaftliche Einsicht nationalistischen Gefühlsmomenten unterordnet? Das Ethos des Falles ist die Hauptfrage, auf die Kisch, der aus seiner Achtung vor dem tschechischen Volke und dessen kulturellen Leistungen, vor allem der Dichter, kein Hehl macht, antwortet. Gesättigt von gründlicher Kenntnis des vielverzweigten Gegenstandes, aber formell unbeschwert durch das wissenschaftliche Rüstzeug geht die Schrift des geschulten Philologen den seltsamen Windungen des Streites um echt oder unecht in klaren Zusammenfassungen und mit stellenweise drastischen Argumenten ad hominem

*) Neulich wurde in der tschechischen „Histor. Zeitschr." der Nachweis erbracht, daß der Schriftduktus der gefälschten Handschriften identisch ist mit dem der Schrift Hankas.

nach. Mit weitem Umblick zieht der Autor den Schlußstrich unter die kritischen Bemühungen dreier Menschenalter, tschechischer, deutscher und anderssprachiger Gelehrten, denen diese Produkte eines von Neid und Ruhmsucht besessenen Menschengeistes die größten Rätsel vorlegten — größere als die berühmten Fälschungen der Weltliteratur, die den Fälscher zum Teil angeregt haben: die Gesänge Ossians, die merkwürdigen Fälschungen des achtzehnjährigen Chatterton, das altdeutsche Schlummerlied, dem Ostara, Triwa und Wodan-einouga noch lebendig sind, der russische Runenhymnus des Sulakadzew, die plumpe, in vielen tausenden Versen bis auf Orpheus und in die indische Urheimat zurückführende bulgarisch-serbische Fälschung von Verkovic-Gologanow, nicht zu reden von den scherzhaften Mystifikationen der Romantik aller Völker, wie Prosper Mérimées pseudo-kroatischen Volksliedern. Auch wie die tschechischen Falsa manchem verhängnisvoll wurden, der sie anrührte, zeigt die Schrift. Dem kritischsten und reinsten Geiste des damaligen Böhmen, Josef Dobrowsky, der die Grüneberger Handschrift auf den ersten Blick durchschaute und die übrige Tätigkeit seines Schülers Hanka mit Mißtrauen beobachtete, hat bösartiger Undank des Schülers die letzten Lebensjahre maßlos verbittert — Koryphäen des tschechischen Geisteslebens vom Rang eines Jungmann und Palacky erscheinen durch die Falsa in eigentümlich zweifelhaftem Licht — der Mähre Julius Feifalik, ein kritisch hervorragender Geist, verzehrt sein junges Leben stürmisch im Kampf gegen die Königinhofer Handschrift — ein Nachfolger Hankas im Musealamt, Wenzel Nebesky, ein guter Tscheche, schreibt — eine eigentümlich flackernde Erscheinung — Verteidigungen der Fälschungen voll Schmeicheleien für den kindisch ehrsüchtigen Hanka, die aber zwischen den Zeilen zu wuchtigsten Angriffen werden, so daß Nebesky, halb verfemt, in den Verdacht kommt, Verfasser jener sensationellen Angriffe im „Tagesboten für Böhmen" (1859) zu sein, deren Geheimnis erst in unseren Tagen so überraschend enthüllt wurde. (Vergl. D. Arb. 12, 611 ff.)

Die Schrift Kischs, die durch die angeführte Bibliographie der in deutscher Sprache zum Gegenstand erschienenen Abhandlungen doppelt wertvoll wird, hebt das rätselvolle Problem ins Licht der Gegenwartfragen. Wir begreifen, daß die Tschechen gegen die Vorzüge der Fälschungen nicht blind bleiben — ein kundiger tschechischer Fachmann hat Goethes Wort angerufen: Wer zu begreifen versteht, versteht auch zu verzeihen. Aber nicht dagegen protestiert die deutsche Schrift, daß den Fälschungen wegen ihrer romantischen Eigenart ihr gebührender Platz in der neutschechischen Literatur werde, sondern daß nationaler Überschwang die schweren Schatten, die Hanka auf die tschechische Entwicklung geworfen hat, in Licht verkehren möchte, daß das krankhafte Nationalgefühl des Fälschers und sein pathologischer Romantismus zu Tugenden umgestempelt werden. Manches scharfe Wort des deutschen Autors wird da begreiflich — Nationalgefühl hatte, nach Joh. Gebauers schmerzlichem Ausruf, auch 1886 bei den Verteidigern der Fälschungen aufgehört Tugend zu sein. Auch nationaler Zweck darf sich nicht bedingungslos jenseits von gut und böse stellen und nicht a l l e Mittel heiligen — es sei denn, er stellte sich auf eine Linie mit der neuesten Phase Masaryks.

# Materialien zur Polenpolitik

**Die Rolle der polnischen Geistlichkeit im Kampfe um den Boden** beleuchtet folgende Notiz des „Przewodnik Katolicki" (Posen), Nr. 36 vom 8. September 1918. „In der Stadt Budsin mit 2200 Einwohnern kann sich ein polnischer Gärtner niederlassen. Die Lage ist eine zuträgliche an der Bahnstrecke Posen—Schneidemühl. Außerdem wird ihm die Pflege des Kirchhofes gegen ein Entgelt von 600 bis 800 M. jährlich zugesichert. Es ist ferner eine Wirtschaft von einem evangelischen Deutschen bei Budsin an der Chaussee käuflich. Die Wirtschaft ist etwa 300 Morgen groß und der Morgen kommt auf etwa 500 Mark zu stehen. — Schließlich ist eine 180 Morgen große Wirtschaft, 7 Kilometer von der Stadt entfernt, zum Preise von 118000 Mark zu erwerben. In diesen Sachen wollen sich Reflektanten durch die Redaktion des „Przewodnik Katolicki" an den Unterzeichneten wenden. Geistlicher Stachowiak, Budsin, Bezirk Bromberg."

**Die Warschauer Polenparteien und die polnische Frage.** In einem Warschauer Brief der Krakauer „Nowa Reforma" (Nr. 386 vom 4. September 1918) heißt es: „Was aber die Lösung der polnischen Frage selbst anbelangt, so überwiegt im nationalen Zentrum und im Schoße der polnischen Demokratie folgende Meinung: die österreichisch-polnische Lösung wäre von allen gegenwärtig möglichen Lösungen bei der gegenwärtig politischen Konjunktur unzweifelhaft die beste. Jedoch steht ihr der entschiedene Widerstand Deutschlands im Wege und macht sie problematisch. Der Widerstand gegen diese Lösung ist gegenwärtig weit größer als vor einem Jahre, ja sogar als vor einem halben Jahre. Aus diesem Grunde ist ein weiteres Festhalten an dieser Lösung für uns gewagt und zwar aus folgenden Gründen: 1. wir haben keine Gewißheit, ja nicht einmal die Wahrscheinlichkeit, daß sich diese Lösung später durchführen ließe; 2. es könnte uns eine andere Lösung, die zwar weniger günstig ist, aber immerhin unserem Volke neue Aussichten der Entwicklung bietet, unmöglich gemacht werden.

Die Deutschen halten daran fest, daß sie im Falle der österreichisch-polnischen Lösung einige Westkreise des Königreichs ihrem Staate einverleiben werden. Bei einer anderen Kombination hingegen werden sie im Westen nichts vom Königreich wegnehmen und als Austausch für vier Kreise des Gouvernements Suwalki sind sie bereit, das Gouvernement Grodno und vielleicht noch etwas mehr an das Königreich abzutreten.

Außerdem versprechen die Deutschen im Falle dieser zweiten Lösung, mit der Berufung des Erzherzogs Karl Stephan auf den Thron, uns die Verwaltung zu übergeben, die beiden Okkupationen aufzuheben, sich selbst nur die militärische Oberaufsicht vorzubehalten und sich mit der Aufstellung eines polnischen Heeres von einigen zehntausend Mann einverstanden zu erklären.

Durch die zweite Lösung der polnischen Frage würde also der Bau des polnischen Staates bedeutend vorwärts gebracht werden. Das Königreich würde seine Westgrenze behalten und seine Ostgrenze weiter vorschieben. Alles dies würde schon vor Beendigung des gegenwärtigen Krieges geschehen, wodurch unsere Stellung bei den allgemeinen Friedensverhandlungen bedeutend gestärkt werden würde.

Die Ablehnung dieser Vorschläge würde uns noch nicht die Sicherheit gewähren, später eine Lösung im polnisch-österreichischen Sinne zu erlangen. Natürlich würde das Verbleiben Galiziens außerhalb des polnischen Staates mit großem Schaden für das Volk verknüpft sein. Es entsteht aber die Frage, wie die von deutscher Seite gemachten Schwierigkeiten zu überwinden wären. Gegen diese zweite Lösung erklärt sich die Liga des polnischen Staatswesens, die damit rechnet, daß in einem Jahre die Deutschen in der Angelegenheit des polnischen Staates nichts mehr zu sagen haben werden.

Ein Teil der Mitglieder des zwischenparteilichen Klubs spricht sich gegenwärtig, wenn auch zunächst leise, für die österreichisch-polnische Lösung aus. Dies ist jedoch durch-

aus kein Zeichen irgendeiner Ernüchterung oder einer erwünschten Meinungsänderung auch nur eines Teiles seiner Mitglieder, sondern es verrät nur den Wunsch, die Verständigung zwischen dem Königreich Polen und Deutschland zu verhindern."

**Zur österreichisch-polnischen Lösung** schreibt Studnicki im „Warschauer Goniec" (Nr. 231 vom 7. September 1918): „Die Anhänger einer österreichisch-polnischen Lösung beginnen unter dem Vorwand der Verteidigung der Selbständigkeit zu behaupten, daß der Wille des polnischen Volkes in einem Entschluß des Landtages zum Ausdruck kommen muß. Die Anhänger der Entente stimmen darin überein. Nach dem Landtag rufen alle diejenigen, die nicht wollen, daß der Aufbau des Staates vorwärts schreitet, daß wir ein für die äußere Politik so bedeutsames Organ, wie es der eigene König ist, erlangen. Sie rufen nach dem Landtag zwecks Wahl des Königs, wie sie nach dem Landtag zwecks Bildung der Armee gerufen haben, da sie wissen, daß der Landtag eine Unmöglichkeit ist. Für die österreichische Lösung treten einige österreichische Agenten in unserem Lande ein, einige Freimaurer, die eigentlich nicht die österreichische Lösung, sondern eine Obstruktion im Aufbau des polnischen Staates wünschen und sich der österreichischen Lösung als einer obstruktiven Idee bedienen, während es im Grunde Agenten der Entente sind. Ich gehöre selbst zu den aufrichtigen Freunden Österreich-Ungarns, ich muß jedoch politische Erscheinungen vom Standpunkt unserer und nicht österreichischer Interessen beurteilen. Im gemeinsamen Interesse wäre ich froh gewesen, wenn die obstruktive Idee einer polnisch-österreichischen Lösung so bald wie möglich von der Tagesordnung verschwände."

Der „Kurjer Polski", Warschau Nr. 212 vom 5. September 1918 schreibt unter der Überschrift „Verständigung mit Galizien": „Krakau befürchtete, daß der Aufenthalt des Prinzen Radziwill im Hauptquartier der Anfang einer politischen Aktion werden könnte, die in ihrem weiteren Verlauf mit Galizien nicht rechnen würde. . . Nach den ausführlichen Unterredungen in Krakau wird bereits sicherlich keine Grundlage für Aufregungen und Beunruhigungen vorhanden sein. . . Die Politik der polnischen Regierung muß den Umstand berücksichtigen, daß alles, was im Interesse des Königreichs unternommen werden würde, in gewichtiger Weise auf die Lage Galiziens zurückwirken wird. Ohne vorherige Lösung der Frage: Was wird dann mit Galizien? kann nichts hinsichtlich des Königreichs unternommen werden . . . Es ist vom polnischen Gesichtspunkt aus also nicht richtig, das zu trennen, was politisch eng miteinander verbunden ist. Diese richtigen Ausführungen wurden von der polnischen Regierung nicht in Betracht gezogen, und, wie wir sehen, blieb die Verständigung zwischen den leitenden politischen Faktoren des Königreichs und Galiziens völlig erhalten. . . Die Verständigung zwischen Galizien und dem Königreich muß heute andere Formen haben wie damals, als das oberste Nationalkomitee mit den politischen Gruppen im Königreich sich verständigte. Die polnische Regierung ist ein Faktor, dem schon jetzt eine selbständige und überwiegende Rolle zufällt. . . In Krakau wird sicherlich gegenwärtig gern verstanden werden, daß von seiten der Vertreter der königlich-polnischen Regierung keine allzu gewagten Schritte auf eigene Faust und eigene Verantwortung zu befürchten sind, die weder diese Meinungen im Königreich, noch die Ansichten Galiziens berücksichtigen."

**Eine neue Verschwörung** wurde nach dem „Krakauer Naprzod" (Nr. 194 vom 4. September 1918) in Warschau entdeckt: „Die Warschauer Miliz hat eine Verschwörung gegen den Geistlichen Chelmicki aufgedeckt. Der Hauptorganisator war der berüchtigte Dieb und Sekretär des Ministers Dr. Chodzko — Joseph Jadczyk, der Held der letzten Diebesaffären im Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege und in der Kontrollstelle für Bäckereien beim Magistrat in Warschau. Jadczyk organisierte eine Verschwörung, bestehend aus 5 Personen, die den von radikalen Aktivisten gehaßten Prälaten Chelmicki erschießen sollten. Zum Zwecke der Verschwörung gegen den Geistlichen Chelmicki waren 10 000 M. ausgesetzt."

# Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Völkerbund.** Neulich hat im Abgeordnetenhause eine Versammlung stattgefunden, die veranstaltet war von dem Verein „Auslandskunde" und deren Thema „Der Völkerbund" war. Die Versammlung ist trotz guter Vorbereitung schließlich an der Ungunst der Zeitumstände verunglückt. Sie hätte einen Gedanken wirksam und propagandistisch ins Volk tragen können, der in den kommenden Jahrzehnten die Nationen beherrschen wird, statt dessen brachte sie uns konfusen Meinungsaustausch. Abwechselnd sprach ein Redner für den Völkerbund, der nächste dagegen. Am vernünftigsten sprach eine Dame, die ausgezischt wurde, als sie den Vorschlag machte, daß Deutschland dem idealistischen Gedanken des Völkerbundes die wahre Gestaltung und innere Durchbildung geben möchte, die notwendig ist, wenn etwas aus der Idee werden soll.

Wir haben inzwischen die große Rede von Wilson vom 27. September gelesen, außerdem uns bekannt gemacht mit dem Regierungsprogramm unserer eigenen Reichstagsmehrheit, die den Völkerbund als Programmpunkt mit aufgenommen hat. Die Frage ist ins Rollen gekommen. Es wäre klug, mit dieser Tatsache zu rechnen.

Wilsons Worte sind gewiß für einen Deutschen nicht angenehm zu hören, er denkt — wie er selbst sagt — an den Tod der durch die deutschen U-Boote versenkten Amerikaner, er spricht zu Amerikanern, denen er erklären muß, weshalb Amerika in den Krieg gegangen ist. In dieser Beziehung kann er Deutschland gegenüber nicht unparteiisch sein.

Aber ist nicht das, was er über den Völkerbund als Kriegsziel Amerikas sagt, objektiv wirklich edel, gerecht und gut? Und wäre es nicht ein Segen für die Menschheit, wenn diese fünf Punkte verwirklicht werden könnten?

Ist in ihnen irgend etwas enthalten, was wir nicht akzeptieren können, wenn alle anderen Völker sie annehmen?

Ihr werdet entgegnen, Wilson ist ein Heuchler. Er meint das Gegenteil vom dem, was er sagt. Nun, dann wollen wir doch die Probe machen und es den Engländern und Franzosen überlassen, die Wilsonschen Völkerbundideale anzugreifen, die vielen unserer Feinde, ebenso wie vielen Leuten bei uns, ein böser Traum dünken. Da die ganze Welt übergenug hat vom Imperialismus, so werden sie nicht weit kommen mit dieser negativen Politik.

Und nun die Einwirkung der Völkerbundidee auf den Frieden.

Ist sie, wie Erzberger sagt, der „Weg zum Frieden", oder wird sie, wie Wilson sagt, die „Folge des Friedens" sein?

Das müssen die nächsten Tage und Wochen zeigen.

Wir wollen einen Völkerbund als Weg und als Folge. Uns nutzt ein Völkerbund nichts mehr, wenn wir selbst als Nation totgeschlagen sind.

Weist Wilson unser Friedensanerbieten zurück oder stellt uns Bedingungen, die uns nur ein ehrloses Leben ermöglichen würden, so haben wir die Probe aufs Exempel. Dann wissen wir auch, was hinter den Völkerbundideen steckt. Dann wissen aber auch die Völker unserer Feinde, daß sie nicht für Ideale, sondern für Imperialismus und Geldsackpolitik kämpfen.

**Bündnisse.** Wilson hat an Washingtons Worte von den „verstrickenden Verträgen" erinnert. Er will das Vermächtnis des großen Nationalhelden für die amerikanische Nation aufrechterhalten. Er will auch Europa von den Bündnissen kurieren.

Bündnisse haben in der Tat diesen Krieg vorbereitet. Daran ist kein Zweifel. Es ist nachgewiesen, daß der cauchemar des coalitions Bismarck zu dem Abschluß der deutsch-österreichischen Vereinbarung geführt hat. Der Zwischenfall von 1875 war, wie Baron Rosen, der frühere russische Botschafter in Washington und Tokio gesagt hat, „die künstlich herbeigeführte und inszenierte politische Intrige, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland stören sollte." Die Störung trat ein. Damit kam die Belebung der Revancheidee in Frankreich, der Abschluß

des französisch-russischen Bündnisses, der wiederum zum Abschluß des Dreibundvertrages führte. Die Unruhe in Europa hörte nicht mehr auf.

Es nützt den Franzosen nichts, wenn sie in zurechtgemachten Gelbbüchern jetzt beweisen wollen, daß ihr Bündnis mit Rußland defensiven Charakter hatte. Es gibt keine Bündnisse, die nach außen hin aggressiven Charakter zeigen, mit Ausnahme derjenigen, die während eines Krieges zum praktischen Eingreifen in den im Gange befindlichen Kampf abgeschlossen werden. Alle anderen Bündnisse sind defensiv. Sobald sie Gegenbündnisse zur Folge haben, werden sie aber gefährlich, namentlich wenn sie, wie bei Frankreich, heimliche Kriegshoffnungen in sich schließen.

Die größte Gefahr für Europa war der Eintritt Englands in den Bündnisring unserer Gegner. Damit wurde die „Balance der Mächte" hergestellt, die Kant vergleicht mit dem Swiftschen Haus, „welches von einem Baumeister so vollkommen nach allen Gesetzen des Gleichgewichts gebaut war, daß, als sich ein Sperling darauf setzte, es sofort einfiel".

Serbien war dieser Sperling.

Die Defensivbündnisse „zur Erhaltung des Friedens" waren zur Gefahr für den Frieden geworden.

O. T.

# Neue Bücher

**Rudolf Pannwitz**, Die Krisis der europäischen Kultur. Verlag Hans Carl in Nürnberg, 1917.

Dieses merkwürdige, ohne Zweifel gehaltvolle und doch in seiner ideellen Tragweite heute noch nicht recht wägbare Buch gibt sich als Auftakt einer Folge von Werken, die unter dem Gesamttitel „Die Freiheit des Menschen" zusammengefaßt sind und nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Neuorientierung der europäischen Kultur versuchen. Die Skepsis, die solch grundstürzendem Anrennen wider den sicheren Gang unseres Europäismus entgegensteht, wird durch die Tiefenschicht gemildert, in der der Verfasser seine Erörterung führt. Der vorliegende erste Band gibt im wesentlichen einen Aufriß der außerdeutschen Voraussetzungen der gegenwärtigen europäischen Krisis, der zweite Band, das „Jahrhundert des deutschen Geistes", soll den geistigen Zerfall Europas an der deutschen Geistesentwicklung von 1750—1850 aufweisen. Die Grundthese ist, daß die europäische Kultur rettungslos der Zersetzung verfallen ist und mit eignen Mitteln keinen Ausweg aus ihr findet. Als Heilmittel wird eine Rezeption altorientalischen, vor allem indischen und chinesischen Geisteserbes verkündet.

Zu einer solchen umfassenden Kulturtheorie läßt sich nicht in den wenigen Worten einer literarischen Anzeige Stellung nehmen. Auch wird ein abschließendes Urteil erst beim Vorliegen der weiteren Bände möglich sein. Soviel kann jedenfalls schon jetzt gesagt werden, daß ein Eingehen auch auf die abseitigen Gedankengänge dieses Buches selbst für den von reichem Ertrag sein wird, der sich die Grundthese selber nicht zu eigen machen kann. Schließlich sind ja auch Diagnose und Therapie einigermaßen unabhängig voneinander. Für die Analyse der europäischen Kulturkrise gibt Pannwitz ohne Zweifel einen Beitrag von so hohem geistigem Range, daß man an dieser denkerischen Leistung in Zukunft nicht wird vorbeigehen können.

Eine merkwürdige zeitgeschichtliche Bedeutsamkeit erwächst seinem Buche aus seiner entschlossenen geistig-antienglischen Orientierung. Im Überwuchern englischen Geistes sieht er das eigentliche Zerfallssymptom im modernen Europa. Indem er Napoleon als letztes fundamental antienglisches Phänomen des Festlandes, als letzten vergeblichen Versuch der wirklichen Überwindung der Engländerei auffaßt, gewinnt er vor allem zu der deutschen Politik seit den Befreiungskriegen, die auf den Sieg über Napoleon aufbaut, ein durchaus negatives Verhältnis. Pannwitz glaubt im Gegensatz zu der bei uns seit Lessing

herrschenden Meinung an die französische Klassik und zeigt in geistvoller Analyse deren Parallelismus mit der griechischen Klassik auf.*) Auch die Aufklärung Voltaires kommt bei ihm wieder zu hohen Ehren, in Rousseau dagegen sieht er den eigentlichen Krebsschaden der Moderne. Innerhalb der englischen Entwicklung steigt bei ihm gegenüber der allgemeinen Schätzung Bacon im Wert, während Shakespeares barbarischer Naturalismus stärker relativiert wird. In der heutigen gemeineuropäischen Engländerei sieht er einen Prozeß der Verdummung und Aufweichung des Europäismus. „Der Weltgeist ist englisch geworden und steht — im Vorbeigehen amerikanisch werdend — im Begriffe deutsch zu werden. Er wird zuletzt japanisch werden oder im günstigen Falle vorher auf eine napoleonische Galgenfrist russisch."

Schon diese kurzen Hinweise auf den Inhalt dieses in der Anlage wenig übersichtlichen, jedoch an Einzelanalysen, Ausblicken und theoretischen Einsichten überreichen Buches, in dem ein ungemein weit ausgreifender geistesgeschichtlicher Stoff durchweg eigenwüchsig und mit großer geistiger Strenge verarbeitet ist, lassen einen wertvollen Ertrag zum mindesten an Anregung von seiner Lektüre erwarten. Vannwitz steht deutlich unter dem Einfluß der Nietzscheschen Kulturkritik und ist auch in seiner Sprachformung von ihm entscheidend beeinflußt. Leider wird der Zugang zu seinen auch sprachlich bedeutenden Ausführungen durch die vom Georgekreise übernommene leidige Unart stark versperrt, durchweg mit kleinen Anfangsbuchstaben zu schreiben und auf Interpunktion fast ganz zu verzichten. Bei einem minder wertvollen Schriftwerk könnte man auf diese technischen Fußangeln mit Nichtbeachtung der Arbeit antworten, hier fordert und lohnt der sachliche Ertrag den Kampf mit den drucktechnischen Ausgeburten formalistischen Eigensinns. Dr. M. H. Boehm

**Ludwig Rieß: „Georg Webers Weltgeschichte", in zwei Bänden vollständig neu bearbeitet. Erster Band Altertum und Mittelalter. Verlag von Wilhelm Engelmann, Leipzig 1918. Preis geh. 18 M., geb. 22 M.**

Ludwig Rieß hat sich der schwierigen aber überaus dankenswerten Aufgabe unterzogen, die in weiten Kreisen beliebte Weltgeschichte Georg Webers nach modernen Gesichtspunkten völlig umzuarbeiten und ihr dadurch neues Leben einzuhauchen. Rieß sucht das gesamte für die heutige Kulturwelt wichtige Leben der Vergangenheit zu erfassen und gibt die vielfach verlangte synchronische Übersicht der welthistorischen Ereignisse. Dadurch wird die Wechselwirkung dessen, was die Menschheit gleichzeitig und in der Zeitfolge erlebt und geleistet hat, klar herausgearbeitet und das Allgemeine des geschichtlichen Lebens, unbeschadet nationaler oder individueller Eigenart dem Verständnis erschlossen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Gebildete an der Klarheit, Treue und Vollständigkeit des Abbildes des gesamten Lebens der Vergangenheit, das nicht nur aus internationalen Verwicklungen und Kulturübertragungen besteht, sondern auch der Produktion einzelner, namentlich genialer Persönlichkeiten, aber auch dem Alltag und dem Wirken gewisser Naturerscheinungen Rechnung trägt, reges Interesse hat. Wir möchten uns vorläufig damit begnügen, unsere Leser auf das Erscheinen des ersten Bandes des altvertrauten und doch völlig neuartigen Buches hinzuweisen und eine ausführlichere Würdigung einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

*) Man vergleiche hierzu den Aufsatz von Professor Eduard Wechßler „Sind die Franzosen die echten Erben althellenischen Geistes?" in den „Grenzboten" 1918, Heft 18.

D. Schriftlg.

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Clemow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

# Völkerbund und neuer Weltkrieg

Von Professor Conrad Bornhak

Außer dem deutsch-englischen Gegensatze, der zum Weltkriege geführt hat, beherrscht noch ein zweiter weltpolitischer Gegensatz die Beziehungen der Staatenwelt, es ist der zwischen der weißen und der gelben Rasse um die Herrschaft über das größte Weltmeer, den Stillen Ozean. Als die staatliche Vertretung beider Rassen ringen Japan und die Vereinigten Staaten um die Zukunft der Welt. Es bleibt einer der schwersten Fehler deutscher Politik, sich diesen Gegensatz während des Weltkrieges nicht nutzbar gemacht, sondern beide Staaten in das Lager unserer Feinde getrieben zu haben.

Wider aller Erwarten schlug sich Japan, sich auf das für diesen Fall gar nicht zutreffende Bündnis mit England berufend, beim Beginne des Weltkrieges auf die Seite unserer Feinde. Die deutsche Entrüstung über diesen Überfall war begreiflich. Doch mit sittlicher Entrüstung macht man keine Politik. Tsingtau war von Anfang an ein verlorener Posten, und der Kampf seiner kleinen Besatzung mit den wenigen deutschen Schiffen eine nutzlose Aufopferung. Während wir sonst mannigfach vor dem Auslande zurückweichen, hätte hier eine Nachgiebigkeit, wenn auch schweren Herzens geübt, doch nur geopfert, was ohnehin nicht zu halten war. Dafür hätten wir die ostasiatische Großmacht in der Neutralität erhalten, vielleicht auch noch eine Entschädigung herausgeschlagen. Es war aber noch ein anderer Weg möglich, die Ausnutzung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes, zumal das amerikanische Interesse damals noch für keinen der kriegführenden Teile in Anspruch genommen war. Ich telegraphierte damals nach Stellung des japanischen Ultimatums an den Stellvertreter des Reichskanzlers: „Raten Sie Seiner Majestät, Kiautschou an die Vereinigten Staaten abzutreten". Damit war die Forderung Japans, im Interesse des Friedens des fernen Ostens unsere Streitkräfte aus Ostasien zurückzuziehen, erfüllt. Amerika andererseits hätte mit Freuden die Gelegenheit benutzt, an der chinesischen Küste festen Fuß zu fassen. Der amerikanisch-japanische Gegensatz war jedenfalls so verschärft daß beide Staaten keine Zeit gehabt hätten, sich auch nur mit Munitionslieferungen um den europäischen Krieg zu kümmern. Statt dessen wurde unsere Heldenschar in Tsingtau nutzlos geopfert. Auf mein Telegramm habe ich keinerlei Antwort bekommen.

Damit wurde zunächst Japan eine feindliche Macht. Wenn sie uns auch außer dem Verluste von Tsingtau nicht viel weiter kriegerisch geschadet hat, so gewann doch Japan freie Hand, durch Munitionslieferungen und anderweitig die Entente zu unterstützen.

Wilson hatte damals noch keinen anderen Ehrgeiz, als dermaleinst als Schiedsrichter der Welt den Frieden zu vermitteln. An eine offene Feindschaft

gegen Deutschland oder gar an eine Teilnahme am europäischen Kriege dachte damals in Amerika kein Mensch.

Inzwischen gaben sich die Amerikaner, da sie anderweitig nicht beschäftigt waren, der bei ihnen mit Recht so beliebten Tätigkeit des Money Making hin. Sie hätten gern für beide Teile Kriegsmaterial geliefert, da auf diese Weise noch viel mehr zu verdienen gewesen wäre. Leider war zu den Mittemächten der Weg versperrt. Während Wilson noch kurz zuvor im mexikanischen Bürgerkriege Waffenlieferungen im Interesse der Neutralität verboten hatte, mußte er nunmehr mit den Trustmagnaten rechnen, die eben Geld verdienen wollten. In Deutschland wurde den Amerikanern diese einseitige Ohnseitigkeit sehr verübelt. Und Wilson selbst empfand sie wegen der von ihm erhofften schiedsrichterlichen Stellung unangenehm. In jener Zeit war ein Freund Wilsons bei mir, um auch nach meiner Ansicht zu fragen, ob das deutsche Volk sich nicht trotzdem noch die Friedensvermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten als des Oberhauptes der einzigen großen neutralen Macht gefallen lassen würde. Ich konnte ihm allerdings in dieser Hinsicht mein Bedenken nicht verhehlen und empfahl dringend Einstellung der Kriegslieferungen. Dazu fehlte Wilson gegenüber dem amerikanischen Kapitalismus augenscheinlich die Macht. Aber man sieht doch, daß von einer grundsätzlichen Feindschaft gegen Deutschland keine Rede war. Inzwischen steckte Amerika immer mehr Geld in das Ententeunternehmen. Damit legten sich die amerikanischen Interessen auch immer mehr auf die Ententeseite. Denn es ist ein altes Wort: „Wo dein Geld ist, da ist auch dein Herz."

Amerika hatte jedenfalls durch die Unterlassungen unserer Diplomatie volle Freiheit erhalten, sich den europäischen Händeln zu widmen. Andererseits war die Entwicklung einer starken Rüstungsindustrie auch vom amerikanischen Standpunkt als ein Vorteil zu betrachten. Konnte man sie doch, wenn der europäische Krieg zu Ende war, ohne weiteres als eine geeignete Grundlage benutzen für die drohende Auseinandersetzung mit Japan.

Der uneingeschränkte Unterseebootkrieg bot dann für Amerika zwar nicht den inneren Grund, aber den äußeren Anlaß zum Eintritte in den Weltkrieg. Auch hier handelte unsere Diplomatie mit unbegreiflicher Kurzsichtigkeit. So lange Wilson noch vor der Wiederwahl stand und gewiß keinen Krieg erklärt hätte, da er nur als Friedenspräsident gewählt werden konnte, wich man vor dem amerikanischen Widerspruche zurück. Als er aber wiedergewählt war und keinerlei Rücksichten mehr zu nehmen hatte, erklärte man den unbeschränkten Unterseebootkrieg und bot damit die erwünschte Veranlassung zum Kriege.

Und nun soll ein Völkerbund, der Lieblingsgedanke des Präsidenten Wilson, allen künftigen Kriegen vorbeugen.

Es ist menschlich begreiflich, daß man nach dem Elende eines Jahre langen Weltkrieges nach Mitteln und Wegen sucht, künftig ähnliches Unheil von der Menschheit fern zu halten. Tatsächlich läßt jeder große Krieg eine hochgradige politische Spannung zurück, und, wenn wir eine gewisse Gewähr für eine längere Friedensdauer erhoffen könnten, so wäre es bis auf weiteres nur die allgemeine Erschöpfung der kriegführenden Völker. Doch man sucht nach einer größeren Sicherheit und glaubt diese verheißen zu können in dem allgemeinen Völkerbunde, der sich gegen jeden künftigen Friedensbrecher mit der gesamten Macht der im Völkerbunde geeinten Menschheit wenden soll.

Lassen wir zunächst einmal die Sicherheit dieser Gewähr dahingestellt. Gewiß ist, daß der Völkerbund auch für die Zukunft Kriege nicht aus der Welt schafft, ja daß sich an den jetzigen Weltkrieg unmittelbar der um die Herrschaft des Stillen Ozeans anschließen muß. Der amerikanisch-japanische Gegensatz wird vorläufig nur künstlich verdeckt dadurch, daß beide Mächte, nicht ohne unsere Schuld, widernatürlich in dasselbe Bündnis hineingezwängt sind.

Weshalb hat Amerika sich überhaupt am Kriege beteiligt, der den alten Überlieferungen der Monroe-Lehre und der eingewurzelten Gegnerschaft der Vereinigten Staaten zu England so schnurstracks zuwiderlief?

Darüber, daß die sittliche Entrüstung über den uneingeschränkten Unterseebootkrieg nicht der Grund war, ist kein Wort weiter zu verlieren. Hätte Deutschland zum zweiten Male auf dieses Kampfmittel verzichtet, so wäre dadurch der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg nicht vermieden worden, es hätte sich dann aber irgendein anderer Anlaß finden müssen.

Der Umstand, daß Amerika mit Kriegslieferungen soviel Geld in das Entente-Unternehmen gesteckt hatte, war schon von größerer Bedeutung. Amerika konnte deshalb die vollständige Niederlage der Entente nicht dulden, obgleich die Niederlage noch nicht ohne weiteres die Zahlungsunfähigkeit nach sich gezogen hätte. Hier hätte vielleicht die anfangs so ersehnte schiedsrichterliche Stellung beim Friedensschlusse ausgereicht.

Allein der entscheidende Grund war der künftige Krieg mit Japan, dessen Wolken schon lange drohend am Himmel stehen.

Einmal verpflichteten die Vereinigten Staaten durch ihre Kriegsbeteiligung sich England zu Dank. Sie dürften künftig auf Gegenleistungen hoffen, freilich nicht um der politischen Dankbarkeit willen, die nicht zu den irdischen Tugenden gehört, sondern wegen der eigenen englischen Interessen.

Vor allem aber gab die Teilnahme am Weltkriege den Vereinigten Staaten die Rechtfertigung zu einer gewaltigen Heeresrüstung, die sie sonst nicht unbehindert von ihrem Gegner hätten durchführen können und zu einer kriegerischen Ausbildung dieses Heeres. Amerika hatte sich zwar eine bedeutende Kriegsflotte zugelegt, aber es war zu Lande fast wehrlos. Wie sollte es bei der Gegnerschaft der Demokratie gegen den Militarismus die plötzliche Aufstellung eines Millionenheeres rechtfertigen? Japan hätte auch nie abgewartet, bis Amerika mit seiner Rüstung fertig gewesen wäre. Hier bot die Teilnahme am Weltkriege im Bunde mit Japan alles, was man bedurfte. Amerika wird am Schlusse des Weltkrieges über ein Millionenheer in allerbester Ausrüstung verfügen.

Andererseits hat Japan allen Verlockungen, sein Heer auf den europäischen Kriegsschauplatz zu schicken und damit aus der Hand zu geben, klug widerstanden. Die Gegenleistungen, die ihm dafür geboten wurden, europäische Besitzungen in Hinter-Asien, kann es ohnehin jeden Augenblick haben, wenn es nur will. Mit der Einnahme Tsingtaus war die Teilnahme Japans am Kriege im wesentlichen beendigt. Dagegen rüstet Japan bis aufs Messer, hat noch neuerdings sein Landheer ganz erheblich vermehrt. Gegen wen? Ganz gewiß nicht zum Eingreifen in den europäischen Krieg. Und für seine weiteren hinterasiatischen Pläne war seine bisherige Wehrmacht mehr als ausreichend.

Amerika und Japan tun beide dasselbe, nur jede der beiden Mächte auf ihre besondere Art.

Damit spitzen sich die Gegensätze von selbst zu, so daß sich der Ausbruch des neuen Weltkrieges im Anschlusse an die Beendigung des alten mit fast mathematischer Genauigkeit berechnen läßt.

Das japanische Interesse verbietet es, in den europäischen Krieg einzugreifen oder auch andererseits während dessen Dauer den Krieg mit seinem bisherigen amerikanischen Bundesgenossen zu beginnen. Insofern war trotz der Interessengemeinschaft, die sich über kurz oder lang zwischen Deutschland und Japan herausstellen wird, der Anbiederungsversuch unserer Diplomatie über Mexiko mit Japan nicht nur äußerlich verfrüht, sondern auch innerlich verfehlt. Die klugen Japaner hüten sich selbstverständlich, für uns die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Japan hat das größte Interesse daran, daß der europäische Krieg recht lange dauert, und Amerika möglichst viele Truppen über den Atlantischen Ozean schickt. Es darf aber andererseits nicht abwarten, bis diese Truppen nach Amerika zurückkehren, sondern muß sofort mit Beendigung des europäischen Krieges gegen Amerika losschlagen.

Andererseits hat aber auch Amerika keine Zeit zum Warten. Es wird mit Beendigung des europäischen Krieges ein vortrefflich ausgerüstetes und kriegsgeübtes Millionenheer besitzen. Dieses kann es aber nicht unbeschränkte Zeit unter Waffen halten, zumal wenn es anderen Bekämpfung des Militarismus und Abrüstung

predigt. Die Waffe muß sofort gebraucht werden, auch Amerika hat keinen Augenblick länger Zeit zu warten.

Damit ergibt sich ohne weiteres, daß mit Beendigung des europäischen Krieges die Angriffe Japans und Amerikas wechselseitig aufeinanderstoßen. Man wird sich auch hier mit Gründen und Gegengründen über die Schuld am Kriege streiten. Aber der Ausbruch des neuen Krieges folgt aus dem Zusammenpralle der politischen Gegensätze mit der Selbstverständlichkeit eines Naturereignisses.

Der neue Weltkrieg muß noch einen gewaltigeren Umfang annehmen als der alte. Handelt es sich doch auch um noch viel tiefer greifende Gegensätze der Rasse und der Wirtschaft. Denn darüber muß die weltgeschichtliche Entscheidung fallen, ob die Zukunft des größten Weltmeeres der gelben oder der weißen Rasse gehören soll. Dem gewaltigen Umfange des Kampfes entsprechen denn auch die schon erkennbaren Vorbereitungen beider Teile.

Japan hat die Beschäftigung der weißen Völker in Europa dazu benutzt, um sich China und die ostsibirischen Küsten zu unterwerfen. Es verfügt damit, obwohl im wesentlichen allein stehend, über die unermeßlichsten Menschenmassen der Erde.

Amerika auf der anderen Seite darf auf die englische Bundesgenossenschaft rechnen. Denn das englisch-japanische Bündnis hat längst seine politische Schuldigkeit getan. Die englischen Ansiedler in Kanada und Australien sehen die Zukunft der weißen Rasse in ihren Ländern gefährdet und würden einfach zu den Vereinigten Staaten abfallen, wenn das Mutterland ihren Interessen nicht Rechnung trüge. Für England selbst ist der alte Bundesgenosse längst zu übermächtig geworden und droht die englische See- und Handelsherrschaft vom Stillen Ozean zu verdrängen. Der Bund Englands mit Amerika gegen Japan entspricht also nicht nur der Pflicht der politischen Dankbarkeit, auf die nicht viel zu geben ist, sondern den ureigensten englischen Interessen.

Das zweite gewaltige Kampfmittel Amerikas gegen Japan ist aber der geplante Völkerbund, der erst in diesem Zusammenhange seine Bedeutung und richtige Beleuchtung gewinnt.

In der Tat eine eigentümliche Ironie des Schicksals, ein Völkerbund zur künftigen dauernden Verhütung von Kriegen gerade in dem Augenblicke, wo man mit einer an Gewißheit streifenden Wahrscheinlichkeit auf den Ausbruch eines neuen Weltkrieges rechnen muß. Alle Mitglieder des Völkerbundes sollen sich gemeinsam gegen den frevelhaften Friedensbrecher wenden. Nun, eine geschickte angelsächsische Diplomatie wird dafür sorgen, daß Japan als der Friedensbrecher erscheint, während die frommen Amerikaner und Engländer bekanntlich kein Wässerchen trüben. Dann ist gleich ein gewaltiger Bund unter amerikanisch englischer Führung — denn England ist jetzt in das zweite Treffen gerückt — beisammen, um den Frevler zur verdienten Verantwortung zu ziehen. Andererseits werden sich die Japaner aus dem angelsächsischen Cant herzlich wenig machen, sondern in gewohnter Weise heimtückisch und hinterlistig losschlagen, wenn es ihnen paßt. Denn die beste Rechtfertigung aller politischen Handlungen war noch immer der Erfolg.

Der Völkerbund ist im wesentlichen nichts anderes als die bestehende Organisation des Vielverbandes unter Führung der beiden angelsächsischen Reiche als dauernde politische Verbindung. Daß daneben alle anderen politischen Bündnisse als Gefährdung des Friedens aufgehoben werden sollen, ist selbstverständlich. Denn man darf sich wohl mit England und Amerika, aber nicht gegen sie verbinden. Die Frage der Sonderbündnisse neben dem allgemeinen Völkerbunde ist aber ohne wesentliche Bedeutung. Denn gerade der Weltkrieg hat uns gezeigt, wie hinfällig politische Bündnisse sind. Andererseits sind aber England und Amerika die hervorragendsten Vorbilder dafür, wie man sich mit anderen Mächten auch ohne förmliches Bündnis verständigen kann.

Man hat sich vielfach den Kopf darüber zerbrochen, ob und unter welchen Bedingungen man Deutschland in den künftigen Völkerbund aufnehmen wolle, ohne vorher danach zu fragen, ob Deutschland eine solche Aufnahme überhaupt wünscht. Beide Fragen werden sich verhältnismäßig einfach erledigen, wenn

nicht deutscher Uebereifer versucht, dem Gegner in Völkerbundsplänen den Rang abzulaufen. Kommt überhaupt so etwas wie ein Völkerbund als neue Völkerrechtsgemeinschaft zustande, so wird man nicht zögern, zu seiner Verstärkung jeden Staat aufzunehmen, der überhaupt aufgenommen sein will. Sollte man sich wider Erwarten gegen eine Aufnahme Deutschlands ablehnend verhalten, so mögen die Herrschaften unter sich bleiben, Deutschland wird dann eben durch völkerrechtliche Abreden, denen es nicht beigetreten ist, auch nicht gebunden. Andererseits hat Deutschland auch keinerlei Interesse, seinen Eintritt in den Völkerbund abzulehnen. Das würde schon äußerlich den üblen Eindruck erwecken, als lege Deutschland auf Verhütung künftiger Kriege keinen Wert. Außerdem wird nur durch diese deutsche Beteiligung der Völkerbund der Gefahr entrückt, eine rein angelsächsische Kampforganisation zu werden. Wir wollen auch in dem Völkerbund etwas zu sagen haben.

Bei richtigem Augenmaße für den Wert der Dinge wird man sich daher auch deutscherseits an den Vorbereitungen für den künftigen Völkerbund eifrig beteiligen können. Von seiten der Amerikaner wird augenscheinlich Wert darauf gelegt, daß die Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben und für künftige Kongresse aufgespart, sondern gleich mit dem Friedensschlusse zum Vollzuge gebracht wird. Denn nur in diesem Falle kann bei dem drohenden Ausbruche des neuen Weltkrieges der Völkerbund die Aufgaben erfüllen, die ihm im Interesse der angelsächsischen Weltherrschaft beider Reiche gestellt sind. Eine andere Frage ist es, ob man ihn deutscherseits diese Ziele erreichen läßt.

Jedenfalls wird der Völkerbund nicht das sein, was er nach der Behauptung seiner geistigen Urheber werden soll. Solche völkerbeglückenden Ideen verdanken wie die Haager Friedenskonferenz des Kaisers Nikolaus ihre Entstehung gewöhnlich bestimmten politischen Bedürfnissen. So auch hier. Daß daneben die völkerrechtliche Entwicklung durch einen allgemeinen Völkerbund gefördert werden könnte, wäre eine erfreuliche Begleiterscheinung. Brauchen könnte man es nach dem allgemeinen Niederbruche dessen, was bisher als Völkerrecht galt. Auch aus diesem Grunde sollte sich Deutschland dem künftigen Völkerbunde nicht versagen.

# Belgischer Terrorismus

Von Dr. Hans Witte

In größerer Zahl, als allgemein bekannt ist und dem an der Oberfläche haftenden Blick kund wird, gibt es unter den Flamen Männer, die der deutschen Sache geneigt sind und ihr allen Erfolg wünschen, schon weil sie darin die einzige Rettungsmöglichkeit für das Flamentum sehen. Sie arbeiten gern und willig mit den Deutschen zusammen, verkehren mit manchen von ihnen wie mit wahren Freunden — aber möglichst im Verborgenen hinter verschlossenen Türen! Unter den deutschfreundlichen Flamen gibt es nur einen ganz verschwindenden Teil, der es wagt, Freundschaft oder auch nur Bekanntschaft mit uniformierten Deutschen auf offener Straße durch Zusammengehen oder selbst durch Grußaustausch im Vorbeigehen zu bekennen.

Männer, die im öffentlichen Leben stehen, vielleicht in der Flamenbewegung wirken, fürchten ihren Einfluß auf die breiten Massen zu verlieren, wenn sie als mit Deutschen in freundschaftlichem Verkehr stehend bekannt werden. Männer, die im innersten Herzen unsere Hoffnungen über den Ausgang des Krieges teilen, sehen sich aus dem gleichen Grunde gezwungen, in ihrer schriftstellerischen Tätigkeit

Töne von belgischer Staatsgesinnung anklingen zu lassen, die damit nur schwer in Einklang zu bringen sind.

Die Macht der Kriegsverhetzung und der gefürchteten schwarzen Listen ist sehr groß. Es ist eben nicht jedermanns Sache, sich von bisher guten Freunden den Rücken zudrehen zu lassen oder gar sich in den belgischen Flüchtlingsblättern und in der Ententepresse als Landesverräter gebrandmarkt zu sehen. Zumal bei dem Dunkel, in das immer noch Belgiens Zukunft gehüllt ist.

Nicht weniger als die politische oder auch nur persönliche Anfreundung mit Deutschen ist auch jegliches wirtschaftliche Arbeiten für die Deutschen, jedes Wirken in deutschen Betrieben, mögen sie sich in Deutschland oder in Belgien befinden, der Gegenstand terroristischer Anfeindungen und Verfolgungen. Selbst gegen das Bestellen der Acker hat man versucht Stimmung zu machen, weil ein guter Ertrag der belgischen Landwirtschaft auch uns, zum mindesten indirekt zugute kommen und Englands Aushungerungsbestrebungen hinderlich sein muß. Doch abgesehen von der deutschen Aufsicht hat die Selbstsucht der belgischen Bauernbevölkerung eine so handfeste Gesundheit, daß solchen Bestrebungen von vornherein der Erfolg versagt sein mußte.

Trotz der vor giftiger Verhetzung und schonungslosem Terrorismus nicht zurückschreckenden Agitation — der bekannte Streik in den mechelnschen Werkstätten ist dafür bezeichnend —; trotz der nach Friedensschluß allen, die mit Deutschen in Beziehungen traten, mündlich, schriftlich und gedruckt in der Flüchtlingspresse und in den massenhaft verbreiteten Flugblättern angedrohten Rache; trotzdem die Möglichkeit der Wiederherstellung des belgischen Staates wie ein lähmender Schatten nahenden Unheils auf allem positiven Schaffen in Belgien lastet, der schon viele Deutsche nach langjähriger, fruchtbarer Arbeit in die alte Heimat zurückgescheucht hat und, wenn er wirklich zur Tatsache werden sollte, noch viel mehr Deutsche und nicht wenige Belgier verscheuchen wird; — trotz alledem ist es zu einem fruchtbringenden Zusammenarbeiten zwischen Deutschen und Flamen gekommen auf den verschiedensten Gebieten geistigen und materiellen Schaffens von der Umwandlung der Genter Universität, der Vervolklichung des Schulwesens, der Volksaufklärung durch die Presse bis zu dem großen Eisenbahnbau bei Lüttich, dem westfälisch-luxemburgischen Bergbauunternehmen in Gouvy und der Gewinnung belgischer Arbeitskräfte für die deutsche Industrie.

Die zu hunderttausenden brachliegenden belgischen Arbeitskräfte wieder zur Tätigkeit zurückzuführen, ist schon lange Aufgabe des deutschen Industriebureaus gewesen. Nicht nur dem Bahnbau Aachen—Tongern und der westfälischen Industrie in Gouvy hat es die nötigen belgischen Arbeitskräfte zugeführt, auch für die Arbeit in Deutschland hat es in frei abgeschlossenen Verträgen Belgier geworben, die bald nach der Aufnahme seiner Tätigkeit schon nach Zehntausenden zählten.

Abgesehen von Ausnahmen haben sich die belgischen Arbeiter in Deutschland wohlgefühlt. Löhne von einer Höhe, die an den Heimatsverhältnissen gemessen geradezu märchenhaft erscheinen, haben stets eine sehr überzeugende Kraft. Sie ermöglichten selbst bei der herrschenden Teuerung ansehnliche Ersparnisse. Auch sonst fühlten sich die Belgier in Deutschland im allgemeinen wohl aufgehoben. Viele beschlossen nach dem Kriege dort zu bleiben und ließen Weib und Kinder nachkommen.

Aber in der belgischen Heimat blieb die terroristische Agitation nicht untätig. Die freiwillig nach Deutschland gegangenen Arbeiter wurden verschrien als pflichtvergessene, vaterlandslose Leute, als Begünstiger des Feindes, als Landesverräter. Da man an die „Schuldigen" selber nicht herankonnte, wurden ihre im Lande zurückgebliebenen Angehörigen Gegenstand planmäßiger Schikanierung, wobei Gemeinde- und andere belgische Behörden, das Comité National und die Bevölkerung in edlem Wetteifer zusammenwirkten.

Die Arbeiteranwerbung mußte darunter leiden und zurückgehen. Da kam die zwangsweise Abtransportierung der Arbeitslosen. Sie war durchaus berechtigt,

schon aus militärischen Gründen: einer im schwersten Kampfe liegenden Armee darf nun und nimmer zugemutet werden, daß sie in ihrem Rücken unmittelbar hinter der Front eine Bevölkerung von vielen hunderttausenden feindlich gesinnten, waffenfähigen Arbeitslosen verweilen läßt. Außerdem noch aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen: eine Arbeitslosigkeit breiter Volksmassen, die sich schon über Jahre erstreckt hat und deren Dauer noch unabsehbar ist, hat unvermeidlich die schwersten sittlichen Schäden für die Gesamtheit der Bevölkerung im Gefolge. Die besetzende Macht hat einfach die Pflicht, dem nach Möglichkeit zu steuern, wie sie auch die Pflicht gehabt und ausgeübt hat, die Gesundheit der Besatzungstruppen zu bewahren, indem sie eine scharfe Sittenpolizei durchführte und damit einem aus belgischer Zeit stammenden Übel gründlich zuleibe rückte. Wer durch öffentliche Mittel erhalten wird, hat auch die Pflicht, für die Allgemeinheit zu arbeiten. Weigert er sich, so kann und muß er gezwungen werden. Ist in Belgien keine Arbeitsmöglichkeit, so in Deutschland desto mehr.

Die Abtransportierungen sind im allgemeinen ruhig vor sich gegangen. Viele Arbeiter, die wegen des Terrorismus nicht wagten, sich freiwillig anwerben zu lassen, waren zufrieden, nun zur Arbeit gegen guten Lohn gezwungen zu werden. Durch den Zwang glaubten sie sich vor Mißbilligung und Anfeindungen ihrer Landsleute geschützt. Ruhig und nüchtern urteilende Belgier erkannten sehr wohl, daß dieser Arbeitszwang für alle Beteiligten eine Wohltat war. Für Stadt und Land in der belgischen Heimat durch die Abschiebung von Massen unnützer Esser und durch die Ersparung vieler Millionen von Unterstützungsgeldern. Für Deutschland durch die Gewinnung von Arbeitskräften, endlich für die Abgeschobenen selber durch das Aufhören der entsittlichenden Arbeitslosigkeit und durch Erarbeitung sehr reichlicher Löhne, die eine viel zureichendere Erhaltung der Familien ermöglichen als die bisherigen sehr mageren Unterstützungen.

Was brauchten wir uns diesen Tatsachen gegenüber um alles Geschrei der feindlichen und neutralen Ententebrüder von Unmenschlichkeit und Sklaverei zu bekümmern? Besonders wegen der flämischen Arbeiter, die in niederdeutschem Sprachgebiete arbeiten und da nach wenigen Tagen sich wie zu Hause fühlen können? Wären die Ententebrüder in unserer Lage gewesen, sie hätten gewiß nicht solange gewartet, ähnliche und jedenfalls viel weitergehende Maßregeln zu ergreifen, und dazu die ihnen so gut zu Gesicht stehenden Phrasen von Menschlichkeit und Kultur gedroschen.

So zum offenbaren Nutzen aller Nächstbeteiligten und selbst von maßvoll denkenden Belgiern gebilligt, hätte die Wirkung der Abschiebungen geradezu glänzend werden können, wenn nicht die Ausführung im einzelnen durch Übereilung und Ungeschicklichkeiten zu viel verdorben hätte.

Gewiß tragen die belgischen Gemeindebehörden durch ihre Weigerung, Listen der unterstützten Arbeitslosen vorzulegen, einen sehr großen, jedenfalls den überwiegenden Teil an der Schuld. Aber warum hat man sie nicht zur Vorlegung der Listen gezwungen? Solcher Aufsässigkeit gegenüber wäre rücksichtsloses Durchgreifen am Platze gewesen. Die durch das Fehlen brauchbarer Unterlagen und die übereilten Massenabführungen unvermeidlich gewordenen Mißgriffe erschienen dem durch das tägliche Schauspiel der Abtransportierungen ohnehin aufgeregten Volke als schonungslose Willkür und beabsichtigte Härte. Eine Lohe neu erregten Hasses lief über das ganze Land, ja über die ganze Welt. Er richtete sich natürlich nicht gegen die in erster Linie schuldigen belgischen Gemeindebehörden, sondern allgemein gegen die Deutschen, denen doch nur Mißgriffe und Versehen vorzuwerfen waren.

Die terroristische Verhetzung hatte jetzt leichtes Spiel. Durch das ganze Land wurde das Stichwort ausgegeben, keinerlei Arbeitsverträge mehr mit Deutschen abzuschließen, nicht zu „teekenen". Eine überaus rührige Agitation hämmerte es den Leuten alle Tage ein. Wenn die Arbeiterzüge durch die belgischen Ortschaften rollten, riefen die massenhaft an der Strecke versammelten Einwohner den Reisenden

zu: „Gij hebt toch niet geteekent?" Darauf erscholl aus den Eisenbahnzügen die Antwort: „Nee, wij hebben niet geteekent". „Wij teekenen niet".

Patriotards — so nennt man in Belgien die fanatischen Überpatrioten — gehen von Haus zu Haus und hetzen. Geistliche in hohen Stellungen besuchen auf ihren Reisen alle Familien, aus denen Arbeiter nach Deutschland abgeführt sind — selbstverständlich nur um zu trösten!

Es kam, wie es kommen mußte. Von der Gelegenheit freie Arbeitsverträge zu schließen, wie sie den Abgeschobenen auf dem belgischen Ausgangsbahnhof und später in der deutschen Sammelstelle geboten wurde, wagte nur eine verschwindende Minderheit Gebrauch zu machen. Tausende und Abertausende der abtransportierten Belgier verweigerten hartnäckig jegliche Arbeit in deutschen Betrieben.

Die dadurch unvermeidlich gewordene Anwendung von Druckmitteln hat natürlich weder unter den Abgeschobenen noch in ihrer belgischen Heimat die Stimmung verbessert. Abgeschobene, die sich dadurch zur Arbeitsaufnahme haben zwingen lassen, fürchten die Rache ihrer Landsleute. Ihre daheimgebliebenen Angehörigen fürchten auch ihrerseits, dieser Rache und täglichen chikanösen Quälereien zum Opfer zu fallen. Voller Angst davor bringen sie in ihren Briefen teils in offener Sprache, teils unter allen möglichen Verkleidungen, teils mit verabredeten Zeichen wieder und wieder in ihre abgeschobenen Angehörigen, doch ja nicht zu „teekenen". Unter diesen Umständen war es wohl richtig, wie es dann auch geschah, auf die zwangsweise Abführung von Arbeitern nach Deutschland zu verzichten und damit wenigstens eine Quelle maßloser Aufregung und Erbitterung gegen uns — nicht allein in Belgien, sondern weithin über den ganzen Erdball — allmählich versiegen zu lassen. Die Not der Zeit, namentlich die in schwindelnde Höhe gestiegenen Preise der Lebensmittel nötigten ja ohnehin die Belgier, denen die Heimat keine Verdienstmöglichkeit bot, in Deutschland Arbeit und Brot zu suchen.

Seitdem hat sich die Zahl derer, die freie Arbeitsverträge nach Deutschland abschlossen, ständig gesteigert. Nicht allein Männer und Jünglinge, auch Frauen und Mädchen ließen sich scharenweise für Deutschland anwerben. Und wenn auch die Not der Zeit manche Klagen wieder und wieder erklingen läßt, im ganzen läßt sich nicht verkennen, daß die Stimmung der in Deutschland arbeitenden Belgier sich fortschreitend gebessert hat. Nicht allein das immer häufiger gewordene Nachziehen der Familienglieder, auch Verheiratungen mit Deutschen, Gewöhnung an die für die Flamen ja so leichte deutsche Sprache, Einleben in deutsches Denken — selbst in der Beurteilung des Krieges — sind Erscheinungen, die nicht mehr allzu selten sind.

Die terroristische Hetze beherrschte in Belgien nicht allein auf dem Gebiete der Arbeit, sondern auch auf allen möglichen anderen Gebieten das Feld. Um nur noch ein Beispiel zu nennen: wer seinen Sohn die Genter Universität beziehen lassen möchte, den versucht man samt seinem Sohne durch Drohungen einzuschüchtern.

Sollte aber das, was wir in langen Kriegsjahren in Belgien schufen und förderten, nicht bloß ein rasch wieder verschwindendes Trugbild sein, so wäre es zuerst und vor allem nötig gewesen, die Macht des Terrorismus zu brechen, die Belgier und besonders die Flamen, die zum Zusammenarbeiten mit uns bereit waren, vor gehässigen Anfeindungen und vor der Rache ihrer Landsleute wirksam zu schützen. In dieser Beziehung ist bisher sehr viel — man kann sagen fast alles — versäumt worden.

Man hätte den Mut haben müssen, diesen Terrorismus auch in den höchsten Vertretern der belgischen Geistlichkeit mit allem Nachdruck zu bekämpfen. Ohne das ist alles vergeblich, denn in ihren Händen laufen die Fäden der deutschfeindlichen Hetzarbeit zusammen. Die Kirchen sind es, wo in Belgien am ungenierte sten, nachhaltigsten und gehässigsten Tag für Tag gegen Deutschland gearbeitet wird.

Mit bloßem Unterdrücken ist es natürlich nicht getan. Das Hauptübel war die Ungewißheit über die Zukunft Belgiens und die dadurch aufrechterhaltene Meinung, daß nach dem Kriege der Status quo ante ohne Einschränkung wiederhergestellt wird. Der jetzige Terrorismus ist nur in seinem Ziel eine durch den Krieg gezeitigte Erscheinung. Im übrigen beruht er auf einer in den Parteikämpfen vor dem Kriege erworbenen Übung. Die Belgier bereiten sich vor, bei den zukünftigen Parteikämpfen um die Futterkrippe des Staates vorne dran zu sein, in der Annahme, daß nach dem Kriege Parteiverhältnisse herrschen werden wie zuvor.

Dem hätte sich entgegenwirken lassen durch Schaffung einer durchaus klaren Lage, die die Belgier genötigt hätte, ihr Denken und Fühlen auf ein Neues einzustellen, an das auch sie, wenn auch vielfach widerstrebend, geglaubt haben würden, wenn eine starke und zielbewußte deutsche Politik zu erkennen gewesen wäre. Jetzt aber, wo die Wiederherstellung Belgiens ein Programmpunkt amtlicher deutscher Politik geworden ist, sind wir vollends auf dem Nullpunkt der Hoffnungslosigkeit angelangt. Sollte es wirklich dahin kommen, daß wir Belgien ohne ganz bestimmte, tatsächliche Sicherungen wieder aufgäben, so würde unserer ganzen dort geleisteten Arbeit, aller gedeihlichen Tätigkeit Deutscher in Handel und Gewerbe, allem Wirken deutschfreundlichen Flamingantentums mit einem Schlage der Boden unter den Füßen entzogen. Die Saat aber des Hasses und des Terrorismus würde üppig aufgehen und tausendfältige Früchte tragen, die noch unseren Enkeln und Urenkeln ins Angesicht grinsen würden.

# Die Bedeutung der Straßburger Kriegshochschulkurse

Von Professor Dr. Paul Szymank

Im November 1916 machte die im Westen operierende Armee-Abteilung von Strantz mit der Gründung ihrer „Etappenuniversität" in einem kleinen französischen Bergwerksorte zum ersten Male mit bescheidenen Mitteln den kühnen Versuch, den im Felde stehenden Studenten die langentbehrte akademische Bildung in vierzehntägigen Vortragsreihen nach Art der Ferienkurse wieder näher zu bringen. Seitdem ist das Bewußtsein von dem bei der feldgrauen Studentenschaft vorhandenen Bildungsnotstand und von der kritischen Lage unserer gesamten höheren Bildung immer allgemeiner geworden, und an verschiedenen Stellen der Front und der Etappe hat man sich bemüht, das deutsche Geistesleben zu heben und besonders den angehenden Akademikern einigen Ersatz für die verlorene akademische Ausbildungszeit zu verschaffen. So ward der Gedanke kurzlebiger Etappen- und Feldhochschulen, wie ihn die Armee-Abteilung von Strantz zuerst verwirklicht, zum Allgemeingut weiterer Kreise, zumal auch seit dem Herbst 1917 die Oberste Heeresleitung fördernd in diese Bewegung eingriff. An der Ost- und Westfront, sowie im südöstlichen Europa rief man Kriegshochschulkurse ins Leben, an denen zahlreiche deutsche Hochschullehrer, die man teils der Front oder Etappe entnahm, teils aus der Heimat berief, als Dozenten mitwirkten. Diese Bestrebungen nahmen derart an Umfang zu, daß man geradezu von einem stark entwickelten Etappenhochschulwesen sprechen kann, das an sich allerdings noch ohne rechten inneren Zusammenhang ist, trotzdem aber schon heute als „eine der charakteristischsten Äußerungen des deutschen Geistes im Weltkrieg" bezeichnet werden darf. Es stellt zweifellos einen wichtigen Faktor in der gegenwärtigen Entwicklung unseres geistigen Lebens dar und verdient auch fernerhin andauernde und weitestgehende Förderung durch Unterrichts- und Militärbehörden; ja es erzielt unter Umständen sogar wert-

volle politische Nebenwirkungen, denn die großen, glanzvollen Paraden deutscher Wissenschaft, zu denen man die Kriegshochschulkurse in Prilep (Mazedonien), in Tournai, in Bukarest, in Brüssel und Warschau ausgestaltet hat, müssen dazu dienen, die Bedeutung und den Ruhm des deutschen Geisteslebens im Auslande zu vergrößern und zu erhalten und damit den deutschen Einfluß zu verstärken.

Eine Schwierigkeit aber entsteht für das Etappenhochschulwesen, sobald es zu einer allgemeinen Einrichtung des Heeres wird. Will die Militärbehörde nicht einseitig die Fortbildungsbestrebungen eines einzelnen Standes, nämlich der Akademiker, begünstigen, so muß sie entweder in ähnlicher Weise für andere Berufsgruppen sorgen oder verlangen, daß das Vorlesungswesen so eingerichtet werde, daß es auch gebildeten Nichtakademikern zugute kommt. In letzterer Richtung wirkten — mit Ausnahme der nur für Studierende und Studierte bestimmten „Etappenuniversität" der Armee-Abteilung von Strantz — sämtliche neuere Kriegshochschulkurse. In vielen Fällen ergab sich nun, daß die Dozenten in ihren auf ein rein akademisches Publikum zugeschnittenen Vorlesungen keine Rücksicht auf die nichtakademischen Hörer nahmen, in anderen wieder, daß sie das Niveau ihrer Vorträge herabdrückten und in einer mehr volkstümlichen, die Akademiker nicht befriedigenden Weise ihre Wissenschaft darboten. Um derartige Unzuträglichkeiten zu vermeiden, entschloß man sich stellenweise dazu, einen Teil der Vorlesungen streng fachwissenschaftlich, den anderen mehr populär-wissenschaftlich auszugestalten und damit beiden Parteien etwas voll Genügendes zu bieten.

An diesem Punkte nun setzte das Oberkommando der Heeresgruppe Herzog Albrecht mit besonderem Nachdruck ein, als sie zu Beginn des Winterhalbjahres 1917/18 daran ging, zusammen mit der Universität Straßburg Kriegshochschulkurse zu organisieren. In der Gliederung derselben vermied man das starre Fakultätssystem der Armee-Abteilung von Strantz und schuf dafür drei große Gruppen, eine für Juristen und Volkswirte, eine für Philologen, Philosophen, Historiker und Theologen beider Bekenntnisse und eine dritte für Naturwissenschaftler, Mathematiker und Mediziner. In jede dieser drei Gruppen fügte man mit Absicht eine Anzahl allgemeinbildender Vorlesungen ein, die als Gegengewicht gegen die rein fachwissenschaftlichen Darbietungen dienen sollten. Das wesentlich Neue und entwicklungsgeschichtlich Bedeutungsvolle der Kurse lag aber nicht in der Ausgestaltung des für Studierende bestimmten Vorlesungswesens, sondern in der eigenartigen, großzügigen und für die Zukunft wichtigen Entwicklung der allgemeinen Vorträge, die sich an „alle geistig strebenden Persönlichkeiten, welches Standes und Berufes sie auch sein mögen", richteten. Man sagte sich mit Recht, daß bei Einzelvorträgen oder bei kleinen Gruppen von Vorträgen über beliebige Gegenstände, wenn sie nicht von einem gemeinsamen geistigen Band umschlossen sind, wohl mannigfache Anregungen und lebhafte Eindrücke hervorgerufen werden könnten, daß aber eine nachhaltige tiefere Einwirkung sich dadurch nicht erzielen lasse. Deshalb bestrebte man sich, einen großen, einheitlichen Leitgedanken zu finden, unter dem man sämtliche für das allgemeine Publikum bestimmte Vorlesungen zusammenzufassen vermochte. Und so rief man neben den drei fachwissenschaftlichen zwei volkshochschulartige Abteilungen von Vorlesungen ins Leben, die sich dadurch auszeichneten, daß sie sich um ein festbegrenztes Thema: „Deutscher Staat und deutsche Kultur"[1]) gruppierten und daß in ihnen neben Straßburger und auswärtigen Universitätsprofessoren hervorragende Praktiker zu Worte kamen.

„Es gilt — so hieß es in dem Anschreiben an die Vortragenden — eine Art Querschnitt zu legen durch die heutige Deutschheit. Auf der so gewonnenen Erkenntnis deutschen Staates, deutscher Kultur und deutschen Wesens sind Richtlinien zu entwerfen und Forderungen aufzustellen für das Leben des einzelnen und der Gesamtheit im neuen Deutschland. Ausschluß aller parteipolitischen Gesichtspunkte! Die Geschichte ist soweit heranzuziehen, als sich aus ihr die Er-

[1]) Unter dieser Bezeichnung ist auch die Sammlung der gekürzten Vorträge im Druck erschienen.

kenntnis dieser unserer heutigen Art und unseres heutigen Aufbaues unmittelbar ergibt.

Auf dem Gebiete des Staats- und Soziallebens ist dieser Grundgedanke in den einzelnen Lebensgebieten und Organisationszweigen zu entfalten. Es sind also beispielsweise die Gebiete der Staatsverfassung, der Wirtschaftsorganisation, des Heerwesens, der Sozialpolitik, der Technik, des Bankwesens usw. oder wichtige Einzelfragen aus einem dieser Gebiete in Vorträgen von ein- bis vierstündiger Dauer darzustellen. Ihre Eingliederung und Funktion im staatlichen Gesamtorganismus ist zu veranschaulichen. Dabei ist die besondere deutsche Art und Leistung hervorzuheben.

Ähnlich ist die deutsche Kultur als ein dem staatlichen Faktor ebenbürtiger eigenartiger Zusammenhang aus den einzelnen Vorträgen über deutsche Kunst, deutsche Philosophie und Wissenschaft aufzubauen.

Je mehr der einzelne Vortragende sich in den Dienst der gekennzeichneten Gesamtidee stellt, um so sicherer ist gewährleistet, daß schließlich alle Vorträge sich zu einem geschlossenen Gesamtbilde heutiger deutscher Art und deutschen Wirkens zusammenfügen werden. Dies wird schon der Einleitungsvortrag in den Hauptzügen darstellen. Im Verlauf der Vorträge müssen dann die sämtlichen im umfassendsten Wortsinne nationalen Momente, staatliche und kulturelle, äußere und innere, solche des Lebens der Persönlichkeit und solche des Gesamtlebens — das eine das andere ergänzend, nie hemmend — ihren Platz finden.

Gelingt dank der bereitwilligen Unterordnung der Herren Vortragenden unter diesen Leitgedanken dieser Gesamtplan, so wird der allgemeinbildende Kurs, statt lebhafte, aber schnell verfliegende Einzeleindrücke hervorzurufen, einen starken Grundgedanken den Hörern nachdrücklich nahebringen und einprägen."

Nach den Äußerungen von zahlreichen Teilnehmern, die in den beantworteten Fragebogen vorliegen, darf der Versuch als vollkommen geglückt gelten. Und so stellt meines Erachtens die in Straßburg gefundene Form der Kriegshochschulkurse, diese Verbindung von streng fachwissenschaftlichen Abteilungen mit einer innerlich einheitlichen, von einem gemeinsamen Gedanken getragenen volkshochschulartigen Gruppe, vorläufig die beste Lösung der Frage des akademischen Unterrichts im Felde dar. Sie sichert nicht nur den im Kriegsdienste befindlichen Studierenden, sondern auch den nach vertiefter Allgemeinbildung Strebenden diejenige Art und Form wissenschaftlicher Unterweisung, die ihren geistigen Interessen und Bedürfnissen am besten entspricht. Außerdem wird durch sie der gelegentlich gemachte Vorwurf einer einseitigen Bevorzugung der Akademiker vermieden, besonders wenn man wie in Straßburg darauf hält, daß die einzelnen Heeresabteilungen zu jeder der beiden Arten von Kriegshochschulkursen die gleiche Zahl von Hörern entsenden.

Ferner ergibt sich, wenn man rein militärische Gesichtspunkte geltend macht, aus der Einrichtung derartiger allgemeiner Vortragsabteilungen mit einheitlicher Grundlage eine wertvolle Bereicherung und Vertiefung des jetzt im Heer eingeführten „Vaterländischen Unterrichts". Diese Vorlesungen würden sich vor allem dazu eignen, die Unterrichtsoffiziere und die Begabteren unter ihren Vertrauensmännern auszubilden und ihnen ein geklärtes, wissenschaftlich vertieftes und begründetes Wissen beizubringen, das sich dann durch ihre Vermittlung auf weiteste Kreise der Unteroffiziere und Mannschaften verbreiten könnte.

Betrachtet man endlich die Straßburger Kriegshochschulkurse vom rein hochschulpädagogischen Standpunkte, so darf man sagen, daß sie eine interessante, entwicklungsgeschichtlich bedeutungsvolle Neuschöpfung darstellen, von der man nur wünschen kann, daß sie im akademischen Leben nicht spurlos vorübergeht, sondern eine den Friedensverhältnissen entsprechende Nachahmung findet. Die Frage der Fortbildung der im Berufe stehenden Akademiker und der geistig vorwärtsstrebenden Nichtakademiker ist vor dem Kriege von den deutschen Universitäten und Hochschulen noch zu keiner befriedigenden Lösung gebracht worden. Die Möglichkeit des Hörens einzelner Vorlesungen und die Einrichtung von Ferienkursen

mit einem oft wahllos zusammengestellten Programm dürfte in Zukunft nicht mehr genügen: der Gedanke der Angliederung einer allgemeinen Vorlesungs-Abteilung, wo einesteils in der Hauptsache die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung geboten werden und andernteils ein nach Semestern wechselnder gemeinsamer gedanklicher Mittelpunkt vorhanden ist, verdient daher sehr wohl ernste Erwägung durch alle, welche nach einer Neuordnung und Erweiterung unseres höchsten Bildungswesens, nach einer wirklichen „Universitätsausdehnung" streben. Wenn diese Idee zur Tat werden sollte, so würde die Heeresgruppe Herzog Albrecht, in deren jetzigem Armeebereich einst 1916 die ersten Kriegshochschulkurse der Armee-Abteilung von Strantz stattfanden, und die im Winter 1917/18 das Etappenhochschulwesen auch noch durch Einrichtung der Freiburger und Karlsruher Kurse zu hoher Entwicklung brachte, selbst nach dem Weltkriege als Anregerin eines wertvollen Fortschrittes sich dauernd eine ehrenvolle Erwähnung in der akademischen Geschichte der Zukunft sichern.

# Die neue Ära

Die durch kaiserlichen Erlaß vom 30. September angekündigte parlamentarische Regierung ist mit der am 3. Oktober vollzogenen Ernennung des Prinzen Max von Baden, der am folgenden Tage die ersten repräsentativen Berufungen (Gröber, Scheidemann, Erzberger, Bauer, Solf) sich anschlossen, ins Leben getreten. Das neue System — denn um einen Systemwechsel, nicht bloß um neue Männer handelt es sich — wurde nicht „eingeführt", so etwas ist unmöglich; es kam auch nicht von selbst, sondern es kam, wie einsichtige Urteiler schon früh erkannten, unter dem Drucke absolut zwingender politischer Umstände. Diese lagen nicht etwa nur in dem übermächtigen Drängen einer machtlüsternen Demokratie: in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, gehört wirklich mehr als Herrschaftskitzel dazu, das Steuer des Staates zu ergreifen. Sondern die bisherigen Methoden und ihre Träger waren der ungeheuerlichen Belastung der Lage einfach nicht mehr gewachsen. Die Spannungsverhältnisse der äußeren und inneren Politik erforderten den Einsatz gänzlich neuer Anschauungen und Kräfte. Es ist das eine Tatsache, mit der man sich abfinden muß, deren Notwendigkeit das Handeln aller in Betracht kommenden Stellen unzweifelhaft gemacht hat. Man kann ihr mit Genugtuung oder Sorge begegnen, kann darüber streiten, ob die Entwicklung unter normalen Bedingungen so und nicht anders verlaufen wäre, — grade der Gegner des Geschehenen sollte nun nicht krittelnd beiseite stehen, sondern an der Gestaltung unseres politischen Lebens auch unter den veränderten Umständen mitarbeiten. Zeigt der neue Kurs, wie wir wohl glauben müssen, den Weg der Zukunft, so bleibt noch unendliche Arbeit zu tun, um aus der Umwälzung ein existenzfähiges Gebilde erstehen zu lassen. Und hier werden die Kräfte der jetzt zum Schweigen verurteilten Opposition ihre Aufgaben finden. Denn es ist natürlich eine törichte Behauptung, daß die bisher am Ruder befindlichen Mächte ein für allemal ausgeschaltet sein müssen.

Nach Ansicht der „Kreuzzeitung" ist das neue Ministerium unter Verletzung der Verfassung zustande gekommen, denn weder Bundesrat noch Reichstag hätten Einfluß auf die Wahl des Kanzlers und seiner Staatssekretäre gehabt. Zunächst ist uns bei Ernennungen für diese Reichsämter von einer Mitwirkung des Bundesrats nichts bekannt. Was aber die kaiserlichen Kompetenzen in der Beziehung anlangt, so hat allerdings die Krone nicht mehr gemäß Artikel 18 der Reichsverfassung nach freiem Belieben über die Persön-

lichkeiten des neuen Kabinetts entschieden, sondern den Wünschen des Reichstags, die staatsrechtlich bislang keine Rolle spielten, Rechnung getragen. Der Verlauf der Dinge war doch folgender:

Es lag ein mehr oder weniger bestimmtes Programm der Mehrheitsparteien vor, dessen Durchführung der bisherige Kanzler Graf Hertling selber nicht übernehmen wollte, dessen Verwirklichung er aber im Interesse des Staatsganzen unter den herrschenden Zeitumständen für dringend geboten erachtete. Dementsprechend hat er die Krone beraten und diese hat daraufhin als ihren freien Willensentschluß eine parlamentarische Regierungsweise in die Wege zu leiten befohlen. Graf Hertling hat die Wünsche des Kaisers an den Vizekanzler von Payer zur Ausführung weitergegeben. Dieser beschloß, soviel bis jetzt feststeht, [1]) von vornherein das Ministerium einseitig aus den Mehrheitsparteien zu bilden und erhielt von ihnen eine Vertrauenskundgebung für seine eigene Person. Da er selber das höchste Reichsamt zu übernehmen nicht gewillt war, bezeichnete er Krone und Parteien den Prinzen Max von Baden als auf dem Boden des Mehrheitsprogrammes stehende und daher geeignete Führerpersönlichkeit.

Ohne Frage wird Art. 18 der R.-V. verletzt, denn wenn man sich auch nicht die schroffe Formulierung der „Kreuzzeitung" zu eigen machen will, zum mindesten ist doch neben den monarchischen ein neuer Faktor in Gestalt des Parlaments getreten, der bei der Wahl der Exekutive entscheidend mitspielt. Aber bekanntlich laufen die Dinge nicht immer schön in den Gleisen der Verfassungsartikel. Wie neben dem fixierten Staatsrecht sich allenthalben ein ungeschriebenes Recht entwickelt hat, so zeigt auch ferner sein anscheinend fester Bau gewisse Lücken, wo die Macht politischer Tatsachen an die Stelle wohlgefügter Rechtssätze tritt. Beim Verfassungskonflikt der sechziger Jahre hat Bismarck diese Lage im Interesse von Krone und Regierung auszuwerten verstanden, heute wiederholt sich der Fall zugunsten des Parlaments, und hier wie dort bedeutet es eine höhere Stufe des Erkennens, sich der Grenzen des Staatsrechts bewußt zu werden, als über ihre Verletzung Beschwerde zu führen.

Bestände die Neuerung übrigens in nichts anderem, als in dem Mitentscheidungsrecht des Reichstages bei der Auswahl der Reichsleitung, so könnte man dem ohne weiteres als einem erfreulichen und notwendigen Fortschritt zustimmen. Denn ein solcher ist es wirklich, wenn der Zufall bei Ministerernennungen von nun an ausgeschaltet wird. [2]) Natürlich handelt es sich um weit mehr. Die neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte, die Prinz Max von Baden seit dem September-Erlaß datiert, bedeutet — darüber wollen wir uns klar sein — eine beträchtliche Verschiebung des Schwerpunktes unseres Verfassungslebens in Bund und Einzelstaaten. Die eigentümliche deutsche Regierungsform, die durch das starke Übergewicht des monarchischen Elements gegenüber dem parlamentarischen gekennzeichnet war, gehört, nach den Worten des Reichskanzlers wird man sagen müssen: endgültig der Vergangenheit an. In dem uralten Rivalitätskampf zwischen Herrschaft und Genossenschaft, wie er das Leben der Völker erfüllt, haben die Stürme des Weltkrieges auch für den Herzstaat Europas die Entscheidung zugunsten des zweiten Faktors gebracht. Die monarchisch-konstitutionelle Regierungsweise, die für Preußen in jenem oben erwähnten Verfassungskonflikt von 1862 bis 1866 ihre Feuerprobe bestand, und die, wenn auch unter Berücksichtigung der bundesstaatlichen Verhältnisse, 1867 bis 1871 auf den Gesamtstaat übertragen wurde, hat sich bei der neuen Prüfung nicht mehr widerstandsfähig genug gezeigt. Und zwar erfolgt, wie

[1]) Die Behauptung des Abgeordneten Haußmann in Nr. 503 des „Berliner Tageblattes", Herr von Payer habe alle Fraktionen gehört, läßt sich mit der Mitteilung des Grafen Westarp (Nr. 513 der „Kreuzzeitung"), daß man mit der konservativen Partei nicht verhandelt und ihr das sogenannte Regierungsprogramm nicht mitgeteilt habe, kaum vereinigen.

[2]) Vgl. Grenzboten, Heft 80, S. 88.

wir sehen, der Einbruch zuerst im Reich, von wo er sich auf die einzelnen Staaten fortpflanzt, wie das bei der verkoppelten Struktur unseres Verfassungsbaues nicht nur zu erwarten, sondern geradezu notwendig ist.

Es scheinen also diejenigen recht zu bekommen, die in dem deutschen System kein Wesen sui generis, sondern eine Übergangsform entweder zu absolutistischen oder zu rein parlamentarischen Zuständen sehen wollten. Denn daß es sich bei den gegenwärtigen Maßnahmen um bloße Kriegsersatzmittel handeln könnte, dagegen spricht doch nicht nur das ausdrückliche Zeugnis des neuen Kanzlers in einer der ernstesten Stunden dieses Krieges, solche Vermutung sollte vielmehr schon aus Achtung vor den Motiven der Krone nicht laut werden.[3]) In der Tat spricht alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, für die Annahme eines in kontinuierlichen Formen sich vollziehenden historisch-politischen Prozesses: die Vorgänge beim Rücktritt Bethmann Hollwegs, während der tragikomischen Episode Michaelis, bei der Berufung Hertlings bedeuten ebensoviele Wegemale einer neuen Zeit. Und wenn der letzte Kanzler persönlich zu jener Auffassung vom „Kriegsersatzmittel" geneigt haben sollte,[4]) so wäre auch sie eben als Entwicklungsstufe charakteristisch, wie die noch nach alten Gewohnheiten vollzogene Ernennung von Hintzes die Rolle eines retardierenden Moments gespielt hat. Den Zeitgenossen erscheint die jüngste Evolution als eine höchstgedrängte Wiederholung der Jahre 1815 bis 1848 und eine Parallele zwischen dem Übergang zum Verfassungsstaate, und seiner gegenwärtigen Fortentwicklung dürfte allerdings erlaubt sein.

Auch das Verhalten der Krone zeigt in beiden Fällen eine interessante Übereinstimmung. Wie damals der Monarch aus eigenem Willensentschluß sich eines Teiles seiner absoluten Machtvollkommenheit zugunsten der Volksvertretung entäußerte, so wird auch diesmal an dem Gedanken der Freiwilligkeit festgehalten, die parlamentarische Regierungsweise wie früher die verfassungsmäßige gleichsam oktroyiert, was natürlich an den Tatsachen hier so wenig wie dort etwas zu ändern vermag.

Wenn die allgemeine Richtung unserer inneren Politik im Sinne des Wortes von einer stetig zunehmenden Demokratisierung angedeutet wurde, so ist damit natürlich im einzelnen noch nichts festgelegt, im besonderen die Frage nicht beantwortet, ob wir eine reine Parlamentsherrschaft je bekommen werden. Nichts ist doch zurzeit stärker zu betonen, als daß wir in den allerersten Anfängen der Umwandlung stehen. Drum findet sich zu übertriebenem Freude- oder Wehegeschrei keinerlei Anlaß. Die schon heute dem Staate Preußen und dem Reiche Bismarcks das Grablied singen, verraten, soweit sie damit nicht parteipolitische Zwecke verfolgen, doch wenig Vertrauen zu dieser Überlieferung und schätzen die Hemmungen zu gering ein. Aber auch jene anderen jubeln zu früh, die durch einen kaiserlichen Federstrich und parlamentarische Minister sich am Ziele ihrer Wünsche wähnen. Wir möchten in einem Gleichnis sagen, was geschah. Eine Operation ward als notwendig erkannt an unserem inneren politischen Körper. Im Augenblicke ist nichts weiter erreicht, als daß diese Operation durchgeführt wurde. Ein breiter Schnitt ging durch das Zellgewebe unseres Verfassungslebens, alte Verbindungen trennend, Säfte und Kräfte in neue Bahnen lenkend. Wie der Heilungsprozeß verläuft, der bis dahin fremde Elemente zusammenzwingt und Lücken ausfüllen muß, ist fast noch eine wichtigere Frage als der Eingriff in den Organismus und von hundert Möglichkeiten und Zwischenfällen abhängig.

Das unglückliche Äußere der 1871er Verfassung, die ja keine volkstümliche Urkunde, sondern ein diplomatisches Aktenstück mit allen Mängeln eines solchen darstellt, hat der Mehrzahl deutscher Staatsbürger die ohnehin schon schwerverständliche Struktur unseres glied- und bundesstaatlichen Neben-, Über-

[3]) Auch der Leitartikler für auswärtige Politik bei der „Kreuz-Zeitung", Otto Hoetzsch, glaubt an die Unwiderruflichkeit der Umwälzung. (9. Oktober 1918.)

[4]) Vgl. Grenzboten Heft 30, S. 89.

und Miteinanders nicht gerade deutlich gemacht. Weitesten Kreisen ist das Grundgesetz der nationalen Einigung ein Buch mit sieben Siegeln. Sie ahnen infolgedessen wenig von den außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen das neue Regime bei seinem Umbau zu kämpfen haben wird. In Zeitungen und Gesprächen ist viel von dem berühmten Artikel 9 die Rede, dessen Inhalt man zur Not im Gedächtnis behält, von dessen Tragweite man sich jedoch absolut keine richtigen Vorstellungen machen kann.

Es ist geradezu ein Dogma, daß die Aufhebung von Art. 9 Abs. 2 R.-V. — „niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein" — das Ende der bundesrätlichen Vormachtstellung im Reich und damit die föderativen Prinzips bedeutet. Das erste ist auf die Dauer sicher richtig, das zweite möchten wir vor der Hand nicht unterschreiben. Stellt man aus der komplizierten Rolle, die der Bundesrat im Gefüge unserer Reichsverfassung zu spielen hat, diejenige Seite heraus, bei welcher er das monarchische Element im Föderativstaate darstellt, so wird ohne Frage sein Einfluß im gleichen Maße zurückgehen, wie der des im Reichstage verkörperten parlamentarischen Elementes steigt. Bis auf unsere Tage galt der Bundesrat als das höchste der drei Reichsorgane, das — im Gegensatz und Vorrang zu Kaiser und Reichstag mit ihren genau festgelegten Vollmachten — die Vermutung der Zuständigkeit, wie der juristische Ausdruck lautet, besaß und infolgedessen als Träger der Reichsgewalt im eigentlichen Sinne angesprochen wurde. Rückt nun, wie nicht anders zu erwarten, der Schwerpunkt der Macht in den Reichstag und das von ihm abhängige Ministerium, so muß eine Verödung des bisherigen Kraftzentrums die Folge sein. Denn ein Gleichgewichtszustand ist schwer vorstellbar. Dieses Zurücktreten der „Verbündeten Regierungen" aus ihrer mit dem monarchisch-konstitutionellen Charakter der Reichsverfassung eng verknüpften Vormacht wird von Gegnern des Art. 9 bezeichnenderweise mit Stillschweigen übergangen, es kann beim Übergang zu parlamentarischen Formen logisch gar nicht geleugnet werden. Eher läßt sich die Behauptung diskutieren, daß mit der Parlamentarisierung des Bundesrates nicht begriffsnotwendig auch ein Ende der föderativen Grundlagen unseres Reiches gegeben sein müsse, daß vielmehr die einzelstaatlichen Interessen in durchaus gesunder Weise zum Beispiel auch von bayerischen oder sächsischen Abgeordnetenministern im Bundesrat wahrgenommen werden könnten. Es würde sich demnach nur die Form ihrer Wahrnehmung ändern. Gewisse inhaltliche Wandlungen ließen sich aber in diesem Falle kaum aufhalten, wenn sie auch nicht bis zur völligen Verleugnung des föderativen Prinzips zu führen brauchen. [5])

Beschleunigt würde die Entwicklung, sofern man das neue Kabinett auf kollegialischen Grundsätzen aufbaute, wie eine zuerst vom „Vorwärts" gebrachte Nachricht wissen will, worauf auch die Schaffung des engeren Kriegsrates (Kanzler und Staatssekretäre ohne Portefeuille) hindeutet. Wird dieser Gedanke Wirklichkeit, dann wären die Tage des Bundesrats in seiner jetzigen Funktion gezählt, denn zwei Regierungskollegien nebeneinander sind eine staatsrechtliche Unmöglichkeit, weswegen zum Beispiel auch Bismarck sich scharf gegen die Schaffung einer „kontrasignierenden Bundesbehörde außerhalb des Bundesrats" wandte. Dieser würde dann vermutlich den Charakter eines weiteren Staatsrats erhalten, d. h. einer Rahmenversammlung vom Schlage des englischen privy council, in deren Schoße das engere oder engste Kabinett die eigentlich motorische Kraft darstellt, während sie selbst zur Bedeutungslosigkeit [6]) verurteilt wäre.

---

[5]) Der am 8. Oktober vom Bundesrat beschlossene Gesetzentwurf betr. Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers umgeht das im Texte behandelte Problem. Wir werden darauf noch zurückkommen.

[6]) So auch der im übrigen einer Aufhebung des Art. 9 Abs. 2 warm das Wort redende Weber, Parlament und Regierung, 1918.

Man sieht, wie die unscheinbare Aufhebung des Art. 9 Abs. 2 den Schlußstein aus dem Gewölbe unserer Reichsverfassung zum Ausfall locker macht. Ungeheuer ist die Verantwortung derer, die den Umbau vorzunehmen haben, die Gefahr des Einsturzes droht, und seine Trümmer würden uns alle begraben. Bisher galt parlamentarische Regierungsweise im Reich als eine Unmöglichkeit, man erwartete von ihr als unvermeidliche Folge die Herabdrückung der Einzelstaaten zu politisch bedeutungslosen Gebilden, ähnlich wie in den parlamentarisch regierten Bundesstaaten Venezuela, Kanada, Australien. Aber die Verfassung unseres Reiches trug von je die Züge eines staatsrechtlichen Unikums, eines Wesens sui generis, vielleicht gelingt der Zukunft das anscheinend Heterogene zusammenzuzwingen und die den Zeitgenossen unmöglich oder bedenklich erscheinende Lösung mit wirklichem Lebensinhalt zu erfüllen. Es wäre nicht das erste Mal, daß der scharfe Wind der Tatsachen staatsrechtliche Konstruktionen und Theorien wie Kartenhäuser über den Haufen würfe und gleich mancher anderer zunächst nur als Kriegsnotwendigkeit durchgesetzten Forderung mag auch der Übergang zum parlamentarischen System im Reiche — dem nun die Einzelstaaten folgen müssen — sich im Frieden besser bewähren, als man denkt. Vom Standpunkte der Reichsfreudigkeit, die wir mehr denn je brauchen werden, können wir auch in dem Steigen der Reichsflut keinen Arg sehen, würden sie sogar begrüßen, wenn sie partikularistische Trübungen hinwegspült, ohne die Grundlagen unseres Staatslebens zu gefährden. Die Einwände gegen das „party system“ [7]) als solches, ganz unabhängig von den oben erwähnten Schwierigkeiten, bestehen natürlich in unverminderter Stärke fort, die Zukunft muß lehren, ob die deutsche Volksregierung sie hinfällig machen wird. Versteigt sie sich nicht zu radikalen Maßlosigkeiten, zeigt sie Achtung vor geschichtlich Bewährtem, so soll sie gesegnet sein, wenn ihr das schwere Werk gelingt.

# Zur österreichischen Frage

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Selten war ein Buch von außeraktueller Zielrichtung dem Augenblick dermaßen auf den Leib geschnitten, wie eine Studie über „Das Verfassungsproblem im Habsburgerreich“, die Dr. Wilhelm Schüßler soeben in der Politischen Bücherei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin erscheinen läßt.[8]) Daß es an Büchern, die die Problematik der österreichischen Völkerorganisation von innen her durchleuchten und auf solider historischer und sachlicher Grundlage dem Leser das Verständnis dieser recht verwickelten Lage wie mit einem Ruck aufschließen, trotz einem vierzigjährigen Bündnis und einer über vierjährigen Waffenbrüderschaft noch so ganz fehlt, ist ein betrübliches Anzeichen dafür, wie wenig in der deutschen Öffentlichkeit die großen politischen Probleme der Zeit zur Reife gediehen sind, wie blutwenig die entscheidungsschweren deutschen Schicksalsfragen das allgemeine Interesse aus seiner apolitischen Stumpfheit aufgerüttelt haben.

Die wichtigste Erkenntnis, die die historische Grundlegung uns vermittelt, ist die Tatsache, daß Österreich-Ungarn bereits seit Generationen insgeheim eine Schwerpunktverschiebung erfahren hat, daß es sich mit einer Art historischer Zwangsläufigkeit zu einem Ungarn-Österreich hinentwickelt hat, wobei es einer

[7]) Vgl. Heft 30, S. 80 ff.

[8]) Preis geh. M. 6.—, geb. M. 8.—.

gewissen Pikanterie nicht ermangelt, daß Ungarn ein Interesse daran hat, seine tatsächliche Führerschaft innerhalb der Monarchie durch äußerliche Aufrechterhaltung des Dualismus zu verschleiern. Auch Österreich-Ungarn ist wie Preußen eine Schöpfung seiner Dynastie. Das Jahr 1526 ist die Geburtsstunde der Donaumonarchie. Ferdinand der Erste hat als erster mit vollem Bewußtsein durch Schaffung gemeinsamer Zentralbehörden dem Gesamtstaatsgedanken den Eingang in die Wirklichkeit angebahnt. Der Ausgangspunkt war der Trialismus, die Verbindung Österreichs, Böhmens und Ungarns. Das Ziel der Entwicklung bis zu Joseph dem Zweiten war die Überwindung dieses Trialismus durch den Zentralismus. Dieser Idee fiel zunächst die Selbständigkeit Böhmens zum Opfer. Hier kommt Ferdinand dem Zweiten ein besonderes Verdienst zu. Die Pragmatische Sanktion von 1713 wird alsdann zur Magna Charta des Dualismus und ist als solche noch heute das historisch-dokumentarische Felsmassiv, an dem sich Ungarns Selbständigkeitsbestreben bricht. Ihr Kern ist das Verbot dynastischer Teilungen, das fortan den territorialen Bestand der Monarchie sichert; damit wird sie zur ersten Deklaration der österreichischen Reichsidee. Zugleich ist mit ihr der innere Widerspruch in die österreichische Geschichte hineingetragen worden, der dem wirklichen Zusammenwachsen zu einem einheitlichen Staat von innen her entgegenwirkt. Die Geschichte des Versuchs seiner Überwindung zeigt deutlich eine erste Stufe, die von Österreich, eine zweite, die von Ungarn aus zentriert war. Die endgültige Überwindung des österreichisch-böhmischen Dualismus setzte Maria Theresia durch. Ihr genialer Sohn Joseph der Zweite scheiterte am Versuch des nächsten Schrittes, der auch die österreichisch-ungarische Spannung in einer höheren Einheit aufheben wollte. Der Zentralismus führte ihn zu einer Überspannung des Vereinheitlichungsstrebens, die mißglückte und damit jene noch heute fortbestehende Hegemonie Ungarns heraufführte.

Ein besonderes Interesse erweckt der überzeugend durchgeführte Nachweis, daß Ungarns Erstarkung mit dem Aufstieg Preußens in geheimem Zusammenhang stand, der sich in überraschender Weise stets aufs neue bestätigt. Beide sind im Kampf gegen den wienerischen Reichsgedanken, jenes mittelalterliche Erbe, emporgekommen. Die Zusammenhänge schießen hin und her, wie die Fäden im Gewebe. Preußens Sieg über das Österreich Maria Theresias verschaffte ihm die zukunftssichere Vorherrschaft im Reich und hinderte Maria Theresia an der vollen Durchführung ihrer zentralistischen Ideen in Ungarn. Die mitteleuropäischen Kräfte, die sich in Wien zu sammeln strebten, traten in die beiden Pole Berlin und Budapest auseinander. Ein ungarischer Ministerpräsident hielt die österreichischen Revanchepläne nach Königgrätz im entscheidenden Jahre 1870 nieder, sicherte dadurch Preußen seine Hegemonie im Norden und ermöglichte jenen höheren mitteleuropäischen Dualismus, der zum mindesten eine relative Überwindung einerseits des innerdeutschen, andererseits des innerösterreichischen Dualismus voraussetzte. Es entbehrt nicht einer tiefen Tragik, diesen Gedanken auf die gegenwärtige Lage anzuwenden und ihn in die Problematik der nächsten Zukunft auszuspinnen.

Diese Wendung des mittelalterlichen Reichszentralismus Europas zum kunstvoll ausbalanzierten Mitteleuropadualismus Berlin-Budapest, der Keimzelle der Berlin-Bagdadidee, gibt den Hintergrund für die ganze Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, das um Berlin den mit preußischem Mark gesteiften Machtstaat des Deutschen Reiches gruppierte, in Österreich-Ungarn jedoch nicht zu einer gleichermaßen glatten Lösung führte. Denn während sich die Vorherrschaft Preußens in Deutschland politisch eindeutig in der Reichsverfassung ausprägte, zerrieb sich der zentralistische Machtstaatswille der Donaumonarchie an dem unüberwindlichen inneren Dualismus zwischen Ungarn und Österreich und an der nationalistisch verwickelten Aufgabe einer staatlichen Einigung des südosteuropäischen Völkerchaos. Das unvollkommene Gegenstück der deutschen Reichseinigung war der ungarisch-österreichische Ausgleich von 1867. Der scheinbar rein partikularistische Sonderwille Ungarns, der die Parität der beiden Staaten der Donaumonarchie erzwang, wie sie in der Krönung Franz Josefs zum König von

Ungarn sinnfälligen Ausdruck fand, entsprang einem richtigen weltpolitischen Instinkt Ungarns. Dieser Instinkt wurde einerseits durch die geographische Balance bestätigt. Das alte Kraftzentrum der überwundenen mittelalterlichen Reichseinheit, Wien, mußte in der Tat mit der Verlegung des Schwerpunktes Deutschlands nach Berlin auch innerhalb Österreich-Ungarns zugunsten von Budapest abdanken. Aber auch rein machtpolitisch wurde Ungarn zum Rückgrat der modernen Donaumonarchie, indem es — auch darin ein Gegenstück Preußens — mit einer ungleich brutaleren Energie seiner inneren Völkervielheit Herr und zu einem trotz seiner nationalen Zerspaltung zentralistisch gefestigten modernen Machtstaat geworden war. Namentlich in der überwältigenden Überlegenheit des ungarischen Parlaments über das zerklüftete österreichische kam dieser machtpolitische Vorrang deutlich zum Ausdruck. Aus dem von Schüßler so geistvoll durchgeführten Parallelismus des preußischen und ungarischen Aufstieges ergibt sich in höherem Maße noch, als seine Kritik zugeben will, die weltpolitische Rechtfertigung des ungarischen Vorherrschaftsstrebens, das Verständnis der über sich selbst hinausgreifenden Sendung des ungarischen wie des preußischen Partikularismus. Das Unglück des ungarischen Machtwillens gegenüber dem preußischen war es, daß er sein Ziel nur halb erreichen konnte, weil größere Trümmer historischen Erbgutes ihm die letzte Wegstrecke versperrten. Bismarck, der nach dem Scheitern der Einigungsbewegung von 1848 das Steuer der deutschen Geschicke eigenwillig in die Hand nahm, zeigte einem seinen Methoden widerstrebenden Volke durch die überzeugungskräftige Tat, daß nicht ein vorzeitiges Abbiegen vom Wege des preußischen Partikularismus die deutsche Reichseinheit sichern konnte, daß vielmehr dieser Weg selber nicht nur in die deutsche, nein sogar in die mitteleuropäische Einigung einmündete. Seine Aufgabe war leichter, weil er bloß die Disharmonie der deutschen Stämme, nicht den Widerstreit von Nationen und Rassen zu bändigen hatte. Auch Ungarn sah mit einem Recht, das vielleicht erst dieser Friede voll erweisen wird, als erstes unverrückbares Ziel die partikularistisch scheinende Festigung des ungarischen Einzelstaates selbst auf Kosten der habsburgischen Reichseinheit. Aber die stärkeren Widerstände, die dieser ungarische Machtwille fand, trieben ihn auch in eine stärkere Verhärtung und Verengung seines Partikularismus hinein und verdunkelten ihm in eben demselben Maße das Endziel, das nicht in einer kleinungarischen Selbstständigkeit, sondern in einer Überwindung der gesamt-österreichischen zentrifugalen Tendenzen durch Schaffung eines festen ungarischen Machtkernes bestehen konnte. Tatsachen wie die, daß in den wenigen gemeinsamen Institutionen wie dem Heere die Kommandosprache die deutsche und nicht die ungarische war, trieben diesen blindwütigen ungarischen Partikularismus zu Forderungen wie der magyarischen Heeressprache, die nur zu einer Spaltung des Heeres führen könnte, also nicht machtvereinheitlichend, sondern im Gegenteil machtsprengend wirken müßte. Der Versuch Ungarns, seine geheime Vorherrschaft innerhalb der Habsburgermonarchie institutionell und verfassungsmäßig offenkundig auszuprägen, bedrohte allenthalben diese tatsächlich bereits errungene Vormachtstellung, indem er den Widerstand aller anderen Nationen gegen diese magyarozentrische Umorientierung des Habsburgerreiches mobil machte.

Dieser Prozeß mußte für Ungarn schon deshalb bedenkliche Folgen zeitigen, weil es ethnisch keineswegs die Einheitlichkeit besitzt, die es durch seine straffere machtstaatliche Organisation und seine brutale Magyarisierungspolitik vortäuscht. Ungarn ist in Wirklichkeit ein Österreich-Ungarn im kleinen. Alle seine Nationen sind auch diesseits der Leitha vertreten und wüten auch innerhalb der österreichischen Reichshälfte gegeneinander. Und der Druck, den Ungarn im eignen Land auf diese seine fremdstämmigen Minderheiten ausübt, setzt sich so unmittelbar nach Österreich fort, erweckt dort bei den Volksgenossen der hier Unterdrückten ein spontanes Echo. Schon um sich die Freiheit im eignen Haus zu wahren, möchte Ungarn sich also vom österreichischen Einfluß nach Möglichkeit frei machen. Andererseits aber hat Österreich nicht nur als Ganzes, sondern dazu noch in jedem seiner Bestandteile ein stark gefühlsmäßig betontes Interesse daran, diese ungarische Selbstherrlichkeit möglichst zu dämpfen.

All diese Beziehungen zwischen kleinungarischen, großungarischen und österreichischen Tendenzen werden im Schüßlerschen Buche in unübertrefflicher Klarheit beleuchtet. Die verzwickte innerpolitische Logik dieses seltsamen Staates wird dem Leser mit einem Male völlig durchschaubar. Die einzelnen Stufen der Verselbständigung Ungarns, die Gegenstöße Österreichs werden auf Grund eines gut fundierten geschichtlichen Wissens aufgezeigt. Die magyarischen Zentralisierungsmethoden werden in ihren einzelnen Wirkungsgebieten aufgesucht und lichtvoll dargestellt. Von besonderem Interesse namentlich auch im Vergleich mit preußischen Verhältnissen ist die Entwicklung des Wahlrechtsproblems. Das ungarische Wahlrecht ist schroff plutokratisch. Es begünstigt aufs einseitigste den ansässigen Adel, die Gentry, der den Kern des Magyarentums ausmacht. Aber während es so dem äußerlichen Blick als Werkzeug und Machtfundament lediglich einer kleinen sozialen Kaste erscheint, dient es eben dadurch, indem es die fremdstämmigen Minderheiten, die zumeist besitzlos sind, sozusagen parlamentarisch nicht zu Worte kommen läßt und sie damit politisch mundtot macht, der Magyarisierung und straffen Vereinheitlichung eines Staates, in dem bei liberalerem Wahlrecht der Nationalitätenzwist eine ähnlich unheilvolle Rückwirkung auf den einzelstaatlichen Machtwillen ausüben würde, wie das in Österreich der Fall ist. Wenn wir uns nun vor Augen halten, daß gerade an dieser parlamentarischen Überlegenheit gegenüber Österreich das ungarische Übergewicht in der Gesamtmonarchie hängt und uns ferner vergegenwärtigen, welche Wichtigkeit für uns als Bundesgenossen das Vorhandensein wenigstens *eines* festen machtpolitischen Rückgrats in der gebrechlichen Donaumonarchie hatte, so erkennen wir deutlich die weltpolitische Bedeutsamkeit, die letzten Endes dem zähen antidemokratischen Selbstbehauptungsstreben einer sozialen Kaste in Ungarn zukam. Andererseits wird auch nirgends offenbarer, wie unterhöhlt eben jener im Magyarentum verwurzelte ungarisch-österreichische Machtwille war, der für uns die Brücke nach dem Orient, der Vorspann unserer ganzen Balkanpolitik war, die, wenn nicht die Ursache, so doch die Auslösung des Weltkrieges geworden ist.

Und so folgen wir dem Verfasser mit ungemindertem Interesse, wenn er an die Entwicklung des zentralistischen und des dualistischen Lösungsversuches des habsburgischen Verfassungsproblems weitergehend den föderalistischen schließt, der bisher freilich nur als Programm in Erscheinung getreten ist, gerade als solches aber in unseren Tagen höchste Aktualität gewonnen hat. In meisterhafter Weise werden hier die Tatsachenfundamente dieser föderalistischen Strebungen umrissen. Die bosnische und die südslawische Frage finden gesondert eine eingehende Behandlung. Und mit einem Überblick über die bisherigen theoretischen Lösungsversuche werden wir bis in die Problematik hineingeführt, die der Krieg selber vor dem europäischen und selbst dem transatlantischen Forum aufgerollt hat. Zwei Lösungstypen treten sichtlich auseinander: der territoriale, der in seiner konservativen Tönung die historisch gewordenen Kronsländer der Föderalisierung zugrunde legt, in einer radikaleren Ausprägung auf eine territoriale Neueinteilung des Gesamtgebiets auf Grund der ethnischen Gliederung hindrängt, und der personale, der in einem umfassenden Einheitsstaat die einzelnen Nationalitäten unabhängig von dem von ihnen bewohnten Gebiet zu kulturell selbstbestimmungsfähigen Organisationen zusammenfassen will. Als Vertreter des Territorialprinzips werden der Tschechenführer Palacky, der österreichische Publizist und Historiker Charmatz, der ungarische Rumäne Popovici erwähnt, das personale Prinzip wird vornehmlich durch den bekannten deutsch-österreichischen Sozialdemokraten Renner befürwortet. Alle diese Einzelvorschläge erfahren eine sorgfältige kritische Behandlung. Die Entwicklung dieser Probleme ist bis zum Anfang dieses Jahres durchgeführt. Die Lösung, die dem Verfasser selbst in seinem Schlußausblick als die wahrscheinlichste erscheint und die seine ganze Darstellung historisch am solidesten unterbaut, ist die Entwicklung der Doppelmonarchie zu einer Art von Großungarn, das die Nationalitätenprobleme innerpolitisch durch Gewährung kultureller Autonomie bewältigt.

Es ist heute nicht der Augenblick, wo die Richtigkeit gerade dieser Schluß-

prognose nachgeprüft werden kann. Daß sie als geradlinige Fortsetzung der Bismarckschen Mitteleuropapolitik für uns die wünschenswerteste Lösung bedeutet hätte, können wir nicht ohne eine tiefe innere Bewegung in einem Augenblick zugeben, wo Bismarcks Werk in Trümmer zu zerfallen droht und von uns ein Wiederaufbau unserer internationalen Machtstellung unter unendlich erschwerten Verhältnissen erfordert wird. Unser tiefes Interesse am Bestand eines gefestigten Österreich-Ungarn ist zu oft in diesem Krieg betont worden, als daß wir nicht mit gespanntem Auge dem inneren Umwandlungsprozeß des uns verbündeten Reiches folgen müßten, der sich vor unseren Augen abspielt. Für das Verständnis dieser Vorgänge, das sich uns nicht leichter Hand erschließt, konnte sich uns kein besserer Führer bieten, als dieses Buch. Daß uns die Ereignisse der letzten Wochen innerlich so umwarfen, gründet nicht zum mindesten in einer außenpolitischen Unterlassungssünde. Wir haben uns zu wenig um ein Verständnis der innerösterreichischen Lage beworben. Schreiten wir denn mit diesem Vademekum ausgerüstet weiter auf dem Wege in eine Zukunft, in die wir hinein müssen, auch wenn sie uns heute sehr dunkel und abwegig erscheinen will.

# Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Zwischen Krieg und Frieden.** In Regierungskreisen wächst die Zuversicht wegen Gelingens des Friedensschrittes vom 5. Oktober. Sie vertrauen sowohl auf die Ehrlichkeit der Gesinnung Wilsons wie auf seine Macht, sich dem angelsächsischen Imperialismus gegenüber durchsetzen zu können. Sie vertrauen darum auch ohne weiteres auf die Annehmbarkeit des Wilsonschen Schiedsspruches, der nach ihrer Meinung dem deutschen Volke nicht würde zumuten können, was für die übrigen Völker als unannehmbar abgelehnt wird. Aus diesem Vertrauen heraus ist erst der Friedensschritt und logischerweise die Antwort vom 12. d. M. auf Wilsons Zwischen- oder Klärungsfrage entstanden. Für das deutsche Volk, wie für die Menschheit überhaupt hängt von Wilsons Antwort so ungeheuer viel ab, daß man nur wünschen kann, daß das Vertrauen der neuen Regierung sich in allen Punkten rechtfertigen möge, damit der Leitartikler der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über sie nicht dasselbe harte Urteil zu fällen braucht, wie über die Arbeiten des Wiener Kongresses, die er leichtfertig und stümperhaft nennt. Wir haben auch heute noch kein Bild von dem, was Wilson wirklich ist und urteilen daher aus dem Gefühl und aus allgemeinen Lebenserfahrungen. Aber wir haben allen Grund zur Annahme, daß auch der Herr Reichskanzler und seine Staatssekretäre sich ausschließlich von ihren Gefühlen leiten lassen, die ihren humanen Wünschen entsprechen, sonst könnten sie nicht kurzerhand ignorieren, daß Wilson in jener Rede vom 27. September d. J., die eine der Grundlagen des deutschen Friedensschrittes ist, gesagt hat, das deutsche Volk sei ehrlos und werde durch den Völkerbund und seine Zwangsmittel angehalten werden müssen, ein gegebenes Versprechen zu erfüllen! Bei aller Bangigkeit, mit der wir den Schritten der Regierung, die sich übrigens im Verkehr mit dem Auslande nicht mehr „Kaiserliche" sondern „deutsche Regierung" nennt, folgen, müssen wir doch eine Tatsache anerkennen: sie handelt! Sie geht unbeirrt um die Opposition und um alle Geschehnisse auf den politischen und militärischen Kriegsschauplätzen schnurgerade auf ihr Ziel los, auf den ehrenvollen Frieden, den Wilson nach ihrer Auffassung in der Hand hält und bereit sein soll, Deutschland zu bescheren. G. Cl.

* * *

**Selbstbestimmungsrecht.** Das Selbstbestimmungsrecht richtet den österreichisch-ungarischen Staat zugrunde. Nicht erst Hussarek hat die Zügel endgültig gelockert, andere haben vorher die ersten Hemmungen beseitigt. Ein Staatsgefüge wie das österreichische, mit

seinen verschiedenen Nationalitäten, ruht ausschließlich auf dem gemeinsamen Staatsgedanken. Wenn von der äußerlich sichtbaren Verkörperung dieses Staatsgedankens selbst die Rehabilitierung der Kämpfer gegen diesen Gedanken erfolgt, so muß eine allgemeine Auflösung die Folge sein.

Jetzt werden die Zügel kaum mehr aufgenommen werden können. „Zu spät" steht über den Lammasch- und Karolyischen Zufallskombinationen, beinahe möchte man sagen Verzweiflungskombinationen. Das Vielgespann rast schon in verschiedenen Richtungen auseinander. Wehe dem Wagen. Ihm droht Zertrümmerung.

Unsere Sympathien gelten den deutschen Parteien in Österreich. Sie sind durch eine harte Schule des Kampfes um ihr Dasein gegangen. Das Slawentum in seiner schärfsten Kampfausprägung stand ihnen gegenüber und bedrohte sie in ihrem Dasein. Und doch hatten die Deutschen alles für diesen Staat getan. Ihr Fluch war die Uneinigkeit. Dieser Fluch ist jetzt durch den Zusammenschluß der deutschen Parteien, auch der Arbeiterparteien, hoffentlich für immer beseitigt.

Zitternd für diese jungen, geeinten Kämpfer und mitfühlend verfolgen wir ihren Weg. Möchte er in dieser Zeit der gewaltigsten Ideenumwälzungen zum Ziele führen.

Unsere deutschen Stammesbrüder werden sich, ihrer Kraft in Sammlung bewußt, Freiheit und Selbstbestimmung erobern.

**Revolution.** Es steht eine unheimliche Kraft vor Europas Toren, lauernd um Einlaß begehrend und wie der Aasgeier den richtigen Moment zum Niederstoßen abwartend — die russische Revolution.

Die Rückwirkung der deutschen letzten Ereignisse auf Rußland war ungeheuer. Es regte sich unter den Bolschewiken. Morgenrot witternd glaubten sie die Zeit gekommen, wo *eine* rote Flut Moskau und Berlin vereinigen würde, um von dort aus zündend auf die übrige Welt weiterzugreifen und alles in Flammen zu setzen.

Wir wollen und werden das Experiment nicht machen. Es gibt einen anderen Weg zur Freiheit als den, den das russische perverse Denken gegangen ist. Freiheit nicht durch Revolution, sondern durch Evolution. Rußlands gegenwärtiger Zustand hat mit Demokratie und Sozialismus nichts zu tun. Was wir dort in schrecklichster Form sehen, ist aus Schwäche geborene Anarchie, die einige Oligarchen mittels eines nie dagewesenen Terrors und mit Hilfe einer bezahlten Unterorganisation roter Tschinowniki und Räuber meistern. Alles kulturelle Leben, alles Schöne und Edle, alles, was das Leben lebenswert macht, ist von dieser Oligarchenbande in den Staub getreten worden und wird von ihnen dauernd weiter zerstört. Die Idealisten unter diesen Oligarchen träumen von Freiheit nach Vernichtung aller ihrer Gegner: durch Blut, Leichen und Zerstörung wollen sie zum bolschewistischen Zukunftsstaat, wo nur noch fieberphantasierende, leergebrannte Hirne in einer entgötterten Welt zurückbleiben; die Materialisten füllen sich die Taschen, viel schlimmer als es jemals die Tschinowniki zur Zarenzeit taten. Diese nährten sich von den Abfällen des blühenden staatlichen Lebens, jene tasten Produktion und Produktionsmittel selber an, weil nichts anderes da ist, was sie rauben und stehlen können.

Das geistige Leben ist tot, keine unabhängige Zeitung, keine Zeitschrift, keine literarische Produktion ist mehr vorhanden.

Der Geist liegt am Boden und der Körper wälzt sich im Dreck. Keinen verständigen Deutschen wird dieses Beispiel locken. Mit Abscheu werden und müssen unsere sozialistischen Führer das ihnen von Moskau gestellte Ansinnen, besorgt um die Zukunft des deutschen Arbeiters, abweisen.

Wir wollen den Versucher vom Felsen seiner Hoffahrt und Unflat in die Tiefe stürzen. O. T.

* * *

**Demagogentum.** Das „Berliner Tageblatt" bringt in Nr. 522 vom 12. Oktober an erster Stelle folgenden Artikel. Überschrift: „Die Absendung der Antwortnote an Wilson. Die abwesenden Bundesratsmitglieder." Dann heißt es: „Die Antwort auf die drei Fragen Wilsons ist gestern abend endgültig fertiggestellt worden. Auf heute vormittag ist der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einberufen worden. ... Falls der Bundesratsausschuß gestern hätte tagen können, wäre es möglich gewesen, die Note noch gestern ab-

zusenden. Die Mitglieder des Bundesratsausschusses befanden sich aber nicht in Berlin. Es könnte eigentlich erwartet werden, daß in hochpolitischen Tagen die Mitglieder des Ausschusses, wenn er auch nicht in Permanenz versammelt bleibt, in Berlin anwesend wären. Es ist ein peinlicher Gedanke, daß die Absendung einer Note von so weltgeschichtlicher Bedeutung aus dem angegebenen Grunde einen Tag verzögert werden mußte. ..."

Die im Tone höchster Bestimmtheit abgegebene Behauptung, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten nicht auf seinem Posten gewesen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" feststellt, konnte die Note gar nicht früher zur Absendung gelangen, weil die Beratungen über ihren Wortlaut noch nicht abgeschlossen waren.

Wieder einmal ein Schulbeispiel, wie von gewisser Seite die öffentliche Meinung irregeführt und „bearbeitet" wird. Der harmlose Leser — und nicht nur er — muß für wahr halten, was ihm da vorgesetzt wird. Er ist mit Recht empört über das Verhalten der Ausschußmitglieder, die angeblich ihre Pflicht versäumt haben. Man bemerke, wie hier in geschickter Weise die schon nicht rosige Stimmung gegenüber Vertretern des „alten Systems" aufgestachelt wird. Der Zweck ist erreicht, ganz gleich, ob ein Dementi folgt oder nicht. Das „B. T." hat es übrigens bis jetzt nicht für nötig gehalten, seine Falschmeldung zurückzunehmen und den verdächtigten Ruf der betroffenen Persönlichkeiten wieder herzustellen. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß es sich dieser „peinlichen" Aufgabe unterzieht. Und selbst, wenn dies noch der Fall sein sollte, wieviele von den Zufallslesern, auf deren Anschauung jener Artikel vergiftend wirkte, bekommen das Dementi zu Gesicht!? Man kann das „ancien régime" mit sachlichen Gründen bekämpfen — die Methode des „B. T." ist übelste Demagogie, die jene Kreise so gern am Gegner rügen.

H. O. M.

**„Buchen".** Wenn man das schöne Wort „buchen" liest — man liest es jetzt täglich an die zehn Mal! — kommt es einem vor, als würde unsere ganze öffentliche Meinung in einem großen Kontor gemacht. Die Welt besteht doch wahrhaftig noch aus anderen Leuten als Buchhaltern und Kommis. Aber heutzutage muß alles „gebucht" werden. Man lese irgendeinen Aufsatz irgendeiner Zeitung oder Zeitschrift: es wird mindestens einmal, oft aber noch viel häufiger in ihm „gebucht". Ein Kriegsberichterstatter schreibt: Trotz des Verlustes von St. Quentin können wir in der Abwehrschlacht im Westen große Erfolge „buchen". Der Feind aber muß schwere, nein „schwerste" Verluste „buchen". Erzberger kann einen Sieg über Hertling „buchen". Ganz kürzlich las ich sogar: „Der ... Drang zu einer gemeinsamen — solidarischen — Entwicklung ist als ein lebensstarkes Element zu buchen". Was muß das für ein Hauptbuch sein, in dem lebensstarke Elemente gebucht werden!

Ich schlage in meinem Wustmann das Kapitel: „Modewörter" auf. Da findet sich das schöne Wort „buchen" noch nicht mit aufgeführt. Wir können also wieder mal einen Sprachfortschritt feststellen. Man hat den Fortschritt auch gleich tüchtig demokratisiert. Fast jede beliebige Seite bedruckten Papiers bezeugt ihn. Nur ist leider auf stilistischem Gebiete die allzu „hemmungslose" — auch ein schönes Modewort! — Demokratisierung eines zum ersten Male vielleicht ganz geistreich verwendeten Ausdrucks eine arge Geschmacklosigkeit.

Es galt vier Kriegsjahre hindurch für patriotisch, die Fremdwörter zu bekämpfen. Indessen wirkt die Verwendung eines Fremdwortes am rechten Orte nicht halb so geschmacklos, wie das Breittreten sprachlicher Modetorheiten wie — „vom Schlage!" — „buchen". Hier wäre ein lohnendes Arbeitsfeld für unsere Sprachschützen. Erfreulicher aber wäre es noch, wenn die geschmackvollen Leute in Deutschland sich entschlössen, das Wort „buchen" und ähnliche Geschwister nur ein halbes Jahr lang nicht mehr zu verwenden. Dann mag man es gelegentlich ja wieder schreiben!

K. B.

# Materialien zur Polenpolitik

**Die Polen bekennen Farbe.** Sämtliche in Deutſchland erſcheinenden polniſchen Blätter veröffentlichen folgenden Aufruf zur Friedensfrage:

„Nach über vier Jahre lang tobendem Kriegsſchrecken und unermeßlichen Leiden, von denen die beſten Kräfte der Menſchheit vernichtet werden, tauchen aus dem blutigen Chaos die Konturen einer neuen Weltordnung auf der Baſis der Gerechtigkeit und des Selbſtbeſtimmungsrechtes aller Völker auf. Das im Sinne obiger Grundſätze feſtgelegte Programm eines dauerhaften Friedens, das in den bekannten Erklärungen des Präſidenten Wilſon enthalten iſt, wurde nunmehr auch durch die deutſche Regierung, wie es aus der letzten deutſchen Friedensnote vom 5. Oktober 1918 zu erſehen iſt — angenommen. Demgemäß hat auch für uns Polen die Stunde geſchlagen, in der wir unſere Stimme erheben müſſen, um die unverjährten Rechte der Nation zu fordern. Die Teilung Polens war die kraſſeſte Vergewaltigung der internationalen Gerechtigkeit in der Geſchichte der Neuzeit und dadurch ſchon wurde ſie zur Hauptquelle dieſer Gewalt- und Bedrückungspolitik, die in Europa den Herd ewiger Unruhen bis in die heutigen Tage hinein bildete. Wer alſo aufrichtig und ehrlich die Hand zum Aufbauen einer neuen, auf der Achtung des Rechtes baſierten Zukunft der Völker mitanlegen will, der muß die Reſtitution des den Polen zugefügten Unrechtes als erſte, unerläßliche Bedingung dieſes großen Werkes betrachten.

Nur die Vereinigung zu einem ganzen, aller in den polniſchen Ländern wohnenden Volksteile, die die vollen Rechte eines Staates beſitzen, kann die Gewährung eines dauernden Bündniſſes der Völker bilden.

Das hat der Präſident Wilſon anerkannt, indem er in ſeinem Friedensprogramm die Bildung eines unabhängigen, aus allen polniſchen Landesteilen zuſammengeſetzten und eine eigene Meeresküſte beſitzenden Polens aufſtellte, als eine der Grundlagen einer gerechten, internationalen Weltordnung. Aus der Tatſache, daß die deutſche Regierung das Programm Wilſons ohne Vorbehalt als Grundlage der Friedensverhandlungen angenommen hatte, muß man folgern, daß ſie mit den Richtlinien dieſes Programmes in bezug auf die polniſche Frage einverſtanden iſt.

Die Wichtigkeit dieſer Stellungnahme hat mit Nachdruck der Vertreter der polniſchen

Fraktion während der historischen Reichstagssitzung vom 5. Oktober d. J. festgestellt, indem er darauf hinwies, die Regierung habe dadurch zum ersten Male anerkannt, daß die Bestrebungen des polnischen Volkes, die die Vereinigung aller polnischen Landesteile zu einem unabhängigen Staate zur Grundlage haben, vollberechtigt sind.

In diesem, über unsere Zukunft entscheidenden Augenblick bildet das ganze, alle polnischen Landesteile bewohnende Volk in allen seinen Schichten — von einem gemeinsamen Gedanken beseelt — ein großes, einiges und festgefügtes nationales Lager.

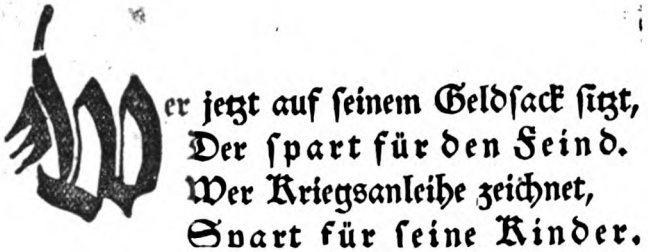
Wir die zu Preußen gehörigen Landesteile bewohnenden Polen stellen dieses Einverständnis und diese Einigkeit durch die Unterschrift aller unserer leitenden politischen Organisationen, aller polnischen Parteien ohne Ausnahme und der ganzen Presse als Auslegerin der öffentlichen Meinung fest. Indem wir dieses Einverständnis und diese nationale Einmütigkeit feststellen, betrachten wir es als unsere Pflicht, die Stellungnahme unserer parlamentarischen Repräsentation vom 5. Oktober durch einen gemeinsamen Willensakt zu bekräftigen und erklären feierlich, daß wir in dieser großen und verantwortlichen Stunde der Weltgeschichte voll Vertrauen die weitere Leitung der Politik im Sinne der berechtigten Interessen der unwandelbaren nationalen Ideale in die Hände unserer Abgeordneten sowohl im Land- als auch im Reichstage legen.

Die polnische Nation, die in diesem Kriege gleich allen kriegführenden Völkern, die schwersten Opfer dargebracht hat, ersehnt einen dauerhaften und alle Völker beglückenden Frieden. Die Polen bleiben, so wie sie bisher waren, auch in der Zukunft ihrer glorreichen Überlieferung treu, die seit dem Morgenrot der Geschichte von denselben Idealen der Freiheit und der Verbrüderung der Völker bestrahlt sind, deren Triumph heute aus der Saat der unschätzbaren, vergossenen Blutströme hervorsprießt.

Unter dem Banne dieser Grundsätze wird das vereinigte und unabhängige Polen in den Verband der freien Völker eintreten, als aufrichtiger und unbeugsamer Verfechter der Toleranz nach innen und des einträchtigen Zusammenlebens der Völker nach außen, gemäß der großen Losung unserer Väter: Freie mit den Freien, Gleiche mit den Gleichen."

Es folgen die Unterschriften aller polnischen politischen Organisationen, Wahlkomitees und Parteien sowie aller polnischen, in Deutschland erscheinenden Zeitungen, ohne Ausnahme der Parteirichtungen.

H.




**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

# Die Lage

Von Georg Cleinow

Die deutsche Regierung brauchte eine volle Woche, um auf Wilsons Herausforderung eine Antwort zu finden. Was schließlich zutage kam, konnte niemanden in der Heimat befriedigen, da es dem Gegner nicht einmal Achtung einzuflößen vermag. Dennoch enthält die Antwort alles, was von ihr nach Lage der Dinge gefordert werden konnte: die ernste Bekundung des Friedenswillens. Es ist ein diplomatisches Aktenstück, das ziemlich unverhüllt den Zweck zur Schau trägt, das am 5. Oktober eingeleitete Friedensgespräch unter keinen Umständen abreißen zu lassen und die öffentlichen Erörterungen des Friedens über alle natürlichen Klippen und böswillig angebrachte Stauungen hinweg in Fluß zu bringen und zu erhalten. Das ist nicht mehr allein Dienst am Vaterlande, das ist Dienst an der Menschheit überhaupt und sollte geeignet sein, der neuen Regierung in der Welt Vertrauen und Freunde zu werben. Leider sind solche Menschheitsdienste in der großen Politik Wechseln auf die Zukunft vergleichbar, von denen niemand weiß, ob sie so rechtzeitig eingelöst werden können, daß sie seinem Adressaten noch Nutzen bringen. Friedrich der Große ließ sich durch den Dank der Menschheit nicht verlocken, gegen die Interessen seines Landes zu handeln: als er im Dezember 1745 vom französischen Gesandten Darget gedrängt wurde, seine Truppen marschieren zu lassen, um den Frieden Europas sicherzustellen, erwiderte er, die wahre Größe liege doch sehr viel mehr darin, für das Glück seiner Untertanen als für die Ruhe Europas zu sorgen. Auch wir haben wenig Vertrauen dazu, daß die Menschheit unseren Staatsmännern und durch sie uns je Dank wissen wird, wenn es gelingen sollte, durch Verhandlungen und Nachgiebigkeit das Kriegsende herbeizuführen. Die Schuld am Kriege wird stets dem Unterlegenen auferlegt. Welche Opfer er für den allgemeinen Frieden brachte, werden nicht einmal die Philologen nach tausend Jahren hervorzuheben wagen, weil Größe und Kultur sich stets an Kraft knüpft, an Sieg nicht an Untergang. Das ist Naturgesetz!

Inzwischen warten wir wieder, was die Entente für gut befinden wird, uns durch Wilson an neuen Forderungen zu unterbreiten. Durch die Kanzleien

der Wilhelmstraße und durch die Redaktionen, durch Parlamente und politische Klubs geht das entnervende Rätselraten: was wird Wilson antworten? In sehr belesen scheinenden Vorträgen wird uns der Charakter Wilsons und seiner Umgebung erklärt und aus ihm gefolgert werden, daß er nur das Beste für die Menschheit, also auch für uns im Auge und den alleinigen Ehrgeiz habe, der Welt den Frieden zu bringen, den ewigen natürlich! Das sei aber unerreichbar, sofern er den Versuch zuließe, Deutschland in einen Unterwerfungsfrieden zu zwingen. Wilson sei klug genug, Deutschland nicht zum äußersten zwingen zu wollen.

Gott gäbe, es wäre so und nicht anders! Viel Blut und Elend könnte gespart werden. Aber glauben kann ich es nicht! So wenig ich glauben kann, daß England unbezwungen von seiner Seeherrschaft etwas abtritt, durch Verträge und Vergleiche, wie eine gewisse Diplomatenschule bei uns annimmt, so wenig kann ich mir denken, daß Wilson Sicherheiten für einen Weltvölkerfrieden, die er durch Schlachtenglück und kluge Diplomatie gemeinsam mit England gewann, aus der Hand geben sollte, ehe sie nicht doppelt in anderer Weise sichergestellt werden. Und einen Gegner freizugeben, in dem Augenblick, wo man sich sicher fühlt, ihm den Fang- oder Gnadenstoß versetzen zu können, mag einmal in der deutschen Ritterromantik Sitte gewesen sein, — im Hirn eines modernen Angelsachsen wächst solche Sentimentalität nicht!

Doch ich will mich nicht auf dasselbe Eis begeben, auf dem die Regierungsmänner herumgleiten, ohne einen festen Haltepunkt zu finden. Die Friedensmöglichkeiten lassen sich nicht ohne weiteres aus der Geistesverfassung dieser oder jener Persönlichkeit erklären, sondern ausschließlich aus dem jeweils vorhandenen Gesamt-Tatsachenmaterial, in dem eine Persönlichkeit wie die Wilsons selbstverständlich ein gewisses Gewicht hat, aber durchaus nicht zu jeder Zeit ausschlaggebend zu sein braucht. In zwei Punkten will ich den Standpunkt der Regierungsmänner annehmen: ich gebe zu, daß Wilson ernstlich bemüht ist, auf dem Erdball einen Zustand schaffen zu helfen, der die Wiederkehr einer Katastrophe wie den Weltkrieg nach menschlichem Ermessen unmöglich erscheinen läßt, und ich glaube, daß Wilson im Völkerbund das Instrument sieht, das die Autorität haben werde, den Frieden aufrecht zu erhalten. Hieraus kann ich aber nicht folgern, daß für Wilson ein schneller Friedensschluß oder wenigstens schnelle Einstellung der Feindseligkeiten aus Gründen der Menschlichkeit die zeitlich nächste Forderung sein muß, sondern ich folgere, daß seine nächste und dringendste Forderung ist und bleiben wird: die Garantie der Zuverlässigkeit seines Völkerbundes!

Der Völkerbund als Grundlage des Friedens! Das ist sein praktisches Ziel, dem sich alle anderen Interessen, soweit sie für ihn faßbar sind, zu unterwerfen haben. Ein paar tausend Menschenleben können dabei in Wilsons Rechnung nach den Hekatomben keine Rolle mehr spielen. Aus dieser Erwägung heraus war es falsch, von unserer Seite mit dem Friedensangebot zusammen auch das Waffenstillstandsangebot an Wilson zu richten. Die Verhandlungen um die Grundlagen des Völkerbundes können neben den Schlachten hergehen. Das Waffenstillstandsangebot hat unserem ersten Friedensschritt etwas Unsicheres gegeben, das die Gegner für ihre Zwecke unter ihren und unseren Bundesgenossen, unter den Polen, Russen und Dänen auszuwerten vermögen und unsere militärische Lage bei uns selbst in durchaus seltsamem Lichte erscheinen ließ.

Fassen wir den Völkerbund und nicht den Frieden als das Primäre in Wilsons Plänen ins Auge, so ergibt sich von selbst, daß nicht dem Wege zum Frieden, sondern dem Wege zum Völkerbunde Wilsons nächste Sorge gilt. Durch Deutschlands Unterwerfung unter die bekannten vierzehn Punkte Wilsons (s. Heft 41) ist Wilson vor die Wahl gestellt, ob er den Weg durch Waffengewalt und Gewaltdiplomatie oder durch Verträge und friedliche Rechtsgrundlagen zu seinem Ziele schreiten will. Im ersten Falle müßte Wilson sich entschließen, dem deutschen Volke den Garaus zu machen, — im zweiten es ihm ermöglichen, als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund einzutreten. Wilson wird unbekümmert um Blut und Tränen und deutsche oder sonstige Interessen den Weg schreiten, der ihm als der sicherste zu seinem Ziele erscheinen wird.

Wenn man die Antwort Wilsons zusammen mit den Kommentaren der Ententepresse liest, so muß man zu dem Glauben kommen, daß Wilsons Weg durch Waffengewalt und Gewaltdiplomatie führen soll, und die Kriegslage ist nicht dazu angetan, uns auf den anderen Weg zu weisen. Sehen wir sie uns einmal unter dem weltpolitischen Gesichtspunkte an.

Nachdem ein Durchbruch der deutschen Westfront bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist, bleibt als großer strategischer Erfolg für die Engländer die Besetzung der flandrischen Küste bis Zeebrügge. Der gesamte Geländegewinn in Belgien und Frankreich bleibt eine Summe taktischer Erfolge von verschiedenem Wert für die Entente, wenn man in Betracht zieht, daß die deutschen Linien erheblich verkürzt und begradigt werden konnten, während die Entente gezwungen ist, hunderttausende von Landeseinwohnern mit den großen Städten Cambrai, Douai, Lille usw., Städten mit zerstörtem Hinterland bei sich aufzunehmen, zu verpflegen und unterzubringen. Zu gleicher Zeit kommen die deutschen Truppen in vom Kriege so gut wie vollständig verschonte Gegenden und können dort ganz anders der Ruhe pflegen als die nachdrängenden Truppen der Entente, die fortab gezwungen sind unter Trümmern zu hausen. Die Schwierigkeiten der Front in Frankreich und Belgien aber wachsen auch durch den nahenden Winter, der die Entente zwingen dürfte, schon sehr bald auf die Mitwirkung der afrikanischen und indischen Hilfsvölker zu verzichten. Dadurch verliert der französische Kriegsschauplatz in strategischer Hinsicht an erstklassiger Bedeutung. Weltpolitisch und vom Standpunkt der Wilsonschen Völkerbundsziele aus ist es vom Augenblick der Besetzung der flandrischen Küste durch England an für die Entente ziemlich belanglos, ob die deutschen noch einige tausend Quadratkilometer Frankreichs und Belgiens besetzt halten oder nicht, solange dadurch die Haltung der Pariser nicht ungünstig beeinflußt wird.

Nach dem militärischen Zusammenbruch Bulgariens und dem Verrat Malinows sind Balkanhalbinsel und Kleinasien mit den dazwischen liegenden Gewässern zum wichtigsten Kriegsschauplatz der Entente geworden. Bei der Politik der wirtschaftlichen Einkreisung, die England seit Jahr und Tag Deutschland gegenüber verfolgte, hat der Balkan stets als Hebelansatzpunkt eine hervorragende Rolle gespielt. Aber er war nicht voll auszuwerten, solange Ferdinand von Bulgarien zu Deutschland hielt. Erst jetzt wird der Weg für die Heere der Entente bis zu einem gewissen Grade frei, die in Dedeagasch an Land gesetzt, ungehindert durch bulgarische Truppen nach Konstanza marschieren können und

von dort aus sowohl die Verbindung mit Rumänien aufnehmen wie auf der anderen Seite die Verbindung Deutschlands zur Türkei unterbinden könnten. Der Balkankriegsschauplatz gewinnt aber im Augenblick noch seine besondere Bedeutung für die Ziele Wilsons durch die gährenden Zustände bei den Westslawen.

Wie bekannt, hat Kaiser Karl durch ein Manifest allen seinen österreichischen Völkern die Selbständigkeit im Rahmen eines habsburgischen Bundesstaates verliehen. Durch das Manifest sollte ein selbständiges Deutschösterreich, ein Tschechien und ein Slowenien entstehen; Galizien sollte, geteilt, in seinem westlichen Gebiet zum reinen Polen geschlagen werden, während Ostgalizien als Halicz selbständiger Bundesstaat werden sollte. Auf das Manifest haben Tschechen und Südslawen ablehnend geantwortet. Sie verzichteten auf die kaiserliche Großmut und erklärten warten zu wollen, bis die Entente ihnen die Selbständigkeit verleihen und garantieren würde. In Paris hat sich ein tschechisches Ministerium gebildet; die Warschauer Polen hatten sich schon im Februar 1917 unter den Schutz Wilsons gestellt; in Ungarn erklärte der Parteiführer Karoly, seine und seiner Partei Sympathien ständen bei der Entente. — Schließlich ist auch Wilsons Antwortnote auf des Grafen Burian Friedensgesuch eingetroffen, in der über den alten Staat Habsburg rücksichtslos zur Tagesordnung übergegangen wird: Die Tschechoslowaken werden ausdrücklich als kriegführende Macht und Verbündete der Entente bezeichnet; Tschechen und die vierzehn slowakischen Komitate Ungarns ebenso wie die als Jugoslawen vereinigten Kroaten, Serben und Slowenen werden als selbständige Nationen anerkannt, mit denen die Entente fortab ohne die Vermittlung Wiens zu verhandeln gedenkt.

Somit reicht der politische Einfluß Wilsons zurzeit schon über den ganzen Balkan quer durch Ungarn, Mähren und Böhmen bis an den Kamm des Riesengebirges und im Osten durch Rumänien, Galizien, Polen, Posen bis nach Danzig. Das Deutschtum in Österreich schwankt noch, ob es sich zu den Stammesgenossen im Reich oder zur Entente schlagen und sich so in das slawische Meer stürzen soll. So ist es unserer Diplomatie nicht nur nicht gelungen, den Ring, den Eduard der Siebente um uns schmiedete, zu zerbrechen, trotz aller militärischer Erfolge, sie hat es nicht einmal verhindern können, daß der Ring fester und enger und daß aus der Entente ein Völkerbund geworden ist, der alle Nationen Europas bis auf die deutsche und die verwandten Neutralen umfaßt. Das ist die bittere Erkenntnis der Lage, und allein aus dieser Lage und aus den durch sie bedingten Kräfteverhältnissen können wir folgern, welchen Weg Wilson zu wandern gedenkt, um sein Völkerbundsideal, also eine Macht, die künftige Kriege verhindert, zu erreichen. Ich kann mir nicht denken, daß Wilson die mühsam zusammengebrachte Macht in die Gefahr des Zerfalles bringen wird, lediglich um den Ansprüchen des eingekreisten Deutschtums gerecht zu werden. Wir können von ihm nur in dem Falle Berücksichtigung erwarten, wenn wir unbekümmert nachweisen, daß wir noch nicht am Boden liegen und uns selbst nicht preiszugeben wünschen. Wenn heute Maximilian Harden, Theodor Wolff und Georg Bernhard sich schon bereit erklären, um der Menschheit willen deutsche Gebiete preiszugeben, so sollte Wilson durch den Mund des Reichskanzlers erfahren, daß hinter diesen Berlinern die deutsche Nation nicht steht. Das deutsche Volk beginnt eben erst sich von dem Schreck über das Waffenstillstandsangebot zu erholen und zu sammeln. Es

wartet nur auf den Führer, der ihm die neue Parole zurufen wird. Wenn dieser Führer heute schon in der demokratischen Regierung vorhanden sein sollte, dann um so besser. Um die Form der Regierung würde sich im Augenblick kein Mensch in Deutschland sorgen, wenn die Regierung nur führen wollte. Darum brauchen auch die neuen Machthaber keinen inneren Feind zu fürchten. Es geht nicht um die Form der Reichsverfassung oder der Volksbeziehungen, sondern um das Deutschtum, um seine Erhaltung als Kulturfaktor in Europa. Solange sich unsere Regierungsmänner dieses bewußt sind, ist trotz der begangenen Fehler und trotz verlorener Schlachten noch nichts unwiderruflich hin. „Es ist keineswegs gesagt, daß zum Schluß wirklich der als Sieger aus dem Völkerringen hervorgehen wird, der die meisten Kanonen auf dem Schlachtfelde ins Feuer bringen kann. Als Soldat muß man an dem durch die Kriegsgeschichte aller Zeiten begründeten Glauben festhalten, daß die überlegene Führung eines großen Feldherrn sowie die Tüchtigkeit und Opferwilligkeit der kämpfenden Völker, wenigstens bis zu einem gewissen Maße, über Zahl und Rüstung siegen können". (Egli.)

# Die neue Verwaltungsordnung für die städtischen höheren Schulen

Von Professor Dr. Paul Hildebrandt

Seit geraumer Zeit streben die Städte eine Änderung der Verwaltung an den von ihnen errichteten höheren Schulen an. Eine Denkschrift des Städtetages, die im vorigen Jahre erschien, stellte Forderungen auf, die auf eine Kommunalisierung der Schulen hinausliefen. Eine amtliche Verlautbarung der Zentralstelle des Deutschen Städtetages faßt sie kurz in folgenden allgemeinen Grundsatz zusammen: „An die Stelle der jetzt nur so genannten Staatsaufsicht, die tatsächlich eine unmittelbare Verwaltungstätigkeit der Staatsbehörden bedeutet, muß mit Ausnahme der im einzelnen aufzuzählenden sogenannten ‚inneren Schulangelegenheiten', die Beschränkung auf eine wirkliche Staatsaufsicht treten." Deshalb soll bestimmt werden, daß die von den Gemeinden unterhaltenen Schulen Gemeindeanstalten sind, daß die Lehrer Kommunalbeamte sind. Der Staat schreibt Lehrpläne, Stoffe, Ziel, Ordnung des Unterrichts vor und erläßt Vorschriften über die Schulzucht. Die Gemeindeverwaltung hat das Recht der Einsicht in den Unterrichtsbetrieb und der Teilnahme an den Revisionen; sie stellt die Lehrer an. Gegen Verfügungen des Staates steht ihr die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu.

Durch die Gewährung dieser Forderungen wären die höheren Schulen kommunalisiert. Es erhob sich daher aus Oberlehrerkreisen heftigster Widerspruch. Man wies darauf hin, daß das geltende Recht den Forderungen der Städte widerspräche, daß das Interesse von Erziehung und Unterricht erheische, daß die von den Städten erhobenen Forderungen sämtlich abgelehnt würden.

Der Kultusminister suchte zu vermitteln. In langen Verhandlungen mit den Städten wurde erreicht, daß sie namentlich die Forderung fallen ließen, die Schulen sollten Gemeindeanstalten, die Lehrer Kommunalbeamte werden. Der Weg zur Verständigung wurde durch Einrichtung von „Schulausschüssen" gefunden, die überall eingeführt werden sollen. Ihnen konnten, da sie einerseits

von der Stadt, anderseits aber vom Staat eingesetzt werden, bestimmte Rechte zugebilligt werden, die man früher den Städten verweigert hatte. Sie sind in diesen Tagen in der neuen Verwaltungsordnung festgesetzt worden.

Die Schulausschüsse — früher Kuratorien genannt — bestehen aus dem Bürgermeister oder dessen Stellvertreter, drei Magistratsmitgliedern, drei Stadtverordneten und zwei bis vier Bürgern (auch Frauen), ferner den Direktoren der höheren Lehranstalten bis zur Höchstzahl von drei. Seine wichtigsten Befugnisse sind einmal die unzweifelhaft „äußeren" Angelegenheiten, also Beaufsichtigung der Gebäude, Bereitstellung der Mittel, Freistellenbestimmungen und so weiter, außerdem kann die staatliche Schulbehörde über Nebenbeschäftigung der Oberlehrer, soweit sie über vier Wochenstunden hinausgeht, nur im Einverständnis mit dem Schulausschuß bestimmen und ebenso auch nur Urlaub über vier Wochen bewilligen; zur Bewilligung von mehr als sechs Monaten bedarf es der Einwilligung des Stadtvorstandes. Der Vorsitzende oder ein schultechnisches Mitglied der Stadtverwaltung ist berechtigt, den Lehrstunden als Zuhörer beizuwohnen, der Vorsitzende oder städtische Schuldezernent kann an Revisionen zuhörend teilnehmen. Der schriftliche Verkehr zwischen Direktor und staatlicher Schulbehörde geht mit Ausnahme von Eilsachen, Berichten über Studienreferendare und Schulamtsbewerberinnen, Prüfungssachen und Disziplinarangelegenheiten durch die Hand des Vorsitzenden. Endlich hat der Vorsitzende oder sein Stellvertreter Sitz und Stimme bei Reife- und Schlußprüfungen.

Wie man sieht, ist hier der Mitwirkung der Schulausschüsse, die zum größten Teil aus städtischen Vertretern bestehen und namentlich der ihres Vorsitzenden ein weiter Spielraum gegeben, aber allerdings sind bei weitem nicht die Forderungen erfüllt, die der Städtetag aufgestellt hat. Es ist ein Kompromiß, geschlossen unter der Erwägung, daß die von den Städten betonten privatrechtlichen Gesichtspunkte soweit berücksichtigt werden müßten, als die Lebensbedingungen der Erziehung und des Unterrichts dies zulassen. Es geschieht in unserem Schulleben, namentlich, wenn man an die gleichzeitige Einführung der „Elternbeiräte" denkt, der Ruck nach links, der auch im politischen sich in weit größerem Ausmaß als notwendig und richtig erwiesen hat.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gründe für die Ansicht der Städte, daß ihnen im höheren Schulwesen größere Rechte eingeräumt werden müßten, durchaus nur auf dem Gebiet der „äußeren" Angelegenheiten liegen. Die Städte zahlen, also müssen sie nach landläufiger Ansicht auch die Rechte eines Hausherrn besitzen. Dabei vergessen sie nur, wie Louis *) in einer vortrefflichen Darlegung ihnen nachweist, daß Schulen etwas anderes sind als andere städtische Einrichtungen, als eine Gasanstalt o. ä. Diese sorgt nur für das Wohl der Stadtbürger; jene aber fassen in ihren Wirkungen weit über den Bereich der Stadt hinaus: sie dienen der nationalen Kultur überhaupt, sie machen aus den Schülern Staatsbürger, sie wirken für das große sittlich-geistige Band, das uns alle, in welcher Gemeinde wir auch leben, aneinander hält und zu einem Volk zusammenschmiedet. Darum kann auch der Lehrerstand, der diese Aufgabe zu erfüllen hat, niemals aus Kommunalbeamten bestehen, und von hier aus gewinnt die Forderung auch der Gemeindeschullehrer, daß sie Staatsbeamte werden wollen, eine neue Beleuchtung.

Dieser Gesichtspunkt, der also sozusagen die „inneren" Angelegenheiten der Schule betont, darf nicht vergessen werden, wenn man die Lage der höheren Schulen den Städten gegenüber betrachtet. Wenn diese nationale Aufgabe in Gefahr gerät, geschädigt zu werden, dann müssen dieser Aussicht gegenüber die privatrechtlichen Forderungen schweigen: es geht um höhere Güter. Gewiß ist zuzugeben, daß die höheren Schulen, die die Städte gegründet haben und unter-

*) Städtisches Schulrecht und inneres Leben der höheren Schule. Quelle und Meyer 1918.

halten, an Stellen, an denen der Staat versagte, vortrefflich abgeschnitten haben: der Initiative der Stadt sind eine Reihe von Reformen zu verdanken, die befruchtend auf das Schulleben überhaupt gewirkt haben — ich denke da an die „Reformschulen", an die Versuche mit „Begabtenklassen" usw. Trotzdem muß es dabei bleiben, daß wo das Lebensinteresse von Erziehung und Unterricht sich einer Ausdehnung städtischer Rechte hindernd in den Weg stellt, das erste entscheidet. Denn — und das darf nicht vergessen werden — das wichtigste Recht in den „inneren" Angelegenheiten der Schule, das Recht der Ernennung von Lehrern und Leitern, steht den Städten ja schon längst zu. Sie haben es also durchaus in der Hand, durch Männer ihres Vertrauens das innere Leben der Schule entscheidend zu beeinflussen. Dies Recht geht so weit, daß die Gemeinden in der Lage sind, sich die besten Kräfte jederzeit zu sichern, und die besonderen Anreizmittel, die ihnen dazu zu Gebote stehen, namentlich also die Bewilligung eines höheren Gehalts, als es der Staat gibt, verfehlen ihre Wirkung nicht.

Wie steht es nun mit den den Städten durch die neue Verwaltungsordnung eingeräumten Rechten? Zu allererst muß darauf hingewiesen werden, daß überall, wo es sich um großstädtische Verhältnisse handelt, sie von der Neuordnung wenig berührt werden. Der Stadtschulrat einer Großstadt, geschweige denn der Oberbürgermeister hat viel zu viel Verwaltungsgeschäfte zu erledigen, um sich noch eingehend mit dem Unterricht in den verschiedenen höheren Lehranstalten beschäftigen zu können. Selbst bei den Revisionen wird er schwerlich immer erscheinen können — vorausgesetzt, daß sie nach dem Kriege überhaupt wieder aufleben. Kommt er aber wirklich, so wird es ihm einigermaßen peinlich sein, immer nur als Zuhörer ihnen beiwohnen zu können. Schon deshalb wird er also nicht oft bei den Besichtigungen zugegen sein. Anders wird das natürlich in den Mittel- und kleineren Städten sein. Hier wird es sich der Bürgermeister schwerlich nehmen lassen, an dem Unterricht und den Revisionen teilzunehmen. Im kleineren Kreise liegen auch die Reibungen näher: hier tritt das persönliche Element mehr in den Vordergrund, Sympathien und Antipathien spielen eine größere Rolle — es läßt sich nicht sagen, wie hier die Neuerung wirken wird. Der Optimist wird behaupten, daß bei freundschaftlichem Entgegenkommen ein Zusammenstoß sicher nicht erfolgen wird, bei Schikanen von seiten des Stadtoberhauptes aber der ruhige, sein Recht wahrende Direktor kraft der beherrschenden Stellung, die er sich in seiner Stadt erobern wird, auch ihm gegenüber nicht den kürzeren ziehen wird. Er wird darauf hinweisen, daß wenn der Bürgermeister ihm Vorhaltungen machen will, er in der Lage ist, diese abzuweisen und zu verlangen, daß die Angelegenheit im Schulausschuß zur Sprache gebracht werde; dort aber wird er bei ungerechtfertigten Angriffen eine Stütze an seinen Mitbürgern finden. Der Pessimist wird darauf aufmerksam machen, daß auch der ruhigste Direktor oder Oberlehrer in Harnisch geraten muß, wenn er den Besuch des Bürgermeisters täglich und stündlich zu erwarten hat, und daß es nicht erfreulich ist, wenn nach einer schlechten Zensur des Sohnes eines einflußreichen Stadtvaters nun der Klassenlehrer seines Lebens in den Stunden, die er zu geben hat, infolge solcher Besuche nicht mehr sicher ist. Hier zeigt sich eben — wird er sagen — daß letzten Endes bei dieser Lage der Dinge die Schule und ihre Interessen leiden müssen: entweder wird der Lehrer, um der Bedrängnis zu entgehen, den betreffenden Schüler bevorzugen, oder es wird der Zusammenstöße kein Ende sein. Bei den Revisionen aber wird — vorausgesetzt, daß der Provinzialschulrat sie vornimmt — der eigentlich wesentliche Teil, nämlich die Besprechung der Fehler, die gemacht worden sind, in die Konferenz verlegt werden, von der der städtische Beamte ausgeschlossen ist.

Diese Eventualitäten zeigen, daß es bei der Durchführung der neuen Verwaltungsordnung im wesentlichen auf normale Verhältnisse zwischen Bürgermeister und Schule ankommt. Wo von vornherein Animosität herrscht, da werden auch in Zukunft Zusammenstöße sich ereignen. Darin wird die Neuordnung keinen Wandel schaffen: Personenfragen sind hier letzten Endes das Entscheidende.

Daß weiter der Verkehr zwischen Direktor und Provinzialschulkollegium durch die Hand des Schulausschußvorsitzenden geleitet wird, ist eine außerordentlich einschneidende Maßregel — um so mehr, als es diesem freisteht, Aeußerungen zu den einzelnen Gegenständen abzugeben und die Angelegenheiten im Schulausschuß zur Sprache zu bringen. Hier liegt, nachdem die wichtigsten Gebiete vom „Durchgangsverkehr", wie schon erwähnt, ausgeschlossen sind, eine Gefahr darin, daß der Bürgermeister nicht nur Einblick, sondern auch Mittel und Wege erhält, gewisse angestrebte Maßregeln, die zwar zum besten der Schule, aber scheinbar nicht zu dem der Stadt, etwa des Stadtsäckels sind, zu verhindern. Auch solche Eventualitäten werden in kleineren Städten viel häufiger auftreten, da dort die finanziellen Verhältnisse viel enger sind als in den größeren.

Endlich hat das Provinzialschulkollegium über mehr als vierwöchigen Urlaub und Nebenbeschäftigungen der Oberlehrer, soweit sie über vier Wochenstunden hinausgehen, „im Einverständnis mit dem Schulausschuß" zu befinden. Das bedeutet natürlich, daß es nicht imstande ist, etwas zu bewilligen, wenn nicht der Schulausschuß seine Einwilligung gegeben hat. Hier liegt die Gefahr auf der anderen Seite: die Oberlehrer könnten bei dem engen Zusammenhang, den die kleine Stadt gibt, versucht sein, Beziehungen, die sie außer der Schule begonnen haben, für ihre eigenen Wünsche auszunützen. Die rein menschliche Folge gewonnener Freundschaften zu maßgebenden Persönlichkeiten in der Gemeinde würde auch hier zu einer Schädigung reiner Schulinteressen führen können. Allerdings spricht das Provinzialschulkollegium das letzte Wort, indessen wird, wie wir gleich sehen werden, im allgemeinen die Entscheidung in der Stadt doch sozusagen die letztinstanzliche sein. Ein Gutes wird allerdings in der Möglichkeit des Widerspruches der staatlichen Behörde liegen: es ist durchaus möglich, daß nach dem Kriege eine ganze Reihe neuer Schulen — Handelsschulen usw. — gegründet werden. Es liegt dann im Interesse der Gemeinden, diese durch Mehrbelastung von Oberlehrern für sich weniger kostspielig zu gestalten; da würde das Provinzialschulkollegium einen wirksamen Schutz für sie bilden können. Anderseits darf man nicht vergessen, daß nach diesem furchtbaren Kriege gerade die Oberlehrer in weit höherem Maße als sonst auf Nebenverdienst werden angewiesen sein. Unvernünftige städtische Weigerungen, ihnen solchen zu erlauben, würden schwere Schädigungen im Gefolge haben.

Die Folgen der neuen Ordnung lassen sich nach alledem nicht übersehen. Eins aber kann schon heute gesagt werden: Provinzialschulkollegien werden noch mehr ausgeschaltet sein als früher und mehr reine Verwaltungsbehörden werden. Ihnen ist in den genannten Fällen das Berufungsrecht entzogen; so werden sie keine Neigung haben, sich mit ihnen zu befassen, namentlich wenn sie annehmen müssen, daß sie doch nichts ausrichten können. Diese Stellung den Städten gegenüber wird sie zur äußersten Vorsicht auch in anderen Angelegenheiten mahnen.

Ein Weiteres steht in Aussicht: wenn die Neuordnung in den kleinen Städten nicht eine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Verhältnisse zwischen den Schulen und den städtischen Beamten bringt, oder wenn der ebenfalls mögliche Fall eintritt, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Lehrerkollegium und städtischen Beamten zum Schaden der Schule ausschlagen, so wird der Staat dazu gedrängt, die in Frage stehenden Schulen zu verstaatlichen. Die Neigung, in einer allgemeinen Verstaatlichung der höheren Lehranstalten den richtigen Weg zu sehen, ist in weiten Kreisen, auch der Oberlehrer, verbreitet; sie hat aber auch, abgesehen von der daraus folgenden starken Belastung des Staatssäckels, ihre Schattenseiten. Aber wenn an den Stellen, wo nur durch diese Maßregel gedeihliche Verhältnisse zu erreichen sind, der Staat eingreift, so wird dagegen nichts einzuwenden sein.

Der Minister hat in der Einleitung betont, daß die „inneren" Angelegenheiten der Schulen nach wie vor dem Staat und seinen Organen unterstehen, weiter, daß aus der hervorragenden Stellung des Vorsitzenden des Schulausschusses, der ja zugleich der Bürgermeister ist, nicht geschlossen werden darf, daß

er der Vorgesetzte der Oberlehrer und Direktoren wird, er hat betont, daß Entscheidungen über Urlaub, Nebenbeschäftigungen und Auswärtswohnen nur aus sachlichen Gründen heraus erfolgen dürfen, und er hat endlich noch einmal deutlich darauf hingewiesen, daß die neue Verwaltungsordnung einen Versuch darstellt. Man erkennt, daß er sich der Bedeutung seines Entgegenkommens den Städten gegenüber bewußt war und daß er auf loyale Durchführung bei ihnen hofft. Nur dann werden die Reibungen, die bis jetzt, auch in größeren Städten so oft erfolgten, aufhören, wenn die Städte, selber mit dem Erlangten zufrieden, großzügig wie ihre Rechte so auch ihre Pflichten den Schulen gegenüber wahren und wenn sie den neuen Geist, mit dem der Staat ihnen entgegenkommt, nun auch ihrerseits betätigen.

# Vlamen und Flaminganten

Von Dr. Hans Witte

Die Vlamenfrage ist eines der verwickeltsten Nationalitätsprobleme. In ihr ist soviel Unsicherheit und Schwanken, weil das Vlamenvolk selber nicht als geschlossene Einheit zusammensteht. Nichts ist verkehrter als die Meinung, das flämische Volk hätte sich den Verwelschungsmaßnahmen der belgischen Regierung wie ein Mann widersetzt. Diese Maßnahmen hätten nun und nimmer solchen Erfolg haben können, wenn ihnen nicht große Teile der Bevölkerung lau und teilnahmlos gegenübergestanden, nicht wenige geborene Vlamen sogar tätigen Vorschub geleistet hätten.

Das Ergebnis, über das wir uns keinen Täuschungen hingeben dürfen, ist denn auch das, daß bei unserem Einmarsch in Belgien das Vlamenvolk in fortschreitender Verwelschung begriffen war und daß auch jetzt noch — unter der deutschen Militärverwaltung und trotz der Abwesenheit der belgischen Regierung — starke die Verwelschung fördernde Strömungen an der Arbeit sind.

Soll das Vlamentum gerettet werden, so ist es die höchste Zeit, daß etwas wirklich Durchgreifendes geschieht. Mit der Errichtung einer flämischen Universität, mit dem Erlaß von Schul- und Sprachverordnungen, zumal wenn sie nicht streng und rücksichtslos durchgeführt werden, ja selbst mit der Verwaltungstrennung ist es nicht getan, so notwendig und zweckmäßig jeder dieser Schritte war, wenn nicht gleichzeitig den immer noch vorhandenen übermächtigen Französierungsströmungen entschlossen und planmäßig der Boden abgegraben wird.

Es hat seine Bedenken, daß dieses Werk jetzt im wesentlichen durch uns, die wir der großen Masse der flämischen Bevölkerung noch immer als „der Feind" gelten, geleistet werden muß. Aber es geht nun einmal nicht anders. Denn das Vlamentum selber ist schon längst viel zu wenig Herr seiner eigenen Geschicke, ist im Innern schon viel zu geschwächt und zerklüftet, um aus eigener Kraft den Weg zur völkischen Erneuerung wiederfinden und vor allem mit Erfolg auf ihm beharren zu können.

Es ist nun einmal nicht anders, und jeder, der mit diesen Dingen zu tun hat, wird sich mit der übeln Tatsache abfinden müssen, daß die bewußt flämisch Gesinnten, die sogenannten Flaminganten, innerhalb der flämischen Bevölkerungsmasse nur eine Minderheit darstellen. In der überwältigenden Zahl der Gleichgültigen, ja sogar bis in die Kreise der eigentlichen Flaminganten ist die belgische Staatsgesinnung entschieden mächtiger als der flämische Volksgedanke. „Wie kann man flämisch sprechen?" hört man wieder und wieder von geborenen Vlamen, namentlich der städtischen Bevölkerung. „Flämisch ist doch nur ein

Patois!" Ein Patois noch dazu, das offenkundig in Belgien dem Fortkommen und vor allem dem Aufsteigen in Beamtenschaft und Gesellschaft nicht nur hinderlich ist, sondern es geradezu unmöglich macht. Vorsorgliche Eltern lassen darum besonders in Brüssel, aber längst nicht allein dort, ihre flämischen Kinder vielfach nur französisch sprechen, um sie von vornherein von der Last des flämischen Sprachballastes frei zu halten und ihnen die Möglichkeit erfolgreichen Aufsteigens in Belgiens Staat und Gesellschaft zu eröffnen.

So ist französische Sprache und französisches Wesen in Belgien unter den Vlamen das unbedingt erforderliche Mittel geworden, ohne das es ein Aufsteigen im staatlichen und gesellschaftlichen Leben einfach nicht gibt. Es erscheint den Vlamen geradezu als ein unentbehrliches, ja als das allerunentbehrlichste Mittel und Werkzeug und die Grundlage allen Fortschrittes. „Was sind wir ohne unser Französisch?" hört man sie oft sagen in der leider nur zu richtigen, manche bedrückenden Erkenntnis, wie weit sie mit der alleinigen Beherrschung ihres angestammten „Patois" kommen. Die deutschen Bestrebungen des Eindämmens der französischen Sprache, zumal ihrer Beseitigung in den Volksschulen erscheinen unter diesen Voraussetzungen den nicht tiefer Blickenden — und das ist die große Mehrheit — als eine Beraubung des flämischen Volkes am unentbehrlichsten Mittel des Fortschritts und der Kultur.

Durchaus Bürger zweiter Klasse und ohne Kenntnis des Französischen von jeglicher, auch der geringsten Staatsanstellung ausgeschlossen, zeigten gleichwohl in diesem Kriege die Vlamen eine selbstverleugnungsvolle Staatstreue, wie sie nur bei so echten Germanen denkbar ist. Sie leiden und bluten für den Staat, der sie mit planmäßiger Absichtlichkeit unter die Füße tritt. Sie treiben die Staatstreue bis zur Selbstvernichtung.

Denn es ist immerhin doch nur ein kleiner, jedenfalls bei weitem nicht der überwiegende Teil der Flaminganten, der das Verschulden des belgischen Staates an dem größten ihm einverleibten Volkstum klar erkannt hat und seine Stellung zu diesem Staate danach einrichtet. Er gibt sich keiner Täuschung mehr darüber hin, daß vom belgischen Staate nach seiner ganzen Vergangenheit eine aufrichtige Förderung des Vlamentums nun und nimmer zu erwarten ist, sondern nur Feindschaft und Unterdrückung — im besten Falle versteckte. Dieser Teil der Flaminganten ist logisch genug, die Verkoppelung der Vlamen mit den Wallonen im belgischen Staate offen als ein Unglück anzuerkennen. Vom belgischen Staatsgedanken hat er sich bewußt losgesagt.

Diese tiefgehenden Unterschiede im Schoße des Vlamentums sind die Ursache, daß Urteil und Stellungnahme der Vlamen zu den vlamenfreundlichen Maßnahmen der deutschen Verwaltung so unglaublich auseinanderklaffen. Von den Franskillons, die ihrem inneren Wesen nach nicht mehr dem Vlamentum zuzuzählen sind, die uns als vollendeter Übergang des Vlamentums zum französischen Wesen schon durch ihr bloßes Dasein den Verwelschungsprozeß des Vlamenvolkes vor Augen führen, können wir füglich schweigen. Doch nicht nur sie, auch die große Masse der völkisch gleichgültigen, jedoch mit belgischer Staatsgesinnung erfüllten Vlamen stehen den flämischen Bestrebungen keineswegs freundlicher gegenüber, seitdem sie sehen, daß sie vom „Feinde" gefördert werden. Es wird behauptet, daß z. B. in Antwerpen seitdem mehr französisch gesprochen würde. Das würde, falls es zutreffen sollte, nur dadurch zu erklären sein, daß die Zweisprachigen oder doch ein merklicher Teil davon sich auf die Anwendung des Französischen beschränken, seitdem ihnen das Flämische durch die Parteinahme des „Landesfeindes" einen unangenehmen Beigeschmack bekommen hat.

Auch der Teil der belgisch gesinnten Flaminganten, die man die „Passivisten" nennt, weil sie gehorsam dem von Le Havre ausgegebenen Stichwort an der Vlämenfrage während der Dauer des Krieges nicht rühren wollen, weist das deutsche Eingreifen in die belgischen Sprach- und Nationalitätsverhältnisse scharf und unversöhnlich zurück. Er will von dem „blutigen Eroberer" keine Geschenke annehmen und findet die ganze Vlamensache durch seine Parteinahme kompromittiert und geschädigt.

So bleiben nur die „Aktivisten" übrig, d. h. die Flaminganten, die es trotz der Regierungsparole für geboten erachten, die Vlamensache während des Krieges zu vertreten und zu fördern. Auch unter ihnen gibt es nicht wenige, die dennoch am belgischen Staate festhalten. Sie lassen sich unsere gesetzgeberischen Maßnahmen, die Vervlamschung der Genter Universität u. a. m. gefallen, obgleich sie von uns kommen. Sie würden das Gleiche auch von Franzosen, Engländern oder selbst vom Teufel, wie es schon ausgesprochen wurde, annehmen, wenn eine Möglichkeit bestünde, es von ihnen zu erhalten.

Einzig und allein die extremste jungflämische Gruppe arbeitete von vornherein mit vollem Zielbewußtsein mit uns zusammen in der Ueberzeugung, daß Heil und Rettung der Vlamen niemals in einem wiederhergestellten Belgien, sondern nur von einem siegreichen Deutschland kommen kann. Die Stärke dieser Gruppe besteht darin, daß sie die Stelle, von der einzig und allein dem Vlamentum eine starke und aufrichtige Hilfe werden kann, richtig erkannt hat und ganz folgerecht, ohne sich durch Verhetzung und den auf dem ganzen Lande lastenden Terrorismus schrecken zu lassen, danach ihre Stellung wählt. Der belgische Staat hat in den 85 Jahren seines überwiegend friedlichen Bestehens nicht aufgehört, das Vlamentum zu verfolgen und zu unterdrücken. Deutschland dagegen hat in den kurzen Jahren der kriegerischen Besetzung des Landes, umtobt vom Lärm des größten Weltbrandes und auf allen Seiten von übermächtigen Feinden bedroht, noch die Zeit gefunden, Bollwerke für das Vlamentum aufzurichten, wie sie das Volk in den 85 Jahren belgischen Staatslebens vergebens erstrebt und ersehnt hatte und auch bei längerem Bestehen dieses Staates — darüber gibt es keinen Zweifel! — niemals erlangt haben würde. Welcher wirklich volksbewußte und bis auf den Grund der Dinge blickende Vlame konnte da noch zaudern und schwanken?

Für sie wurde es zur heiligen Pflicht, die durch unser Vorgehen gebotene Gelegenheit, wohl die letzte vor dem sonst unausbleiblichen Untergang, zu ergreifen. Denn, darüber können weder sie noch wir uns täuschen, ohne Mitwirkung des Vlamentums oder doch wenigstens beträchtlicher flämischer Volksteile kann es selbst der stärksten, zielbewußten deutschen Kraft nicht gelingen, das vom Welschtum fast schon in lebensgefährlicher Weise überwucherte Vlamentum wieder in die Höhe zu bringen. Ein Volk, das sich nicht retten lassen will, kann kein Gott retten!

Und wenigstens die Vlamen, die durch ihre Anpassung an französische Sprache und Art die großen Vorteile gewonnen haben, die der belgische Staat in der Beamtenlaufbahn auf solche Anpassungsfähige beschränkt; die im gesellschaftlichen oder geschäftlichen Leben dadurch in die Höhe gekommen sind, — diese Vlamen wollen überwiegend nicht, daß ihr Volk gerettet werde. Es liegt in der menschlichen Natur, daß keiner auf mühsam errungene Vorteile leichten Herzens verzichtet oder einen Zustand herbeisehnt, der ihm größeren Mitbewerb schafft. Bewußt oder unbewußt ist darin der Grund zu suchen, daß viele Vlamen keine Änderung des früheren Zustandes wünschen. Andere haben sich stumpf und dumpf mit dem bestehenden Zustand abgefunden. Nach 85 Jahren belgischen Staatslebens mit seinen für das Vlamentum geradezu verwüstenden Wirkungen glauben sie an keinen Wandel mehr. Jeder Versuch, ihn dennoch herbeizuführen, erscheint ihnen völlig aussichtslos und, wenn er sich gar auf den „Landesfeind" stützt, verräterisch und verabscheuenswürdig. Auch ein künstlich gebildeter Staat kann, zumal wenn er so folgerichtig verfährt, wie Belgien den Vlamen gegenüber, in 85 Jahren eine Tradition schaffen, die sich als Macht erweist. Das hat man im Anfang dieses Jahres gesehen, als die Selbständigkeit Flanderns ausgerufen wurde. Ein Wutgeheul durchtobte die Straßen der flämischen Städte. Franskillonistischer Renegatenhaß, verletztes belgisches Staatsempfinden und nicht zuletzt Haß und Wut gegen die deutschen Beschützer Flanderns reichten einander die Hand. Ehre den Tapferen, die auf Flanderns Boden Flanderns Recht zu vertreten wagten!

Eine Tatsache leuchtete doch über dem Lärm und Getöse dieser Tage, die Gewißheit, daß der Idealismus im flämischen Volke trotz allem noch nicht erstorben ist. Die Mitwirkung des Vlamentums ist da! Täglich zieht sie weitere Kreise, findet neue Kräfte bereit zu dem edlen Werk der Wiederaufrichtung eines zu Boden getretenen Volkstums. Wären es noch allein die Jungvlamen, so könnte das Werk leiden. Durch den Schein, als handle es sich in erster Linie um eine feindselige Gegenwirkung gegen seinen Staat, läßt sich heute noch mancher belgisch gerichtete Flamingant zurückhalten, dem die mit den Deutschen zusammenarbeitenden Volksgenossen als Landes- und Hochverräter gelten. Doch die Zahl der „Aktivisten" steigt unaufhaltsam unter den belgisch denkenden Flaminganten und damit auch die Zahl der Vlamen, die ein Zusammenarbeiten mit uns nicht scheuen. Daneben bleiben die Jungvlamen rüstig am Werk, das ihrer vorwärtsdrängenden Kraft nicht entraten kann.

Aus diesem Zusammenwirken von Deutschen und Vlamen muß einmal dem Germanentum Heil ersprießen. Das Gezeter der Terroristen, die der in Le Havre ausgegebenen „lateinischen" Parole blindlings folgen, läßt es erhoffen. Oder wird die unglückliche Wendung der Dinge nun alle diese verheißungsvollen Keime verkümmern lassen?

# Wandlungen

Die innerpolitische Neuorientierung — der Begriff kommt jetzt zu Ehren — ist personeller und sachlicher Natur. Während unaufhaltsam die Vertreter des ancien régime — im Reiche, in Preußen, im Reichsland, bald wohl auch in den Einzelstaaten — einer nach dem anderen das Feld räumen, mögen sie nun im persönlichen Kabinett, in militärischen Kommandostellen oder in der eigentlichen Verwaltung ihres Amtes gewaltet haben, sind auch gewisse Änderungen des geltenden Verfassungsrechts erforderlich geworden, um dem neuen Geist seine Wirkungsmöglichkeit zu sichern.

Wir haben vor einer Woche dargelegt, daß es sich bei dem Übergange zum neuen System um eine politische Notwendigkeit handelt, wie wir das vom gleichen Wahlrecht von Anfang an betonten.

In der Wahlrechtsfrage hat die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses aus ähnlichen Erwägungen um die zwölfte Stunde nachgegeben. Es ist nicht zu verlangen, daß die Konservativen heute schon mit der Parlamentarisierung sich abfinden sollen, aber schließlich wird ihnen auch hier nichts anderes übrig bleiben, wollen sie nicht in unfruchtbarer Opposition erstarren und aus dem Rahmen des Staatslebens herausfallen. Darin bestand ja der bewunderungswürdige politische Instinkt der englischen Tories, sich zu gegebener Zeit den veränderten Bedingungen des verfassungsrechtlichen Klimas anzupassen, was nicht ausschloß, daß man noch bis 1830 für das Kronrecht der freien Ministerernennung eingetreten ist. Die Zeichen der Zeit erkennen, das ist die große Kunst. Diese Zeichen künden den mit elementarer Sicherheit sich durchsetzenden Aufstieg des genossenschaftlichen Elements, der sich eben dem Stande der politischen Technik entsprechend nicht anders vollziehen kann, als durch eine Machtverstärkung des Parlaments, mag dieses Handwerkszeug auch noch so unvollkommen und fehlerhaft sein. Alle Argumente gegen die zutage liegenden Schwächen unserer Volksvertretungen in Aufbau und Wirksamkeit treffen nicht den Kern der Sache, der darin liegt, daß die Völker ihren

patriarchalischen Kindheitstagen unwiderruflich entwachsen sind und ihrem steigenden Bewußtsein vom Staate gesteigerte Rechte im Staate entsprechen müssen, will man nicht wider Naturgesetze freveln.

Gewiß, bei solchen psychologischen Massenprozessen, wie sie die Demokratisierung darstellt, wird — das liegt schon im Worte — das eigenartige Individuum vernachlässigt, aber wir sind des Glaubens, daß sich wahre Aristokratie auch unter Opfern durchzusetzen versteht, wenn sie ihren Namen mit Recht trägt. Diese Opfer sind zurzeit notwendig.

Von den beiden Kräften, die, nach der allein richtigen Anschauung, in engster Vereinigung alles geschichtliche Leben schaffen — denen des Individuums und der Gemeinschaft, steht, daran kann kein Zweifel sein, heute die zweite im Vordergrund. Es ist das der natürliche Rückschlag auf das Heroen-Zeitalter Bismarcks. Nicht nur der Gedanke des eigenartigen Individuums ist für das Volk Luthers, Goethes, Nietzsches, Bismarcks charakteristisch, auch der Genossenschaftsgedanke ist altgermanisches Gut. Wenn es wahr wäre, daß „die Tage der Parlamente, der Demokratien sich abwärts neigen", wie jüngst der bekannte Berliner Universitätslehrer Roethe wieder behauptete, so weiß man nicht, was er ohne atavistische Rückbildungen an ihre Stelle setzen will. Nein, wir können aus unserer Zeit nicht heraus, und wenn wir noch so sehr mit Surrogaten des „Volkswillens" wirtschaften müßten.

Wir wissen wohl, daß es in der Politik so wenig wie in der Religion ein Überzeugen gibt, und daß — Bismarck spricht einmal in den Gedanken und Erinnerungen davon — dieses Faktum unbewußt die bestehende Reizbarkeit verschärft, was dann dem homo politicus jenes Odeur verleiht, dessen sich jeder Privatmann schämen würde. Keine Zeit und kein Volk ist von dieser Berufskrankheit verschont geblieben. Das Deutschland von heute aber kann sie am wenigsten vertragen. Der erste Kanzler mochte von der Höhe seines Standpunkts über den Parteien noch halb ironisch über dergleichen Dinge urteilen, ruhte doch das Steuer des Reichs fest in seiner Hand trotz Dogmengezänk und Deklarantensturm. In der Gegenwart, wo uns die großen Führer fehlen und die Parteien selbst die Verantwortung übernehmen mußten, fällt ihre Uneinigkeit, der innerpolitische Hader ganz anders ins Gewicht. Dessen sollte sich jeder bewußt sein, der jetzt unseliger Parteipsychose seinen Tribut entrichtet.

Es wird zwar viel von nationaler Geschlossenheit geredet; aber die Wasser scheinen noch nicht hoch genug gestiegen, denn vorläufig leistet man sich trotz dergleichen Beteuerungen nach wie vor den Luxus gegenseitiger Anpöbelung und Verdächtigung, und scheut vor gelegentlichen Tendenzfälschungen nicht zurück, wie man bei vergleichender Zeitungslektüre fast jeden Tag beobachten kann.

Während so die inneren Voraussetzungen für das neue politische Leben noch bedenklich mangeln — die Schwierigkeiten der geistigen Umstellung dürfen allerdings auch nicht verkannt werden — macht die sozusagen technische Strukturveränderung auf dem Boden der Reichsverfassung schnelle Fortschritte.

Die Bildung des engeren Kriegskabinetts dürfte mit der Ernennung des Abgeordneten Haußmann ihren Abschluß erreicht haben, wenn der Zweck der ganzen Einrichtung gewahrt bleiben soll. Die nunmehr fünf Staatssekretäre ohne Portefeuille sind charakteristische Erscheinungen einer zum parlamentarischen Regime führenden Entwicklung; wir finden sie in ähnlicher Situation 1820 unter Ludwig dem Achtzehnten. Die engere Verbindung zwischen Parlament und Regierung soll überdies noch das Institut der parlamentarischen Unterstaatssekretäre verbürgen, die deshalb ebenfalls von eigentlicher Ressortarbeit entbunden bleiben.

Man beachte aber wohl den besonderen Charakter dieser Verbindung. Die erstgenannten parlamentarischen Funktionäre können nämlich nicht Mitglieder des Bundesrats sein. Was das bedeutet, werden wir gleich sehen. Den starken Widerständen, die sich in den Einzelstaaten und natürlich auch in den Reihen der „föderalistischen" Partei, des Zentrums, gegen die vermutete Aufhebung des

Art. 9 Abs. 2 R.V. erhoben [1]), ist es gelungen, diese Zitadelle des bisherigen Systems vorderhand noch zu erhalten. Wie wir schon vor einer Woche andeuteten, hat man einen Weg zur Umgehung der daraus sich ergebenden Schwierigkeiten gefunden. Eine Aufhebung des Art. 9 Abs. 2 — so heißt es in der Begründung zum Gesetzentwurf des Bundesrats vom 8. Oktober — kommt nicht in Frage, weil dadurch ein für den Aufbau des Reichs wesentlicher Grundsatz . . . verwischt werden würde, wonach Bundesrat und Reichstag sich als die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs unabhängig voneinander und gleichberechtigt gegenüberstehen. Da nun aber nach der Verfassung (Art. 9 Abs. 1) Kanzler und Staatssekretäre nur als Mitglieder des Bundesrats vor dem Reichstage erscheinen können, so wäre den parlamentarischen Ministern bei Aufrechterhaltung der bekannten Sperrbestimmung (Art. 9 Abs. 2) die Möglichkeit eines parlamentarischen Auftretens benommen, d. h. sie wären gleichsam von ihrem Lebensboden abgeschnitten. Diese Ungeheuerlichkeit beseitigt ein Zusatz zum Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878, wie ihn § 2 des oben erwähnten Entwurfs vorsieht, der besagt, daß die Vertreter des Reichskanzlers, zu denen von nun an — nicht nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden, sondern — auch jene ressortlosen Staatssekretäre bestellt werden können, im Reichstage auf Verlangen jederzeit gehört werden müssen — auch wenn sie nicht Mitglieder des Bundesrates sind.[2])

Eine weitere Gefahr, die den neuen Männern in der Regierung drohte, ist durch Aufhebung von Art. 21 Abs. 2 der R.V. beschworen, der bestimmte, daß Mitglieder des Reichstags ihren Sitz verlieren, wenn sie ein besoldetes Reichs- oder Staatsamt annehmen.

So wäre alles in schönster Ordnung? Äußerlich gewiß, innerlich ist das Problem aber keineswegs gelöst. Die Staatssekretäre ohne Portefeuille, so hat man nicht mit Unrecht gesagt, werden zwar Sprechminister, haben aber keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen des Bundesrats. Diesen könnten sie nur dadurch erlangen, daß man sie gleichzeitig zu preußischen Staatsministern ernennt, wie das bei bureaukratischen Staatssekretären seit jeher, zuletzt bei von Roedern und Wallraf, Übung war. Dann hätten sie Gelegenheit, die Instruktion der preußischen Bundesratsbevollmächtigten, und dadurch die Beschlüsse dieser Behörde selbst praktisch mit zu beeinflussen.

So wie die Dinge jetzt liegen, ist ein Kompromiß geschaffen mit allen Folgen eines solchen. Nach wie vor gibt es, um es ganz kraß auszudrücken, zwei „Regierungen" oder jetzt eigentlich drei, nämlich 1. die Staatssekretäre ohne Portefeuille, 2. die bisherige „Reichsleitung" (Kanzler und Ressortminister) und 3. das Plenum des Bundesrats, aber der Bundesrat ist die größeste unter ihnen. Unter den vielen Farben dieses verfassungsrechtlichen Chamäleons leuchtet doch am stärksten diejenige, bei der es als „gemeinschaftliches Ministerium" (Bismarck) der Verbündeten Regierungen, als Träger ihrer obrigkeitlich gebildeten und gerichteten Herrschgewalt erscheint, neben der die später ausgewachsenen und zugewachsenen beamtlichen Organe (Kanzler und Staatssekretäre) eben nur die bescheidene Rolle einer „Reichsleitung" spielen sollten, neben der für ein parlamentarisches Reichsministerkollegium, das nach dem Gedanken des Einheitsstaats gravitiert, nun schon gar kein Raum ist. So sehen wir an der entscheidenden Stelle des Reichsorganismus, wo vor allem klare Verhältnisse herrschen sollen, eine organische Überladung, die auf die Dauer mit Notwendigkeit eine einseitige Lösung heischt, was ohne Sieg auf der einen, Niederlage auf der anderen Seite eben nicht zu erreichen ist.

---

[1]) Vgl. Heft 42. S. 71.

Die „Nordd. Allg. Zeitung" stellt zwar einen offiziellen Schritt im Schoße des Bundesrats in Abrede. Doch war die Stimmung namentlich Sachsens und Bayerns — wo man um die Reservatrechte bangte — ganz deutlich zu erkennen.

[2]) Dieser Zusatz, der wunderlicherweise im Entwurf vom 8. Oktober, so wie er der Presse zuging, fehlt, enthält den Kernpunkt der Angelegenheit.

. Wollte man die Linie innehalten, die der Erlaß vom 30. September andeutet, so konnte auch Art. 11 der R.V. nicht mehr in seiner bisherigen Form bestehen bleiben. Bei der Schicksalsfrage der Kriegserklärung und des Friedensschlusses muß künftig auch die Gesamtheit des Volkes in aller Form mitreden dürfen.

Geltendes Recht war, daß der Kaiser — in seiner Eigenschaft als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs — den Krieg zu erklären und Frieden zu schließen hatte mit zwei Einschränkungen: bei der Kriegserklärung war die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, außer wenn es sich um einen feindlichen Angriff handelte [3]) und am Friedensschlusse war der Reichstag dann beteiligt, wenn die Friedensverträge Gegenstände der Reichsgesetzgebung berührten, was die Regel war. Im ersten Falle erfolgte eine Mitwirkung des Reichstages nur insofern, als er bei der Beschlußfassung über die Aufbringung der zur Kriegführung erforderlichen Mittel die Stimme des deutschen Volkes zu Gehör bringen konnte, wie wir es am 4. August 1914 erlebt haben. Der am 15. September vom Bundesrat beschlossene Gesetzentwurf ändert nun Art. 11 der R.V. dahin ab, daß zur Kriegserklärung auch die Zustimmung des Reichstags erforderlich ist, und zwar nicht nur gewissermaßen nachträglich wie bisher, sondern a priori; ohne sein Votum kann, wie es in der Begründung heißt, künftig eine staatsrechtlich gültige Kriegserklärung überhaupt nicht zustande kommen. Ebenso wird für jeden die Reichsgesetzgebung berührenden Vertrag, mag es sich um Friedensverträge handeln oder nicht, nunmehr klipp und klar die Zustimmung des Parlaments obligatorisch gemacht, das völlig gleichberechtigt neben den Bundesrat tritt, während früher hier gemachte Unterscheidungen hinsichtlich der Mitwirkung beider legislativen Organe „zu einer Fülle von Streitigkeiten und Zweifeln Anlaß" gaben.

In Deutschland weiß jeder Mann und jede Frau, daß sich kein Monarch der ungeheuren Verantwortung, die auf ihm lastete, stärker bewußt sein konnte als Kaiser Wilhelm in den Julitagen 1914, gerade er aber war es, der neun Jahre zuvor dem Zaren geraten hatte, die Entscheidung über den Krieg mit Japan der Duma vorzulegen, weil es „ganz unmöglich ist, für einen sterblichen Herrscher, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen ohne die Hilfe und den Rat eines Volkes". Käme es nur auf den lauteren Willen der Krone an, so hätten wir gewissermaßen auch den Übergang zum Verfassungsstaate nicht nötig gehabt!

Bekanntlich gab es nun schon bisher eine Stelle, die legal die Verantwortung für die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu tragen hatte; es ist das nach Art. 17 der R.V. der Kanzler, das „verantwortliche Gesamtministerium des Reichs", wie ihn Laband genannt hat. Aber im Gegensatz zu den meisten Einzelstaaten fehlte es im Reich und Preußen an Ausführungsbestimmungen zum Zwecke einer praktischen Verwirklichung der Einrichtung, so daß man im Auslande der Ansicht war, der Minister des Deutschen Reiches könne nicht zur Verantwortung gezogen werden, und auch heimische Theoretiker diese als „Phrase" bezeichnet haben. Sicherlich mit Unrecht, denn als politisches Prinzip ist sie durchaus wirksam gewesen. Nunmehr soll ihr gesetzlicher Ausbau erfolgen, was also im Gegensatz zu den oben erörterten Wandlungen keine Verfassungsänderung erfordert. Es darf dabei erinnert werden, daß der Übergang zu parlamentarischer Regierungsweise die Regelung eines hochnotpeinlichen Verfahrens für die Ministerverantwortlichkeit eigentlich überflüssig macht, da die strengen Methoden des „impeachment" anderen Formen, die sich aus dem Begriff der Parteiregierung ergeben, gewichen sind.

Die schwierige Frage der kaiserlichen Kommandogewalt, der Stellung des Kriegsministers zu Militärkabinett und Generalstab sei als im engsten Zusammen-

[3]) In der „Germania" (Nr. 477 und 485) werden die Dinge völlig verwirrt und geradezu auf den Kopf gestellt durch die wiederholte Behauptung, nach Art. 11 Abs. 2 bedürfe ein deutscher Angriffskrieg der Zustimmung des Bundesrats.

hang mit den soeben behandelten Problemen stehend nur eben angedeutet, auf ihre Lösung wird noch viel Mühe verwandt werden müssen.

Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit. . . Man hat angesichts der jüngsten Ereignisse gesagt, das Werk Bismarcks sei im Abbruch begriffen. Ja, machen wir uns die Dinge klar ohne Sentimentalität, aber auch ohne frivolen Leichtsinn! Unser Heroenzeitalter ist vorüber. Das Haus, das sich ein Genie zum Wohnen und Walten einrichtete, bedarf eines Umbaus, nachdem neue Besitzer eingezogen sind. Die Verfassung des „kurzlebigen Militärstaates", wie Miquel sie bei ihrem Entstehen genannt hat, muß sich nach einem halben Jahrhundert den Bedürfnissen einer veränderten Welt anpassen. Auch in der auswärtigen Politik haben wir über Bismarck hinaus schauen gelernt. Kein redlicher Mann wird deswegen sich über den Meister erhaben dünken, kein Geschichtsschreiber es, wie man tendenziös behauptet, wagen, die ganze Bismarcksche Epoche nur als einen großen Irrtum zu erklären. Aber niemand vermag auch dem Rade der Geschichte in die Speichen zu fallen, wenn heute abermals ein „altes" Preußen von einer Stein-Hardenbergischen Reformzeit abgelöst wird.

# Neue Bücher

Hervorragende Vertreter der deutschen Philosophie betrachten sich als Anhänger und Fortbildner der Lehre Kants. Nachdem 50 Jahre lang in zahllosen Büchern über ihren wissenschaftlichen Gehalt gestritten worden ist, dringt mehr und mehr die — längst von einzelnen Forschern verkündete — Auffassung durch, welche die eigentliche Absicht Kants in der Aufdeckung nicht der psychologischen, sondern der logischen Grundlagen aller gegenständlichen Erkenntnis erblickt, daher in der Ergründung von Sinn, Geltung, Bedeutung, Rechtsanspruch, nicht aber von Sein und Entstehung, in der Lösung von axiologischen, nicht von ontischen und genetischen Problemen sieht. Diese transzendentalphilosophische, kritische Auslegung allein läßt Kants Philosophie als wahrhaft originale, von einem großen Gedanken getragene Leistung erscheinen, für die ihre gewaltige Wirkung zeugt; die eigentümliche geistige Einstellung, die, den Denkgewohnheiten des praktischen Lebens und der Naturwissenschaften fremd, für sie verlangt wird, macht, neben den bekannten Schwierigkeiten, die Kants Ringen um den Ausdruck der für seine Zeit neuen Gedanken hervorruft, zugleich verständlich, daß diese Deutung sich so schwer durchzusetzen vermocht hat.

Bruno Bauchs Werke über Immanuel Kant, sowohl das größere (Verlag von Göschen, Berlin und Leipzig. 1917, 475 S.) als das (in 2. verbess. Auflage vorliegende) Büchlein der Sammlung Göschen, werden solche kritische Auffassung befestigen. Was schon dieses auf Grund seiner musterhaften Erläuterung der viel mißverstandenen kritischen Grundbegriffe, so besonders des Apriori und des Transzendentalen, geleistet hat, ist in dem erstgenannten in breiterer, dadurch aber nur noch eindringlicherer Auseinandersetzung geboten: eine Darstellung des Kantischen Kritizismus als einer großartigen, von der Kritik der reinen Vernunft zur Kritik der Urteilskraft sich folgerichtig erweiternden und vertiefenden Grundlegung der Transzendentalphilosophie. Entscheidend für das Gelingen solcher Aufgabe ist einerseits die Bewältigung der terminologisch und sachlich schwierigen Begriffe, die Material und Werkzeug des Kantischen Gebäudes bilden, anderseits die klare Einsicht in den Bauplan des Ganzen. Beide Anforderungen erfüllt Bauch in rühmlicher Weise. Das erstere hat er durch nach-

drückliche Abwehr psychologistischer und metaphysischer Ausdeutungen der von Kant aufgesuchten „Bedingungen a priori" und durch eindrucksvolle positive Gestaltung und Bezeichnung des Sinnes seiner Kunstausdrücke aufs glücklichste erreicht; als Beispiele seien außer den oben erwähnten nur die lichtvollen Erklärungen der Begriffe der transzendentalen Idealität und der reinen Synthesis herausgegriffen. Die Erfassung der Idee des Ganzen aber wird dadurch gewährleistet, daß Verfasser in der Kritik der Urteilskraft von vornherein den Schlußstein des Kantischen Systems erblickt. Keineswegs aber stellt Bauch Kants Lehre von Anfang an vom Gesichtspunkt der höchsten Gipfel der Kritik der Urteilskraft dar, sondern er behält diese nur im Auge und verfolgt den von Kant selbst eingeschlagenen Weg, auf dem nach der mühsamen Durchschreitung der Kritik der reinen Vernunft und der gar nicht so einfachen Ethik gerade in der Kritik der Urteilskraft neben den bekannteren ästhetischen Fragen die großen Probleme der Besonderung der Naturgesetze, des Organismus und der Teleologie berührt werden, während erst von der letzteren aus zum Schluß ein Pfad zu jenen Höhen führt, die in Weltenweiten ahnungsvoll blicken lassen. Und diese Kanttreue ist nur zu loben; denn wenn Windelband treffend sagt: „Kant verstehen, heißt über ihn hinausgehen", so ist dies Hinausgehen für den Historiker, der den Leser zugleich zu eigenem Studium der Werke Kants befähigen will, ein anderes wie für den, der selbständig kritisch zu forschen unternimmt. Demgemäß hat Bauch als Historiker lediglich Kants kritische Gedankengänge klar herauszuarbeiten sich bestrebt, dogmatische Reste vorsichtig beiseite schiebend und Unausgeglichenheiten ebnend; einzig Kants mehrdeutigen, dogmatische Auffassungen herausfordernden Begriff des Dinges an sich hat er in beiden Büchern in eigener Weise entwickelt, indem er ihn als Einheitsgrund der besondern Erscheinung transzendentalphilosophisch zu begründen und in der Kritik der Urteilskraft zu verankern suchte.

So steht Bauchs Werk, das in der einleitenden Entwicklungsgeschichte der kantischen Philosophie scharfsinnig die Keime der kritischen Lehre aufdeckt und die erstaunlichen Leistungen des Naturforschers Kant mit besonderer Liebe behandelt, durch wissenschaftliche Gründlichkeit und Klarheit auf der Höhe der heutigen Kantforschung. Bei solcher Leistung erscheint es nebensächlich, daß ihr das Künstlerische und Weltmännische etwa der Darstellungsweise Kuno Fischers, die Geschmeidigkeit und der Schwung derjenigen Windelbands abgeht.

Wäre dieses Moment maßgebend, so würde das flüssig und leicht verständlich geschriebene, mit einer schönen Würdigung der Persönlichkeit Kants abschließende Büchlein Külpes („Aus Natur und Geisteswelt", 4. Auflage, herausgegeben von Messer. Verlag von Teubner, Leipzig u. Berlin) den Vorzug verdienen. Doch leider werden schon wichtige Grundlagen der Lehre Kants durch die Linse des Psychologen unzulänglich oder verkehrt wiedergegeben. Aber auch die Art, in der fortlaufend an den einzelnen Lehrstücken der Philosophie Kants von einem dieser fremden Standpunkte aus Kritik geübt wird, macht es unmöglich, daß der Leser von dem „größten Werke, das vielleicht je die philosophierende Vernunft einem einzelnen Manne zu danken gehabt hat" (W. v. Humboldt), einen zutreffenden Begriff gewinne. Dr. Heinrich Levy

**Paul Leusch, „Drei Jahre Weltrevolution".** S. Fischer, Berlin 1917. 221 S. Geh. 3,50 M.

Über den „Sinn" des Krieges werden die Zeitgenossen das letzte Wort nicht sprechen, doch ist ihr Streben nach ideeller Klarheit über das gewaltige Ereignis begreiflich. Früh schon hat man dementsprechend bei uns und im neutralen Auslande die „Ideen von 1914" denen von 1789 gegenübergestellt, und zu seinem jüngsten Regierungsjubiläum sprach der Kaiser von dem Kampfe zweier Weltanschauungen, hier der preußisch-deutsch-germanischen mit ihren Zielen: Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, dort der angelsächsischen mit ihrem Götzendienst des Geldes und dem Sklaventum der Völker im Dienste der angelsächsischen Herrenrasse.

Die Worte des Monarchen erinnern an die bekannte Formel Händler contra Helden, die Werner Sombart zum Titel seiner „patriotischen Besinnungen" gewählt hat. Gegen das feierliche Ethos dieser Betrachtungsweise gehalten, mutet die Prophezeiung nüchtern an, daß man dereinst vielleicht diesen Krieg als eine „unvermeidliche naturnotwendige Krise" begreifen werde, in der sich „das durch die Veränderung der Weltverhältnisse gestörte Gleichgewicht unter den Mächten der Erde nach heftigen Schwankungen wiederherzustellen sucht" (Otto Hintze) oder als „die wirtschaftliche und soziale Revolution", wie Walther Rathenau mit nicht mehr zu überbietender Kürze es jüngst ausdrückte. Und doch wird man über der kulturpolitischen Seite der Sache die „sehr realen Lebensinteressen der Völker und Staaten" nicht vergessen dürfen; die Gefahr einer Materialisierung des Problems ist dabei nicht so groß wie es zunächst den Anschein hat. Paul Lensch beweist die Richtigkeit dieser Behauptung.

Lensch, ehedem als Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung" der radikalsten einer, heute als Mitarbeiter der „Glocke" eine Hoffnung aller derer, die mit Sorge und Spannung die Wandlung der Sozialdemokratie zur Staatsbejahung verfolgen. Sein Bekenntnisbuch über den Sinn des Krieges und die Rolle des Deutschen Staates ein Trost und um so stärkerer Halt, seitdem der offizielle Führer der Partei es für richtig gehalten hat, zur alten, übrigens auch im Kriege unter Bethmann schon befolgten Devise: „Diesem Staate keinen Groschen" zurückzukehren und so die von Marx mit Recht gegeißelte Parteikrankheit des parlamentarischen „Kretinismus" wieder aufleben zu lassen. Auch Lensch ist Marxist. Schon der Titel seines neuen Buches verrät es, — der Krieg erscheint ihm im Bilde einer Revolution, der „größten, die es seit der Völkerwanderung und den Hunnenstürmen gegeben hat", — und im Mittelpunkte seiner Anschauung dieses elementarsten Ereignisses steht einer der berühmten Sätze „ökonomischer Geschichtsauffassung": vom Widerstreit der gesellschaftlichen Produktivkräfte mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder juristisch gesprochen Eigentumsverhältnissen. Aber er geht über Marx hinaus durch die Erkenntnis, daß jener Konflikt „sich keineswegs bloß innerhalb der einzelnen Völker vollzog, sondern auch zwischen den Völkern selber". Die dank reiferer kapitalistischer Organisation gewaltig gesteigerten Produktivkräfte des deutschen Volkes sahen ihre Wege versperrt angesichts der planetarischen Produktionsverhältnisse, die mit einer Umwandlung der Erdoberfläche in englisches, französisches oder russisches „Eigentum" verzweifelte Ähnlichkeit besaßen. Nicht erkannt zu haben, daß jenem von Marx gezeigten Konflikte im internationalen Rahmen eine „ganz neue" Bedeutung zukam, daß hier der deutsche Kapitalismus der „Träger einer höheren Form der Produktionsweise" darstellte im Gegensatze zu den „reaktionären" Interessen bei unseren Feinden, ist — nach Lensch — das Verhängnis der deutschen Sozialdemokratie gewesen. Daß darin auch ein Bankerott marxistischer Gedanken lag, wird bei Lensch mehr zwischen den Zeilen deutlich, der schwedische Genosse und akademische Politiker Steffen hat es rückhaltlos zugegeben. (Demokratie und Weltkrieg, Diederichs 1916).

An dieser Stelle bewahrheiten sich die von Lensch als Motto vorangestellten Hegelschen Worte: Wer die Welt vernünftig ansieht, den sieht sie auch vernünftig an. Weil die Marxisten der alten Schule die weltwirtschaftlichen Verflechtungen geflissentlich ignorierten, standen sie bei Beginn des Krieges vor einem Rätsel und mußten sich mangels zureichender Begriffe mit leeren Worten wie „Unsinn der Weltgeschichte" oder „Welt als Irrenhaus" behelfen.

Lensch stellt zwei auch sonst unterschiedene Stufen kapitalistischer Produktionsweise antithetisch gegenüber: auf der einen Seite die Periode des „anarchischen", unorganisierten Kapitalismus, mit dem Kennzeichen des individualistisch arbeitenden Einzelunternehmers, andererseits die Periode des organisierten Kapitalismus, dessen Merkmal die Konzentration von Industrie-, Handels- und Bankkapital und die damit zusammenhängende Erscheinung der Syndikate und Kartelle darstellt, in denen an Stelle individualistischer Anarchie ein oft nur zu fühlbarer, sozialistischer

Zwangswille trat. In der wirtschaftlichen Praxis entsprechen diesen beiden theoretischen Entwicklungsstufen des Kapitals: die Ära des Freihandels mit dem Grundsatz des „freien Spiels der Kräfte" und die des Schutzzolls, mit dessen Hilfe erst jene angedeuteten Zusammenschlüsse in Form des sogenannten „Finanzkapitals" und die Bildung von Kartellen in ihrer „geschichtlichen Bedeutung" sich vollziehen konnte. Als Heimatländer dieser Wirtschaftsformen stellt Lensch das England bis zum Weltkriege und das Deutschland seit der Rückkehr zum Schutzzoll (1879) einander gegenüber.

Die höhere Form der zweiten kapitalistischen Entwicklungsstufe liegt nun nach Lensch weniger in dem, was sie bisher schon darstellt, als was sie künftig darstellen soll. Denn in der monopolistischen Cliquenherrschaft der Kartelle mit ihrer rücksichtslosen Vergewaltigung des Kleinkapitalisten und Außenstehenden, mit ihren Sonderprofiten der Unternehmer auf Kosten der Allgemeinheit kann er unmöglich einen Fortschritt an sich erblicken. Soviele Vorzüge man auch für diese Wirtschaftsform ins Treffen führen kann, deren Entstehung an sich ja nichts Unnormales darstellt, die Schattenseiten, um deren Willen auch das neue Aktionsprogramm des Zentrums gegen die monopolistischen Syndikate Front macht, sind doch so deutlich erkennbar, daß schon noch etwas anderes hinzukommen muß, um die Institution dem Sozialisten schmackhaft zu machen. Und dieses andere ist die Tatsache, daß jene „unter dem Finanzkapital herangereifte Organisation der Arbeit . . . vollkommen in der Linie des geschichtlichen Fortschritts zum Sozialismus hin" gelegen ist, daß sie „die bewußte Vergesellschaftung aller in der heutigen Gesellschaft vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte" bedeutet. Noch verblieb zwar die „Herrschaft über die gesellschaftliche Arbeit in den Händen einer Oligarchie", der „Dreihundert Männer" Rathenaus. Um so mehr gilt es, „die gesellschaftliche Kontrolle über die nationale Arbeit, die hier erreicht war, von ihrer widerspruchsvollen Hülle zu befreien", was nur „durch Eroberung der Staatsgewalt" möglich sei. M. a. W.: eine nochmalige Entpuppung ist erforderlich, eine dritte Stufe des Kapitalismus gilt es zu erreichen, auf der die bereits durchgeführte Organisierung statt ihres noch unvollkommenen plutokratischen Charakters zu möglichster sozialer Vollkommenheit gesteigert erscheint. Die Lösung des Problems liegt wie gesagt in dem Machtverhältnis der sozialen Klassen im Staate. Hier aber wittert Lensch Morgenluft für die Ziele seiner Partei. Denn — und damit gelangen wir zu einer politischen Erscheinung von höchster Wichtigkeit — dieser Sozialist beurteilt den preußisch-deutschen Staat, dessen „obrigkeitliche" Schwächen er nicht entschuldigt, trotzdem keineswegs nach den Maßstäben der landläufigen liberalen Parteischablone. Ist doch der Individualismus der liberal-konstitutionellen Doktrin, des Manchestertums, des anarchischen Kapitalismus der Todfeind des Sozialismus auf dem Gebiete der Verfassung und Verwaltung ebenso wie auf dem wirtschaftlichen, wenn man die Dinge konsequent zu Ende denkt. Es besteht, was bisher wenig bemerkt wurde, ein fundamentaler Gegensatz zwischen unseren Fortschrittlern und bestimmten, geistig besonders hochstehenden sozialistischen Kreisen in der Frage des „Obrigkeitsstaates" und der parlamentarischen Regierungsweise. Auch bei Lensch finden wir eine unzweideutige Ablehnung der „Ideen von 1789", der einer „individualistischen Weltauffassung" entstammenden liberalen Dogmen von Freiheit und Bürgerrechten, Konstitution und Parlamentarismus. Ihr habt einen anderen Geist als wir Sozialisten, so klingt es zwischen den Zeilen, und in betontem Abstande von dem Nörgelgeiste der Hugo Preuß und Genossen über ihr reaktionäres Vaterland wird festgestellt, daß in diesem „reaktionären Deutschland die arbeitenden Klassen eine viel solidere Machtstellung im sozialen Leben sich haben erobern können, als in England oder gar in Frankreich". Wie weit die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege gehen wird, ob der Staatssozialismus in irgendeiner Form die Wirtschaftsverfassung der Zukunft ist, wie Lensch zuversichtlich behauptet, bleibe dahingestellt. Seinen vor Jahresfrist niedergeschriebenen Satz, daß die Erkenntnis obiger Wahrheit „mit jedem Monat, den der Krieg länger dauert, tiefer in das Bewußtsein der weitesten Volkskreise gedrungen sei",

wird man heute mit einem Fragezeichen versehen müssen, wo einem aus den „weitesten Volkskreisen" die Klagen und Absagen gegenüber dem herrschenden Wirtschaftssystem ins Ohr tönen.

Wichtiger als die Zukunftsfrage, ob der Prozeß der Sozialisierung in den von Lensch geforderten Bahnen verläuft, ob jene dritte Stufe der kapitalistischen Produktionsweise mit einer völligen Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Marxschen Sinne endet, ist für uns heute Lebende das Bekenntnis dieses Sozialisten, daß sich seine Partei und der Staat innerlich nahegetreten sind, daß eine starke Staatsgewalt im antiliberalen Sinne notwendig sei und „Deutschland das Bollwerk der Freiheit" gegen die russisch-englische Doppelsklaverei darstelle. Wohl vergißt Lensch nicht zu betonen, daß auch bei uns noch manches anders werden muß, aber, wenn auch er die „endgültige Überwindung des Obrigkeitsstaates", die Übereinstimmung von Staat und Volk fordert, so ist das trotz des Gleichklanges der Worte himmelweit verschieden von dem Programm des Linksliberalismus. Denn — so hatte der Verfasser schon früher geschrieben — „das Freiheitsideal des Sozialismus ist ein im Wesen anderes als das des Individualismus", wie es unsere immer noch von englischen Maßstäben abhängige liberale Bourgeoisie vertritt. Wie Lensch auf wirtschaftlichem Gebiete eine immer stärkere Kontrolle der Gesellschaft über die nationale Arbeit forderte, so ist ihm auch in der konstitutionellen Frage — neben dem Ausbau der Selbstverwaltung — die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Beamtenregierung (nicht das Selber-Regieren-Wollen) die Hauptsache. Nicht die rückständige individualistische Staatsverfassung der „demokratischen" Westmächte — so heißt es am Schluß — kann das Ideal sein, dem Deutschland, dieser wirtschaftlich entwickeltste Staat der Welt, nachzustreben hat. „Die politischen Neubildungen, die bei uns nötig sind, müssen aus den geschichtlich gewordenen Verhältnissen selber sich ergeben, und können nicht durch Nachpinselung englischer oder französischer Schablonen ersetzt werden." „Die falsche Fassade der preußischen Autokratie" (der Ausdruck ist unglücklich gewählt!) verdecke den „starken demokratischen Bau, der für Deutschlands inneres Leben kennzeichnend ist". Durch Einführung des gleichen Wahlrechtes werde diese Fassade fallen, und „alle Welt erkennen, wie stark die demokratischen Grundlagen des öffentlichen Lebens auch in Preußen, und erst recht in Preußen, sind." Gehört das gleiche Wahlrecht zur Fassade, so wird auch Lensch zugeben, daß dieser Frage nur akzidentielle Bedeutung zukommt. Auch für uns ist also entscheidend sein Abrücken von dem, den Linksliberalismus blendenden westeuropäischen Wesen, wo auch der Widerspruch zwischen Fassade und Kern eine Rolle spielt, nur im umgekehrten Sinne wie in Deutschland.

So gelangte denn die „ökonomische Geschichtsauffassung" am Ende zu Resultaten, die sich nicht so sehr von den im Eingange zitierten kaiserlichen Worten unterscheiden, wie man zunächst glauben mußte. Der „Götzendienst des Geldes", von dem der Monarch spricht, ist nur eine Erscheinungsform des anarchischen, individualistischen Kapitalismus, wie er in England bis zum Kriege herrschte, und indem Deutschland durch Herstellung des politischen Gleichgewichts die Produktivkräfte mit den Eigentumsverhältnissen in Ordnung bringt, beseitigt es jenes „Sklaventum der Völker im Dienste der angelsächsischen Herrenrasse" und bereitet einem planetarischen „Sozialismus" die Wege.

Es sollte hier nur das nach unserer Auffassung in den Mittelpunkt zu stellende Problem der Schrift herausgehoben werden, die „Drei Jahre Weltrevolution" geben im übrigen dem Verfasser noch manchen Anlaß zu klugen und feinen Bemerkungen nicht nur über den deutsch-englischen Gegensatz, sondern auch über Frankreich und Rußland. Seine Bemerkung, wenn Deutschland in diesem Kriege nicht besiegt werde, habe es gesiegt, antezipiert die jüngste Äußerung Balfours. Doch der Leser halte selbst die lohnende Zwiesprache mit dem Buche, das bei unseren Feinden bereits gebührende Aufmerksamkeit findet.[1] Dr. H. O. Meisner

[1] Vgl. die Selbstanzeige von Lensch im „Roten Tag" vom 25. Juli 1918.

**Dr. Hermann Meyer: „Frankreichs Kampf um die Macht der Welt"** Tübingen. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 1918. 73 S. Preis 2 Mark.

„Wer selbst im Glashause sitzt, soll andere nicht mit Steinen werfen". Wiederholt ist aus den Reihen unserer Feinde gegen Deutschland der Vorwurf erklungen, Deutschland strebe nach der Weltherrschaft. Da war es wirklich an der Zeit, daß die deutsche Publizistik einmal den Spieß umdrehte. Verfasser hat dies zunächst einmal gegenüber Frankreich getan und den Nachweis unternommen, daß, was immer man auch unter Weltherrschaft verstehen mag, Frankreich wiederholt nach ihr gestrebt und sie auch wiederholt ausgeübt hat. Der wirkliche Inhalt der Weltherrschaft ist dabei allerdings sehr schwankend. Man kann darunter einmal die wirkliche Beherrschung der Welt, wenigstens der bekannten Kulturwelt, eine politische Oberherrlichkeit über alle Staaten, andererseits aber bloß die führende politische Stellung unter den Staaten Europas verstehen. Mit dem römisch-deutschen Kaisertum des Mittelalters war nun allerdings der Anspruch auf die Universalmonarchie verbunden, aber es war seit dem Untergange der Hohenstaufen zum wesenlosen Schatten herabgesunken. Demgegenüber erhob sich auf nationaler Grundlage die französische Monarchie mit dem Anspruche, in sich die wahre Nachfolge des fränkischen Königtums Karls des Großen zu verkörpern. Frankreich betonte damit nicht nur seine Unabhängigkeit von der kaiserlichen Universalmonarchie, sondern nahm selbst eine solche für sich in Anspruch. Und das blieb nicht graue Theorie, sondern die französische Politik suchte die Ansprüche der karolingischen Monarchie in Deutschland und namentlich in Italien zu verwirklichen. Selbst an Versuchen, das Kaisertum als Anhang des karolingischen Königtums für das Westfrankenreich zurückzugewinnen, hat es von den Zeiten Franz des Ersten bis zu denen Ludwigs des Vierzehnten nicht gefehlt. Die Ziele dieser französischen Weltmachtstellung bedeuteten doch aber immerhin nur den Anspruch auf eine vorherrschende Stellung in Europa. Eine wirkliche europäische Weltherrschaft, die sich über alle nationalen Grenzen erhob, hat erst Napoleon der Erste zielbewußt erstrebt und zeitweise verwirklicht. Demgegenüber zog sich Napoleon der Dritte wieder auf das Ziel der bourbonischen Politik zurück, la prépondérance légitime de la France. Und gerade, daß diese durch die Schlacht bei Königgrätz für Frankreich verloren ging, war es, was die nationale Eitelkeit der Franzosen nicht verwinden konnte. Der Revanchegedanke geht nicht auf 1871, sondern auf 1866 zurück. Frankreich war es, das seit Jahrhunderten nach der Weltherrschaft in der einen oder der anderen Gestalt gestrebt hat, und auch der Weltkrieg sollte den Franzosen nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern vor allem ihre verlorene Weltgeltung wiederbringen. Es ist ein besonderes Verdienst des Verfassers, nachgewiesen zu haben, wie dieses Streben nach der Weltherrschaft seit Jahrhunderten die französische Politik durchzieht und auch das französische Kriegsziel des Weltkrieges ist. Nun fehlt uns noch eine ähnliche Schrift für England. Denn nicht den Deutschen ist das Streben nach Weltherrschaft eigen, sondern den Engländern und Franzosen.

Professor Dr. Conrad Bornhak

**Dr. theol. Franz Meffert „Das zarische Rußland und die katholische Kirche"** (München-Gladbach 1918; Volksvereins-Verlag 3,60 M.).

Der sterbende Papst Pius X. faßte die kirchengeschichtliche Bedeutung des Weltkrieges in die Worte zusammen: Si vince la Russia, vince lo Schisma. Er hätte sagen können und erhoffte vermutlich, was der Verfasser erhofft: Wenn Rußland besiegt wird, siegt „Rom", die römisch-katholische Kirche, über „Moskau", die grechisch-orthodoxe; wenn das russische „Anti-Rom" zusammenbricht, öffnet sich füi „Rom" das Tor nach dem Osten, dem Südosten und dem Orient und eröffnet sich ihm die Aussicht, daß der größte Teil der Schismatiker sich „für den Kulturanschluß nach Westen und den Kirchenanschluß an Rom" entscheidet. Dr. Meffert, der mit Bienenfleiß und ausgebreiteter Belesenheit alles zusammenträgt, was das zarische Rußland, der Tschin und die russische Staatskirche in Abwehr der Bestrebungen Roms, die Ostslawen für „das römische Dogma unter Beibehaltung des slawischen Ritus," das heißt für die Union, zu gewinnen, an seinen

römischen Katholiken, vor allem aber an den bereits Unierten an Gewalttaten verbrochen hat, nennt sein Buch eine apologetische Studie, eine Verteidigungsschrift; in Wirklichkeit ist es eine Anklageschrift. Im ersten Kapitel behandelt er das „dritte Rom" und sein byzantinisches Erbe, die Entwicklung des Cäsaropapismus, die vollständige Unterordnung der Kirche unter die Staatsgewalt, die Verquickung von Nationalität und Orthodoxie, die dem Moskal so sehr eins sind, daß er „nur den als Volksgenossen zu achten vermag, der zugleich ein Rechtgläubiger ist" (Ein Zar, ein Volk, ein Glaube), den unversöhnlichen und unauslöschlichen Haß der russischen gegen die römische Kirche, das Lateinertum, das Abendland und seine Kultur, und endlich ihren Ritualismus und geistestötenden Formalismus, mit dem sie trotzdem das „gealterte, entartete, gottlose Europa" zu verjüngen gedenkt. Im zweiten bietet er eine gute Übersicht über die Geschichte der Union der Kleinrussen mit Rom und begründet überzeugend die Verurteilung der polnischerseits andauernd „trotz aller päpstlichen Mahnungen gegenüber den Unierten betätigten Unduldsamkeit", die ja eine der Ursachen des Untergangs Altpolens gewesen ist. Im dritten, dem umfangreichsten Kapitel, erzählt er uns mit dankenswerter Gründlichkeit den Kampf sämtlicher Zaren Rußlands, von Peter dem Großen an bis zum Sturz Nikolaus II., gegen die katholische Kirche und macht uns mit den Mitteln, mit der Hinterhältigkeit, Unwahrhaftigkeit und Brutalität, mit denen das Ziel der Vernichtung des römischen Katholizismus innerhalb der Grenzen des Riesenreiches erstrebt wurde, bekannt; das meiste wird den meisten Lesern, da wir unseren Blick bisher zumeist auf den angeblich kulturell so unendlich hochstehenden Westen gerichtet hatten, neu sein. Der Schlußabschnitt, erheblich kürzer, kritisiert Rußlands romfeindliche äußere Politik, seine sogenannte „historische Mission", Konstantinopel zu erobern, die Balkanchristen zu „befreien", „alle slawischen Bäche in das große (groß-) russische Meer" hineinzuleiten, Österreich-Ungarn zu zertrümmern, im nahen Orient festen Fuß zu fassen, dort das Protektorat über die Orthodoxen auszuüben, mit der ihm eigenen Zähigkeit durch zielbewußte Propaganda in Kirche und Schule die dortigen Massen in den Bannkreis der großrussischen Kultur zu ziehen und auch dort den Einfluß der römischen Kirche zu brechen. — Wie oben angedeutet, das Buch Mefferts enthält viel Neues, dem deutschen Leser Unbekanntes; es behandelt außerdem ein Thema von welthistorischer Bedeutung. Wird es Rom gelingen, die Bewohner der Länder, die einst zu Altpolen gehörten, in den Schoß der alleinseeligmachenden Kirche zurückzuführen, desgleichen die Nationalkirchen der Rumänen, Bulgaren, Ukrainer usw. zum Anschluß an die Union zu bewegen? Die Aussichten sind ihm nach dem Sturz seines erbittertsten Gegners günstig. Wer über diese Dinge orientiert sein will, für den kommt die vorliegende Schrift im richtigen Augenblick; er wird sie mit reichem Ertrag lesen.

Professor Kranz

**Staatsanschauungen.** Quellenstücke, zusammengestellt von Paul Rühlmann. Teubner 1918, geh. 2,— M.

Drei Einzelhefte der bekannten „Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht" von Lambeck und Rühlmann sind hier zu einem schmalen Bändchen vereinigt, das uns die „Geschichte des Staatsgedankens von der Antike bis zur Gegenwart" gleichsam in gedanklichen Originalbildern vor Augen führen soll. Staatsgedanke, Staatsanschauung; darunter versteht Rühlmann nicht bloß die historisch-politische oder juristische oder philosophische Formulierung des Begriffs: Staat, sondern auch die Gedanken und Anschauungen über die Staats- und Regierungsformen, das Verhältnis von Staat und Nation, die äußeren Beziehungen der Staaten, verdeutlicht an Kernstellen der einschlägigen Literatur, also mit einem Worte: einen Quellenabriß zur Geschichte der politischen Theorien. Bei der Disponierung seines Stoffes hat der Verfasser das persönliche Prinzip gewählt, obwohl er eine gewisse Gruppierung der Autoren nach inhaltlichen Rücksichten nicht umgehen konnte.

Gegen die Art und Weise, wie das geschieht, ist auch für das erste Heft nichts Erhebliches zu sagen. Die hier gewählten Abschnitte sind folgende: Zunächst die „Antike": 1) Die Anfänge staatstheoretischen Denkens (Demokrit, Sokrates,

Thukydides); 2) die Klassiker der antiken Staatstheorien (Platon, Aristoteles); 3) das griechische Erbe im republikanischen Rom (Polybios, Cicero); 4) der Hellenismus. Dann das „Mittelalter": 1) Patristische Staatsauffassung (Augustin); 2) Scholastische Staatstheorie (Thomas von Aquino); 3) Mittelalterlicher Staatsuniversalismus — besser wäre wohl: Theorie des Universalstaats — (Dante); 4) Säkularisierung der Staatsidee (Marsilius von Padua, Machiavelli). Endlich „Reformation und Gegenreformation" (Luther, Calvin, Jesuiten).

Sehr wesentliche Einwände aber ergeben sich beim zweiten und dritten Heft, die das 16. bis 18. Jahrhundert, beziehungsweise das 19. Jahrhundert umfassen. Jenes trennt Rühlmann in drei Teile: die Lehre vom Staatsvertrage, die absolutistische Theorie und die Volkssouveränitätslehre. Schon rein äußerlich ist diese Zerlegung eine Unmöglichkeit, denn der erste und dritte Abschnitt lassen sich nicht voneinander scheiden. Oder sind etwa die Milton, Locke, Montesquieu und Rousseau (!) nicht auch typische Vertreter der Vertragstheorie — wie übrigens ebenfalls die Absolutisten Hobbes und Friedrich der Große? Wohl konnte man dem großen holländischen Staatslehrer Grotius einen besonderen Platz anweisen, dann mußte aber nicht das Merkmal des Staatsvertrages, sondern das der Staatssouveränität (im Gegensatz zur Fürsten- und Volkssouveränität), wofür Rühlmann selbst die entscheidende Belegstelle anführt, die Rolle der differentia specifica spielen. Die vom Verfasser vorgenommene Auswahl unter der Publizistik des 16. bis 18. Jahrhunderts gibt übrigens ein schiefes Bild. Im ganzen Abschnitt erscheint bloß ein deutscher Theoretiker, Friedrich der Große. Wo bleiben die Althus, Pufendorf, Leibniz, um nur die bekanntesten Namen zu nennen?

Noch böser werden die Schwierigkeiten der stofflichen Gliederung im dritten Heft. Hier — also für das 19. Jahrhundert — unterscheidet Rühlmann vier Staatsauffassungen: die liberale, die konservative, die sozialistische und die realistische. Es ist nicht ohne weiteres klar, was unter der letzten zu verstehen ist. Als ihre Vertreter sprechen das Freundespaar Gentz und Adam Müller, Hegel, Ranke sowie in skizzierter Fortführung der Entwicklungslinie von den Lebenden Gierke und Rudolf Kjellén. Die Staatsauffassung des schwedischen Gelehrten ist den Lesern der „Grenzboten" bekannt. Er sieht in den Staaten vor allem konkrete Gestalten, tatsächliche Realitäten, „Mächte" im Sinne der äußeren Politik. (Vgl. meinen Aufsatz: Der Staat als Lebensform, 1917, Heft 48.) Diese „realistische" Auffassung also eint die oben genannten Männer; Rankes oft zitierte „moralische Energien", Hegels Staat „als die Wirklichkeit des substanziellen Willens" sind nur andere Worte für das, was Adam Müller „Individuen" nennt und was sein Freund Gentz mit dem Blicke des praktischen Staatsmannes als Kräftezentren in den „Fragmenten aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichts in Europa" erschaut.

Schon aus dem bisher Gesagten ergibt sich das angekündigte Bedenken. Ist es denn möglich, die realistische Staatsauffassung gleichgeordnet neben die drei parteipolitischen Orientierungen zu stellen? Gehört nicht Ranke in denselben Kreis „konservativer" Staatsbetrachtung wie Friedrich Julius Stahl und sind nicht ebenso die Gentz und Müller Triarier der Restauration wie Ludwig von Haller? Aber davon abgesehen, hob Rühlmann die „Realisten" besonders heraus, so durfte er die juristische und soziale Betrachtungsweise des Staates nicht unter den Tisch fallen lassen. Unter seinen Quellen sucht man vergebens nach dem sozialen und juristischen Staatsbegriff, wie ihn die moderne Staatsrechtswissenschaft formuliert hat. Die Definitionen Kants und selbst Treitschkes sind da kein vollgültiger Ersatz. Gerade aber in dem verwirrenden Musterteppich politisch und philosophisch gefärbter Staatsanschauungen durften die klaren Fäden unserer modernen spezifisch-juristischen Staatslehre nicht fehlen, sonst verliert gerade der Lernende den festen Ausgangspunkt. Den Vorwurf eines Torsos muß man auch in anderer Beziehung gegen die Arbeit des Verfassers erheben. Gerade wenn sie (nach dem Vorwort) „mithelfen soll zu freudigem Bekenntnis zum Staatsgedanken", mußte das eigentümlich Deutsche des Problems hervorgehoben werden. Das konnte nur durch vergleichende Heranziehung der ausländischen Literatur

geschehen, die im dritten Teile überhaupt nicht zu Worte kommt, also noch stiefmütterlicher behandelt wird, als die deutsche im zweiten. Man verstehe recht: wir plädieren nicht für noch größere Kompliziertheit des Stoffs — wovon noch zu reden ist —, aber ein Hinweis auf die Verschiedenheit des deutschen und des westeuropäischen Staatsgedankens hätte sich, da genug Vorarbeit geleistet ist, ohne Hinaufsteigen zu entlegenen Quellen bewerkstelligen lassen. Anschauliche Belehrung ist hier auch für „weitere Kreise" von größter Wichtigkeit.

Rühlmann hat den einzelnen Originaläußerungen knappe Orientierungen über die Verfasser vorangestellt und in Fußnoten dem Lehrenden ebenso knappe Fingerzeige für die Probleme der Textstellen zu geben versucht. In beiden Fällen ist nicht immer alles in Ordnung, obwohl gern zugegeben werden soll, daß die Noten gute Sachkenntnis verraten. Auf den Beweis unserer Behauptung müssen wir an dieser Stelle verzichten. — Was Textauswahl und -behandlung betrifft, die bisweilen gewiß nicht einfach waren, so hat Rühlmann verwunderlicherweise mitunter gerade die charakteristischsten Äußerungen seiner Gewährsmänner, zum Beispiel bei Bossuet und Stahl, vorenthalten. Die übersetzten Stellen scheinen nicht immer korrekt zu sein, wenigstens ist die berühmte Staatsdefinition des Bodinus sinnentstellt wiedergegeben.

Zum Schluß noch ein paar Worte über Zweck und allgemeinen Charakter dieser Quellenschrift. Der Verfasser scheint ihren inhaltlichen Wert durch den Hinweis „für unterrichtliche Zwecke" noch eingeschränkt wissen zu wollen. Uns scheint dagegen das Gebotene weit über das hinauszugehen, was man bei Schülern und Lehrern auf dem wenig gepflegten Gebiete der politischen Theorien billigerweise erwarten kann. Die der Anregung des Unterrichtenden dienenden Fußnoten enthalten förmliche Doktorthemen, wie sie — wir wollen niemand zu nahe treten — der Durchschnitt unserer Lehrerschaft unseres Erachtens nicht vor der Klasse verarbeiten kann. Von Beispielen sei im Rahmen einer Buchanzeige abgesehen, aber diese blendend wirkenden „Thesen" unter dem Strich bewahrheiten den Satz: Leicht gesagt, schwer getan. Jede Achtung vor dem pädagogischen Grundsatz, „anzuregen", das Niveau zu heben usw. — aber, allzu straff gespannt, zerspringt der Bogen!

Die Unverdaulichkeit des hier servierten geistigen Mahles für Lehrer und Schüler muß mit Notwendigkeit zur Halbbildung und Unwahrheit und damit zur Entweihung der Wissenschaft führen. An die Stelle wirklich erworbener und durchgeistigter Kenntnisse tritt aus Gründen des non possumus bestenfalles ödes Schlagwortgeklapper. Es ist eine schöne Sache um die ideale Forderung, aber man soll, wo es sich um unsere Primaner handelt, den Maßstab des Universitätsseminars zuhause lassen.

Dr. H. O. Meisner

**Berichtigung:** In seiner Besprechung von Dr. Klaudius Bojungas Schrift „Der deutsche Sprachunterricht auf höheren Schulen" (Heft 30 der „Grenzboten" d. J.) wiederholt Professor Budde die Behauptung Bojungas, daß ein rheinischer Gymnasialdirektor das Lateinische als den „Eingang für Herrschaften", die Beschäftigung mit dem Deutschen aber als „Hintertür für Dienstboten" bezeichnet habe. Wir stellen gern fest, daß Bojunga die leicht hingeworfenen Äußerungen des Gymnasialdirektors — es handelt sich um einen im Schützengraben entworfenen Brief, der ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt war — unrichtig ausgelegt hat. Der Verfasser des Feldpostbriefes findet im Gegenteil Worte des tiefsten Verständnisses für Sinn und Bedeutung des Deutschunterrichts (vgl. die Zeitschrift „Das humanistische Gymnasium" Heft 1/2 Jg. 1917).

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87

# Von Ludendorff zu Payer

Von Georg Cleinow

Rücksichtslose Sachlichkeit gegenüber den Tatsachen, die zu meistern man im Augenblick nicht imstande ist, habe ich hier als Grundprinzip für meinen Dienst an der Öffentlichkeit festgestellt. Diese Sachlichkeit zwingt mich erneut anzuerkennen, daß die neue Regierung stetig und tapfer ihrem Ziel, dem deutschen Volke den Frieden zu geben, zustrebt und daß sie sich in ihrem Streben durch keinerlei Gefühlsmomente beeinflussen läßt. Mag uns das Ziel der Regierung behagen oder nicht, mögen wir in seiner Verfolgung die schwersten Gefahren für das Land sehen, wir müssen zugeben, daß es mit unerbittlicher Konsequenz verfolgt wird — wir müssen es gestehen —, wir sehen zum erstenmal seit langer Zeit, daß eine deutsche Regierung überhaupt ein erkennbares Ziel hat. Diese Tatsache allein ist ein so ungeheuerer Faktor unseres politischen Lebens, daß wir ihm uns nicht entziehen können: er ist da, wir müssen mit ihm rechnen! Das Material zur Beurteilung der neuen Regierung finden wir heute nicht mehr in der Rede des Prinzen-Reichskanzlers vom 5. Oktober d. J. allein, sondern auch in dem Notenwechsel mit dem Präsidenten Wilson und in den Reichstagsverhandlungen vom 23. bis 27. Oktober. Hierzu tritt noch als ein besonders wichtiger Faktor zur Beurteilung der Lage die Nachricht vom Rücktritt Ludendorffs. Auch diese uns tief bewegende Tatsache müssen wir im Angesicht des Ernstes der Lage vor allen Dingen kühl in das Gesamtbild einfügen und dürfen uns nicht durch unser Gefühl auf Abwege leiten lassen. Von diesem kalten, sachlichen Standpunkte aus müssen wir bekennen, daß der Rücktritt des bewährten Generals ebenso zur Klärung der innerpolitischen Lage beiträgt und geeignet ist die Lage zu entlasten, wie vor zwei Wochen der des Chefs des Zivilkabinetts, des Herrn von Berg. Es liegt nicht im Interesse des Volksganzen, wenn die tüchtigsten Persönlichkeiten sich auf verlorenen Posten nutzlos zerreiben. Weder Herr von Berg, noch der General Ludendorff wären in der Lage gewesen, die Dinge in ihrer Entwicklung aufzuhalten oder sie umzubiegen. Die Verantwortung ist durch ihren Rücktritt klar

gestellt, — es gibt keine „Nebenregierung", keine Verschleierung mehr, sondern nur die eine Tatsache, daß eine klar vor uns stehende Regierung klare Ziele verfolgt, woraus für uns die Folgerung erwächst: die Stellungnahme zur Regierung.

Unsere Stellungnahme wird bedingt durch das Kriegsziel der Regierung. Dies Kriegsziel ist nicht neu; es ist nicht die Unterwerfung unter den Machtwillen Wilsons oder der Entente, wenn auch die diplomatischen Schritte der Regierung ohne Zweifel dazu führen müssen, — es ist die Einfügung des deutschen Volkes in ein internationales Weltsystem, auf dem Boden des gleichen Rechtes für alle. Die Herren Wilson und Erzberger nennen es Völkerbund. Um eine klare Stellung einnehmen zu können, gilt es Klarheit zu schaffen über die Ereignisse, die zum Schritt der Krone vom 30. September d. J., d. h. zum Entschluß der Demokratisierung unseres politischen Lebens geführt haben.

Der springende Punkt ist, daß die Krone in den letzten Tagen des September, d. h. nach dem Abfall Bulgariens, zur Überzeugung gekommen oder gebracht worden ist, den militärischen Zusammenbruch ohne Gewinnung neuer moralischer Kräfte nicht mehr aufhalten zu können. Aus dieser Erkenntnis heraus wandte sich der Kaiser durch Vermittlung des damaligen Reichskanzlers, des Grafen Hertling, logischerweise an die Volksvertretung, die nach der Verfassung die Gesamtheit der Nation verkörpert. Für den Grafen Hertling hat der Vizekanzler v. Payer die Verhandlungen geführt. Wir wissen heute, daß besonders Exzellenz Ludendorff, um den Termin der politischen Sicherung nach Möglichkeit abzukürzen und die Neubildung der Regierung nach Möglichkeit zu beschleunigen, die Lage an der Front in Berlin hat schwärzer erscheinen lassen, als sie tatsächlich war, und daß der militärische Presseapparat nicht energisch genug Gerüchten über die moralische Verfassung der Armee, die ihren Boden in der Haltung einiger aus dem Osten an die Westfront herangeführter Truppenteile und aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Mannschaften hatten, entgegengetreten ist. Die Politiker der Linken, vor allem ihr Feldherr v. Payer, beurteilten die Lage kühler als die alte Regierung und paßten ihr mit großer Umsicht und ebensolchem Geschick ihre Taktik an. Wir müssen zugeben: während allgemein der Eindruck entstehen konnte, daß die Armeeleitung, für Stunden wenigstens, den Kopf verloren hatte, ging Herr v. Payer mit unerbittlicher Folgerichtigkeit vor und bildete nach längst feststehendem Programm die neue Regierung. Zu spät erkannte Ludendorff seinen Fehler. Ihm war es in erster Linie darauf angekommen, mit Hilfe der neuen Regierung den Geist, die Moral der Heimat und durch sie die Moral der Truppe zu heben; der neuen Regierung ist dies vielleicht ein willkommenes Nebenerzeugnis der Reform, nicht die Hauptsache. Ihr Ziel ist nicht Fortsetzung des Krieges, sondern Beendigung unter dem hohen, allgemein menschlichen Banner des internationalen Ausgleiches nationaler Interessen.

Aus diesem Widerspruch in den Auffassungen der neuen Regierung in Berlin und des Großen Hauptquartiers ergab sich zunächst der Aufmarsch der neuen staatlichen Gewalt. Aus diesem Widerspruch erklärt sich auch die Tatsache, daß die vom Könige mit der Regierungsbildung beauftragten Männer nicht erst versuchten, den gesamten Reichstag zu einer imposanten Einheitsfront zusammenzuschweißen. Im Gegenteil, man hat, wie Graf Westarp mitteilt, die Konservativen von vornherein benachrichtigt, „daß man beabsichtige, das Ministerium

als Parteiministerium unter Ausschluß der Rechten zu bilden."[1]) Herr v. Payer hat diesen Tatbestand bestätigt und seine Haltung bei den Verhandlungen dadurch erklärt, daß man über den „Inhalt des Friedens" und „die Geflissentlichkeit, mit der man diesem Frieden entgegenstrebt", doch nicht einig geworden wäre „und sogar recht uneinig über die Reformen, die nach unserer Überzeugung im Innern durchgesetzt werden müssen, wenn das Vaterland bestehen bleiben soll".[2]) Die Tatsache, daß ein Parteiministerium gebildet wurde und kein Koalitionsministerium, beweist, daß die Krone diese Art der Ausführung ihres Willens billigt oder sie mit einem gewissen Fatalismus über sich ergehen läßt. Der Kaiser hat die neuen Minister und Staatssekretäre ebenso wie die parlamentarischen Staatssekretäre jedenfalls selbst nach Vorschlag des Reichskanzlers ernannt.

Für alle Welt schien dann der erste Schritt der neuen Regierung das Friedens- und Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober zu sein. Parteigänger der neuen Regierung lehnen demgegenüber die Verantwortung für diesen Schritt ab. Der sozialdemokratische Abgeordnete Noske hat ausdrücklich festgestellt: „Nicht Scheidemann, sondern der Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers und mit Hindenburg haben den Friedensschritt vorbereitet."[3]) Eine Korrektur vom Regierungstische hat diese Auffassung nicht erfahren. Somit wären tatsächlich die militärischen Berater des Kaisers nicht nur für den Friedensschritt, sondern auch für das Waffenstillstandsangebot in erster Linie verantwortlich. Nach Artikel 11 Absatz 1 der Reichsverfassung hat der „Kaiser ... im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen".

Die Feststellung dieser Verantwortlichkeit ist richtig, ja unerläßlich zur Klärung der Lage. Soll die Nation noch in letzter Stunde aus der Zerrissenheit herauskommen, so muß sie auch ein ganz scharf umrissenes Bild von ihren führenden Persönlichkeiten haben. Soll sie nach dem Willen des Kaisers ihre Geschicke selbst bestimmen, so gehört zur Herrschaft der jeweiligen Reichstagsmehrheit eine absolut freie, furchtlose Presse, die aus den feststehenden Tatsachen auch die Folgerungen kaltblütig zieht. Herrn Noskes Hinweis auf Hindenburg sieht aus, als wollte die Regierungspartei die volle Verantwortung für die ersten Schritte der Regierung nicht übernehmen. Die Regierung würde gut tun, den Sachverhalt auch öffentlich ganz klar zu stellen, nachdem das Waffenstillstandsangebot sich zum mindesten als überflüssig, wenn nicht gar als ein schwerer, kaum noch gut zu machender Fehler erwiesen hat. Dem vorzeitigen Waffenstillstandsangebot danken wir die erniedrigenden Bedingungen, die Wilson glaubte uns durch seine Note vom 23. Oktober vorlegen zu können, danken wir auch die Notwendigkeit, den U-Bootkrieg vorzeitig beschränken zu müssen, ohne uns für diesen Verzicht auch den kleinsten Vorteil einhandeln zu können. Vom Waffenstillstand zu sprechen, war immer noch in einem späteren Stadium der Verhandlungen Zeit genug, d. h. wenn eine gesunde Basis für Friedensverhandlungen gefunden war. Es wäre an der Zeit gewesen, in ganz allgemeinen Wendungen von Waffenstillstand zu Wasser und zu Lande zu sprechen, *nachdem* Wilson seine Forderung auf Einstellung des

[1]) Reichstagsrede vom 22. Oktober 1918.
[2]) Reichstagsrede vom 28. Oktober 1918. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 544.
[3]) Reichstagsrede vom 24. Oktober 1918, „Vorwärts" Nr. 294.

U-Bootkrieges ausgesprochen hatte. Die Regierung ist es sich selbst, ihrer Autorität vor dem Lande und der Nation schuldig, bekanntzugeben, wer für diesen übereilten Schritt die Verantwortung trägt, mit dem Ziel selbstverständlich, Persönlichkeiten, die nicht mehr über solche Nerven verfügen, die notwendig sind, um das Staatsschiff durch Sturm und Klippen zu steuern, aus der Regierung oder ihrem Amt auszumerzen. Trifft den General Ludendorff die Verantwortung, so soll man sich nicht scheuen, es zu sagen, auf die Gefahr hin, daß sein Bild im Augenblick eine Trübung erfahren könnte. Die Hauptsache ist jetzt absolute Ehrlichkeit. Und selbst wenn der Feldherr, der vier Jahre ununterbrochen eine stets wachsende Last an den verantwortlichsten Stellen getragen, in der politischen Behandlung militärischer Fragen versagt haben sollte, wird er dem deutschen Volk in seinem Werte nicht vermindert. Die Errettung Ostpreußens, Oberschlesiens, Posens, vielleicht Berlins, vor der Besetzung durch die Russen ist sein Werk. Es ist so gewaltig, daß nichts imstande sein kann, die Dankbarkeit des deutschen Volkes für Ludendorff zu verkümmern!

* * *

Die Art wie Wilson mit der deutschen Regierung verhandelte und der Inhalt seiner Note vom 23. Oktober konnte uns nicht in Erstaunen versetzen, nachdem wir Kenntnis von einer Rede Wilsons bekommen hatten, die dieser am 27. September gehalten und die Prinz Max von Baden ausdrücklich als eine der Verhandlungsgrundlagen bezeichnet, auf die die deutsche Regierung zu treten beabsichtigt. „Wir sind uns alle darüber einig, führt Wilson aus, daß es keinen Frieden geben darf, der durch irgendeine Art von Handel oder Kompromiß mit den Regierungen der Mittelmächte erreicht wird".[4]) Indem die deutsche Regierung diesen Satz mit ihrer ersten Note annahm, hatte sie überhaupt schon kapituliert und es bleibt ihr nun kaum noch etwas andres zu tun übrig, als die weiteren Befehle Wilsons abzuwarten und sich ihnen zu unterwerfen, sofern die Nation sie daran nicht noch in letzter Stunde zu hindern vermag. Gerade diese bedingungslose Kapitulation ist es wohl auch gewesen, die Wilson veranlaßte, an der Ernsthaftigkeit des deutschen Friedensangebots zu zweifeln und dahinter eine Falle zu vermuten.

Im Lichte dieser Tatsache erscheint die Berufung der neuen Regierung nur noch aus innerpolitischen Gesichtspunkten, aus dem Wunsch, das Land vor Erschütterungen durch innere, womöglich blutig verlaufende Krisen zu bewahren, verständlich. Ist dies der Fall, so wäre das ein Zeichen der Selbstpreisgabe der Bureaukratie und der Krone, und wieder wandert unser Blick erstaunt fragend zu den Ratgebern der Krone, die keinen andern Ausweg wußten. Wäre es nicht weiser gewesen, das Odium der Kapitulation der alten Regierung zu überlassen, der Regierung, die mit ihrer ideenlosen Schwäche und ihrem Mangel an Mut nach innen und außen zugab, daß unsre Zukunft zuletzt auf eine Karte gesetzt wurde?! Vielleicht dachten die Ratgeber des Kaisers der Hohenzollerndynastie auf dem schließlich beschrittenen Wege die Kronen zu retten. Welche krausen Gedankengänge! Entschloß man sich am 30. September zur Kapitulation, so durfte auch vor den Konsequenzen einer solchen nicht zurückgeschreckt werden, und eine der schwersten Konsequenzen war

[4]) „Nordd. Allg. Ztg." Nr. 509.

allerdings die Abdankung des Kaisers, um dem Volke den Weg zum Frieden auch wirklich freizugeben. Dann war das deutsche Kaisertum zu retten in einem jüngeren Zollernsproß, während der scheidende Monarch sich die Märtyrerkrone um seines Volkes willen aufs Haupt setzte. Jetzt, nach Wilsons Note vom 23. Oktober und nach Ludendorffs Rücktritt, liegt die Frage für die Nation erheblich ernster. Denn sie ist eine Ehrenfrage geworden. Die Nation kann aus Selbstachtung nicht wünschen, daß der Kaiser zurücktritt. Auch in dieser bedeutsamsten Frage der Gegenwart ist die Nation auf das angewiesen, was die neue Regierung beschließt. Sie besteht aber in der Mehrzahl ihrer Mitglieder aus Männern, die dem Zollernhause eher mit Haß als mit Verständnis gegenüberstehen und die die Monarchie für eine überlebte Einrichtung halten. Es sind großdeutsche Zentralisten, die in den Monarchen nur Hindernisse für die Beseitigung der Kleinstaaterei sehen! Sollte im gegenwärtigen oder in einem nahen Augenblicke die Abdankung des Kaisers erfolgen, so dankte nicht die Person eines unglücklichen Monarchen, sondern der monarchische Gedanke ab. Sie bedeutete eine unerträgliche Erniedrigung für das deutsche Volk mit allen zermürbenden und demoralisierenden Folgen einer solchen. Dann — darüber sollte sich besonders das freisinnige Bürgertum keinen Illusionen hingeben — wäre die Atmosphäre für eine blutige innere Krise, für die Diktatur des Proletariats geschaffen!

* * *

Wir müssen an diese zartesten Seiten unseres politischen Innenlebens rühren, um klarzumachen, in welches Spannungszentrum wir dank der Politik vom 30. September geraten sind und um den Keim zu unserem neuen Unglück bloßzulegen. Es ist die Halbheit und Unaufrichtigkeit unseres innerpolitischen Lebens vor und während des Krieges. Ludendorff hat versucht, ihrer Herr zu werden. Mit unerbittlicher Energie hat er auf die Regierung gedrückt und sie zur Stetigkeit im Handeln zu zwingen versucht. Seine Genialität als Feldherr schien auszureichen, um den Mangel an Popularität, auf die der rechtschaffene Mann keinen Wert legte, auszugleichen. Tatsächlich reichte sie nicht aus.

Die Furcht vor einem siegreichen Heere, vor einem heimkehrenden Feldherrn, den der Lorbeer des Siegers umkränzte, spukte schon in den erhebendsten Herbsttagen des Jahres 1914 in Köpfen und Herzen gewisser liberaler Kreise. Ludendorffs Tage waren nach menschlicher Berechnung gezählt, als er sich die erste politische Blöße gab. Die Führung entwunden hat ihm nun der Vizekanzler, Herr v. Payer. Er muß nun beweisen, daß er nicht nur der geschicktere ist, sondern auch der größere, der größere an moralischen und geistigen Kräften, — eine mächtige Persönlichkeit, die die einmal zusammengeführten politischen Kräfte des Reiches auch zum Heile der Nation zu führen vermag.

# Volkscharakter und Individuum

Von Dr. Richard Müller-Freienfels

it erschreckender Deutlichkeit hat der gegenwärtige Krieg aller Welt vor Augen geführt, wie ungeheuer wichtig es ist, daß die Völker einander kennen! Zugleich aber auch, wie geringe Kenntnis sie alle in Wirklichkeit vom Charakter der andern haben. Vielleicht sind nicht die diplomatischen Fehler (so prachtvoll ausgewachsene Exemplare derselben sich auch ergeben haben), auch nicht die militärischen Fehler das Entscheidende in diesem Kriege gewesen: vielmehr gehen beide auf einen tiefer liegenden Grund zurück: die falsche Einschätzung des Gegners, also letzten Endes einen psychologischen Fehler.

Das gilt für hüben wie drüben in gleicher Weise. Es ist gar kein Zweifel, daß die Entstellungen und Verleumdungen, die von unsern Gegnern über Deutschland in alle Welt wie ein verderblich wucherndes Unkraut ausgesät wurden, nur zum Teil auf Böswilligkeit, zu einem guten Teil auch nur auf Unkenntnis beruhen. Bei uns aber ist's nicht besser. Zwar ist wohl ruhig zuzugeben, daß man sich bei uns in breiten Kreisen ehrlich um Objektivität andern Völkern gegenüber gemüht hat, mehr und erfolgreicher als bei irgend einer Gegenpartei. Dennoch zeigt der Erfolg, daß ein solches Studium fremder Nationalcharaktere, sofern es überhaupt auf Richtigkeit Anspruch erheben kann, auch bei uns zum mindesten ohne Einfluß auf die große Politik geblieben ist. Man darf es wohl heute aussprechen, daß man sich an führenden Stellen ganz gründlich über den Charakter der Franzosen, der Engländer, der Polen, der Amerikaner (um nur diese zu nennen) geirrt hat. Ja, wir haben noch in jüngster Zeit in Reden von weitester Resonanz über Wesen und Weltanschauung unserer Gegner Ansichten vertreten hören, die zum mindesten sehr schematisch waren und der Schwierigkeit des Problems in keiner Weise gerecht wurden.

Es kann an dieser Stelle nicht unsre Aufgabe sein, alle diese Fehler zu berichtigen. Nur die allgemeine Frage, wie weit es überhaupt angängig ist, von einem Volkscharakter als einer konstanten Größe zu reden, wollen wir erörtern. Denn daß hier überhaupt ein Problem vorliegt, ist den wenigsten aufgegangen, die täglich mit solchen ungeprüften Begriffen arbeiten.

* * *

Nun ist zunächst zuzugeben, daß eine wissenschaftliche Psychologie fremder Völker, die auch nur ein wenig ernst genommen zu werden verdiente, kaum existiert. Alle Anschauungen, die über dies Gebiet im Umlauf sind, entstammen einer recht groben Empirie, die zudem in der Regel höchst unvollständig ist. Von einer systematischen, methodischen Durcharbeitung der so gesammelten Daten ist keine Rede. Wenn einer eine Reise tut, so pflegt er etwas zu erzählen und von seinen Erlebnissen auch gewisse Verallgemeinerungen abzuleiten. Fast in jedem Reisebericht, in jeder Schilderung eines fremden Landes finden wir eine Menge an sich vielfach richtiger Beobachtungen und Urteile aufgespeichert, die nur den einen Fehler haben, daß sie sich nie zu einem wirklichen Bilde zusammenfügen. Vor allem übersehen solche Autoren eins: daß aus der Schilderung von Individuen sich niemals das Bild eines ganzen Volkes ergeben kann. Es mag sehr interessant sein, uns Schilderungen aus der englischen Gesellschaft, aus dem politischen und sozialen Leben der Londoner Arbeiterschaft, aus dem Landleben Englands zu bringen, den Charakter des englischen Volkes in seiner Gesamtheit wird man auf diese Weise nicht ergründen. Der ist etwas ganz anderes, jenseits aller individuellen, landschaftlichen und sozialen Unterschiede Wirkendes. Ein solcher Begriff kann auch nicht bloß aus dem heutigen Leben eines Volkes abgeleitet werden; er muß, wenn er wirklich der Charakter des ganzen Volkes sein soll, sich im Laufe von dessen ganzer Geschichte offenbart haben. Gewiß

dürfte auch er seine Wandlungen und Schwankungen durchgemacht haben und doch mußte er als ein relativ dauernder Kern inmitten alles Wechsels beharren. Der französische Nationalcharakter zum Beispiel hat viele Wandlungen durchgemacht; dennoch weisen die in Frankreich wurzelnde „höfische" Kultur des Mittelalters, die Gesellschaft des Versailles der Bourbonen, das mondäne Leben des modernen Paris gewisse gemeinsame Kennzeichen auf, die sie wesentlich etwa von englischen oder italienischen Erscheinungen gleicher Art unterscheiden. Diese Gleichheit führen wir auf einen gemeinsamen Volkscharakter zurück, und aus eben dieser, wenn auch nur relativen Gleichheit seiner Äußerungen läßt sich immerhin ein gewisses Recht ableiten, von einem Volkscharakter zu sprechen.

Ich behaupte also, es gibt relativ konstante Volkscharaktere, das heißt nationale Besonderheiten, die den Völkern als Ganzen eignen, die aber keineswegs in jedem Individuum wiederzukehren brauchen und auch nicht durch eine einfache Durchschnittsrechnung aus individuellen Charakteristiken gewonnen werden können.

* * *

Ich verweile zunächst bei letzterem Punkte. Man darf, wenn man eine eingehende Charakteristik (die moderne Psychologie sagt: ein Psychogramm) eines ganzen Volkes aufstellt, nicht erwarten, damit etwa etwas zu gewinnen, das sich den naturwissenschaftlichen „Klassenbegriffen" vergleichen ließe. Niemals wird man die Seele „des Franzosen" oder „des Deutschen" so definieren können, wie man etwa in der Zoologie den Begriff „des Hundes" definieren kann. In diesem Falle lassen sich bestimmte Tatsachen, etwa hinsichtlich des Gebisses, der Fußbildung, der Nahrung festlegen, die allen „Hunden" mit verschwindenden Ausnahmen zukommen. Man kann nach solchen Definitionen jedes Individuum mit fast absoluter Sicherheit als „Hund" oder „Nichthund" bestimmen. Derartiges ist bei Völkern niemals möglich. Es gibt in jedem Volkskreise zahllose Individuen, die man nach ihrer physischen wie nach ihrer psychischen Besonderheit getrost für Angehörige ganz fremder Rassen halten könnte.

Daneben aber gibt es nun ohne Zweifel Tatsachen, die unbestreitbar typisch national sind, selbst wenn sie keineswegs in jedem Individuum nachzuweisen sind. Man hat zum Beispiel und fraglos mit Recht gesagt, daß Goethes „Faust" eine typisch nationale Schöpfung sei, daß im Charakter dieser Gestalt etwas Wesentliches des deutschen Volkscharakters festgehalten wäre. Man hat dargelegt, daß dasjenige, was man als „faustische" Stimmung, als „faustisches Streben und Ringen" bezeichnet, in der großen Dichtung der Deutschen aller Zeiten wiederkehrt, von Wolframs Parzival an über Grimmelshausens Simplizissimus hinweg bis zu Hauptmanns Glockengießer Heinrich und Dehmels Lyrik hin. Man kann dies faustische Wesen in aller großen deutschen Kunst wiederfinden, in Dürers Melancholie, in Bachs Matthäus-Passion, in Beethovens Neunter, in Klingers Radierungen. Kein Zweifel, in „Faust" offenbaren sich typische Züge des deutschen Volksgeistes. Aber darum ist man keineswegs imstande, in jedem deutschen Krämer oder Fabrikarbeiter dieses faustische Wesen zu entdecken. Möglich, daß man mit bisher noch nicht erfundenen, imaginären „psychologischen Mikroskopen" in jedem deutschen Kinde den Keim zum Faust nachweisen könnte: derartiges bleibt phantastische Konstruktion. Mit unseren psychologischen Methoden oder mit allen Mitteln unserer praktischen Menschenkenntnis ist ein solches typisch deutsches, allen Individuen gemeinsames Kennzeichen nicht zu ermitteln. Es bleibt also dabei, daß es einen Volksgeist, einen Volkscharakter geben muß, der eine Wirklichkeit ist auch jenseits aller individuellen Abweichungen.

Wir haben hier von einer künstlerischen Ausprägung des von uns gesuchten Volksgeistes gesprochen. Auch auf anderen Gebieten besteht ein solcher Volksgeist, der nicht identisch ist mit jeder der ihn tragenden Volksindividualitäten oder auch einem Durchschnitt dieser. Jeder, der England und die Engländer kennt, wird die Beobachtung gemacht haben, daß der einzelne Engländer oder

wenigstens sehr viele derselben ganz andere Eigenschaften zu offenbaren pflegen, als diejenigen es sind, die das Volk als Ganzes in seiner Politik zum Beispiel betätigt. Wer würde, wenn er über Shakespeares, Shellys, Byrons englischen Ursprung nichts wüßte, darauf kommen, daß sie als Individuen derselben Nation angehörten, die mit so rücksichtsloser Brutalität jeden Gegner (um Lloyd Georges Ausdruck zu brauchen) niedergeboxt hat, mit so unablässiger Zähigkeit einen nationalen Herrenwillen durchgesetzt hat. Gewiß schimmern in den meisten Individuen solche Gemeinsamkeiten durch, ohne jedoch in jedem einzelnen Falle wesentliche Züge des Charakters auszumachen. Und doch besteht jener Volksgeist oder Volkscharakter jenseits aller Individuen als eine unbestreitbare, weil ungeheuer wirksame Wirklichkeit.

Diese Beispiele mögen genügen, um die Realität des Volkscharakters als einer überindividuellen psychologischen Wesenheit zu illustrieren. Sind wir uns bewußt, daß er nicht in jedem Einzelangehörigen der Nation in Reinkultur wiedergefunden zu werden braucht wie in jedem Wirbeltier das Rückgrat, so können wir, um sein Wesen faßbarer zu machen, ihn immerhin einem fiktiven Subjekt zuschreiben, das als der „Träger" des sonst in der Luft schwebenden psychischen Agens des Volkscharakters gelten kann. In diesem Sinne kann man von „dem" Deutschen, „dem" Engländer, „dem" Franzosen als den Trägern jenes überindividuellen Geistes sprechen. Als wissenschaftliche Hilfskonstruktion, vorausgesetzt, daß man sich ihrer fiktiven Natur bewußt ist, darf man also solche Typenbildungen gelten lassen.

* * *

Vielleicht ist es nützlich, die hier erörterte überindividuelle psychologische Einheit des Volksgeistes noch durch eine analoge Erscheinung zu illustrieren, die möglicherweise einzelnes noch schärfer hervortreten läßt: den Zeitgeist. Die neueren historischen Wissenschaften sind mit immer wachsender Energie ans Werk gegangen, den Geist verschiedener Zeitepochen in den Unterschieden möglichst scharf zu kontrastieren. Man arbeitet etwa den Geist der Gotik, den Geist der Renaissance, den Geist der Barockzeit in der jeweiligen Eigenart möglichst scharf heraus, man erkennt dabei, daß die verschiedenen Stileigenheiten Auswirkungen ganz bestimmter seelischer Funktionen oder Prävalenzverhältnisse sind, die sich einer klar umschreibbaren Subjektivität zuordnen lassen; danach spricht man, als wären es reale Größen, von einem „gotischen Menschen", einem „Menschen der Renaissancezeit" und einem „Menschen des Barock". In der Tat nämlich setzen die besonderen Stile jeder dieser Epochen ganz bestimmte seelische Grundlagen voraus: verschiedene Arten des Sehens, des Fühlens, des Temperaments. Während zum Beispiel der Mensch der Renaissance die Welt statisch, in klarer Gliederung, rational sieht und denkt, sieht und denkt der Mensch der Barockzeit die Welt dynamisch, in gewollter Fülle und Unübersichtlichkeit, worin er sich berauscht; das Irrationale der Welt überwiegt für ihn den rationalen oder rationalisierbaren Gehalt. Vergleicht man die Kunst dieser Epochen mit dem philosophischen Denken oder dem sozialen Leben der gleichen Zeit, so findet man überall dieselben Phänomene, die man nur als Auswirkungen einer gleichen Subjektivität, des gleichen „Diapason" verständlich machen kann.

Nun ist natürlich nicht anzunehmen, daß in der einen Zeit nur „statisch" veranlagte, in der andern Zeit nur „dynamisch" veranlagte Individuen geboren wären: man hat sich die Sache so zu denken, daß eine überindividuelle, aber darum nicht etwa mystische, sondern sehr reale Wesenheit gleichsam durch die Einzelseelen hindurch wirksam ist und sie in größerem oder geringerem Maße sich unterwirft.

Diese Wirksamkeit des überindividuellen Zeitgeistes kann jeder Mensch an sich beobachten an einer Erscheinung, deren Einfluß wir beständig, wenn auch in der Regel unbewußt, unterliegen: an der Mode. Man mag wollen oder nicht, man mag es wissen oder nicht, man wird in seinen ästhetischen Urteilen von dieser überindividuellen Macht beeinflußt. Heute z. B. findet man in der Frauentracht

alles Zierliche, Graziöse schön, während man den Geschmack von vorgestern, der vielleicht das Majestätische, Üppige liebte und in der Tracht auszudrücken suchte, nur lächerlich findet. Und wie der ästhetische Geschmack, so unterliegt auch das ethische Urteil, ja jedes andere Urteil, solchen Modeschwankungen. Die sittlichen Meinungen unserer Väter erscheinen der ganzen Generation der Söhne vielleicht hausbacken und spießbürgerlich. Niemand kann sich, selbst wenn er bewußt dagegen revoltiert, solchen Wandlungen des Zeitgeistes ganz entziehen. Ohne den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen, stellen wir nur das Vorhandensein solcher überindividuellen seelischen Agentien fest, die gleichsam in allen Individuen mehr oder weniger eine zweite Subjektivität ausprägen, die sich vor die individuelle Subjektivität stellt und diese bis zu einem gewissen Grade ausschaltet.

* * *

Daß es einen solchen Volksgeist oder Volkscharakter (ich verwende den ersteren Begriff mehr im Hinblick auf intellektuelle, den zweiten mehr im Hinblick auf emotionale Funktionen) gibt, wird selten bestritten, ja die verschiedenen historischen Wissenschaften arbeiten vielfach recht unkritisch damit. Man behauptet, irgend ein Dichter oder ein Bauwerk seien „typisch deutsch", ohne daß man einen genauen Beweis dafür erbringen könnte. Die klare Festlegung des Volkscharakters bleibt noch der Zukunft vorbehalten.

Ebenso unkritisch aber verfährt man dort, wo man von der Begründung oder der Entstehungsgeschichte dieses Volkscharakters spricht (vorausgesetzt, daß man hier überhaupt ein Problem sieht!). Um die beiden extremsten Ansichten gleich zu konfrontieren, so können wir sagen, die einen fassen den Volkscharakter als angeboren und vererbbar auf, die anderen wollen wenig von diesen Dingen wissen und sehen nur eine von Geschlecht zu Geschlecht fortwirkende äußere Beeinflussung darin. Jenen erscheint der Volkscharakter als Auswirkung physiologischer Momente, der Rasse, diesen als Ausfluß historisch-psychologischer, als Tradition. Beide Ansichten scheinen uns nicht unrichtig, aber einseitig und auch zusammengebogen noch unzureichend.

Was zunächst den schwankenden Begriff der „Rasse" anlangt, den wir als die physiologische Kontinuität einer physiologisch einheitlichen Gruppe fassen, so dürfte an seinem Vorhandensein kein Zweifel bestehen. Daneben aber besteht auch kein Zweifel, daß er eine ideale Konstruktion ist, die in der Wirklichkeit nur sehr getrübt vorkommt. Denn erstens ist kaum ein einziges Volk wirklich eine physiologische Einheit, noch gibt es ein solches, was sich ohne Mischung mit anderen Volksangehörigen fortzupflanzen vermöchte. Wir kennen jedenfalls kein einziges Volk der Geschichte, das seinem Ursprung nach oder in seiner Geschichte als absolut rassenrein anzusehen wäre. Infolgedessen ist, selbst wenn man die Bedeutung der Physis für den Charakter noch so hoch einschätzt, die Rasse als festgreifbarer Faktor nur mit größter Vorsicht in volkspsychologische Betrachtungen einzuführen. Wir sehen zum Beispiel an den Deutschen, wie sich die Physis beständig geändert hat, wie beinahe in allen Jahrhunderten starke Wellen fremder Rassen sich mit der angeblich reinen deutschen Rasse gemischt haben, daß sich also Ströme keltischen, römischen, slawischen, jüdischen Blutes mit dem deutschen gemischt haben, was sich in den äußeren Rassemerkmalen ebenso ausprägt, wie man das von den inneren, den intellektuellen und emotionalen Funktionen annehmen muß. Auf keinen Fall kann der Rassebegriff als absolut konstanter Faktor angesehen werden, der allein ausreichte, einen konstanten Volkscharakter zu begründen.

Daneben kommt nämlich auch die ebenfalls unbestrittene Tatsache in Betracht, daß Einflüsse der Tradition, die ganz unabhängig sind von der Rassekontinuität, wenn sie sich auch in ihrer Wirkung mit dieser auseinanderzusetzen haben, aufs stärkste den Volksgeist und den Volkscharakter beeinflußt haben. Man erwäge nur, wie tief umbildend die jüdisch-christliche ebenso wie die griechisch-römische Tradition die deutsche Art umgeformt haben. Wir geben gern zu, daß das Christentum auf deutschem Boden sicher ebenso stark germani-

siert worden ist, wie es die Germanen christianisiert hat, wir geben auch zu, daß die klassische Überlieferung auf deutschem Boden spezifische deutsche Umbildungen erfahren hat: alles das darf uns jedoch die Augen nicht verschließen vor der Tatsache, daß zum mindesten neben der Rasse auch die zum Teil aus volksfremden Quellen zehrende Tradition als ein für den Volksgeist konstituierender Faktor anzusehen ist.

* * *

Damit ist jedoch die Zahl dieser Faktoren keineswegs erschöpft. Es können innerhalb des Volkskomplexes einzelne Teile in ihrer Wirkung auf die Gesamtheit so stark hervortreten, daß sie den Gesamtaspekt aufs stärkste umbilden. Solcher für das Ganze repräsentativer Teilfaktoren nenne ich hier drei; erstens einzelne Stämme, zweitens einzelne soziale Schichten und drittens einzelne Individuen können repräsentativ für das Volksganze sein und dieses auch tatsächlich umbildend beeinflussen.

Dafür, daß einzelne Stämme innerhalb eines Volkes die Oberhand gewinnen, liefert die Geschichte Belege genug. Das griechische Volk bietet in seiner ganzen Kultur ein wesentlich anderes Bild dar, je nachdem Achäer, Dorer oder Jonier obenauf sind. Ebenso ist der deutsche Nationalcharakter in der Neuzeit durch das Emporkommen des Preußentums tief umgebildet worden.

Ähnlich verhält es sich mit dem Dominieren gewisser sozialer Schichten. Ein Volk bietet einen ganz verschiedenen Gesamtanblick, je nachdem der grundbesitzende Adel oder das handeltreibende Bürgertum oder das industrielle Proletariat den Ton angeben. Das Frankreich der Bourbonenzeit hat durch das Emporkommen der Bourgeoisie tiefgreifende Wandlungen erfahren, die sicher nicht seinen Grundcharakter aufgehoben, aber doch sehr stark modifiziert haben.

Auch Einzelmenschen können ungeheuer wichtig werden für die physische wie die geistige Physiognomie ganzer Völker. Wer könnte die Wirkung der Persönlichkeit Alexanders des Großen auf die verschiedensten Nationen ausrechnen? Wie die Mode, das Gesicht ohne Bart zu zeigen, auf viele Jahrhunderte hin durch ihn herrschend wurde, so hat er auch geistig die Physiognomie vieler Völker beeinflußt. Und haben wir Deutschen es nicht neuerdings erlebt, daß Bismarcks Persönlichkeit für den Volksgeist weithin vorbildlich und damit umbildend wurde?

* * *

Nehmen wir alles das zusammen: das Zusammenwirken von Rasse und Tradition, von dominierenden Stammes-, Berufs- und Einzelcharakteren, wozu weiter die großen Strömungen des internationalen Zeitgeistes kommen, so ergibt sich, daß der Volksgeist kein einheitlicher, sondern ein ungeheuer komplizierter Faktor ist. Und ferner aus dieser Kompliziertheit ergibt sich, daß seine Konstanz, soweit man überhaupt von solcher reden darf, höchst relativ ist, so relativ, daß man streng genommen den Volksgeist in seiner Gesamtheit überhaupt nicht als Konstante, sondern als Variable in Rechnung setzen darf.

Es scheint also, daß wir mit unseren Betrachtungen über den einheitlichen Volksgeist bei einem negativen Resultat ankommen. Das ist allerdings bis zu einem gewissen Grade der Fall. Aber eine negative Erkenntnis ist ja auch eine Erkenntnis. Indessen wollen wir bei aller Betonung der Variabilität doch auch die konstanten, besser die konstanteren Faktoren nicht übersehen, die doch immerhin ausreichen, um gewisse Gemeinsamkeiten im Wechsel festzuhalten. Als Faktoren von solcher relativen Konstanz können wir wenigstens zwei festhalten, die zwar — wie wir sahen — allein nicht maßgebend sind, aber immerhin doch ein gewisses Rückgrat bilden: die Rasse und die immanente Tradition. Auch sie schwanken, aber sie entwickeln sich doch so langsam, daß sie innerhalb des flutenden Wechsels beinahe als ruhende erscheinen. Das sieht man am besten bei solchen Völkern, die bewußt eine Einheitlichkeit eines Volkstums erstrebten. Ich erinnere dabei an die Juden und die Chinesen. Jene erzielten die bewunderns-

werte Geschlossenheit ihres Volkscharakters einerseits durch strengste Abgeschlossenheit gegen Volksfremde und anderseits durch die Schaffung einer ehernen Tradition in der Thora. Die Chinesen verfuhren ähnlich. Sie sperrten sich durch ihre Mauer gegen das Ausland ab und entwickelten mit zähem Konservativismus eine immanente Tradition, die alle landfremden Einflüsse (wie den Buddhismus) doch vollkommen in ihrem Geiste umzubiegen vermochte. Ob diese Einheitlichkeit das höchste Ideal ist, bleibt dennoch eine offene Frage.

* * *

Wir finden also, daß es zwar immerhin einen Volksgeist gibt, der jenseits aller Individualitäten sich auswirkt, daß aber trotzdem nur mit allergrößten Vorbehalten dieser Volksgeist als einheitliche und konstante Größe in Rechnung gestellt werden darf.

Und mit dieser, auch für die Praxis wichtigen Erkenntnis kommen wir wieder zum Anfang unserer Betrachtungen zurück. Hat uns doch die jüngste Zeit gelehrt, daß es möglich ist, den Geist und Charakter eines Volkes bis schier in sein Gegenteil umzubiegen! Wir haben erlebt, daß die als wankelmütig verschrienen Franzosen unter dem Druck einer gewalttätigen Regierung und einer ungeheuer suggestiven Presse eine hartnäckige Zähigkeit entwickelt haben, die sie an den Rand der Selbstvernichtung brachte. Wir haben gesehen, daß die als nur erwerbsgierig verschrienen Amerikaner sich in einen Krieg stürzten, der für einen großen Teil des Volkes — wir dürfen uns darüber nicht täuschen — von idealen Motiven eingegeben wurde, mögen wir auch hundertmal diese Ideale als falsch und verschwommen kennzeichnen. Und derartiger Beispiele gibt es noch viele, die alle beweisen, daß der Volkscharakter zwar vorhanden, aber sehr schwer in feste Begriffe zu zwingen ist, vielmehr beständig allen möglichen Wandlungen und Schwankungen ausgesetzt ist, die kaum mit Sicherheit vorher zu berechnen sind. Daher wird, wenn man je zu gründlichen Forschungen über die Psychologie der einzelnen Völker gelangen wird, es dringend von nöten sein, sich dieser Variabilität der Ergebnisse bewußt zu bleiben. Nur so wird es möglich sein, jene schweren Fehler zu vermeiden, zu denen uns das falsche Vertrauen auf die Anwendbarkeit unserer vermeintlich festen Begriffe von fremden Volkscharakteren gerade in diesem Kriege geführt hat.

# England und die baltische Frage

Von Hadubert

Die östliche Neuorientierung ging bislang von der Voraussetzung aus, daß England in der Randstaatenfrage keine unmittelbaren politischen Interessen hat und wenn auch scharfen Auges, so doch lediglich als höhnischer Zuschauer der wachsenden Verwicklung der östlichen Fragen für Deutschland folgt. Nachdem ich in den baltischen Landen Gelegenheit zur Fühlungnahme mit Politikern aller Nationalitäten gehabt habe, unterliegt es für mich keinem Zweifel mehr, daß eine aktive englische Agitation dort im Lande lebhaft zu unseren Ungunsten am Werke ist. Sähe auch England, wie manche Vertreter der „östlichen Neuorientierung", in einem engen Anschluß des ganzen Baltikums an Deutschland die größte Gefahr für uns, so hätte es allen Grund, Deutschland in seiner Angliederungspolitik gewähren und es so in sein Verderben hineinrennen zu lassen. Der politische Blick unseres klügsten und gefährlichsten Feindes sieht schärfer: im Separatismus der Letten und Esten, in ihrem ehrgeizigen Streben nach staatlich selbständigem Dasein sieht England die bedenklichste Bedrohung für uns. Und eben diesen

Aspirationen der estnischen und lettischen Intelligenz gibt die englische Geheimagitation im Lande stets neue Nahrung. Unter der wohlbekannten Maske des Horts der kleinen Völker sucht England im Baltikum selber Fuß zu fassen und sich so ein neues Belgien an der Ostsee zu schaffen.

Schon an der Wiege eines selbständigen Estenstaates gedachte England die Patenrolle zu übernehmen. Als zu Anfang dieses Jahres unter dem Eindrucke der bolschewistischen Tyrannei die Bewegung für einen Anschluß an Deutschland in allen estnischen Kreisen Platz griff, stachelte der durch die Maximalisten vertriebene fanatisch deutschfeindliche Nationalist Tönnisson von Helsingfors aus in einem offenen Briefe in der Dorpater estnischen Zeitung „Postimees" die separatistischen Neigungen des Estenvolkes an, indem er andeutungsweise Englands Unterstützung auf dem großen internationalen Friedenskongreß in Aussicht stellte. Etwa um dieselbe Zeit, am 12. Februar 1918, also vor dem deutschen Einmarsch, wandte sich die Revaler estnische Zeitung „Tallina Teataja" offen gegen Englands Versuche, sich an der baltischen Küste ein neues Gibraltar zu schaffen, um von dort aus gleichzeitig Deutschlands Einfluß zu brechen und Schweden, Finnland und Rußland direkt zu bedrohen. Unmittelbar vor Einmarsch der Deutschen war bereits der Tag für die Proklamierung der selbständigen estnischen Republik festgesetzt. Zu diesem Akt waren laut Revaler „Päewaleht" vom 25. Februar 1918 zwei englische Offiziere mit wichtigen Aufträgen ihrer Regierung in einem Extrazuge unterwegs. Da jedoch die Bahnlinie an zwei Stellen zerstört war, konnte diese Gesandtschaft Reval vor Einzug der Deutschen nicht erreichen, und das Patestehen unterblieb, zumal die Taufe selber ins Wasser fiel. Inzwischen gelang es Tönnisson und einigen anderen estnischen Politikern, die sich in Stockholm als rechtmäßige „Vertretung" des „estnischen Staates" auftaten, einen Protest gegen die deutschen Maßnahmen ausgerechnet in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu veröffentlichen, der im Baltikum selber nicht nur in der deutschen Presse entrüstete Gegenäußerungen hervorrief. Übrigens wies damals auch die „Vossische Zeitung" auf den Zusammenhang hin, der zwischen diesem estnischen Separatismus des Herrn Tönnisson und englischen Versuchen, sich an der Ostsee festzusetzen, bestünde. Um dieselbe Zeit beklagte sich eine aus fünf Esten und einem Deutschen bestehende Abordnung mehrerer estnischer Landgemeinden bei dem deutschen kommandierenden General über die provokatorischen Gerüchte, die sichtlich von englischer Seite zur Beunruhigung der Bevölkerung ausgestreut wurden und die ihre Wirkung namentlich bei dem estnischen Volke nicht verfehlen, das der Beeinflussung durch unkontrollierbare Gerüchte in außerordentlichem Maße zugänglich ist.

Während den estnischen Abordnungen zuerst in London durch Balfour und dann auch in Paris durch Poincaré freundlicher Empfang und wohlwollende Zusicherungen zuteil wurden, wovon z. B. die schweizerische Presse durchgehends Notiz nahm, verstummten in Estland die Gerüchte, z. B. einer nahe bevorstehenden Landung der Engländer, keineswegs, sondern griffen, wie mir erst kürzlich von lettischer Seite in Riga versichert wurde, auch auf die lettischen Teile des Baltikums über. Insbesondere liebt es diese Stimmungsmache, alle deutschen Maßnahmen als provisorisch und damit belanglos hinzustellen: der allgemeine Friedenskongreß werde Deutschlands Niederlage besiegeln und damit den Letten und Esten ihre volle staatliche Selbständigkeit schenken, die ihnen von Deutschland vorenthalten werde.

Dem Hinweis auf diese offenbaren englischen Machenschaften im Baltenlande begegnet ein bestimmter Teil der deutschen Presse, eben der, der den fortdauernden Krieg mit England für ein durch Verständigung jederzeit beizulegendes Mißverständnis hielt, mit einer sehr souveränen Gebärde: er sieht darin halb tendenziöse, halb ängstliche „alldeutsche" Gespensterseherei. Wer sich im Lande selbst von der stimmungsmäßigen Realität dieser Gespenster überzeugt hat, wird sich durch diese überlegenen Beschwichtigungsgesten, deren Tendenz andererseits gar zu klar zutage liegt, in der Einsicht nicht beirren lassen, daß es durchaus gilt, hier die Augen offen zu halten, und daß diese Bestrebungen Englands politisch durchaus ernst zu nehmen sind. Daß englisches Geld im Baltikum im Umlauf ist, darf als sicher

gelten. Es ist bekannt, daß Balfour der estnischen Abordnung keine bestimmten öffentlichen Versprechungen gemacht hat; wie weit er sich im geheimen gebunden hat, wissen wir nicht. Wir dürfen wohl kaum annehmen, daß das in sehr weitgehendem Maße geschehen ist, da England sich für die Belohnung eines etwaigen reumütigen Rußland der Zukunft noch Möglichkeiten offen lassen muß. Die oft wiederholte Behauptung, daß englisches Kapital sich durch Landkäufe in Estland habe festsetzen wollen, ist mir erst neuerdings an Ort und Stelle von zuverlässiger Seite als glaubwürdig hingestellt worden. Kurzum: England sucht ohne Zweifel im Baltenlande politischen Einfluß zu gewinnen, nutzt die dort vorhandenen separatistischen Strömungen der Esten und Letten und den Ehrgeiz ihrer von Ministerportefeuilles träumenden Intelligenz auf geschickte Weise zu unseren Ungunsten und ist jeden Augenblick bereit, seinen Finger in eine etwa zwischen deutscher und russischer Einflußsphäre entstehende Ritze zu klemmen. Lediglich dem wachsamen Auge unseres Militärregiments ist es zu danken, daß es nicht in den gegenwärtigen Wirren im Baltikum festeren Fuß gefaßt hat, wie sich ja auch die estnische Küste zu einer „Intervention" wesentlich besser geeignet hätte, als etwa die abgelegene Murmangegend.

Die Voraussetzung für die Forderung, das deutsch-russische Verhältnis so zu gestalten, daß wir ohne englisches Dareinreden mit dem neuen Rußland wirtschaftlich und politisch möglichst bald auf guten Fuß kommen, ist, unmittelbaren englischen Einfluß aus Osteuropa gänzlich fernzuhalten und schon die bloße Möglichkeit der Schaffung einer englischen Machtbasis im deutsch-russischen Grenzgebiete im Keime zu ersticken. Für das baltische Land bleibt uns die einzige Möglichkeit, den gegenwärtigen Zustand einer militärischen Besetzung des Landes zum mindesten für die Dauer des Krieges aufrecht zu erhalten. Denn gesetzt, wir gäben Teile des Baltenlandes oder das ganze Gebiet der ehemaligen russischen Ostseeprovinzen an das englandfeindliche bolschewistische Rußland zurück, so gäben wir das Land zwar der maximalistischen Zersetzung preis, von der wir es auf ausdrücklichen Wunsch aller seiner Bewohner errettet haben, wir öffneten aber zugleich den Engländern ein Einflußtor in Osteuropa: zum mindesten politisch, denn wir trieben die von uns verratene bolschewisten-feindliche Bevölkerung des Baltikums geradezu in englische Arme, aber auch strategisch, wenn wir nicht trotz unserer selbstlosen Verzichte unsere Besatzungstruppen im Lande ließen, um dort Schulter an Schulter mit bolschewistischen „Iskosols" (Soldatenräten) den Engländer zu erwarten. Das wäre denn doch die Freundschaft mit dem schwanken Sowjetregime etwas weitgetrieben. Daß das innerlich geschwächte bolschewistische Regiment allein und gegen den Willen der breitesten Schichten der baltischen Bevölkerung aller Nationen England vom baltischen Lande nicht fernhalten kann, liegt durchaus auf der Hand. Folglich ist dieser Weg für uns überhaupt ungangbar.

Aber bekanntlich ist immerhin mit der Möglichkeit eines inneren Umschwungs in Rußland zu rechnen. In diesem Falle würden politische Kreise ans Ruder kommen, von denen statt des schroff anti-englischen maximalistischen Kurses vielmehr ein starkes Liebäugeln mit der Entente zu erwarten ist. Sollten wir nun wirklich einem solchen Rußland die baltischen Provinzen zurückgeben? Böte es uns die mindeste Gewähr für eine erfolgreiche Abwehr einer englischen Festsetzung an der Ostsee? Sehr möglich, ja wahrscheinlich, daß England in diesem Falle automatisch den lettisch-estnischen Separatismus an dieses neue Rußland verraten würde. Seinem friedlichen Eindringen in das baltische Land stünden wir dann aber noch ohnmächtiger gegenüber, da es uns zu Eingriffen in innerrussische Verhältnisse zwingen würde, zu denen wir schlechterdings nicht imstande wären. Die wirtschaftliche Konsolidierung Rußlands, die Angloamerika dann statt unser in Angriff nehmen würde, fände in Riga, Libau und Reval die gegebenen Ausgangspunkte. Nicht wie in einem scheinselbständigen Lettland und Estland insgeheim, sondern ganz offen würde sich angelsächsischer wirtschaftlicher und politischer Einfluß dann an der baltischen Küste festsetzen und zwischen Rußland und uns einen unüberwindlichen Keil treiben. Aus der Ritze würde ein breiter Spalt, in den nicht nur die englische Hand, sondern auch die englische Faust gut hinein-

paßte. Von West und Ost zugleich würde uns alsdann John Bulls sympathische Physiognomie entgegengrinsen. Finnland gäben wir natürlich völlig preis. Schweden und Dänemark kämen genau wie Norwegen unter beherrschenden englischen Einfluß und würden der Fähigkeit zu standhafter Neutralität beraubt. Auf Ostseegeltung könnten wir schlankweg verzichten. Und was wäre für unser Verhältnis zu Rußland erreicht? Es ist wahrhaftig schwer verständlich, wie breite Kreise unserer politischen Öffentlichkeit meinen können, das einzige, was uns von dem bürgerlichen Rußland trenne, sei der Friede von Brest-Litowsk. Ist es wirklich nötig, an die elementare Tatsache zu erinnern, daß uns vom russischen Volke außer jenem diplomatischen Ereignis doch sozusagen noch ein Komplex von unübersteiglichen Erlebnissen seelisch trennt, die durch die Namen Tannenberg, Masuren und Gorlice nur zum kleinen Teil bezeichnet sind? Glauben wir, daß im nationalen Ehrgefühl gerade jener bürgerlichen Kreise, die von einer Eroberung Königsbergs und Danzigs träumten, die Erinnerung selber wegzuwischen sei?

Unter dem Gesichtspunkt internationaler Resonanz ist bei unserem Verhalten dem Baltikum gegenüber alle Behutsamkeit erforderlich, da England bekanntlich für „Befreiung der kleinen Völker" kämpft und in uns den Spezialisten für „Völkerunterdrückung" sieht, wird es hier die Gelegenheit wahrnehmen, um uns an Hand unserer praktischen Ostpolitik auf weitere Musterleistungen dieser Art vor der Weltöffentlichkeit festzunageln. Wir werden diesem Schicksale nicht entgehen, nicht nur, weil England stets weiteres Beweismaterial seiner propagandistischen Grundthese braucht und folglich auch finden wird, sondern auch nach der ganzen Lage im Osten: Die politische Unreife und die nationalistische Verhetzung, in der wir die Letten und Esten vorfinden, erfordern gleichermaßen eine feste Hand. Die schmale Linie, die zwischen Tyrannei und schwächlicher Toleranz hindurchführt, ist nicht gerade leicht innezuhalten. Wenn aber auch das unmittelbare deutsche Interesse der beherrschende Gesichtspunkt unserer Behandlung der Ostvölker bleibt, darf doch auch der Gesichtspunkt internationaler Rückwirkung nicht gänzlich außer acht bleiben. Wir haben keinen Grund, England seine Hetzpropaganda allzu sehr zu erleichtern.

# Straßburger Brief

Sehr geehrter Herr!

Ihren Wunsch, einen „Aufsatz" über die neue politische Lage in Elsaß-Lothringen für die „Grenzboten" zu schreiben, kann ich beim besten Willen nicht erfüllen. Schwerer vielleicht noch wie im Reich läßt sich hier im „Reichsland" die Volksstimmung übersehen, die letzten Endes dort allein zur verantwortungsvollen Entscheidung berufen sein wird. Während die diplomatischen Verhandlungen zwischen Berlin und Washington hin und her gehen, bleibt das Schicksal Elsaß-Lothringens als „Schicksalsland des Reiches" in der Schwebe, und selbst die bevorstehende Tagung des elsaß-lothringischen Landtags wird nur Streiflichter auf das Kommende werfen, wenn die Volksvertreter dort nach Schweizer Vorbild ein Referendum über die künftige politische Zugehörigkeit des Landes beantragen. Das Ergebnis dieser angeblich „freien Volksabstimmung" selbst läßt sich ja in keiner Weise vorhersehen: alles hängt von den Bedingungen ab, unter denen die Entente diesen „Volkswillen" zum Ausdruck bringen lassen will. Nicht die Parlamentarier in Berlin und Straßburg werden über das Geschick des Reiches, über seine Weltstellung und seine Weltwirtschaft entscheiden: darüber sind bereits im Frühjahr 1918 vor den Toren von Amiens, Hazebrouk und Reims die eisernen Würfel gefallen, wenn künftige Historiker die Weltenwende nicht schon auf den 25. Februar 1916 verlegen, als der siegreiche Angriff

der deutschen Sturmtruppen durch allerlei Zufälligkeiten auf der Panzerfeste Douaumont stockte.

Gegenüber all diesem Großen erscheint in der Tat das, was sich heute in Straßburg vorbereitet, als ein rechtes Satyrspiel. Und echt komödienhaft wird es durch den Kampf der beiden Führer des elsaß-lothringischen „Parlaments" eingeleitet, deren Rivalität jüngst auf der Tribüne des Deutschen Reichstags zum offenen Ausdruck gelangte.

Auch die „Elsässer", besser gesagt „das elsässische Zentrum", wollten selbstverständlich vor der Welt nicht zurückstehen, als alle die anderen „Fremdvölker", wie Dänen und Polen dem Deutschen Reich den Eselstritt versetzten. Bei einer Besprechung sämtlicher elsaß-lothringer Abgeordneter im Reichstag, so berichtet der neue „parlamentarische" Staatssekretär Hauß, „wurde eine Erklärung vereinbart und festgelegt, welche für das elsaß-lothringische Volk auf Grund der Prinzipien des Präsidenten Wilson das Recht der Selbstbestimmung, also des Volksreferendums", verlangte.

Diese programmatische Erklärung lautete folgendermaßßen:

„Von den ersten Tagen des unglücklichen Kriegs an sind die Augen der Welt mit Spannung auf Elsaß-Lothringen gerichtet geblieben. Der Krieg, welcher die durch den Frankfurter Frieden geschaffenen völkerrechtlichen Beziehungen entzweibrach, hat auch die elsaß-lothringische Frage erneut in den Brennpunkt der öffentlichen Erörterungen gerückt und hat den Besitz Elsaß-Lothringens alsbald zu einem Kriegsziel werden lassen.

In den Erörterungen über die Frage ihres eigenen Schicksals hat die Bevölkerung Elsaß-Lothringens bis zur Stunde völlig unbeteiligt bleiben müssen. Das Militärregiment hat jedes politische Leben auf dem Boden des Landes mit rücksichtsloser Vollständigkeit unterdrückt, die Parteiorganisation suspendiert, das Vereins-, Versammlungsrecht und Preßfreiheit aufgehoben und selbst den elsaß-lothringischen Landtag seiner verfassungsmäßigen Rechte beraubt. So ist in vier Jahren jede politische Aussprache und damit auch jede Meinungsbildung und jede Meinungsäußerung zur Unmöglichkeit gemacht worden.

Das Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson, dessen 14 Punkte die Annahme der deutschen Regierung und der Mehrheit des Deutschen Reichstags gefunden haben, macht die Lösung des elsaß-lothringischen Problems zu einer Vorfrage der friedlichen Neuordnung der Welt. Punkt 8 greift zurück auf die Ereignisse des Jahres 1871. Damals hat die große Mehrheit der französischen Nationalversammlung in Bordeaux der Abtretung Elsaß-Lothringens in der Zwangslage des Kriegs zugestimmt. Die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen haben gegen diese Abtretung Einspruch erhoben. Die fünfzehn ersten Vertreter Elsaß-Lothringens im Deutschen Reichstag haben im Jahre 1874 dem ausgesprochenen Willen ihrer Wähler Folge leistend, folgenden Antrag eingebracht:

‚Der Reichstag wolle beschließen, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens, welche ohne darüber befragt worden zu sein, dem Deutschen Reich durch den Friedensvertrag von Frankfurt einverleibt worden ist, sich speziell über diese Einverleibung auszusprechen berufen werde.'

Bei der Beratung des Antrags am 18. Februar 1874 hat der Sprecher der Elsaß-Lothringer, der Abgeordnete Teutsch, sich besonders auf Artikel 286 des Gesetzbuchs des Völkerrechts von Professor Bluntschli (Heidelberg) berufen, der lautet: ‚Damit die Abtretung eines Gebiets Gültigkeit erlange, muß dieselbe vorerst von den Einwohnern des abgetretenen Gebiets im Besitz ihrer politischen Rechte gutgeheißen werden. Diese Anerkennung darf unter keinen Umständen mit Stillschweigen übergangen oder unterdrückt werden, denn die Bevölkerungen sind keine der Rechte und des Willens bare Sache, die man dem ersten Besten als Eigentum überlassen kann.'

Für diesen ihren Antrag haben unsre Vorgänger in der elsaß-lothringischen Volksvertretung achtungsvolles Entgegenkommen nicht zu finden vermocht. Es war für die Rechtsforderung eines Volksentscheids über eine solche Frage das

wünschenswerte Verständnis nicht vorhanden. Im elsaß-lothringischen Volk hat das Bewußtsein der Vergewaltigung lange fortgedauert und blieb das Gefühl lebendig, daß in Fragen einer Gebietsabtretung nur die Abstimmung der Bevölkerung, der das betreffende Gebiet gehört, wirkliches Recht schaffen kann, das von allen anzuerkennen wäre.

Wenn dieser Anspruch in der Folge nicht fortwährend erhoben wurde, so war es, weil man sich bei den herrschenden Anschauungen der Aussichtslosigkeit bewußt war, und weil die gerechtfertigte Scheu vor dem drohenden Weltkrieg es verbot, in einem Feuer zu schüren, das vielen erkennbar unter der Asche glomm. Elsaß-Lothringen mußte als Grenzland, in klarer Voraussicht der Schrecknisse eines Kriegs, den Frieden wünschen um jeden Preis. Auf dem Boden der durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Tatsachen stehend, erstrebten durch viele Jahrzehnte hindurch seine Abgeordneten des Landes Gedeihen, Freiheit und Gleichberechtigung im Rahmen des Deutschen Reichs.

Durch das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson ist die Frage der Annexion von 1871 wieder zur Diskussion gestellt. Die Völker und in erster Linie die Bevölkerung Elsaß-Lothringens haben dazu Stellung zu nehmen. Ein Mandat zu einem Votum hierüber haben wir zur Stunde nicht. Wir glauben aber erklären zu können, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens das Selbstbestimmungsrecht der Völker rückhaltlos anerkennt, auf welches sich die internationale Welt geeinigt hat, und daß sie in der Anwendung dieses Grundsatzes auf die Regelung ihrer eigenen staatlichen Zukunft eine natürliche Rechtsforderung erblickt. Sie nimmt an, daß dieses Recht von keiner Seite mehr bestritten, und daß von keiner Seite für die definitive Neuordnung der Dinge eine Lösung der elsaß-lothringischen Frage angestrebt wird außerhalb jenes Rechtsgrundsatzes.

Elsaß-Lothringen müßte das Schulbeispiel sein für die Anwendung dieser Rechtsanschauung. Es ist zweifellos früher ohne und gegen den Willen seiner Bevölkerung durch staatliche Gewalt Annexionen unterworfen worden. Es fehlt Elsaß-Lothringen die lückenlose historische Zugehörigkeit zu einem der angrenzenden Staatengebilde, seine wechselvolle Vergangenheit, seine sprachliche und völkische Eigenart, die selbständige Gesinnung seiner Bewohner lassen es nicht von Natur und Geschichte als zu integrierenden Bestandteil eines Staatswesens geworden erscheinen. Es kann darum nur ein Plebiszit die friedliche, von niemand weiter zu beanstandende staatliche Existenz Elsaß-Lothringens fest begründen und damit einen Grundstein legen zum Bau des Völkerfriedens.

Soll dieses Ideal verwirklicht werden, so muß, wie Präsident Wilson es fordert, die ‚Lösung im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung, und nicht als ein Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden'.

Soll Elsaß-Lothringen aufhören, der Zankapfel zweier großer Nationen zu sein, deren Sprache und Nationalität von altersher auf seinem Boden nebeneinander vertreten waren, soll es aufhören eine ständige Bedrohung des Weltfriedens zu bilden und auch im Frieden als nichts anderes zu gelten, als ein Glacis gegen den Feind und Aufmarschgebiet für den Kriegsfall, dann darf nicht Waffengewalt und Sieg allein über sein Schicksal entscheiden. Die Bevölkerung, der von Gottes Gnaden und von Rechts wegen das Land gehört, das sie bewohnt, soll darüber entscheiden, wie sie ihre staatliche Zukunft geregelt wissen will, und ihre Entscheidung soll unantastbares Recht schaffen.

Dann müßte die trübe Aera abgeschlossen sein, da die elsaß-lothringische Frage wie ein Alb auf den Völkern lastete. Dann könnte Elsaß-Lothringen die Rolle übernehmen, die seine historische Bestimmung sein muß: das einigende Band zwischen zwei Völkern zu sein, die nur zu oft blutiger Krieg entzweite; die Brücke der Versöhnung zu bilden zwischen zwei Nationen und die friedliche Berührungszone zum Ausgleich zwischen zwei Kulturen, die berufen sind im Wetteifer gemeinsamer Arbeit mitzuwirken zum Heil und Segen der Menschheit."

Wie weit diese Erklärung sachlich berechtigt war, wie viel hier von der

Überschätzung unselbständiger Volkssplitter, die der deutsche Partikularismus und das deutsche Weltbürgertum mit einer gewissen Selbstgefälligkeit zur „elsaß-lothringischen Nation" emporgehoben haben, misspricht, davon kann und soll an dieser Stelle noch nicht gesprochen werden. Aber charakteristisch für die „Anfänge einer parlamentarischen Regierung" nicht nur im Reichslande, sondern auch im Reiche selbst ist es doch, daß diese nach bestem Wissen und Gewissen vereinbarte Erklärung im deutschen Parlament nicht abgegeben werde. Der erwählte Sprecher des elsässischen Zentrums hat dafür vielmehr ohne Vorwissen seiner Landsleute, aber scheinbar in ihrem Namen dem Reiche selbst den Fehdehandschuh hingeworfen und eine internationale Regelung verlangt, die nach Lage der Dinge bereits einer Option für Frankreich gleichkommt. Gerade zusammengehalten mit der oben erwähnten „Erklärung" ist die Rede des Abgeordneten Ricklin bezeichnend genug, um sie nochmals hier abzudrucken, trotzdem sie ja, wie das Wolffbureau melden mußte, in Berlin bereits „lebhafteste Bestürzung" hervorrief.

„Der Reichskanzler", so heißt es hier, „hat in seiner gestrigen Rede mitgeteilt, daß ein Elsässer zum Statthalter und ebenfalls ein Elsässer zum Staatssekretär ernannt worden sei. Er fügte hinzu, daß er annehme, daß der neue Statthalter bald ein Regierungsprogramm aufstellen werde. Der Reichskanzler hat es unterlassen, auch nur mit einem einzigen Worte darauf hinzuweisen, was die deutsche Regierung von der Einführung der Reform in Elsaß-Lothringen erwartet oder was sie damit bezweckt. Es wird aber die Annahme berechtigt sein, daß sie mit dieser Aktion eine Einwirkung auf die Stimmung der Elsaß-Lothringer im deutsch-völkischen Sinne erwartet. Wir halten es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um keine trügerischen Hoffnungen aufkommen zu lassen. Diese Wahrheit lautet: All das, was hier in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg unternommen werden wird, wird in dem nunmehrigen Stadium, in das die elsaß-lothringische Frage eingetreten ist, keine wesentliche Einwirkung auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen ausüben können. Durch Annahme der vierzehn Punkte Wilsons ist die elsaß-lothringische Frage zu einer internationalen Frage geworden, deren Lösung dem Friedenskongreß übertragen ist.

Die vom Reichskanzler gebrauchten Worte, daß die Rechtsfragen nicht halt an unseren Landesgrenzen machen und auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets berühren, stützen unsere Auffassung. Da wir sicher annehmen, daß dem von einem sehr großen Teile Elsaß-Lothringens beanspruchten Recht, selbst über ihr politisches Schicksal zu entscheiden, Rechnung getragen werden wird, müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung in Elsaß-Lothringen vorgreifen könnte. Ein Eingreifen in die Verfassungsentwicklung, die man bei uns vor hat, schließt aber eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung ein. Jedenfalls ist sie geeignet, die öffentliche Meinung zu verwirren. Nachdem die elsaß-lothringische Frage auf das internationale Gebiet übergegangen ist, halten wir unser empfangenes Mandat, dem Lande politische Autonomie zu geben, für überholt."

Man sieht: die vorbereitete Erklärung des elsaß-lothringischen Zentrums und die Rede Ricklins decken sich beim besten Willen nicht. Man stände vor einem Rätsel, wenn nicht die Persönlichkeit des Sprechers im Reichstag eine nur zu ansprechende Lösung gäbe.

Als Abgeordneter des heute in französischer Hand befindlichen Sundgau-Städtchens Dammerkirch war Dr. Ricklin, alter Korpsstudent und Kantonalarzt seines Heimatorts, nach Herkunft, Erziehung und Charakter seit langem der geborene Vermittler zwischen den verschiedenen politischen Schattierungen, die das elsässer Zentrum im Reichstage wie vor allem im Straßburger Landtage zeigte. Aber wie das bei weichen, egoistischen Vermittlernaturen nur zu leicht der Fall ist: in Wirklichkeit wurde er von keiner Seite, weder von den zum Reich schielenden Unterelsässern, noch von den französelnden, ausgesprochenen Nationalisten aus dem Oberelsaß und aus Lothringen für vollwertig angesehen. Vor allem die von ihm im Landtage im Sommer 1917 vor spärlich besetzten

Bänken verlesene gewundene Loyalitätserklärung, auf die ich kürzlich hier hinwies, entzog Ricklin auch die letzten persönlichen und politischen Sympathien, die er als Landtagspräsident eigentlich verkörpern müßte.

Köstlich in ihrer Einfachheit und Schlichtheit und doch mit tausend feinen Nadelstichen geziert ist dazu die Lebensgeschichte, die Abbé Wetterlé vor einigen Monaten erst vom sicheren Zufluchtsort Paris aus von seinem alten Mitkämpfer gab. „Les coulisses du Reichstag" heißt das Werkchen, worin der alte Spötter Freunde und Gegner, Regierung und Parlament im Reich teilweise einer solch trefflicheren Kritik unterzieht, daß seine Lektüre auch in Berlin allen Politikern herzhaft zu empfehlen ist. Mit einer bereits stark „belasteten" Vergangenheit, so wird Ricklin hier gezeichnet, kam der junge Eugen nach vollendetem Studium in den heimatlichen Sundgau zurück, denn seit seinem zehnten Jahre hatte er unter der Obhut eines Stiefvaters in Bayern eine ganz deutsche Erziehung genossen, von der zahlreiche Schmisse beredtes Zeugnis ablegten.

In der Tat hatte er zunächst auch in Dammerkirch zahlreiche deutschfreundliche Anwandlungen (il faisait étalage de sentiments germanophiles), erschien in seiner Sanitätsoffizieruniform beim Kaisergeburtstagsessen und lebte in ständiger Fehde mit seinem Ortspfarrer. Erst die Heirat mit einer sehr reichen Base, die ihrerseits eine ganz französische Erziehung genossen hatte, übte einen sehr wohltätigen Einfluß aus (une cheureuse influence). Die Notwendigkeit, seine Anschauungen denen seiner künftigen Wähler anzupassen, vollendete die Bekehrung: Ricklin wurde regierungsfeindlich und zugleich — fromm! (devint antigouvernemental et . . . . on le vit fréquenter les offices religieux de la paroisse). Als die Regierung ihm bald nach seiner Wahl die Bürgermeistergeschäfte von Dammerkirch wieder abnahm, trat der Abgeordnete von Altkirch-Thann in die entschiedenste Opposition.

Trotzdem traute man dem Renegaten nicht eben sonderlich in den „guten" elsässischen Kreisen. Aber Ricklin selbst verstand es 1911, die Freundschaft des Staatssekretärs Zorn von Bulach zu gewinnen nnd damit den Aufstieg zum Präsidium der neuen zweiten Kammer, wo er zunächst seinem Patriotismus überschäumenden Ausdruck verlieh. Im Anfang des Weltkrieges wußte er sich, nach Wetterlé, nicht genug zu tun in franzosenfeindlichen Reden, holte seine sorgfältig im dunklen Winkel aufbewahrte Uniform wieder hervor und suchte sich liebes Kind bei den Militärbehörden zu machen.

„Ricklin est sournois", so schließt das von Wetterlé entworfene Lebensbild, „madré, mais également brutal. D'une ambition démésurée, d'une avarice sordide, il ne recherche que l'honneur et l'argent. Pour se les procurer, il passe facilement sur le corps de ses meilleurs amis. De tous les ralliés il est certainement le plus odieux". (Ricklin ist ein schlauer, tückischer, zugleich brutaler Bursche. Ueber die Maßen ehrgeizig, dazu schmutzig geizig, strebt er nur nach Ehren und Geld. Um ihretwillen geht er schonungslos über seine besten Freunde hinweg. Von allen dem Vaterland wieder Zugeführten ist er der verhaßteste.)

Diese Charakteristik „von Freundeshand" sollte man auch im Reiche berücksichtigen, wenn man die Rede Ricklins ihrem moralischen Werte nach richtig einschätzen will. Denn gerade die brutale Art, wie Ricklin diese feierlich beschlossene „Erklärung" des elsässischen Zentrums beiseite schob, um eine eigene Kriegsansage in die Welt hinauszuschleudern, muß man wohl oder übel ebenfalls auf persönliche Beweggründe zurückführen. Als Landtagspräsident stand der Abgeordnete des Wahlkreises Altkirch Thann außerhalb der elsaß-lothringischen Parteien. Nach überliefertem parlamentarischen Brauch mußte die Regierung ihn also übergehen, als sie Parteivertreter an die Spitze der Verwaltung berief. Sie ernannte den nominellen Führer der stärksten Fraktion im Landtage, den Buchdruckereibesitzer Karl Hauß zum Staatssekretär und — stieß damit den ehrgeizigen Ricklin so vor den Kopf, daß dieser in ein Wutgeheul ausbrach, das heute als „Programm des elsaß-lothringischen Volkes" durch die Welt geht!

Inzwischen hat auch der sozialdemokratische Abgeordnete für Straßburg, Bernhard Böhle, weitere Aufklärung über das Verhalten Ricklins gegeben: „Danach hat Dr. Ricklin die Abwesenheit des Herrn Hauß, der mit den übrigen elsaß-lothringischen Abgeordneten eine — von Dr. Hägy zu verlesende — Erklärung vereinbart hatte, benutzt, um in seinem Sinn auf die Abgeordneten einzuwirken, was ihm auch insoweit gelang, daß er seine, von der vereinbarten abweichende Erklärung im Namen der Herren Hägy, Levêque, Dr. Schatz und Thumann (sämtlich ausgesprochene Nationalisten und Gefolgsleute Wetterlés) abgeben konnte. Böhle fügt hinzu: „Über das Verhalten Dr. Ricklings war ich um so mehr erstaunt, da doch bekannt war, daß er, Ricklin, einige Tage vorher Reichsbeamten gegenüber ein echt deutsches Bekenntnis abgegeben hatte und andre elsaß-lothringische Reichstagsabgeordnete als Französlinge bei der Regierung denunzierte. Mehr will ich heute nicht sagen; man kann ruhig der Bevölkerung es überlassen, über das Verhalten des Herrn Ricklin ein Urteil zu fällen."

Auch Hauß empfängt von Freund Wetterlé seine Note, und vielleicht ist es Ihnen in Berlin auch ganz interessant, in welchem Lichte der jetzige Leiter der reichsländischen Regierung dem Wortführer der elsässischen Hochverräter erscheint. Einem kurzen Bericht über den Lebens- und Entwicklungsgang des aus kleinen Verhältnissen stammenden Parlamentariers folgt folgende Zeichnung seines politischen Charakters: „Encore est-il juste de reconnaître que, tout en donnant parfois des gages à un gouvernement, qui savait exploiter les difficultés financières, dans lesquelles, prodigue à l'excès, il se debattait constamment, il n'abdiqua j'amais complétement son indépendance et sut rester un bon Alsacien, même aux heures les plus difficiles." (Immerhin darf man anerkennen, daß Hauß trotz mannigfacher Verbeugungen vor einer Regierung, die seine häufigen finanziellen Schwierigkeiten wohl auszunutzen verstand, doch nie völlig seine Unabhängigkeit verleugnete und selbst in schweren Stunden ein „guter Elsässer" geblieben ist.) — „Notable und Parlamentarier unter sich!" möchte man das unerquickliche Bild überschreiben, das hier die Katzbalgereien im Schicksalsland des Reiches bieten, spiegelte sich nicht eben im Geschick Elsaß-Lothringens in so unübertrefflicher Schärfe auch das Schicksal Deutschlands selbst! Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, hat der Abgeordnete Gothein, anknüpfend an die sogenannte „Erklärung" des „Elsässers" Ricklin gesagt und glaubte damit die „Regierung" zu treffen. In Wirklichkeit hat er nicht einzelnen Beamten und der „Methode" das Urteil gesprochen, sondern dem deutschen Volke insgesamt, als dessen Vertreter auch der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei ebensogut für das verantwortlich ist und bleibt wie der radikalste Konservative! „Wir stehen vor einem Scherbenhaufen!" — Aber die beiden Elemente, die das Werk Bismarcks als Torso stehen ließen und seine Fundamente unterhöhlten, daß es dem Druck des Weltkrieges nicht standhielt, sind Weltbürgertum und Kantönligeist. Und beide sind nicht zum wenigsten durch den Freisinn und die ihm nachfolgten herangezogen worden. Statt von innen heraus die Mauern des Reiches zu versteifen und neue Klammern einzuziehen, mußten noch im Kampf gegen eine Welt von Feinden die alten Figuren, die den Bau einst trugen, immer feiner und subtiler ausgemeißelt werden, bis sie der auf ihnen ruhenden Last eben nicht mehr gewachsen waren. — Statt Elsaß und Lothringen auch politisch immer enger mit dem Reich zu verbinden, aus dem Begriff des „Reichslandes" den Einheitsstaat oder zum wenigsten ein Großpreußen als Kern und Stock Deutschlands zu entwickeln, um im Kern Mitteleuropas allen Stürmen trotzen zu können, wußten schon die Fortschrittler von 1871 kaum laut genug die Werbekraft des deutschen Partikularismus zu rühmen, dessen Früchte wir heute ernten.

Sobald es die Weltverhältnisse gestatten, soll die Artikelreihe, die ich jüngst in den „Grenzboten" über die „Ideale und Irrtümer der elsaß-lothringischen Frage" veröffentlichte, im Verlag von Karl J. Trübner in Straßburg in erweiterter Buchform erscheinen. Dann wird es Zeit sein, im Rückblick auf die allernächste Vergangenheit auch die nationalen und internationalen Kräfte aufzu-

zeigen, die an der Zertrümmerung des „Reichslandes“ ebensogut beteiligt sind, wie an seiner Aufrichtung. Heute ist die Stunde dazu noch nicht gekommen. Noch wehrt sich das Reich!

Aber noch immer wissen tausende und abertausende in Altdeutschland nicht, was unten am Oberrhein für sie alle, Arbeiter und Unternehmer, Bürger und Bauern, an militärischen, politischen und vor allem an wirtschaftlichen Werten auf dem Spiele steht! Einen kleinen Beitrag zu diesem Problem soll ein Büchlein geben, das soeben ebenfalls im Trübnerschen Verlag erscheint und die Frage beantworten will: „Was besitzt das Reich an Elsaß-Lothringen; was verliert es mit ihm?“ [1]) Jenseits aller Kritik am Gegenwärtigen und Vergangenen möchte es das Verständnis für die überaus wichtige Stellung wecken, die Elsaß und Lothringen heute in Deutschlands Volks- und Weltwirtschaft einnimmt. Findet dies Büchlein Verständnis und Leser, so wiegt es wohl ein Dutzend „Aufsätze“ und „Briefe“ auf, die ihrem Inhalt und Umfang nach doch immer nur über einzelne Personen und Zustände im Reichsland berichten können und damit immer in Gefahr sind, die Lust und Liebe im Reiche selbst für die Grenzmark des Westens zu ersticken. Überschrift und Mahnung für all unser Denken und Fühlen muß sie daher gerade jetzt mehr denn je sein: „Elsaß-Lothringen ist das Schicksalsland Deutschlands!“

26. Oktober 1918. P. W.

# Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Kaleidoskop.** Man kann heute kaum mehr über politische Dinge schreiben, es sei denn im Augenblick für den Augenblick. Was heute gilt, ist morgen zum alten Eisen geworfen. Heute rast das Rad der Geschichte. Die Schnelligkeit der Umdrehung ist so groß, daß wir die einzelnen Ereignisse kaum mehr sehen. Da das Rad aus der gesetzmäßigen Kurve herausgeschleudert ist, überall Abhänge drohen und sich Lawinen des Gedankens und der Tat anballen können, die die Anfangsbewegung vervielfachen und neue Richtungen bedingen müssen, so läßt sich nichts voraussagen, auch darüber nicht, wer schließlich unter den Rädern liegen wird.

**Im Engpaß.** Was ziemlich sicher ist, ist unsere eigene Lage. Unsere Bundesgenossen haben uns verlassen oder stehen im Begriffe dies zu tun, teils willenmäßig, teils weil die Ereignisse so auf sie selbst einwirken, daß ihr Auflösungsprozeß sie als Handelnde auf der Weltbühne momentan ausschaltet. Wir sind also jetzt ganz allein geblieben — in einem Engpasse, aus dem wir nicht mehr herauskommen, oder wenigstens zurzeit keinen Ausweg sehen gegenüber auf uns zustürmenden Gewalten, die uns ans Leben wollen.

Die Politik hört in solcher Lage so ziemlich auf. Wir haben wenig Figuren, mit denen wir operieren können. Es sind nur noch Gedankenoperationen, die wir machen können, und diese müssen wir sehr schnell machen, denn die Zeit drängt.

**Militärische Bilanz.** Wenn wir die Bilanz des Momentes ziehen, so sehen wir folgendes. Auf der militärischen Bühne sind wir so stark, als wir selbst den moralischen Mut haben, stark sein zu wollen. Der Kriegsminister hat im Reichstage gesagt: „Das Heer ist nicht geschlagen, die Heimat ist nicht zusammengebrochen, überall sind Kräfte vorhanden, uns zu erfolgreichem Widerstand zu befähigen“. Er ist deswegen heftig angegriffen worden. Man fürchtet, daß es wieder nicht zum Frieden kommen könnte. Das ist eine ungerechtfertigte Furcht; denn wie wir sehen, tut unsere Regierung alle Schritte, um energisch jedes Hindernis zum

[1]) P. Wentzcke, „Was ist Elsaß-Lothringen dem Reich?“ Preis 0,80 M.

Frieden zu entfernen. Es empfiehlt sich aber, wenn es zur Bilanz kommt, möglichst seine Aktivposten zu retten. Weiter hat der Kriegsminister nichts getan.

Innere Bilanz. Werden wir fähig sein, den moralischen Zusammenbruch der Heimat zu verhüten? Es gibt Leute, die sich scheuen, ihr überflüssiges Kapital in Kriegsanleihe anzulegen. Sie spähen nach einer anderen sicheren Gelegenheit, ihr Geld unterzubringen, kaufen Industrieobligationen, holen ihr Geld von der Bank ab, und bedenken nicht, daß, wenn der Staat untergeht, das alles nachher mit dem Staate den Weg zum Untergange finden wird. Ich habe einen guten alten Herrn gesehen, Leser der „Täglichen Rundschau", der so vorgeht und von der levée en masse spricht. Er selbst will nicht einmal einen Pfennig opfern und erwartet von „der Masse — der anderen", daß sie ihr Leben opfert. Solche Gesinnung sollte jetzt mit allen Mitteln bekämpft werden.

Warum spricht der Reichsschatzsekretär im Reichstage nicht menschlich und eindringlich über alles dies zum deutschen Volke?

Auch dieser innere Bilanzposten könnte gesichert werden. Die kurzen stereotypen und nicht gerade von Gedankenreichtum zeugenden Presseäußerungen der einzelnen Staatssekretäre in den Zeitungen sind nur für den Autographensammler interessant.

Der Gedanke des Rechtes. Ein anderer Aktivposten für uns ist der Gedanke des Rechtes, an den wir uns halten müssen mit der zähesten Energie. Ledebour und Noske haben im Reichstage bei der Zurückweisung der polnischen Ansprüche gute Beispiele gegeben. Wir haben uns an Herrn Wilson gewandt, weil wir glaubten, daß er ein Repräsentant solcher Rechtsideen ist. Wir haben den Völkerbund auf unsere Fahne geschrieben, weil er nur durchzuführen ist, wenn uns selbst nicht das Recht zum Leben genommen wird.

Gegenüber seiner letzten Note, die unsere Kapitulation, beinahe unser Harakiri verlangt oder zu verlangen scheint, haben wir die Befürchtung, daß wir es vielleicht nur mit schönen Phrasen zu tun haben, daß wir — wenn wir uns selbst wehrlos gemacht haben, den Raubtierinstinkten unserer Feinde ausgeliefert sein werden. Hier ist die Frage entscheidend, wie stark Wilson ist.

Die Ideenwelt des Sozialismus. Ich sehe dann nur noch einen Aktivposten für uns in der Welt — die Ideenwelt des internationalen Sozialismus. Grey hat in seiner letzten großen Rede in der Central Hall in London gesagt: „Ich glaube, daß die Arbeiterschaft (Labour) unzweifelhaft einen größeren und ausschlaggebenderen Anteil an den Regierungen nehmen wird, als es früher der Fall war." Grey hält diesen Anteil gerade wegen der Rückwirkung der Ideen des Sozialismus auf die internationalen Gestaltungen für gut. Eine solche Rückwirkung kann in der Tat nur gut sein.

Von Frankreich wird uns die Nachricht über ein Verlangen der Sozialisten nach einer Zusammenberufung der Internationale übermittelt, in England sind Aussprüche charakteristisch, wie der von Henderson, daß die irische Frage eine internationale Frage sein sollte. Das Wort von Barnes, „Die Vernichtung des deutschen Volkes, wenn sie möglich wäre, was nicht der Fall ist, war weder jemals noch ist sie jetzt ein Kriegsziel der Alliierten", ist sicher von ihm ehrlich gemeint. Er stellt uns Friedensbedingungen in Aussicht, „weit verschieden und weit besser als die, welche wir Rumänien und Rußland auferlegt haben". In der „Humanité" schrieb neulich Marcel Cachin: „Wenn gewisse bis jetzt verkleidete Imperialisten den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umzuwandeln versuchen, so ist es die Aufgabe der Arbeiter und sozialistischen Organisationen dieses Landes, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die daraus für Frankreich selbst unfehlbar folgen würde." Und dann heißt es weiter: „Könige und Kaiser werden nicht allein fallen. Die Proletarier aller Länder, vom Kriege befreit, werden überall ihr Joch abzuschütteln wissen." Allerdings ist die Haltung der französischen Sozialistenpartei bis jetzt schwächlich gewesen.

Es ist sicher, daß wir die Weltrevolution erleben werden, wenn es jetzt nicht schnell zum Frieden kommt und wenn unsere Feinde ihre Bedingungen überspannen, sei es, daß sie bei uns den Kampf bis aufs Messer hervorrufen oder uns Friedensbedingungen bieten,

die wir nur durch eine Revolution abschütteln können.

Die Bolschewisten in Rußland hoffen, daß es keinen Frieden geben wird. O. T.

**„Die Schuld am Kriege!"** Welch menschliches Hirn möchte sich vermessen, das Urteil zu sprechen in einem Prozeß, dessen Akten nach hundert Jahren vielleicht geschlossen erscheinen, bei dem aber schon jetzt die Tatfragen so komplizierter Natur sind, daß ein Mann mit Verantwortungsgefühl, wenn er von den Dingen redet, im selben Atem hinzusetzen muß: „So, das war ein Faden, den ich aus dem verwickelten Gewebe zu genauerer Betrachtung löste". Trotzdem gibt es viele Leute, die mit großer Selbstsicherheit ihr Sprüchlein fällen einfach nach dem Schema Subjekt—Prädikat—Objekt; auch, was man nicht für möglich halten sollte, zugunsten des Feindes.

Die Zeitungen berichteten vor kurzem von einem Manne, der sich selber aller möglichen Verfehlungen gegen das Strafgesetz beschuldigte. Ähnlich handelt eine gewisse Presse, die sich hinter dem Rücken der kämpfenden Front nicht genug tun kann in leidenschaftlichen Anklagen unserer vergangenen Politik. Nur darin unterscheidet sie sich von jenem armen Psychopathen, daß sie die eigene weiße Weste sorgsam hütet und ihre Bannflüche allein den ehemaligen Machthabern gelten, die man als gefallene Größen nicht nur mit Eselstritten bedenkt, sondern auch als bequeme Sündenböcke gebraucht. Es besteht eine förmliche Relation zwischen dem Fortgang der äußeren und inneren Krise auf der einen und den immer nervöseren Staatsanwaltsallüren jener Presse auf der anderen Seite. Zuerst arbeitete man nur mit versteckten Andeutungen und geheimnisvoll-vagen Allgemeinheiten, doch von Tag zu Tag wurde die Sprache klarer, und jetzt ist es beinahe soweit, daß unsere Feinde ein förmliches System der deutschen Schuld am und im Weltkriege aus deutschen Zeugnissen bereit gelegt erhalten. Einige Beweise.

An der Spitze des modernen Erinnyenchores steht das „Berliner Tageblatt", dessen Chefredakteur Theodor Wolff aus seiner Pariser Vergangenheit Boulevardmethoden auf deutsche Verhältnisse überträgt. Er schreibt am 10. Oktober (Nr. 518) von der neuen Regierung, sie habe ihr schweres Werk nur übernommen, um „das deutsche Volk aus dem Sumpf herauszuführen, in den man es hineinregiert und hineingeschwatzt hat". Und am 21. (Nr. 538) mit aus dem weiteren Zusammenhang erkennbarer Ironie: „Im Juli 1914 zwangen die militärischen Notwendigkeiten zur Kriegserklärung, nachdem aus politischen Notwendigkeiten das Ultimatum Österreich-Ungarns gebilligt und aus Ehrengründen der Konferenzvorschlag Greys abgelehnt worden war. Die Zivilregierung unterwarf sich den ‚militärischen Notwendigkeiten', als sie dem Einmarsch in Belgien zustimmte und das Wort des Deutschen Reiches entwerten ließ". Die unvergeßlichen Julitage 1914 aber stehen Herrn Wolff folgendermaßen in der Erinnerung: Gewisse „Gestalten", deren „Toben" später immer wieder den „Frieden verhinderte", seien in jenem „Wahnsinnsjuli sofort nach dem Wiener Ultimatum johlend durch die Straßen gezogen, um ein friedliebendes Volk in Kriegsstimmung zu versetzen". Eine tendenziöse Entstellung des Sachverhalts, wie sie sich in ähnlicher Weise der „Vorwärts" schon am 28. Juli 1918 geleistet hat. Die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 288 vom 17. Oktober, Abendblatt) sagt von dem „alten System": „Es ist zusammengebrochen in der ungeheuren Schuld, die es auf sich geladen hatte, vor dem Kriege und im Kriege, zusammengebrochen in seinem eigenen tatsächlichen Bankerott". Diese Zeugnisse lassen sich auch aus anderen Kreisen vermehren. So hält es Professor Wilhelm Kaufmann von der Berliner Universität für richtig, als Protest gegen die patriotische Erklärung seiner Kollegen vom 20. Oktober auch folgende Worte in die Welt zu senden: „Ganz anders ... verhält es sich, wenn die Gegner mit ihrer Behauptung recht haben, die Schuld an diesem schrecklichen Kriege und die Schuld in diesem Kriege liege furchtbar überwiegend auf deutscher Seite. Dann müssen die Schuldigen und Mitschuldigen unverzüglich aus unserem öffentlichen Leben völlig ausscheiden und unsere Regierung muß nicht bloß durch Erklärungen, sondern auch durch Tathandlungen unseren Gegnern Sicherheiten bieten

und sich bereit finden, die gerechten Folgerungen aus der Schuldverantwortlichkeit zu ziehen und ziehen zu lassen" („Vorwärts" vom 22. Oktober). Man sieht, Lichnowski macht Schule!

Wie lange wird es noch dauern, bis die Legende vom armen verführten deutschen Volke fertig ist, das der Wahnwitz und Ehrgeiz seiner Gewalthaber in den Abgrund des Krieges stürzte. Mit welchem diabolischen Grinsen mögen die Todfeinde dieses Volkes an Seine und Themse zur Kentnis nehmen, wie deutsche Zeitungen — und es sind die dem Auslande bekanntesten — ihnen die Arbeit der Geschichtsfälschung zu Ehren der ententistischen Weltlüge erleichtern!

Wir zweifeln nicht an dem guten Glauben der erwähnten Presse, aber um so verwerflicher ist es, wenn sie anderen diesen guten Glauben abstreitet und von vergangenen Ereignissen in Wendungen redet, die gröbste Mißdeutung geradezu herausfordern. Wie weit soll denn die Umwertung aller Werte ex eventu noch gehen? Soll vielleicht die ganze preußisch-deutsche Geschichte mit entgegengesetzten Vorzeichen versehen werden, weil der Bilanzstrich von heute nicht mit den gewohnten Aktiven abschließt? Was Recht ist, soll Recht bleiben und wenn die Irrlichter des Erfolges die Sinne noch so betören möchten. Mag uns das Unglück tiefer beugen, wir haben es nicht nötig den Glauben abzuschwören; das, was hell und rein in unserer Erinnerung steht, durch Verdächtigung zu trüben. Es ist zwar nicht mehr modern, „nationalistisch" zu denken, wir wissen es: die sogenannte quantitative Weltanschauung mit ihrer Verwerfung der Artunterschiede steht wieder in Blüte, trotzdem und dennoch: wer heute die deutsche Kriegsstimmung von 1914 auch nur durch Ähnlichkeit des Ausdrucks in Beziehung bringt zu den fridolen Auftritten der Piazza, wer unsere durch und durch integre „Obrigkeits"-regierung von ehemals in die Gesellschaft rumänischer Hochstapler und Intriganten rückt, der versündigt sich an unserem Volk und an der geschichtlichen Wahrheit. Was in der Sonne des Glückes leuchtete, behält — nur hysterische Augen leugnen es — auch im Dunkel der Trübsal seine Farben. Furchtlos, wie unsere Truppen die Untersuchungen der neutralen Kommission über angebliche „Verwüstungen" im besetzten Gebiet abwarten konnten, sehen wir dem Richterspruche der Geschichte entgegen. Sie wird einst unparteiisch das Soll und Haben der Völker abwägen und nach dem allein richtigen Grundsatz: a potiori fit denominatio ihr Urteil zugunsten der Mittemächte fällen.

**Schöffengericht oder Strafkammer?** Die deutsche Reichs-Strafprozeßordnung kennt drei Formen der ordentlichen Strafgerichte, vor welche die Sachen, abgestuft nach ihrer Schwere, gebracht werden. Das niedrigste Gericht, welches die in der Regel am leichtesten zu beurteilenden und durchschnittlich mit den mildesten Strafen bedrohten Delikte behandelt, ist das Schöffengericht, es folgen die Strafkammer und das Schwurgericht.

Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß Beleidigungen in der Regel zu den Bagatellsachen gehören und daß man deshalb mit Recht kein Gericht höherer Ordnung für ihre Entscheidung bemüht. Aber für Fälle wie den Fall Harden—Graf Moltke, Herr von Kühlmann gegen „Deutsche Zeitung" und jetzt „Frankfurter Zeitung"—Chamberlain u. a. m. wird diese Regelung der Gerichtsbarkeit doch als eine Unzulänglichkeit empfunden. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn der Zufall will, daß Vorsitzender des mit einer hochpolitischen Beleidigungsklage befaßten Schöffengerichtes ein ganz junger Amtsrichter (Fall Harden) oder ein Assessor ist (Fall der „Frankfurter Zeitung"). Es liegt mir fern, die Fähigkeiten dieser Herren anzweifeln zu wollen, es gibt junge Juristen, die den ältesten und gewiegtesten Landgerichtsdirektoren ebenbürtig sind, aber für den Regelfall bekommt der Richter erst durch jahrelange Praxis die Übung und Sicherheit, die ihn befähigen, einen großen und schwierigen Prozeß zu leiten. Im Falle Harden ist ja auch bekanntlich seinerzeit die Führung des Prozesses dem Vorsitzenden allmählich entglitten und auf die Parteivertreter übergegangen. Ich weiß nicht, welches Berufes und welches Bildungsniveaus die beiden Schöffen waren, die im Prozeß der „Frankfurter Zeitung" als Richter mitgewirkt haben, es können ganz hervor-

ragende Männer gewesen sein, aber der Zufall kann ebensogut an diesem Tage gerade Gevatter Schneider und Handschuhmacher auf die Richterbank berufen haben.

Es ist natürlich ausgeschlossen, in die Geschäftsverteilung, welche die Zuständigkeit der einzelnen Richter für die einzelnen Sachen (meist nach Anfangsbuchstaben des Beklagten) im voraus für das ganze Jahr regelt, einzugreifen und etwa für einen besonders wichtigen und schwierigen Prozeß einen alten und erfahrenen Richter und besonders qualifizierte Schöffen zu bestimmen.

Damit würde einer der wichtigsten Grundsätze unseres Rechtslebens: „Niemand soll seinem ordentlichen Richter entzogen werden", umgestoßen werden; damit würde Unsicherheit in die Unbefangenheit unserer Rechtspflege getragen werden und damit wäre politischen Leidenschaften und Machenschaften Tor und Tür geöffnet. Aber eine Besetzung des Gerichts, welche größere Garantien in Ansehung der Prozeßleitung und des politischen Verständnisses der Beisitzer bietet, wäre doch für Beleidigungssachen so schwerwiegender Natur, wie es die vorgenannten sind, wünschenswert. Diese Garantien böte die Strafkammer. Allein nach unserer Strafprozeßordnung kann die Privatklage in erster Instanz nur vor dem Schöffengericht erhoben werden. (Vielleicht zieht die demnächst zu erwartende Reform unserer Strafprozeßordnung aus den politischen Beleidigungsprozessen die Lehre, die Möglichkeit einer Erhebung der Privatklage auch vor der Strafkammer zu geben). Für das geltende Recht aber wäre eine Abhilfe nur in der Weise möglich, daß die Staatsanwaltschaft bei Beleidigungen der geschilderten Art das öffentliche Interesse bejahte und von Amts wegen Anklage gegen den Beleidiger erhöbe; denn alsdann hat sie die Wahl, ob sie die Sache vor das Schöffengericht oder die Strafkammer bringen will. Von diesem Auswege macht die Staatsanwaltschaft meines Erachtens zu selten Gebrauch, sie ist in politischen Prozessen leider nur zu oft geneigt, das öffentliche Interesse zu verneinen. So kommen dann Prozesse von politisch großer Tragweite vor das Strafgericht niederster Ordnung, bei dessen Besetzung es in viel höherem Maße als bei einem Gerichte höherer Ordnung dem Zufall überlassen ist, ob die geeigneten Richterkräfte sich finden.

Domenicus

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37

# Sammeln im Osten!

Von Georg Cleinow

Der Punkt dreizehn der berühmten Wilsonschen Artikel hat die Polen dazu verleitet, ihr Kriegsziel rückhaltlos zu offenbaren. Sie nehmen alles von Polen bewohnte Land als „unzweifelhaft polnisches Land“ in Anspruch, soweit es zu Deutschland gehört, während sie auf den Besitz ehemals russischen Gebietes außerhalb Kongreß-Polens zunächst verzichten. Die neueste Karte, die auf dem Friedenskongreß als Grundlage für die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen dienen soll, zeigt uns, daß Deutschland auf ganz Oberschlesien ohne Neiße, Mittelschlesien östlich der Oder, auf ganz Posen ohne Meseritz und Bromberg, auf Thorn, das Kulmer Land, Westpreußen links der Weichsel, mit Einschluß der Kassubei, und die Kreise Neustadt und Putzig verzichten soll; ferner sollen Danzig und seine Niederung sowie das südliche Drittel von Ostpreußen (Masuren) zu dem neuen Polenstaate geschlagen werden.

Es läßt sich denken, daß diese Forderungen in der Ostmark um so größere Beunruhigung hervorrufen müssen, als die Reichsregierung sich durch ihre Noten an Herrn Wilson vollständig dem Machtspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten unterworfen zu haben scheint und heute niemand beurteilen kann, welche Entscheidung dieser Mann, der die Verhältnisse in der Ostmark wohl ausschließlich aus Berichten polnischer Emissäre kennt, treffen wird. Die Beunruhigung äußert sich bei den einen in völliger Kopflosigkeit oder Apathie, bei den anderen in stürmischem Protest und Aufbegehren gegen mögliche Vergewaltigung. Die Polen nützen die Stimmung kühl rechnend aus. Sie sprengen Gerüchte aus, wonach die Abtrennung preußischer Landesteile vollzogene Tatsache ist, drohen deutschen Bauern und Gutsbesitzern mit Bolschewismus und Enteignung, lassen die Beamten hören, daß ihre Stellen schon durch diese und jene Person polnischer Herkunft besetzt sei, mit einem Wort, schaffen Unsicherheit und eine Panikstimmung, um dann um so besser im Trüben fischen zu können. Treten dann noch Vorkommnisse wie gegenwärtig infolge der scheußlichen Geldhamsterei Knappheit an flüssigen Barmitteln in den Städten hinzu, so verlieren die Deutschen der Ostmark das Vertrauen in die Regierung, das Land halten zu wollen, und die Gefahr droht, daß plötzlich der Ruf: rette sich wer kann! das Land in Anarchie und Trostlosigkeit wirft.

Zu unserem Unglück hatte sich die Bureaukratie der Lage nicht als gewachsen gezeigt, als das Unheil diesen Sommer heraufzog und in Berlin mußte zur Rettung des deutschen Volkes der bisherige „Obrigkeitsstaat" in einen „Volksstaat" umgewandelt werden. Die Deutschen der Ostmark, die sich bisher mit allen ihren Nöten mit einiger Aussicht auf Erfolg an die Organe des Staates wenden konnten, erkennen, daß diese Organe für politische Fragen keinen Sinn mehr haben dürfen: „Vom Oktober 1918 an regiert das deutsche Volk sich selber", schreibt der Staatssekretär Erzberger als Vorsitzender der Zentrale für Heimatsdienst. Der Osten Deutschlands, der infolge seiner historischen Entwicklung in stärkerer Abhängigkeit von der Bureaukratie stand als der Westen, sieht sich im Augenblick einer Stütze beraubt, ohne daß die neue Regierung in der Lage gewesen wäre, ihm eine neue für seine politischen Nöte sofort zu geben. Die dadurch entstehende Unsicherheit wird noch vermehrt durch die Haltung der Berliner Zentrale der Freisinnigen Volkspartei, die als Teil der Mehrheitsregierung an einzelne Stellen der Provinz Posen auf deren Anfrage den Bescheid gegeben hat, die Angehörigen der Partei mögen sich ja recht zurückhalten und der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, während in den Regierungsblättern auf die nationalen Organisationen gewettert und geschimpft wird.

Wenn das deutsche Volk sich selbst regieren soll, so darf doch eine Regierungspartei keine Parolen ausgeben, die die Möglichkeit sich selbst zu regieren für weite Landesteile unterbindet. Und eine Unterbindung der Selbstregierung bedeutet es, wenn die Einigung des Deutschtums, die an sich schon schwer zu erzielen ist, aus engherzigen Parteigesichtspunkten heraus behindert wird. Denn den Gesichtspunkt: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" wollen doch die neuen Regierungsmänner sicher nicht gelten lassen, nachdem sie ähnliche Parolen mit Recht durch Jahrzehnte verspottet und zurückgewiesen haben. Wer Politik treiben will, muß kämpfen, — politisch kämpfen heißt Massen sammeln und zusammenschließen und sie für den taktisch rechten Augenblick bereitstellen. Die Massen müssen Losungen haben, positive Losungen, die sie hinreißen, nicht matte Worte der Verteidigung und Entschuldigung. Die große Losung in der deutschen Ostmark ist und muß sein Zusammenschluß des Deutschtums! Gerade weil unsere ganze auswärtige und innere Politik zusammengebrochen ist, gerade weil unerhörte Fehler und Mißgriffe wieder gut gemacht werden müssen, gerade weil die deutsche Bureaukratie aus der Politik ausgeschaltet werden soll und Deutschland ein Volksstaat geworden ist, muß das Deutschtum sich in der Ostmark zusammenschließen. Nicht zur Fortsetzung irgendeines polenfeindliches Kurses, sondern um seiner selbst willen, um seiner Selbsterhaltung willen.

Die Polen hoffen mit Hilfe der Ententemächte einen unabhängigen Staat schaffen zu können. Sie haben sich der Schaffung eines Staates mit Hilfe der Mittemächte mit allen Mitteln widersetzt. Nicht weil sie keinen eigenen Staat haben wollten, sondern weil ein unter deutscher Patenschaft entstandener Staat dem deutschen Weltmachtgedanken gedient hätte, seine Grenzen zu weit nach Osten hätte verschieben müssen und das junge Polen in Gegensatz zum Russentum gebracht hätte. Diesen Gegensatz scheuten die Polen, weil sie dann nach ihrer Meinung dem deutschen Mitteleuropa auf Gnade und Ungnade ausgeliefert worden wären. — Außerdem würde dieser nach Osten vorgeschobene

Polenstaat recht arm an Kulturelementen geblieben sein, und es wäre fraglich, ob er in seiner politischen Schwäche überhaupt hätte zu dem werden können, was die Polen sich erträumen. — Anders mit einem in westliches Kulturgebiet hineingelegten Staate, der keinerlei politische Feindschaft von Osten zu fürchten hätte und außerdem sich noch der Sympathie Frankreichs und des Schutzes der Vereinigten Staaten von Amerika oder gar eines deutschfeindlichen Völkerbundes zu erfreuen hätte. Ein solcher Polenstaat könnte schon die Feindschaft der Deutschen auf sich nehmen, derselben Deutschen, die er braucht, um überhaupt zu einem Kulturstaate zu werden. Man unterschätze die Tatsache nicht: die Polen fordern die preußischen Gebiete nicht in erster Linie, um historische Ungerechtigkeiten auszugleichen, sondern um an die Ostsee längs der Weichsel zu gelangen und um das deutsche Element dieser Gebiete für die Errichtung eines soliden Unterbaues ihres Staates zu gewinnen. Man denke sich die deutschen Kultureinflüsse allein des letzten halben Jahrhunderts aus Polen fort, so wären die Polen ein politisches Nichts! Die vielgerühmte westeuropäisch-polnische Kultur ist seit tausend Jahren deutsch, urdeutsch!

Nun würde der neue polnische Staat in den eingangs gekennzeichneten Grenzen etwa 20 Millionen Einwohner umfassen. Von diesen wären rund 3,6 Millionen Deutsche, 2,2 Millionen Juden und etwa eine Million Kassuben, Masuren und Oberschlesier. Deutsche und Juden würden mit 5,8 Millionen ein starkes Viertel der neuen Wählerschaft ausmachen, die Deutschen allein ein Fünftel. Der neue polnische Staat wird sich, und mag er noch so demokratisch begründet werden, vor allen Dingen auf die ruhigen und besitzenden Elemente stützen müssen, um überhaupt bestehen zu können und eben deshalb wird er dem Deutschtum entgegenkommen müssen und es mit den neuen Verhältnissen auszusöhnen trachten, wenn dies Deutschtum tatsächlich die politische Macht darstellt, die es seiner Zahl nach darstellen kann. Sollte also wirklich der Fall eintreten, daß deutsche Ostmark an Polen abgetreten wird, so wird jeder einzelne Deutsche sein persönliches Interesse nicht dadurch am besten wahren, daß er sich vorsichtig zurückhält und sich den Polen als Pole gibt, sondern dadurch, daß er sich mit seinen Stammesgenossen zusammenschließt zu wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Vereinen und Verbänden, daß er sich tüchtige, vertrauenswürdige Wortführer heranbildet und seine stärksten und besonnensten Volksgenossen in das polnische Parlament entsendet.

Dadurch, daß die Polen ein Programm aufstellen, ist indessen noch nicht gesagt, dies Programm werde auch verwirklicht werden. Die Polen fordern Gebiete, die nicht „unzweifelhaft" polnisches Land sind, und so werden sie wohl darum erst kämpfen müssen. Und sie tun es schon. Ihre Ansprüche bedeuten eine Herausforderung an das Deutschtum, die von uns aufgenommen werden muß, wollen wir nicht auf ererbte und durch eigene Arbeit erworbene Rechte kampflos verzichten. Es gilt Herrn Wilson und aller Welt am Konferenztisch des Friedens klar zu machen, daß es sich um deutsches und nicht um polnisches Land handelt. Bisher stand und steht die Welt unter dem Eindruck der polnischen Klagen über Vergewaltigung durch die preußische Regierung. Die alte Regierung hat, wie genugsam bekannt ist, vor dem Kriege nur wenig getan, um den polnischen und anderen Lügen über deutsche Verhältnisse in der ganzen Welt mit Nachdruck und Erfolg entgegenzutreten. Die neue Regierung

kann es nur, wenn ihr aus der Provinz selbst das Material dazu von dem sich selbst regierenden Volke zugetragen wird. Wenn einzelne Vereine oder Parteien, womöglich nur solche, die bereits durch die Polen im Auslande diskreditiert sind, mit ihrem noch so guten Material kommen, so hat das keine Wirkung, macht auf Wilson und die anderen Konferenzmitglieder keinen Eindruck. Das gesamte Deutschtum in Stadt und Land der Ostmark muß dartun, daß es lebt, daß es sein Recht neben den Polen beansprucht. Eindruck machen in unserer Zeit keine sorgfältigen, korrekten Denkschriften, — Eindruck macht nur ein gewaltiger Massenschrei gequälter, vergewaltigter Menschen. Und dazu gehört Sammlung, Vereinigung, Zusammenfassung aller deutschen Kräfte. Noch ist es nicht zu spät, Herrn Wilson zu beweisen, daß hier in der Ostmark ebensoviele Deutsche wie Polen leben, und daß er, der der Gerechtigkeit zu dienen wähnt, mißbraucht werden soll, um Unrecht an den Deutschen zu tun.

Durch Zusamenschluß und ernste politische Arbeit werden wir zum mindesten erreichen, daß nicht von einem internationalen Volkstribunal einfach dekretiert wird, ob Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien deutsch oder polnisch wird, daß vielmehr zum mindesten eine Volksabstimmung darüber entscheidet, was aus den Bewohnern der Provinz werden soll. Die Zeiten der Verschacherung von Millionen Menschen sollten doch vorüber sein. In einer solchen Abstimmung wird sich zeigen, welche Anziehungskraft das neue Polen hat. Für die mögliche Abstimmung muß das Deutschtum geeint sein in allen seinen Teilen. Dann wird es auch eine starke Anziehungskraft auf die Kreise ausüben, die, mögen es Juden oder Polen sein, schwankend, aber im Innern doch näher bei Deutschland stehen. Deutschland hat seinen Bürgern soviel gegeben an wirtschaftlicher und sozialer Kultur, wie es ein Polenstaat in Jahrzehnten nicht wird geben können. Also, da das deutsche Volk in dem neuen demokratischen Deutschland selbst entscheiden muß, was es sein will, muß es sich zusammenschließen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Zaghafte Gemüter erklären ihre Zurückhaltung mit dem Hinweis auf die Demokratisierung des preußischen Staatswesens, in deren Folge die Polen schon sehr bald alle Macht in den Stadtverwaltungen ausüben und sich an denen rächen würden, die ihnen Widerstand leisten. Solche Zaghaften mögen auf die Deutschen in Österreich blicken. Überall waren sie in die Minderheit gedrängt, wo sie unter sich uneins waren. In dem Augenblick, wo sie, geführt von der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, sich wie ein Mann zusammenschlossen, sind sie ein gewaltiger Faktor nicht nur der mitteleuropäischen, sondern nach dem Zerfall des alten Habsburger Staates auch der Weltpolitik geworden. Die Einigkeit hat das Deutschtum gerettet und Einigkeit muß auch die Deutschen der Ostmark vor der Polonisierung bewahren.

Das einige Deutschtum der Ostmark ist nicht verloren, weil es in jedem Falle ein politischer Faktor bleibt, welche politische Kombination auch eintreten mag. Das einige Ostmarkendeutschtum wird auch immer die starke Bundesgenossenschaft der siebzig Millionen Deutschen finden, die Mitteleuropa beherrschen, während ein zersplittertes Deutschtum weder die Achtung seiner Gegner noch das Mitgefühl seiner Volksgenossen beanspruchen kann. Das Deutschtum hat in dem großen Völkerringen eine Schlacht verloren. Mehr nicht! Nach der Schlacht sammeln treue Truppen sich um ihre Fahne, um aus der Versammlung heraus den Besitzstand zu halten und Verlorenes wiederzugewinnen.

# Vom „Großblock" zur „Mehrheit"

Von Dr. Karl Buchheim

Die innerpolitische Umwälzung vom 30. September dieses Jahres ist — mögen auch konservative Blätter von verfassungswidrigen Ministerernennungen reden — ohne Zweifel in völlig legalen Formen vollzogen worden. Aber der Sache nach hat sie dennoch die Bedeutung einer Revolution. Das demokratische Deutschland, das mit der Reichstagsmehrheit nunmehr gesiegt hat, ist ein andres, als das der konservativen, bundesstaatlichen und speziell preußischen Gewalten, das bisher bestand. Die Bismarcksche Reichsverfassung kann den Bedürfnissen der neuen Zeit nicht mehr genügen und wird in wesentlichen Teilen fallen. Ich vermag es nicht, darüber in Kassandrarufe auszubrechen. Bismarcks ungeheure, über seinen Tod fortwirkende Autorität war für die lebendigen neuen Kräfte oft auch eine Last, die sie auch dann noch niederhielt, wenn es längst angebracht gewesen wäre, dem Druck des Neuen beizeiten Ventile zu öffnen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange nur auf die Nachwirkungen der Stellungnahme Bismarcks zur Sozialdemokratie hinweisen. Seitdem die Fühlungnahme mit Lassalle in der preußischen Konfliktszeit ohne praktische politische Ergebnisse geblieben war, nahm Bismarck gegen die Sozialdemokratie eine schlechthin feindselige Haltung ein. Auf keinem Gebiete ist er auch als Staatsmann so in den Anschauungen des konservativen preußischen Junkers geblieben, der er von Haus aus war, wie in der Politik gegen die größte der deutschen Arbeiterbewegungen. Er ächtete die Sozialdemokraten als Feinde der Monarchie, des Staates und der Gesellschaft; sein Sozialistengesetz stellte fast jede Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung unter Strafe. Daß er gleichzeitig den Grund zu der großen sozialen Gesetzgebung des Reiches legte, ist daneben sein unbestrittenes Verdienst. Schließlich war es ja unter anderm gerade die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes, die ihn in Gegensatz zu den Auffassungen Kaiser Wilhelms des Zweiten brachte, so daß er seine Entlassung nehmen mußte. Es gehört mit zu den Verdiensten des neuen Kurses, daß er wenigstens die juristische Ausnahmestellung der Sozialdemokratie aufgehoben hat. Die sachliche blieb, mindestens in Preußen und Sachsen und in anderen norddeutschen Staaten, bis zum Weltkrieg durchaus erhalten. Nur in Süddeutschland verstand man es, sie allmählich zu mildern. Der Staat duldete nach wie vor keine sozialdemokratischen Beamten; die gute Gesellschaft und ganz besonders der höhere Mittelstand ließ keine Sozialdemokraten bei sich ein. Der deutsche Begriff von nationaler Politik und nationaler Gesinnung schloß sozialdemokratische Parteizugehörigkeit im allgemeinen völlig aus. Die bürgerlichen und politischen Qualitäten eines Sozialdemokraten wurden gar nicht erst weiter in Betracht gezogen. Manches schnell gefällte Verwerfungsurteil über Philipp Scheidemanns politische Bestrebungen habe ich auch in diesem Kriege noch gehört, das weniger sachlich begründet, als von der Erwägung diktiert war, daß Scheidemann eben Sozialdemokrat war. Und was kann von der Sozialdemokratie Gutes kommen! Noch die Umwälzung vom 30. September ist bei patriotischen Leuten auf Ablehnung gestoßen, weil ihre Auffassung von nationaler Gesinnung die Tatsache nicht zu verarbeiten vermochte, daß nun die Sozialdemokratie starken Anteil an der Reichsgewalt bekam. Nach unsrer innerpolitischen Vergangenheit ist das verständlich, muß aber nun doch anders werden. Denn die Stellungnahme nicht nur der meisten Staatsorgane, sondern auch wichtiger Volksschichten zur Sozialdemokratie hat viel zu dem Rufe der Rückständigkeit beigetragen, der unsere politischen Einrichtungen weit über Gebühr in der Welt anheimgefallen sind.

Für die Parteipolitik war die wichtigste Folge dieser im größten Teile Deutschlands fortbestehenden Ausnahmestellung der Sozialdemokratie eine gewaltige Erschwerung der Bündnisfähigkeit dieser Partei für die sonstigen

politischen Gruppen des Reiches. Jeder bürgerlichen Partei, die sich mit der Sozialdemokratie verband, ist dies als Sünde angerechnet worden. Lange Zeit hat es niemand gewagt, mit den „Roten" ein offenes Wahlbündnis einzugehen, und erst in den letzten zehn Jahren etwa vor dem Kriege ist der Bann allmählich gebrochen worden. Neben der bürgerlichen Linken war es insbesondere das Zentrum, das vermöge seines Sinnes für praktische Politik die Scheuklappen abzulegen begann. Bei den Bülowblockwahlen von 1907 kam es schon vielfach zu taktischen Vereinbarungen des Zentrums mit der Sozialdemokratie. Zur grundsätzlichen Anerkennung ihrer parteipolitischen Bündnisfähigkeit entschloß sich aber doch zuerst die bürgerliche Linke. Aus der Bismarckschen Ära kam der alte Freisinn völlig zersplittert und ziemlich ideenlos heraus. Er gewann neue innere Kräfte durch den Anschluß des größten Teiles der an bedeutenden Persönlichkeiten reichen nationalsozialen Bewegung, nachdem deren Versuch einer eignen Parteibildung mißglückt war. In diesen sozial lebhaft angeregten Kreisen war das Verständnis auch für die politische Arbeiterbewegung größer als anderwärts im deutschen Bürgertum. Hier fand deswegen auch schon früh der Gedanke Boden, daß man die Sozialdemokratie zur politischen Mitarbeit und Verantwortung heranziehen müßte, statt sie grundsätzlich von allem Einfluß möglichst auszuschließen und ihre Gesinnungen womöglich einfach nicht gelten zu lassen. Es ist inzwischen längst anerkannt worden und darf daher ohne besonderen Nachweis ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie bei all ihrer jahrzehntelangen unfruchtbaren Negation, für die sie und ihre Gegner wohl fast zu gleichen Teilen die Schuld tragen mögen, doch Gewaltiges für die politische Erziehung sehr breiter Volksschichten geleistet hat. Große politische Kräfte wurden hier mobil gemacht, lagen aber für den Staat brach, weil er es nicht verstand, sie zu benutzen, sondern sie allzu lange lediglich bekämpfte. Ein großes Glück für die deutsche Entwicklung ist es gewesen, daß sich die Sozialdemokratie im Kampfe um die politische Macht überhaupt für die parlamentarische Taktik entschied und nicht die wirklich staatsgefährliche „direkte Aktion" (Massenstreik, Sabotage usw.) vorgezogen hat. Bei der feindseligen Haltung, die die staatlichen Organe und die bürgerliche Gesellschaft auch nach Bismarcks Rücktritt beibehielten, kann man nicht sagen, daß Staat und Gesellschaft viel Verdienst daran hätten, daß die Sozialdemokratie eine parlamentarische Partei geworden ist. Auf der bürgerlichen Linken waren die Gesinnungsgenossen Friedrich Naumanns unter den ersten, die die parlamentarische Taktik als ein Mittel erkannten, die politischen Kräfte der Sozialdemokratie für Deutschland nutzbar zu machen. Naumann und seine Freunde erkannten, daß die demokratischen Bestrebungen, denen sie selber anhingen, in Deutschland so lange zur Ohnmacht verurteilt bleiben mußten, als die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bestehen blieb. Sie erkannten, daß man die Scheuklappen grundsätzlich ablegen müßte. Diese Erkenntnis war jedenfalls schon eine politische Leistung. Man mag zur Demokratie freundlich oder ablehnend stehen: das wird man jedenfalls bestätigen müssen, daß sie die politische Macht nimmermehr erlangen konnte, so lange sie in einem sozialistischen und einem bürgerlichen Lager nicht nur sachlich, sondern auch taktisch aus Grundsatz geschieden blieb. Deswegen hielten die konservativen Parteien keineswegs nur aus Verbohrtheit, sondern auch aus richtiger taktischer Erkenntnis von ihrem Standpunkte aus an der politisch-gesellschaftlichen Ächtung der Sozialdemokratie fest. Der Naumannsche Gedanke eines Zusammenschlusses der gesamten Linken hat jedenfalls viel Verdienst an der Vorbereitung des Sieges, den die Demokratie jetzt hat erringen können.

Naumann begann, als er Mitglied der Freisinnigen Vereinigung geworden war, mit Bestrebungen, die zunächst eine Einigung des Linksliberalismus in sich zum Ziele hatten. Diese Bestrebungen können heute als völlig gelungen beurteilt werden. Die heutige Fortschrittliche Volkspartei steht wirklich als eine Einheit da. Sie hat nicht die Neigung gezeigt, wieder in die Gruppen auseinanderzufallen, aus denen sie einst sich zusammengeschlossen hat. Das Schwergewicht dieser gelungenen Parteibildung hat sogar auf den linken Flügel der Nationalliberalen

eingewirkt. Die nach links Anschluß suchenden Tendenzen verstärkten sich dort zusehends. Die Nationalliberale Partei, die in der Kartellzeit eine enge Verbündete der Konservativen geworden war, begann in ihrer Stellungnahme schwankend zu werden. Während die aus den freisinnigen Parteisplittern eben erst zusammengefügte Fortschrittliche Volkspartei eine bemerkenswerte Festigkeit an den Tag legte, bedurfte es bei den Nationalliberalen, die auf eine in der zerfahrenen liberalen Parteigeschichte sonst unerhörte, jahrzehntelange Geschlossenheit zurückblicken konnten, der ganzen Geschicklichkeit ihres Führers Bassermann, um die Partei überhaupt zusammenzuhalten. Der von Naumann erneut betonte Gedanke einer Einheit des ganzen Liberalismus fand auch in nationalliberalen Kreisen Verfechter. Andererseits schloß sich die altliberale und schwerindustrielle Parteirechte mit großer Energie gegen ihn zusammen. Naumann ging inzwischen weiter und verkündete jetzt den Großblockgedanken. Weder der Liberalismus noch die Sozialdemokratie, so führte er in tausend Variationen aus, sei für sich allein mächtig genug, die politische Herrschaft im Deutschen Reiche zu erobern. Beide müßten sich, unbeschadet ihrer Grundsätze, parteitaktisch zusammenschließen zur einheitlichen großen deutschen Linken, auf diese Weise die Mehrheit im Parlament erobern und dann die Regierung ihrem Willen unterwerfen.

Der Großblockgedanke ist viel verspottet und bekämpft worden. Er fand auch in den Parteien, die er umfassen wollte, starke Gegnerschaften, vor allem in der Sozialdemokratie auf der einen, der Nationalliberalen Partei auf der andern Seite. Dennoch war der Gedanke zu einleuchtend, als daß er sich nicht doch allmählich durchgesetzt hätte. Am vollkommensten in Baden. Als hier im liberalen Musterländle die alteingesessene nationalliberale Vorherrschaft durch das Anwachsen des Zentrums und der Sozialdemokratie bedroht wurde und auch das Bündnis mit der Fortschrittlichen Volkspartei allein die liberale Mehrheit nicht mehr sichern konnte, da entschloß sich der nationalliberale Führer Rebmann mit der Sozialdemokratie zu paktieren, um nur nicht die gefürchtete klerikale Reaktion ans Ruder kommen zu lassen. Bald folgte Bayern, nur mit dem Unterschiede, daß hier das Zentrum an der Krippe saß und der liberal-sozialdemokratische Großblock Opposition machen mußte. Auch anderwärts machte der Gedanke Fortschritte. Wie auf so vielen Gebieten hat schließlich der Krieg auch hier die Entwicklung rascher zur Reife geführt, als das sonst zu erwarten gewesen wäre. Als das Kaiserwort „Ich kenne keine Parteien mehr" gesprochen war, konnte man die Kluft zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten nicht mehr aufrecht erhalten. In der ersten Kriegszeit waren auch strengkonservative Kreise gern geneigt, die Sozialdemokraten als deutsche Volksgenossen von anerkanntem Patriotismus zu behandeln. Später hätten freilich manche Ultras die Trennungslinie der Vorkriegszeit gern wieder aufgerichtet. Aber die Bahn für taktische Bündnisse war einmal frei geworden und ließ sich nicht wieder versperren. Die Demokratie marschierte in einer einheitlichen Phalanx auf. Nur rückte an Stelle der Nationalliberalen das Zentrum ein und aus den „Großblockparteien" wurden die „Mehrheitsparteien".

Es stellt sich als schwerer taktischer Fehler der Nationalliberalen heraus, daß sie sich während des Krieges aus der ursprünglich als „Großblock" angelegten parlamentarischen Phalanx hinausmanövrieren ließen. Als es sich zeigte, daß der verschärfte Tauchbootkrieg England zum mindesten nicht auf einen Schlag zum Frieden zwang, rückten zwar die klugen Zentrumsführer von den — das kurze Schlagwort sei erlaubt! — alldeutschen Kriegszielen ab, nicht aber der nationalliberale Führer Stresemann. Daraus braucht man ihm noch keinen Vorwurf zu machen, da schließlich niemand vorher wissen konnte, daß im Sommer 1918 unsere militärische Lage sich so bedeutend verschlechtern würde, wie es geschehen ist. Aber er durfte es nicht geschehen lassen, daß die Nationalliberalen geradezu als Bundesgenossen der Leute erschienen, die neben der Vertretung alldeutscher Kriegsziele jede Stärkung der Parlamentsmacht hintanhalten wollten und zu diesem Zweck — übrigens kaum zum Segen des Vaterlandes! — aus dem Ansehen der Obersten Heeresleitung politischen Kredit gegen den Reichstag schlugen. Wenn schon

Stresemann nicht für die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 stimmen wollte, so mußte er doch erkennen, daß sie zugleich zur Sammlung aller derer führte, die die Macht des Reichstags gegenüber dem Bundesrat, der kaiserlichen Kommandogewalt und sonstigen konservativen Instanzen stärken wollten. Das wollte Stresemann auch, denn er sprach ja oft für gründliche Erneuerung der Diplomatie, Einschränkung des persönlichen und bureaukratischen Regiments, Dinge, die doch gar nicht anders erreicht werden konnten als durch Stärkung der Parlamentsmacht. Da hätte er also dafür sorgen müssen, daß die Parteigruppierung der Juliresolution Episode blieb, und daß die Nationalliberalen im übrigen um so stärker als Mitkämpfer um die Parlamentarisierung erschienen. Das wagte er aber anscheinend nicht in Rücksicht auf die breiten Parteikreise, die zustimmten, wenn alldeutsche Heißsporne den Reichstag schmähten. So hat sich Stresemann weder als vorausschauender Kopf, noch als politischer Charakter erwiesen. Er hat seine Partei zwischen zwei Stühle gesetzt und nicht klar genug erkannt, daß es für sie nur zwei Möglichkeiten gab: entweder mit der Demokratie die Machtansprüche des Reichstags durchsetzen zu helfen oder sie an der Seite der Konservativen zu bekämpfen. Vielleicht steht Stresemanns Führung auch unter dem Einflusse gewisser Theorien, wie sie der nationalliberale Historiker Brandenburg in Leipzig lehrt. Brandenburg hat bei seinen Forschungen die ihm überaus wertvoll erscheinende Feststellung gemacht, daß der Liberalismus von der Demokratie ebenso wesensverschieden sei, wie vom konservativen Gedanken. Das mag richtig sein oder auch nicht: fatal ist es jedenfalls, daraus die politische Folgerung zu ziehen, die nationalliberale Partei müsse zwischen den konservativen und den demokratischen Ideen zurzeit einen Wirkungskreis ganz für ihre speziell nationalliberale Betrachtungsweise suchen. Der Gegensatz zwischen den demokratisch-parlamentarischen Prinzipien und der alten Ordnung im Reichsbau ist so scharf, daß man zwischen beiden harten Mühlsteinen nur zerrieben werden kann. Das Zentrum, das doch viel tiefere prinzipielle Gegensätze von der Linken trennen, hat die Lage rechtzeitig begriffen und sich mit großer Klugheit eine gewichtige Stimme beim nunmehr eingeleiteten demokratisch-parlamentarischen Umbau des Reiches gesichert. Nach dem Siege der Demokratie haben sich die Nationalliberalen den Mehrheitsparteien angeschlossen, nicht ohne daß dabei die Gefahr besteht, daß sie ein wenig fünftes Rad am Wagen bilden. Doch ist die Bedrohung des Vaterlandes durch den auswärtigen Feind augenblicklich so groß, daß der Mehrheit die sonst unnötige Verbreiterung der parlamentarischen Basis ihrer Regierung immerhin sehr willkommen ist. Infolgedessen scheint es den Nationalliberalen doch noch zu gelingen, ihre Stimme unter der neuen Ära zur Geltung zu bringen. Trotzdem ist es bezeichnend, daß in das sogenannte engere Kriegskabinett neben Payer, Haußmann, Scheidemann, Gröber und Erzberger kein Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion eingerückt ist.

Zum ersten Male in der Geschichte des neuen Deutschen Reiches ist die Volksvertretung seit dem Sommer 1917 mit einem organisierten Machtwillen hervorgetreten. Ein „Großblock" bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie ist tatsächlich zusammengekommen und hat dann auch ziemlich rasch die Macht im Reiche an sich gerissen. Wenn das alles auch unter dem Druck des Krieges beschleunigt worden ist, so ist es doch längst vorher angebahnt. Nur daß in der „Mehrheit" von 1917 die Nationalliberalen, die sich Naumann als Großblockgenossen dachte, durch das Zentrum ersetzt sind und sich nur nachträglich ihr wieder anschließen. Es ist auch kein Zufall, daß unter den führenden Männern der Neuordnung schon seit Hertlings und Kühlmanns Tagen die Süddeutschen, besonders die Südwestdeutschen, die führende Rolle spielen, während unterm „ancien régime" der preußische Nordosten die maßgebenden Reichsämter besetzte. Der Südwesten ist schon von alters her die Hochburg der deutschen Demokratie. Zwei Badner: Prinz Max und Fehrenbach stehen an der Spitze der Reichsregierung und des Reichstags; im engeren Kriegskabinett sitzen nicht weniger als vier Württemberger: Erzberger, Gröber, Payer und Haußmann, und ein Altelsässer, General Scheüch, ist sogar preußischer Kriegsminister. Mögen die

Persönlichkeiten auch später wieder wechseln, der Bann ist jedenfalls gebrochen, es wird nicht wieder Gewohnheitsrecht werden, daß die deutsche Reichsregierung aus Preußen stammen muß. Man darf vielleicht hoffen, daß der Reichsgedanke noch Fortschritte macht: nicht dadurch grade, daß die Demokratie im ganzen ziemlich unitarisch gestimmt ist — kräftiges Eigenleben der größeren Bundesstaaten ist ein politisches Gut, das dem Reiche erhalten bleiben möge! — sondern mehr dadurch, daß durch den Parlamentarismus alle deutschen Stämme gleichmäßiger Gelegenheit haben werden, führende Köpfe in die Reichsregierung zu bringen, während früher diese Stellen meist nur durch den preußischen Staatsdienst zugänglich waren.

Den Konservativen wird der Zusammenbruch ihres Einflusses erst im Laufe der kommenden Jahre stärker fühlbar werden. Sie werden dann bald den Reichstag sehr schätzen, weil er auch ihnen das Sprungbrett zu erneutem Einflusse, das ihnen bisher Bureaukratie und Militär war, werden wird. Sie werden vielleicht Verstärkung erhalten durch die nationalliberale Rechte, die kaum dauernd bei der jetzigen Mehrheit bleiben wird. Es wird niemanden wundern dürfen, wenn die Partei, die einst Bismarck die bisherige Reichsverfassung schaffen half, auseinandergeht, wenn der Umbau des Reiches weiter fortgesetzt wird. Auch die Sozialdemokratie hat ja, ehe sie reif wurde für ihre jetzige Politik, eine starke Absplitterung erlebt. Daß das Zentrum seine alten Gegensätze zur Sozialdemokratie und zum Liberalismus nicht völlig begraben hat, ist auch sicher. Die Weiterentwicklung unsres Parlamentarismus ruht also noch völlig im Dunkel. Aber jede irgendwie geartete Gegenkoalition gegen die jetzt zur Herrschaft gelangte Großblockidee wird auch auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage ruhen. Auch eine spätere, etwa wieder konservative Regierung wird nicht wieder auf außerparlamentarischem Wege ans Ruder kommen. In diesem Sinne dürfte die „Mehrheit“ am 30. September etwas Unwiderrufliches erreicht haben.

# Berufswahl und Begabtenschule

Von Professor Dr. Wilhelm Martin Becker

Es ist jetzt eine schlechte Zeit für den Individualisten. Ein Spiel der Wellen treibt sein kleiner Kahn im Meeresstrom des Geschehens, der ihm seinen Kurs, oft peinlich bis ins einzelne, vorschreibt. Aber er findet sich damit ab; hat er doch in hoher Stunde das Ziel seiner Fahrt, das Heil des Vaterlandes, des Volksganzen, bejaht; so kann es ihm jetzt nicht entgegen sein, wenn er sich unter ein Kommando stellen muß, das ihn an das Ziel zu führen verspricht. Wie schwere Überwindung es manchen kostet, diesem Kommando vertrauend zu folgen, weiß Gott; auf den Schultern der Führer häuft sich die Verantwortlichkeit bergehoch.

Es gibt keine einzelnen mehr, und es wird sie auch nach dem Kriege auf lange hinaus nicht mehr geben. Die Tatsache, daß einer ein Deutscher ist, wird ihn verpflichten. Er wird seinen Platz im Friedensheer einzunehmen haben, den seinen Kräften und inneren Möglichkeiten entsprechenden Platz. Drohnen hat der Deutsche seit langem schwer ertragen, er wird sie von nun an verachten.

Zu den Problemen von größter Tragweite, die mit dieser Sozialisierung dem Staate neu zuwachsen, gehören die der Bevölkerungsvermehrung, der Bevölkerungsverteilung und der Berufsschichtung. Drei Domänen individualistisch-liberaler Auswirkung. Drei Gebiete, deren Gesetzmäßigkeiten und funktionale Beziehungen schon seit Jahrzehnten ernster Durchforschung wert waren. Drei Lebenskreise, in denen vielfach anstelle des bisherigen freien Entschlusses eine rationelle Beeinflussung im Sinne des Volksganzen treten muß.

Ja, wir müssen künftig neben der Bevölkerungspolitik, der ja schon vor dem Kriege die Aufmerksamkeit vieler zugewendet war, auch eine Berufspolitik treiben. Nicht nur, wie von manchen Seiten gesagt wird, weil wir mit unseren Talenten sparsam umgehen müßten, und weil es Verschwendung wäre, ein Talent in einem ihm nicht gemäßen Berufe zu verwenden, — nein, auch um der Ethik des Berufes selber willen ist es nötig, daß einer sich berufen weiß, wenn er in den Beruf eintritt, und um der persönlichen Zufriedenheit jedes einzelnen willen.

Das ist auch der eigentliche Sinn des vielmißbrauchten Wortes „Freie Bahn dem Tüchtigen", daß er das ihm gemäße Tun finde und nicht gezwungen werde, seine guten Kräfte in unwürdiger Form zu zersplittern, sei es auch die im Vorurteil der populären Schätzung „höhere" Berufsform.

So ist es in der Rastlosigkeit des heutigen Lebens dahin gekommen, daß die Sorge unserer idealistischen Erzieher heute nicht mehr allein die reinmenschliche Bildung des Zöglings sein darf; frühzeitig muß sich der Blick der Erzieher auf seine künftige Berufsgattung richten, und der Zögling muß lernen, den Beruf als einen notwendigen Bestandteil nicht nur des nun einmal leider so gearteten Lebens, sondern des Lebensideals zu erfassen; derart, daß nicht mehr das Renaissanceideal der geistig regen Muße seine Zukunftsträume bestimmt, sondern das Gegenwartsideal einer Berufstätigkeit als Glied des völkischen Organismus.

Es ist keine leichte Aufgabe, die unserer Zeit hiermit gestellt ist, aber ihre Lösung ist dringend, insbesondere für diejenigen unter unserem Nachwuchs, deren Wesensart Profil genug zeigt, um eine Fehllösung zu einem persönlichen und dem Maße entsprechend zu einem nationalen Übel zu gestalten. Und zur Lösung der Aufgabe ist offenbar zweierlei erforderlich: erstens Kenntnis der physiologischen und psychologischen, der sozialen und materiellen Voraussetzungen der einzelnen Berufe, und zweitens Erkenntnis der Wesensart des jugendlichen Menschen, um ihn auf den Weg zu dem ihm gemäßen Berufe führen zu können. Dabei kann natürlich auf eine restlose Lösung des Problems nicht immer gerechnet werden. Die komplizierte Zusammensetzung jeder Individualität findet wohl oft nicht ihre Entsprechung in der Reihe der vorhandenen Berufe. Es ist also auch nach der Erfüllung aller Erfordernisse einer künftigen Berufspolitik notwendig, auf diejenige Eigenschaft des Menschen zu rechnen, die bisher bei der Berufswahl die größte Rolle gespielt hat: die Anpassungsfähigkeit, die Einstellbarkeit auf die Forderungen des Berufes, die als sittliche Forderung mit sich bringt, daß der Mensch manche seiner Neigungen unterdrücke, Fähigkeiten nicht ausübe — und so der Tragik sich unterwerfe, die aus der Unstimmigkeit der idealen und der realen Forderungen des Lebens entspringt. Gerade der moderne Mensch mit seiner Vielseitigkeit wird nach wie vor manchen bitteren Tropfen auszukosten haben.

Aber zur Besserung dieser Zustände können und müssen wir kommen; und so bleibt vor allem die Entwicklung einer förmlichen Berufsforschung[1]) eine Forderung des Tages. Ihre Ergebnisse müssen denen vertraut werden, die einen Einfluß auf die Berufswahl auszuüben haben. Nicht nur die Statistik der Berufe muß noch mehr ausgebildet und an sie die Soziologie der Berufe angeschlossen werden; auch die Hygiene der Berufe wäre klarer zu erfassen — vielleicht erweitert sich die Aufgabe des Forschungsinstituts für Arbeitsphysiologie einmal nach dieser Seite —; am wichtigsten aber erscheint mir doch die Psychologie der Berufe, ein Gebiet, das der heutigen angewandten Psychologie keine allzu schweren Aufgaben stellen dürfte. Von der physischen Fähigkeit aus und der Ermüdbarkeitsmessung bis zur inneren Stellung des Arbeiters zu seinem Tun, von der allgemeinen Intelligenz bis zum moralischen Status des Individuums können und sollen die Eigenschaften festgestellt werden, die zur Ausübung eines bestimmten Berufes gehören; nicht an letzter Stelle die Charaktereigenschaften, Temperament und

[1]) Diese Forderung vertritt mit vollem Recht das vorzügliche Buch von Aloys Fischer: „Über Beruf, Berufswahl und Berufsberatung als Erziehungsfragen", Leipzig 1918. (Quelle u. Meyer, geb. 4,40 M.).

Sittlichkeit. Selbstverständlich handelt es sich bei einer ganzen Anzahl dieser Wesenszüge um nicht experimentell oder überhaupt Meßbares, oft sind sie für den Dritten nicht, sondern nur für den Betroffenen selbst bei tiefster Selbstprüfung erkennbar.[2]) Aber wie weit der Einzelberuf diese oder jene Eigenschaft erfordert, kann doch geschätzt und erwogen und mit dem Befund verglichen werden. Und es wird auch schon ein Fortschritt sein, wenn wir nicht positiv zu einem Berufe raten, sondern — und zwar nicht nach gefühlsmäßigen Antrieben, sondern nach nüchterner Erkenntnis — von bestimmten Berufen abraten können (negative Berufsberatung). Jedenfalls hat Aloys Fischer recht, wenn er betont, daß „auf Grund einer Durchleuchtung der Berufsarbeiten in ihren Voraussetzungen und Teilen, Hilfsmitteln und Hindernissen, Gefahren und Erfolgsaussichten" in der Zusammenarbeit von Vertretern der Berufe und Psychologen „psychische Berufsbilder" gewonnen werden können, die dann die Unterlagen für die Berufsberatung abgeben.

Für die Berufsberatung, nicht für den Berufszwang. Eine oberflächliche Betrachtung könnte ja zu der Konsequenz kommen, daß mit der immer feineren Ausbildung der Berufsforschung schließlich ein durchaus rationelles Verfahren für den Nachersatz der Berufe einerseits, für die Unterbringung der passenden Anwärter in „ihrem" Berufe andererseits gefunden wäre. Ausgeschaltet wäre damit das Irrationale aus einem wichtigen Gebiete des Lebens, das Überraschende, der Zwang zur eigenen Entscheidung, Initiative, Wagemut; das Leben wäre eine Versicherungsanstalt, jeder Mensch ein Angestellter in seinem Berufe — und was der Perspektiven mehr sind. Aber so darf es eben doch nicht werden. Die Beratung soll kein Zwang, auch keine Überredung und Verführung sein; „wir können empfehlen und warnen, aber wir sind niemals sicher, ob wir nicht, wenn uns gefolgt wird, Kräfte unterbinden, die der riskierende Verzicht auf Klugheit freigemacht hätte" (Fischer, S. 29 und 80).

An der Grenze des verstandesmäßig Berechenbaren endet auch die Berufsforschung und -beratung; und die Ehrfurcht vor dem Unerforschlichen im Menschenwesen wird hier keinen Zwang zulassen, auch nicht unter dem Gesichtspunkt des nationalen Vorteils. Hiergegen wird es an Widerspruch nicht fehlen. Man darf sich eben nicht der Tatsache verschließen, daß wir uns hier an der Grenze zweier Weltanschauungen befinden. In der Berechtigung oder Nichtberechtigung der Gesamtheit, über das Schicksal des einzelnen zu verfügen, bekämpfen sich von jeher Individualismus und soziale Staatsallmacht, und der Kampf ist darum nicht zu Ende, weil im Augenblick die Wogen sozialer Auffassung so hoch gehen, wie noch nie bei unserem Volke. Ich sagte vorhin, der einzelne werde verpflichtet sein, seinen Platz im Friedensheere einzunehmen. Soll man ihm auch noch das Recht nehmen, in letzter Linie darüber zu entscheiden, welches dieser Platz ist? —

* * *

Es ist nicht zu verkennen, daß wir seit der Auflösung der ständischen Gliederung unseres Volkes aus dem Zustand, wo der Beruf angeboren war und Erziehung und Bildung sich nach dem Stande der Eltern richteten, nach dem Gegenpol hinstreben, einem sozialen Konglomerat, in dem die Geburtsstände verschwinden und der Bildungsgrad allein die Voraussetzung für die Erreichbarkeit eines Berufes darstellt. Man kann in aller Unbefangenheit dieses historische Faktum feststellen und braucht weder für den verflossenen noch für den intendierten Zustand gefühlsmäßig Partei zu nehmen. Heute ist das Ziel, nach dem die Entwicklung hinstrebt, nicht erreicht; noch immer wird das Kind auch in den Gesell-

[2]) Wie weit eine solche Selbstprüfung gehen darf, ohne den Blütenstaub der Harmlosigkeit gerade in der Jugend abzustreifen, ist eine nicht allgemein zu beantwortende Frage. Vor einer Übertragung der Methoden der Psychoanalyse auf das Gebiet der Erziehung glaubt daher Herm. v. Müller in seiner verständigen Schrift „Psychanalyse und Pädagogik" (Leipzig 1917, ebd. geh. 2 M.) warnen zu müssen.

schaftskreis der Eltern hineingeboren, und sie sind bestrebt, ihm diejenige Bildung zuteil werden zu lassen, die von den Voraussetzungen und Vorurteilen, aber auch der materiellen Lage der Eltern und ihres sozialen Kreises gefordert wird; immerhin unter der auslesenden Kontrolle einer unabhängigen und ständisch unbeeinflußten Schulbehörde, deren Bestreben dahin geht, die ganz unbrauchbaren Elemente auszuscheiden. Hierdurch wird bereits jenes Streben nach Erhaltung des ständischen Charakters der jungen Generation vielfach durchkreuzt; noch stärker aber ist die Verschiebung, die eintritt durch die „Aufstrebenden". Es geht — und das wird von den Kämpfern gegen die „Standesschule" (als welche die höhere Schule bezeichnet wird) fortwährend übersehen — ein steter starker Strom von Kindern geringerer Stände in die höheren Schulen und zu höherer Standesgeltung empor, vor allem aus dem Kleinbeamten-, Kleinkaufmanns- und Handwerkerstand, aber auch aus den Arbeiterkreisen; in vielen Schulen überwiegen diese Schüler bei weitem. Diese Förderung durch oft rührend entsagungsreiches Mühen und Sparen der Eltern kommt durchaus nicht nur den Tüchtigen zugute, sondern oft auch recht schwachen Begabungen, denen man wünschen möchte, daß die Eltern sie nicht in die ihnen fremde Sphäre hineingedrängt hätten. Anders ist es mit jenen Gutbegabten, denen durch Freistellen, Stiftungen, Stipendien der Weg aus tieferen sozialen Schichten in höhere geebnet wird; ihre Würdigkeit untersteht einer immerwährenden, ziemlich scharfen Kontrolle; versagen sie, so verlieren sie die Unterstützungen. Die Zahl dieser Stipendiaten des Talentes ist nicht gering. Im ganzen aber entstammt von den Hochschulstudenten noch rund ein Drittel den unteren Schichten.

Diesen Zustrom, der sich im Widerspruch mit dem erwähnten absterbenden Ständeprinzip vollzieht, wird man als eine gesunde Ergänzung unserer höheren Stände werten müssen. Freilich: je größer der soziale Abstand des Elternhauses von der gebildeten Sphäre, desto gewaltsamer ist der Übergang, desto empfindlicher der Mangel an Kinderstube, an Tradition; empfindlich für den Kreis, in den diese Neulinge treten, empfindlicher noch für diese Neulinge selbst, wenn ihr Inneres nicht robust genug ist, sich über diese Mängel keck hinwegzusetzen. Auch die Loslösung von dem organischen Zusammenhang mit ihrer Familie läßt diese Leute innerlich verarmen, wenn ihr Gemüt nicht fruchtbar alles ersetzt. Am wenigsten fühlbar ist all das, wenn die aufsteigenden Elemente nicht mit einem Schritte den Zwischenraum etwa zwischen dem Handarbeiter und dem Akademiker durchmessen, sondern wenn die Familie als solche diesen Weg zurücklegt, indem sie eine Generation des unteren Mittelstandes oder kleinen Beamtentums einschiebt.

Je stärker dieser Zustrom standesfremder Elemente anschwillt, desto schwerer wird es dem höheren Stande, diese mit seiner alten Kultur zu durchsäuern. An der Erhaltung einer alten Kultur, die nur im Zusammenhang generationenlanger Züchtung gedeiht, sollte dem Volksganzen, also auch dem Staat — will er nicht ein bloßer Mechanismus erscheinen — gelegen sein. Daher müßte er den Zustrom in dem Sinne regulieren, daß die Erhaltung einer kultivierten Oberschicht nicht in Frage gestellt wird durch das Zuströmen von Massen, denen zwar nicht die Kenntnisse, wohl aber die kulturellen Werte abgehen. Dies solange, als die Oberschicht mit der normalen Verstärkung von unten sich nicht unfähig erwiesen hätte, die ihr gestellten Aufgaben zu lösen.

Wie steht die Sache nun heute? Erfordert die Oberschicht notwendig einen außerordentlichen Nachschub von unten, weil sie ihrer Aufgaben nicht Herr werden kann? Müssen also neue Kanäle angelegt werden, die frisches Blut einführen? Man wird nicht leugnen können, daß einige Angehörige dieses Volksteiles geneigt waren, sich als beati possidentes zu fühlen und die Verpflichtungen der bevorzugten Stellung, waren sie einmal in sie gelangt, leichter zu nehmen, als für das Ganze ersprießlich war. Aber dieser Gefahr wird man auch durch frischen Nachschub nicht begegnen können, will man nicht durch jährlich neue Auslese die Würdigkeit feststellen und damit das soziale Gefüge immer neuen Stößen aussetzen, von der Schwierigkeit der Wertung ganz abgesehen. Und wie sollte es mit dem

praktisch doch nicht auszuschließenden Anspruch des Besitzes auf Eintritt in die führenden Stände werden?

Die gegenwärtige Lage ist so, daß die Überfüllung aller höheren Berufe, die schon zu einer Art Gelehrtenproletariat geführt hat, die späte Möglichkeit zur Familiengründung bei allen, die nicht mit materiellen Gütern gesegnet sind, und alle damit zusammenhängenden Gefahren und Nöte bereits als eine Erkrankung unseres Volkskörpers angesprochen werden können. Schon werden Stimmen laut, die eine koloniale Expansion von dem Gesichtspunkte aus befürworten, daß wir für unseren „Überschuß an Intelligenz" ein Betätigungsfeld brauchen. Freilich sollten uns unsere besten Söhne zu wertvoll sein, um sie als Produkte deutscher Bildungsindustrie zu exportieren; und man könnte hier wohl eher von einer Verschwendung mit dem geistigen Nationalwohlstand sprechen, als man neuerdings zu tun pflegt, wenn einige Talente in ihren bisherigen Volkskreisen belassen und nicht zu höheren Bildungsstufen hinaufgeführt werden.

Es wäre also nicht einzusehen, weshalb wir diese Überproduktion noch mehr fördern sollten, wenn nicht der Krieg das Schlagwort „Freie Bahn dem Talent" gebracht hätte, das dann alsbald so ausgelegt wurde, allen begabteren Kindern unseres Volkes müßten die höheren Bildungsstufen zugänglich gemacht werden. Verkennen wir es nicht: die ganze Bewegung, die jenes Schlagwort auf ihre Fahne geschrieben und seitdem in einigen Großstädten die Begabtenschulen ins Leben gerufen hat, ist eine Erscheinungsform der demokratischen Strömung, die die Notzeit unseres Volkes für den richtigen Augenblick gehalten hat, ihren Zielen näherzukommen. Die Begabtenschulen sucht man zwar sachlich zu begründen, scheut sich aber auch nicht es auszusprechen, daß sie „aus innerpolitischen Gründen im Vordergrunde des Interesses stehen".

Wir müssen heute mit diesen Verhältnissen rechnen; und wir wollen die Wünsche derer nicht ablehnen, die darauf ausgehen, häufigere und gangbarere Wege aus einer Volksschicht in die andere anzulegen, denn wir hoffen auf ein engeres Zusammenwachsen der einzelnen Stände untereinander und auf eine unbefangenere Wertung. Aber wir müssen es zum Wohle des Volkes ablehnen, daß infolge der neuzuschaffenden Möglichkeiten eine noch ungesundere „Inflation" der oberen Schicht stattfindet, deren Ansprüche dann von dem gesamten Volkskörper nicht mehr erfüllt werden könnten. Es dürfen sich nicht mehr zu Tische setzen, wo doch die Mahlzeit nicht vermehrt werden kann; will man in noch höherem Maße unsere besten Köpfe ins Ausland drängen?

Somit bleibt nur die eine Möglichkeit, soll das Volk nicht Schaden leiden: dem Aufstieg der Begabten — der in Grenzen gehalten werden muß, auch um eine völlige Auslaugung der unteren Schichten zu verhüten — muß ein Abstieg der Unbegabten zur Seite gehen[3]). Viel Unglückliche wird es dann weniger geben. Und wenn die Rücksicht auf den durch unbegabte Schüler und Studenten gesenkten Durchschnitt wegfällt, so können höher und straffer die Anforderungen gestellt werden. Es ist denn doch zu hoffen, daß hierbei die bisherige Oberschicht, im ganzen genommen, ihre Führerstellung erfolgreich verteidigen wird.

Zu alledem gehört nun eine andere Art der Beurteilung und Bewertung von Schule und Mensch, wenn wir nicht wieder zu Einseitigkeiten kommen sollen, die bei der scharf eingreifenden Nationalisierung der Ständeverschiebungen besonders schwerwiegend sein müßten. Wir müssen daher die Auslesemethoden besonders sorgfältig erwägen, die den Übergang aus einem Stand in den andern vorbereiten, und wir müssen verlangen, daß sie den ganzen Menschen zum Objekt nehmen, nicht nur eine Seite seines Wesens. Die bekannteste Auslese, die in Berlin bei den Begabtenschulen angewandte, entspricht dieser Forderung nicht[4]),

[3]) Ich verweise hier auf die guten Ausführungen von Sebald Schwarz, Vierteljahrsschrift für kommunale Schulverwaltung Bd. I S. 58 f. (Leipzig 1918, Teubner, jährl. 15 M.).

[4]) Meede-Piorkowski-Wolff, Die Berliner Begabtenschulen, ihre Organisation und die experimentellen Methoden der Schülerauswahl, Langensalza 1918 (Beyer, Preis 4,80 M.). Für die Einzelheiten, die im Rahmen unseres Aufsatzes nicht besprochen werden können, sei auf dieses in vieler Hinsicht interessante Buch verwiesen.

und auch die Methoden der übrigen Großstädte stehen, soviel ich sehe, grundsätzlich auf demselben Boden.

Die Durchsicht der angewandten Verfahren muß, wenn auch Verbesserungen natürlich möglich und zum Teil auch schon vorgeschlagen worden sind, unsere Bewunderung erregen. Die verschiedenen Seiten der intellektuellen Tätigkeit werden auf ihre Leistungsfähigkeit experimentell untersucht, und es ist kein Zweifel, daß über Konzentration, Kombination, Einprägsamkeit, Generalisation, Definition, Wahrscheinlichkeitsurteil usw. Werte gewonnen werden, die der Exaktheit nahekommen. Man wird ohne weiteres erkennen, daß diese Verfahren, z. B. auf unseren höheren Schulen in gemessenen Zeitabschnitten angewandt, das von den Lehrern gewonnene Bild der einzelnen Individualitäten in willkommener Weise ergänzen würde. Aber die Anhänger dieses Verfahrens werden uns über seine Schwächen nicht täuschen. Wen wir für würdig halten, in die durch Bildung führenden Schichten unseres Volkes hinaufgehoben zu werden, den werden wir uns nicht nur darauf ansehen dürfen, wie es mit seinen intellektuellen Fähigkeiten beschaffen ist. Es fragt sich doch, ob sich aus der Einfügung der Persönlichkeit in die ihm fremde Schicht eine Förderung und keine Schädigung des Ganzen erwarten läßt. Der Intellekt ist ein scharfes Instrument, das sich zu Nutzen oder Schaden anwenden läßt. Fleiß, Energie, Ausdauer, Zuverlässigkeit, Pflichttreue, Anpassungsfähigkeit können nicht durch eine zehnstündige Prüfung ermittelt werden, geniales Führertum überhaupt durch keine Prüfung; den Charakter zu prüfen, indem man die Kinder in ein Landerziehungsheim steckt und dort eine Woche oder länger „beobachtet", ist um so mißlicher, je mehr sich die Prüflinge dieser vorübergehenden Beobachtung bewußt sind. Hier bedürfte es langfristigen unbefangenen Zusammenlebens; die Erfahrungen des Lehrers in der Schule werden also nicht zu umgehen sein, und der Personalbogen, in den jahrelang alles eingetragen wird, was von der biologischen bis zur ethischen Seite des Schülers zur Kenntnis des Lehrers kommt, wird zur dringlichen Forderung, wichtiger als die Bemessung der einzelnen Funktionen des Intellekts. Temperament, Naturell, Stellung zu Natur und Umwelt — lauter Grundsteine der künftigen Weltanschauung —, Phantasie und künstlerische Begabung — durch die Intelligenz unersetzbare Werte — kurz, alles was das Wesen der Menschen bunt und reizvoll macht, bleibt bei dem Berliner Versuch unberücksichtigt neben den Verstandeskräften.

Ja auch diese finden nicht die ihnen gebührende Würdigung. In Berlin werden alle die verschiedenen Ergebnisse aller untersuchten Intelligenzfunktionen eines Schülers schließlich auf einen Durchschnittswert reduziert, der dann für die Beurteilung ausschlaggebend ist. Qualitative Differenzen werden nicht berücksichtigt. Diese sind aber bei Schülern, die man einer Weiterbildung zuführen möchte, gerade das Wichtigste[5]). Die zeitgemäße Forderung nach Organisation der Schulen gemäß den psychologischen Verschiedenheiten der Kinder wird durch das Berliner System nicht erfüllt. Man sieht mit Erstaunen, daß der ganze Aufwand psychologischer Untersuchung schließlich wieder in das Schema der bisherigen höheren Schule einmündet, dessen Starrheit doch gerade durch Berücksichtigung der qualitativ verschiedenen Individualitäten gelockert werden müßte.

Man nähert sich heute in der Pädagogik der Auffassung, daß das Wissen und die Verstandesbildung hinter das Können zurückzutreten habe. Vielleicht kommen wir weiterhin zu einer Stufe, auf der das Sein vor allem geschätzt wird und das Wissen wohl bei der Wahl des Betätigungsfeldes, des Berufes, den Ausschlag gibt, nicht aber bei der Schätzung des Wertes der Persönlichkeit für das Ganze. Erst dadurch wird die Versöhnung der Stände, eine wahre Demokratie, ermöglicht werden, daß kein Stand als solcher erstrebenswert erscheint, sondern in jedem Berufe die wertvolle Persönlichkeit, der ganze Mann an rechter Stelle, höchste Würdigung erfährt. Erst wenn der reine Zusammenklang von

[5]) Zur Beurteilung dieser Fragen verweise ich auf das besonnene Buch von J. van den Wyenbergh, Die Organisation des Volksschulwesens auf differentiell-psychologischer Grundlage (Leipzig 1918 Quelle u. Meyer, Preis 3 M.).

Leib und Seele, Geist und Charakter, von sittlicher Kraft und praktischem Können gewertet wird, kommen wir zu einer neuen Humanität, die den Beruf einschließt. Dann aber wird das ungesunde Streben nach bloßer Verstandesbildung keinen Platz mehr haben. Im Lichte dieses Ideals ist die Begabtenschule ein Ausklang, die letzte Gipfelung einer bereits überwundenen Epoche, der des alleinherrschenden Intellekts, und kann nur noch als einseitige Züchtungsanstalt angesehen werden. Denn auf die intellektuelle Auslese allein aufgebaut, können diese Anstalten den Schritt von der Einseitigkeit zur Menschenbildung nicht mitmachen, sondern sind zur grauen Geistesdressur verdammt.

Die Produkte dieser Art von Bildung werden — trotz aller Mittel moderner Didaktik — tüchtige mittlere Beamte, Mitarbeiter, Zeitgenossen sein; von Führereigenschaften, von heldischer Färbung, von Eigenem, nicht Anerziehbarem werden sie noch soviel besitzen, als sie trotz der intellektuellen Überernährung mit dem auf sechs Jahre zusammengedrängten Pensum der neunklassigen Anstalten sich bewahren können. Ist es das, was unsere Zeit braucht? Köpfe statt Seelen? Haben wir in dieser Krise unseres nationalen Daseins einen Überfluß an Führerpersönlichkeiten gehabt? —

Man wird die Versuche mit den Begabtenschulen in den großen Städten aufmerksam verfolgen; aber nicht, weil sie einen Schritt in eine morgenlich leuchtende Zukunft unseres Volkes bedeuten, sondern weil wir einen Versuch vor uns haben — dem sich die Versuchsobjekte wohl willig unterziehen werden, — einen Versuch, der eine Menge objektiv wertvollen Studienmaterials über die Frage beibringen wird, wie sich diese intellektuell Begabten im Verlauf ihres Studienganges und später im Leben bewähren. Es wird vom wissenschaftlichen Standpunkte die Forderung erhoben werden müssen, daß ungefärbte Aufzeichnungen über die Weiterentwicklung der Schüler in geistiger und sittlicher Hinsicht, sowie über ihre Berufswahl und ihre Lebensführung gemacht werden. So können diese, wie wir gesehen haben, grundsätzlich anfechtbaren Versuche dem weiteren Aufbau einer Wissenschaft zugute kommen, die in ihrer Anwendung künftig unser Erziehungs- und Schulwesen immer mehr durchdringen wird, der Jugendkunde[6]). Dieser Wissenszweig, geboren aus der Beschäftigung mit den Anomalien des jugendlichen Menschen, entwickelt sich immer mehr zu einem Wissen vom werdenden Menschen überhaupt. Diesem Wissen gehört die Zukunft, wenn es darauf ausgeht, die Unterlagen der erzieherischen Tätigkeit zu bieten, die in der Natur des Kindes intendierten Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die Hindernisse des glücklichen Ausreifens zu beseitigen und nach dem von der Berufsforschung gebotenen Einblick dem jungen Menschen zu raten, wie er seine individuelle Begabung anwenden kann zum eigenen Glück und zum Heil von Volk und Staat.

[6]) Das neueste Werk, das einen Gesamtüberblick über das Wissen vom Kinde im schulpflichtigen Alter geben will, ist die „Allgemeine Schülerkunde" von W. J. Ruttmann (Tübingen 1917, Mohr, M. 8.— und 20 Prozent). Der Verfasser verfügt über reiches Wissen über Methodik, physiologische und psychologische Jugendforschung. Man muß nur bedauern, daß er infolge des Krieges genötigt war, sein Buch so zu kürzen, daß er auf die Darstellung wichtiger Ergebnisse verzichten mußte. Die Gedrängtheit der Darstellung hat ihn mitunter fast unverständlich knapp werden lassen. Statistisches Material ist mitgeteilt, aber nicht immer verwertet. Die Terminologie wird einem weiteren Leserkreise, mit dem doch gerechnet werden muß, vielfach nicht verständlich sein. Immerhin wird das Buch dem Lehrer, Schularzt und Jugendrichter zur Orientierung von Wert sein; die reichhaltigen Literaturverzeichnisse machen es auch zu einem guten Nachschlagewerk.

# Elsaß-Lothringen im deutschen Industriestaat

Von Dr. Freundt

Der Vizekanzler von Payer hat in seiner bekannten Aussprache mit Pressevertretern der österreichisch-ungarischen Monarchie erklärt, daß sich nach seiner Meinung die nationalen Gegensätze in Zukunft mildern und die Völker sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gruppieren würden. Dieser Ausspruch über die nationalen Gegensätze hat sich insofern als richtig erwiesen, als die Ansprüche des Deutschtums durch den bevorstehenden Friedensschluß „gemildert" werden dürften und den Bestrebungen unserer Nachbarn damit freie Bahn geschaffen werden wird. Auch die Gruppierung der Völker nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten scheint nunmehr einzutreten, indem sich die Entente die Kalischätze im Elsaß angliedert und die Erzlager Lothringens dem erzarmen Deutschen Reiche nimmt und sie dem erzreichsten Lande Europas gibt, Frankreich, das über 8 Milliarden Tonnen Eisenerz in seinem Besitz hat.

Schwander, der soeben das nach schweren Wehen geborene neue Lebewesen in Empfang genommen hat, spricht mit der freudigen Überzeugung eines Taufredners die Versicherung aus, daß Elsaß-Lothringen sich sein Selbstbestimmungsrecht nicht wieder nehmen lassen wird. Man deutet das dahin aus, daß sich Elsaß-Lothringen vom Deutschen Reiche lösen und sich als neutraler Staat einrichten wird. Das würde u. a. die Zulassung der französischen Propaganda in breitester Öffentlichkeit bedeuten. Auch von unserer Seite wird dann um die Seele des verlorenen Sohnes gerungen werden. Läßt sich angesichts der großen Erfolge der französischen Nation in solchen Angelegenheiten da noch etwas für uns erhoffen?

Angesichts der wirtschaftlichen Lage Elsaß-Lothringens darf man das bejahen. Den Fehler, den man politisch in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, daß man dem Elsaß-Lothringer keine Entwicklungs- und Betätigungsfreiheit im Reiche gab, hat das Wirtschaftsleben, seinen eigenen Gesetzen folgend, vermieden. Auf wirtschaftlichem Gebiete wuchs Elsaß-Lothringen nach seiner Rückkehr zum Reiche mit erstaunlicher Schnelligkeit mit der deutschen Volkswirtschaft zusammen.

Seine Erzschätze riefen geradezu erst den deutschen Eisenschmied ans Werk. Nachdem 1878 das Thomasstahlverfahren erfunden und sofort in Deutschland in großzügiger Weise durchgeführt wurde, begann eine deutsche Eisenindustrie in Rheinland und Westfalen, in Lothringen und im Saarkohlenbecken aufzublühen, deren Leistungen die Bewunderung der Welt erregte. 1913 brachte der Südwesten 40 Prozent der deutschen Roheisengewinnung hervor. Die Erzförderung Lothringens, die 80 Prozent der deutschen Eisenerzförderung ausmachte, kann also als die Lebensquelle der deutschen Eisenindustrie, d. h. die Lebensbedingung für 10 Millionen deutscher Arbeiter einschließlich ihrer Angehörigen bezeichnet werden. So ist Elsaß-Lothringen auch wirtschaftlich eine internationale Angelegenheit geworden, nämlich als Kraftquelle der in allen Ländern der Welt bekannten deutschen Eisenindustrie. Mir scheint, daß Elsaß-Lothringen seine internationale Berühmtheit nicht zu bereuen hatte. Wird es auch dieses Mal solchen Nutzen daraus ziehen, daß es, wie Staatssekretär Hauß sich ausdrückt, zu einer „Vorfrage der friedlichen Neuordnung der Welt" geworden ist?

Aber nicht nur die Industrie, auch die deutsche Landwirtschaft müßte es schmerzlich empfinden, wenn Elsaß-Lothringen aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausscheiden würde. Aus den phosphorhaltigen Minettererzen gewinnen wir bekanntlich das Thomasmehl, das den Ertrag unserer Äcker erheblich gesteigert hat. „Eisen und Brot gab uns Elsaß-Lothringen", so hat man darum mit Recht gesagt.

Erzbergbau und Eisenindustrie Lothringens wirkten wiederum anregend auf die Landwirtschaft Lothringens, die einen bequemen und preiswerten Absatz für ihre

Waren im Industriegebiet fand. So hat auch der lothringische Bauer ein großes Interesse an der Lebensfähigkeit der lothringischen Industrie. Der elsässische Bauer, den der hohe Vogesenwall von Frankreich trennt, sucht sein Absatzgebiet im rechtsrheinischen Land. Wie auf die Eisenindustrie, so hat die Rückkehr zum Reich auch auf andere wirtschaftliche Kreise günstig gewirkt. Man denke an die oberelsässische Textilindustrie, die sich ein günstiges Absatzgebiet auf dem deutschen Markt sicherte, während sie in Frankreich von den ostfranzösischen Webereien erdrückt werden würde. Ferner sei an den Weinbau erinnert, eine Quelle größten Wohlstandes heute, 1869 aber noch kümmerlich unter dem Wettbewerb der billigen französischen Weine.

Diese Entwicklung aller Kräfte führte dazu, daß sich Wohlstand und Kultur seit 1870 bedeutend gehoben haben. Die Betriebslänge der Eisenbahnen wuchs; die Zahl der Postanstalten vermehrte sich; die Städte dehnten sich aus — Straßburg hat seine Einwohnerzahl verdoppelt —; die Zahl der Schulen stieg auf das Dreifache; die Universität wurde eine der besuchtesten Deutschlands usw. Wohin man blickt, haben die Verbindungen mit dem großen deutschen Markt und die über alle Welt gespannten Beziehungen Deutschlands lebend und befruchtend auf alle Gebiete der Wirtschaft in Elsaß-Lothringen gewirkt. Daß das politische Leben Deutschlands nicht ebenso günstig wirkte, lag eben daran, daß der politische Markt noch nicht eröffnet war; heute ist er es.

Würde die Neutralität oder der Anschluß an Frankreich eine ähnlich gedeihliche Zukunft gewährleisten? In nächster Nachbarschaft zum deutsch-lothringischen Eisenerzgebiet liegt das französische Eisenerzlager von Briey und Longwy, in dem sich vor dem Kriege der größte Teil der französischen Schwerindustrie befand. Wir hatten früher gehofft, daß bei der Schaffung eines besseren Grenzschutzes für unsere Eisenwerkstätte an der Grenze auch diese wichtigen Läger mit zu Deutschland kämen, wohin ihre Verkehrslage sie auch hinweist. Diese Hoffnungen sind verflogen. Heute müssen wir darüber nachsinnen, ob durch die Neutralisierung oder Annexion Elsaß-Lothringens uns die wichtigste Bezugsquelle unserer Eisenerze nicht verschlossen würde. Die Annexion Elsaß-Lothringens durch Frankreich aus politischen Gründen dürfte wirtschaftlich für das Land wahrscheinlich Verkümmerung seiner Kräfte bedeuten, da Frankreich für eine Verwertung sowohl der Erze wie der bedeutenden Roheisenerzeugung Lothringens nicht leistungsfähig genug ist. Die lothringischen Hütten sind groß geworden durch die deutsche eisenverarbeitende Industrie. Im Falle der Neutralität würden zweifellos die engen wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland bestehen bleiben. Für die deutsche Industrie waren die lothringischen Erze unentbehrliche Vorbedingung der Entwicklung. 300 Hochöfen verarbeiten das lothringische Erz; 20 Millionen Tonnen Roheisen gewinnen wir jährlich daraus. Würde das deutsch-lothringische Erzlager von Frankreich annektiert, so müßte es den Wettbewerb mit Briey und Longwy aufnehmen. In Briey und Longwy liegt der bessere Teil der lothringischen Minette. Die Erze haben einen größeren Eisengehalt, durchschnittlich 35 Prozent, während die in Deutsch-Lothringen nur 26—30 Prozent enthalten. Dementsprechend wäre zu erwarten, daß Elsaß-Lothringen an Bedeutung verlieren würde, da für Frankreich die Erze von Briey und Longwy wertvoller sind. Es kommt aber weiterhin noch hinzu, daß Frankreich im Begriffe ist, den Standort seiner Schwerindustrie zu wechseln, indem es die von deutschen Unternehmern erschlossenen hochwertigen normannischen Erze, die Erze von durchschnittlich 45 Prozent enthalten, immer stärker ausgebeutet und während des Krieges seine Rüstungsindustrie darauf aufgebaut hat. Dadurch verlieren die lothringischen Erzlager viel von ihrer früheren Bedeutung. Wo will Frankreich überhaupt mit seinem großen Erzreichtum hin? Das kohlenarme Frankreich, das bisher auf deutschen Koks angewiesen war! Das volkarme Frankreich, dem es an Arbeitskräften fehlt! Frankreich, dessen Roheisenerzeugung 1913 nur 5 Millionen Tonnen betrug! Will Frankreich auf diesem Schatz als Monopolhüter sitzen, um sich als Eroberer die Rente der Arbeiterschaft des unterlegenen Deutschland zahlen zu lassen? Man sieht, eine wirtschaftliche Annäherung Elsaß-Lothringens

an Frankreich widerspricht allen Vorbedingungen. Es liegen vielmehr zwingende Gründe dafür vor, daß Elsaß-Lothringen sich auf seine wirtschaftlichen Lebensbedingungen besinnen wird. Diese Klärung seines politischen Strebens wird sich um so leichter vollziehen, weil es nunmehr ein demokratisches Reich neben sich weiß, das ihm auch politische Freiheit und Entwicklung bietet. Für die „Gloire", für die Frankreich manchen Elsässer und Lothringer so sehr zu begeistern wußte, bietet ihm jetzt ein Volk von 80 Millionen Vertrauen und eine lebensvolle Zukunft an. 10 Millionen deutsche Arbeiter mit Weib und Kind erwarten mit Spannung die Entscheidung, die in Elsaß-Lothringen über ihre Lebensbedingungen gefällt wird.

Der Abgeordnete Hue sagte schon am 18. Februar 1916: „Es führt mich dazu, vom Standpunkt eines Arbeitervertreters, der mitten in der Montanindustrie steht, mit besonderem Nachdruck zu betonen, daß, wenn das elsaß-lothringische Land vom Deutschen Reiche getrennt würde, dies für die Eisen- und Stahlindustrie und auch für die Bergwerksindustrie, die mit ihren verwandten Industrien mehrere Millionen Arbeiter beschäftigen, einen, man möchte sagen, tötlichen Schlag bedeuten würde."

Die Dämme, die man nach dem bisherigen System den politischen Strömungen in Elsaß-Lothringen entgegengesetzt hat, sind hinweggespült; ebenso werden künftige politische Schranken, die unter dem Eindruck der jetzigen politischen Wahrheit geschaffen werden, von den wirtschaftlichen Triebkräften zerbrochen werden.

# Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Zu den Verfassungsänderungen.** Vor hundert Jahren, als ein Zeitalter schwerer Kriege auch im Innern der Staaten den Übergang zum Konstitutionalismus auslöste, wurde durch Anhänger des Alten, die Legitimisten mit und ohne „Recht", das Dogma vom monarchischen Prinzip in die Debatte geworfen, das die ersten Regungen der sich mündig fühlenden Völker in Fesseln schlagen sollte. Auch nach Einführung von Verfassungen — so hieß es — vereinige sich die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates wie zur Zeit des Absolutismus, und nur in der Ausübung bestimmter Rechte seien die Stände oder was sie allmählich wurden, die Volksvertretungen, kraft monarchischer Oktroyierung an dieser Staatsgewalt beteiligt. Wo — wie in Preußen — dieses Dogma nicht von der Verfassung zum Ausdruck gebracht war, wurde es durch Widerbelebung absolutistischer Rechtskodifikationen — § 1 II 13 des Allgemeinen Landrechtes von 1794 — gewissermaßen in jene hineinprojiziert. Von den Einzelstaaten ging es auf die „Verbündeten Regierungen" des geeinten Reiches über und zeigte sich in der Vorrangstellung des monarchisch-herrschaftlich organisierten Bundesrats gegenüber dem Reichstag. Bismarck und „sein alter Herr", dessen Denkweise jenes Dogma durchaus entsprach, haben den Grundsatz des persönlichen Regiments in dem berühmten Erlaß vom 4. Januar 1882 aufs neue scharf formuliert, und bis zur Gegenwart ragte die monarchische Souveränität als ein rocher de bronce in die so gänzlich veränderte Welt, konnte es geschehen, daß uns Juristen belehrten: im Zweifelsfalle sei dem Geiste jenes Rechtes aus dem achtzehnten Jahrhundert der Vorzug zu geben vor dem Geist der Verfassung und moderner Wissenschaft. Gab es doch selbst unter den Vertretern dieser Wissenschaft bekannte Namen, die vom Katheder das Gottesgnadentum der Monarchie, die Identität von Herrscher und Staat, das Volk als Objekt der Herrschaft ihren Hörern darstellten.

Der Ausgang des gegenwärtigen Krieges bedeutet, zugleich mit einer neuen Emanzipation des genossenschaftlichen Willens, das Ende des monarchischen Prinzips im Sinne der Restaurationszeit. Der Volksstaat von heute hat keinen Platz für die Ansprüche des

iure divino-Königtums; nicht jenes Dogma der Reaktion, sondern der Satz Thiers: Le roi règne, mais il ne gouverne pas steht künftig am Throne der deutschen Monarchie. Ein tragischer Ausgang, wenn man auf ihre glänzende Vergangenheit zurückblickt, aber ein notwendiger, wiewohl durch die Einflüsse der äußeren Politik vielleicht allzu beschleunigter Ausgang. Denn nur einem bewußt oder von Natur kurzsichtigen Auge kann doch verborgen bleiben, wie sich das Heute mit zwingender Notwendigkeit aus dem Gestern und Ehegestern entwickelt hat. Es handelt sich bei unserer Verfassungsänderung um den Prozeß eines natürlichen Wachstums, dessen einzelne Etappen man deutlich verfolgen kann — wir erinnern nur an die Vorgänge bei Bülows Abschied und die parlamentarischen Ereignisse im Jahre 1917. Wenn die vollendeten Tatsachen den Zeitgenossen allzu plötzlich und unvermittelt erscheinen, so nur darum, weil die voraufgehenden Entwicklungsstadien gleichsam unter der Oberfläche sich vollzogen und der schließliche Durchbruch dann allerdings jäh und wie im Augenblicke erfolgt. Dabei soll das treibende Moment der allgemeinen Weltlage gar nicht geleugnet werden. Aber wer sich über die Kniebeuge vor Wilson aufregt, möge doch billigerweise bedenken, daß dieser Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik kein Patengeschenk des deutschen Parlamentarismus ist, sondern von jeher und überall Gesetz des staatlichen Lebens. Für das Zeitalter der französischen Revolution sind solche Beziehungen zwischen den militärischen Ereignissen und der Lage in Paris von dem heimischen Historiker Haulard ganz systematisch festgestellt worden. Auch aus unserer Geschichte können wir den gleichen Zusammenhang nachweisen. Die Oktroyierung der preußischen Verfassung von 1848 war nach einer begründeten historischen Lehrmeinung gedacht als Gegenschlag gegen die Versuche der Erbkaiserlichen, den Staat Friedrich Wilhelms des Vierten durch Übertragung der Kaiserkrone an diesen Monarchen in Deutschland aufgehen zu lassen. Und als Bismarck 1867 das gleiche Wahlrecht „in die Pfanne warf", da geschah dies nach seinen eigenen ferneren Worten, um eine Waffe im Kampfe gegen Österreich, im Kampfe für die deutsche Einheit und zugleich, um eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen zu haben. Die Rücksicht auf Wilson bestimmte unleugbar die Regie der letzten Reichstagsverhandlung. Man erwartet von der Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt günstige Wirkungen auf die Stimmung im Lager der Entente. Mag sein, daß man sich täuscht. Das eine aber sollten die empörten Kritiker der Regierung nicht vergessen: die Reformen vom 26. Oktober wie überhaupt der letzten Zeit sind doch auch um innerpolitischer Rücksichten willen unternommen und notwendig gewesen. Sie wollen der „deutschen Einheit" dienen wie Bismarck vor fünfzig Jahren und im geraden Gegensatz zur preußisch-partikularistischen Politik von 1848.

„Die Zeit schreitet unter Stürmen vorwärts und es ist ein vergebliches Bemühen, sie aufzuhalten". So schrieb einst Metternich an den badischen Minister von Berstett. Trotz dieser Erkenntnis hat er sich ihr immer wieder entgegengestemmt, bis die Revolution von 1848 über seinem Werke und Kopfe zusammenschlug. Wer heute über den inneren „Umsturz" klagt, wie die „Deutsche Tageszeitung" anläßlich der Beschlüsse vom 26. Oktober und von Revolutionen redet, der sollte an Metternichs Wort und Schicksal denken. Die Phrase vom Schattenkaisertum ist töricht. Wem das höchste Erdenglück der Menschenkinder, die Persönlichkeit gegeben war, der hat sich auch unter eingeschränkten Befugnissen auf dem Throne durchgesetzt, wem diese Persönlichkeit versagt blieb, der blieb ein Instrument in den Händen anderer auch dann, wenn ihm die höchste Machtfülle durch die Staatsgewalt gegeben war. Auch künftig kann unter solchen Voraussetzungen — das Beispiel Eduards des Siebenten beweist es — wieder Wahrheit werden, was man von der kaiserlichen Gewalt in der deutschen Verfassung bis zum Weltkriege gesagt hat, daß sie rechtlich weniger, tatsächlich mehr als in früheren Jahrhunderten bedeutete.

„Regna, sed non impera", rief im siebzehnten Jahrhundert ein polnischer Magnat seinem Könige zu. Möchte dieses Wort zum Wahlspruch der Hohenzollern des zwanzigsten

Jahrhunderts werden, möchte er es noch werden können! H. O. M.

**Europas Tod.** Hedda Gabler, die Hysterische, wollte einst in Schönheit sterben, — wir sterben in der Apotheose einer „Idee", weil auch wir innerlich haltlos wurden. Hier wie dort gibt's trotzdem keine Versöhnung, denn der Tod ist realer als alles andere, seine Schatten umdüstern Schönheit und Recht. Europas Herz hat aufgehört zu schlagen! Man bedenke: nach Abschluß dieses Krieges gibt es keine Großmacht mehr auf dem europäischen Kontinent. Rußland sank dahin unter den wuchtigen Schlägen des fiebernden Herzens Europas, Frankreich trank das Gift seines Todes, Österreich zerfiel, weil kein warmes Blut mehr durch seine Glieder rann. Das Angelsachsentum mit seinem außereuropäischen Schwergewicht regiert die Welt. „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!" so sprach einst der, dessen Wort jetzt nicht mehr gilt. Es war zu spät. Das Geschick hat sich erfüllt.

Man sollte meinen, daß die Schauer des Todes über Europas blutgetränkte Erde gehen, daß ein Klageruf ohne Gleichen die Luft durchdringt —, aber nein, wir hören Jubelklänge: die ententefreundlichen Neutralen Europas frohlocken in der eigenen Sterbestunde und im Taumel absoluter Verständnislosigkeit für die Weltwende bejubeln junge Völker ihre „Freiheit" und recken ihre ungefügen Glieder. Und das Herzland selbst? Es ächzt und stöhnt in seinen besten Söhnen und Töchtern, aber mißtönig gellt das Wort der Überklugen: „Wir haben es kommen sehen, wir haben es immer gesagt!" Schmach über sie, die so, sich selbst unbewußt, zur Schuld bekennen, denn sie und niemand anderes unterhöhlten das Vertrauen. Glauben sie denn wirklich, daß es in Deutschland einen Menschen gab, der nicht in namenloser Angst die Möglichkeit des Siegs der anderen ins Auge faßte, der nicht die ungeheure Übermacht in Rechnung zog? Aber das wußten die Beherzten: führen wir Krieg, so müssen wir an die Möglichkeit der Selbstbehauptung glauben, und ein siebzigmillionenfacher Glaube verbürgt den Sieg. „Seid einig, denn die Deutschen sind unbesiegbar, wenn sie einig sind!" so sprach zum anderen Male der, dessen Wort jetzt nicht mehr gilt. Auch hier umsonst! Uneinig wurden wir, ach, schon so bald nach Kriegsbeginn. Zunächst dachten wir nur daran, uns unserer Haut zu wehren, aber die überraschende Entwicklung der Kriegslage trieb dahin, daß wir uns um des Kaisers Bart, um Kriegsziele zu streiten begannen. Schon dieser Streit beweist, daß wir den Krieg nicht haben wollen können, denn wenn vor dem Kriege das Bild reicherer Lebensmöglichkeiten, die mit der Waffe zu erobern wären, auch nur in ungefähren Umrissen im Volke gelebt hätte, wir hätten uns nicht mitten im blutigen Tanze in unfruchtbarem Gezänke aufgerieben.

Warum diese Erschütterung der Heimatfront? so fragen wir heute, da auch der Bescheidenste unter uns sein Kriegsziel begrub. War es wirklich klug von den Überklugen, das Feuer derer zu dämpfen, die im Siegesrausch nach Früchten griffen, die zu hoch hingen? Heute weiß jedes Kind, daß die Freunde des Verzichts und der Versöhnung sich ja selbst in der gleichen Lage befanden, sofern sie Unversehrtheit des Reichsgebietes — und das war doch ihre Forderung — ins Auge faßten. Die Wirkung nach außen? „Deutschland hat gesiegt, wenn es nicht besiegt ist", hat Balfour gesagt und damit die Selbstbehauptung Deutschlands in seinen alten Grenzen nicht als berechtigt gelten lassen wollen. Es war gleich, ob wir Belgien begehrten oder keine Annexionen machen zu wollen beschworen. Kein Friedensangebot konnte wirken, solange es nicht Selbstvernichtung in sich schloß. Hat man dies bei uns wirklich nicht gewußt, obgleich die Staatsmänner der Gegner immer wieder freimütig ihren Vernichtungswillen bekundeten? Und wenn man das wußte, warum gab man jenes Stichwort des „Verzichtes" aus? Liegt es nicht nahe, hier den Versuch zu vermuten, psychisch auf die breiten Massen zu wirken? „Wir kämpfen nicht um Eroberungen willen!" Wie schön klingt das, wie sittlich rein! Wie hoch steht man über dem, der einen errungenen Vorteil nutzen möchte. Wer aber trotz des besseren Wissens, daß unser Kriegsziel in jedem Falle den Entschluß des Feindes durchkreuzt, in solchen Zeiten mit solchen Mitteln

auf breite Massen wirken will, braucht sie zu eigenen Zwecken. Und sind diese Zwecke nicht auf innerpolitischem Gebiet zu suchen? Wurde nicht von den gleichen Kreisen, die „alldeutsche" Kriegsziele bekämpften, die Agitation für die Durchführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen mitten im Daseinskampf der Nation betrieben, die notwendig aufs neue die innere Front erschüttern mußte? Waren nicht diejenigen im Recht, welche das deutsche Volk beschworen, die Kräfte nicht zu verzetteln, alle Gedanken auf die Erhaltung des Reiches zu richten, nur gegen den äußeren Feind zu stürmen, gleichviel, wie die Kriegsziele formuliert wurden, wenn sie nur Sieg bedeuteten? In Heft 30 der „Glocke" verwahrt Ernst Heilmann die Demokratie dagegen, daß an ihr derLudergeruch der Niederlage hafte, denn sie habe nichts getan, um sie herbeizuführen, sie trage an ihr nicht die geringste Schuld. Gewiß, unter den Tapferen draußen, die der wahre Offensivgeist beseelte, mag es gleich viel Linke als Rechte gegeben haben, aber drinnen im Lande gab es eine Scheidung. Hier war der Offensivgeist ausschließlich bei der Linken — sofern er nicht dem äußeren Feinde galt. So und nur so ist es zu verstehen, wenn mit der siegreichen „Volksregierung" Mißtrauen und Groll gegen sie aus der Taufe gehoben wurden, denn sie ist das Produkt jener Kräfte, die in der Tiefe brodelten und die eindeutig bestimmte Willensrichtung des Volkes verspritzten. So wie die Dinge heute liegen, bleibt freilich nichts weiter übrig, als erbarmungslos die Konsequenzen zu ziehen. Geschehenes läßt sich nicht ungeschehen machen. Nur um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß festgestellt werden, daß Deutschland wie vor dreihundert Jahren an seiner Uneinigkeit zugrunde geht. Sie erscheint immer wieder in neuer Form als unheilbarer Fluch, der auf uns lastet. Diesmal nahte der Versucher in der Maske des „innerpolitischen Fortschritts"

Dr. Mathilde Kelchner

# Materialien zur Polenpolitik

**Aus dem Jahresbericht des Verbandes der polnischen Frauen-Bildungsvereine im Deutschen Reiche für 1917.** („Zjednoczenie" [Posen] Nr. 9 vom 1. September 1918): Die Tätigkeit des Verbandes hat sich in diesem Jahre trotz der verschiedensten Schwierigkeiten nicht vermindert. Sie hat im Gegenteil im Vergleich zu der Tätigkeit in den vorhergehenden Kriegsjahren sichtbar zugenommen. Das beweist die nachstehende Berichterstattung. Die numerische Stärke des Verbandes. Am Ende des Jahres 1916 gehörten dem Verbande 33 Vereine an. Sie zählten insgesamt 2950 Mitglieder. — Im Laufe des Jahres 1916 wurden auf Anregung und mit Unterstützung des Hauptvorstandes des Verbandes zwei neue Vereine ins Leben gerufen, nämlich: 1. in Stralkowo (dieser Verein zählt 70 Mitglieder) und 2. in Jarotschin (56 Mitglieder). Nach den uns zugesandten Berichten der einzelnen Vereine gehörten also dem Verbande am 31. Dezember 1917 35 Vereine an. Sie zählten zusammen 3552 Mitglieder. — Das Verbandsorgan „Zjednoczenie" erschien im Jahre 1917 regelmäßig monatlich in dem bisherigen Umfange (8 Seiten stark). Das Original wurde in 3000 Exemplaren gedruckt. — Kassenbericht für die Zeit vom 1. Januar 1917 bis zum 31. Dezember 1917: Es wurden für das Jahr 1918 1622,15 Mark überwiesen. — Das Vereinsleben hat im Jahre 1917 sichtbar zugenommen. Auf jeden Verein entfielen nämlich in diesem Jahre durchschnittlich 10 Versammlungen. In diesen Versammlungen wurden zusammen 234 Vorträge oder Vorlesungen gehalten, im Jahre 1916 dagegen nur 146. — Zwecks Informierung teilen wir hier die Themen einiger dieser Vorträge mit: Kosciuszko ein Symbol des Polentums. — Die Kultur ein Schatz der Völker. — Die traurigen Zustände zur Zeit Skargas. — Die polnische Frau im

nationalen Leben. — Das polnische Haus und dessen Bedeutung. — Polnische Frauen, die sich um Polen verdient gemacht haben. — Eine kurze Skizze der Geschichte Preußens und des Deutschen Reiches, sowie der wichtigsten Grundsätze der Verfassung dieser beiden Staaten. Die Ideale Kosciuszkos. — Die neuen Probleme der Frauenbewegung. — Die Erziehung der Kinder im Elternhause vor dem Eintritt in die Schule. — Die Frau in ihrem Verhältnis zur Volksgemeinschaft und zur Kirche. — Welche Bedeutung hat für uns Heinrich Sienkiewicz?

Der überwiegende Teil unserer Vereine besitzt eigene Bibliotheken.

**Aus dem Jahresberichte der Verbandsbank der polnischen Erwerbsgenossenschaften für 1917** (nach dem „Dziennik Poznanski" Nr. 211 vom 14. September): Das Jahr 1917 war für die Entwicklung der Bank sehr wichtig. Während nämlich im Jahre 1916 das Aktienkapital der Bank nur 6 Millionen Mark betrug, ist es im Jahre 1917 auf 24 Millionen Mark gestiegen. Es wurden nämlich im Laufe dieses Jahres zwei neue Emissionen unserer Bankaktien zu je 9 Millionen durchgeführt. Auf diese Weise ist die Bank in die Reihe der mittleren Aktienbanken getreten. Die beiden neuen Emissionen mußten schon vor der bestimmten Frist geschlossen werden, da die Nachfrage nach den neuen Aktien eine übermäßige war. — Der Umsatz der Bank betrug im Jahre 1917 1075 958 738,78 Mark. Er überschritt also in diesem Jahre zum ersten Male die Summe von 1 Milliarde Mark. — Die Bilanz der Bank wies am 31. Dezember 1916 die Summe von 134 159 130,26 Mark auf. Sie ist bis zum 31. Dezember 1917 auf 201 264 509,64 Mark gestiegen. — Die Depositen haben sich bedeutend vermehrt. Sie betrugen am 31. Dezember 1917 zusammen 162 829 859 Mark. Sie sind also im Laufe des Jahres 1917 im Verhältnis zu den Depositen im Jahre 1916 um 50 143 341,92 Mark gestiegen. Diese Summe der Depositen beweist am besten, wie notwendig es war, das Aktienkapital durch zwei neue Emissionen zu erhöhen. Gleichzeitig liefert diese Summe aber auch einen Beweis dafür, daß dieses erst vor kurzem erhöhte Aktienkapital immer noch nicht ausreichend ist angesichts der übermäßigen Anhäufung fremder Kapitalien. Diese Kapitalien verhalten sich nämlich zum Aktienkapital der Bank wie 6 : 1. Die bedeutenden Vorräte an barem Gelde, die sowohl von den Erwerbsgenossenschaften als auch von Privatpersonen in unserer Bank niedergelegt wurden, haben wir zum Teil in Kreditgeschäften, hauptsächlich aber in den ersten und größten Berliner Banken untergebracht, und zwar in der Weise, daß wir fast alle diese Vorräte, wenn unsere Kundschaft sie etwa plötzlich und unverhofft zurückverlangen sollte, innerhalb 24 Stunden zurückerhalten können. Die Liquidität unserer Bank ist also geradezu musterhaft. — Der Kreditverkehr mit den Erwerbsgenossenschaften war im allgemeinen sehr gering. Dazu haben dieselben Erscheinungen beigetragen, wie in den vorhergehenden Kriegsjahren, nämlich das Übermaß an eigenen Kapitalien und der Mangel an vorteilhaften Transaktionen. Sonst war der Kreditverkehr außerhalb der Erwerbsgenossenschaften in diesem Jahre schon etwas lebhafter. Vor allem wurde Kredit von der Bank gewährt großen Kommunen im Königreich Polen, in Galizien und in Deutschland. Außerdem wurden bedeutende Darlehen an Privatpersonen, große Bankinstitute und Zuckerfabriken im Königreich Polen gegeben, und zwar gegen Hypotheken-Unterlagen, Lombardierung von Effekten oder Unterschriften leistungsfähiger Personen. — Der Effektenverkehr hat sich in dem Berichtsjahre wiederum bedeutend gesteigert. Die Bank hatte gegen Ende des Jahres 1916 für 4719741,97 Mark Effekten. Am Ende des Jahres 1917 betrug die Summe der Effekten 4930757,11 Mark, Mitte Februar 1918 hatte die Bank jedoch nur noch für 1500000 Mark Effekten. — Infolge der Erhöhung des Aktienkapitals konnte selbstverständlich auch das Arbeitsfeld der Bank erweitert werden. Die Bank hat schon früher verschiedene Handels- und Industrieanlagen mit ihrer eigenen Initiative und mit ihren Kapitalien ausgeholfen. Sie war auch in diesem Jahre in dieser Richtung tätig, indem sie mit Hilfe ihrer Kapitalien verschiedene industrielle Unternehmungen schuf bezw. erweiterte. Die Bank verkaufte weiter Aktien und Anteile der von ihr gegründeten Gesellschaften, wenn diese sich auf eine gesunde

Grundlage stützten und Aussicht hatten, zu prosperieren. Die Summe der gemeinsamen Aktien, über welche die Bank gegen Ende 1917 verfügte, betrug 702628,35 Mark. — Die Verwaltungskosten haben sich (deshalb) im Verhältnis zum Jahre 1916 im ganzen um 231944,95 Mark gesteigert. Sie werden sich ebenfalls in Zukunft ständig steigern müssen, sobald die neuen Filialen, die die Bank in Kürze zu errichten beabsichtigt, in Tätigkeit getreten sind. Eine solche Filiale wurde von der Bank im verflossenen Jahre in Warschau gegründet. Diese Filiale berechtigt zu den besten Hoffnungen. Sie wurde erst Ende 1917 eröffnet. Anfangs konnte man allerdings nicht erwarten, daß sie irgendeinen Gewinn abwerfen werde, denn die Kosten der Einrichtung waren sehr bedeutend. Wir dürfen uns aber der Hoffnung hingeben, daß sie sich schon in diesem Jahre (1918) rentieren wird. — Außerdem besitzt die Bank bereits eine Filiale in Thorn. Diese Filiale entwickelt sich günstig. Sie hatte trotz des Stillstandes im Kreditverkehr einen Reingewinn von 24077,18 Mark erzielt. — Das Ergebnis der Tätigkeit der Bank im Jahre 1917 ist zu ersehen aus dem Debet- und Kreditkonto, das mit der Summe von 8364387 Mark abschließt. Die Bank hatte im Jahre 1917 einen Reingewinn von 1451455 Mark. — Auf Grund dieses Reingewinns konnte in diesem Jahre auch die übliche Dividende von 6 Prozent bewilligt werden. Außerdem konnte beinahe eine halbe Million Mark dem Reservefonds überwiesen werden. Von dieser Summe mußten jedoch noch 206000 Mark für die Kriegssteuer abgesetzt werden in Gemäßheit des § 2 des Gesetzes vom 9. April 1917 über die Sicherung der weiteren Kriegssteuer. — In den nächsten Monaten wird die Bank noch zwei neue Filialen eröffnen, nämlich in Danzig und in Lublin. Die erforderlichen Konzessionen hat die Bank bereits von den zuständigen Behörden erhalten." H.

# Neue Bücher

**Zur Sicherstellung der Technischen Hochschule.** Soeben ist ein Buch erschienen, das verdient, über die Kreise der technischen Wissenschaft hinaus Beachtung zu finden. Der Titel des Buches lautet: „Berufsschutz" und „Freie Bahn den Tüchtigen". Zeitgemäße Betrachtungen zur Berufswahl für Ingenieure. Von Dr. A. Riedler, Königl. Geh. Regierungsrat und Professor an der Königl. Technischen Hochschule zu Berlin, Mitglied des Herrenhauses (M. Krayn, Verlagsbuchhandlung, Berlin 1918; geheftet 1,50 Mark).

Wer die geistvollen Rektoratsreden und Schriften dieses international bekannten Technikers kennt, wird nur bedauern, daß er volle zehn Jahre zu den allgemeinen Fragen der Technik nicht mehr das Wort ergriffen hat. Um so dankenswerter ist es, daß er nunmehr den Schatz seiner reichen Erfahrungen in bezug auf eine der wichtigsten Fragen, die die akademischen Berufsvereine der Techniker heute berühren, weiteren Kreisen zugänglich macht.

An Hand eines reichen Materials stellt Riedler fest, daß die Absolventen unserer Technischen Hochschulen in der Industrie sozial und materiell nicht anders gestellt sind als die Absolventen der elementaren und mittleren technischen Fachschulen. Das bedeutet ein Mißverhältnis zwischen Aufwand und Wertung. Die Folge dieses Zustandes wird sein, daß sich tüchtige Köpfe fortab anderen akademischen Berufen zuwenden werden, in denen geordnete Rechtsverhältnisse bestehen. Alsdann wird die Industrie lediglich auf nicht hochschulmäßig gebildete Kräfte angewiesen sein und die Hochschule wird lediglich höhere technische Staatsbeamte auszubilden haben, deren Zahl jedoch so verschwindend ist, daß ein gesonderter

Hochschulbetrieb nicht rentiert. Das Folgenschwerste wäre aber, daß der Industrie der technisch-fortschrittliche Impuls und der überlegene Blick, den wissenschaftliche Schulung gewährt, abhanden kommt. Das muß verhindert werden. Die Lösung des Problems findet Riedler darin, daß die Rechtsordnung den Trägern des höheren technischen Berufes dieselbe Stellung einräumt wie den Angehörigen der anderen maßgebenden akademischen Berufe.

Der studierte Heilkundige erfreut sich der eindeutigen und geschützten Berufsbezeichnung „Arzt", außerdem der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung in Form von Kammern. Dasselbe trifft für den studierten Vertreter der freien Rechtspflege zu, den „Anwalt". Der studierte Techniker erfreut sich weder einer eindeutigen Berufsbezeichnung noch öffentlich-rechtlicher Berufsvertretungen. Darin liegt die Wurzel alles Übels. Gewiß besitzt der studierte Techniker die gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung „Diplom-Ingenieur". Dieser Schutz ist aber durchaus ungenügend, weil „Diplom" nichts besagt und „Ingenieur" auch von dem Nichtfachmann geführt werden darf. Es ist hier so, als würde man den studierten Heilkundigen mit „Diplom-Arzt" abfinden und „Arzt" frei geben, so daß sich auch jeder Kurpfuscher so nennen könnte. Riedler verlangt deshalb, daß „Diplom-Ingenieur" ersetzt werde durch „Ingenieur" kurzweg.

Daneben sind den akademisch gebildeten Technikern öffentlich-rechtliche Vertretungen, Ingenieurkammern, zu geben.

Auf diese Weise, insbesondere durch Übertragung gewisser behördlicher Befugnisse an die akademisch gebildeten Privattechniker, wird insbesondere das selbständige Element, das wir in der Technik heute so gut wie ganz vermissen, gefördert; die akademischen Techniker werden zu wichtigen Mitarbeitern in den Parlamenten und auf sonstigen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Stand als solcher zu einem — auch in sozialer Beziehung höchst schätzenswerten — Bindeglied des staatlichen Aufbaues.

Die Riedlerschen Vorschläge verdienen die höchste Beachtung seitens der maßgebenden Politiker und Staatsmänner. Ihre Verwirklichung ist ein dringendes Gebot, soll der Industrie der unerläßliche wissenschaftliche Nachwuchs sichergestellt werden.

Dipl.-Ing. Dr. Alexander Lang

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**

Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37

# Der Zusammenbruch Österreichs und unsere Diplomatie

Nun ist es so weit. Was wir, die wir Österreich kannten, seit Jahren voraussagten, was wir seit Anfang des Krieges befürchteten, ist eingetreten. Deutschland begann, abseits von aller Politik, an der Seite eines nicht mehr lebensfähigen Staates, der längst seinen Schwerpunkt nicht mehr in sich selbst hatte, den Krieg, ohne von diesem Staat und von seinen Völkern mehr zu wissen, als was ihm die amtliche österreichische Wissenschaft zu wissen gönnte. Diese Wissenschaft aber kannte durch den ganzen Krieg hindurch nur ein Ziel: die nationalen Schwierigkeiten der Monarchie nicht nur den Feinden, sondern auch dem Bundesgenossen zu leugnen, nicht nur aus zwingenden politischen Gründen, sondern auch aus jenem Geist der offiziellen schwarzgelben Bureaukratie heraus, der noch ein Erbe aus Metternichs Zeiten bedeutet. Wir hätten den Krieg kaum so begonnen und geführt, wenn unsere Verantwortlichen in den Ämtern und unsere Parteien den Zustand der Monarchie auch nur einigermaßen gekannt hätten. Keinesfalls hätte der verantwortliche Staatsmann vom Krieg zwischen Germanen und Slawen faseln und dadurch den österreichischen Slawen ein unersetzliches Agitationsmittel liefern können, wenn nicht die reichsdeutsche Meinung diesen politischen Dilettantismus geduldet hätte. Die Ahnungslosigkeit der reichsdeutschen Politik gegenüber Österreich-Ungarn blieb dann während des ganzen Krieges getreulich erhalten. Wir ließen uns ohne Skrupel von eben jener k. u. k. Bureaukratie führen, die einzig und allein durch unsere militärische und wirtschaftliche Hilfe ihr Leben fristete. Wir machten die reichsdeutsche Öffentlichkeit an tschechische Loyalitätskundgebungen glauben, die der unselige Fürst Thun in Prag arrangiert hatte, und beleidigten mit unserer Ahnungslosigkeit das deutsche Volk in Österreich, aber auch das tschechische, dem wir eine solche Preisgabe seiner Überzeugung zutrauten. Getreulich berichtete W. T. B., was das K. K. Korr.-Bureau, das Werkzeug jener Bureaukratie, dichtete und skandalös blieb die österreichische Berichterstattung des W. T. B. bis zu dem bittern Ende, da der Wiener Pöbel dem Sonderfriedenskaiser Karl in der Hofburg zujubelte und W. T. B. die ergreifende Szene in demselben schönen Stile schilderte, in dem es seinerzeit die Prager Ausbrüche von tschechischem Patriotismus geschildert hat. Wir gingen mit der von den österreichischen Völkern verfluchten k. k. Regierungspraxis vier Jahre lang durch Dick und Dünn. Wir gestatteten nicht, daß die deutschen Zeitungen Dinge druckten, die der österreichischen Regierung nicht genehm waren, indes die Wiener Sensationspresse von Beschimpfungen Deutschlands voll war. So erfuhr zwar das feindliche Ausland durch tschechische Emissäre genau, wie es um die Gesinnung der Nichtdeutschen in Österreich stand, aber die reichsdeutsche Öffentlichkeit blieb ahnungslos auch auf diesem wichtig-

sten Gebiete der äußeren Politik. Ohne Widerspruch der reichsdeutschen Öffentlichkeit und der Parteien gewährten wir immer wieder militärische Hilfe, ohne uns im geringsten gegen die innerpolitischen österreichischen Entwicklungen, die ausschließlich gegen das Bündnis gerichtet waren, zu sichern. Wir schützten Ungarn in den Karpathen, Österreich vor Luzk, Triest am Isonzo und das österreichische Wirtschaftsleben durch immer neue Beihilfen. Wir ließen Zeiten nutzlos verstreichen, in denen die besten Altösterreicher sehnlich eine ordnende Hand, und wenn sie selbst aus Deutschland käme, herbeiwünschten. Wir ließen uns von Czernin, einem der raffiniertesten Intriganten dieses Weltkrieges, dem hoffentlich letzten echten Metternich-Schüler, an der Nase herumführen, und niemand fand an der Politik unseres Auswärtigen Amtes, die auf keinem Gebiete hilfloser war als auf dem Gebiete des Bündnisses, etwas Wesentliches auszusetzen. Durch unsere Beihilfen stützten wir immer nur den österreichischen Gesamtstaat und damit auch dessen gegen uns gerichtete und im Dienste des Feindes arbeitende Kräfte, statt amtlich die Kreise zu fördern, die das Bündnis wirklich trugen und auf unserer Seite standen. Nicht die Unfähigkeit zur Organisation hat Österreich in jene Ernährungs- und politischen Schwierigkeiten gebracht, an denen es zugrunde geht, sondern eine bewußte passive Resistenz, die, von ganz oben ausgehend und von den Nichtdeutschen betrieben, den Krieg sabotierte, ohne ihn beenden zu können. Seit dem Zusammenbruch der Russen, seitdem also die für Österreich dringendste Gefahr abgewendet war, vor allem aber seit dem Regierungsantritt Karls wurden unaufhörliche Versuche gemacht, das Bündnis zu lockern und für die Monarchie andere Stützen zu suchen. Hatte sich die Krone aus Furcht vor dem mächtigen deutschen Verbündeten und aus einer bis zum Persönlichen kleinlichen und lächerlichen Eifersucht immer wieder statt auf die ihr ergebenen Deutschen auf die mit der Staatskraft Raubbau treibenden Slawen gestützt, so versuchte man jetzt vollends, für den Fall des Sieges der Entente bei den Slawen sich eine Zuflucht zu retten. Freilich trieb man diese ententistische Kronpolitik auch wieder nur halb, so daß sie zwar zur Lockerung des Staatsgefüges, aber nicht zur ersehnten Lostrennung von Deutschland führte, und die Amnestie hat dem schwächlichen Dilettanten auf dem Throne weiter nichts eingetragen als den Hohn der Begnadigten. Die Halbheit rächt sich durch sich selbst.

In unseren Ämtern aber wurde diese Politik der Schwäche und Halbheit, die uns die k. k. Regierungspraxis vorführte, getreulich und zu Zeiten fast strebsam schülerhaft mitgemacht. Wer Einblick bekam, schauderte über den Dilettantismus an verantwortlichen Stellen. Bis in sehr kritische Zeiten hinein wußte man von den Vorgängen bei den Nichtdeutschen so gut wie nichts, heute noch stehen auf Posten, die für die amtliche Beurteilung der österreichischen Dinge maßgebend sind, Leute, die nie längere Zeit in Österreich waren und die jedem Zwischenträger aufsitzen. Und bis zuletzt mühte sich ein Botschafter, der in den Zeiten stärkster deutscher Machtfülle bei den wüstesten parlamentarischen Beschimpfungen durch den Reichsrat und die Presse passiv blieb, durch höfische und gesellschaftlich-bureaukratische Veranstaltungen „das Bündnis" zu retten. Wenn auf allen Gebieten unserer äußeren Politik die amtlichen Stellen so arbeiten, wie sie es auf dem der österreichisch-ungarischen Fragen, nach dem authentischen und gleichlautenden Urteil von allen, die Einblick nehmen konnten, getan haben, dann hat freilich der Parlamentarismus seine Berechtigung nicht früher erwiesen, als bis er mit dem durch und durch verrotteten System unseres außenpolitischen Apparates aufgeräumt hat. Bis vor nicht allzu langer Zeit war niemand vorhanden, der planmäßig und wirklich sachkundig die Presse der Tschechen und Südslawen verfolgte. Als man sich dann endlich dazu bequemte, etwas besseres Verständnis für die Presse im Nachbarreiche anzustreben, ließ man Leute sich mit diesen Fragen beschäftigen, die nicht das geringste innere Verhältnis zu ihnen hatten und nach Schema F vorgingen. Von psychologisch sachgerechter Einstellung auf die verschiedenen Strömungen in Österreich, geschweige denn in Deutschösterreich, war keine Rede, zu ausgesprochenen Parteileuten schickte man Unterhändler, die diesen als politische Gegenfüßler gelten mußten

und natürlich mit Mißtrauen aufgenommen wurden. Dabei hätte man Scharen von freiwilligen Helfern zur Verfügung gehabt, jeder gebildete Deutsch-österreicher, der zugleich Deutschland kannte, und deren gab es doch wahrlich genug, stand bedingungslos zur Verfügung. Wer immer aber mit den Zentralstellen zu tun hatte, ging verschnupft wieder weg. Nur wer mit Titeln und einer offiziellen Würde aufwarten konnte, hatte einige Aussicht, bis zu maßgebenderen Leuten vorzudringen, die anderen, und wenn sie noch so nahe Fühlung mit den wirklichen politischen Kräften hatten, wurden an dii minorum gentium gewiesen und verloren bei irgendeinem gelangweilten und ahnungslosen Legationsrat oder Vizekonsul ihre Zeit. So kannte man tatsächlich nur das k. k. Österreich, und wer vor diesem warnte, erregte Mißtrauen. Man hatte nicht das geringste Verständnis für jene Art deutsch-österreichischer Loyalität, der das Bündnis so viel galt wie der Staat, und für die ein von Deutschland getrenntes Österreich kein Vaterland mehr bedeutete. Man hatte nicht das geringste Verständnis dafür, daß die Völker die treibenden Kräfte der österreichischen Politik waren, man glaubte bis tief in den Krieg hinein an ein k. k. österreichisches Volk, von dem man zur Not ein ungarisches unterschied. Man berief sich den Warnungen gegenüber auf die Loyalität der offiziellen Kreise und hatte, weil man deren Psychologie und das so beziehungsreiche und uneinheitliche Leben in Österreich nicht kannte, nicht den geringsten Sinn für „Nuancen". Daß es zwischen unbedingter Bündnistreue und nacktem Verrat eine unendliche Fülle von Abstufungen gab, daß der Diplomat aus Metternichscher Schule viel virtuoser und viel liebenswürdiger lügen kann, als der meist sehr einfach konstruierte, trotz heißen Bemühens im Lügen dilettantische deutsche Kollege, ja daß es eine besondere Art von österreichischer Lüge gibt, die eigentlich keine ist, weil eben der k. k. Österreicher mehrere Seelen in seiner Brust hat, von denen eine an die andere nicht glaubt — das wußte man nicht. So ließ man sich jahrelang von Leuten düpieren, die, wie alle Eingeweihten wußten, Ententisten waren und bedenkliche „Nuancen" der Bundestreue sich gestatteten. Es gibt einen hohen Offizier in halbdiplomatischer, jedenfalls politisch bedeutsamer Stellung, dem man trotz aller Warnungen erst ganz zuletzt auf seine Schliche gekommen ist. Man gestattete ohne Widerspruch, daß an reichsdeutschen Äußerungen so lange herumgedeutelt wurde, bis sie geeignet waren, nicht nur eine gewisse gut bezahlte Wiener Presse gegen Deutschland zu hetzen, sondern sogar die treuesten Bündnisfreunde gegen Deutschland mißtrauisch zu machen. Man scheute sich nicht, zu solchen Intrigen den haltlosen Kaiser zu benutzen, der seinerseits von seinen „Nuancen" etwas hinzugab. Fand man sich dank seiner Vertrauensseligkeit betrogen, so verfiel man in das plumpe Gegenteil: in verständnislosen Kasernenton. Nirgend hat sich die Unfähigkeit der deutschen leitenden Kreise: die Menschen so zu nehmen, wie sie sind, und nicht so sich zurecht zu machen, wie man sie haben möchte, bitterer gerächt als in der Bündnispolitik. Ähnlich wie die Zentrale arbeitete die Botschaft. Der frühere Botschafter Tschirschky hatte wohl feineres Verständnis für das österreichische Leben, war aber eine viel zu passive Natur und hatte ja auch noch das Unglück, in einer Zeit zu amtieren, in der man in Berlin besonders harthörig und selbstsicher war. Sein Nachfolger hat gewiß guten Willen gehabt, aber schon von Budapest den Ruf eines nicht sehr überragenden Geistes mitgebracht, den er in Wien durchaus nicht verbessert hat. Man sah in den beiden letzten Jahren freilich die Unzulänglichkeit des Apparates ein und suchte da und dort zu bessern. Aber an den Zentralstellen änderte sich nichts Wesentliches, die Leute, die österreichisch-ungarische Fragen mit genau der technischen Selbstsicherheit und sachlich kenntnislosen Unbeteiligtheit behandelten, wie etwa unsere Beziehungen zu Paraguay, blieben in den maßgebenden Stellen, zu ihren Helfern aber rückten Leute auf, die ihre Wahl reinem Zufall verdankten. Man hatte nach wie vor äußerst unzulängliche Beziehungen zur Öffentlichkeit und blieb in den Schranken jener Begriffe von Diplomatie, die eine wesentliche Leistung vollbracht zu haben glaubt, wenn sie irgendeinen der jungen Leute mit einem Politiker oder Journalisten, der leidliche Kinderstube hat, frühstücken läßt.

Die herrlichsten Gelegenheiten, sowohl mit den gemäßigten Elementen der uns feindlichen Nationen wie mit den unbedingt lenkbaren bündnistreuen Kreisen zu arbeiten, die man auf diese Weise vor mancher Dummheit hätte wahren können, wurden versäumt. Alles, was geschehen mußte, um Mißverständnisse aufzuklären, die planmäßige, aus sehr trüben Quellen gespeiste Deutschlandhetze gewisser Blätter weniger schädlich zu machen, die Kräfte der Deutschland freundlichen bündnistreuen Presse zu stärken, geschah so zögernd und unentschlossen, so ungeschickt und ohne Initiative, daß die Absichten oft schon vor ihrer Verwirklichung durch den ausgebreiteten Wiener Klatsch gestört wurden. Der Hauptfehler freilich war und blieb: daß man Wien, und zwar das offizielle Wien, das Wien der diplomatischen Frühstücke und der amtlichen Neuigkeiten für Österreich ansah und von der Provinz, sogar von Böhmen nur sehr wenig wußte. Die letzte Düpierung des Botschafters durch den Bündnisbruch Andrassys war nicht die erste. Noch viel schlimmer aber war die Düpierung der amtlichen Politik überhaupt durch das gänzlich unamtliche, weder in den Akten, noch bei gesellschaftlichen Veranstaltungen vertretene Österreich: durch die Völker.

Es wäre ungerecht, wenn man die Persönlichkeiten für diese schweren Fehler allein verantwortlich machen wollte. Hat sie das ganze Volk zu büßen, so hat sie, im Grunde genommen, auch das ganze Volk verschuldet. Die leitenden Persönlichkeiten waren ja doch nur die Exponenten des Systems und dieses wieder der Ausdruck der deutschen politischen Unreife. Unsere Diplomaten waren typische Vertreter der deutschen Bildungsschichten, die während des Krieges alles getan haben, um die Stimmung in Österreich-Ungarn nicht nur bei denen, die dem Bündnis von vornherein feindlich waren, sondern auch bei den treuesten Bündnisfreunden durch Verständnislosigkeit zu verderben. Von jener törichten Gutgläubigkeit gegenüber dem „österreichischen Wunder" angefangen, hat man in Deutschland unaufhörlich den Fehler begangen, von „den Österreichern" zu sprechen. Und nicht nur unsere Diplomaten vernachlässigten um einer hohl gewordenen Form, um des Bündnisses mit der k. k. Regierung willen, den Inhalt: das Einvernehmen mit den erstarkenden Völkern. Ganz Deutschland, von sehr engen besser unterrichteten Kreisen abgesehen, wußte nichts von Völkern, sondern war mit jenem sagenhaften k. k. österreichischen Volke verbündet. Dieses lobten wir oder verdammten wir je nach dem Kriegsglück, ohne einen Unterschied zwischen einem rumänischen Analphabeten, einem tschechischen Überläufer und einem deutsch-böhmischen Volksbruder zu machen. Wir hatten keine Ahnung davon, welche Leistungen der deutsch-österreichische Reserveoffizier und das deutsch-österreichische Hinterland für den Krieg und für das Bündnis vollbrachten, welche unverhältnismäßig hohen Blutsopfer der Krieg von den Deutsch-österreicher forderte, welche Vermögensopfer, die immer wieder dem Gesamtstaate und dem Bündnis zugute kamen, und wie sie dafür schließlich mit der Hungersnot gelohnt wurden. Daß wir noch weniger von der Art und dem Wachstum unserer gefährlichen Feinde, der österreichischen Slawen wußten, ist hiernach leicht zu verstehen. Der Vorwurf, daß es die Pflicht der Deutsch-österreicher gewesen wäre, Deutschland besser zu unterrichten, gilt nicht, weil Bestrebungen dieser Art bis heute wenig Verständnis finden. Und auch wenn er gälte, wäre er töricht, wie die Klage jenes klugen Knaben: Geschieht meinem Vater schon recht, daß ich mir die Hände erfriere, warum kauft er mir keine Handschuhe. Man hätte sehr viel von dem Schaden, den jene Völker unserer Kriegführung zufügten, abwenden können, wenn man ihre Ansprüche und Hoffnungen, sowie ihre Kräfte besser gekannt hätte. Man hätte auch viel von ihrer gefährlichen Feindschaft schon einfach dadurch mildern können, daß man sie nicht ignorierte und daß man sie nicht, als man sie endlich bemerkte, unterschätzte. Völkern, die daran waren, die letzten Folgerungen aus einer ungewöhnlich schweren nationalen Entwicklung zu ziehen, erzählten wir, daß sie ihre politischen Bestrebungen schon früher oder später den „wirtschaftlichen Gesichtspunkten" unterordnen würden, die uns Deutsche ja so herrlich weit gebracht haben. Der Haß der gebildeteren Tschechen hat sich längst bis zu dem Vorwurf geklärt, daß wir

sehr schlechte Psychologen seien, und sie haben diesen Vorwurf gewiß nicht nur der übrigen feindlichen Welt nachgesprochen, sondern aus eigenem Erleben geschöpft.

Die Ereignisse haben unterdessen eine bessere Aufklärung geschaffen, als tausend Engelszungen-Prediger es vermöchten. Die Völker sind heute sehr deutliche Tatsachen geworden, und selbst das am beharrlichsten geleugnete Deutschösterreich ist eine Wirklichkeit und verlangt staatliche Anerkennung auch vom Deutschen Reiche. Im Reiche selbst hat ja der Lebensdrang des Volkes über eine starre und veraltete Staatsraison gesiegt, und es ist ein Zeichen von besonderer Vorbedeutung, daß die Erneuerung der alten nationalen Einheit am eindrucksvollsten von der Sozialdemokratie gefordert wird. Das Volk lernt um und nähert sich jenem tieferen Nationalismus, den nicht nur der Deutschösterreicher, sondern jeder Auslandsdeutsche am Reichsdeutschen vermißt hat. Die falsche politische Richtung des ganzen Volkes, die unsere Diplomaten entschuldigte, ebenso die „Nichteinmischungspolitik", die ihnen im Besonderen gegenüber Österreich-Ungarn die Hände band, ist erledigt. Das System unserer politischen Vertretung aber, das die Krönung jener reichsdeutschen falschen Politik bedeutete, ist einstweilen noch geblieben. Gewiß ist ein so in all seiner Unzulänglichkeit komplizierter technischer Apparat nicht von heute auf morgen umzustellen. Wir haben zu vieles auf einmal zu erledigen. Jedoch ehe nicht unser Auswärtiges Amt und unsere Auslandsvertretung von Grund auf neu geworden ist, neu in den Methoden, neu in den Männern, ist eine wesentliche Arbeit der neuen Regierung noch ungetan.

Die Klagen, die hier auf dem Gebiete der österreichisch-ungarischen Fragen vorgebracht werden, wiederholen sich auf allen anderen Gebieten und in allen Lagern. Aber wenn auch Diplomaten immer kritisiert werden, so ist doch die Art und der Umfang der Kritik gegen unsere politische Vertretung unerträglich geworden. Sie schadet bereits wieder durch ihre Übertriebenheit, Allgemeinheit, Bitterkeit und Unverantwortlichkeit, in die ja jede Kritik hineingerät, wenn sie hoffnungslos scheint. Es wird höchste Zeit, daß man Ernst macht. Man beschuldigt die Militärs, daß sie sich in Politik gemischt haben. Bei den Bedeutenden unter ihnen durchdringt sich Schuld mit Verhängnis. Sie mischten sich nicht nur aus Machtgier ein, sondern deshalb, weil alle politische Hoffnung, die vom Auswärtigen Amt enttäuscht, aller guter Wille, der von ihm beleidigt und zurückgestoßen wurde, bei ihnen Zuflucht suchte. Mag an dieser Hoffnung und diesem guten Willen vieles laienhaft gewesen sein: aus den Wünschen der „Laien", die zugleich die Bürger sind, kristallisiert sich doch schließlich der politische Wille der Nationen. Nicht aus veralteten Überlieferungen einer Berufskaste, die ängstlich darüber wacht, daß ihre Brahmanenwissenschaft nicht durch „Unberufene" gestört werde. Dem politischen Willen der Bürger Form zu geben und zur Geltung zu verhelfen: dazu sind die Beamten da. Wie viele der jetzt in unserer außenpolitischen Arbeit Beschäftigten können nach ihrer Bildung und Erziehung diese Aufgabe auch nur *verstehen*?

# Wohin gehört Posen?

unkt dreizehn des Wilsonschen Friedensprogramms vom 8. Januar 1918 lautet:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnten Länder umfassen sollte, der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten, sollte errichtet werden." [1])

In den Erläuterungen seines Friedensprogramms vom 12. Februar 1918 heißt es:

2. Es wird gefordert, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist; daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als ein Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen. Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Krieg fortzufahren.

Das Polentum in Preußen hat auf Grund jenes Friedensprogramms im Anschluß an das bekannte Vorgehen des polnischen Regentschaftsrates in Warschau einen von allen polnischen Parteien, Zeitungen und politischen Organisationen unterschriebenen Aufruf veröffentlicht, in dem unter Mißdeutung des Wilsonschen Programms die Zugehörigkeit der Provinz Posen zum polnischen Staate offen gefordert wird. Demgegenüber sei festgestellt, daß weder die Provinz Posen noch auch nur ein Kreis in ihr von einer unbestreitbar, d. h. rein polnischen Bevölkerung bewohnt wird, daß die Provinz Posen vielmehr ein Land alter deutscher Kultur und Sitte ist und mit Preußen und dem Deutschen Reiche politisch und wirtschaftlich für immer verbunden ist.

* * *

Die Provinz Posen ist 28992 Quadratkilometer groß, d. i. etwas mehr als der zwölfte Teil des Umfanges des Königreichs Preußen. Von der Bevölkerung der Provinz waren nach der Volkszählung von 1910 806720 Deutsche, 1278890 Polen, 11796 Zweisprachige und 2425 andere Fremdsprachige. Der Konfession nach waren 1422376 katholisch, 646442 evangelisch und 26512 mosaisch; 140851 sind katholische Deutsche und 9333 evangelische Polen. Rechnet man die evangelischen Polen, die treu preußisch gesinnt sind und sich selbst zu den Deutschen zählen, diesen zu und verteilt die Zweisprachigen je zur Hälfte auf die Deutschen und Polen, so sind 821951 = 39 Prozent als Deutsche und 1275455 = 60 Prozent als Polen zu bezeichnen. Der Rest sind Fremdsprachige. Das Verhältnis der Deutschen zu den Polen ist also wie 2 : 3. Ähnlich war das Verhältnis bereits 1815, als die Provinz nach den Bestimmungen des Wiener Kongresses und nach der Aufteilung des Großherzogtums Warschau wieder preußisch

[1]) Der Urtext in englischer Sprache lautet:
„An independent Polish State should be erected, which should include territories inhabited by indisputably Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea, and whose political and economic independence and territorial integrity should be guaranteed by international covenant."

wurde. Nach den Rückschlägen, die das Deutschtum infolge der durch die russische Zollgesetzgebung hervorgerufenen Auswanderung von Tausenden von deutschen Familien nach Russisch-Polen und durch die infolge des Aufschwunges der westlichen Industrie eintretende Abwanderung nach Westen erlitten hat, ist die deutsche Bevölkerung seit Anfang dieses Jahrhunders wieder in stärkerem Fortschreiten als die polnische. Im Jahrzent 1900/1910 vermehrte sich die deutsche Bevölkerung um 12 Prozent, die polnische nur um 10 Prozent. Deutsche und Polen sitzen in allen Kreisen der Provinz so durcheinander, daß eine Trennung eines deutschen und eines polnischen Sprachgebietes unmöglich ist, ohne den einen oder anderen Teil zu vergewaltigen. Bereits im Jahre 1848 stellte sich bei Gelegenheit der beabsichtigten nationalen Reorganisation der Provinz die Unmöglichkeit heraus, eine sogenannte Demarkationslinie zwischen deutschem und polnischem Verwaltungsgebiet zu ziehen.

In keinem Kreise der Provinz sinkt der deutsche Anteil unter 10,8 Prozent, steigt dagegen bis zu 91,2 Prozent.

Es beträgt der deutsche Anteil vom Hundert:

über 50 Prozent in den 10 Kreisen Fraustadt, Lissa, Meseritz, Schwerin a. W., Czarnikau, Filehne, Kolmar, Wirsitz, Bromberg-Stadt und Bromberg-Land;

über 33 Prozent in den 10 Kreisen Birnbaum, Bomst, Krotoschin, Neutomischel, Obornik, Posen-Stadt, Rawitsch, Gnesen, Hohensalza und Schubin;

über 20 Prozent in den 8 Kreisen Adelnau[2]), Mogilno, Posen-Ost, Ostrowo, Samter, Schildberg, Wongrowitz und Znin;

unter 20 Prozent in den 14 Kreisen Gostyn, Grätz, Jarotschin, Kempen, Koschmin, Kosten, Pleschen, Posen-West, Schmiegel, Schrimm, Schroda, Wreschen, Strelno und Witkowo.

So ist schon auf Grund der Zusammensetzung der Bevölkerung kein Kreis unzweifelhaft polnisch. Legt man der Berechnung der Bevölkerung die Reichstagswahlen von 1912 zugrunde, so wurden 158 863 deutsche Stimmen und 192 737 polnische Stimmen abgegeben, d. h. ein Unterschied von nur 33 874 Stimmen, Das Verhältnis war also wie 3,2 zu 3,8. Aber für den nationalen Charakter eines Landes sprechen noch andere Gründe entscheidend mit. So ist der Grund und Boden eine wesentliche und dauernde Grundlage des nationalen Charakters eines Landes. Er ist in der Provinz Posen zu 58,6 Prozent in deutschem Besitz. Nach den Erhebungen vom Jahre 1913 waren in deutscher Hand: 1 549 411 Hektar; in polnischer Hand 1 075 932 Hektar gleich 39,4 Prozent und 58 627 Hektar Eigentum der katholischen Kirche (2 Prozent).

Von dem Hausbesitz in den Städten der Provinz waren nach den Erhebungen von 1913/14:

| in deutscher Hand | | in polnischer Hand | |
|---|---|---|---|
| Zahl der Grundstücke | nach der Höhe der Gebäudesteuer in Mk. | Zahl der Grundstücke | nach der Höhe der Gebäudesteuer in Mk. |
| 25 678 | 1 140 461 | 18 045 | 664 744 |

Auch im Wirtschaftsleben in den Städten zeigt sich die große Überlegenheit des deutschen Bevölkerungsteiles. Im städtischen Gewerbe waren nach der letzten Berufszählung von den Großbetrieben 13 977 in deutscher Hand (57,46 Prozent) und 10 225 in polnischer Hand (42,15 Prozent); je größer der Betrieb, desto mehr in deutscher Hand. Noch deutlicher tritt die deutsche Überlegenheit in den Steuererträgnissen hervor. Es waren im Jahre 1910 in den Städten der Provinz ohne die Provinzialhauptstadt Posen:

[2]) In den Kreisen Adelnau, Ostrowo und Schildberg einschließlich der evangelischen Polen.

| | bei den Deutschen | | bei den Polen | |
|---|---|---|---|---|
| a) Einkommensteuer | Mk. 2 118 169 = 83,1 | Prozent, | Mk. 432 402 = 16,9 | Prozent |
| b) Vermögenssteuer | „ 247 638 = 83,6 | „ | „ 48 477 = 16,4 | „ |
| c) Gewerbesteuer | „ 357 127 = 75,3 | „ | „ 116 867 = 24,7 | „ |

Aus diesen Zahlen und der Grundbesitzverteilung auf dem Lande ergibt sich ohne weiteres das wirtschaftliche und kulturelle Übergewicht der Deutschen gegenüber der polnischen Bevölkerung.

Die deutsche Bevölkerung und die deutsche Kultur in der Provinz sind aber nicht Ergebnisse erst des letzten Jahrhunders, nicht der Provinz aufgepfropft. Bis ins fünfte Jahrhundert war das Land von germanischen Völkerschaften, Gothen, Burgunden und im Süden Vandalen bewohnt. Ihre Urnen, ihre Bronzeschwerter und ihre Hausgeräte gräbt man heute aus ihren Gräbern nnd stellt sie in unsere Museen. So ist es uralter germanischer Boden, auf dem die Polen sitzen. Während der Völkerwanderung nahmen slawische Stämme von dem Lande Besitz. Aber schon im zehnten Jahrhundert kehrten Deutsche in das Land zurück. Es ist das große Verdienst der katholischen Kirche, durch ihre Klostersiedelungen als erste, deutsche Kultur und deutsches Volkstum in die Provinz wieder hineingetragen zu haben. Im zehnten bis fünfzehnten und sechzehnten bis achtzehnten Jahrhundert sind tausende und abertausende von deutschen Bauern- und Handwerkerfamilien in die Provinz eingewandert. Die beiden Perioden blühender Kultur, die die Provinz in dieser Zeit durchlebt hat, verdankt sie ausschließlich der deutschen Einwanderung und der Kirche. 770 deutsche Dorfgründungen sind heute noch urkundlich aus dieser Zeit nachweisbar und fast alle 129 Städte der Provinz sind Gründungen deutscher Bürger zu deutschem Rechte. Die Mehrzahl der in früheren Jahrhunderten eingewanderten Deutschen ist freilich infolge der nationalen Unduldsamkeit der polnischen Bevölkerung polonisiert worden. Dieser Polonisierungsprozeß hat die ständige kulturelle Überlegenheit Westpolens vor den übrigen Teilen des Staates und seine Zugehörigkeit zur westeuropäischen Kulturgemeinschaft zur Folge gehabt. Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hat sich dieser Polonisierungprozeß mangels ausreichender geistlicher und Schulversorgung an unseren deutschen Katholiken wiederholt. Die Volkszählung von 1905 stellte 90 952 (7,48 Prozent) Polen mit rein deutschen Familiennamen und 40 176 (3,30 Prozent) mit polonisierten Familiennamen, zusammen 131 128 gleich 10,78 Prozent fest. Diese Angaben umfassen nicht die zahlreichen Deutschen, die bis Mitte der siebziger Jahre ihre Namen ins Polnische übertrugen oder sonst unerkennbar polonisierten.[3]) Durch diese Vermischung sind dem Posener Polentum gute deutsche Eigenschaften ins Blut übergegangen und unterscheiden es heute von der Bevölkerung Kongreßpolens und Galiziens. Der Kulturzustand des Posener Landes ist mindestens um ein halbes Jahrhundert dem Galiziens und Kongreßpolens voraus. Was in der Provinz an Gütern und Werten geistiger und wirtschaftlicher Kultur hauptsächlich geschaffen worden ist, alles was aus dem Polentum selbst geworden ist, ist deutscher Ordnung, deutschem Fleiß und deutscher Tatkraft zu danken. So ist Posen ein Land unzweifelhafter deutscher Kultur.

Hat die preußische Politik diese deutsche Kultur gewaltsam geschaffen und das Polentum unterdrückt? Die Frage ist zu verneinen. Kann es als Unterdrückung bezeichnet werden, wenn dieses angeblich unterdrückte Volk ein blühendes großes Genossenschaftswesen mit einem Betriebskapital heute von fast einer halben Milliarde Mark ins Leben rufen kann, wenn es mehr polnische Zeitungen erscheinen läßt als in Galizien, wo es selbst die Regierung in der Hand hat, oder in Kongreßpolen? Wenn es in der Lage ist, durch seine nationalen,

[3]) Ein Beispiel aus der Gerichtspraxis der achtziger Jahre: Ein katholischer Bauer Bartsch hatte einen gewissen Okóniecki angezeigt und wollte kurz darauf die Anzeige zurückziehen. Der Richter aber lehnte ab mit der Begründung, daß die Rücknahme des Strafantrages nur unter Verwandten möglich sei. Der Bauer erwiderte, daß Okóniecki sein Sohn sei, dessen deutschen Namen der Propst im Taufregister ins Polnische übertragen habe. Okón heißt der Fisch Barsch.

politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und beruflichen Organisationen ein in sich abgeschlossenes, dem deutschen Volksteile und dem Staate ablehnend gegenüberstehendes, eigenes Gemeinwesen zu schaffen? Und hat das Polentum zeitweise nicht einen großen Einfluß auf die Politik der Staatsregierung ausgeübt? Alle staatsbürgerlichen Rechte waren den Polen trotz ihrer irredentistischen Bestrebungen unverkümmert zugestanden. Niemals ist ihnen die Pflege ihrer Muttersprache in Haus und Hof, in der Öffentlichkeit wie in der Kirche verwehrt worden. In der Volksschule, die eine staatliche Einrichtung ist, konnte nur in einer Unterrichtssprache, der deutschen Staatssprache — unbeschadet des Religionsunterrichts in der Muttersprache — unterrichtet werden, um die unterrichtlichen Ziele zu erreichen, die der Volksschule gesteckt sind. Der deutschen Schule dankt auch der Pole seine Geistesbildung und seinen Fortschritt. Nur von der Ansiedlung, und auch hier nur in den Provinzen Posen und Westpreußen, war die polnische Bevölkerung ausgeschlossen. Durch die Ansiedlungspolitik ist auch das Polentum kulturell gestiegen und wohlhabend geworden. Das war eine wenn auch nicht beabsichtigte, so doch eine der Staatsregierung bewußte und von ihr niemals verhinderte Wirkung ihrer Politik.

Der polnische Landwirt hat vom Deutschen die bessere Bodenkultur erlernt; und es ist kein Zufall, daß die meisten Bezeichnungen des Handwerks in der polnischen Sprache aus dem Deutschen entlehnt sind. So war und ist noch heute der Pole stets der Nehmende und Empfangende, der Deutsche der Gebende. Der westdeutsche, nicht der polnische Steuerzahler hat die Mittel aufgebracht, um die Provinz Posen auf die Höhe der Kultur Deutschlands zu bringen: durch Kanäle, Eisenbahnen, Kunststraßen, Post, Telegraph, Telephon, Baulichkeiten, Museen, Bibliotheken, wissenschaftliche Institute, Schulen, Gymnasien und Lehrerbildungsanstalten u. s. f.

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz, so ergibt sich: Posen gehört wirtschaftlich zu Deutschland; es müßte, wenn es von seinem Mutterland abgeschnitten würde, verkümmern. Alle Wasserwege in der Provinz führen nach Westen, nicht nach Osten. Durch die Warthe ist die Provinz an den Oberlauf angeschlossen; der Bromberger Kanal verbindet durch die Brahe und Netze die Weichsel mit der Oder. Ost- und Westpreußen sind durch die Bahnlinien Kreuzburg—Posen, Oels—Gnesen und Breslau—Posen mit dem oberschlesischen Kohlen- und Erzbecken verbunden. Die wichtigsten Verkehrslinien von Ostpreußen nach Berlin und Sachsen führen über Thorn—Posen. Aber nicht bloß verkehrsgeographisch gehört die Provinz zu Deutschland. Es sei nur auf die Wechselbeziehungen zwischen dem Überschuß landwirtschaftlicher Produktion und der Aufnahme der Industrieerzeugnisse Mittel- und Westdeutschlands in der industriearmen Provinz hingewiesen.

Die Loslösung der Provinz Posen oder größerer Teile von ihr von Preußen und vom Deutschen Reiche und ihre Zuteilung zum polnischen Staate würde für die Provinz selbst und ihre gesamte Bevölkerung eine schwere Schädigung, für West- und Süddeutschland aber nicht nur dies, sondern den Hunger bedeuten. Man beachte doch folgende Zahlen:

Die gesamte Güter-Ein- und -Ausfuhr der Provinz Posen auf den Eisenbahnen — ohne die Viehtransporte — von und nach den übrigen Teilen Deutschlands betrug im letzten Friedensjahr 1913

| Versand | Empfang |
|---|---|
| 2645022 Tonnen | 5743639 Tonnen. |

Die Provinz hat also 3098617 Tonnen an Gütern mehr aufgenommen als ausgeführt. Das sind zumeist industrielle Erzeugnisse. Dazu kommt noch die Ein- und Ausfuhr auf dem Wasserwege, die statistisch leider nicht erfaßt worden ist.

Was die landwirtschaftliche Produktion der Provinz betrifft, so ergibt der Durchschnitt der Ernteerträgnisse in den letzten fünf Friedensjahren 1910—1914:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Roggen | 12 237 105 | Doppelzentner | = 14,1 | Prozent |
| Gerste | 2 839 789 | " | = 15,2 | " |
| Hafer | 4 153 674 | " | = 7,2 | " |
| Weizen | 1 784 392 | " | = 6,6 | " |
| Kartoffeln | 46 592 807 | " | = 14,0 | " |
| Zuckerrüben | 17 827 370 | " | = 16,5 | " |
| Zucker[4]) | 3 356 391 | " | = 14,4 | " |

} der Durchschnittsernte in Preußen

Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus der Provinz nach den übrigen Teilen des Deutschen Reiches betrug im Eisenbahn-Güterverkehr des Jahres 1913:

| | | |
|---|---|---|
| Roggen | 1 358 420 | Doppelzentner |
| Gerste und Malz | 1 159 090 | " |
| Hafer | 924 630 | " |
| Weizen | 390 410 | " |
| Hirse, Buchweizen und Hülsenfrüchte | 74 050 | " |
| Mehl und Mühlenfabrikate | 1 227 950 | " |
| Kartoffeln | 2 410 380 | " |
| Futtermittel (Kleie und div. Kuchen) | 2 184 240 | " |
| Sämereien | 142 320 | " |
| Zucker (roh und raffiniert) | 1 059 490 | " |

Die Kartoffelernte 1917 betrug 68245328 Zentner. Von der Ernte 1918 ist der Provinz die Lieferung von 26000000 Zentnern auferlegt gleich ein Fünftel der gesamten Lieferung Preußens und ein Sechstel der gesamten Lieferung des Reiches. An Saatkartoffeln wurden außerdem bereits 3,3 bis 3,4 Millionen Zentner ausgeführt. 8 bis 9 000 000 Zentner Kartoffeln sollen in der Provinz zu Spiritus für technische Zwecke verarbeitet, 2½ Millionen Zentner in der Provinz getrocknet werden, die meist nach dem Westen gehen werden.

Die Branntweinproduktion der Provinz beträgt mehr als den sechsten Teil (18,9 Prozent) der Gesamtproduktion Preußens. Sie belief sich im Durchschnitt der Jahre 1910—1914 auf 570 601 Hektoliter von einer Gesamtproduktion von 3 009 233 Hektoliter.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Zuckerproduktion. Die Provinz Posen produziert — wie oben nachgewiesen — 3 356 391 Doppelzentner, das ist 14,4 Prozent der gesamten Zuckerproduktion Preußens oder der 8,6 Teil (11,4 Prozent) der Zuckerproduktion des Reiches. Die Zuckerproduktion Posens steht an dritter Stelle; die der anderen Bundesstaaten zusammen beträgt nur 5 659 958 Doppelzentner.

Was die Viehproduktion betrifft, so waren nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 in der Provinz Posen vorhanden:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Pferde | 301 379 | = 9,6 | Prozent | des | Gesamtbestandes | in | Preußen |
| Rindvieh | 938 881 | = 7,7 | " | " | " | " | " |
| Schafe | 247 361 | = 6,4 | " | " | " | " | " |
| Schweine | 1 315 040 | = 7,3 | " | " | " | " | " |
| Geflügel[5]) | 3 309 405 | = 7,1 | " | " | " | " | " |

Die Verteilung der Hauptviehgattungen auf die Bevölkerung berechnet ergibt folgendes Bild. Es entfielen im Jahre 1912 auf je 1000 Einwohner:

| | In der Provinz Posen: | Im preußischen Staate: |
|---|---|---|
| Pferde | 142,09 | 79,50 |
| Rinder | 434,07 | 295,43 |
| Schafe | 134,33 | 102,38 |
| Schweine | 530,80 | 386,80 |
| Geflügel | 1797,34 | 1277,63 |

Demgemäß konnte die Provinz beträchtliche Viehmengen an das Reich abgeben. So wurden 1913 nach dem Westen ausgeführt: 31 236 Pferde, 173841 Stück Rindvieh, 71535 Schafe, 857735 Schweine, 1281398 Stück Ge-

[4]) Im Durchschnitt der Jahre 1912—1915.
[5]) Nach der Viehzählung vom 2. Dezember 1907.

flügel und 49640 Zentner Fleisch und Speck. Trotz des durch den Krieg stark verminderten Viehbestandes hat die Provinz durch den Viehhandelsverband in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis 1. Oktober 1918 noch 352976 Stück Rindvieh und 300967 Schweine abgeliefert.

Nach der Statistik der Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen wurden aus der Provinz Posen 1913 10344430 Doppelzentner Lebensmittel aller Art (ohne Trinkbranntwein, Essig, Stärkemehl und Stärkezucker) ausgeführt. Dazu treten die Ausfuhr auf dem Wasserwege und die oben bereits aufgeführten Viehtransporte. An Likören werden schätzungsweise jährlich 800000 bis 1000000 Liter aus der Provinz ausgeführt.

Besondere Beachtung verdient die Saatgutzucht in der Provinz Posen. Süd- und Westdeutschland bezieht heute ihre Saatkartoffeln aus der Provinz Posen. Der schlechte Ausfall der Kartoffelernte in Westdeutschland im Jahre 1916 ist darauf zurückzuführen, daß infolge Wagenmangels nicht genug Saatkartoffeln aus Posen geliefert werden konnten. Das beweist, daß auch die Kartoffelernte im Reiche wesentlich von der Provinz Posen abhängt. Von der Ernte 1918 sind bisher 3,3—3,4 Millionen Zentner an Saatkartoffeln nach dem Westen ausgeführt worden, davon 995590 Zentner Qualitätssaatgut des Saatbauvereins. Ähnlich liegt es bei dem Getreidesaatbau. Das Klima Posens begünstigt die Saatzucht besser als andere Provinzen. 1918 hat der Saatbauverein bis Oktober nicht weniger als 159528 Zentner Saatgut von Getreide und Hülsenfrüchten zur Ausfuhr nach dem Westen gebracht.

So ergibt sich, daß die Provinz Posen für die Ernährung des deutschen Volkes unentbehrlich ist.

Die Zuteilung der Provinz Posen zum polnischen Staate hätte zur Folge, daß der polnische Staat seine Grenzen bis 25 Meilen vor die Tore Berlins vorschieben würde. Die strategische Grenze wäre dann die Oder, 12 Meilen von Berlin entfernt. Preußen wäre mit dem gleichzeitigen Verluste West- und Ostpreußens zertrümmert und bis hinter das Jahr 1772 in der Geschichte zurückgeworfen.

* * *

Die Loslösung der Provinz Posen von Preußen und ihre Zuteilung zu Polen hätte für die Bevölkerung der Provinz, Deutsche wie Polen, wirtschaftlich die gleichen bösen Folgen. Politisch und national würde sie den allmählichen Untergang der deutschen Bevölkerung bedeuten. Dies würde besonders hart die Ansiedler treffen, die Preußen zum Schutze und zur Förderung des Deutschtums in die Provinz gerufen hat, sofern sie nicht freiwillig oder gezwungen Haus und Hof verlassen. Es bedarf keines Beweises, daß der kleine kulturell höher stehende Landesteil binnen kurzem auf den allgemeinen Stand des ganzen Staates herabgedrückt werden würde. Der polnische Staat muß auf allen Gebieten erst aufgebaut werden. Dieser Aufbau wird naturgemäß in Kongreßpolen und Galizien einsetzen. Posen würde der Steuerzahler für diesen Aufbau sein, ohne daß für die Provinz selbst etwas geschehen würde. Verkehrswege aus der Provinz Posen nach Polen sind zurzeit nur der eine über Skalmierschütz vorhanden. Die Prosna und weiter nördlich die Seenkette, die sich bis in die Gegend von Thorn hinzieht, trennen Posen von Polen ab. So wird Posen auch stets ein Außenschlag von Polen sein und als solcher vernachlässigt werden und wirtschaftlich zurückbleiben. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Polen durch die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland, insbesondere von Deutschland, durchzumachen haben wird, würde die Provinz Posen besonders schwer treffen. Polen ist ein Gebiet vorwiegend landwirtschaftlicher Produktion. Alles was zur Hebung der Bodenkultur dient, würde zunächst dem auf niedrigster Kulturstufe stehenden Osten zugute kommen. So werden Düngemittel und landwirtschaftliche Maschinen für die Provinz nur in geringem Maße zu haben sein. Ordnung und Rechtspflege würden infolge des Mangels an geschulten und gebildeten Beamten bald der

Unsicherheit und persönlichen Selbsthilfe weichen müssen. Das auf so hoher Stufe stehende deutsche Schulwesen würde bei dem Mangel an Lehrerbildungsanstalten bald verkümmern. Die Steuerlasten würden zweifellos höher sein als in Deutschland. Der polnische Staat ist arm und hat nur beträchtliche Schulden. Die Aufstellung eines Heeres, die ganze Verwaltung des Landes, die Ablösung der Preußen und dem Reiche in der Provinz gehörenden Anstalten, Grundbesitz, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Renten usw., die auf mindestens 50 Milliarden zu veranschlagen sind, würden eine gewaltige Belastung der Bevölkerung bedeuten. Der Arbeiter würde seine wohlverdienten Alters- und Invaliditätsrenten verlieren, der Kriegsbeschädigte seine Kriegsrente. Dazu kommt die große Gefahr, die der Bolschewismus für alle bedeutet, der in Polen schon längst Eingang gefunden hat, die Not, die dem Posener Arbeiter durch den östlichen Arbeiter als Lohndrücker und die Konkurrenz, die dem Gewerbetreibenden durch den östlichen Geschäftsmann überhaupt droht. Das Herabdrücken des allgemeinen Kulturzustandes wird aber auch ein Sinken aller Boden- und Grundstückspreise in Stadt und Land zur Folge haben und damit eine Gefährdung der Hypotheken, die meist deutschen Geldgebern gehören und deshalb gekündigt werden. So würde die Provinz einer Verarmung und ihre blühende deutsche Kultur dem Untergang entgegengehen. Die fast $1\frac{1}{2}$ Jahrhunderte alte deutsche Kulturarbeit des preußischen Staates wäre umsonst gewesen.

Fassen wir unsere Ausführungen rückblickend zusammen, so ist ihr Ergebnis:

Die Provinz Posen ist kein Land polnischer, sondern ein Land alter deutscher Kultur und Sitte. Es gibt keine rein polnischen Gebiete in der Provinz; eine Scheidung zwischen deutschem und polnischem Sprachgebiet ist unmöglich. Posen gehört wirtschaftlich und strategisch zu Deutschland, und ist mit ihm aufs engste verbunden. Es ist die Vorratskammer des Deutschen Reiches. Ohne die Provinz Posen muß das deutsche Volk Hunger leiden und entbehren. Die Loslösung der Provinz von Deutschland und ihre Zuteilung zu Polen würde schon aus diesem Grunde die östliche Frage nicht lösen, sondern eine dauernde Beunruhigung des Friedens bedeuten.

# Die Lage in Elsaß-Lothringen

Von Hadubert

Etwa vor vierzehn Tagen ist in Elsaß-Lothringen endlich die Vorzensur der Zeitungen gefallen. Seit Ausbruch des Krieges konnte in dortigen Blättern kein Wort geschrieben werden, das nicht im voraus die Billigung der Militärbehörden gefunden hätte. Die Vereine waren geschlossen, Versammlungen jeder Art außerordentlich erschwert, das Briefgeheimnis aufgehoben. Mit einem Wort: das politische Leben des Landes war durch unser Militärregiment künstlich in eine Wüste verwandelt worden. Rücksichten auf die Kriegführung schienen das zu gebieten, auf ein lebendiges Wachstum elsaß-lothringischer politischer Wünsche und Meinungen glaubte man verzichten zu können. Nun dürfen wir aber auch nicht erwarten, daß in der selbstgeschaffenen Einöde über Nacht die Blüten der Anhänglichkeit und des Zusammengehörigkeitsgefühles in schwerer Stunde gesprossen sein sollen. Nachdem wir selber Elsaß-Lothringen daran gewöhnt haben, lediglich Objekt der deutschen Politik, Spielball der Berliner Besserwisserei zu sein, nachdem wir erst jüngst noch dem Lande das Schauspiel geboten haben, wie ein Aufteilungsplan während des Krieges den anderen jagte, wobei nicht Wunsch und Bedürfnis der Bevölkerung und des Landes, sondern

bayrisch-preußische Rivalität das entscheidende Wort sprach, dürfen wir uns wahrhaftig nicht wundern, wenn sich das also erzogene Land jetzt scheinbar willenlos der internationalen Entscheidung unterwirft, wie das der gestern noch so überaus loyale Herr Ricklin in seiner famosen Reichstagserklärung verkündete. Nostra culpa, nostra maxima culpa. Wir ernten jetzt, was wir in jahrzehntelanger Verblendung gesät haben.

Welch eigentümliche Tragik! Dieser Krieg ist, was den deutsch-französischen Waffengang anlangt, ein Streit um Elsaß-Lothringen. Durch Opferung dieses Symboles der 1871 schwer errungenen Reichseinheit hätte ein Konflikt mit Frankreich vermieden oder jederzeit beendigt werden können. Über vier Jahre ist deutsches Blut in Strömen um ein deutsches Elsaß geflossen, nicht aus Eigensinn des Besitzenden heraus, der keinen Machttitel opfern will, sondern aus einem tiefen und gut gegründeten Gefühl des Rechtes auf dieses in Volkskultur und Volkssprache ganz überwiegend deutsche Land. Aus diesem elementaren Gefühl heraus haben deutsche Staatsmänner bis an die Schwelle der letzten Monate heran — entgegen vielleicht den Geboten politischer Klugheit — die elsaß-lothringische Frage als eine rein innerdeutsche bezeichnet und behandelt. Sie gaben damit die Unabgeschlossenheit der bisherigen Lösungsversuche zu, sie erkannten an, daß uns das Reichsland bisher wahrhaftig kein sicherer und dankbarer Gewinn, sondern eine sehr undankbare und drückende Aufgabe gewesen ist. Aber wir empfanden gerade diese Aufgabe als eine, die von der Geschichte an uns, eigens und nur an uns gestellt und nur in Zeiten staatlicher Ohnmacht und Schwäche dem deutschen Volke entglitten sei. Diesen Symbolcharakter wird Elsaß-Lothringen auch in Zukunft nicht verlieren. Und das Bewußtsein des Anrechts, das wir auf Elsaß-Lothringen als Aufgabe haben, kann uns auch kein internationales Ereignis wie der kommende Gewaltfriede rauben.

Wäre der Präsident Wilson, der neue arbiter mundi, tiefer in europäische Verhältnisse eingeweiht, so würde er einsehen, daß eine erzwungene Lösung glatt zugunsten der französischen Revancheansprüche, diese groteske Verbeugung des freien Amerika vor dem Schatten des absoluten Louis-Quatorze, uns so wenig als endgültig erscheinen kann, wie unsere gegenwärtige Ermattung nach einem beispiellosen Existenzkampf für uns etwas Endgültiges bedeutet. Aber wie sollte Wilson das einsehen, wenn der deutsche Volksstamm selber, dem all diese nutzlosen Opfer gegolten haben, der selber an unserer Seite unendliche Opfer gebracht hat, uns heute in seiner überwiegenden Mehrheit kühl, wenn nicht gehässig gegenübersteht und in Trotz und Verstockung das Trennende augenblicklich so stark, das Verbindende so unendlich viel schwächer empfindet? Der Elsässer und der Lothringer, sie haben gewiß viel Anlaß, über Mißverstehen ihrer wahren Bedürfnisse, über schwere Behandlungsfehler von deutscher Seite zu klagen. Sie wissen aber auch ganz genau, wieviel echte und tiefe Liebe zu Land und Leuten ihrer Heimat, wieviel opferwilliger deutscher Idealismus an der Eingliederung der Westmark in den Reichsorganismus gearbeitet, welchen Aufschwung das Land unter deutscher Herrschaft namentlich in wirtschaftlicher Beziehung genommen hat. Wenn sie über verwaltungstechnisches und politisches Ungeschick Beschwerde führen, wenn deutsche Selbstkritik — eine Eigenschaft, an der der Deutsche eher Überfluß als Mangel hat — ihnen diese Mißgriffe von unserer Seite sogar willig zugibt, dann wollen auch wir heute offen aussprechen: diese ewig unzufriedenen Grenzstämme, die einer tiefgewurzelten Anlage folgend in jeder Suppe zunächst einmal nach dem Haar suchen, die in Frankreich deutsche, in Deutschland französische Opposition großenteils aus reiner Freude am Widerspruch getrieben haben: sie haben wenig Verständnis für die Schwierigkeit unserer Aufgabe, noch weniger Dankbarkeit für unsere Leistungen im Interesse des Landes von den entsagenden Mühen unserer Beamtenschaft bis zu den unerhörten Blutopfern auf den Vogesenkämmen und jenseits der lothringischen Grenze gezeigt. Es ist bitter, heute feststellen zu müssen: deutsche Truppen aller Stämme haben den elsässischen Bruderstamm über vier Jahre vor der Überflutung durch namenlose Kriegsgreuel bewahrt und — das deutsche Volk hat dafür wenig Dank bei den

glücklich Bewahrten gefunden. Und die Art, wie die Herren Ricklin und Haegy uns im Reichstag in einer Stunde der Not den „Eselstritt" versetzt haben, mit dem sie vielleicht nicht ihre bourgeoisen Standesallüren, wohl aber ihr unverleugbares Volkstum, die dunkel rauschenden Ströme ihres deutschen Blutes verraten haben, diese unvornehme Art ist uns bei Elsässern zwar nicht weniger verächtlich als bei Polen, Ungarn und all den anderen Völkerschaften, für deren nationale Ansprüche wir namenlose Opfer an Gut und Blut gebracht haben. Sie ist uns hier aber unendlich viel schmerzlicher und beschämender, weil wir nach wie vor die nationale Solidarität mit jenen Elsässern behaupten und fortempfinden, die sie, um sich Brücken nach drüben zu bauen, mit gar so plötzlich erwachtem Stolz und Mannesmut verleugnen.

Wahrhaftig nicht dieser famosen Helden, die den schwer verwundeten Löwen bespeien, nicht jener epigonenhaften, unfähigen Bourgeoisie, deren Stimmungen sie widerspiegeln, nicht all dieser Lauen und Halben wegen schmerzt uns der Gedanke, dieses urtümlich deutsche Land in eine Zukunft hineingleiten zu sehen, in der nicht mehr das deutsche Wort den Ausschlag geben würde. Nicht die Menschen sowohl, die heute darin wohnen: wie im Baltikum, so ist es auch im Elsaß das Land selber, das in seiner Landschaft und in seinen lebendig gewachsenen Werken in dieser Landschaft sich hell und laut als deutsch bekennt. Man muß in den Vogesen gewandert sein und vom Hohrupf auf das alte Kloster Murbach herabgeblickt haben, das im reichsherrlichen Mittelalter seine Herrschaft bis nach Luzern erstreckte; man muß den Blick von den Drei Ähren bei Colmar oder von den Drei Exen, von der Hohkönigsburg oder von den Rappolsteiner Schlössern in die weite fruchtbare Ebene hinaus gesandt haben mit ihren sauberen Fachwerkdörfern, mit ihren Städten voll Kirchen, Rathäusern, Brunnen zwischen Mauer, Tor und Turm; man muß in Hagenau und Egisheim den Spuren alten reichsstädtischen Glanzes nachgegangen sein, in Colmar erschüttert vor Grünewalds Isenheimer Altar gestanden, aus Straßburger gotischen Gassen das ewige Wunderwerk Erwin von Steinbachs haben aufragen sehen: dann nur weiß man — nicht mit dem nüchternen Verstand, sondern mit der feinsten und sichersten Witterung der Seele —, daß hier ein Land preisgegeben werden soll, das deutsch ist und bleibt kraft den Mächten, die aus seiner Erde steigen, wenn hundertmal ein paar Bourgeois mit echten allemannischen Bauernschädeln das Französisch-parlieren für vornehmer halten als ihre angestammte elsässische Muttersprache.

Daß diese Schicht zu Frankreich will, mit dem sie durch die Bande ihrer unorganisch aufgepfropften Kultur, durch mannigfache Familienbeziehungen, durch den gemeinsamen inneren Widerstand gegen das neudeutsche Arbeits- und Lebenstempo verknüpft ist: das nimmt nicht weiter wunder. Bliebe das Elsaß beim Reiche, so würde die Entwicklung des Landes schnell über diese Schicht hinwegschreiten und dann schnell den Weg zu einer entschlossenen Einfügung in das Deutschtum finden.[1]) Andernfalls wird dieser innerlich morsche und überlebte Stand durch den starken Rückhalt an Frankreich möglicherweise noch die Kraft finden, weitere Schichten des elsässischen Volkes in die seelische Verwirrung seiner „Doppelkultur" zu verstricken. Nicht sowohl die Bourgeoisie geht uns bei einer Abtrennung Elsaß-Lothringens verloren — nur ein verschwindender Teil dieser Schicht hat uns seelisch je wirklich gehört —, sondern jene aufkommenden Schichten, deren wir sicher sein konnten, würden nunmehr dem Deutschtum und damit ihrer bisher unveräußerten angestammten Sonderart entfremdet werden. Ihrem Volkstum droht dieselbe Verkümmerung, wie sie die Vlamen in Belgien im Herrschaftsbereich von Liberté, Egalité und Fraternité erfahren haben. Hier aber setzen bereits die Aufgaben der Zukunft ein. Auch die Vlamen werden uns hinfort nicht Hekuba sein, wie sie es uns bis zum Ausbruch des Weltkrieges waren. Müssen wir aber auf Elsaß-Lothringen verzichten, so verzichten wir

[1]) Vgl. meinen Aufsatz Jung-Elsaß und die deutsche Kultur. Grenzboten 1917 Nr. 42.

damit nimmermehr auf das Recht, für unser bedrohtes Volkstum jenseits des Rheines mit allen uns jeweils zur Verfügung stehenden Kräften — sie werden nicht immer so geschwächt sein wie heute — mit größter Entschiedenheit einzutreten. Schon heute muß — am besten von der Tribüne des Reichstages — laut und vernehmlich die neuerliche Erklärung des Reichskanzlers bekräftigt werden: „Das deutsche Volk", — so sollen seine berufenen Sprecher erklären — „wird, so gebeugt es heute ist, nach Maßgabe seiner irgend verfügbaren Kräfte in Zukunft ein Anwalt deutschen Volkstumes in der ganzen Welt sein und bleiben. Allen Elsässern und Lothringern zumal, die durch die Neuordnung der Dinge innerlich oder äußerlich gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen und über den Rhein zu wandern, wird Deutschland freudige und dankbare Aufnahme gewähren, wie Frankreich es nach 1871 tat. Es wird auf der Friedenskonferenz und namentlich späterhin im Völkerbund dauernd für die Rechte des Deutschtums jenseits der Reichsgrenzen eintreten. Alle diejenigen also, in Elsaß-Lothringen oder wo es auch sei, die sich die Grundvoraussetzungen für die Erhaltung ihres deutschen Volkstums heute zu erkämpfen suchen, dürfen beim Deutschen Reich allen Rückhalt erwarten, über den es irgend verfügt."

Eine offizielle deutsche Kundgebung, wie sie hier gefordert wird, ist für die Entwicklung der elsaß-lothringischen Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Alle die Kreise im Reichsland, die heute noch in zwölfter Stunde eine selbständige Politik auf Grund des von der Entente feierlich proklamierten Selbstbestimmngsrechtes der Völker, sei es zugunsten der Reichszugehörigkeit, sei es auch nur in der Richtung auf den partikular-elsässischen Selbsterhaltungsgedanken einleiten wollen, stehen vor der schicksalsschweren Frage, was aus ihnen und ihrer Familie werden soll, wenn sie sich politisch kompromittieren und etwa vor dem übermächtigen französischen Einfluß das Land verlassen müssen. Wie mir zuverlässig bekannt ist, hält lediglich diese lähmende Ungewißheit breite Kreise des Landes davon ab, sich energisch gegen eine Einverleibung in Frankreich auszusprechen. Bei einer Volksabstimmung etwa ist bei der gegenwärtigen Stimmung auf Grund des Kriegselends und der vierjährigen Militärdiktatur ein sehr erheblicher Stimmausfall für Verbleiben im Reichsverband schwerlich zu erhoffen. Dagegen ist zahlenmmäßig der Kreis derer, die unbedingt für Angliederung an Frankreich sind, nicht eben groß. Der ausgeprägte Partikularismus des Elsässers hat während des Krieges noch eine wesentliche Steigerung erfahren. In der Tat sind es mancherlei zugkräftige Argumente, die dem Elsässer heute eine Staatsform des neutralen Puffers etwa nach luxemburgischem Muster als recht verlockend erscheinen lassen. Gegen den Anschluß an Frankreich war vor dem Krieg die ganze Industrie, der die Vereinigung mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet einen großen Aufschwung gebracht hat.[2]) Heute mag etwa die oberelsässische Textilindustrie von den Westmächten Erleichterungen im Rohstoffbezug und infolge der Vernichtung der nordfranzösischen Textilindustrie gute Aussichten in Frankreich erwarten. Doch handelt es sich auch dabei nur um vorübergehende Vorteile. Die ganze Winzerbevölkerung hat das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Zollgrenze nach Westen. Den Wettbewerb mit dem französischen Weinbau könnte sie nicht aushalten. Ein nicht zu unterschätzendes Moment ist die Militärfrage. Die Aussicht, nicht mehr dienen zu brauchen, hat bei der gegenwärtigen Militärmüdigkeit für die Massen der Bevölkerung viel Verlockendes. Namentlich bei der unterelsässischen Landbevölkerung ist zudem das deutsche Nationalgefühl immerhin so weit ausgeprägt, daß ein entschiedener Widerspruch gegen eine Verwelschung zu erwarten ist. So stehen alles in allem die Aktien des Neutralitätsgedankens etwa für das Elsaß und Deutsch-Lothringen recht günstig, wenn es überhaupt zu einem Referendum gebracht werden kann und soll.

---

2) Vgl. Freundt, Elsaß-Lothringen im deutschen Industriestaat. Grenzboten Nr. 45.

Einer der Haupteinwände ist in altelsässischen Kreisen die Altdeutschenfrage. Die Unbeliebtheit des „Schwob", des eingewanderten Altdeutschen, hat sich durch die Kriegsjahre für das elsässische Gefühl bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Die Ausstoßung dieses völkischen Fremdkörpers ist unbekümmert um die wirtschaftliche Schädigung des Landes heute rein gefühlsmäßig für die eingeborene Bevölkerung die beherrschende Sorge. Sie befürchtet aber, daß bei einer Neutralisierung alles beim alten und die ganze Einwandererschicht im Lande bleiben könnte. Durch ein freiwilliges und planmäßiges Zurückziehen der altdeutschen Beamtenschaft, deren Unterbringung und Sicherstellung überhaupt eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes ist und rechtzeitig mit Umsicht in die Hand genommen werden sollte, könnten wir dem Neutralitätsgedanken entschiedenen Vorschub leisten. Einstweilen merkt man im Reichsland von einer zielbewußten deutschen Politik über die nächsten drei Schritte hinaus natürlich nichts. Mit großem Geschick streut dagegen der Franzose seine Gerüchte aus und bläst mit bestem Erfolg die Rattenfängerflöte. Man weiß im Elsaß ganz genau, daß in Belfort bereits Lebensmittel lagern, um sofort ins Land geworfen zu werden. Der liebe Pöbel glaubt sogar daran, daß jedem Elsässer von den Franzosen 100 Liter Wein als Morgengabe beim Einmarsch dediziert werden sollen. Den Klerus, die entscheidende Macht, sucht Frankreich zu gewinnen, indem es auf Trennung von Kirche und Staat vorerst verzichten will. Auch Erleichterung der Kriegssteuern wird in Aussicht gestellt. Die Personalfragen gelten schon als ganz erledigt. Der ehemalige Berliner Botschafter Cambon soll zum Ministerresidenten ausersehen sein. Auch für andere Posten werden Namen, zum Teil bekannter Altelsässer, genannt. Man weiß ferner, daß in Frankreich zwei Richtungen einander gegenüberstehen, eine schärfere, die bezeichnenderweise durch Wetterlé und Blumenthal vertreten ist und die sich für eine radikale Aufteilung in Departements und glatte Einverleibung in Frankreich einsetzt, und eine mildere, die dem Lande weitgehende Autonomie innerhalb Frankreichs gewähren will. Der letztere Standpunkt soll gegenwärtig die Oberhand haben.

So schwirrt es im Lande von Gerüchten, mit denen geschickt für die französische Orientierung geworben wird. Die rührige franzosenfreundliche Clique der Bourgeoisie rüstet sich fieberhaft auf den Empfang der Besatzungstruppen. Alles näht dort Trikoloren und Elsässer Trachten, in denen die Ehrenjungfrauen den Poilus entgegenziehen wollen. Den sehr zahlreichen Gegnern dieser französischen Orientierung sind dagegen die Hände gebunden. Die deutsche Zensur erlaubt ja nicht einmal das offene Eintreten für die Neutralität. Und niemand weiß, ob ihm jenseits des Rheines ein Asyl offen steht, wenn er mit einer antifranzösischen Politik in seiner Heimat gescheitert sein sollte.

Wenn diese Zeilen an die Öffentlichkeit kommen, dürfte es bereits entschieden sein, ob französische oder neutrale Truppen das Land bis zur endgültigen Entscheidung seines Schicksals besetzen werden. Sollten die Franzosen einrücken, so ist damit jede Agitation auch nur für den Neutralitätsgedanken innerhalb des Landes selber erstickt. Und es kann von uns nur den Anhängern der deutschen Orientierung eine Agitation von außerhalb, den Verfechtern des Neutralitätsgedankens insbesondere eine Propaganda im neutralen Auslande ermöglicht werden. Daß diese Stimmen der Gegner der Französierung, die breite Volksmassen hinter sich haben, auch dann recht laut zu Worte kommen, wenn heute wenig Aussicht auf Verwirklichung ihrer Ideen bestehen sollte, daran hat Deutschland ein vitales Interesse. Die gewaltsame Einverleibung Elsaß-Lothringens in Frankreich ist eine Lösung der elsaß-lothringischen Frage, der wir uns vielleicht notgedrungen fügen müßten, die wir aber nie und nimmer als endgültig ansehen könnten. Und es ist daher sehr wünschenswert, daß es dem Präsidenten Wilson durch Elsässer und Lothringer selber recht unverblümt zum Bewußtsein gebracht wird, daß er durch Billigung einer solchen Lösung diesen Konfliktstoff Europas und damit der Welt nicht beseitigt. Der junge Völkerbund wird alsdann die elsaß-lothringische Frage niemals von seiner Tagesordnung verschwinden sehen. Und die historisch belegbare Tatsache, daß Frankreich zwar

unter dem Beifall elsässischer und lothringischer Bürgermädchen, aber gegen den Protest ernster und besonnener elsässischer und lothringischer Männer namentlich vom platten Lande sich diese Gebiete zum zweiten Male gewaltsam einverleibt hat, könnte uns als Plattform für spätere Einsprüche sehr nützlich, ja geradezu unentbehrlich sein. Wenn die Schuld unserer Regierung an der elsaß-lothringischen Katastrophe untersucht werden wird, wird auch festgestellt werden müssen, ob nicht eine rechtzeitige freiwillige Lockerung der Beziehungen Elsaß-Lothringens zum Reich günstigere Aussichten für den Friedenskongreß geschaffen, ob damit nicht zumal die verhängnisvolle Besetzung durch französische Truppen überhaupt aus der Erörterung hätte ausgeschaltet werden können. Möge der Historiker, der einstmals in diesem trüben Kapitel deutscher Geschichte blättern wird, doch das eine anerkennen können, daß in letzter Stunde wenigstens unsere leitenden Stellen von der kurzsichtigen Vogelstraußpolitik im Reichsland abgelassen und damit der antifranzösischen Orientierung dort im Lande nicht auch noch selber die letzten kümmerlichen Trümpfe aus der Hand geschlagen haben.

# Am Abgrund?

Von Georg Cleinow

Der Ideologe Max von Baden legte die Geschäfte des Reichskanzlers in die Hände des Staatsmannes Ebert, nachdem er zuvor den Kaiser zur Abdankung gezwungen und die Wege für die Umwandlung Deutschlands in eine Republik geebnet hatte. Max von Baden ist zunächst erledigt. Seine politische Laufbahn als Sprachrohr und Kulisse war wenig ruhmvoll, und doch ist es sein Name, an den sich bei den süddeutschen Liberalen ein neuer Kaisertraum knüpft. Ob er bewußt oder unbewußt seinen Weg gegangen ist, bleibt einstweilen unerörtert, ist politisch auch völlig gegenstandslos, — eher schon Gegenstand eines nachdenklichen Romans. Wir können uns lediglich mit den handelnden Männern auf der offenen Bühne beschäftigen.

Die Lage Deutschlands mag gewissen Theoretikern heute klarer und aussichtsreicher erscheinen, wie vor acht Tagen, als wir uns noch auf des Kaisers Weigerung abzudanken, stützen konnten. Der Praktiker der Politik wird mit um so größeren Sorgen feststellen, daß die Zukunft Deutschlands noch unübersichtlicher geworden ist, wie sie vordem war, ausgenommen natürlich für die Männer der Sozialdemokratie, die den Zeitpunkt für gekommen hielten, offen hervorzutreten und das Staatsruder an sich zu reißen. Sie sind von dem gleichen uferlosen Optimismus beseelt, wie die deutschen Diplomaten, die für den ersten Schritt zu Wilson verantwortlich sind und die auch geglaubt hatten, es genüge, sich an Wilson zu wenden, um diesen „Idealisten“ zur Gerechtigkeit dem deutschen Volke gegenüber zu vermögen. Herr Ebert, der neue Reichskanzler will Frieden schließen und die politischen Errungenschaften der letzten Wochen befestigen. Dies ist sein Programm! Und für dies nüchterne Programm, das mit unverdrossener, langwieriger Arbeit rechnet, wäre in der Tat der Weg frei, wenn nicht die Unabhängigen Forderungen gestellt hätten, die keine, das Wohl des Volkes unbefangen erfassende Regierung annehmen durfte. Nun ist es dennoch geschehen! Um die Einigkeit des Sozialismus in Deutschland herbeizuführen oder wenigstens nach außen zu demonstrieren, ist ein Vertrag zwischen den beiden Richtungen abgeschlossen worden, der in seinem Kompromißgeist viel mehr an eine nationalliberale, als an eine sozialdemokratische Kundgebung erinnert. In dem neuen Vertragsverhältnis ist alles unbestimmt bis auf das, was verneint wird. Aus dem Vertrage spricht eine be-

dauerliche und zugleich bedrohliche Furcht vor der Reaktion aus dem Bürgertum. Was anderes vermag ich in der Verschiebung der konstituierenden Versammlung auf unbestimmte Zeit nicht zu erkennen. Der Ersatz der Nationalversammlung durch eine demnächst zu berufende Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, in der doch die in der Regierung nicht vertretene Spartakusgruppe herrscht, waren dem russischen Beispiel nachgebildet. Trotz allen Vertrauens in den nüchternen Sinn des deutschen Volkes können wir doch mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, wohin der Weg, dieser russische Weg führen muß. **Das deutsche Volk steht nur noch einen halben Schritt von dem Abgrunde entfernt, in den es seine Feinde stoßen möchten — — —!**

* * *

Nachdem die internationale Demokratie hüben und drüben die Person Kaiser Wilhelms und seines Sohnes als Friedenshindernis in der ganzen Welt gebrandmarkt haben, muß es sich nun zeigen, ob die Volksregierung allein durch ihr Erscheinen auf der Bildfläche befähigt sein wird, einen Frieden zu erzwingen, wie ihn das deutsche Volk auch wirklich ertragen kann. Der „Vorwärts" läßt sich aus London über die Schweiz berichten, „daß bei den englischen Kriegstreibern ernste Befürchtungen wegen der Rückwirkung der Demokratisierung Deutschlands auf die englische Arbeiterschaft bestehen", während in Dortmund verbreitete Flugblätter melden, daß „unsere Vorpostenboote sich mit den englischen vereinigt" hätten. Auf den englischen Booten sollen die gleichen Zustände, wie auf den deutschen herrschen, und in der französischen Flotte soll die Lage eine ähnliche sein. Durch die Bedeutung, die die neue Regierung solchen und ähnlichen Nachrichten beimißt, begibt sie sich auf den Weg der gleichen Illusionen und der gleichen Über- oder Unterschätzung der Gegner, denen alle unsere Regierungen seit Kriegsbeginn erlegen schienen, indem sie den moralischen Zusammenbruch der gegnerischen inneren Front immer und immer wieder verkündeten. Hoffen wir im Interesse des Landes, daß die republikanische Regierung besser unterrichtet ist, wie die monarchischen Regierungen es waren.

Ein Hinübergreifen der deutschen Revolution nach England würde tatsächlich eine ganz neue weltpolitische Lage schaffen, — vielleicht gar eine solche, die viele innerpolitische Gegner der letzten Linksverschiebung auszusöhnen geeignet wäre. Doch — wir wollen uns keinen Illusionen hingeben: wahrscheinlich werden die englischen und französischen Sozialisten, nachdem sie nun unter bürgerlicher Führung Herren des ganzen linken Rheinufers mit seinen Bodenschätzen und sonstigen Reichtümern geworden sind, in ihrer großen Mehrzahl nur solchen Frieden gutheißen, der das Deutschtum niederzuhalten geeignet ist, besonders jene unter ihnen, die im zerstampften Nordfrankreich zu Haus sind. Ihre Rachegefühle gegenüber dem angeblichen Schuldigen an all dem Unglück werden ohne Grenzen und Maß sein. Daß nach dem Friedensschluß unsere westlichen Nachbarn von der sozialen Revolution heimgesucht werden, und daß dann der Unmut der Massen mit ihren heutigen großkapitalistischen Führern und ihrem politischen Wirken bis zu einem gewissen Grade aufräumen, mag bei vielen Hoffnungen wecken, etwa auch die auf eine Revision des uns zugedachten Unterwerfungsfriedens und auf die Schaffung einer politischen Grundlage für das Völkerbundsgebäude ohne begrenzte Staatenruinen darin.

Die am 10. November veröffentlichten Waffenstillstandsbedingungen mit ihrer unverhüllt zum Ausdruck gebrachten Absicht, das deutsche Volk zu erwürgen und dem Hunger preiszugeben, sind indessen nicht geeignet, uns solche Zukunftsmöglichkeiten wahrscheinlich zu machen. Treten sie dennoch ein, so wird es vor allen Dingen von den Zuständen in deutschen Landen abhängen, ob wir aus ihnen werden Nutzen ziehen können. Wie aber der Zustand, in den wir scheinbar unwiderruflich hineingleiten sollen, auch nur zu den bescheidensten Hoffnungen berechtigen könnte, nachdem ein großer Teil des Reichs von fremden Truppen besetzt ist, und die russischen Polen schon wagen ihre Hand nach der Provinz

Posen zu strecken, ist mir völlig unbegreiflich. Wir sind seit Annahme der Waffenstillstandsbedingungen zu einem Sklavenvolk oder zu einer Kolonie der Westmächte herabgesunken. Wir haben augenblicklich keinerlei Möglichkeit, den Gang der auswärtigen Politik wirksam zu beeinflussen. Die großen Richtungslinien in der auswärtigen Politik für das, was in den nächsten Tagen und Wochen zu geschehen hat, werden uns von Herrn Wilson und der Entente vorgeschrieben. Und wir haben, entwaffnet und eines bedeutenden Teils unserer Verkehrsmittel beraubt, zu gehorchen! Wie diese Richtungslinien aussehen werden, wissen vielleicht die Götter, — wir wissen es jedenfalls nicht, da wir auch heute noch nicht ermessen können, ob Wilson ein Freund der Gesamtmenschheit ist oder der Bannerträger des modernen amerikanischen Kapitalismus. Was konnte es also frommen von Dingen zu sprechen und über sie zu urteilen, für die wir keine Unterlagen haben. In stummer Ergebenheit, wenn auch mit Zähneknirschen, gilt es hinzunehmen, was im Rate der siegreichen Völker über uns beschlossen wird.

* * *

Um so energischer und um so hingebungsvoller gilt es, sich unseren inneren Verhältnissen zuzuwenden, gilt es zuzugreifen, wo irgend nur eine Gelegenheit sich bietet. Es gibt ihrer tausende für jeden deutschen Mann, der sein Volk liebt und der in diesen erschütternden Stunden den Mut hat zu erkennen, daß die furchtbarsten Prüfungen nicht etwa vorüber sind, sondern erst noch kommen. Die große Masse, von vierjährigem unsäglichen Druck befreit, jauchzt, der Hölle im Westen lebendig entronnen zu sein und die Freiheit wiedergewonnen zu haben. Sie wird wohl schon nach wenigen Wochen anfangen zu merken, in welche furchtbaren Verhältnisse das deutsche Wirtschaftsleben durch den Krieg und die Kapitulation, die Waffenstillstand genannt wird, geschleudert ist. Findet nicht eine sehr starke Abwanderung aus den stillgelegten Industriezentren und Großstädten aufs Land statt, und weiß die Bevölkerung sich im Verbrauch von Nahrungsmitteln keine Mäßigung aufzuerlegen, so steht für Millionen das Gespenst des Hungers auf. Hunger aber bedeutet Plünderung, Anarchie!

Dieser Gefahr und den aus ihr sich ergebenden ungeheueren Aufgaben gegenüber muß jede Parteianficht und jeder persönliche Gedanke zurücktreten. Es gibt und darf nur eine Parole geben: **bewahrt das Vaterland und das deutsche Volk vor dem äußersten!**

Die Revolution hat sich bisher, wo sie politisch geführt war, in Formen abgespielt, die uns zum Teil Achtung abnötigen, weil eine elementare Zielstrebigkeit in ihr zum Ausdruck kommt. Wo vorübergehend der Straßenpöbel und sonstige unlautere Elemente die Gewalt an sich bringen konnten, kam es daneben zu tief beschämenden Auftritten. Wo die stellvertretenden Kommandierenden Generale rechtzeitig die Lage erkannten und sich mit dem gesamten Behördenapparat zur Verfügung der Soldatenräte stellten, sind zunächst ernstere Zwischenfälle vermieden. Eisenbahn, Post, Telegraph und Fernsprecher arbeiten bei einer selbst in Kriegszeiten ungewöhnlichen Überlastung in ganz hervorragender Weise. Jedenfalls hat man den Eindruck, daß jeder beamtete Mann sein bestes hergibt, um den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. Es kann ausgesprochen werden: die so plötzlich zu einer völligen Freiheit gelangten Massen sind durchaus nicht bösartig, obwohl hier und da, besonders häufig naturgemäß in den großen Städten und Berlin, Rachegefühle aus schlechten Einzelerfahrungen heraus auch zu Worte kommen. Aus Gesprächen, im weiteren Kreise, wie sie gegenwärtig allenthalben auf den Straßen geführt werden, habe ich in verschiedenen Städten des Ostens über die Gesinnung der Soldaten und ihrer bisherigen Führer den besten Eindruck gewonnen. Sie wollen tatsächlich Gutes! Vielfach kommt eine Stimmung zutage, die sehr lebhaft an die erinnert, wie sie sich der aus schwerem Gefecht zurückkommenden Mannschaften bemächtigt: reine, gutmütige Freude und Ausgelassenheit, Frohsinn am wiedergeschenkten Leben, für das sie Stunden oder Tage hindurch gezittert hatten.

Wird dies Volk gut geführt, so kommen wir über alle sich uns entgegentürmenden Schwierigkeiten, ohne noch mehr Schaden zu nehmen. Gute Führung! wie einst draußen im Felde, so in der Heimat.

Wie sieht es mit der Führerschaft aus? Was will und kann die Regierung Ebert? Auf ihr liegt alles! vor allem die Demobilisierung, d. h. Unterbringung von Millionen Männern in Brotstellen und die Ernährung der Großstädte. Und dann die militärischen Aufgaben! Während ich diese Zeilen schreibe, versuchen die Polen, in der Provinz Posen die Macht an sich zu reißen. Die Provinz Posen hat in diesem Winter an das übrige Deutschland 69 Millionen Zentner Kartoffeln, d. h. den fünften Teil des Gesamtbedarfes abzuliefern! Der Hinweis genüge vorläufig, um die Bedeutung der Provinz für die allernächste Zukunft des deutschen Volkes zu kennzeichnen. Wir wünschten, die einmal vorhandene Regierung ginge furchtlos an die Bewältigung ihrer Aufgaben heran und blickte nicht rechts und nicht hinter sich, auch nicht auf die alten, vorrevolutionären Streitfragen. Sie braucht es nicht. Denn durch die Macht der außenpolitischen Verhältnisse ist ihre Stellung so gefestigt, daß eine Reaktion oder gar ein Restaurationsversuch sie nicht zu beseitigen vermöchte. Selbst das Vorhandensein eines Deutschen Kaisers hätte sie unter den einmal vorhandenen Verhältnissen nicht hindern können, ihre Macht im Lande zu befestigen. Nur das Chaos ist dieser Regierung Ebert—Haase gefährlich. Unter dem Chaos aber würden auch alle die Volkskreise zu leiden haben, die im Herzen Monarchisten sind oder bisher den monarchischen Parteien angehört haben. Sie sind gezwungen, der Regierung an die Hand zu gehen; sie müssen, ob sie wollen oder nicht, auch die gegen ihren Besitz gerichteten Reformen durchführen helfen, weil dies vorläufig der einzige Weg ist, um das Vaterland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, vor Hungersnot und Anarchie zu bewahren. Daran sollten die neuen Machthaber denken und sich der Bundesgenossenschaft ihrer politischen Gegner nach Kräften bedienen und nicht, wie es den Anschein hat, sie aus Furcht vor Reaktion ausschalten. Uns anderen ist es heilige Pflicht, hinter die Regierung ohne jeden Hintergedanken zu treten, ohne jeden Parteiegoismus, ohne jedes Sonderinteresse. Es wäre heute ein Verbrechen am deutschen Volke, irgendwelche Schritte zu unternehmen, die dazu führten, die Maßnahmen der Volksregierung zur Befriedigung des Landes zu beeinträchtigen oder die Not des Volkes auszunutzen, um alten Parteiprinzipien zu neuer Geltung zu verhelfen. Die alten Parteien sind tot, wie der alte Staat. An uns soll es nicht liegen, wenn die Regierung sich als ohnmächtig erweist, und stürzen wir in den Abgrund, so mit dem vollen Bewußtsein, unsere Pflicht dem Volke gegenüber bis zum letzten Atemzuge getan zu haben. Soll neues Leben aus den Ruinen blühen, so müssen wir alle, ohne Standes- und Parteiunterschied, mit Hand anlegen an das Werk des Wiederaufbaues des großen deutschen Volkes, das sich in vier Kriegsjahren so herrlich bewährte.

Posen, den 11. November 1918.

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37

# Umgestaltung Österreich-Ungarns

Von Professor Dr. Robert Sieger

Die Umwälzung in Österreich schreitet so rasch vorwärts und die Vorboten einer wohl ebenso tiefgreifenden Umgestaltung in Ungarn häufen sich so sehr, daß jede Erwägung kommender Möglichkeiten von den Ereignissen selbst überholt wird. Man kann daher lediglich versuchen, die wirksamen, den Augenblick beherrschenden Kräfte aus der Vergangenheit heraus zu beurteilen. Die jüngsten Vorgänge selbst stellen freilich nicht das Ergebnis einer organischen Entwicklung dar, sondern die Folgewirkungen eines plötzlichen (für Eingeweihte vielleicht nicht einmal ganz so plötzlichen) Umschwunges in der militärischen und außenpolitischen Lage, bei dem allerdings die im Inland erwachsenen und großgezogenen Stimmungen keineswegs einflußlos waren. Aber diese: die Kriegsmüdigkeit und innere Zermürbung, die in ihrem Kern berechtigte, aber über alles Maß gehende Erbitterung gegen militärischen und zivilen Bureaukratismus, gegen eine alberne und drückende Zensur, gegen die unbedachte Verordnerei und die Zentralmißwirtschaft, das durch die Fehler und Sünden der Kriegswirtschaft gesteigerte altösterreichische Mißtrauen gegen alles und gegen alle, die Skepsis am Staat, das Entfallen idealer Kriegsziele und damit die ausschließliche Betonung der Magenfragen oder die Flucht in einen Allerweltspazifismus, endlich die Entfremdung, ja Abneigung gegen den opferwilligen Bundesgenossen und gegen seine angeblich den Frieden verhindernden Kriegsziele, die durch manche Ungeschicklichkeit und Schroffheit im Auftreten reichsdeutscher Kameraden, namentlich aber durch eine systematische Hetzerei ungeahnte Verbreitung fand — das alles wäre nicht entscheidend gewesen, wenn die Offensive an der Piave und die an der Marne von Erfolg gekrönt gewesen wären. Dann hätte man mit Ach und Krach aber doch auch den fünften Kriegswinter durchgehalten. Die Niederlage verstärkte dagegen alle die schwächenden Einflüsse; selbst in deutschen Kreisen, in denen man gewahrte, wie sehr das eigene Volk sich aufrieb, während die anderen gediehen, ging vielfach die Zuversicht verloren und die Lehren derjenigen, die nur im Frieden um jeden Preis Rettung sahen, wurden immer lieber gehört. Doch das Entscheidende lag nicht darin, sondern in der Wirkung der Regierungspolitik, die alle Feinde des alten Österreich groß werden ließ, ja begünstigte, wenn sie nur sich dynastisch gebärdeten, und bald auch, wenn sie dies nicht taten.

Die Aufgaben der Regierungen in Österreich und in Ungarn waren von Anfang des Krieges an schwer. In Ungarn übersah man das; man meinte durch einen siegreichen Krieg die Vormacht des Madjarentums stärken, Österreichs Stellung im Dualismus durch systematische politische und wirtschaftliche Schwächung, geradezu durch eine gelinde Aushungerung herabdrücken, im eigenen

Lande die „Nationalitäten" durch den wirtschaftlichen Gewinn Ungarns und durch Versprechungen, aber auch durch Zwangsmaßregeln enger an das Madjarentum fesseln, die demokratische Strömung durch eine ganz ungenügende Wahlreform abspeisen und der Welt mit den bewährten Hilfsmitteln ungarischer Preß- und Agitationspolitik nach wie vor einreden zu können, Ungarns parlamentarische Oligarchie sei eine wahrhaft demokratische Verfassung und die „Nationalitäten" genössen die vollste Freiheit. Diese Vorspiegelungen versagten der Entente gegenüber völlig und auch den madjarenfreundlichen Reichsdeutschen kamen immer stärkere Zweifel. Dagegen wuchs die Erbitterung der ungarländischen Nationalitäten, die für ihre eigene Unterdrückung bluten sollten, und die der Österreicher in ungeahntem Maße. Noch als die äußere Lage immer bedrohlicher wurde, versagte man den Südslawen eine Vereinigung und größere Freiheit im serbokroatischen „Subdualismus", mit der sie vielleicht zu gewinnen gewesen wären und forderte den „Banat Bosnien" für Ungarn. Die Rumänen wurden in Widerspruch zu früheren Verheißungen immer stärker gedrückt. Die natürlichen Bundesgenossen der Madjaren aber, die österreichischen Deutschen, entfremdete man sich durch die Wirtschaftspolitik, durch die fortgehenden Beschimpfungen und Drohungen gegen Österreich, und durch das Unterbleiben jeder politischen Unterstützung. Das Gefühl, man führe den Krieg nur zugunsten Ungarns und seiner Ansprüche, und die Erkenntnis, Ungarn werde durch die Verarmung Österreichs immer reicher, verbreiteten sich überall in Österreich und wurden eine wesentliche Ursache der wachsenden Kriegsmüdigkeit und Erschlaffung. Schließlich suchten die Madjaren ihr verzweifeltes Spiel dadurch zu retten, daß sie Deutschland verrieten und sich der Entente zuwandten; zuletzt trennten sie sich auch von Österreich, indem sie nicht Waffenstillstand verlangten, sondern durch Waffenstreckung und Neutralitätserklärung, ja durch die Versicherung, Freunde der bisherigen Feinde werden zu wollen, von diesen die Sicherung der „Integrität Ungarns" zu erlangen suchten. Sie haben dadurch wohl alle Sympathien bei Freund und Feind verloren; vielleicht aber gewähren ihnen die Feinde aus taktischen Gründen wenigstens vorläufig günstigere Bedingungen. Dagegen haben sie es sich mit den Südslawen und den ungarischen „Nationalitäten" durchaus verdorben.

In Österreich standen die Regierungen von Anfang an der Gegnerschaft der führenden Kreise bei Slawen und Romanen gegen den Einheitsstaat gegenüber, deren Äußerungen sie wohl den Deutschen, nicht aber sich selbst und den Feinden verbergen konnten. Sie hatten die Wahl, sich entschieden für das Staatsprogramm der Deutschösterreicher zu erklären und sich auf die breiten, dynastischen und im ganzen staatstreuen bäuerlichen Massen der andern Völker zu stützen oder aber den Forderungen nach nationaler Absonderung rückhaltslos zuzustimmen. Im ersten Fall wäre es nicht aussichtslos gewesen, mit starker aber sanfter Hand den Einheitsstaat und sein äußeres Zeichen, die deutsche Staatssprache, rechtzeitig zur Geltung zu bringen, die passiven Massen der nichtdeutschen Bevölkerung zu politisieren und an Stelle der antiösterreichischen Politiker anderen, maßvollen und ausgleichsfreundlichen zur Führung zu verhelfen. Im zweiten mußte man ebenso unverzüglich die Verwirklichung der nationalen Autonomie, oder wenn sich diese, wie zu erwarten war, als undurchführbar erwies, des nationalen Föderalismus versuchen. Man entschloß sich zu keinem von beiden Wegen, sondern schwankte zwischen Versprechungen nach der einen und vorbereitenden Schritten in der andern Richtung hin und her, wobei ziviler und militärischer Bureaukratismus nicht immer die gleichen Ziele ins Auge faßte. Dabei spielte das zeitvergeudende Bestreben, die Polen für Regierungsmehrheit und Budgetbewilligung zu gewinnen, eine große Rolle, auch noch, als ihr Ausscheiden aus dem engeren Österreich zugestanden worden war. Die Folge war, daß die Deutschen zurückgedrängt, verbittert und ihre Bürger und Bauern ohne Parteiunterschied immer mehr auf den rein nationalen Standpunkt gebracht, die Nichtdeutschen aber zu immer weitergehenden Forderungen und zum offenen Zusammenarbeiten mit den äußeren Feinden ermutigt wurden. Den Ernst ihrer, bald vom Nationalitätenbundesstaat „im Rahmen der Monarchie" zu voller

staatlicher Unabhängigkeit fortschreitenden Programme verkannte man insbesondere in Hofkreisen so sehr, daß man glaubte, mit Versprechungen und Gnadenbeweisen die Erregung „beschwichtigen" zu können. So gelangten schließlich von den beiden einzigen internationalen Parteien die eine, der reine Ultramontanismus, ganz ins Hintertreffen, und die andere, die deutsche Sozialdemokratie, ins nationale Fahrwasser. Diese hatte lange die nationale Personalautonomie als Allheilmittel angesehen und ihr weitere Anhänger gewonnen, scheinbar überraschend, aber im Zuge einer folgerichtigen Entwicklung (die zudem auch dem Anwachsen ihres vor allem gegen das monarchische Deutsche Reich ankämpfenden linken Flügels entsprach), gelangte sie nun auf den Standpunkt des „uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf ihrem Volksboden" (oder „in ihrem Siedlungsgebiet") und damit auch zur Forderung des deutschösterreichischen Nationalstaats. Da selbst die klerikale deutsche Bauernschaft auf denselben Standpunkt kam — nicht ohne Mühe wirkt ein Teil ihrer Führer wenigstens dem Eindringen der republikanischen Idee in sie entgegen —, so war der Sieg des Nationalitätenprinzips ein allgemeiner. Und aus ihm ergab sich dreierlei: das Zurücktreten der Bestrebungen, welche die „unabhängigen Nationalstaaten" zu einem österreichischen Bundesstaat zusammenzufassen, ja auch nur einen Staatenbund auf dem Boden des bisherigen Österreich zu sichern suchten, und in denen das erwachte Mißtrauen der Völker Versuche zur Rettung des Einheitsstaats erblickt, die Ausdehnung der nationalen Gebietsansprüche auf ungarischen Staatsboden, auch von deutscher Seite, endlich das Anschwellen der republikanischen Bewegung.

Das Selbständigkeitsgefühl der Völker widerstrebt immer mehr nicht nur der Real-, sondern auch der Personalunion und das offensichtliche Bestreben des Monarchen, sich den Titel und Schein der Herrschaft über alle die auseinanderstrebenden Gebiete durch die Abkehr vom Deutschen Reich und aus der Hand Wilsons zu sichern, entfremdete ihm auch überzeugte Monarchisten. Vollends nachdem der Waffenstillstand auch den Südslawen drückende Bedingungen auferlegte und sie bezweifeln müssen, ob sie aus der Hand Englands, Frankreichs oder Amerikas zurückerhalten können, was ihnen Italien „vorläufig" nimmt, dürfte auch bei den Kroaten das Bemühen jener „katholischen" Politiker vergeblich sein, die ihnen wie den Tschechen die Aussicht zeigen, durch die Wiederaufrichtung, Föderalisierung und slawische Orientierung der österreichischen Monarchie Deutschösterreich vergewaltigen und ausnutzen zu können. Man hat Lammasch und seine Regierung nur als Liquidationsverwaltung anerkannt und die Friedenskonferenz der Völker für alleinbestimmend erklärt. Immerhin schart sich um diese Gruppe eine nicht unbeträchtliche Zahl von solchen, die mit dem alten Gesamtstaat ideale und materielle Werte zu verlieren fürchten, Hofmänner und Feudaladelige, hohe Beamte und Militärs, national farblos erzogene Offiziere und Geistliche, Geldmänner u. a. m. Je weniger die nichtdeutschen Völker aus dem Inventar des alten Österreich zu übernehmen geneigt sind, desto mehr davon suchen diese „schwarzgelben" („alt"- und „neuösterreichischen") Kreise dem „deutschösterreichischen" Staat aufzuhalsen, der unter dieser Fülle von Lasten und Verpflichtungen ersticken müßte, nur um den Namen Österreichs und den Ansatz zu dessen Neubildung zu retten. Das ist der Grund, weshalb die Deutschen immer entschiedener erklären, sie wollten keinen „Reststaat", sondern ein neues politisches Gebilde darstellen. Ja wachsende Kreise in der Provinz lehnen deshalb auch den Namen „Deutschösterreich" und die habenbergischen Farben Rotweißrot als Staatsfarben ab; sie verlangen „Ostmark" und Schwarzrotgold. Die Besorgnis vor den Bestrebungen der „Schwarzgelben", die mit allen Mitteln sich zu kräftigen und zu sammeln und auf die Entente und Wilson einzuwirken suchen, verstärkt einerseits die republikanische Bewegung, anderseits aber das Verlangen nach vollem Anschluß an das Deutsche Reich, das aus dem nationalen Gefühl und der bittern Erinnerung an die undankte Selbstaufopferung unseres Volks erwachsen ist. Während man darüber streitet, ob es taktisch angezeigt sei, dieses auszusprechen oder nicht, während die Meinung der Politiker auch über die

Aussichten auf seine Verwirklichung auseinandergehen, wird es immer lauter von der Bevölkerung erhoben und die deutsche Sozialdemokratie ist rasch von der bedingungsweisen Forderung nach der Vereinigung mit Deutschland zur unbedingten übergegangen. Sie hat das Wort von der „großdeutschen Republik" geprägt. Der Anschluß an das Gesamtvolk erscheint auch ihr als der sicherste Schutz gegen alle Bestrebungen, die auf Reststaat, Bundesstaat oder Auslieferung der Ostmarkdeutschen an einen Austroslawismus hinzielen und die über Nacht wieder an Kraft gewinnen können, wenn die auswärtige Lage oder die Diplomatie unserer Kriegsgegner sie begünstigt. Sagt man doch, daß manche Slawenführer der Kraft der Nationalstaaten mißtrauen und deshalb als letztes Ziel doch wieder ein festeres Gefüge anstreben, in dem sie den Deutschen gemeinsam das Joch auferlegen. Ernste Politiker versichern, daß Kramarsch in Paris für einen solchen Bundesstaat und für die Dynastie wirke, der er persönlich und für seine Sache Dank schuldet. Denn die Amnestie war die volle Kapitulation vor dem tschechischen und südslawischen Nationalstaatsprogramm, nachdem ihr mit der „voraussetzungslosen" Einberufung des Abgeordnetenhauses die halbe vorangegangen war.

Dem politischen Geographen, der Österreich-Ungarns Boden als eine natürliche Einheit innerhalb des größeren Ganzen „Mitteleuropa" ansieht, der die Nachwirkung einer Fülle von geographischen Gegebenheiten und das Ergebnis einer jahrhundertelangen (freilich in den letzten Dezennien in Stillstand gekommenen geschichtlichen Entwicklung der Monarchie für solide Grundlagen eines Staatsbaus hält, liegt der Gedanke nahe, daß die neuen politischen Gebilde wieder nach engeren wirtschaftlichen und dann auch politischen Beziehungen streben werden, sobald die derzeitige Gegnerschaft und Entfremdung erst vor gemeinsamen Lebensbedürfnissen zurücktritt. Das Nationalitätenprinzip ist — wie schon die Grenzforderungen der Tschechen und Südslawen zeigen — nicht vollkommen auf der politischen Karte zu verwirklichen, und wenn es heute Trumpf ist, so mischen doch diejenigen, die es am lautesten für ihre Forderungen anrufen, ihm eine gute Dosis von unverhülltem Imperialismus bei. Es führt also nicht zu klagloser Abgrenzung und dauerndem Frieden der Völker, sondern wo die Einsicht zu einverständlichem Ausgleich fehlt oder die Sprachmengung einen solchen vereitelt, zu neuer Unbill und neuen Klagen. Das muß die gegenseitige Abneigung der neuen Staatsnationen verstärken und dauerhafter machen, und es ist daher wahrscheinlich, daß die eine wie die andere ihren wirtschaftlichen Anschluß und ihre politischen Freundschaften lieber außer- als innerhalb des Rahmens sucht, der sie bisher zusammenhielt. Diese Gefühlsmomente weisen eher auf einen späteren wirtschaftlichen Zusammenschluß eines engeren oder weiteren „Mitteleuropa" hin, als auf eine Neubelebung des engeren historischen Österreich-Ungarn oder gar Österreichs.

Steht eine solche außerhalb des derzeitigen Gedankenkreises der meisten Deutschösterreicher, so drängt sich in diesen immer mehr die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Nachbarn über die drängenden Fragen des Augenblicks. Hier steht die Ernährungsfrage voran, sowohl um ihrer selbst willen, als auch wegen ihrer Beziehung zu den sozialrevolutionären Bewegungen, die von Rußland ausgehend, alle Staaten bedrohen und durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee insbesondere für Südösterreich und die serbokroatischen Länder eine besonders drohende Gestalt annehmen. Die Sozialdemokratie ist ebenso bedroht von bolschewikischen Gefahren wie Bürgertum und Bauern, um so mehr je größer die Kriegsgewinne der organisierten Arbeiter sind. Sie sucht daher Anschluß an jene, wenn sie auch dabei die Führung zu behaupten sucht, und schiebt daher auch nationale Forderungen neben demokratisch-politischen in den Vordergrund, auch um die Massen vom Anarchismus auf positive Ziele abzulenken. Die tschechische und südslawische Absperrung gegen Deutschösterreich, die ihm die Nahrungsmittel fernhält, um es politisch gefügig zu machen, steigert die inneren Gefahren für die Ostmark, liegt aber auch nicht im Vorteil der Slawen selbst, die ihre aufgespeicherten Vorräte doch auch absetzen müssen, und vermehrt auch für sie

die Bedrohung durch den Anarchismus, dessen sie selbst sich bereits schwer erwehren. Flutet er heute, national verkleidet, aus den Südslawenländern in das deutsche Gebiet, so kann er verstärkt aus diesem zurückfluten, um so eher, je vollständiger ausgesogen es ist. Aber auch die Slawen benötigen Produkte Deutschösterreichs, deren Ausfuhr dieses sperren muß, insbesondere die Südslawen z. B. Eisen, Textilwaren, Papier, Zündhölzer u. a. Auch die gemeinsame geographische Lage schafft gemeinsame Bedürfnisse benachbarter Länder, seien es gleichartige, seien es solche wirtschaftlicher Ergänzung. Braucht das deutsche Hinterland die slawischen Häfen, so brauchen diese die Warenzufuhr aus jenem. Mit den Tschechen verbinden sie keine derartigen Fäden, lediglich politische. Dagegen haben sie in Ungarn und Italienern Gegner, die sie mit den Deutschen gemeinsam besser abwehren können. Verständigen sie sich mit Deutschösterreich und treten sie für dessen Forderungen, wir für ihre, geeint auf dem Friedenskongreß ein, so gewinnen beide doppeltes Gewicht. Nachbarfeindschaft ist dagegen störender, als etwa die Feindschaft der räumlich so weit entfernten Tschechen. Deshalb enthalten scheinbar schroffe Kundgebungen von südslawischer und deutschösterreichischer Seite so manche Punkte, an die sich Verständigungsversuche anknüpfen lassen, und in der Tat sind Verhandlungen bereits begonnen. Die im Waffenstillstand bedungenen weitgehenden Besetzungen südslawischen Gebiets durch die Italiener oder zu ihren Gunsten dürften in Agram und Laibach Empfindungen auslösen, die der Verständigung mit den Deutschen zugute kommen. So ist auf eine bessere Versorgung Deutschösterreichs und einen leidlichen Schutz der deutschen Minderheit im Süden zu hoffen. Schon Anfang November haben ja die Südslawen, welche den Bahnbetrieb im slowenischen Gebiet übernehmen und die deutschen Beamten wegschicken wollten, einsehen müssen, daß sie damit den Verkehr ernstlich gefährden, und man hat ein Abkommen über eine Art von gemeinsamem Betrieb getroffen. Ebensosehr muß beiden Teilen daran liegen, daß Triest nicht italienisch bleibt.

Schwieriger werden Verhandlungen auch nur über den Warenaustausch zwischen Deutschen und Tschechen werden. Scheinen doch die Tschechen den deutschen Nationalstaat nicht anerkennen und ihm die Vertretung auf dem Friedenskongreß versagen zu wollen. Darauf deutet hin, daß sie über Nahrungsmittelgefahr nach Wien nur mit der Stadt selbst, nicht mit der deutschen Nationalregierung verhandeln wollten. Über Deutschböhmen entscheidet wahrscheinlich keine Verständigung, vielleicht sogar offener Kampf; die tschechische wie die deutsche Regierung in Böhmen sucht Sprachgrenzorte mit nationalen Truppen zu besetzen. Deshalb richten insbesondere die böhmischen Deutschen ihren Blick auf Deutschland.

Die räumliche Trennung Deutschnordböhmens, der mährisch-schlesischen Gebiete, die sich zur „Provinz Sudetenland" erklärt haben, und des geschlossenen süddeutschen Gebiets hat manche veranlaßt, an drei selbständige deutsche Staaten zu denken und sogar eine gesonderte Politik vorzuschlagen: dort Einverleibung ins Deutsche Reich, hier staatliche Selbständigkeit müsse das Ziel sein. Dabei könnten leicht alle schlecht fahren. Sie müssen einig bleiben und gegenseitig für einander eintreten. Wohl aber rechtfertigt die getrennte Lage eine weitgehende Autonomie, ja Föderalismus innerhalb des Ostmarkstaates. Auch in den Alpenländern, der Wiege des Autonomismus, ist dieser durch die letzten Ereignisse neu belebt worden. Der „Kronlandspatriotismus" spiegelt sich in der Selbständigkeitserklärung Vorarlbergs „innerhalb des deutschösterreichischen Staats", in dem Wiederaufleben des „Egerländer Staatsrechts", in der Gründung des steirischen Wohlfahrtsausschusses und der Aufforderung, solche auch in den andern Kronländern zu errichten, und in der Einsetzung von Landesregierungen in Böhmen, Schlesien, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Steiermark. Der deutschösterreichische Staatsrat sah sich bald veranlaßt, allgemeine Satzungen für die Bildung von Landes-Nationalversammlungen zu erlassen. Das alles deutet nicht darauf hin, daß eine allgemeine Kreiseinteilung oder ähnliche zentralistische Einrichtungen bevorstehen. Vor allem erklären sich die Kronländer als geschlossene

Ernährungs- und Wirtschaftsgebiete. Aber unter dem Eindruck der Waffenstillstandsbedingungen, die in Deutschtirol erbittern mußten, ist es leicht möglich, daß dieses Land sich auch politisch selbständig erklärt und den Anschluß an Bayern verkündet, ja daß es damit Salzburg, vielleicht Oberösterreich mitreißt. Bis diese Zeilen gedruckt werden, wird man darin klarer sehen; sollte es aber auch nicht dazu kommen, die Stimmung, die danach drängt, ist recht verbreitet. Auf der andern Seite scheinen die Slowenen geneigt, sich eine weitgehende autonome Sonderstellung innerhalb Jugoslawiens zu sichern. Auch der tschechoslawische Staat scheint ein autonomes Böhmen, Mähren und Slowakien (als dessen Hauptstadt man das deutschmadjarische Preßburg beansprucht) ins Auge zu fassen. So sehen wir die Tendenz nach Nationalstaaten verbunden mit der nach innerem Föderalismus, um so mehr als der Republikanismus seinem Wesen nach föderalistisch ist. All das wirkt zusammen im Sinne einer „Balkanisierung", einer kleinräumigen Entwicklung, die in schroffen Gegensatz zu den großräumigen Tendenzen des 19. Jahrhunderts steht. Wird sie vor dem Deutschen Reiche, wird sie vor den imperialistischen Großmächten, die uns den Frieden diktieren, haltmachen? Und wird sie von Dauer sein können? Das sind Fragen, die beantworten zu wollen vermessen wäre. Aber die Umwandlung des britischen Reichs in den imperialistischen Bundesstaat, die auch der Krieg erst vollendet hat, lehrt uns, daß Überraschungen und neue Formen keineswegs unmöglich sind.

# Die Entwicklung des sozialdemokratischen Programms

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Zum Verständnis der jüngsten Ereignisse und zur Beurteilung der Haltung, die die verschiedenen Strömungen unserer gegenwärtigen Sozialdemokratie zu den großen Zukunftsfragen unseres staatlichen Lebens einnehmen, ist eine Vertiefung in die geschichtliche Entwicklung des sozialdemokratischen Programms unerläßlich. Gerade die äußerste Linke ist trotz ihres Radikalismus insofern die konservativste Richtung der Sozialdemokratie, als sie mit orthodoxer Starrheit an den durch Marx aufgestellten Grunddogmen der Parteilehre festhält. Schon damit ist gesagt, daß die Geschichte des sozialdemokratischen Programms nicht lediglich antiquarisches, sondern ein durchaus aktuelles Interesse bietet. In all seinen historischen Stufen ist das sozialdemokratische Programm auch heute noch politische Wirklichkeit, ein wesentlicher Faktor der zukünftigen Geschicke unseres Volkes in einem Augenblicke, wo die Sozialdemokratie die Verantwortung dafür auf sich genommen hat.

Der Ausgangspunkt der Entwicklung des Programms der deutschen Sozialdemokratie, ihr Katechismus gewissermaßen ist das Kommunistische Manifest, das von Marx und Engels Ende 1847 im Auftrage des in London tagenden Bundes der Kommunisten verfaßt wurde. Der Gedankengang dieser schwungvollen, literarisch höchst wirksamen Programmschrift ist in Kürze der folgende:

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Die letzte Epoche hat die Klassengegensätze zu der Doppelung von Bourgeoisie und Proletariat vereinfacht. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeoisieklasse verwaltet. Das Wirtschaftssystem der Bourgeoisie, das revolutionierend wirkt, hat den umgrenzten nationalen Markt zum Weltmarkt erweitert. Die feudalen Wirtschaftsverhältnisse hat es durch die freie Konkurrenz bei starker Konzentration von Produktions-

mitteln und Eigentum ersetzt. Dieser Prozeß ist eine stete Folge von Krisen. Es bricht die Epidemie der Überproduktion aus. Die Bourgeoisie überwindet die Krisen durch Vorbereitung allseitigerer und gewaltigerer Krisen. Im selben Maße wie die Bourgeoisie entwickelt sich das Proletariat. Die Arbeiter werden selbst zur Ware und nehmen an allen Schwankungen des Marktes teil, zugleich wird der Arbeiter ein bloßes Zubehör der Maschine. Der kleine Mittelstand wird aufgerieben und ins Proletariat abgedrängt. Der Kampf gegen die Ausbeutung durch das Unternehmertum schließt das Proletariat zusammen. Mit steigendem Klassenbewußtsein wird der Kampf zum bewußten Klassenkampf. Gleichzeitig wächst die internationale Solidarität und das nationale Nivellement der Arbeiterschaft. Die fortschreitende Industrialisierung verelendet den Arbeiter. Nicht dem Inhalte, nur der Form nach ist der Kampf des Proletariats gegen die ihm jeweilig gegenüberstehende Bourgeoisie ein nationaler. Sein Ziel ist die Sprengung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Der Untergang der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats geltend machen, anderseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Ihr nächster Zweck ist Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Nicht das Eigentum überhaupt, sondern das bürgerliche Privateigentum soll abgeschafft werden. Der gesellschaftliche Charakter des Eigentums soll seinen Klassencharakter verlieren. Die Bourgeoispersönlichkeit, -selbständigkeit und -freiheit wird aufgehoben, es gibt keine Lohnarbeit mehr, wenn es kein Kapital mehr gibt. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker und ihre feindliche Stellung zueinander müssen dabei zusehends verschwinden. Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie. Die Hauptmaßregeln zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise sind für die fortgeschrittensten Länder:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechtes.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.
7. Vermehrung der nationalen Fabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach gemeinschaftlichem Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebes von Ackerbau und Industrie. Hinwirken auf die allmähliche Überwindung des Unterschiedes von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine

Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.' Das Manifest schließt mit dem berühmt gewordenen Satz: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Diese von dem deutschen Juden Karl Marx und seinem treuen Arbeitsgenossen Friedrich Engels, der einer rheinischen germanischen Kaufmannsfamilie entstammte, gemeinschaftlich verfaßte Kundgebung wurde alsbald in mehrere Sprachen übersetzt und hat in allen Ländern eine gewaltige Wirkung ausgeübt. Sie gilt auch heute noch bei der radikalen Linken als nur in einzelnen Forderungen, meist aber ihrem Geiste nach überholt. Rücken wir also, um uns ihre heutige programmatische Bedeutung klar zu machen, Ausgangs- und vorläufigen Schlußpunkt der Entwicklung nebeneinander und untersuchen, welche Beziehungen zum Kommunistischen Manifest das heutige offizielle Programm der Sozialdemokratie aufweist, wie es auf dem Erfurter Parteitage 1891 zum letztenmal eine umfassende Formulierung gefunden hat. Schon in der ganzen Anlage und Gliederung ist die bestimmende Einwirkung des Kommunistischen Manifestes unverkennbar. Auch im Erfurter Programm wird mit geschichtsphilosophischen Ausführungen begonnen und am Schlusse zur Formulierung bestimmter nächster Forderungen vorgeschritten. Die Einzelpunkte dieses Programmes werden wir später ausführlich zu betrachten haben. Hier sei nur angemerkt, daß in ihm die allgemeine Doktrin des Kommunistischen Manifestes im allgemeinen erhalten geblieben ist, während die konkreten Folgerungen jetzt viel mehr ins einzelne gehen, ihre ursprünglich wesentlich soziale Färbung mit einer politischeren vertauscht und sich der besonderen politischen Lage in stärkerem Maße angepaßt haben. Die extremsten Forderungen der Abschaffung des Erbrechtes, des allgemeinen Arbeitszwanges und der öffentlichen Kindererziehung sind fallen gelassen; die deutsche Sozialdemokratie hat sich also immerhin mit den bestehenden Gesellschaftszuständen in stärkerem Maße ausgesöhnt, als es der Grundrichtung des Kommunistischen Manifestes entspricht.

Die politische Arbeiterbewegung selbst stand damals in Deutschland noch in ihren allerersten Anfängen. Das Elend des Proletariats in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung war groß. Die Hungeraufstände der schlesischen Handweber in den vierziger Jahren sind allgemein bekannt. Seltsame Erscheinungen wie der Schneidergeselle Wilhelm Weitling mit seinen kommunistischen Schriften bilden die ersten Vorläufer einer Intellektualisierung des Proletariats selber. Im allgemeinen werden die Anfänge der sozialistischen Lehre von der bürgerlichen Intelligenz getragen. Insbesondere ist der Staatssozialismus von Rodbertus eine bedeutsame Erscheinung. Das Wort Sozialismus hatte damals geradezu einen stark bürgerlichen Beigeschmack, während die revolutionäre Intelligenz sich als kommunistisch bezeichnete. Ihren Ursprung nahm diese Bewegung aus dem Westen. Insbesondere bildete Belgien Ende der vierziger Jahre, als Marx sich dort aufhielt, einen Mittelpunkt des internationalen Kommunismus. Zwei Kongresse des Bundes der Kommunisten in London im Jahre 1847 führten dann zur Abfassung des Kommunistischen Manifestes, der ersten Zusammenfassung der neuen Parteidoktrin.

Vorläufig aber stand hinter dieser Bewegung nur ein winziges Häuflein Agitatoren, das noch dazu auf aller Herren Länder verstreut war. Das Programm der deutschen äußersten Linken von 1848 zeigt zwar einige Berührungen mit dem Kommunistischen Manifest, trägt aber deutlich seine kleinbürgerlichen Züge zur Schau. Ein handels- und sozialpolitisches Arbeiterprogramm erschien am 10. Juni 1848 in der dreimal wöchentlich vom Zentralkomitee für Arbeiter herausgebrachten Zeitung „Das Volk". Leiter dieser Organisation war der Schriftsetzer Born, der in Brüssel und Paris dem Bunde der Kommunisten angehört hatte, woraus die Beziehungen dieser Arbeiterbewegung zu dem westlichen internationalen Kommunismus hervorgehen. In diesem Programm werden noch die Forderungen für die Fabrikanten, die kleinen Meister und die Arbeiter gesondert. Das Verlangen nach erweiterter Ausfuhr, nach Ausfuhrprämien und freier Einfuhr von Rohstoffen weist entschieden auf merkantilistischen Ursprung.

Ferner findet sich dort die wichtige Forderung der Schaffung gewerblicher Korporationen. Im dritten Absatz erscheinen eine Reihe wichtiger Programmpunkte, die dem heutigen sozialdemokratischen Programm näher stehen, als das ungefähr gleichzeitig erschienene Kommunistische Manifest, so die Festsetzung von Arbeitslohn und Arbeitszeit durch gemischte Kommissionen, Assoziationsrecht für die Arbeiter zur Durchsetzung von Lohnforderungen, Abschaffung der indirekten Steuern, unentgeltlicher Unterricht, Herabsetzung der Wählbarkeit auf das 24. Jahr, Arbeitslosen- und Invalidenfürsorge, Freizügigkeit u. a. Auf Grund dieses Programmes wurde ein Arbeiterkongreß zum 23. August 1848 nach Berlin einberufen. Wir finden hier die ersten Ansätze einer planmäßigen zentralisierten Arbeiterorganisation. Noch weiter greift ein Sendschreiben an alle arbeitenden Stände Deutschlands zur Einberufung eines sozialen Vorparlaments vom 22. August 1848 in Frankfurt. Dieses soziale Vorparlament sollte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammentreten und Schutz und Regelung der Arbeit durch den Staat durchsetzen. Unter anderem wurde in diesem Sendschreiben die Errichtung einer sozialen neben der politischen Kammer, eine gemeinschaftliche Sozialgesetzgebung für ganz Deutschland, die Schaffung eines sozialen Ministeriums, das sich in Kultus- und Industrieministerium teilen sollte, Veräußerung aller dem Staat gehörigen Fabriken (vgl. dagegen Komm. Man. Punkt 7) und Landgüter, aber Ankauf sämtlicher Eisenbahnen (vgl. Komm. Man. Punkt 6), neue Innungsverfassung bei Freizügigkeit und Abschaffung der Konzessionen, Schaffung einer Realkreditbank als Grundlage eines groß angelegten Banksystems, Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge, kostenloser Unterricht und Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten gefordert.

Es ist nicht die Aufgabe dieser gedrängten Übersicht, die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung als solche darzustellen. Die kommunistische Bewegung kam namentlich infolge des Kölner Kommunistenprozesses im Laufe des nächsten Jahrzehnts ins Stocken, dagegen erhielt die deutsche Arbeiterbewegung um die 60er Jahre einen neuen Antrieb durch die Wirksamkeit Ferdinand Lassalles, der seine Agitation mit realpolitischem Geschick auf bestimmte nächsterreichbare Programmpunkte einschränkte: die Schaffung von Produktivgenossenschaften und die Gewinnung von Staatskredit zu ihrer Hebung als vorläufiges Ziel, als Mittel dazu die Durchsetzung des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Lassalles nationale Gesinnung im Gegensatz zu Marx' Internationalismus wird vielfach übertrieben, dagegen ist ein gut hegelischer Glaube an den Staat und der Drang zur unmittelbaren Wirksamkeit auch innerhalb der bestehenden Verhältnisse allerdings für ihn bezeichnend. Kurz vor seinem plötzlichen Tode gründete er 1863 auf Antrag des Leipziger Zentralkomitees den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dessen erster Vorsitzender er wurde. Dieser Verein war Lassalles organisatorische Hauptleistung, sein früher Tod im Sommer 1864 entriß ihn einer umfassenden agitatorischen Tätigkeit.

Während sich so die deutsche Arbeiterbewegung organisatorisch verfestigte, brachte die Weltausstellung in London 1862 einen erstmaligen Zusammenschluß der Internationale. Ihr erster Kongreß fand 1866 in Genf statt und beschäftigte sich besonders mit der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerkvereine. Die deutsche Sozialdemokratie zersplitterte sich nach Lassalles Tode in inneren Gegensätzen, hauptsächlich in taktischen Fragen. Trotzdem machte die Entwicklung Fortschritte. Der Verein eroberte sich im Norddeutschen Reichstage Herbst 1867 erstmals zwei Sitze. Um dieselbe Zeit erschien der erste Band von Marx' „Kapital" und gab damit der sozialistischen Bewegung ihre feste wissenschaftliche Grundlage, namentlich durch die Mehrwerttheorie. Um dieselbe Zeit gelangten die ursprünglich von der radikalliberalen Demokratie herkommenden Gewerkschaften ins sozialdemokratische Fahrwasser, obgleich Lassalle und seine Schule kein Interesse für sie aufbrachten. Der Nürnberger Vereinstag der deutschen Arbeitervereine vom 5. September 1868 vollzog den Anschluß der deutschen Arbeiterschaft an die Internationale Arbeiterassoziation. Er überwand den bürgerlichen Charakter und entschied das proletarische Gepräge der deutschen Arbeiterbewegung,

in der jetzt August Bebel eine führende Rolle spielte. Einige Jahre darauf (1874) löste sich allmählich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Lassalleanische Gruppe überhaupt in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei auf, die sich auf dem Eisenacher Kongreß 1869 auf ein neu formuliertes Programm geeinigt hatte, dem wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wir fassen dieses mit dem Programm des Parteitages zu Gotha im Mai 1875 zusammen, der die Vereinigung mit den Lassalleanern offiziell durchführte und daher die spezifisch Lassalleanischen Doktrinen besonders betonte.

Auch hier gilt die Arbeit als eine Angelegenheit der Gesellschaft, das gesamte Arbeitsprodukt gehört also der Gesellschaft, d. h. allen ihren Mitgliedern nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen. Das Gothaische Programm betont dabei ausdrücklich die allgemeine Arbeitspflicht (vgl. Punkt 8 des Kommunistischen Manifestes). Die Befreiung der Arbeit, die nur durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen kann, erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit. Ausdrücklich wird im Eisenacher, wie auch späterhin wieder im Erfurter Programm betont, daß der Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klassen nicht ein Kampf für neue Klassenvorrechte, sondern ein Kampf für gleiche Rechte und Pflichten und für Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft sei. Das Ziel ist die Beseitigung des Lohnsystems und seine Ersetzung durch genossenschaftliche Arbeit. Als Weg dazu werden im Gothaischen Programm besonders die Lassalleschen sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter demokratischer Kontrolle des arbeitenden Volkes erwähnt. Ferner wird wieder ausdrücklich festgestellt, daß die Lösung dieser sozialen Frage die Erringung politischer Freiheit und Macht voraussetzt, und daß der Kampf um die neue Ordnung zwar im nationalen Rahmen ausgefochten wird, dennoch aber eine internationale Aufgabe bleibt. In beiden Programmen wird die Taktik auf gesetzliche Mittel eingeschränkt, unter dem Eindruck des Sozialistengesetzes wurde aber diese Wendung im August 1880 auf dem Kongreß zu Wyden in der Schweiz gestrichen.

Auch in diesem Programm werden, wie im Kommunistischen Manifest, den allgemeinen grundsätzlichen Zielen konkrete Forderungen angereiht, wie sie sich aus der augenblicklichen politischen Lage ergeben. In dem genannten Programm werden folgende Punkte unterschieden:

1. Allgemeines gleiches direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahr ab für alle Vertretungskörper. Das Eisenacher Programm beschränkt das Wahlrecht auf Männer und fordert ausdrücklich Diäten für die Abgeordneten, das Gothaer spricht von Staatsangehörigen überhaupt und verlangt außerdem Wahlzwang.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Das Gothaische Programm will insbesondere die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände des Volkes legen.
3. Aufhebung aller Vorrechte von Stand, Besitz, Geburt und Konfession, möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, allgemeine Wehrhaftigkeit.
5. Trennung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche. Das Gothaische Programm erklärt die Religion zur Privatsache.
6. Allgemeine Schulpflicht, unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Rechtsprechung durch das Volk (Geschworenengerichte), unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung der Beschränkung der Preß-, Vereins- und Koalitionsfreiheit. Einführung des Normalarbeitstages. Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Das Gothaische Programm verlangt allgemeine Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeit

und gesundheitliche Überwachung der Arbeiterwohnungen und jeglicher Betriebe, dazu Einführung eines wirksamen Haftpflichtgesetzes.

9. Abschaffung der indirekten Steuern und Einführung einer direkten progressiven Einkommens- und Erbschaftssteuer (vgl. dazu die Aufhebung des Erbrechts in Punkt 3 des Kommunistischen Manifests).
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Das Gothaer Programm fordert außerdem Verbot der Sonntagsarbeit, Regelung der Gefängnisarbeit, volle Selbstverwaltung für alle Arbeits- und Unterstützungskassen. Im allgemeinen ist das Gothaer Programm ausführlicher und zudem sichtlich bestrebt, den Forderungen eine positive Fassung zu geben, während das frühere Eisenacher Programm mehr negativ die Abschaffung bestehender Mißstände verlangt.

Über die nun folgenden Jahre des Sozialistengesetzes können wir kurz hinweggehen, da sie keine wesentliche Änderung des Programms bringen, außer jener bereits erwähnten Abänderung im Gothaer Programm auf dem Kongreß von Wyden im August 1880, die den Kampf mit allen Mitteln, auch den ungesetzlichen, ansagte. Zugleich erfolgte damals eine Sympathiekundgebung für die russischen Nihilisten. Der Kongreß von Kopenhagen im März 1883 fand bereits in der neuen Ära der beginnenden Sozialreform statt, erklärte ihr aber sein entschiedenes Mißtrauen. Der Kongreß betrachtete die Bestrebungen der deutschen Regierung als unehrlich und als ein lediglich taktisches Mittel, um die Arbeiterklasse von ihrem richtigen Wege abzulenken. Auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris im Juli 1889 wurde die Gleichberechtigung der Arbeiterinnen zum erstenmal stark hervorgehoben. Der Sozialismus machte sich damit zum Anwalt der Frauenbewegung, der er seither geblieben ist. Der Parteitag in Halle im Oktober 1890 brachte wichtige organisatorische Änderungen, der Parteitag von Erfurt im Oktober 1891 ein neues Programm, das wir als bisherigen Schlußpunkt der Entwicklung des offiziellen sozialdemokratischen Programms bereits kurz erwähnten. Den Entwurf für dieses Programm lieferte Karl Kautsky.

Auch hier finden wir die geläufige Trennung zwischen allgemeinen Grundsätzen und taktischen Einzelforderungen. Der allgemeine Teil wiederholt die uns bereits bekannten Doktrinen. Wiederum wird der Untergang der kleinen Betriebe aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgeleitet und als ihre notwendige Folge die Verelendung des Proletariats hingestellt. Es folgt sodann wieder die Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Sozialisierung der Warenproduktion. Wie die Verelendungstheorie, so sind auch Klassenkampf und Internationalismus beibehalten. Aus den Einzelpunkten hebe ich nunmehr bloß dasjenige heraus, was über die Programme von Eisenach und Gotha hinausgeht:

1. In der Wahlrechtsfrage werden ausdrücklich das Frauenwahlrecht, ferner das Proportionalwahlsystem, Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung und einige weitere technische Einzelheiten verlangt.
2. Zur Forderung der Gesetzgebung durch das Volk tritt Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben, jährliche Steuerbewilligung.
3. In der Wehrfrage macht sich der moderne Pazifismus bemerkbar. Es wird Schlichtung der internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege verlangt.
4. Die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben wird zu einem eigenen Programmpunkt erhoben.
5. Der private Charakter der religiösen Vereinigungen wird genauer umschrieben.
6. Zur Unentgeltlichkeit des Unterrichts tritt Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in der Volksschule, sowie in den höheren Schulen für besonders begabte Schüler.

7. In der Frage der Rechtsprechung wird u. a. die Abschaffung der Todesstrafe verlangt.
8. Ein neuer Punkt ist die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel, ferner Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
9. In der Steuerfrage wird eine stufenweis steigende Erbschaftssteuer nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft gefordert, ferner Abschaffung der Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.
10. Eine besondere Ausgestaltung erfährt das Programm der Arbeiterschutzgesetzgebung. Für das Verbot der Nachtarbeit werden Ausnahmen zugelassen. Neu gefordert wird eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter, sowie ein Verbot des Truckſystems, ferner Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern, schließlich die rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern und die Beseitigung der Gesindeordnung und Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich bei maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Trotzdem hiermit die Entwicklung des offiziellen sozialdemokratischen Programms bis an die Schwelle der Gegenwart durchgeführt ist, seien noch einige Schlußworte über die lebendigen Strömungen im sozialdemokratischen Parteilager seit dem Erfurter Kongreß angefügt. Schon die Tatsache, daß dieses Programm nunmehr bereits über 25 Jahre alt ist, macht es verständlich, daß in breiten Kreisen der Sozialdemokratie die Tendenz auf eine Fortentwicklung des Programms auftauchte. Diese Strömungen, die auf eine Revision des kanonischen Parteiprogramms hindrängten, wurden unter dem Namen des Revisionismus zusammengefaßt und machten der Parteiorthodoxie auf jedem Parteitag neue Schmerzen. Die Verelendungstheorie, der Internationalismus, der Klassenkampfgedanke und manche andere Punkte zogen die Kritik realpolitischer Geister auf sich, die insbesondere durch positive Einzelarbeit, z. B. in den aufblühenden Gewerkschaften, eine innere Annäherung an das bestehende System vollzogen hatten. Dabei war es weniger das Endprogramm, als die taktischen Einzelfragen, an denen sich ein abweichender Standpunkt der liberalisierenden Rechten der Partei gegenüber der konservativen Linken geltend machte. Eine Abänderung des offiziellen Programmes hat die Opposition nicht durchgesetzt. Eine besondere Zuspitzung erfuhr diese Scheidung durch die große Frage, vor die sich die Partei am 4. August 1914 gestellt sah. Es ist bekannt, daß die damals aufklaffende Scheidung der Geister schließlich zu einer Spaltung der Partei geführt hat. Die Betrachtung einiger hervorstechender Erscheinungen der sozialdemokratischen Kriegsliteratur wird mir demnächst Gelegenheit geben, auf die damit zusammenhängenden Fragen an dieser Stelle noch etwas näher einzugehen.

# Die deutsche Revolution

Von Dr. H. O. Meisner

er bürgerlichen Revolution ist die proletarische auf dem Fuße gefolgt. Hatte jene das monarchische Prinzip durch das parlamentarische ersetzt, so läßt diese mit einem gewaltigen Sprunge das Ziel der „neuen Ära" vom 30. September hinter sich, um womöglich sogleich das Neuland des sozialistischen Zukunftsstaates zu erreichen. Und das zweitemal dringt die revolutionäre Welle, durch die allenthalben emporschießenden Arbeiter- und Soldatenräte, tief hinein in die Organisation der staatlichen Macht und Verwaltung, eine Aufgabe, die in so kurzer Zeit zu erfüllen nur unter Anwendung radikalster Mittel — nicht mit den zahmen Methoden der Bourgeoisie — möglich war.

Die Revolution vom 9. November ist eine vollzogene Tatsache. Es fehlt uns heute die Ruhe und der Abstand von den Dingen, um die Frage nach dem Warum und dem Wie befriedigend zu beantworten. Auch bleibt jetzt keine Zeit, den Blick nach rückwärts zu richten, da brennende Gegenwartsprobleme den ganzen Menschen verlangen. Worauf es ankommt ist das, sich ein klares Bild von den herrschenden Zuständen zu machen und in den Vordergrund zu rücken, was die conditio sine qua non der ferneren Entwicklung darstellt.

Nach dem Grundsatz: dem Sieger die Beute, teilen sich die alte Sozialdemokratie und die U. S. in die Regierung, während die Bürgerlichen leer ausgingen. Obwohl dadurch wertvolle Kräfte brachgelegt sind, was auch die Mehrheitssozialisten erkannten, und deshalb ursprünglich verhindern wollten, muß kühle Besonnenheit anerkennen, daß es zunächst wichtiger war, die Bildung einer unabhängigen Opposition zu verhüten, weil sonst die Aufrichtung der neuen Ordnung überhaupt gefährdet wurde. Die Umrisse dieser neuen Ordnung tauchten überraschend schnell aus den Novembernebeln der Revolutionstage auf. Nach dem Muster der Sowjets — wie einst England für die liberalen Verfassungen, so ist jetzt Rußland für die sozialistischen das geheiligte Vorbild — sind bekanntlich auch bei uns Arbeiter- und Soldatenräte begründet worden, jene Sturmvögel revolutionärer Umwälzungen nach verlorenen Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts.

Indem die Genossen der einzelnen Betriebe, Kasernen und Lazarette sich zu Wahlkörpern zusammenschlossen, schafften diese Organisationen in ebenso primitiver wie konsequenter Weise dem sozialistischen Proletariat die Handhabe, um die Diktatur seiner Klasse mit einem Schlage durchzusetzen. Denn dadurch, daß über das ganze Land hin die A.- und S.-R. gleichsam aus dem Boden wachsen, wird die politische Macht des alten Regimes nicht nur an der Zentralstelle, sondern in allen ihren lokalen Verästelungen lahm gelegt. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind also zunächst nichts weiter, als Hilfskonstruktionen der Revolution, die ihre Macht sichern sollen, Träger und Stützen der sozialistischen Befehlsgewalt, gleichsam dezentralisierte Symbole der Volkssouveränität, das „Volk" als Proletariat gefaßt. In den Kreisen der Mehrheitler wird auf diese Eigenschaft der Nachdruck gelegt: so schreiben die „Sozialistischen Monatshefte": „Die Räte sind ein Notbehelf für die Übergangszeit, die Konstituante im Reich, im Staat und in der Gemeinde ist das Endziel." Auf seiten der Unabhängigen, vor allem der intransigenten Spartakusgruppe (Liebknecht), denkt man über die Lebensdauer der Institution wesentlich anders, hier ist die Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates als endgültiger Regierungsbehörde bereits angekündigt worden. [1])

[1]) Vgl. Punkt 6 des Programms der Spartakusleute in der ephemeren „Roten Fahne" vom 10. November 1918.

Vorderhand kennt niemand die Länge der „Übergangszeit", und so nehmen die neuen Bildungen von Tag zu Tag festere Gestalt an. Der am 9. November provisorisch, tags darauf in seiner eigentlichen Form ins Leben getretene Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat hat „bis zum Zusammentritt sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands" [2]) die Führung der Geschäfte übernommen und als eigentliches Regierungsorgan aus seinem Schoße einen 28gliedrigen sogenannten „Vollzugsrat" gewählt, der zurzeit die höchste Gewalt im Reiche darstellt. Vom Vollzugsrat ist das 6gliedrige „politische Kabinett" für Preußen mit der paritätischen Spitze: Hirsch—Ströbel am 11. November ernannt worden, zum Teil aus eigenen Mitgliedern (Ströbel, Braun). Es geschah damit also das staatsrechtliche — wenn dieser Begriff in revolutionären Zeiten erlaubt ist — Kuriosum, daß die Regierung eines Gebietes von 40 Millionen Einwohnern einem lokalen Wahlkörper ihren Ursprung verdankt, ohne daß auch nur die sozialistischen Elemente außerhalb Berlins gehört worden wären. Die gleiche Erscheinung, sogar in noch krasseren Formen, begegnet uns bei der Konstituierung der neuen Reichsleitung. Denn der „Rat der Volksbeauftragten", der die Portefeuilles des Gesamtstaats unter sich verteilte, und dessen einer Führer sich „Reichskanzler" nennt, verdankt seine Existenz nichts anderem als höchstens einer „Wahl" wiederum jenes Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates, wenn man dessen Akklamation vom Sonntag angesichts der vollzogenen Einigung beider sozialistischer Gruppen und des „fait accompli" der Ministerliste noch so nennen darf. Diese napoleonischen Methoden der Volkswillensbestimmung sind ebenso anfechtbar, wie die Herkunft der Wahlkörper selbst, läßt sich doch „irgend ein geordnetes Wahlverfahren für die Räte, das Gewähr für gleichmäßige Vertretung aller Meinungen gibt", nach der bereits erwähnten sozialistischen Korrespondenz „weder schaffen noch auch nur ausdenken".

Um so eindringlicher muß der provisorische Charakter der ganzen Räteregierung betont werden, da es auf „gleichmäßige Vertretung aller Meinungen" nicht nur im Proletariat, sondern im ganzen Volke ankommt und, wie die Dinge liegen, wichtige und wertvolle Schichten dieses Volkes zwar nicht mehr in Wort und Schrift, um so stärker aber in ihrer politischen Handlungsfähigkeit ausgeschaltet sind. Die Räte sind, nach einem glücklichem Worte aus sozialistischem Munde, Kampforganisationen, nicht dauernde Verwaltungseinrichtungen und „das beste Kriegsschiff ist der schlechteste Handelsdampfer". Die entscheidende Frage der Zukunft lautet: gehen wir den russischen Weg weiter, um im Chaos und Elend aller Volksteile zu enden, oder gelingt es, den gesunden Elementen unserer Sozialdemokratie, die sozialistisch-proletarische Revolution in die Bahnen der echten, alle Volksgenossen umfassenden Demokratie überzuleiten und so durch kluges Nachgeben im einzelnen die Gefahr zu vermeiden, daß die Errungenschaften des 9. November im ganzen aufs Spiel gesetzt werden. Und da ist heute gar kein Zweifel: die Stimme der Mäßigung wird weithin im Lager der Partei gehört; man will nicht in den Fehler des alten Regimes verfallen, indem der Zustand einer Minderheitsherrschaft länger als unbedingt nötig aufrecht erhalten wird. Redlich und mit unbefleckten Händen will man die im Sturm der Ereignisse erlangte konstituierende Gewalt an ihren wahren Verweser, die großdeutsche Nationalversammlung des gleichen Wahlrechts zurückgeben, wenn die Stunde gekommen ist. Denn man fühlt: noch ist der stolze Titel von „Volksbeauftragten" ein Vorschußlorbeer, und eine Partei, die erst vor wenigen Wochen mit dem ancien régime um eine Regierung des wahren Volksvertrauens gerungen hat, würde ihre eigene Vergangenheit Lügen strafen, wenn sie jetzt die Gelegenheit zur Bekundung dieses Vertrauens unmöglich machte.

In diesen Gedanken sind sich sämtliche sozialistischen Regierungen im Reich und den Bundesstaaten einig mit der gemäßigten Parteipresse und sie beherrschen ebenso die Stimmung der feldgrauen Revolutionäre, wie jeder be-

[2]) „Frankfurter Zeitung" vom 11. November abends.

zeugen wird, der mit den Soldatenräten Fühlung hat. Unsere Bolschewisten dagegen fordern die brutale Diktatur des Proletariats. Diese stellt nicht nur eine andere Regierungsform, sondern einen anderen Staat dar, nämlich den proletarischen, der eine Maschine zur Unterdrückung der Bourgeoisie sein soll. So hat es Wladimir Lenin vor einigen Wochen ausgedrückt in einem leidenschaftlichen Artikel gegen den „Renegaten" Kautsky, der es in seiner gleichnamigen Wiener Broschüre wagte, das Evangelium von der „Diktatur des Proletariats" anzuzweifeln und eine ehrlich demokratische Organisierung der Gesellschaft zu fordern.

Kautsky, der gebürtige Tscheche und künftige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Hugo Haases, rechnet sich zu den Unabhängigen. Er wird mit seinen besonnenen Lehren in ihrem Lager wenig Gegenliebe finden, ist man hier doch sehr unzufrieden mit der „lauen" Haltung der Truppen [3]) und nicht abgeneigt, die Frage der Konstituante sagen wir einmal — dilatorisch zu behandeln. Namentlich die Spartakusleute zeichneten sich von vornherein durch anarchistische Gewaltmethoden und Hetzversuche sehr unrühmlich aus. In der „Roten Fahne", zu der sie unter Anwendung des Terrors einen Tag lang den „Berliner Lokal-Anzeiger" umwandeln konnten, wurde in äußerst gehässigem Tone zum Widerstand gegen die Anordnungen Eberts, des „vom gestürzten Kaiser neugebackenen Reichskanzlers", aufgefordert. Vier Jahre lang, so heißt es dort, haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben sie euch gesagt, man müsse das „Vaterland" verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte. Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken. Der Aufruf schließt mit den Worten: Es darf kein „Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Gewänne dieser Geist die Oberhand, so wären die Folgen unabsehbar. Aber wie gesagt, augenblicklich ist das nicht zu besorgen. Der Organismus der Arbeiter- und Soldatenräte scheint gesund genug, um Krankheits- und Giftstoffe solcher Art auszuscheiden oder wenigstens unschädlich zu machen. Wie man in der Zirkus Busch-Sitzung vom Sonntag sich das Unrecht einer ultraradikalen Zusammensetzung des Aktionskomitees nicht bieten ließ, [4]) sondern auf seinen paritätischen Aufbau bestand, so scheint auch innerhalb der Einzelorganisationen das Regiment der demagogischen Hetzer und Nichtsalsagitatoren ein schnelles Ende gefunden zu haben. In einer bekannten militärischen Behörde Berlins zum Beispiel, die nahe dem Lehrter Bahnhof ihr Amtslokal hat, konnte sich im Drunter und Drüber des Anfangs ein junger Mensch als Gewalthaber aufspielen, und zwar angeblich legitimiert durch den Arbeiter- und Soldatenrat, der nichts weiter war, als ein gemeiner Betrüger, und der, als ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, mit Unterschlagungen das Feld seiner „Tätigkeit" räumte. Solche Erfahrungen müssen ernüchternd und belehrend auf die allzu vertrauensselige breite Masse wirken und haben es entschieden auch getan.

Wir können also hoffen, daß der gegenwärtige Ausnahmezustand in nicht zu ferner Zeit wieder normalen Verhältnissen Platz macht, daß die in Verwirrung geratenen Begriffe: „Gesetz", „Volksvertretung", „Recht" usw. von der legitimen Konstituante des deutschen Gesamtvolkes in jene neuen Formen gebracht werden, welche die veränderte Zeit erfordert.

Die baldige Einberufung der Nationalversammlung muß das ceterum censeo jedes wahren Volksfreundes sein. Ertönt der Ruf zu den Wahlen, so ist es heiligste Pflicht jedes mündigen Deutschen, zu seinem Teile mitzuwirken und nicht verärgert oder apathisch beiseite zu stehen, wie es leider bisher unter den

[3]) „Berliner Tageblatt" Nr. 584.
[4]) Vgl. „Vorwärts" vom 11. November.

sogenannten besseren Schichten der Fall war und bei ihrem weiblichen Teile künftig der Fall zu sein droht. Lade keiner durch Säumnis die Schuld an der Verfälschung der eigenen Zukunft auf sich! Bis zu jenem Momente aber sollten wir alle einmütig hinter dem Ordnung und Gerechtigkeit liebenden Teile der Sozialdemokratie stehen, und ihre Bemühungen, aus der unglücklichen Vergangenheit eine glücklichere Zukunft heraufzuführen, mit allen Kräften unterstützen.

Helft diesen neuen Meistern, so bannt ihr gute Geister!

# Flimmerkunst

## Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengeigger

### I.

Herrn Albert Ulrik Brendel.

Mein lieber Albert!

Seit langer Zeit schwebt mir ein Film vor, der sich mir immer deutlicher gestaltet. Ich werde ihn durchdichten und inszenieren. Des Bombenerfolges bin ich sicher. Alle Geschehnisse ranken sich um eine bedeutende Persönlichkeit. Nur Du mit Deiner reifen und feinen Kunst kannst sie verkörpern. Ich rufe Dich!

Es ist eine einfache Geschichte. Ganz aus dem Leben gegriffen. Alles in geraden Linien. Zum greifen wahr und echt.

Hör an!

In einer großen Residenz ein Chirurg, Geheimrat und Klinikdirektor, verheiratet, unangenehmer Mensch, unsicherer Diagnostiker und so. Sein Assistent Dr. Scholle, sehr sympathisch, wissenschaftlich und menschlich hochstehend, natürlich Du. Blick in das überfüllte Vorzimmer des Geheimrates. Die Mehrzahl der Patienten drängt sich nicht in des Geheimrats, sondern in Dein Sprechzimmer, weil Du, von allen anderen Vorzügen abgesehen, ein so besonders mitfühlender Arzt bist. Blicke in Deine und des Geheimrats Konsultationsstunde zeigen die verschiedene Wesensart der beiden Ärzte.

Dem mit Dir über den Flur der Klinik dahinwandelnden Geheimrat stellt sich ein junges Weib entgegen, hilfesuchend, denn sie ist guter Hoffnung und ohne Mittel. Der Geheimrat ist peinlich berührt, weist sie ab und entfernt sich. Charlotte entdeckt Dir, daß der Geheimrat der Vater des von ihr erwarteten Kindes ist. Edelmütig, wie Du bist, bringst Du sie gut unter und stellst den Geheimrat. Dieser zeigt sich abgeneigt, zückt einige Hundertmarkscheine als Abfindung, die Du zurückweisest. In der Erregung verletzt sich der Geheimrat an der Hand und kann daher die eilige Operation an einer hochgestellten Person nicht vornehmen. Die Aufgabe wird Dir übertragen. Der Geheimrat meckert grimmig, höhnisch und eifersüchtig. Selbstverständlich gelingt die Operation glänzend. Auch den Prinzen Franz hast Du, gegen das Votum des Geheimrates ohne Messer geheilt. Dafür wirst Du zum ordentlichen Professor und zum Direktor der Universitätsklinik ernannt. Die Dir angebotene Erhebung in den Adelstand lehnst Du in stolzer Bescheidenheit ab.

Inzwischen hat Charlotte ein Kindlein geboren und bittet Dich um Arbeit. Du schlägst drei Fliegen mit Einer Klappe, indem Du Charlotte als Pflegeschwester in der Säuglingsabteilung der Klinik anstellst, zugleich auch das Kind bei den Säuglingen unterbringst; so kann die Mutter Tag und Nacht für ihr Kind sorgen, ohne daß es als das ihrige bekannt wird. Die Haltung der Oberschwester Johanna, der Du die neue Pflegerin überantwortest, läßt schlimmes befürchten.

Charlotte bevorzugt ihr Kind, die Oberschwester will dies nicht leiden. Es gibt einen Auftritt. Du greifst ein. Charlotte holt nächtlicherweile ihr Kind und flüchtet. Doch Du begegnest ihr vor dem Haus, übergibst das Kind der Oberschwester, geleitest Charlotten in Dein Arbeitszimmer, erklärst ihr Deine Liebe und verlobst Dich mit ihr. Auf die teilnehmende Frage, ob der Geheimrat der einzige gewesen sei, antwortet Deine holde Braut mit dem unbeschreiblich rührenden Blick der Seelenreinheit. Du hauchst Dein Glück auf dem Cello aus.

Deine Haushälterin, der Du die Verlobung mit Schwester Charlotte mitteilst, telephoniert die Neuigkeit brühwarm der Oberschwester Johanna, die in ihrer Eifersucht die Tätigkeit in Deiner Klinik sofort aufgibt und von dem Dir feindlichen Geheimrat, der Morgenluft zu wittern beginnt, als Operationsschwester angestellt wird.

Nun hast Du geheiratet und führst in Deinem eleganten Haus mit Charlotte und dem Kinde des Geheimrates ein ungetrübt glückliches Familienleben als Gatte, Adoptivvater, berühmter Chirurg und Geheimrat, denn auch diese Auszeichnung ist Dir geworden, noch ehe das Kind seinen ersten Geburtstag gefeiert hat.

Der feindliche Geheimrat und die intrigante Oberschwester Johanna hecken scheußliche Pläne aus. Charlotte ist, wie ein alter Aufnahmeschein zeigt, vor Zeiten auf Empfehlung eines Malerprofessors wegen „Krankheit" in die Klinik aufgenommen worden. Drum läßt der Geheimrat sich vom Professor malen, lebensgroß, in Öl. Dann gibt er, um Deine Gattin unversehens mit dem Professor zusammenzubringen, eine große Gesellschaft, zu der er auch Dich und Deine Gattin einlädt. Großzügig und vorurteilslos, wie Du bist, bestimmst Du Deine Gattin zur Annahme der Einladung.

Gesellschaftsabend. Beim Wiedersehen von Geheimrat und Charlotte züngelnde Blitze in den Blicken. Doch Fassung, alles geht gut. Da wird der Malerprofessor Deiner Frau vorgestellt. Er sagt: „Na, Lottekind, wie kommst denn Du hierher?" Charlotte fällt in Ohnmacht. Du bringst sie nach Hause, bittest sie um Offenheit und bist bereit, alles zu verzeihen. Sie aber antwortet wieder mit dem ihr eignen Blick rührender Seelenreinheit.

Du gehst zum Malerprofessor, ihm Deinen Handschuh ins Gesicht zu schlagen. Der aber sagt: „Um ein solches Weib setzt sich eine chirurgische Kapazität ersten Ranges nicht dem Zweikampf aus. Ich war bei Charlotte nicht der erste und nicht der letzte."

Szene in Deinem Heim:

„Nimm Dein Kind und verlaß das Haus!"

„Wohin?"

„Woher Du kamst. Auf die Straße!"

Sie geht. Du bleibst allein. In unnennbarem Schmerz.

Die Oberschwester Johanna ist nicht müßig. Das gewagte Verfahren der Herzoperation, das Dich berühmt gemacht hat, ist in einigen Fällen mißlungen. Johanna verbreitet das Gerücht von Mangel an Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, von Verletzung ärztlicher Standespflicht. Der feindselige Geheimrat greift dies begierig auf und gewinnt den Vorstand der Ärztekammer für Einschreiten. Drei ehrwürdige Vertreter der Kammer erscheinen bei Dir, den das Leid der Seele dem Wahnsinn nahegebracht hat. Die Zweifel der alten Herren erregen Dich stark, doch Du versprichst, ihren Wunsch zu erfüllen und anderen Tages im Sektionssaal die Herzoperation an einem Leichnam vorzunehmen. Die Herren wollen unauffällig anwesend sein, um ein Urteil über Dein Verfahren zu gewinnen. Wut erfüllt Dich und Wahnsinn, doch Du ermannst Dich.

Im Operationssaal. Alle Hörerplätze von Studenten besetzt. Unter ihnen im Vordergrund unauffällig die drei alten Ärzte. Auch der feindselige Geheimrat und die Oberschwester Johanna. Der verhüllte Leichnam wird hereingetragen. Du erscheinst im Operationskittel und schlägst das Tuch zurück.... Charlotte!

Du erstarrst. Dann küssest Du ihre Lippen, lange, lange! Es drängt zur Katastrophe, Du setzest das Messer an, dann aber unter dem Ruf: „Ich kann nur

am lebendigen Körper schneiden und in Ermangelung eines andern — —" erstichst Du Dich und brichst zusammen. Doch die Oberschwester Johanna, vom Gewissen geplagt, beschuldigt sich selber: „Ich habe ihn getötet. Er war ein vortrefflicher Chirurg und hat keine Kunstfehler begangen. Wehe mir!"

Hiermit schließt das erschütternde lebenswarme Drama.

Alle Mitwirkende werden gegen Dich gebührend zurücktreten, Dir nur als Folie dienen. Selbst Charlotte darf nicht um eines Haares Breite mehr Spielraum erhalten, als durchaus notwendig ist. Du selbst aber wirst Gelegenheit haben, alle Register zu ziehen, Deine durchgeistigte Charakterisierungskunst, Deine virtuose Genialität in der Menschendarstellung zu entwickeln. In der Wahnsinnsszene wirst Du gleich Hamlet mit einem Totenschädel spielen können, und das Schlußbild wird grandios sein wie der Tod Othellos. Damit Du auch Deine Humore leuchten lassen kannst, gebe ich Dir eine in Dich — selbstverständlich — verliebte Haushälterin, und in jedem Akt sollst Du Dein geliebtes Cello spielen, so oft und so lange Du willst.

Mit fieberhafter Ungeduld erwarte ich Deine Antwort.

Ewig Dein

Waldemar Hayn

II.

Mein bester Hayn!

Deinen Film habe ich zunächst für einen glänzenden, verheerend schlechten Witz gehalten. Im Zweifel auf alles gefaßt, mußte ich auf Fernanfrage von Dir hören, daß es Dir ernst ist.

So will ich Dir die Wahrheit gründlich sagen.

Diese Ausgeburt Deiner ungezügelten Phantasie wird das einfältigste, läppischste und schamloseste Schauerstück sein, das jemals auf der Leinwand geflimmert hat. Dies will viel heißen, denn was in gesteigertem Maße der geehrte Publikus sich an Scheußlichkeiten bieten läßt, das geht schon auf keine Kuhhaut mehr. Wenn man das Niveau des Films noch mehr erniedrigen kann, Dein Machwerk erreichts.

In welcher Welt lebst Du denn, um solchen Kuhmist auftischen zu können? und in welchen Kreisen verkehrst Du, um so geistige Gesundheit, Gleichgewicht, Anstand und Einsicht zu verlieren?

Alles in Deinem „Drama" glitzert von Unkenntnis der realen Verhältnisse, alle Voraussetzungen sind falsch, alle Geschehnisse unmöglich.

Ich greife nur das Krasseste heraus.

Dr. Scholle stellt ein Mädchen, von dem er nur weiß, daß es ein uneheliches Kind geboren hat, Vater sein bisheriger Vorgesetzter, als Pflegeschwester in der Säuglingsabteilung der ihm anvertrauten Klinik an. Unsinn! Ohne Vorbildung, Bewährung, Zeugnisse! Das Laientum einer solchen „Schwester" würde in der ersten Stunde erkannt werden, und der Skandal wäre sicher. Dr. Scholle ist ein urteilsloser Troddel.

Charlotte soll ihr Kind gleich den anderen pflegen, ohne daß man ihre Mutterschaft gewahr wird. Wie dumm! Die Abstammung des Kindes muß doch in der Anstalt bekannt sein. Auch der Familiennamen der Schwester Charlotte läßt sich nicht verhehlen. Oder hat Dr. Scholle zu edlem Zweck eine kleine Fälschung veranstaltet? Jedenfalls muß die Mutterschaft Charlottens sich durch ihre Zärtlichkeit verraten. Der berechtigte Argwohn der Oberschwester erwacht. Scholle, der eine falsche Schwester in der Universitätsklinik untergebracht hat, setzt sich zudem dem Verdacht aus, die eigene Geliebte und das eigene Kind eingeschmuggelt zu haben. Ein Quadrattrottel, reif zum Disziplinarverfahren!

Die ihm dann so überraschend anverlobte Charlotte fragt der beseelte Bräutigam, ob der Kollege Geheimrat der einzige gewesen sei. Der blöde Esel fragt, und die holde Braut läßt es sich gefallen, ohne ihm den Laufpaß zu geben. Und er merkt nichts.

Er heiratet Schwester Charlotte vom Fleck weg und lebt mit ihr und dem Kinde seines Kollegen sehr glücklich und höchst stolz auf seine Frau.

Wie stellst Du Dir dies alles eigentlich vor, mein bester Hayn? Der Mann lebt doch in seiner Umwelt. Er hat seinen Verkehr, freundschaftlichen, geselligen, wissenschaftlichen. Er versendet Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Papiere sind für das Standesamt zu beschaffen, Besuche werden gemacht und empfangen, das Hochzeitsfest kann nicht unbeachtet bleiben — und nichts geschieht, was das Glück des berühmten, begehrten und reichen, nach kaum einem Jahr vom Assistenten zum Geheimrat aufgerückten, beinahe geadelten (richtiger: geadelt worden seienden) Mannes trüben könnte.

Glaubst Du denn, daß „die Welt" einen solchen Schlag ins Gesicht, die unter so seltsamen, mindestens seltsamen, Umständen geschlossene Verbindung mit einer Frau von zweifelhafter, mindestens zweifelhafter, Vergangenheit hinnehmen oder gar billigen werde? Im Leben nicht. Auf der guten Bühne nicht. Im guten Roman nicht. Aber nicht wahr, liebster Freund, im Flimmerkasten geht alles?

Doch Du treibst es noch toller. Charlotte ist einst dem Kollegen Geheimrat, dem Vater des Kindes, von einem Maler als „krank" in die Klinik geliefert worden. Pfui Teufel! Darauf baut der Hintertreppenschurke, der als verheirateter Mann mit seiner Patientin ein Verhältnis angefangen hat, den weitausholenden Plan zur Vernichtung des jungen Ehepaares. Scholle, der Kubiktroddel, mutet seiner vergötterten Frau die Qual zu, mit ihm zusammen Gast zu sein des jämmerlichen Mannes, des letzten auf Erden, mit dem zusammenzutreffen sie über sich gewinnen könnte —, wenn Du nicht ein so hirnverbrannter Filmdichter wärest.

„Na, Lottekind, wie kommst Du hierher?"

Sagt so ein anständiger Mensch, geschweige ein berühmter Malerprofessor, zur vornehmen Gattin eines nicht minder berühmten Klinikers, wenn er ihr in Gesellschaft vorgestellt wird und eine Ähnlichkeit zu entdecken glaubt? oder gewiß ist, daß Frau Geheimrat Scholle einst Lottekind war? In welcher Welt lebst Du denn? frage ich nochmals.

Hast Du nun endlich genug? Ich auch.

Nur das Eine kann ich Dir nicht schenken: mein Freund, der berühmte (alle meine Freunde sind berühmt) Geheimrat L., hat die ganze Ärztegeschichte für kindisch-unreife Stammelei erklärt; das Eingreifen der drei Mümmelgreise von der Ärztekammer, die Herzoperation an einem Leichnam, das Erscheinen der toten Frau Geheimrat auf dem Seziertisch ihres Gatten und vieles andere sei nicht höherer, sondern höchster Blödsinn, berechnet auf die rohe Schaulust, die niedrigen Instinkte einer urteilslosen Menge.

Liebster Hayn, auf welches Publikum rechnest Du denn? Mir scheint: auf Dirnen, Zuhälter, lichtscheues Gesindel, Entgleiste, Halbaffen, Ganznarren, Idioten. Hast Du denn jeden Respekt verloren vor der Kunst, vor der anständigen Mitwelt, vor Dir selber?

Vor Dir selber und vor mir?

Mir, Deinem Freund und erstem Darsteller Deutschlands, mutest Du zu, diesen gottverfluchten quartier latin-Schmarren zu „tragen" und den Pöbel durch die Beweglichkeit und Ausdrucksfähigkeit meiner begnadeten Gesichtsmuskeln, insbesondere der corrugatores supercilii, des levator labii superioris, des Malaris und des Zygomaticus minor, in Mitleid und Furcht, in Rührung, Staunen und Ekstase zu versetzen?

Ich lehne ab. Ich streike. Vernichte Dein unseliges Manuskript und bete andere Götter an!

Deinen Einwand kenne ich. Du sagst, ich hätte schon in vielen Flimmerschmarren die tragende Rolle gespielt, also —

Du hast recht. Leider! Meine Hoffnung war, den Film aus den Niederungen emporzubringen. Es war ein schöner Traum! Der Film war nicht aufzuhalten. Er sank tiefer und immer tiefer. Künftighin werde ich nicht mehr für die Leinwand spielen. Du hast mir die Augen geöffnet. Heißen Dank!

Viele Tausende von Kinos verseuchen das Land und ziehen das Volk, jung und alt, arm und reich, zum Oden, Trivialen, Schiefen, Gemeinen hinab. An ihren Früchten sollst du sie erkennen! An uns alle aber ergeht heute der Ruf: Sursum Corda!

Ich werde mit Dir noch ein Hühnchen zu pflücken haben, kummsch mer norr emol in mei Gass!

Bis dahin Dein wohlgewogener Freund

Albert

III.

Waldemar Hayn an Albert Ulrik Brendel.

In Eile! Innigen Dank für Deine mir so wertvolle Zusage!

IV.

Vom 14. Oktober ab: Im Sardanapal-Saal:

Der Schlager des Tages!

Dr. Scholle

Grandioses Drama aus der wissenschaftlichen Welt der Großstadt.

Von Waldemar Hayn.

In der führenden Rolle Albert Ulrik Brendel.

In der Uraufführung vor geladenen Gästen hat diese bedeutende Schöpfung starke Erschütterung und tiefgehende Sensation ausgelöst.

# Weltdemokratie oder nationaler Sozialismus?

Von Georg Cleinow

Nach dreiwöchentlichem Aufenthalt in der deutschen Ostmark, drei Tage in der Reichshauptstadt! — Berlin hat mich schon immer während des Krieges enttäuscht und abgestoßen, wenn ich, sei es aus Polen, sei es aus meiner Batteriestellung an der Westfront für einige Tage heimkehrte. Berlin und seine Gesellschaft kann einen, der aus der Provinz hinkommt, geradezu anwidern. Berlin ist oder scheint wenigstens international. In jedem Falle ist es etwas ungeheuer wahllos Gemischtes. Ein Gefühl für das große deutsche Volk draußen scheint nicht vorhanden oder nicht aufzukommen. Berlin ist die kalte Stadt der Politik, der Börse, des Rechenexempels und — der Furcht! Am Anfang des Krieges haben die Kreise, die sich „Berlin" nennen, Furcht vor dem durchschlagenden deutschen Siege gehabt, später wagten sie nicht, sich durchzusetzen als der nach ihrer Meinung verhängnisvolle unbeschränkte U-Bootkrieg zur Anwendung kommen sollte. Berlin hat zwar der Reichstagsmehrheit von 1917 zugejubelt, aber es hat nicht gewagt, die Konsequenzen aus seinen Auffassungen zu ziehen. Es fürchtete die Verantwortung! Berlin hat geholfen die Stimmung im Lande zu untergraben, aber es hat nicht gewagt gegen Ludendorff offen Front zu machen, ehe er nicht selbst kapitulierte. Wenn heute von Ludendorffs politischen Fehlern die Rede ist, so wird man ihnen immer die Halbheit und Schwächlichkeit der Berliner Opposition zur Seite stellen müssen, die nicht wagte so nachdrücklich für ihre Überzeugung einzutreten, wie es die Größe der Aufgabe erforderte. Während Ludendorff die Verantwortung für seine Anordnungen mutvoll

und in unbeschränktem Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes übernahm, hat Berlin, hat die Berliner Demokratie genörgelt und Mißtrauen gesät, nicht aber freimütig und großzügig gehandelt. Man hat gewartet, bis das System sich totlief und von selbst zusammenbrach, um dann prahlen zu können: seht, wir haben es immer gesagt! Nun der Löwe tot ist, zaust man ihm am Fell.

Berlin, das ist, politisch angesprochen, die Berliner Demokratie, führt nun nach dem Zusammenbruch der monarchischen und bürgerlichen Regierung ihr altes Leben fort. Selbst unfähig eine positiv arbeitende Regierung zu bilden, sieht sie ihr Heil in der Negation. Das Volk, der große deutsche Begriff des Volkes ist ihr fremd. Ihm gegenüber steht sie nur mit Furcht und Zagen! Mißtrauisch und furchtsam steht Berlin der deutschen Sozialdemokratie ebenso gegenüber, wie den in der Vaterlandspartei vereinigten Kräften, ohne ein Verständnis dafür zu bezeugen, daß in den organisierten Massen der deutschen Arbeiter im Augenblick ganz allein noch das Fünkchen Hoffnung liegt, daß das deutsche Volk nicht vollständig zugrunde geht. Darum ist auch der erste Sammlungsversuch, der vom Berliner Bürgertum ausgeht, ein Erzeugnis der Furcht.

Die Berliner Demokratie glaubt die Regierung Ebert dadurch stützen zu sollen, daß sie ihr eben in diesen Übergangszeiten Opposition macht. Die Herren argumentieren, wenn jetzt das Bürgertum hinter die sozialistische Regierung träte, dann würde die Spartakusgruppe ein so starkes Agitationsmittel gegen die Regierungssozialisten erhalten, daß die Arbeiter und die aus dem Felde heimkehrenden Soldaten sich ohne weiteres hinter Liebknecht und Rosa Luxemburg stellten, um Ebert und Genossen zu stürzen. Allein diese Beweisführung sollte geeignet sein, alle und jeden mit dem tiefsten Mißtrauen gegen einen Aufruf zu erfüllen, der, von Theodor Wolff entworfen und von einigen Mitgliedern des linken Flügels der letzten nationalliberalen Reichstagsfraktion an die Öffentlichkeit gebracht, zur Bildung einer großen demokratischen Partei unter Ausschluß der alten Rechten auffordert. Jeder denkende Arbeiter, der den Aufruf dieser Demokratie in die Hände bekommt, wird sich ohne weiteres sagen, daß er es mit Vertretern eines international interessierten Großkapitals zu tun hat, die für die wirtschaftlichen Interessen des Großhandels eintreten wollen, nicht aber mit Männern, deren Gefühle in dieser furchtbaren Stunde vor allem dem Wohlergehen des deutschen Volkes gehören. Der Aufruf ist kühl und berechnend, und weil man es merkt, daß ihm sehr kühle Berechnungen zugrunde liegen, stößt er ab und treibt die durch die Möglichkeit eines Zusammenschlusses des internationalen Kapitals erschreckten Massen erst recht von den Regierungssozialisten fort in die Arme der Spartakusleute. Der Aufruf der Berliner Demokraten entspringt nicht dem Bedürfnis des Augenblickes, sondern ist ein Erzeugnis der Furcht vor dem Sozialismus und vor den natürlichen Instinkten des um einen siegreichen Krieg betrogenen Volkes.

Aus diesem Grunde ist es verständlich, wenn fast gleichzeitig alle jene Idealisten, die schon längst dem Volksbunde für Freiheit und Fortschritt angehörten, zur Gründung einer anderen demokratischen Partei, zu einer, wie sie meinen, wahren Volkspartei auffordern. Alfred Weber ist wohl der geistige Führer dieser Idealisten- und Professorenpartei. Dem augenblicklichen Bedürfnis entspricht aber auch diese Gründung nicht, so sehr sie geeignet erscheint, die politische Erziehung der Nation, die wir unbedingt brauchen, zu fördern. Sie ist wohl kaum geeignet eine Einigung des ganzen Bürgertums herbeizuführen, um so mehr aber die schon vorhandenen Gegensätze in ihm zu vertiefen. In beiden Gründungen tritt nicht der Wunsch zur Einigung zutage, sondern das Bestreben, die während des Krieges aufgeklafften Gegensätze noch mehr zu betonen. Das ist wieder dieselbe Cliquen- und Klüngelwirtschaft, die wir schon vor dem Kriege zu beklagen hatten, und derselbe dünkelhafte Parteigeist, der unser innerpolitisches Leben eigentlich seit der Beseitigung des Absolutismus beherrscht. Ich vermag in den beiden Aufrufen nichts zu erkennen, was darauf hindeutet, daß „Berlin" etwas gelernt hätte!

Wer es heute ehrlich meint um die Sicherung der nationalen Zukunft, tritt ohne Rücksicht auf seine bisherige Parteistellung bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung hinter die Regierung Eberts, die den guten Willen zeigt, der Gesamtnation die Möglichkeit zu geben, sich eine neue freie Verfassung zu schaffen. Trotz schwerster Bedenken gegen ihre auswärtige Politik! Das ist der Sinn der Festsetzung der Wahlen für die Nationalversammlung auf den 2. Februar 1919. Die Wahl des Termins erscheint uns zwar reichlich spät; aber im Hinblick auf die lange Zeit, die die Demobilisierung der Armee in Anspruch nimmt, wird der Besonnene finden, daß sie eine Berechtigung hat. Eine Gefahr ist natürlich nicht fortzuleugnen: die lange Hinausschiebung der Wahl zur Nationalversammlung könnte den Spartakusleuten Gelegenheit geben, ihre Propaganda um so nachhaltiger ins Volk zu tragen, als Ernährungsschwierigkeiten und Arbeitsmangel eine große Unruhe in den Massen erzeugen werden. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, daß die Zeit zur Wahlvorbereitung nicht den Spartakusleuten allein zugute kommt sondern allen Parteien: Regierungssozialisten, Demokraten, Zentrum und Konservativen; die Armee bringt nicht nur linksradikale Sozialisten, sondern auch Vertreter einer bürgerlichen Wirtschaftsordnung zurück ins Land, und mit ihnen werden die Sozialisten bei den Wahlen für die Nationalversammlung nicht minder zu rechnen haben wie mit den Spartakusleuten. Man habe doch endlich Vertrauen in den gesunden Sinn des deutschen Volkes! Die für die deutsche Zukunft allein ausschlaggebenden Fragen, die der Nationalversammlung vorzulegen sind, gipfeln in der Entscheidung, ob die deutsche Wirtschaftsordnung fortab auf der Grundlage der sozialistischen oder der liberalen Weltanschauung beruhen soll, oder ob sich, wie es wahrscheinlich ist, ein Kompromiß zwischen den beiden Extremen findet. Neben dieser Frage treten die Fragen nach Monarchie oder Republik vollständig in den Hintergrund. Wer es heute ehrlich meint, um die Sicherung der nationalen Zukunft, muß alles vermeiden, was geeignet ist, die bürgerlichen Parteien zu zersplittern.

Im klassischen Lande des Staatssozialismus ist es sehr wohl möglich, daß bisherige Konservative zusammen mit den Sozialisten gehen, aber es scheint ausgeschlossen, daß die Liberalen mit den Sozialdemokraten gehen. Bei einer so weit entwickelten sozialen Gesetzgebung, wie sie das Deutsche Reich hat, können wir unter den Sozialdemokraten ohne weiteres ein viel gesunderes, viel natürlicheres nationales Empfinden voraussetzen, als bei jenen Liberalen des internationalen Großkapitals, die eben jetzt zur Bildung einer demokratischen Partei auffordern. Aus diesen Gründen sollten die Parolen für die Nationalversammlung nicht lauten: hie Republik — hie Monarchie! — sondern: hie Sozialismus! — hie Liberalismus! Das wären ehrliche Parolen, wohl geeignet, uns aus der bisherigen Parteilüge herauszuführen und eine Basis für ein Parteiensystem, dessen wir nach der Parlamentarisierung des politischen Lebens bedürfen, zu schaffen. Daraus ergibt sich: nicht Fortsetzung des Parteikampfes nach zwei Fronten mit alten Parolen und den alten verrosteten Waffen, sondern überparteiliche Einigung. Nicht darf die Losung für die Einigung heißen: „von Kardorff bis Stegerwald", sondern: „von Westarp bis Stegerwald". Dazu aber ist es notwendig, daß jüngere, noch nicht diskreditierte Kräfte in den Vordergrund treten und daß alle jene führenden Männer, die durch ihre Halbheit im Handeln mit Schuld an unserer furchtbaren Katastrophe sind, auf der ganzen Linie von rechts bis links zurücktreten. Hat die Nationalversammlung entschieden, auf welcher Wirtschaftsgrundlage Deutschland fortab sich zu entwickeln haben wird, dann mögen sich wieder alle jene Parteiungen einstellen, die anscheinend notwendig sind, um die Entwicklung des deutschen Volkes zu gewährleisten.

# Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Englands Sieg?** England geht in die Kirche und dankt Gott für die Errettung aus großer Gefahr. Ist sie tatsächlich überwunden? Hat England gesiegt? Nur dann, wenn wir jetzt erlahmen und die gefährliche Waffe nicht nutzen, die uns blieb: den preußischen Geist. Die Engländer jubeln, daß der preußische Militarismus vernichtet sei und wissen nicht, daß sie sich unter sein Joch gebeugt haben: England ist militarisiert, bleibt militarisiert und — sollte militarisiert werden nach dem Willen seiner Gewalthaber zu Zwecken, die wir heute nur in ungefähren Umrissen zu erkennen vermögen. Sein Friedensdiktat, sein eifriges Bemühen, ein den Frieden um jeden Preis suchendes Volk zu entwaffnen, deutet kaum auf pazifistische Neigungen. Daß es unser Erbe in unserem Geiste verwalten wird, muß jeder bezweifeln, der Englands Geschichte und seine Praktiken kennt. Das in den Ideen der westlichen Demokratien wurzelnde Volk, das das persönliche Opfer um der Gesamtheit willen nicht verträgt, wird nie imstande sein, den tiefen Sinn, das ungeheuere moralische Gewicht unseres Volksheeres zu erfassen, das in einem fünfzigmonatigen Kampfe nicht erlag. So ist nunmehr ein Keil hineingetrieben in das innerste Mark dieses Volkes. Das ist um so gefährlicher für England, als es der Gefahr ausgesetzt sein wird, überaltert zu erscheinen. Den Militarismus hat es ja selbst um seiner Rückständigkeit willen bekämpft und dieses Urbild der ganzen Welt eingeimpft, dem bürgerlichen Liberalismus Englands aber ersteht ein jugendfrischer Feind im Sozialismus, der heute sein Haupt erhebt. Es ist kein Zufall, daß der Sozialismus in Deutschland den Militarismus in der Herrschaft ablöste. Der sozialistische Geist ist gleich dem militärischen antiindividualistisch. Der gleiche Nährboden brachte beide zur Reife. Bei uns in Preußen vermag auch, im Gegensatz zu Rußland, der Sozialismus die Schule der militärischen Disziplin, die er durchschritt, nicht zu verleugnen. Darin liegt die Möglichkeit seines Sieges auch außerhalb Deutschlands. Wenn aber die Wogen der sozialen Revolution bis in die fernsten Winkel des Kontinents rollen, so ist damit seine Einigung gegen England, den Geltungsbereich unbeschränkter individualistischer Strebungen erreicht. Das militarisierte liberale England erscheint nunmehr als gemeinsamer Feind, als Kulturhemmnis, und zwar genau im gleichen Sinne, wie den Alliierten Preußen erschien, nur mit dem Unterschiede, daß England tatsächlich durch seine Kontinentalpolitik stets ein Hemmschuh der Entwicklung gewesen ist. Napoleon, der dies sah, vermochte England nicht niederzuwerfen, und auch dem deutschen Volke ist es nicht beschieden gewesen, Europa durch Waffengewalt von diesem Albdruck zu befreien, da die Welt seine Mission verkannte. Aber die neue Flut des Geistes wird ihn hinwegschwemmen, sofern wir selbst den Glauben an uns behalten. Ein Feldzug des Sozialismus, der nur zu vergleichen ist mit dem Vordringen des Christentums, wird in England den Gipfel des blutgierigen Kapitalismus treffen und damit den Sieg gewinnen, der uns heute scheinbar versagt ist. Damit ist die Richtschnur für unsere künftige Politik gegeben: die geistigen Mächte stärken, die das durch den unnatürlichen Zusammenschluß von staatstheoretischem Individualismus und Militarismus schon geschwächte England vernichten müssen, sich mutig auf den Boden der neuen, im Sozialismus wurzelnden Verhältnisse stellen, ihnen die Formen unserer hochentwickelten Kultur aufdrücken, denn nur so bewahren wir Europa vor dem Chaos, das den einzigen Retter des Kontinents, den preußischen Geist, verschlingen würde.

# Neue Bücher

**Deutschland und der Friede.** Notwendigkeiten und Möglichkeiten deutscher Zukunft. erörtert von G. Bäumer, S. Broedrich, H. Dade, E. Daenell, R. Davidsohn, A. Dix, Fr. E. Endres, H. Gaudig, K. Hampe, F. Hendrichs, H. Herkner, E. Jäckh, R. Jannasch, E. Koenemann, P. Lensch, C. von Maltzahn, H. Oncken, R. Piloty, R. Pohle, K. Rathgen, F. Salomon, A. Schmidt, R. Sieger, W. H. Solf, K. Stählin, K. von den Steinen, G. Steinhausen, Th. Wanner, H. Waentig, L. Wegener, W. Wygodzinski. Unter Mitwirkung von Otto Hoffmann, herausgegeben von Walter Goetz. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918. Preis geb. 14 M.

Nicht ohne innere Bewegung greifen wir heute zu Büchern politischen Inhalts, die vor dem Absturz unserer deutschen Hoffnungen ihren Abschluß fanden. Am 1. September dieses Jahres hat Professor Walter Goetz als Herausgeber des vorliegenden Werkes zuversichtlichen Sinnes den letzten Federstrich daran getan. Er bestimmte damals den Zweck des Buches dahin, daß es dem inneren Zwist entgegenwirken und alle Vaterlandsfreunde im Zeichen des Sieges auf der Linie richtig verstandener nationaler Interessen sammeln wolle. Schon wenige Wochen später ertönte von weithin sichtbarer Stelle der Aufruf, aus tiefstem nationalen Unglück ein Letztes — die Kraft der Entsagung zu retten. Immerhin, das Werk ist nicht umsonst geschrieben. Freilich, Unwiderbringliches ging verloren und damit ist naturgemäß mancher fein ausgesponnene Gedanke dieser Beiträge, die klärend den Weg in eine frohe Zukunft weisen wollten, in sich zusammengesunken. Es gibt aber Gesichtspunkte, die wir unter allen Umständen bei der Beurteilung der Weltlage beibehalten müssen, und es ist immer ein geistiger Gewinn, sich mit Männern von hervorragenden Qualitäten über solche Dinge zu unterhalten. Der Herausgeber hat bei der Wahl seiner Mitarbeiter unter unseren Besten eine Auswahl getroffen, ohne sich engherzig an den „Standpunkt" zu binden. Gründliche Kenner behandeln die Einzelfragen, die durch den Krieg in den Umkreis unseres lebhaften Interesses rückten: so schreibt z. B. Piloty über das künftige Völkerrecht, Wygodzinski über den Wirtschaftskrieg und den Wirtschaftsfrieden, Endres über den deutschen Militarismus, Sieger über Österreich-Ungarn, Broedrich über Ostpreußen und Litauen, Rathgen über Ostasien, Lensch über die Arbeiterfrage, Herkner über das Finanzwesen usw. Fast alle Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat, werden in oft glänzenden Darstellungen erörtert. Es ist dringend zu wünschen, daß der Wißbegierige aus dieser Quelle schöpfe, denn es ist gewiß nicht nötig, in der Schilderung von Zukunftsmöglichkeiten eines sieghaften Deutschlands den Schwerpunkt dieses Werkes zu sehen, vielmehr kann man ihn in der ruhig sachlichen Sichtung und Beurteilung von Problemen suchen, die heute durch den Gang der Ereignisse nur in neue Beleuchtung gerückt sind, ohne völlig zu verschwinden.

M. K.

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37

# Nationalversammlung und Parteien

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Die große deutsche Nationalversammlung, deren Zusammentritt alle bürgerlichen Parteien und zugleich auch die Mehrheit der Sozialisten fordern, wird die weltgeschichtliche Probe auf das Exempel der deutschen Revolution von 1918 zu liefern haben. Denn in ihr erst wird sich entscheiden, ob das deutsche Volk diejenige politische Reife tatsächlich besitzt, die es sich zuerkennt, indem es die letzten Reste der Bevormundung durch den dualistischen Staat gewaltsam abschüttelt, die große Frage der deutschen Zukunft den Händen jenes bureaukratisch-militaristischen „Hauptausschusses", seiner bisherigen Regierung einschließlich der bisherigen verfassungsmäßigen Volksvertretung, entreißt und sie dem „Plenum" der ganzen deutschen Nation selbst über die bisherigen Reichsgrenzen hinaus vorlegt. Drohte nicht dauernd am Horizont das Gespenst des roten Terrors: auch die Kreise, die nicht auf dem Boden der sozialistischen Parteidoktrin stehen und die durch tiefgewurzelte Gefühle mit dem gestürzten monarchisch-autoritären Staatssystem verwachsen sind — auch sie empfinden heute etwas von jenem Kraftgefühl, wie es den ganzen Leib durchströmt, wenn man aus dem engen Gewinkel der Stadt in die lichte Weite von Wiese und Feld hinaustritt. Man fühlt Raum um sich, Spielraum und Blickfeld des politischen Wollens. Die Krücken politischer Vorzugsrechte sind uns Bürgerlichen recht unsanft aus der Hand gerissen, das zahlenmäßige Übergewicht der Massen macht uns die Selbstbehauptung nicht leicht. Wir sollten nicht zu laut lamentieren, daß dieser Mechanismus gegen uns aufsteht: den kapitalistischen Mechanismus, der auf weiter Strecke für uns arbeitete, haben wir uns gut und gerne gefallen lassen, obgleich er für jene, die andern, die heute das Heft in den Händen haben, das böse Weltprinzip schlechthin bedeutete, für sie, die von jenem grauenhaften Mechanismus zermürbt und entmenscht werden.

Es ist gut, daß die Stunde es uns nicht leicht macht. Denn nun muß es sich zeigen, ob es tatsächlich nur die Schlafwagen und Polsterwaggons des Privilegienstaates waren, die uns gemächlich und mühelos von der Stelle brachten, oder ob wir, wie die Besten unter uns — sie waren nicht immer die mächtigsten im Wilhelminischen Deutschland — zuversichtlich glauben und vertrauen, noch selber kräftige Beine haben, die sich getrost auch dann zum Wettlauf stellen können, wenn ihnen nicht ein Vorsprung von beträchtlichem Ausmaße von vornherein gewiß ist. Aber auch ohne roten Wahlterror von seiten der deutschen Ableger des Bolschewismus: leicht ist die Aufgabe nicht, die dem Bürgertum bevorsteht. Und es gilt deshalb, sehr ernsthaft und rechtzeitig die Frage zu erwägen, wie weit die bestehenden politischen Organisationen methodisch geeignet und aus-

reichend sind, um der großen Aufgabe zu genügen: ohne kleinliche Zersplitterung aber auch ohne matte Verwaschenheit die Lösungstypen der deutschen Verfassungsfrage, die das deutsche Bürgertum vorschlägt, in entschiedenen gewichtigen und geschlossenen Stimmkomplexen in die Wagschale zu werfen.

Ist diese Aufgabe klar und deutlich als die entscheidende erkannt, so müssen sich lebhafte Zweifel regen, ob das überkommene Parteisystem ihr gewachsen ist. Wenn Clausewitz den Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln nannte, so könnte man die Revolution, in der wir stehen, als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bezeichnen. Nun hat schon im Kriege unsere überkommene Parteiung versagt oder hat sich doch nur sehr notdürftig der neuen Problematik angepaßt. Der Revolution vollends steht sie schon deshalb noch hilfloser gegenüber, weil sie bis auf die äußerste Linke grundsätzlich antirevolutionär war. Und nachdem sogar der „Vorwärts" noch vor ganz kurzem erklärt hat, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sei überzeugt monarchistisch gesinnt, nachdem die „Frankfurter Zeitung" und ihre Gesinnungsgenossinnen durch vier Kriegsjahre sich als Stütze von Thron und Altar aufgespielt haben, nach allem wirkt es etwas komisch und nicht sehr würdig, mit welch unverfrorener Selbstverständlichkeit die bürgerliche Linke ihre monarchistische Livree von gestern — es scheint wirklich, daß es nur eine solche war — mit dem republikanischen Sansculottenkostüm vertauscht hat: nach einer Revolution wohlverstanden, die dies Bürgertum weder „gewollt" noch ins Werk gesetzt hat, bei der es lediglich die höchst unerfreuliche Rolle des halb neugierigen, halb ängstlichen Zuschauers gespielt, höchstens sich gelegentlich heldenmütig als Claqueur betätigt hat, wenn die Allzuvielen gegen einen gestern umjubelten Großoktav- oder Duodezdynasten „kreuziget ihn" schrien. Sollte es sich mit dem Umlernen im November 1918 nicht ähnlich verhalten wie im August 1914, wo der neunmal gescheite Bräsig auch bald einsah, daß er zwar mit der Fixigkeit, der bedächtige Karl Habermann aber mit der Richtigkeit vornean war. Vor Bräsig, vor allen, die um Himmels willen nur immer auf der Höhe sein wollen, haben die Spartakusleute keine Angst, diesen Bourgeoistypus verachten sie gründlich und mit Recht. Den anderen fürchten sie und wollen ihn mundtot machen, und darum wollen wir von der Rechten dafür eintreten, daß Karl Habermann, der eine schwere Zunge, einen geraden Sinn, einen bedächtigen gesunden Verstand und ein treues deutsches Herz im Leibe hat, sein allzu reichlich bemessenes Phlegma überwindet und in der Nationalversammlung ein vernehmliches Wort spricht. Denn ohne ihn, den vielgeschmähten, von den östlicheren Literaten überlegen mißachteten deutschen Michel kann und soll das Haus nicht gebaut werden, in dem der Wille des schwergeprüften deutschen Volkes seine Werkstatt, seinen Herd und seinen Altar auftun wird.

Das Symptom des Versagens unserer Parteiung vor den Kriegsproblemen war die Gründung eigener Kriegsparteien, der sehr zu Unrecht so genannten Vaterlandspartei und ihres matten Widerparts, des Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Man rührt an den Kernpunkt ihres Gegensatzes, so wenig man natürlich den letzteren damit ausschöpft, wenn man sie als militaristische und pazifistische Kriegspartei einander gegenüberstellt. Und wenn es sich heute als unser Grundfehler herausstellt, daß wir in allzu weitem Maße den Krieg als ein traditionell-militärisches Unternehmen auffaßten, ihn zu wenig als politischen, geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Vorgang, ihn vor allem allzu spät als Weltrevolution erkannten: dann ist eben damit die Einseitigkeit und Unzulänglichkeit einer spezifisch militaristischen Kriegsauffassung und Kriegsprogrammatik zugegeben. Wenn also auch die Vaterlandspartei an diesem Grundirrtum mit all ihren stolzen Plänen und Entwürfen gescheitert ist, gescheitert wie der eine große Mann, in dem sich ihr Wesen und Wollen monumental verkörperte: das eine Verdienst soll ihr nicht verkürzt noch geschmälert sein — sie hat unser gänzlich in innerpolitische Ziele vergafftes Volk, das in seiner überwältigenden Mehrheit ohne Kompaß und Route in diese Weltkatastrophe hineingetaumelt ist, erstmals auf große weltpolitische Ziele eingestellt. Maßlos in

ihrem Ehrgeiz, unreif in ihren Methoden hat die Deutsche Vaterlandspartei doch immerhin aus weltpolitischen Antrieben heraus gedacht und gehandelt, während sich die Kreise, aus denen sich die Gegengründung rekrutierte, dem Fortschritt der Parlamentarisierung, der Entwicklung der preußischen Wahlrechtsfrage allzeit mit brennendem Interesse folgten, für die Bedeutung Belgiens als englisches Glacis, für das Problem der Balkanbrücke oder des Bollwerks im Osten aber kaum zu erwärmen waren. Wenn alle Schuld am Mißerfolg heute auf die Heißsporne aus jenem Lager gehäuft wird, dann muß um so lauter betont werden, daß im Grunde die weltpolitische Gleichgültigkeit unseres Volkes zu diesem namenlosen Zusammenbruch geführt hat.

Heute ist dieser Pazifismus obenauf. An den Verhandlungstisch, auf dem sich das deutsche Geschick auf Jahrzehnte, vielleicht auf Jahrhunderte entscheiden wird, sendet eine improvisierte deutsche Regierung ihre Vertreter, die konkrete außenpolitische Ziele in ihrem Programm überhaupt nicht kennt, die in der impotenten Formel des Status quo durch all die Kriegsjahre das Heil erblickte, die den Krieg gar nicht als außenpolitisches Ereignis, die ihn nur um seiner Rückwirkung nach innen als positiven Posten einzuschätzen weiß. Wir können es nur als ein wahres Glück bezeichnen, daß die Entente wenigstens die abschließenden Friedensverhandlungen erst nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung, erst nach der Wiedereinsetzung einer für unser Gesamtvolk haftenden Regierung einleiten will. So werden wir vor dem Schlimmsten hoffentlich bewahrt bleiben, in der Friedenskonferenz lediglich durch sozialistische Utopisten und Doktrinäre ohne weltpolitischen Blick, ohne Erfahrungen, Interessen und Kenntnisse auf dem Gebiete der äußeren Politik vertreten zu sein. Zugleich zeigt sich hier aber auch die Verantwortung für die nächste Zukunft, die der Arbeit der Nationalversammlung zugemessen ist. Ihre Aufgabe ist die verfassungsgemäße Begründung einer Regierungsgewalt, die die gedeihliche freiheitliche Entfaltung im Innern, zugleich aber die kraftvolle Vertretung nach außen, die Wiederherstellung der einem 70 Millionen-Volk zukommenden Weltgeltung gewährleistet. Gegenüber den gewaltigen Entscheidungen, vor denen die deutsche Nationalversammlung stehen wird, versagen die Programme der bestehenden Parteien, der Friedens- wie der Kriegsparteien samt und sonders. Die Revolution des Staates muß notwendig eine Revolutionierung der politischen Parteiung nach sich ziehen. Es fragt sich nur noch, wie weit wenigstens deren Fundamente dem Wiederaufbau zunutze kommen können.

Gegen die radikale Neugruppierung unserer politischen Kräfte spricht neben der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit vor allem die Erwägung, daß nach einem natürlichen Gesetz der historischen Trägheit die bestehenden Organisationen nicht von heute auf morgen zu stürzen sind, daß bei der Schaffung neuer Parteien durch das rudimentäre Fortbestehen der alten die Zersplitterung und die allgemeine Verwirrung wachsen würde. Ein allzu großer Troß urteilsloser Mitläufer, die in allen Parteien das Gros ausmachen, würde dann jeden Halt verlieren und politisch dem Schicksal von Buridans Esel verfallen. Unendlich viele Stimmen gerade aus dem bürgerlichen Lager würden zersplittert oder der Wahl überhaupt entzogen werden, den Vorteil hätte die radikale Linke, die hinter ihrem heute offiziellem Parteiprogramm in geschlossenem Zuge zur Wahlurne marschieren würde.

Der Ausweg aus dem politischen Dilemma ist gewöhnlich der Kompromiß. Daß die überkommene Parteiung ungenügend ist, wird allgemein empfunden und anerkannt. Zur Bildung eines völlig neuen Parteisystems fehlt zunächst der Mut und die Entschlußkraft. So sehen wir allenthalben Versuche am Werk, die Parteiung durch Verschmelzung bestehender Gruppen zu vereinfachen, durch Zusammenballung zu gewichtigen Stimmenkomplexen zu gelangen. Die liberalen Parteien gehen voran, nun scheint auch im konservativen Lager eine Fusion bevorzustehen. Es scheint also, daß wir einer Art von bürgerlichem Trialismus zusteuern, dem ebenfalls ein sozialistischer Trialismus entgegenstände.

Dieser Doppeltrialismus bedeutet gegenüber dem großen Dualismus unseres Kriegsparlamentarismus, hinter dem die beiden Kriegsparteien standen, einen sichtlichen Rückschritt. Vor allem aber fehlt ihm der Bezug auf die Sonderprobleme, die die Nationalversammlung lösen soll, auf die hin die Wahl der Vertreter, die Gruppierung der Abgeordneten und zugleich der Wählermassen erfolgen soll. Mit einer gewissen Abweichung von Georg Cleinow möchte ich das Bekenntnis zum Sozialismus als einem politischen Grundprinzip als den gemeinsamen Boden aller Parteien ansprechen. Seit Bismarcks Sozialpolitik, seit der Kaiserlichen Botschaft von 1881 sind wir ein sozialistisches Staatswesen, handelt es sich also nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie unseres offiziellen Sozialismus. Der Krieg vollends hat die Sozialisierung unseres Reichsorganismus soweit vorgetrieben, daß eine wesentliche Rückwärtsorientierung auch unter dem alten Regime ausgeschlossen erschien. Und bis auf die Extremisten des Spartakusbundes ist ja auch unsere sozialistische Linke überzeugt, daß die überkommenen Mächte nicht von heute auf morgen vollkommen mattgesetzt werden können, daß also auf der Nationalversammlung nur das Mischungsverhältnis sozialistischer und individualistischer Tendenzen zur Erörterung steht.

Auf dem gemeinsamen Fundament eines sozialistischen Unterbaues erheben sich nun folgende drei Lösungstypen der deutschen Verfassungsfrage: Die äußerste Linke, die am liebsten die Nationalversammlung verhindern möchte, ist für radikale Sozialisierung, für Aufhebung des Privateigentums und für Aufrichtung einer proletarischen Klassendiktatur. Außenpolitisch lehnt sie den Machtstaat, ja überhaupt die Individualisierung der Staaten völlig ab, wie ja auch in ihrem Jargon nicht von einer Verstaatlichung, sondern von einer Vergesellschaftung der Produktion die Rede ist. Man kann sie den sozialistischen Absolutismus nennen. Hugo Preuß hat dafür die glückliche Formel des „umgekehrten Obrigkeitsstaates" gefunden.

Die gemäßigte Linke reicht von Scheidemann, ja vielleicht schon von Haase bis Payer. Sie ist für stufenweise Sozialisierung, für Verständigung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Ausgleich des Besitzes und der Lebenshaltung, für Gleichberechtigung aller Volksschichten, für die Herrschaft der reinen Majorität. Die ihr gemäße Verfassungsform ist die zentralistische demokratische Republik. Außenpolitisch ist sie pazifistisch-föderativ und vertritt die liberale Idee des Völkerbundes. Ihre Muster sind die westlichen Demokratien, obschon sie deren Imperialismus ablehnen. Der linke Flügel dieser Partei besteht aus den bisherigen Mehrheitssozialisten und denjenigen von den Unabhängigen, die durch Beteiligung an der Verantwortung und durch die allgemeine Entspannung ihres Ressentiments in der Revolution entradikalisiert sind. Den rechten Flügel bilden der Linksliberalismus und die demokratischen Kreise des Zentrums, die sich in kulturellen Fragen ihre Sonderstellung vorbehalten. Diese Partei kann als demokratisch-republikanischer Sozialismus bezeichnet werden.

Die Rechte wird sich mit dem Häuflein Reaktionären schleppen müssen, die als Klageweiber der Revolution, als Ankläger oder Schmoller, als greisenhafte laudatores temporis acti ein klägliches Dasein fristen. Sie wird aber gut tun, diese ihre reaktionären Mitläufer möglichst unschädlich zu machen, um sich nicht ohne Not mit ihrem Odium zu belasten. Denn die Rechte hat durchaus ihre positiven Aufgaben, zumal ihr die wichtige Rolle einer Oppositionspartei zufällt, deren Gefahr freilich, nicht aber deren Notwendigkeit ein unfruchtbarer Negativismus ist. Auch die Rechte wird sich für einen organischen Fortgang der Sozialisierung auf dem Wege des Staatssozialismus einsetzen, wobei sie für eine gebührende Berücksichtigung des tiefgewurzelten seelischen Unterschiedes zwischen Stadt und Land eintritt. Dem mechanischen demokratischen Gleichheitsprinzip setzt sie das Prinzip aristokratischer Stufung entgegen, wobei sie in sehr viel stärkerem Maße als früher gegenüber dem bloßen Geburtsaristokratismus den Aristokratismus der individuellen Person und ihrer Leistung, insbesondere auch ihres geistigen

Ranges hervorkehrt. Dem Überwuchern der Wahl nach westlichem Muster wird die Rechte die ergänzenden sozialen Auslesemethoden insbesondere der körperschaftlichen Selbstergänzung entgegenstellen, wie sie sich in den unanfechtbaren Leistungen der preußischen Bureaukratie und des preußischen Offizierskorps glänzend bewährt hat. Die Wählbarkeit aller Beamten, die die Doktrinäre der Demokratie verlangen, führt unrettbar zu amerikanischer Korruption, der gegenüber selbst das verkalkte Konnexionenwesen bei uns das weitaus geringere Übel bedeutete. Überhaupt wird die Rechte für die Interessen der Körperschaften, z. B. auch der gewerkschaftlichen Berufsorganisationen, die eine gesunde Stufung unseres sozialen Lebens nach modernen Auslesepringipien herbeiführen, nach besten Kräften eintreten und eine körperschaftliche Durchkonstruktion unseres gesamten Gemeinschaftslebens fördern, die eine nötige Ergänzung zum einseitigen Parlamentarismus, dem Herrschaftsbereich der Berufspolitiker, bildet. Die Rechte dringt auf eine möglichst allseitige Auslese der berufenen Führernaturen aus allen Schichten des Volkes und tritt jeglicher, auch der parteipolitischen Cliquentyrannis entschlossen entgegen. Ihr so verstandenes modern-autoritäres Staatsideal kann sie auch innerhalb des republikanischen Rahmens in die Wirklichkeit umsetzen, hält aber an der Überlegenheit der national-monarchischen Staatsform fest. Außenpolitisch tritt die Rechte für kraftvolle Machtpolitik auch innerhalb der neuen internationalen Organisationsformen ein. Eine Abrüstung kann sie nur soweit gutheißen als diese nicht einer bedingungslosen Unterwerfung unter die anderen Weltmächte gleichkommt. Im Innern wie nach außen pflegt die Rechte die spezifisch deutschen Überlieferungen und tritt für den Schutz des Deutschtums in der ganzen Welt entschlossen ein. Die neue Rechte darf nicht lediglich aus den Konservativen bestehen, sondern muß auch die gesinnungsverwandten Kreise des Zentrums und der Nationalliberalen an sich ziehen. Daß sie damit sowohl ihren ausgesprochen protestantischen wie auch ihren betont norddeutsch-preußischen Charakter opfern muß, ist selbstverständlich. Diese Partei der größeren Rechten kann sich dann als aristokratisch-monarchischer Sozialismus bezeichnen, wobei freilich keines dieser beiden Attribute im starr überkommenen Wortsinn gebraucht werden darf.

Immerhin bleibt das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken ein Symbol, dessen Werbekraft für einen Zusammenschluß der Rechten nicht unterschätzt werden sollte. Solche weithin leuchtende Symbole der Sammlung brauchen wir, wenn wir eine Neugruppierung der Geister ernsthaft anstreben, zumal ein ganz neuer Kreis mit diesen Wahlen erstmals ins politische Leben eintritt: die deutsche Frauenwelt. Die Frauen sind noch weniger als die Männer innerlich auf die überkommenen Parteiprogramme festgelegt, an ihren bedeutsamen Einfluß appellieren wir daher auch, wenn wir zu einer Neuordnung des Parteiwesens im Hinblick auf die Grundfrage der Nationalversammlung aufrufen. Wenn die politische Erweckung der Frauenwelt richtig geleitet wird, kann sie zu einer wesentlichen Verstärkung der Rechten führen. Der konservative Grundcharakter der Frau hält ihrem natürlichen Radikalismus zum mindesten die Wage. So wird voraussichtlich die politische Mündigkeitserklärung der Frau sowohl der äußersten Linken wie der Rechten vorzugsweise zugute kommen. Alle Parteien aber werden jetzt um die Frau werben müssen. Schon dieser Gesichtspunkt allein sollte für die Aufrichtung völlig neuer Tafeln in unserem politischen Leben entscheidend sein.

# Kleine Staatslehre

Von Dr. Moritz Goldstein

1.

Staat ist nicht Zweck, nicht Vertrag, nicht Absicht. Staat ist Folge. Staat ist.

2.

Staat ist kein Organismus, nichts Lebendiges. Er ist Schema, Form, Apparat. Das Lebendige des Staates ist der Mensch.

3.

Staat ist um des Menschen Willen da. Wie darf der Mensch dem Staat geopfert werden? Er darf es und er ist bereit dazu, insofern Staat Bedingung und Voraussetzung des Menschlichen im Menschen enthält.

4.

Wozu lebt der Mensch? Um zu werden, zu wirken, zu lieben, zu erkennen und zu schaffen. Braucht er dazu Staat? Jawohl: Staat entlastet, schützt, verbindet, erleichtert, trägt herbei. Ohne Staat bliebe jeder einzelne ein Tier, dessen Dasein sich erschöpfte in Beschaffung der Nahrung und Bedeckung, im Schutz des Lebens und Eigentums. Schädigt der Staat nicht zugleich das Individuum? Man hat den Vorwurf erhoben, daß er die Prächtigkeit des Exemplars beeinträchtige. Das ist wahrscheinlich romantischer Irrtum: höhere Exemplare, nach Wohlbeschaffenheit des Leibes und Mutes, als etwa heutige Kampfflieger und U-Boot-Kommandanten sind wohl auch im Urstande nicht möglich; sie sind wahrscheinlich nicht einmal erreichbar. Daß der Staat die Massenhaftigkeit begünstigt und die Auslese hemmt, ist wahr. Dieser Fehler aber liegt nicht im Wesen des Staates und kann behoben werden.

5.

Die schlimmste Folge des Staates ist der Krieg. Lohnt der Staat den Krieg? Oder sollte man, um Krieg zu verhüten, auf Staat und seinen Nutzen verzichten? Oder ist der Nutzen des Staates erreichbar ohne Staat? Ja, für den einzelnen, der in die Wüste geht. Aber er verzichtet damit auf einen Teil seines Menschentums. Im ganzen sind jene Fragen deshalb müßig, weil Staat ist, mit Notwendigkeit, unvermeidbar.

6.

Staat ist Macht durch Organisierung. Macht strebt nach Unbegrenztheit, Organisierung nach Vollkommenheit. Staat strebt also danach, die Erde zu umfassen. Die zu Ende organisierte Menschheit wäre erlöst: sie hätte den ewigen Frieden, sie brauchte an Machtmitteln nur noch Polizei, nicht mehr Militär. Der Sinn des Staates ist also Imperialismus. Mit erreichter Weltherrschaft höbe der Staat sich selber auf.

7.

So weit sind wir noch lange nicht. Vorläufig ruft die Vielheit der Staaten einen Kampf ums Dasein hervor, der auslesend und machtsteigernd wirkt. Steigende Macht nach außen ist zugleich steigender Zwang nach innen. Wir befinden uns in einem Stadium der Prävalenz des Staates. Der Staat drückt das Individuum und droht es zu ersticken. Wer das erkannt hat und bessern will, muß das Heilmittel anwenden: er muß den unbeschränkten Imperialismus erstreben, die zu Ende organisierte Menschheit.

8.

Zwischen Staaten gibt es kein Recht; denn es gibt keine Macht über den Staaten. Staaten leben nebeneinander im Urzustande der Gewalt. Zwar schmeichelt man sich immer mit der Hoffnung und Forderung, daß die Gebote der Ethik auch von Staat zu Staat gelten sollen. Allein man begeht einen Denkfehler. Staaten sind keine Individuen, in denen Vernunft und Gewissen mächtig wären. Staaten sind Institutionen. Klug, und also dumm, gut, und also schlecht, können nicht die Staaten, nur ihre Beamten handeln. Der Privatmann darf, um nicht wortbrüchig zu werden, lieber sein Glück und sein Leben preisgeben. Der Beamte darf nicht, um den Staatsvertrag zu halten, den Untergang seines Staates riskieren. Gewiß wird er mit allen Kräften streben, auch im Verhältnis von Staat zu Staat die Treue zu wahren. Aus Klugheit, nicht aus Ethik; denn auf Verträge sind die Staaten angewiesen und Treu und Glaube bleiben ihre Voraussetzung. Sobald aber die Verpflichtung des Staates in Widerspruch gerät zu seinem Wohl, wird kein Staatsmann der Welt die ethische Idee über den praktischen Nutzen stellen. Er kann es nicht und er darf es nicht. Noch immer heißt das erste Staatsgesetz für den Staatsbürger: Right or wrong — my country. Überall wird der fremde Spion gehängt und gilt der eigene als Märtyrer. Zwischen Staaten, auch wenn sie verbündet sind, kann kein anderes Verhältnis bestehen als Feindschaft. So ist es und so wird es bleiben, so lange es auf Erden mehr als einen Staat gibt.

9.

Der uns Heutigen erreichbare Grad des Imperialismus ist der Großstaat. Die ideale Form des Großstaates, die einen relativen Schutz gegen Kriege böte, wäre der durch den Erdteil begrenzte Großstaat. Panamerika, ohne Zweifel im Begriff zu entstehen, wird der gesündeste Staat der Welt sein.

10.

Europas Entwicklung zum gleichen Ziele ist auf lange Zeit hinaus verdorben. Zwei seiner Glieder haben sich hypertrophisch entfaltet: Rußland über Asien hinweg, England über den fünften Teil aller Länder der Erde. Was bleibt, ist ein Stumpf, ist ein Haufe von Elementen, bestimmt, zwischen diesen beiden Polen hin und her zu oszillieren. Rußland steht vor der Auseinandersetzung mit Asien; der Ausgang ist zweifelhaft (Asien siegt, wenn nicht die europäische Menschheit, in rechter Erkenntnis der Entscheidung, um die es geht, seinem östlichen Bruder zu Hilfe kommt). England hat sich auf der Bahn zum unbegrenzten Imperialismus am weitesten fortbewegt: es braucht nur noch den lange vorbereiteten Schritt zum empire zu wagen, so repräsentiert es einen schlechtweg vorbildlichen und zukünftigen Staatstypus, dem wir uns, auf dem Wege zur vollkommenen Organisation irgendwie werden einfügen müssen.

11.

Die idyllische Zeit der Nationalstaaten ist vorüber. Der böse rationalistische Mißgriff unnationaler Staaten muß wieder gutgemacht werden. Der Staat der Zukunft ist übernational. Der Staat umfaßt, hegt und pflegt die Nation. Wie die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert die Menschenrechte proklamiert hat, so soll an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert der Ruhm haften, die Rechte der Nation begründet zu haben. Die Nation darf fordern eigene Sprache, eigene Sitte, eigene Religion, eigene Presse und Literatur, eigenes Gericht und eigene Verwaltung; es muß ihr die Möglichkeit gegeben werden, einen Nationalwillen vorzubringen und zu äußern; es muß ihr Einfluß auf die Staatsregierung eingeräumt sein. Daß jede Nation selber Staat sei, wäre an sich der ideale Fall, steht aber der Entwicklung im Wege und ist daher nicht mehr möglich, übrigens auch nicht nötig, so wenig wie daß jeder Kaufmann Chef oder jeder Soldat Offizier sei. Nationales Leben, das sich natürlich und ungehemmt entfalten darf, frei von Krampf und Kampf, verdient allein den Namen Leben. In der Nation liegt aller Reiz, Duft und Farbe. Eine Menschheit, die nur aus Staat bestünde, wäre Wüste.

12.

Das eigentliche Verbrechen an der Nation ist ihre Aufteilung unter mehrere Staaten. Eine in Fetzen gerissene Nation kann kein eigenes Leben mehr entwickeln, keinen nationalen Willen produzieren, keinen Staatsakt ausüben. Die geteilte Nation bildet eine Monstrosität. Teilung ruft das Streben nach Vereinigung mit den anderen Gliedern hervor, nach Losreißung vom Staatsverband. Aus der Teilung stammt die Staatsfeindlichkeit des Nationalismus, aus der Teilung die Vergewaltigungen, welche die Nation vom Staat erleidet.

13.

Das Nationalitätenproblem, theoretisch ziemlich leicht zu bewältigen, enthält praktisch eine unlösbare Schwierigkeit: die Grenzen der Nationen sind nicht, wie die der Staaten, feste Linien, sondern breite und bewegliche Zonen. Es gibt überall zwischen ihnen Gebiete der Mischbevölkerung, und es gibt in ihnen Ebbe und Flut, Anschwellen der einen und Abschwellen der anderen Nation bis zu einem Kulminationspunkt, an dem die Umkehrung beginnt. Die starre Grenze des Staates verhindert den natürlichen Verlauf dieses Prozesses; sie wirkt als geschlossenes Ventil.

14.

Es ist unsere diabolische Tragik, es ist die eiternde Schmach der europäischen Menschheit, daß ihr größter Krieg ausgefochten wurde um die Reibereien der nationalen Mischzonen. Menschen schlachteten einander, um die läppische, die inferiore, aber auch die unlösbare Frage zu entscheiden, ob die Staatengrenze diesseits oder jenseits der Mischzone oder quer hindurch zu ziehen sei. Ob das Elsaß deutsch oder französisch, ob das Trentino österreichisch oder italienisch sei, darum rannen Blut und Tinte unmeßbar, darum wurde Partei gebildet und ergriffen, Gesinnung erzeugt und bewährt, die Leidenschaften und ihr dämonisches Gefolge von Tugenden und Lastern tanzten um dieses Idol ihren furiosen Reigen. Alles um eine Frage, in der kein Funke Geist steckt, an der sich nichts Wesentliches entscheidet, die nicht anders beantwortet werden kann als auf Grund mechanischer Zählung, mit der Nennung einer Prozentziffer oder einer Proportion.

15.

Der Aufstieg Europas stammte gewiß zum wesentlichen Teil aus der Konkurrenz so vieler Nationen auf engem Raum. Aber dieser Segen wurde zum Fluch. Heute ist das übervölkerte, vom Fetisch des Nationalismus fanatisierte Europa in Gefahr, an seinen nationalen Kämpfen zugrunde zu gehen. Hier gibt es nur eine Rettung: der gesamteuropäische Staat, der die heutigen Staatenbildungen und -mißbildungen nicht mehr kennt, der in tellurischen Grenzen gleichberechtigte Nationen umfaßt, die — als Deutsche, Franzosen, Briten, Italiener, Tschechen, Ungarn usw. — alle in gleicher Weise Europäer sind, die Platz finden, an ihren Berührungsflächen elastisch zu fluktuieren, und die nicht nötig haben und auch nicht fähig sind, wegen nationaler Eifersüchteleien die Kriegsmaschinen ihrer Staaten in Bewegung zu setzen. Das wäre zwar noch nicht der Weltfriede, aber der europäische Friede; es ist kein Programm für heute und morgen, aber es ist ein Programm.

16.

Staat ist Macht durch Organisierung. Staat ist also Organisation, nichts weiter. Daß der Staat für Ideen kämpfe, ist Illusion; auch daß er durch Ideen kämpfe. Er verlangt Opfer für die Organisation. Er organisiert auch noch Idee, Begeisterung, Ethos und Pathos; er erniedrigt Herz und Seele zu organisatorischen Instrumenten. Daß der Staat mehr sei als Organisation, daß er das Wesentliche, die Sache selbst, Gut und Wert bedeute, ist Selbstbetrug der Menschen, deren Stolz es nicht erträgt, der Schale, dem Gerüst, der Maschinerie sich aufgeopfert zu sehen.

17.

Dem Staat zu dienen, steht nicht im Belieben des Menschen; er wird hineingeboren und trägt Staatsbürgerpflichten, ohne gefragt worden zu sein. Dem Staate zu entgehen, ist schon heute fast unmöglich und wird es mit fortschreitender Organisierung der Erde immer mehr. Eines Tages wird der Mensch, wohin er auch fliehen mag, Staat vorfinden. Einem bloßen Zwang zu unterliegen, schändet. Der einzige Weg, um Notwendigkeit in Freiheit zu verwandeln, ist, das Unvermeidliche „in seinem Willen aufnehmen". Um Staat nicht nur zu erleiden, muß man auch Staat wirken. Jeder Deutsche ist ein 65 Millionstel Organisator, Regierung, Souverän. Auf diesem Bruch muß er seine Menschenwürde aufrichten. Es ist nicht erhebend; aber es bleibt ihm keine Wahl.

18.

Macht des Staates muß gehandelt werden. Sie kann von niemandem gehandhabt werden, als von einzelnen, höchst menschlichen Menschen. Monarchie, Aristokratie, Demokratie; Absolutismus, Konstitution, Parlamentarismus: alle diese und manche anderen Namen ändern nichts daran, daß man Leute ermächtigen muß, die Hebel der Staatsmaschine zu bewegen. Für den, der auf den richtigen Platz gestellt wird, gehört nicht mehr dazu, das ungeheure Räderwerk in Gang zu bringen, als für den Mann auf der Lokomotive, seinen Schnellzug in Bewegung zu setzen, oder für den Kanonier, sein Geschütz abzufeuern. Ein Handgriff genügt. Die ungeheure Wirkung steht in keinem Verhältnis zu dieser bescheidenen Ursache.

19.

Eben darum entsteht in dem Mann am Steuer die Lust des Machtgefühls, die Selbsttäuschung, er besitze die Macht, die er ausübt; er sei Macht. Die Schutzvorrichtung ist noch nicht erfunden, die den Herrscher, den Regierenden, den Verwalter und Beamten an böswilligem oder fahrlässigem oder gutgläubigem Mißbrauch der Macht hindert. Die Organisation namens Staat, aufgebaut auf dem System der Über- und Unterordnung, ist ein beschämend unvollkommener Notbehelf. Er bedürfte, um einigermaßen gerechtfertigt zu sein, mindestens eines zuverlässigen Verfahrens, das gestattet, aus der Masse, die gehorchen muß, die wenigen, die befehlen sollen, nach ihrer inneren Qualifikation auszulesen. Indessen außer dem monarchischen Prinzip der Erbfolge und dem demokratischen der Wahl und einer Vermischung beider hat man bisher noch keine Methode gefunden. Dort entscheidet der Zufall, hier ist man nicht dagegen geschützt, daß der Staat den Blendenden, Scheinenden, den Advokaten und Schauspielern ausgeliefert werde. Vielleicht muß man nicht durchaus auf dem Wege der Über- und Unterordnung organisieren? Noch niemandem ist eine andere Weise eingefallen. Organisieren aber muß man, und zwar durch Zwang, mit Strenge und Härte; denn wer sich darauf verlassen wollte, daß die Menschen das gemeinsame Beste einsehen und aus eigenem Antrieb zu verwirklichen streben werden, der wird sich auf das Schmählichste getäuscht finden: an Dummheit, Stumpfheit, Beeinflußbarkeit, an Trägheit, Mißgunst und Eigennutz scheitern alle guten Absichten. Wer etwas von der Menschheit will, muß sie zu zwingen suchen. Staat gehört zu ihrer Notdurft. Der Einsichtige wird sich dieser beiden Seiten bewußt bleiben: daß Staat notwendig ist, und daß er nicht notwendig sein sollte. Er sieht sich getrieben, ihn zu gleicher Zeit zu verachten und hochzuhalten, ihn zu bekämpfen und sich ihm aufzuopfern.

20.

Macht ist Glück. Die Umkehrung, Glück ist Macht, stimmt gewiß auch; aber nur für den seichten Menschen besteht das Glück in der äußerlichen Macht, straflos und willkürlich andere als Werkzeuge für eigene Wünsche zu gebrauchen. Es ist leicht, den Staat zu wollen, für den, der das Glück der Macht genießt, der befehlen darf. Jedoch den Staat bekämpfen, nur weil man selber gehorchen muß, ist plebejisch. Freilich gibt es einen Weg, das Recht des Staates, mir zu befehlen, für meine Person aufzuheben: indem ich selber auf alles befehlen verzichte. So lange ich noch Arbeiten von anderen verrichten lasse, vor denen ich selber mich ekeln würde, erkenne ich das System der Über- und Unterordnung an und darf

es nicht deshalb verleugnen, weil ich selber zufällig unten geblieben bin. Das Recht, Anarchist zu sein, Feind der Staatlichkeit überhaupt, wird nur erworben durch die strengste und härteste Entsagung auf alles, was der Mensch unter Menschen erstrebenswert findet, durch ein radikales spernere se sperni. Nur der Heilige darf sich außerhalb des Staates stellen.

21.

Daß der Staat Zweck sei, ist die häufigste Form der Selbsttäuschung aller derer, welche die Macht des Staates verwalten, welche durch den Staat Macht ausüben. Freilich, soweit der Staat da ist, damit Millionen leben, sich ernähren, zeugen, genießen und es sich behaglich machen, dient er einem Zweck, für den sich der Apparat nicht lohnt. Muß man also am Staate verzweifeln? Aber Staat ist gut und nützlich um deretwillen die nicht verlangen als Unbehelligtheit, Muße, Raum, Stille. Durch die Schaffenden, die Forschenden, die Erkennenden, und vor allem durch die Gütigen des Herzens, die Helfenden, die Wissenden — und durch nichts sonst ist Staat gerechtfertigt. Nicht die den Staat schützen noch die ihn verwalten, bilden Frucht und Blüte. Sie alle sind Diener jener Unpolitischen und Unkriegerischen, die das hervorbringen, um dessentwillen es sich überhaupt verlohnt, daß gelebt, gearbeitet, gekämpft und gestorben wird.

22.

Daß das königliche Amt Zeichen und Beweis sei der königlichen Seele: das befehlen, anordnen, organisieren an sich mehr bedeute als gehorchen ausführen, lassen: diesen Glauben aller bisherigen Menschheit als Aberglauben zu entlarven, ist Pflicht und Aufgabe der Zukunft. In Wirklichkeit ist vom Leiten allerdings der Dummkopf und der Schwächling auszuschließen, ebenso aber der Erleuchtete und der vom Dämon einer Aufgabe Besessene. Disponieren soll der Mensch von mittlerer Intelligenz und mittlerer Konsequenz. Es gibt unvergleichlich mehr Staatsbürger, die zum Verwalten und Regieren taugen, als Stellen zur Verfügung stehen. Wenn es anders wäre, wie käme es sonst, daß jeder, der durch den Zufall der Geburt, der Gunst, der sozialen Schichtung über andere gesetzt wird, das Seinige im großen und ganzen zu leisten pflegt?

23.

Anordnen ist leicht, ausführen aber ist schwer. „Machen Sie mir ein Paar Stiefel nach Maß," kann jeder sagen; sie anzufertigen aber vermag nur, wer das Handwerk gelernt hat. Der Ausführende kommt nicht zu Rande ohne Fleiß, Geschicklichkeit, Kenntnisse, Umsicht und Ausdauer. Wer am Morgen zehn Aufgaben stellt und sie am Abend vollendet vorgelegt erhält, mag sich überaus tüchtig vorkommen, so, als habe im Grunde er selber das alles geleistet. Dabei dürfte er, gezwungen, auch nur eine dieser Arbeiten zu vollführen, in große Verlegenheit geraten, und nur zu oft mag er von seinen sämtlichen Untergebenen übertroffen werden. Der Chef entläßt einen Angestellten, der seinem Dienste nicht gewachsen ist; er entläßt auch noch einen zweiten und dritten. Endlich findet er den Rechten, der den Posten ausfüllt, und rühmt sich seiner eigenen Tüchtigkeit. Allein er hat nur denjenigen getroffen, der tüchtiger ist als er, und der vollbringt, was der Chef zwar anordnen und zeternd fordern, nicht aber selber ausführen konnte.

24.

Die Herrschenden, die Befehlenden, die Leitenden umgab überall höchste soziale Würde. Hier ist umzuwerten. Abschaffen kann man das Regieren nicht. Aber die Diener des Staates sind zu begreifen als die wahrhaft Dienenden, die um der anderen willen da sind, die Maschinisten, die das Getriebe in Gang halten, damit das Eigentliche, das Wesentliche, das Zeitlose geschehe. Im Staate der Zukunft werden die Verwaltenden ihre Würde verloren haben, als die bloß Befehlenden, die Repräsentierenden, die Scheinenden, zugunsten der Regierten, als der Gehorchenden, der Wirklichen, der Leistenden. Auch dies kein Programm für heut und morgen; jedoch, auch dies, ein Programm.

# Deutsches Bibliothekswesen im Weltkrieg

Von Dr. Richard Fick

## I.

uch unsere Bibliotheken, so wenig sie anscheinend mit kriegerischen und politischen Ereignissen zu tun haben, müssen sich, gewollt oder ungewollt, den ehernen Gesetzen, die der Welt ihr verändertes Gepräge geben werden, unterwerfen. Auch sie werden nicht dieselben bleiben, die sie vor dem Kriege waren: neue Aufgaben, die zum Teil schon während des Weltkrieges an sie herangetreten sind, verlangen neue Formen, Organisationen und Methoden.

Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß unser Bibliothekswesen rückständig gewesen sei oder noch sei. Das Gegenteil ist der Fall. Schon viele Jahre vor dem Kriege konnte der Direktor der Universitäts-Bibiliothek Breslau, Milkau, in seinem Beitrag zu den „Allgemeinen Grundlagen der Kultur der Gegenwart" (Berlin und Leipzig: B. G. Teubner, 1906, S. 386) über das deutsche Bibliothekswesen schreiben: „Denen, die bei jeder Gelegenheit bewundernd auf die blendenden Erscheinungen des ausländischen Bibliothekswesens, auf das Britische Museum, die Bibliothèque Nationale oder auf die mit unerhörten Mitteln arbeitenden großen amerikanischen Bibliotheken hinweisen, kann gesagt werden, daß es kein zweites Land gibt in der Welt, in dem, alles in allem genommen, für die Bedürfnisse der Wissenschaft im Punkte der Bibliotheken so wohl gesorgt wäre und fortgesetzt gesorgt würde wie in Deutschland." Wer an der Richtigkeit dieser Behauptung Zweifel hegt und sie zum mindesten als pro domo gesprochen anzusehen geneigt ist, der mache sich die Mühe und werfe einen Blick in die Bibliotheksstatistik nach 1900: er wird erstaunt sein, wie geradezu sprunghaft die Ziffern im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege in die Höhe gegangen sind. Im Betriebsjahr 1905/06 betrugen, um hier nur einige wenige Zahlen zu nennen, die Ausgaben für Bücherkauf bei der Königlichen Bibliothek Berlin 105 158 Mark, 1913/14 dagegen 234 051 Mark; die Universitäts-Bibliothek Breslau, die sich 1905/06 noch mit 24 149 Mark begnügen mußte, konnte 1913/14 weit über das Doppelte, nämlich 61 132 Mark für Vermehrung der Bücherbestände aufwenden. Der Anschaffungsfonds der Hamburger Stadtbibliothek, der sich 1905/06 auf 36 243 Mark belaufen hatte, war 1913/14 auf 50 219 Mark gestiegen.

Diese Erhöhungen der Anschaffungsfonds standen in ursächlichem Zusammenhang mit der zunehmenden Benutzung. In der Königlichen Bibliothek, die sich in ihrem 1914 eröffneten Prachtbau ganz anders recken und dehnen konnte, als in der alten „Kommode" am Opernplatz, betrug 1905/06 die Zahl der abgegebenen Bestellzettel 453 163, im Betriebsjahr 1913/14 waren es 717 325. Bei der Universitäts-Bibliothek Breslau stehen den 56 468 im Jahre 1905/06 bestellten Werken 130 539 im Jahre 1913/14 abgegebene Bücherbestellungen gegenüber. Die Stadtbibliothek Hamburg wurde 1905/06 von 23 910 Benutzern am Ort in Anspruch genommen, i. J. 1913/14 von 38 817. Am eindrucksvollsten prägt sich der Aufschwung der Benutzung in den Ziffern des auswärtigen Leihverkehrs aus: die Zahl der von der Königlichen Bibliothek nach auswärts versandten Bände stieg von 23 699 i. J. 1905/06 auf 62 057 i. J. 1913/14. Der Anteil der Universitäts-Bibliothek Breslau am Leihverkehr betrug 1905/06 an versandten Bänden 4491, an erhaltenen 1235, i. J. 1913/14 war er auf 10 732 und 4312 Bände angewachsen. Bei der Stadtbibliothek Hamburg stehen den i. J. 1905/06 versandten 997 und erhaltenen 511 Bänden i. J. 1913/14 an versandten Bänden 3191 und an erhaltenen 2176 gegenüber. Der auswärtige Leihverkehr der Hof- und Staatsbibliothek in München belief sich i. J. 1913 auf 18 187 Bände, wovon 745 nach Österreich-Ungarn, 126 nach der Schweiz verschickt worden sind.

Dieser Leihverkehr von Bibliothek zu Bibliothek, der in keinem Lande so ausgebildet ist wie in Deutschland, veranschaulicht am deutlichsten den großzügigen und weitherzigen Geist, worin schon vor dem Kriege die Schätze der deutschen Bibliotheken weit über die nächstbeteiligten Benutzerkreise hinaus der wissenschaftlichen und beruflichen Arbeit zugänglich gemacht wurden. Die Grenzen des einzelnen Bundesstaates bildeten dabei so wenig ein Hindernis wie die Reichsgrenzen. Selbst die Benutzung kostbarer Handschriften ist den Gelehrten des Auslandes von allen deutschen Bibliotheken in entgegenkommendster Weise ermöglicht worden. So hat im Betriebsjahr 1913/14 allein die Königliche Bibliothek Berlin 217 Manuskripte an preußische, 163 an sonstige deutsche und 48 an ausländische Bibliotheken versandt. Bekanntlich hat die gleiche Liberalität der Münchener Hof- und Staatsbibliothek im Kriege durch den Brand der Löwener Universitäts-Bibliothek den Verlust von zwei Handschriften gekostet, eine bedauerliche Tatsache, die aber an dem Grundsatz weitgehendsten Entgegenkommens auch dem Auslande gegenüber nichts ändern wird.

Eine wesentliche Förderung erfuhr der Leihverkehr durch das i. J. 1905 errichtete Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken, das die Aufgabe erhielt, jedem Benutzer nachzuweisen, auf welcher Bibliothek sich ein gesuchtes Buch befindet. Aus kleinen Anfängen hat sich dieses Institut zu immer größerer Bedeutung entwickelt: aus der Zahl der i. J. 1913/14 gesuchten Bücher (13 970) geht hervor, einen wie großen Wirkungskreis sich das Auskunftsbureau allmählich erobert hat. Ganz besonders unterstützt wurde es in seinen Bestrebungen durch die beiden großen Münchener Bibliotheken, die Hof- und Staatsbibliothek und die Universitäts-Bibliothek. Der tatkräftigen Mitwirkung der Hof- und Staatsbibliothek ist es vor allem zu danken, daß das vom Auskunftsbureau herausgegebene Gesamt-Zeitschriften-Verzeichnis noch kurz vor Ausbruch des Krieges veröffentlicht werden konnte: das Werk, das mit Recht ein nationales Unternehmen genannt werden kann, ist durch die Zusammenarbeit von mehr als 300 deutschen Bibliotheken entstanden und verzeichnet rund 17 000 laufende Zeitschriften mit Besitzangaben, wo sie zu finden sind.

Neben dem Auskunftsbureau sind besonders zwei Unternehmungen zu nennen, die zeigen, daß der Gedanke des Zusammenwirkens — der „Kooperation", die in dem vortrefflichen, von Dahl herausgegebenen Handbuch des dänischen Bibliothekswesens neben der „Spezialisierung" als Haupterfordernis moderner Bibliotheksverwaltung bezeichnet wird — gerade in Deutschland längst in die Tat umgesetzt worden ist: der Gesamtkatalog der preußischen wissenschaftlichen Bibliotheken und der Weltkatalog der Wiegendrucke. Von ersterem standen die Vollendung des handschriftlichen Zettelmaterials und der Beginn der Drucklegung 1914 in naher Aussicht. Auf der „Bugra", der Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig, konnte ein Probedruck des Gesamtkatalogs vorgelegt werden. Auch das andere für die Wissenschaft, vor allem für die Geschichte des ältesten Buchdrucks hochbedeutsame Unternehmen, der Gesamtkatalog der Inkunabeln, war Anfang 1914 so weit gefördert, daß an die Drucklegung gedacht und ebenfalls in der „Bugra" ein Probedruck ausgestellt werden konnte.

An dem kraftvollen Aufstieg, dessen sich die wissenschaftlichen Bibliotheken in den beiden Jahrzehnten vor dem Kriege erfreuten, nahmen auch die allgemeinen Bildungs- und Volksbibliotheken teil. Der Kreis der ersteren hatte sich dadurch, daß einer Reihe von Stadtbibliotheken, die vorher rein wissenschaftliche und Behördenbibliotheken gewesen waren, größere und volkstümlichere Aufgaben zugewiesen wurden, erheblich erweitert. Zu den Stadtbibliotheken in Köln und Stettin, den Königlichen Bibliotheken in Wiesbaden, Hannover und Erfurt und der Landesbibliothek in Düsseldorf, die in dieser Weise umgestaltet wurden, war 1902 als Neugründung die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen getreten. Ihren älteren Schwestern gleich hat diese Anstalt in segensreichster Weise gewirkt; sie hat in der Provinz Posen die wissenschaftliche Forschung unterstützt, Bildung und geistige Regsamkeit verbreitet und zugleich durch die ihr angeschlossenen Wanderbibliotheken als Mittelpunkt des Volksbibliotheks-

weſens gedient. Zwar ſteckte zu Beginn dieſes Jahrhunderts das Volksbibliotheksweſen Deutſchlands noch in den Kinderſchuhen, aber ſeitdem Nörrenberg, von der Chicagoer Weltausſtellung zurückgekehrt, das amerikaniſche Vorbild der „Einheits- und Bildungsbücherei" auch bei uns einzubürgern mit Erfolg bemüht war, wetteiferten alle deutſchen Städte in dem Ausbau und der Neueinrichtung von öffentlichen Leſe- und Volksbüchereien. Auch für das volkstümliche Bibliotheksweſen ergibt ſich ein erfreulicher Aufſchwung, wenn man die Benutzungsziffern z. B. der Kaiſer-Wilhelm-Bibliothek aus den Jahren 1905/06 und 1913/14 einander gegenüberſtellt: die Zahl der abgegebenen Beſtellzettel, die 1905/06 rund 83 000 betragen hatte, war 1913/14 auf 135 000 geſtiegen. Noch höhere Ziffern haben andere Volksbibliotheken aufzuweiſen: auf die fünf Ausleihebeſtellen der Städtiſchen Volksbücherei Charlottenburg z. B. entfielen i. J. 1913/14 insgeſamt 400 549 (1912: 358 203) Entleihungen.

II.

Dieſe hier nur in Umriſſen angedeutete verheißungsvolle Entwicklung erfuhr durch den Krieg zunächſt eine jähe Unterbrechung. Wie jedem von uns der Atem ſtockte beim Ausbruch der welterſchütternden Geſchehniſſe, ſo ſchien auch in den Bibliotheken der Pulsſchlag des Lebens in den denkwürdigen Auguſttagen auszuſetzen. Aber es ſchien nur ſo: für kurze Zeit wurde an einigen Orten geſchloſſen, bald aber öffneten ſich überall wieder die Leſeſäle, und wenn im Anfang Einſchränkungen geboten waren, ſo wurden doch z. B. in der Königlichen Bibliothek zu Berlin, die von dem Ausfall an Arbeitskräften ganz beſonders betroffen war, ſehr bald, ſchon Ende September 1914, die Öffnungszeiten wieder bis zum Abend ausgedehnt, und bald wurde auch hier die Verſendung von Büchern nach auswärts, zunächſt für die Provinz Brandenburg, dann auch für die übrigen Gebiete, wieder begonnen. In anderen Bibliotheken, ſo in der Hof- und Staatsbibliothek München, in der Univerſitäts-Bibliothek Breslau, in den Stadtbibliotheken Krefeld, Lübeck, Magdeburg, Mainz u. a., wohl ausnahmslos in den Volksbüchereien, wurde der Betrieb wie in Friedenszeiten aufrechterhalten. Zwar verminderte ſich faſt überall, namentlich bei den Univerſitäts-Bibliotheken, da ja Hörer und Lehrer zum größten Teil freiwillig zu den Fahnen geeilt waren, die Benutzung erheblich. Im übrigen aber traf die naheliegende Befürchtung, daß der Krieg einen Stillſtand oder gar einen Rückſchritt in der Entwicklung der Bibliotheken bedeuten würde, dank der Fürſorge der ſtaatlichen Behörden und der hingebenden Tätigkeit des daheim gebliebenen Bibliotheksperſonals nicht ein. Ein nennenswerter Abſtrich von den Anſchaffungsmitteln hat weder in Preußen noch in den anderen Bundesſtaaten ſtattgefunden, ſo daß die Vermehrung ſich ungefähr auf der gleichen Höhe wie in Friedenszeiten halten konnte. Selbſtverſtändlich wurden bei den Anſchaffungen die Bücher auch des feindlichen Auslandes nach wie vor genau ſo berückſichtigt wie vor dem Kriege, da die Förderung der Wiſſenſchaft als oberſte Richtſchnur galt; wenn in dieſer Beziehung ein Rückgang zu verzeichnen iſt, ſo hat er andere Gründe wie die Unterbrechung oder Erſchwerung des buchhändleriſchen Verkehrs, die Verteuerung der Bücher überhaupt und die geſunkene Kaufkraft unſerer Währung.

Im weiteren Verlauf des Krieges näherten ſich die Benutzungsziffern immer mehr denen der Friedenszeit, nur blieben ſie naturgemäß auf dem Gebiete des auswärtigen Leihverkehrs erheblich zurück. Immerhin zeigt ein Blick in die Betriebsſtatiſtik des letzten Jahres, daß die Bibliotheken ihrem Grundſatz, auch den auswärtigen Benutzern und ſelbſt denen des Auslandes ihre Schätze zugänglich zu machen, treu geblieben ſind. Die Königliche Bibliothek Berlin hat im Betriebsjahr 1917/18 im Leihverkehr 15 547, an ſonſtige auswärtige Entleiher 12 770 Bände verſchickt. Im engeren Leihverkehr von Bibliothek zu Bibliothek entfallen auf Preußen 10 354 von Berlin aus verſandte Bände, während die Königliche Bibliothek von auswärts 640 Bände erhielt. Im auswärtigen Verkehr außerhalb des Leihverkehrs erhielten u. a. von Berlin: Bayern 629, Baden 783 und Hamburg 715 Bände. Ins Ausland gingen annähernd 500 Bände,

darunter nach Österreich-Ungarn 173, nach der Schweiz 51, nach Holland 11, Dänemark 18 und Schweden 37. Von der Hof- und Staatsbibliothek in München wurden 1917 nach auswärts 14 558 Bände verschickt, davon 317 nach Österreich-Ungarn und 70 nach der Schweiz. Die Stadtbibliothek Hamburg versandte 1917 nach Orten außerhalb Hamburgs 1744 Bände; davon im amtlichen Leihverkehr mit der Universitäts-Bibliothek Rostock, der Stadtbibliothek Lübeck, der höheren Staatsschule in Cuxhaven und der Hansaschule in Bergedorf 484 Bände. Anderseits erhielt die Stadtbibliothek von 45 auswärtigen Anstalten 1446 Bände für Hamburger Benutzer.

War an sich bei der Verminderung des Personals die Aufrechterhaltung des Betriebes schwer durchzuführen, so galt es für die Lösung besonderer, durch den Krieg erwachsender Aufgaben die Kräfte noch mehr anzuspannen. Dahin gehörte vor allem die Pflicht, die auf den Krieg bezügliche Literatur zu sammeln und künftigen Geschlechtern für das Studium dieses gewaltigsten aller Kriege bereitzustellen. An diesem großen Kulturwerk arbeiteten fast alle unsere öffentlichen Bibliotheken mit, in erster Linie die drei größten Institute, die Königliche Bibliothek in Berlin, die Hof- und Staatsbibliothek in München und die Deutsche Bücherei in Leipzig, alle drei mit dem Ziel, in einer dem Charakter und den Zwecken der Bibliothek entsprechenden größeren oder geringeren Vollständigkeit des Kriegsschrifttums habhaft zu werden. Ohne wie diese direkt Vollständigkeit zu erstreben, sind als wirklich umfassende große Kriegssammlungen noch zu nennen: die Bibliothek des Generalstabes in Berlin, die in erster Linie alle militärisch wichtigen Druckwerke berücksichtigte, die Stadtbibliothek in Hamburg, für deren Sammlung die Hinzunahme eines eigenen Hauses in der Nähe der Stadtbibliothek geplant ist, und das Kriegsarchiv in Jena. Zahlreiche andere Sammlungen waren darauf bedacht, die lokal begrenzte Kriegsliteratur möglichst vollständig aufzubewahren; unter ihnen ist besonders die Straßburger Landes- und Universitäts-Bibliothek hervorzuheben, die, obwohl eine der größten deutschen Bibliotheken, sich in weiser Mäßigung als die der Westfront unmittelbar benachbarte Staatsanstalt darauf beschränkte, die auf Elsaß-Lothringen selbst und die angrenzende Front bezüglichen Druckschriften jedweder Art und sonstige zur Aufbewahrung in einer wissenschaftlichen Anstalt geeigneten Kriegsdenkmale zu sammeln.

Stärker noch als in dem Weiterführen des Betriebes prägt sich die Energie des deutschen Geistes in den verschiedenen während des Krieges errichteten Neubauten aus und in den organisatorischen Maßnahmen, die von den Regierungen der Bundesstaaten im Interesse des Bibliothekswesens getroffen wurden. Der Neubau der Technischen Hochschul-Bibliothek in München wurde während des Weltkrieges begonnen und glücklich vollendet, so daß Anfang 1916 der Umzug in die neuen Räume stattfinden konnte. Für die Hof- und Staatsbibliothek wurden die Mittel zum Ankauf zweier anstoßender Grundstücke und deren allmählicher Bebauung mit Büchermagazinen, die etwa 3½ Millionen Bände fassen können, durch das K. bayerische Staatsministerium bereitgestellt. Am 1. Oktober 1915 konnte die Stadtbibliothek Elbing ein eigenes Haus beziehen. Während sie bis dahin vorwiegend wissenschaftlichen Zwecken dienend von geringerer Bedeutung für das Allgemeinwohl gewesen war, trat sie nunmehr, zur modernen Einheitsbücherei umgestaltet, in die Reihe der Volksbibliotheken und steckte sich dadurch gleich diesen das Ziel, der Pflege deutschen Wesens zu dienen, Werte inneren Reichtums zu schaffen und Gesittung und echte Bildung zu fördern. In anderen Städten (Leipzig, Hamburg) wurde mit der schon begonnenen Einrichtung neuer Volksbüchereien fortgefahren, und in Köln konnte eine neue schöne Bücherhalle (Charliersche Stiftung) dem Verkehr übergeben werden.

Dem Börsenverein der deutschen Buchhändler verdankt ihre Entstehung die Deutsche Bücherei in Leipzig; ihre Eröffnung stellt wohl das bedeutsamste Ereignis dar, das während des Krieges auf dem Gebiet des Bibliothekwesens zu verzeichnen ist. In einer Adresse, die der Vorsitzende des Vereins deutscher

Bibliothekare, Boysen, bei der Einweihungsfeier am 2. September 1916 überreichte, sind Wesen und Aufgabe der neuen, in einem modernen, künstlerisch und technisch gleich hervorragenden Gebäude untergebrachten Anstalt mit den Worten gekennzeichnet: „Die Deutsche Bücherei ist im Kreise der deutschen Bibliotheken eine neue, eigenartige, von allen bestehenden wesentlich abweichende Schöpfung. Sie soll in erster Linie eine lückenlose Sammlung aller in Deutschland oder in deutscher Sprache seit Beginn des Jahres 1913 erscheinenden Druckschriften — mit Ausschluß der Tageszeitungen — und mithin ein vollständiges Archiv des Buchhandels von dieser Zeit ab sein, ein Abbild des bedeutenden Wirkens des deutschen Verlags und Buchdrucks." Gelingt der Deutschen Bücherei diese Aufgabe, so werden sich die Worte bewahrheiten, womit am selben Tage der derzeitige Direktor der Deutschen Bücherei, Wahl, seine Rede beschloß: „Wissenschaft und Bildung, Buchhandel, Bibliographie und Presse werden die segenspendende Kraft dieser neuen Pflanzstätte deutschen Geisteslebens erfahren, die in einer Zeit eröffnet wird, da andere Kulturländer, wie England, des Krieges wegen ihre Sammlungen schließen; fürwahr ein Zeichen von deutscher Kraft und deutschem Idealismus."

Unter den Neueinrichtungen, die während des Krieges zur Förderung des deutschen Bibliothekswesens von den Regierungen der Bundesstaaten getroffen worden sind, verdient die „Errichtung einer Zentrale für Volksbücherei" besondere Hervorhebung. Von dieser durch Paul Ladewig, den rührigen Vorkämpfer des deutschen volkstümlichen Bibliothekswesens, geleiteten Stelle aus werden unsere Volksbibliotheken durch Veröffentlichungen, Vorträge, Kurse reiche Anregung erfahren. Andere Maßnahmen wie der vom 16. März 1916 datierte Erlaß des preußischen Kultusministers über die „Neuordnung der Diplomprüfung für den mittleren Bibliotheksdienst", ferner die in Leipzig begründete „Fachschule für Bibliotheks- und Museumsbeamte" und die vom sächsischen Kultusministerium erlassenen „Prüfungsordnungen für das Bibliothekswesen" können hier nur vorübergehend erwähnt werden. Dagegen bedarf die von den Regierungen der Bundesstaaten geplante, zum Teil schon mit allem Nachdruck verwirklichte Förderung der Auslandsstudien eingehender Würdigung, weil diese Maßnahme auch für das Bibliothekswesen einschneidende, weit in die Zukunft wirkende Folgen nach sich ziehen wird. In Preußen ist für 1917/18 ein Teilbetrag von 30 000 Mark zur Beschaffung von Literatur der Balkanstaaten und des türkischen Orients in den Haushalt eingestellt, und bei der Königlichen Bibliothek sind zugleich im Interesse der Universitäts-Bibliotheken 10 000 Mark zur Heranziehung von sprach-, sach- und ortskundigen Personen für den Erwerb ostländischer Literatur ausgeworfen. In Bayern wurde die Hof- und Staatsbibliothek in München mit der Aufgabe betraut, das Rüstzeug für die Auslandsstudien bereitzustellen, und zwar soll hier das Hauptaugenmerk auf den Südosten gelenkt werden. Die Hof- und Staatsbibliothek verfügt ja seit langem für die einschlägigen Gebiete — es kommen besonders Ungarisch, Rumänisch, Serbokroatisch, Bulgarisch, Neugriechisch, Türkisch und Arabisch in Frage — über eine reiche Literatur und wird durch die Erhöhung ihres Etats von 120 000 auf 135 000 Mark in die Lage versetzt, ihre Ankäufe auf diesem Gebiet wesentlich zu verstärken.

Auch die Stadtbibliothek Hamburg will sich der Pflege des Auslandsstudiums in weitgehendem Maße annehmen. Sie hat eine besondere Sammelstätte für die Literatur über das Deutschtum im Ausland eingerichtet, von dem Gedanken ausgehend, daß Hamburg als größter deutscher Handelsplatz und Hafen und als Sitz der ersten und größten Hochschule für Auslandsstudien hierfür ganz besonders in Betracht kommt.

Für das laufende Betriebsjahr 1918/19 ist an der Königlichen Bibliothek in Berlin eine sechste Abteilungs-Direktorenstelle geschaffen worden, und zwar für eine neu zu begründende Orient-Abteilung — ein weiterer Beweis dafür, wie tatkräftig die preußische Regierung sich die Förderung der Auslandsstudien angelegen sein ließ. Hatten schon vor dem Kriege die politischen und wirtschaft-

lichen Verhältnisse die allgemeine Aufmerksamkeit in gesteigertem Maße auf den Orient gelenkt, so wies die stärkere Betonung der Auslandsstudien naturgemäß auf die Notwendigkeit eines vertieften Studiums der wirtschaftlichen und kulturellen Zustände des Orients hin. Die Neugründung der Orient-Abteilung der Königlichen Bibliothek wird zu dieser Stärkung und Vertiefung wesentlich beitragen können dadurch, daß sie im Rahmen des Gesamtorganismus die besondere Aufgabe erhält, die Welt des Orients jedem Bibliotheksbenutzer, dem Kaufmann und Ingenieur so gut wie dem Gelehrten, nahe zu bringen und ihm, vor allem durch Schaffung eigener Orientfachkataloge, das Hineindringen in diesen Kulturkreis zu erleichtern.

III.

Mit den Bestrebungen, noch während des Krieges die Auslandsstudien auch durch die Bibliotheken zu fördern, haben wir schon die Aufgaben gestreift, die den Bibliotheken im Gefolge des Weltkrieges erwachsen werden. Freilich wäre es verfrüht, diese schon jetzt im einzelnen festlegen zu wollen, doch scheint es gut, die Gedanken darauf zu lenken und sich auf die Maßstäbe, die voraussichtlich von den hergebrachten gewaltig abweichen werden, einzurichten. Mit dem, was an Mitteln für den Ankauf von fremdländischen Büchern schon jetzt bereitgestellt ist, und mit den anderen, an sich dankenswerten Maßnahmen ist nur ein erster, wenn auch sehr wichtiger Schritt getan auf einem der Wege, die unser zukünftiges Bibliothekswesen einzuschlagen haben wird. Wer dem zustimmt, was die Denkschrift des preußischen Kultusministeriums über die Förderung der Auslandsstudien sagt: „Der Krieg hat auch die, die es noch nicht wußten, darüber aufgeklärt, wie erschreckend unsere Unkenntnis des ausländischen Denkens gewesen ist, wie bitter not uns ein staatswissenschaftliches Verstehen der Gegenwart tut" — wer die Richtigkeit dieser Worte in tiefstem Herzen mitempfindet, der wird auch von den Bibliotheken nach dem Kriege verlangen, daß sie ihre ganze „Bibliothekspolitik" anders einstellen, daß auch sie, wie es in der Denkschrift heißt, „innerlich zu den großen Problemen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft Stellung nehmen". Eine solche Stellungnahme zwingt aber sogleich zu einer viel weitgehenderen Berücksichtigung der ausländischen Literatur, und zwar nicht nur in bezug auf die Ankäufe, sondern auch durch Vermehrung der Arbeitskräfte und Schaffung von Katalogen. Und zwar genügt es nicht, daß einzelne große Bibliotheken sich der Pflege der Auslandsliteratur annehmen, sondern durch das Zusammenwirken aller muß die Erreichung des Zieles gewährleistet werden. Wenn — um ein Beispiel anzuführen — die Hof- und Staatsbibliothek in München ins Auge faßt, ihre Ankäufe auf dem Gebiet der ausländischen Zeitungen noch wesentlich zu verstärken, so ist das in der Tat ein sehr beachtenswerter Entschluß, der die Nachahmung aller anderen Bibliotheken verdient. Nur sollten die Bibliotheken hierbei einheitlich und planvoll vorgehen und auf die Anschaffungen anderer Institute Rücksicht nehmen. Tragen sie in dieser Weise dem Gedanken der Kooperation Rechnung, so ist zu erwarten, daß ausländische Zeitschriften und Zeitungen in Deutschland in ausreichenderer Weise vertreten sein werden, als es bisher der Fall ist.

Über die Förderung der Auslandsstudien hinaus werden die Bibliotheken sich — ganz allgemein gesprochen — mehr als vor dem Kriege vor Augen halten müssen, daß sie in erster Linie der Gegenwart zu dienen haben. Denn auch die Bibliotheken sind mit berufen, die schweren Wunden, die der Krieg unserm Volk in materieller und geistiger Hinsicht geschlagen hat, zu heilen. Darum muß es auch hier heißen: der Lebende hat recht. Das an sich notwendige Streben nach möglichst vollständiger Aufbewahrung und Ergänzung der deutschen Bücherproduktion wird, wenigstens für eine Reihe von Jahren, gegenüber den Anforderungen des Tages in die zweite Linie treten müssen. Werke und Zeitschriften, die für Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt im weitesten Sinne — Wissenschaft, Kunst und Technik miteinbegriffen — von Wichtigkeit sind, ausländische so gut wie einheimische, dürfen auf unseren Bibliotheken nicht vergebens gesucht werden. Und damit die Benutzer nicht durch den Bescheid „Verliehen" so oft enttäuscht

werden wie bisher, müssen wir den Grundsatz, keine Doppelexemplare anzuschaffen, aufgeben, so sehr im übrigen die Rückkehr zu äußerster Sparsamkeit harte Notwendigkeit werden wird.

Auch bei der Katalogisierung wird nach dem Kriege das Recht der Gegenwart der leitende Gesichtspunkt sein müssen. So erfreulich es ist, daß der Gesamtkatalog der preußischen wissenschaftlichen Bibliotheken in handschriftlicher Form seiner baldigen Vollendung entgegengeht, so kann doch die Drucklegung des ganzen, auch die wenig benutzte Literatur früherer Jahrhunderte umfassenden alphabetischen Katalogs nicht unsere nächste Aufgabe sein. Was uns not tut, sind gedruckte Fachkataloge, die nach Wissensgebieten getrennt, mit alphabetischen Registern versehen, die neueren, etwa seit 1900 erschienenen Bücher verzeichnen, dem Benutzer einen Überblick über die ein bestimmtes Gebiet betreffende Literatur gewähren und ihm zugleich die Signatur eines vorhandenen Buches angeben. Ein solcher Katalogdruck läßt sich um so eher im Rahmen des Gesamtkatalog-Unternehmens durchführen, als wir seit 1898 in den Titeldrucken ein gemeinsames Zugangsverzeichnis aller preußischen wissenschaftlichen Bibliotheken besitzen, außerdem die Realkataloge der Königlichen Bibliothek eine ausgezeichnete und sichere Grundlage bieten, auf der sich die neuen gedruckten Fachkataloge — unter ihnen auch die Orientkataloge — aufbauen lassen.

Eine besonders wichtige Rolle im Bibliothekswesen der Zukunft ist meines Erachtens dem Auskunftsbureau — besser der Auskunftstelle — der deutschen Bibliotheken vorbehalten. Seine Aufgaben werden eine wesentliche Erweiterung erfahren müssen, um mehr als bisher das Bindeglied zwischen Bibliothek und Benutzer abzugeben: neben dem Nachweis von Büchern sollte ihm die Förderung wissenschaftlicher Arbeit in weiterem Umfange zugewiesen werden. Das Gesamt-Zeitschriften-Verzeichnis wird einer Neubearbeitung und Verbesserung zu unterziehen sein, vor allem aber wird das Auskunftsbureau in gemeinsamer Arbeit mit der Handschriften-Abteilung der Königlichen Bibliothek die so lange schmerzlich entbehrte Vermittlung übernehmen müssen zwischen dem eine Handschrift suchenden Gelehrten und den Bibliotheken, die bisher doch nur einen Bruchteil ihrer Handschriftenschätze in gedruckten Katalogen haben verzeichnen können.

Das für unsere großen wissenschaftlichen Bibliotheken aufgestellte Ziel, in erster Linie der Volkswohlfahrt zu dienen, haben ja die deutschen Bildungsbüchereien immer erstrebt; sie werden es um so besser erreichen, je größer die Anteilnahme breiter Schichten des Volkes wird und je mehr ihre materielle Grundlage gestärkt wird: durch Spenden von Mitteln zur Ausgestaltung und Neugründung von Büchereien und durch Aufklärung in der Presse wird das Volksbibliothekswesen allmählich zu einer ähnlichen Bedeutung erhoben werden, wie sie die deutsche Volksschule seit langem besitzt.

Volkswohlfahrt und Weltwirtschaft sind die beiden Pole, um die sich jetzt nach dem Kriege das deutsche Bibliothekswesen drehen wird und die es, sofern sie nicht leere Schlagworte bleiben, sondern den Geist der Bibliotheken durchdringen, umgestalten werden. Alle Änderungen und Neueinrichtungen aber werden sich organisch anschließen an das Bestehende und Bewährte. In wie hohem Maße sich unsere Bibliotheken bewährt haben, wie sie ihre großen Aufgaben auch unter den erschwerenden Umständen des Krieges in glänzender Weise gelöst haben, glaube ich in meinen Ausführungen gezeigt zu haben: auch die Bibliotheken haben zu ihrem Teil den Beweis geliefert, daß deutsches Geistesleben und deutsche Bildung nicht zu unterdrücken, geschweige denn zu vernichten sind.

# Bolschewismus

Von Dr. Walter Lessing

Als vor etwa 1½ Jahren die Allzuklugen einen plombierten Eisenbahnwagen durch Deutschlands Gaue rollen ließen, in dem Lenin und Genossen gegen Osten fuhren, wurde dem rötesten Revolutionsgeist aller Zeiten der Weg zur Entwicklung gebahnt. Damals schon dachten die fieberhaft arbeitenden Gehirne der Insassen dieses Waggons daran, wie sie diesem Geiste, den wir riefen, auch die Macht über uns verleihen könnten, auf daß der Spruch zur Wahrheit werde: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend Böses muß gebären!"

Der Zar war gestürzt. Die unmittelbaren Urheber des Umsturzes hatten schon nicht mehr die Macht in Händen. Kerenski wird zum Diktator in Gemeinschaft mit Arbeiter- und Soldaten-Räten, die ihm nur bedingt ergeben waren. Der Friedenshunger im russischen Volk wuchs von Tag zu Tag. Die große Offensive ward zum Fehlschlag. Der Zusammenbruch ließ sich nicht mehr aufhalten.

In diesem Chaos blühte der Weizen der Bolschewisten. Lenin verschwunden, dann redivivus, packte mit flammenden Worten und noch stärkerem Geist die Massen: der Bolschewismus siegte. Bolsche heißt „mehr" im Gegensatz zu mensche gleich „weniger". Maximalisten bezw. Minimalisten sind die ungenauen Uebersetzungen. Das theoretische Programm der Bolschewiken war kurz: alles für alle! Es gibt keinen Besitz, kein Eigentum mehr. Jeder ist nur Bürger des Staates. Alles geschieht durch und für den Staat.

Die Diktatur des Proletariats war nur die weitere Fortentwicklung dieser Gedankengänge. Denkt man sich dieses Programm zu Ende durch, so liegen die Utopien dieser Theorie, das Unnatürliche und Widersinnige, klar zutage. Für Massen aber, die nach Freiheit lechzen, die Ideale, die Neues suchen, dem sie folgen können, war diese Theorie des Idealstaates das Gegebene. Glänzende Psychologen, wie Lenin, Trotzki, Radek es sind, ergründeten sie die Seele des russischen Volkes. Erst in kleineren Dosen, dann immer stärker pflanzten sie den Bazillus des Bolschewismus in die empfänglichen Gemüter, auf daß er sich, der Grippe vergleichbar, erst über das ganze russische Land, dann — von ihm geleitet — gegen Westen als Erreger der Weltrevolution verbreite. Herrenmenschen sind sie, energisch greifen sie zur Tat und schrecken auch vor solchen Taten, wie wir sie täglich lesen, nicht zurück.

Wenn je eine objektive Geschichtsschreibung des Bolschewismus herausgegeben wird, so muß sie anerkennen, daß der Ursprung der Bewegung, wenn auch paradox, so doch ideal war, daß aber das Tragische, Verhängnisvolle und tief Unmoralische der Weiterentwicklung darin lag, daß die Führer aus Sklaven ihrer Ideen zu Sklaven ihrer Taten wurden. — „Wir werden verschwinden, aber wir werden die Tore der Weltgeschichte krachend hinter uns zuschlagen!" sagt Trotzki. — Das spricht Bände. Cäsarenwahnsinn in Reinkultur! — —

„Brot" und abermals „Brot", vereinzelt „Frieden" war der Ruf der Massen, die Ende Februar r. St. 1917 durch Petersburgs breite Straßen sich wälzten. Ein Wechsel der Regierung, nur ein Wechsel des Regenten war die Absicht der bürgerlichen Parteien, die den Umsturz wollten und auch erzwangen.

Der bulgarische General Protogerow, ehemals Präsident des mazedonischen Komitees, sagte mir damals: „Eine Revolution zu beginnen, ist leicht, sie zu leiten — unmöglich." Über Nacht war die Republik da. Die Duma-Regierung Lwow-Miljukoff-Golubew verschwand, Arbeiter- und Soldatenräte hatten sich gebildet und Kerenski kam ans Ruder. Noch hatten die bürgerlichen Parteien nicht ganz ausgespielt. Die linken Kadetten gingen mit dem rechten Sozialrevolutionär Kerenski. Ihr gemeinschaftlicher Haß gegen Deutschland verband sie. Das nutzlose weitere Blutvergießen ward zum Verhängnis. Lenin und sein Schaten Radek, Trotzki und Genossen traten damals noch nicht so hervor, hatten im Sommer 1917 nur geringen Anhang. Allmählich verstärkte er sich. Kerenski verlor den Einfluß auf die Arbeiter- und Soldatenräte, mit denen zu-

sammen er die Wahl zur Konstituante ausgeschrieben hatte. Ende Oktober 1917 konnten die Bolschewisten den entscheidenden Schlag wagen. In Petersburg relativ leicht, in Moskau nach harten Kämpfen rissen sie die Zügel an sich. Am 7. November war der Jahrestag ihres Sieges. Immer noch vorsichtig, nicht sicher ihrer Macht, nutzten sie diese. Die Wahlen zur Konstituante wurden nicht verhindert, aber behindert, terrorisiert. Die bürgerlichen Parteien, d. h. nur die linken Kadetten hatten trotz alledem noch einen starken Anhang. Die wahnsinnige Zersplitterung der anderen verurteilte sie zur Machtlosigkeit; ihre Indolenz, ihre erstaunte und ängstliche Neugier zur Untätigkeit.

Endlich, nach dauernden Verschleppungen, Januar 1918 sollte der Zusammentritt der Konstituante erfolgen. Da, ein neuer Trick! Die Wahllegitimation sollte durch den Kommandanten des Taurischen Palais, den späterhin als Leiter der Petersburger Außerordentlichen Kommission berüchtigten Uritzki geprüft werden. Nur die linken S.-R. unterwarfen sich dieser Prüfung. Die Kadetten und rechten S.-R. streikten — die Konstituante hatte ausgespielt, sie zerfiel! Ein unschlüssiges Bürgertum hatte sich selbst das Grab gegraben! Es war reif für den roten Terror!

Aber auch da noch gingen die Bolschewiken vorsichtig zögernd vor. Erst der Feldwebelfrieden von Brest gab ihnen Selbstsicherheit. Das Land litt, litt unsäglich. Selbst das herrschende Proletariat hatte das Lachen verlernt. Wie auf den Erlöser blickte es auf die deutsche Gesandtschaft, als diese in Moskau einzog. Eitel Hoffen! — Es kam der berüchtigte Zusatzvertrag, dem Bolschewismus waren Tür und Tor gegen Westen geöffnet.

Man muß doch in Moskau und Petersburg gewesen sein, um das Elend, das die bolschewistische Herrschaft über das Land gebracht hat, ganz ermessen zu können. Moskau, die Stadt des verstörten, unruhig blickenden Volksgewimmels, Petersburg, die tote Stadt, die Stadt der lebendigen Leichname, haben eine Luft, die einem das Atmen erschwert. Ich will keine Einzelschilderungen machen, nicht die Bilder der Armut, des Hungers, der Angst, die sich überall zeigen, schildern. Die Phantasie kann sie sich kaum ausmalen.

Diktatur des Proletariats!? — Selbst das ist Lüge. Diktatur einzelner, die Cäsarenwahnsinn zu immer tolleren Streichen treibt. Kampf dem Bürgertum, dem Lebensnerv des Wirtschaftslebens, bis aufs äußerste. Systematisches Morden unschuldiger Opfer, Hunger und Elend bei den ehemals Besitzenden wie beim Armen. Zynismus schamloser Art. Dem vor Hunger sterbenden Volke werden zwei Züge mit Lebensmitteln entzogen, um sie als Propagandamittel nach Deutschland zu schicken. Deutschland, wo bleibt deine Kultur, deine Moral?!! Ein Schrei der Entrüstung müßte durch deine Gaue gehen!

Freiheit des Wortes und des einzelnen sind Schlagworte, die dort längst zum alten Eisen geworfen sind. Knechtschaft, Knechtschaft in jeder Form ist Trumpf! Wer keine Arbeit hat, muß Soldat werden. Der hohe Lohn reizt. Die Papiergelddruckmaschinen arbeiten fieberhaft. Die Offiziere, die früher dort nicht zu Unrecht geschmähten, müssen wieder eintreten, werden sogar lobend erwähnt. Reinster Militarismus. Strengste Disziplin. Todesstrafen sind an der Tagesordnung. Ein Millionenheer wird aus dem Boden gestampft. „Wir müssen herrschen, herrschen!" schreien die Machthaber. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre.

Industrie, Handel, Banken nationalisiert. „Wozu braucht man Banken? Die drucken doch kein Geld!" „Handel ist überflüssig; das macht alles der Staat!" Unsere Kriegswirtschaft ist ein Waisenknabe gegen dieses Tohuwabohu. Selbst die bolschewistischen Zeitungen erkennen das vollkommene Fiasko an. „Zentro-Textil", „Zentro-Tkan" — alle Warengattungen haben ihre Zentralstelle. Das schon im Frieden entsetzliche Schreibwerk des russischen Bureaukratismus wächst ins Ungemessene. Gefüllte Läger, Warenhunger, alles wirr durcheinander. Der arme Verbraucher muß alles erdulden.

Um dem deutschen Zusatzvertrag ein Schnippchen zu schlagen, wurde am 30. Juni d. J. fast die ganze Industrie nationalisiert. Die Folge? Alles liegt

danieder! Die Vereinigte Verwaltung Sormow-Kolomna erhielt einen Kredit von sage und schreibe 74 Millionen Rubel, um nur die laufenden Unkosten zu decken. Der Selbstkostenpreis eines Pudes Eisen (1 Pud gleich etwa 16 Kilogramm) stieg von ca. 1 Rubel auf etwa 50. Eine Lokomotive kam auf 556 000 Rubel zu stehen. Die Kohlenförderung hörte ganz auf. Selbst die Ausnutzung der Wälder nahm erschreckend ab. Jeder arbeitet nur für sich, denn alles gehört ja allen. Das rollende Material verkam und verkommt mehr und mehr. Was drei Jahre Krieg nicht vermochten, brachte ein Jahr Bolschewikenherrschaft zustande: Rußland liegt im Sterben!

Gleichgültig, welche tönende Phrasen von dort zu ihren Freunden hier im Lande gefunkt werden, sie müssen sich der Entente auf Gnade und Ungnade ergeben.

Jedoch Rußland ist groß, hat noch ungehobene Naturschätze und ist wirtschaftlich vielfach noch Neuland. Rußland kann und wird sich erholen. Aber Deutschland? — — —

Sehen wir den Verhältnissen klar in die Augen. Lassen wir alle Abers, die hier jedem Gespräch seine geistige Frische nehmen. „Aber Deutschland hat keine Analphabeten." — Gerade, weil Deutschland keine hat, gerade weil unser Wirtschaftsorganismus so angespannt ist, ist die Gefahr für uns zehntausendmal größer.

Wir bekommen keinen Bolschewismus? — Täuschen wir uns nicht, wir haben ihn! Man lese die „Rote Fahne", man lese das Blättchen „Der Kommunist", man lese „Die Freiheit" zwischen den Zeilen! Spitzen wir die Ohren. Was haben die A.- und S.-Räte in Sachsen, was die Marine-Räte in Hamburg und Bremen verkündet?

Ich bin kein Pessimist, kein Schwarzseher, im Gegenteil, viel eher Optimist, der aus dem Willen zur Tat die Kraft zur Gegenwehr schöpft. Ich bin so optimistisch, auf das heimkommende Heer zu hoffen, auf die unzählige Zahl derer, die vorn in erster Linie Übermenschliches geleistet und erlebt haben. Die lassen sich, wenn erst der erste Rausch vorbei ist, keine Diktatur, weder von links noch von rechts, gefallen.

Aber das Bürgertum bietet ein trostloses Bild. Vor zehn Tagen wagte es kaum zu atmen und heute schießen Vereine wie Pilze aus der Erde. Parteiklüngel und Selbstsucht machen sich breit. Warum werden nicht die Gefahren des Bolschewismus jedem in die Ohren posaunt? Wo ist die Propaganda des lebendigen Wortes vom Gatten zur Gattin, von der Mutter zur Tochter, zu den Hausgenossen und ins Volk. Wo ist die Propaganda der Feder, wo die des Bildes?

Diese schwächlichen Anfänge, die jetzt gemacht werden, genügen nicht. Was soll das: „die Entente will keinen Bolschewismus"? Wir, das deutsche Volk, will keinen! Man entschuldige meinen Freimut, aber die Gelder der deutschen Spießbürger, die nur an sich dachten, sind mir höchst gleichgültig. Ich bin gegen das extreme sozialistische Programm, gegen die Verstaatlichung, nicht um Privatinteressen zu dienen, sondern weil ich Wirtschaftspolitiker bin, weil ich die Gefahren kenne. Ich fürchte mich vor dem Bureaukratismus, der unfehlbar die Folge ist, der zehnmal schlimmer wie der bisherige wird, der Industrie und Handel den lebendigen Odem nimmt, der uns der Möglichkeit beraubt, jemals wieder wirtschaftlich frei zu werden.

Es lassen sich bei gutem Willen hundert andere Wege finden, um dem Sozialismus, den ich an und für sich begrüße und nur gerecht finde, zu seinem Rechte zu verhelfen. Aber der Staat als Unternehmer ohne Konkurrenz ist ein Unding. Ich fürchte, daß die Regierenden erst nach bitteren, bei unserer verzweifelten Lage doppelt verhängnisvollen Experimenten zu dieser Erkenntnis kommen. Der Versuch, dies zu verhindern, ist unsere Pflicht. Dieser kann aber nur bei geschlossenem, selbstlosem Vorgehen aller bürgerlichen Kreise Erfolg haben. Vielleicht wecken die Demütigungen, die wir von polnischer und tschechischer Seite erleiden müssen, den nationalen Gedanken, und dieser wird zum Kampfe gegen internationalen Kommunismus aufrufen. Aber mehr denn je gilt heute das Wort: „Hilf dir selber, so hilft dir Gott!"

# Ernährungsprobleme

Vom Geheimen Oberregierungsrat Dr. Bittmann

ie verlautet, will Amerika, als Menschenfreund und Geschäftsmann, uns mit Lebensmitteln versorgen, sobald es Garantie für geordnete innerpolitische Zustände durch eine verfassungsmäßige Regierung hat, und wenn es zugleich der gerechten Verteilung sicher ist. Wie in dem besetzten kleinen Belgien will also demnächst Amerika mit dem umlagerten großen Deutschland als Lieferant in eine Geschäftsverbindung treten, die Milliardenumsätze machen wird.

Zu diesem Behufe wird Amerika — dies kann nicht anders sein — wie in Belgien die commission for relief in Belgium so in Deutschland Niederlassungen einer zentralisierten Körperschaft mit tüchtigen amerikanischen Geschäftsleuten besetzen, die das ganze Land mit einem Netz von Stellen überziehen und mit den örtlichen Verteilungsorganen — in Belgien comité national d'alimentation et de secours —, Gemeinden usw. in dauernder und geregelter Verbindung stehen. Für diese ihre Bürger wird Amerika, genau wie in Belgien, wo das System ausgezeichnet arbeitete, nicht nur Schutz, sondern auch gewisse Vorrechte beanspruchen, die nur der Repräsentant eines geordneten Staatswesens zusagen und gewährleisten kann.

Schon seit langen Jahren mit Problemen der Volksernährung mich abgebend, habe ich während meines Aufenthaltes in Belgien als Mitglied der deutschen Zivilverwaltung mich an Hand der Literatur und sonstigen Materials eingehender mit der Ernährungsweise der belgischen Arbeiterbevölkerung beschäftigt, um Vergleichsmaßstäbe zu gewinnen für die Beurteilung deutscher und belgischer Verhältnisse. Die durch Heranziehung fremder und eigener Arbeiten und unter Anwendung von mehr oder minder verwickelten Berechnungen gewonnenen Endergebnisse haben gerade heute vor dem Einsetzen der amerikanischen Hilfsaktion einigen Anspruch auf Beachtung, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Ansicht ziemlich stark verbreitet war und ist, daß vor dem Kriege die Ernährung des belgischen Arbeiters an die des deutschen Arbeiters bei weitem nicht herangereicht habe. Diese Annahme, die ein Irrtum ist, könnte zum unzutreffenden Schluß führen, daß, von der Zahl abgesehen, die belgische Bevölkerung leichter zu ernähren sei als die deutsche.

Im großen und ganzen unterscheidet sich die Friedensernährung der belgischen Arbeiterfamilie nicht wesentlich von der Friedensernährung der deutschen Arbeiterfamilie. Gegenüber dem deutschen Verbrauch wurde in Belgien weniger Fleisch und annähernd ebensoviel Fett verbraucht. Der Kartoffelverbrauch war in Belgien höher, der Brotverbrauch beträchtlich höher, der Milchverbrauch bedeutend geringer als in Deutschland. Der jährliche Verbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie an den Hauptnahrungsmitteln betrug

| | in Deutschland | in Belgien |
|---|---|---|
| an Fleisch . . . . . | 105 Kilogramm | 85 Kilogramm |
| „ Fett . . . . . | 51 „ | 54 „ |
| „ Kartoffeln . . . . | 521 „ | 656 „ |
| „ Eiern (ein Ei = 50 g) | 18 „ | 12 „ |
| „ Brot . . . . . | 482 „ | 735 „ |
| „ Milch . . . . . | 550 Liter | 140 Liter |
| zusammen . | 1727 kg u. l | 1682 kg u. l |

Diese Angaben sind nicht aus den großen Zahlen von Verbrauchs- und Produktions-Statistiken berechnet, sie stellen vielmehr die Durchschnitte aus einer erheblichen Anzahl von Einzelerhebungen in Arbeiterfamilien dar und leiden daher an allen den objektiven und subjektiven Mängeln, die unserer Wissenschaft zwar bekannt sind, von ihr aber bisher nicht ausgeschaltet werden konnten und wohl niemals ganz verschwinden werden.

Erhebungen über Fragen des Arbeiterhaushalts, insbesondere der Ernährung, sind nur fruchtbar, wo sie bei der Familie auf einen gewissen wirtschaftlichen, sittlichen, intellektuellen Höhestand treffen; in anders gearteten Kreisen ist nichts zu holen, denn nur wo Ordnung und Selbstverantwortung herrscht, ist auch guter Wille da. So findet der Soziologe sein Sammelfeld in der Ober- und Mittelschicht der arbeitenden Bevölkerung; die Unterschicht ist unzugänglich. Je breiter diejenigen Arbeiterschichten eines Landes sind, in denen die Voraussetzungen für ein geordnetes Familienleben zutreffen, desto allgemeinere Geltung ist den Erhebungsergebnissen beizumessen.

Da nun die Oberschicht der belgischen Arbeiterschaft erheblich dünner und ihre Unterschicht merklich stärker ist als in Deutschland, so könnte man vielleicht obigen Zahlen praktischen Vergleichswert absprechen. Zwei Umstände, die in Vorkriegszeiten für Belgien gegenüber Deutschland charakteristisch waren, verbessern den etwa entstandenen Fehler: die größere Billigkeit der Nahrungsmittel und zugleich der prozentual höhere Anteil der Ernährungsausgaben an der Gesamtheit des Haushaltsbudgets. Es liegt somit kein zwingender Grund vor, aus der Eigenart unserer Arbeiterschaft, die in Hinsicht auf ausreichende Ernährung der ganzen Bevölkerung als Prototyp zu gelten hat, die Vermutung abzuleiten, daß belgische Maßstäbe nicht angewendet werden könnten.

Einen Maßstab für die Ernährung einer großen Bevölkerung geben die Leistungen des belgischen Hilfskomitees an die Arbeitslosen und deren Angehörige. Der Kreis dieser Personen umfaßte in der Mitte des Jahres 1916 670 000 Männer, 310 000 Frauen und 605 000 Kinder unter 16 Jahren, insgesamt 1 585 000 Verpflegte. Diese Personen erhielten die „Gemeindesuppe" und eine Brotration. Außerdem konnten in Betracht kommen „die zweite Mahlzeit", sowie die Nahrungsmittel, die man sich mittels der Hilfsfonds, die einzelne Gemeinden austeilten, und durch Inanspruchnahme der Arbeitslosenfürsorge verschaffen konnte. Die Armen erhielten lediglich die Suppe und das Brot.

Der bekannte Sozialforscher Dr. Slosse, Direktor des Instituts Solvay, berechnete für die zweite Hälfte April 1916 die ausnutzbaren Nährwerte der Suppe und der Brotration, die in den Gemeinden Groß-Brüssels ausgeteilt wurden, auf 26,8 Gramm Eiweiß, 3,4 Gramm Fett, 206 Gramm Kohlehydrate und 1003 Kalorien.

Die übrigen Nahrungsquellen waren unbeständig und veränderlich. Nur ein Teil der Gemeinden gewährte die zweite Mahlzeit, sei es in Form von Anweisungen auf die Gemeindeläger, sei es in Form von Naturalien. Der Nährwert der dargebotenen zweiten Mahlzeiten minderte sich allmählich herab, ebenso die Lebensmittelrationen, die man gegen Bezahlung in den Lägern erhalten konnte.

Unter der Annahme, daß der Arbeitslose die Hälfte der ihm gewährten Geldunterstützung für den Ankauf von Nahrungsmitteln ausgab, und unter Berücksichtigung der Vorräte und der Verkaufspreise in den Lägern der Gemeinden und Hilfskomitees, sowie der Höchstmengen, die der Verbraucher zu beziehen berechtigt war, gestalteten sich im theoretisch günstigsten, praktisch kaum erreichten Falle die Ernährungsverhältnisse eines Arbeitslosen wie folgt:

| Art der Mahlzeit | Eiweiß | Fett | Kohlehydrate | Kalorien |
|---|---|---|---|---|
| | g | g | g | |
| Suppe und Brot . . . . . | 26,8 | 3,4 | 205,8 | 1003 |
| Zweite Mahlzeit . . . . . | 15,8 | 7,3 | 58,8 | 378 |
| Einkauf . . . . . | 12,2 | 23,9 | 55,6 | 500 |
| Zusammen . . . . . | 54,8 | 34,6 | 320,2 | 1881 |

Das Brot (400 g) war mit der wichtigste Bestandteil der Nahrung; es enthielt:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 24,0 | 1,7 | 206,0 | 908 |

und deckte somit beinahe die Hälfte des Eiweiß, zwei Drittel der Kohlehydrate und die Hälfte der Kalorien.

Die Suppenration betrug ein halbes Liter. Als Beispiel einer Wochenausgabe von 900 Rationen (6300 Portionen oder 3150 Liter) das folgende: verwendet wurden 84 kg Reis, 147 kg Kartoffeln, 57 kg Erbsen, 80 kg Bohnen, 14 kg Teigwaren, 65 kg Gemüse, 33 kg Ochsenfleisch, 36,5 kg Speck.

Als Beispiel einer vierwöchigen zweiten Mahlzeit (Abendessen) für eine Person (28 Portionen): 150 g Speck, 350 g Schmalz, 800 g Bohnen, 500 g Reis, 80 g Wurst, 50 g Kaffee, 200 g Zichorie, 2 kg Kartoffeln.

Beispiel einer Wochenausgabe von Schulmahlzeiten an 201 Kinder (1407 Portionen): Ochsenfleisch 11,3 kg, Wurst 6,28 kg, Speck 5,02, Kartoffeln 190 kg, Bohnen 19 kg, Gemüse 20 kg, Reis 26,5 kg, Zucker 4,25 kg, kondensierte Milch 50 kg. Diese Mahlzeit zusamt 400 g Brot, einem viertel Liter Gemeindesuppe und einem Abendessen wie oben bot dem Schulkind an Nährwerten täglich 50,50 g Eiweiß, 29 g Fett, 319 g Kohlehydrate, 1672 Kalorien.

Besonders vorgesorgt war für schwächliche Kinder. Beispiel einer Wochenausgabe für 104 schwächliche Kinder (728 Portionen):

Ochsenfleisch 21,0 kg, Kartoffeln 110 kg, Bohnen 12,5 kg, Reis 7,8 kg, Gemüse 10 kg, Getreidemehl 5,2 kg, Maismehl 5,2 kg, Zucker 4,5 kg, kondensierte Milch 50 kg, eingemachtes Obst 5,0 kg, 208 Eier. Zusammen Suppe, Brot und Abendessen erhielt jedes Kind an Nährwerten täglich 60 g Eiweiß, 28 g Fett, 336 g Kohlehydrate, 1763 Kalorien.

Der tägliche Ruhebedarf an Nährstoffen beträgt durchschnittlich in Gramm:

| | an Eiweiß | an Fett | an Kohlehydraten | an Kalorien |
|---|---|---|---|---|
| für Erwachsene | 80 | 50 | 485 | 2588 |
| Kinder von 6 bis 14 Jahren | 67 | 40 | 211 | 1407 |

Demnach brachte die oben dargestellte rationierte Nahrungsmittelzufuhr ohne Berücksichtigung des Einkaufs den Erwachsenen an Nährstoffen und Kalorien durchweg nur etwa die Hälfte des Bedarfs. Bei gesunden Kindern betrug die Zufuhr an Eiweiß und Fett je 70 Prozent, an Kohlehydraten 140 Prozent, an Kalorien 112 Prozent; bei schwächlichen Kindern an Eiweiß 85 Prozent, an Fett 65 Prozent, an Kohlehydraten 147 Prozent, an Kalorien 120 Prozent des Bedarfs. Aus diesen Zahlen ist die Bevorzugung der Kinder, insbesondere der schwächlichen ersichtlich; durch stärkere Zufuhr an Kohlehydraten, von denen die Kinder gegenüber der Ration für Erwachsene verhältnismäßig beinahe das Dreifache erhielten, wurde der Entgang an Fett etwas ausgeglichen. Die Ernährung der Erwachsenen war durchaus unzulänglich, die der Kinder genügend. Unzulänglich und genügend nach den strengen Forderungen der bisher geltenden physiologischen Lehrsätze, die allerdings in der Not der Zeit durch bereite Federn manchen nicht leicht wieder zu verwindenden Stoß erhalten haben.

Durch Einkauf konnte die Ernährung der Erwachsenen so verbessert werden, daß etwa 70 Prozent der Nährstoffe und der Kalorien gedeckt waren. Aus Ixelles, einer Gemeinde Groß-Brüssels, wurde unter anderen das Beispiel einer fünfköpfigen Familie (Vater, Mutter und 3 Kinder unter 16 Jahren) angegeben. Der Gesamtwochenverdienst betrug 24 Francs. 5 Francs nahm die Wochenmiete in Anspruch; die Brot-Ration kostete 5,60 Francs; es blieben 13,40 Francs. In den Magazinen des Hilfsausschusses konnten für Francs 8,35 rationierte Nahrungsmittel gekauft werden. Endergebnis: es fehlten an Eiweis mehr als die Hälfte, an Fett zwei Drittel, an Kalorien ein Viertel, die Kohlehydrate wurden annähernd erreicht. Zwar standen noch 5,05 Francs zur Verfügung, aber es hätte etwa der zehnfache Betrag angewendet werden müssen, um das fehlende Fett und Eiweiß in Form von Fleisch, Eiern und Käse einzudecken. Hierzu fehlte es nicht allein an Geld, sondern auch an den nötigen fett- und eiweißhaltigen Nahrungsmitteln.

Die theoretisch zum Verkauf freigegebenen Mengen wurden häufig in der Praxis auch nicht annähernd erreicht, es entstanden in Nachbargemeinden oft recht beträchtliche Unterschiede in den Darbietungen. So betrugen die für 2 Monate (April und Mai 1916) für den Verkauf theoretisch freigegebenen Mengen an Speck und Fett je 1 kg, an Bohnen, Erbsen und Reis je 2 kg. Statt dessen kamen

in den vier hier genannten Gemeinden Groß-Brüssels Erbsen überhaupt nicht zur Verteilung, dagegen statt der angegebenen Mengen

| | Schaerbeek | Molenbeek | Ganshoren | Auderghem |
|---|---|---|---|---|
| an Speck | 750 | 750 | 300 | 425 g |
| „ Fett | 500 | 375 | 525 | 150 g |
| „ Bohnen | 250 | 750 | 200 | 250 g |
| „ Reis | 1250 | 1250 | 2000 | 1450 g |

Der Nahrungsmittel-Verwalter der Vereinigten Staaten Herbert C. Hoover, der jetzt nach Europa abgereist ist, um hier weitere Maßnahmen für die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu treffen, hat sich um die Ernährung und die Gesundheit der Bevölkerung des besetzten Belgiens eingehend bekümmert. Unter anderen hat ein von ihm beauftragter Arzt William Palmer Lucas im Jahre 1916 mehrere Monate lang in Belgien zugebracht, um Studien anzustellen über die Gesundheit der Bevölkerung, besonders in Hinsicht auf das Gedeihen der Kinder und die Entstehung von Ernährungsproblemen.

Die Aufzeichnungen dieses und anderer Ärzte, Volkswirtschaftler usw., die Tätigkeitsberichte vieler Verwaltungsstellen, die für die Ernährung der belgischen Bevölkerung wirkten, und die Ergebnisse der von Dr. Slosse und anderen Wissenschaftlern angestellten Untersuchungen lieferten dem Machthaber der Vereinigten Staaten Nordamerikas reiche und untrügliche Materialien über die Wirkungen eines lange dauernden Krieges auf eine Bevölkerung mit beschränkter Nahrungsmittelzufuhr. Wir werden uns daher nicht darüber wundern dürfen, daß Wilson die Grenzen der Leistungsfähigkeit des blockierten Mitteleuropa sehr gut einzuschätzen wußte, vielleicht besser als wir selbst.

# Totenamt

Echt war mein Kämpfen, echt mein Traum,
Und echt mein Glück und alle Schmerzen . . .
Wie einer Welle weißer Schaum
Zerran die Zeit . . . Geweihte Kerzen
Steh'n auf des Herzens Hochaltar;
Sie brennen still und leuchten rein
Und grüßen mit verklärtem Schein,
Was einst ein reiches Leben war.
In meiner Seele Heiligtum
Steh' ich allein und fern der Welt,
Die in des Hasses Gluten flammt!
Ich weiß es: meine Zeit ist um —
Und halte still ein Totenamt.
Was draußen auf den Gassen gellt,
Dringt in des Domes Kühle nicht —
Mein Auge schaut das ew'ge Licht. Karl Berner

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

**Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.**
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37

# Führt die heutige demokratische Bewegung zum Einheitsstaat oder zu einer Verstärkung des Partikularismus?

Von Professor Dr. G. von Below

In meinem „Parlamentarischen Wahlrecht“ habe ich dargelegt, welchen großen Dienst das Preußische Abgeordnetenhaus der Politik Bismarcks, besonders seit 1879, geleistet hat. Es hat eine wahrhaft deutsche Reichspolitik gestützt und zugleich das Eigenleben der deutschen Einzelstaaten gesichert. Es ist zwar oft behauptet worden, das „preußische Junkerregiment“ beeinträchtige und bedrohe die Einzelstaaten, besonders die süddeutschen. Tatsächlich sind sie jedoch durch den preußischen Landtag gar nicht gestört worden. Ich wies darauf hin, daß eine Gefahr ihnen vielmehr von einem radikal demokratisierten preußischen Landtag drohe: die Gefahr der Beherrschung durch einen norddeutschen, berlinischen großstädtischen Radikalismus. Als ich im Jahre 1917 in meinen „Kriegs- und Friedensfragen“ die Wahlrechtsfragen besprach, konnte ich die weitgehende Zustimmung feststellen, die meine Darstellung in den Kreisen der Historiker und Juristen gefunden hatte. Ein namhafter Historiker stimmte mir vollkommen darin bei, daß das preußische nichtdemokratische Abgeordnetenhaus der Politik Bismarcks in der erwähnten Zeit die wertvollsten Dienste geleistet habe, daß ohne es eine wahrhaft deutsche Politik damals nicht möglich gewesen wäre. Aber er meinte, gegenwärtig könne man ohne Bedenken die Radikalisierung des preußischen Wahlrechts vornehmen.

Wie verhalten sich die Dinge heute? Mit einer Schnelligkeit, wie ich sie nicht im entferntesten geahnt, ist meine Prophezeiung eingetroffen. Die Radikalisierung Norddeutschlands hat sofort die stärkste Wirkung auf die süddeutschen Einzelstaaten ausgeübt. Von Norddeutschland, von preußischen industriellen Hauptpunkten ging die neue radikale Bewegung aus. Schon ehe die bürgerlichen Gruppen ganz an die Wand gedrückt wurden, merkte man den Einfluß des demokratisierten Norddeutschland auf Süddeutschland: die Parlamentarisierung, die in Berlin vorgenommen wurde, weckte schnell in Süddeutschland den Reiz zur Nachahmung. Aber ehe noch diesem Anreiz hier in der Praxis stattgegeben worden war, war man in Berlin vom Parlamentarismus zur einfachen sozialistischen Herrschaft übergegangen, und sofort sprangen diese Gelüste nach Süddeutschland über. Hier jedoch erkannte man jetzt auch sogleich die Gefahr, die der norddeutsche Radikalismus den süddeutschen Staaten bringt. Ich führe einige bezeichnende Äußerungen aus Süddeutschland, die in der jüngsten Zeit gefallen sind, an. In einer Versammlung des Freiburger Soldatenrats am 13. November

1918 betonten mehrere Soldaten, sie wollten den preußischen Radikalismus nicht nach Baden verpflanzt wissen. Am Tage vorher hatte der Abgeordnete von Schulze-Gävernitz in Mannheim in einer Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei erklärt: „Wenn in Berlin wirklich die bolschewistische Strömung siege, dann müsse man sich besinnen, daß die Reichshauptstadt noch lange nicht das Reich sei. Süddeutschland würde sich nicht von einem Berlin der Spartakusgruppe, falls diese dort wirklich die Herrschaft an sich reißen könnte, zerrütten lassen. Man müsse in diesem Fall die Reichshauptstadt etwa nach München verlegen." Am 19. November äußerte in einer Freiburger Volksversammlung der Sprecher des Soldatenrats Dr. Kraus: „Nichtbadische Elemente suche man im Freiburger Soldatenrat nach Möglichkeit auszuschalten; auf jeden Fall mache man die Berlinerei nicht mit." Ungefähr gleichzeitig schrieb die „Karlsruher Zeitung", das offiziöse Blatt auch der neuen badischen Regierung, nachdem sie darauf hingewiesen, daß sich in der letzten Zeit partikularistische Strömungen mit außerordentlicher Kraft in den Vordergrund drängten: „Die erdrückende Mehrheit der badischen Bevölkerung empfindet föderalistisch, bundesstaatlich; bei aller Hingabe an das große, gemeinsame Vaterland lehnt sie den Einheitsstaatsgedanken ab." Am 20. November erklärte der neue badische Minister des Aeußern, Dietrich, in einer nationalliberalen Versammlung in Karlsruhe: „Wir widerstreben allen Absichten, die darauf ausgehen, aus Deutschland einen Einheitsstaat zu machen. Die glückliche Entwicklung des Reiches beruht auf den kraftvollen Bundesstaaten, und darum wollen wir Badener uns wehren gegen fremde Elemente, die unsere Wesensart nicht kennen und die sich in unsere Angelegenheiten einmischen und sich anmaßen uns zu kommandieren. Wir wollen die Ordnung unserer Angelegenheiten selbst besorgen." (Stürmischer Beifall.)

Es sei sogleich darauf hingewiesen, daß man in Süddeutschland den norddeutschen, berlinischen Radikalismus nicht bloß mit Worten, sondern auch mit der Tat ablehnt: in Bayern, Württemberg und Baden sitzen neben Sozialdemokraten auch bürgerliche Vertreter, im Gegensatz zu Berlin.

Wer hätte gedacht, daß dieselben Kreise, die noch eben erst Preußen als reaktionär, als die süddeutsche Demokratie bedrohend angeklagt hatten, so schnell zu der Meinung gelangen würden, daß Preußen um seines demokratischen Radikalismus willen abgelehnt werden müsse! Der Abgeordnete von Schulze-Gävernitz war einer der eifrigsten Ankläger des „preußischen Junkerregiments". Er hatte noch vor ganz kurzem seine lebhafte Freude darüber ausgesprochen, daß Preußen unter die Leitung von Süddeutschen — Erzberger, Payer, Gröber, Haußmann — gelangt sei. Aber diese Herrschaft der Süddeutschen in Berlin war nur eine Eintagsherrschaft; sie hat nur gerade dazu gedient, den Übergang zur Herrschaft der Sozialdemokratie, unter Ausschluß aller bürgerlichen Gruppen, zu erleichtern. Im Laufe weniger Tage hat sich Abgeordneter von Schulze-Gävernitz genötigt gesehen, seine Freunde in eine Klage über die Bedrohung Süddeutschlands durch das radikale Berlinertum umzusetzen. Und er geht nun soweit, daß er gegebenenfalls die deutsche Hauptstadt von Berlin nach München wegverlegen will. Die angebliche Bedrohung Süddeutschlands durch das „preußische Junkerregiment" ist nie einem Süddeutschen so gefahrvoll erschienen, daß er deshalb die Verlegung der Reichshauptstadt nach Süddeutschland vorgeschlagen hätte. Wenn der Abgeordnete von Schulze-Gävernitz eine solche Verlegung nur für den Fall des Sieges der Spartakusgruppe in Aussicht nimmt, so sieht man doch aus den angeführten Äußerungen, daß ein allgemeiner Gegensatz gegen die norddeutsche Sozialdemokratie in Süddeutschland vorhanden ist.

Der badische Minister des Äußern Dietrich, vorher Oberbürgermeister in Konstanz, ist ein Mann von ausgeprägt nationaler Gesinnung. Ihm liegt ganz gewiß eigentlicher Partikularismus fern. Aber die Entwicklung in Norddeutschland erscheint ihm so bedrohlich, daß er empfiehlt, Baden solle seine Verhältnisse selbst ordnen, mit Ausschluß „fremder Elemente."

Es fehlt freilich auch in Süddeutschland nicht an Äußerungen des Radikalismus. In einem Industrieort wie Mannheim zum Beispiel beobachten wir

Parallelerscheinungen zu Berliner Vorgängen. Auch fehlt es nicht an der Betätigung „fremder Elemente" in Süddeutschland. Kein geringerer als der jetzige Münchener Präsident Eisner hat den Weg von Polen über Berlin („Vorwärts!") nach Süddeutschland genommen. Aber gerade sein Beispiel zeigt, daß hier auch die „fremden Elemente" genötigt sind, sich einigermaßen anzupassen: er muß sich in die Herrschaft mit „bürgerlichen" Vertretern teilen. Und auch gegen ihn hat sich in München Opposition erhoben: man wolle keinen „bayerischen Trotzki". Das Entscheidende ist, daß in Süddeutschland die gewaltigen Heere der industriellen Arbeiter fehlen. Die süddeutschen Verhältnisse haben einen bescheideneren, mehr mittelständisch-bürgerlichen Zuschnitt.

Als zuerst das Wort von der großen deutschen Republik laut wurde, klang es, als ob uns die Aussicht auf ein unitarisches Deutsches Reich winke. Und wer wollte bestreiten, daß eine Verstärkung unserer deutschen Zentralgewalt wünschenswert ist! Während des Krieges hat sich der deutsche Partikularismus in mehrfacher Hinsicht als schädlich erwiesen; es wird darüber später noch manches an den Tag kommen. Jene Aussicht weckte nun die Erinnerung an so manche Bestrebungen und Forderungen vergangener deutscher Kämpfe. Die Erinnerung an Treitschkes Ideal des unitarischen Deutschland wachte auf.

Heute dagegen stehen wir wieder vor Hindernissen eines Ausbaus der deutschen Verfassung in der Richtung einer deutschen Zentralgewalt. Es hat sich gezeigt, daß der Partikularismus keineswegs nur in den Monarchien der Einzelstaaten seinen Ausdruck findet. Wer näher zuzusehen gewohnt war, wußte allerdings längst, daß die Demokratie in Deutschland, zumal in Süddeutschland, eine ihrer stärksten Wurzeln im Partikularismus hat. Vielfach ist gerade von partikularistischen Gesichtspunkten aus und im Namen des Partikularismus die Demokratie gefordert worden. Die Geschichte Süddeutschlands bietet ja dafür ältere und neuere Belege in reichem Maße. Auch darauf sei nebenbei hingewiesen, daß unter der Gunst der gegenwärtigen demokratischen Bewegung die Welfen ein „freies Hannover im freien Deutschland" fordern. So sehen wir denn, daß die extrem demokratische Bewegung die partikularistischen Regungen neu belebt und daß andererseits an bestimmten Stellen aus Abneigung gegen extrem demokratische Erscheinungen der Partikularismus sich verstärkt, wie insbesondere eben in Süddeutschland.

Wohin wird uns der Weg der politischen Ereignisse führen? Wir geben die Hoffnung auf den guten Stern unseres Volks nicht auf. Aber ein richtiger Weg kann nur gefunden werden, wenn man die vorhandenen Gefahren erkennt. Auf sie hinzuweisen ist unser Zweck. Es liegt uns völlig fern, die Wiederherstellung des alten preußischen Landtags zu verlangen. Indessen die Ereignisse fordern gebieterisch die Erkenntnis, daß die Demokratie nicht das Allheilmittel ist, für das man sie ausgibt; sie kann den verschiedensten Zwecken dienen. Man macht sich anheischig, mit der Demokratie und zwar mit der extremsten alle Schwierigkeiten des Lebens aus dem Wege zu räumen, und es zeigt sich, daß unter dem Zepter der Demokratie alle alten Schwierigkeiten wiederkehren. Der Partikularismus liefert ein bedeutungsvolles, aber keineswegs das einzige Beispiel dafür. Nur von einer kräftigen Erneuerung des nationalen Gedankens kann eine Besserung erwartet werden.

# Die drohende Atomisierung der Großmächte

Von Dr. Richard Hennig

ünf Großmächte gab es bei Ausbruch des Krieges auf dem europäischen Festland, zu denen sich England als sechste im alten Europa gesellte. Drei von ihnen, Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn, sind infolge ihrer Niederlage im Kriege bis auf weiteres lahmgelegt und nicht mehr auf absehbare Zeit als Großmächte zu betrachten. Rußland und Österreich-Ungarn sind in mehrere Teile auseinandergeborsten, und es ist mindestens zweifelhaft, ob Rußland sich in anderer Form wieder zu einem einheitlichen Staat zusammenfinden wird, während bei Österreich-Ungarn diese Möglichkeit völlig ausgeschlossen sein dürfte. Bei Deutschland zeigen einige Randstaaten eine zentrifugale Tendenz, die große Masse des Landes, vermehrt durch Deutsch-Österreich, hat den redlichen Willen, auch nach der Katastrophe zusammenzuhalten und sich zu neuem Aufbau zu rüsten, falls nicht neue Ungeschicklichkeiten proletarischer Zaren in Berlin die Reichsverärgerung verhängnisvoll fördern. Es besteht jedenfalls die große Gefahr, daß auch hier ein Zerfallprozeß einsetzt, wenn die roten Diktatoren in Berlin, die zurzeit die Macht ohne Volksauftrag an sich gerissen haben, nicht bald von ihren autokratischen Gelüsten lassen

Aber nicht nur die drei besiegten Großmächte in Europa sind einstweilen in der Liste der Großmächte gestrichen; auch die beiden Sieger Frankreich und Italien können nur mit starkem Vorbehalt noch als Großmacht bewertet werden und müssen überdies in nicht gar sehr ferner Zeit von dem ansteckenden Zersetzungsprozeß, der die Besiegten erfaßt hat, ebenfalls angesteckt werden. Frankreich mag seine furchtbaren Menschenverluste durch die zu erwartenden Eroberungen wieder ausgleichen; aber es ist in derartige finanzielle Abhängigkeit von England und den Vereinigten Staaten geraten und durch die Festsetzung der Engländer in Calais und das ungenierte Fußfassen der Amerikaner im französischen Wirtschaftsleben auch politisch dermaßen unselbständig geworden, daß es auf weit absehbare Zeit, vielleicht für alle Zukunft, ebenfalls nicht mehr als vollwertige Großmacht betrachtet werden kann, und dasselbe gilt in noch höherem Maße von Italien, dessen Macht heut gänzlich „von Englands Gnaden" geworden ist und das sofort zur Ohnmacht verurteilt ist, wenn England eines Tages seine Hand von ihm zieht.

So gibt es heute in der Tat nur noch drei echte Großmächte: England, Vereinigte Staaten und Japan. Aber auch über ihnen schwebt das Verhängnis, das die besiegten Großmächte bereits mehr oder weniger ereilt hat und das bei vollständiger Auswirkung einen Zerfall aller bisherigen Weltreiche, eine Atomisierung der Großmächte, binnen wenigen Jahren nach sich ziehen muß. Die soziale Revolution, die zuerst im zusammengebrochenen Rußland das Licht der Welt erblickte, stampft von Ost nach West über Europa dahin und rüstet sich, wenn nicht alles täuscht, zu einem Welteroberungszuge, der gewaltiger ist als die Taten der großen Eroberer Alexander, Dschingis Khan, Tamerlan und Napoleon. Daß diese Anschauung gerade auch von den nüchternsten und objektivsten Beurteilern des zeitgenössischen Geschehens, von klugen neutralen Politikern geteilt wird, mögen folgende Ausführungen beweisen, die ein holländisches Blatt unmittelbar nach der deutschen Revolution veröffentlichte. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schrieb am 11. November 1918:

„Die Folgen der Blockade drohen sich gegen den Verband zu kehren. Diese Blockade hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, die Bedingungen für die Revolution zu schaffen. Jetzt verbrüdern sich schon die Soldaten. Die westlichen imperialistischen Mächte laufen große Gefahr, daß ihnen die Früchte des Sieges durch ihre eigenen Völker abgenommen werden: durch die Weltvölkerverbrüderung, die dem Imperialismus ein Ende bereitet. Sie kann ebensogut Deutschland vor

einem Teil der Niederlage behüten, wie Frankreich oder Italien die Siegesfrüchte wieder abnehmen. Es bestehen Anzeichen, daß der Verband diesen Gefahren gegenüber nicht blind ist und daß er sich daher bei der Ausführung der Bestimmungen mäßigen wird."

Diese neutrale Betrachtung ist sehr interessant. Sie bestätigt gewisse Hoffnungen, die man in den ersten Revolutionstagen in einigen deutschen Presseorganen fand, die man dann aber als Ausflüsse eines übertriebenen Optimismus anzusehen geneigt war. Eine Verbrüderung der vorher feindlichen Soldaten, die durch das holländische Blatt bestätigt wird, hat sicherlich stattgefunden; haben doch nach der deutschen Revolution Flieger auch in französischen Schützengräben schon rote Fahnen gesehen! Eine umfassende praktische Wirkung des Überspringens der revolutionären Gesinnung auf die Feindesfront darf man freilich nicht schnell erwarten. Bei einem siegreich vordringenden Heere sind Meutereien naturgemäß eine Unmöglichkeit. Aber ausbleiben dürften die Folgeerscheinungen des tiefen Eindrucks, den der deutsche Umsturz bei den französischen „Genossen" gemacht hat, dennoch nicht auf die Dauer.

Denken wir daran, daß im März und April 1917, nach der russischen Revolution, auch an der nordöstlichen Front Verbrüderungen in großem Umfange vorkamen, was die noch intakten deutschen Heere dennoch nicht hinderte, später die Schlachten bei Riga und Jakobstadt zu gewinnen, die Ösel-Expedition durchzuführen und im Februar und März 1918 den Vormarsch ins Baltikum und nach Weißrußland zu unternehmen, der zur Besetzung von Dorpat, Reval, Narwa, Pleskau, Dünaburg Minsk usw. führte. Über 1½ Jahre währte die Inkubationszeit, ehe die im Frühjahr 1917 erfolgte psychische Ansteckung zum Krankheitsausbruch im deutschen Heere führte. Im Westen mag sehr wohl eine ebenso lange Zeit vergehen, ehe die hier im November 1918 erfolgte Infektion äußerlich erkennbar wird. Vielleicht erfolgt freilich die Wirkung auch schneller, wenn das feindliche Heer in die Heimat zurückkehrt, denn es ist zu bedenken, daß die Berührung mit dem revolutionären Deutschland aus nächster Nähe, wie sie die Besetzung von Mainz, Koblenz und Köln und das voraussichtliche Auftauchen englischer Marinetruppen in deutschen Hafenstädten mit sich bringt, notwendig eine stark suggestive Wirkung ausüben muß. Empfänglich ist der Boden bei den uns feindlichen Völkern seit langem für die revolutionäre Saat in einer Weise, von der man sich keine rechte Vorstellung machen kann, wenn man nicht in der feindlichen Presse selbst die Entwicklung verfolgt hat und die Anzeichen sich hat häufen sehen. Die Tatsache, daß bei den Franzosen der linke Flügel der Sozialisten unter Longuets Führung, den der internationale Sozialismus zu einer scharfen Gegnerschaft gegen alle imperialistischen Eroberungsziele und gegen den Kapitalismus gedrängt hat, im Herbst 1918 die Mehrheit der Partei für sich gewann, spricht nicht minder deutlich für ein auch dort heranziehendes soziales Unwetter, wie die erschreckend schnelle Zunahme gefährlicher Streiks in England seit September 1918, die derartig leichtfertig von den Arbeitnehmern heraufbeschworen wurden, daß sie fast wie eine Provokation wirkten. Die englischen Zeitungen klagten in allen Tonarten über die englische Haltung der Regierung, die, um die Kriegsversorgung nicht zu gefährden, den Arbeitern alle Forderungen bewilligte und immer neue Lohnerhöhungen bei immer kürzeren Arbeitszeiten zugestand. Daß daraus in der einen oder anderen Weise Unheil erwachsen muß, ja, daß man in den letzten Monaten schon mehrfach haarscharf an schwerem Unheil noch eben vorbeigesteuert ist, wurde in verschiedenen englischen Blättern mit allem Nachdruck betont. Noch steht in Frankreich und England kein vulkanischer Ausbruch zu erwarten, aber die Stimmung, die ihn vorbereitet, dürfte durch die deutsche sozialistische Revolution mächtig gefördert worden sein und im Laufe des Jahres 1919 zu noch nicht übersehbaren, weitreichenden Folgeerscheinungen Veranlassung geben. Der psychische Krankheitsprozeß, dem die zweiundzwanzig deutschen Dynastien binnen wenigen Tagen sämtlich erlegen sind, hat sich in den neutralen Ländern Holland und der Schweiz ebenfalls bereits bemerkbar gemacht, wenn auch vor-

läufig nur in einem ersten leichten Anfall. Er wird sich unzweifelhaft weiter ausbreiten und dürfte von den feindlichen Ländern zuerst Italien, dann Frankreich und zuletzt auch England ergreifen. Die Vereinigten Staaten und Japan, wenngleich weit vom Schuß, dürften auf die Dauer gleichfalls schwerlich ganz immun bleiben. Daß selbst bei ihnen der Boden für sozialistische Regungen empfänglich ist, zeigten in letzter Zeit die „Reisunruhen" in Japan, zeigte ebenso die Ankündigung des amerikanischen Arbeiterführers Gompers, daß die Arbeiter auch für die Friedenszeit die ungeheuren Kriegslöhne nebst der kurzen Arbeitszeit zu fordern gedächten — eine Ankündigung, die bei den Arbeitgebern helles Entsetzen und scharfen Widerspruch hervorrief.

In den ersten Tagen nach Ausbruch der deutschen Revolution waren Gerüchte verbreitet, daß in Frankreich sozialistische Aufstände bereits ausgebrochen seien. Es war freilich von vornherein psychologisch unglaubhaft, daß im Augenblick des Sieges politische Umwälzungen über ein Land kommen könnten. Die Gerüchte, die offenbar nur zum Zwecke der Stimmungsmache verbreitet wurden, waren in der Tat entweder gegenstandslos oder haben aus einzelnen unbedeutenden Vorkommnissen, wie den Verbrüderungen an der Front, übertreibende Schlußfolgerungen gezogen. Dennoch dürften sie den Tatsachen nur um einige Monate vorausgeeilt sein. Bemerkenswerterweise ist dies nicht nur deutsche, sondern auch neutrale Auffassung, wie folgendes Zitat aus der holländischen Zeitung „Nieuws van den Dag" vom 15. November 1918 beweist:

„Es ist durchaus nicht unmöglich, daß der revolutionäre Wind in Frankreich jetzt einsetzt, wenn die gewaltige Nervenspannung von vier Kriegsjahren erschlafft und der Kriegstaumel vorüber ist. Der aufgepeitschte Chauvinismus hat die revolutionäre Idee zurückgedrängt, jetzt wird sie mit erneuter Kraft aufleben. Das unterliegt keinem Zweifel."

Auch dänische Auffassungen decken sich hiermit. Folgende Äußerung der Kopenhagener „Finanstidende" vom 13. November ist hierfür bezeichnend:

„Alle müssen wünschen, daß der russische Bolschewismus nicht auch die Verbandsländer ansteckt. Italien scheint bereits bedroht zu sein. Ebenso wie die Vergeltung über Deutschland gekommen ist, kann sie die Imperialisten in den Verbandsländern treffen."

Daß diese Erwartung keineswegs in der Luft schwebt, daß ein Hinüberspringen der revolutionären Bewegung auf die feindlichen Länder nur durch sehr beträchtliche Zugeständnisse der Kapitalisten an die Arbeiter wird unterbunden werden können, beweist ein Aufsatz Marcel Sembats in der „Humanité" vom 14. November 1918, aus dem zugleich die sehr lehrreiche Tatsache zu ersehen ist, daß man in Frankreich große Besorgnis hat, dem Lande die Wahrheit über die deutsche Revolution mitzuteilen. Sembat schreibt nämlich:

„Wir werden in vollkommener Unwissenheit über die wunderbaren Ereignisse gehalten, die Deutschland umgestalteten. Ich verstehe wohl: man fürchtet die Rückwirkungen, die Ansteckung! Gegen die Grippe können solche Absperrungen vielleicht wirksam sein, aber wo es sich um soziale Umwälzungen handelt, kann uns nur die Erkenntnis der Wahrheit zu den notwendigen Entschlüssen führen. „Glauben Sie," sagte mir in den Wandelgängen der Kammer ein Mann von klarer und kühler Intelligenz, „daß sich das französische Volk lange bescheiden würde, wenn unsere Republik inmitten der überall entstehenden neuen Republiken als die rückständigste erschiene?" Er setzte mir auseinander, daß in der Tat die deutsche Republik, als Nachfolgerin eines Kaiserreiches, das interessanten sozialen Reformen zugetan war, sozusagen nur zu bestehen brauche, um der unsrigen in dieser Hinsicht weit voraus zu sein. Man wird das sogleich bemerken, wenn Elsaß Lothringen wieder französisch wird. Man wird den Arbeitern dieser Gegenden eine ganz besondere Behandlung zuteil werden lassen müssen, hinsichtlich der Arbeiterpensionen, wenn man ihre erworbenen Rechte nicht verletzen will.[1]) Denn

[1]) Einen eigenartigen Kommentar hierzu bietet die Meldung, daß die Franzosen sofort nach ihrem Einzug in Straßburg den Achtstunden-Arbeitstag wieder abgeschafft haben.

die Pensionen sind dort bemerkenswerterweise vorteilhafter als bei uns. Und die Lehrer in Elsaß-Lothringen? Wenn sie ihre Gehälter mit denen ihrer französischen Kollegen vergleichen? Das Problem ist jedoch viel tiefer und übersteigt bei weitem diese oder jene Einzelreform. Denn es ist eine neue Welt im Entstehen."

Dies Zugeständnis läßt doch wohl darauf schließen, daß, wenn der Siegestaumel in Frankreich verebbt ist, auch dort das soziale Problem wieder der Kernpunkt allen politischen Geschehens werden muß. Schon jetzt treten die französischen Sozialisten, deren nationale Gesinnung im Kriege über jeden Zweifel erhaben war, mit großer Entschiedenheit gegen jeden ungerechten Frieden, jede Vergewaltigung Deutschlands auf. Nachdem Deutschland sozialistische Republik geworden ist, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß sie sich, wenn ihren sozialen Forderungen nicht freiwillig in weitem Umfange entgegengekommen wird, mit ihren deutschen Parteigenossen zur Bekämpfung des Kapitalismus verbünden. Die „Ansteckung", von der Sembat spricht, führt dann eben auch in Frankreich zum Ausbruch der sozialen Krankheit.

In England liegen die Dinge nicht viel anders. Der am 22. November kurz vor den Neuwahlen erfolgte Austritt des Arbeiterministers Clynes aus der Koalitionsregierung läßt auf eine stark wachsende Gegnerschaft der englischen Arbeiter gegen Lloyd Georges imperialistische Regierung schließen. Auch hier wird man, um die Dinge zuverlässig zu beurteilen und nicht trügerischen Hoffnungen zu erliegen, am besten ein englisches Zeugnis selbst zu Hilfe rufen, das beweisen mag, wie in England gleichfalls sozialer Zündstoff in Mengen vorhanden ist. Schon fünf Wochen vor Ausbruch der deutschen Revolution, am 6. Oktober, schrieb das britische Parlamentsmitglied J. H. Thomas im „Sunday Pictural":

„Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Haltung der englischen Arbeiter bei manchen unserer Verbündeten große Besorgnisse erweckt. . . . . Manche Streiks wurden — ich zögere nicht, es auszusprechen — durch Mißgriffe und Fehler der Regierung hervorgerufen; man denke nur an die jüngsten Zwistigkeiten der Polizeibeamten. Andere wieder haben einen völligen Mangel an Methoden und Verständnis bei den Behörden enthüllt. Wie war denn der Verlauf der Ereignisse? Verhandlungen fanden statt, Verhandlungen wurden abgebrochen, der Streik folgte, und sofort erreichten die Arbeiter alles, was sie wollten. . . . . Die dauernden Kapitulationen vor der brutalen Gewalt haben bei den Arbeitern das Gefühl erweckt, der Streik sei der einzige Weg, sich Gerechtigkeit zu verschaffen. . . . Solche Methoden machen jede friedliche Aussöhnung unmöglich und arbeiten den Bolschewisten in die Hände. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß es in England keine Bolschewisten gibt. . . . Alle die, welche so leichthin von den Segnungen des Bolschewismus reden, vergessen, daß keine Nation unter einem allgemeinen Zusammenbruch so sehr, wie gerade England, leiden würde. . . . Nach meiner Ansicht dauert es nicht mehr lange, bis die Arbeiterpartei die herrschende Klasse in England wird."

Noch deutlicher drückte die vorhandenen sozialen Sorgen Englands Gardiner in seiner Zeitung „Daily News" aus:

„Niemand, der die geistige Verfassung großer Teile der arbeitenden Klassen in England und Frankreich kennt, ist sich darüber im unklaren, wie trocken der Brennstoff ist und wie viel trockener er noch werden wird, wenn erst der Druck des Krieges nachläßt und die Schwierigkeiten, die Verbitterung und die mit der Demobilisierung verbundenen Entbehrungen sowie die Übergangswirtschaft in der Industrie sich fühlbar machen. . . . Kann Havelock Wilson seine Gewerkschaft gegen Henderson ausspielen, so können die Eisenbahnarbeiter, wie Thomas androhte, den Eisenbahnverkehr auf Kosten der Feinde der Arbeiter lahmlegen."

Im September 1918 war übrigens bereits ein sehr gefährlicher Eisenbahnerstreik ausgebrochen, der schließlich nur durch schleunige Nachgiebigkeit der Regierung beseitigt werden konnte. Auch sonst fanden letzthin Riesenstreiks in so großer Zahl statt wie nie zuvor in der englischen Geschichte, und überall konnte nur durch Nachgiebigkeit der Regierung größerem Unheil gesteuert werden.

Resigniert klagte „Manchester Guardian" am 8. November, also noch vor der Berliner Revolution:

„Der Krieg hat für die meisten Beteiligten gar zu lange gedauert. Die Revolution hat bereits halb Europa und Sibirien erfaßt; noch ist sie nicht erschöpft. Die russische Influenza ist sehr ansteckend. . . . Revolution liegt in der Luft, man hört den dumpfen Donner der Kräfte in der Tiefe. Wir sind gewarnt!"

Soweit dürfte man erkennen, daß auch in England eine weitgehende Umwälzung in nicht gar zu ferner Zeit durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Gefahr ist dabei für England weit größer als für Deutschland. Wir sehen ja, daß die sozialistische Diktatur in Berlin die Gefahr eines Zerfalls des deutschen Reiches bedenklich nahe gerückt hat. Man darf freilich als gewiß annehmen, daß ein solcher Zerfall, wenn er wirklich infolge nicht rechtzeitiger Wahl einer Nationalversammlung noch eintreten sollte, nur vorübergehender Art sein würde, aber wenn der soziale Umsturz selbst bei einem Volk mit gleicher Sprache und von durchweg starker Anhänglichkeit ans Reich Zerfallserscheinungen auslöst, so mag man daran ermessen, welche Rückwirkungen ein gleicher Vorgang in dem aus hundert diskordanten Bestandteilen zusammengesetzten und zum Teil von stark zentrifugalen Tendenzen (Irland, Burenstaaten, Ägypten, Indien!) erfüllten britischen Weltreiche haben muß.

Diese Auffassung wird auch in neutralen Ländern schon hier und da geteilt, dürfte also der wahren Sachlage gut entsprechen. Sehr bezeichnend war vor allem eine Auslassung der Kopenhagener „Finanstidende" vom 13. November:

„England wurde durch Hunger reich. Noch vor 1914 hieß es, daß jeder dritte Mensch in England hungerte. Nach diesem Kriege läßt sich derartiges nicht wiederholen. Es scheint im Gegenteil eine sehr kräftige soziale Umwälzung im Gange zu sein, die auch vor 1914 schon Besorgnis erregte. . . . Auf alle Fälle ist es ein sozialer Prozeß, der Englands Kräfte in einer Reihe innerer Aufgaben, z. B. der Bodenfrage und der Staatskontrolle über die Industrie, zersplittern wird. Die Vernichtung des preußischen Imperialismus, die England bewirkte, kann deshalb die des englischen Imperialismus nach sich ziehen, während fernere und jüngere Militärmächte, Amerika, die Kolonien und Japan der Ansteckung weniger ausgesetzt sind."

Sollte die von Vielen gehegte und im Grunde nicht unwahrscheinliche Erwartung sich erfüllen, daß der soziale Umsturz mehr oder weniger gewaltsam allmählich die ganze Kulturwelt erobern wird, so scheint ein Zerfall aller großen Weltmächte auf die Dauer unvermeidlich zu sein. Das Zeitalter der Großmächte würde dann nahe vor seinem Abschluß stehen, und die aus imperialistischen Gelüsten erwachsenen Kriege würden bis auf weiteres von sozialen Kämpfen innerhalb desselben Volkes und von unzähligen, bewaffneten oder friedlichen Konflikten der vielen neuen Staatlein und Nationchen miteinander abgelöst werden. Statt des erträumten Völkerbundes und dem Zeitalter des ewigen Friedens wäre uns dann eine Balkanisierung und Atomisierung des größeren Teiles Europas und ein Rückfall in den Zustand fortgesetzter mittelalterlicher Kleinkriege beschert, zu dem die prompt einsetzenden Bandenkriege zwischen Polen und Ukrainern, Russen und Finnen, Tschechen und Magyaren, Südslaven und Italienern bereits den erbaulichen Auftakt liefern.

Kapitalismus und Imperialismus haben die großen Einkreisungskriege gegen Deutschland entwickelt und haben vorläufig mit einer Vernichtung des deutschen Imperialismus und einer schweren Bedrohung des deutschen Kapitalismus geendet. Aber der Prozeß ist noch nicht beendet und kann leicht mit einem Zusammenbruch *jeglichen* Imperialismus und Großkapitalismus enden. Schon am Tage der Berliner Revolution gab der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" dieser Auffassung drastischen Ausdruck:

„Der große Krieg hat alle Aussicht, in einer Weltrevolution zu enden. Die Regierenden in England beginnen dies bereits einzusehen, wie sich aus Churchills Anordnungen ergibt. Er verfügte nämlich, daß die Herstellung von Munition

fortgesetzt werden sollte, da ernste Unruhen ausbrechen könnten (!). Gerade die Aufgabe Deutschlands, die der Verband so verhöhnte, das Ordnungschaffen in Rußland, also die Bekämpfung der Revolution, hat der Verband bereits von Deutschland übernommen und wird sie in Deutschland selbst übernehmen, falls er befürchtet, daß die Revolutions-Ansteckung nach dem Westen übergreift. So würde denn der Kampf zwischen den verschiedenen Gruppen imperialistischer Mächte zu einem Weltklassenkampf werden Es erhebt sich nur die Frage, wie lange es dauern wird, bis auch die Heere des Verbandes angesteckt werden. Man hat festgestellt, daß auch Tiere von der Influenza angesteckt werden können. Wenn auch der deutsche und der österreichische Adler an der revolutionären Influenza gestorben sind, sind sie doch noch nicht vollkommen unschädlich. Wenn der gallische Hahn und der britische Löwe sich zu lange im Sterbezimmer aufhalten, können sie angesteckt werden, so wie der verstorbene russische Bär zuerst die Krankheit übertragen hat."

Der Welt-Sozialismus erhebt sein Haupt, und bei ungeschicktem Verhalten der Regierenden kann er sogar schließlich in Welt-Bolschewismus ausarten. Die letztere Gefahr ist ja vorläufig noch als gering zu erachten, und selbst für Deutschland ist (von einzelnen großen Städten abgesehen) die eigentliche bolschewistische Gefahr nicht sehr groß. Aber die Welt-Revolutionierung dürfte in den nächsten Monaten und Jahren stetige Fortschritte machen, zunächst das ganze alte Europa umstürzen und schließlich auch die anderen Erdteile ergreifen. Man mag diesen Gang der Dinge beklagen oder bejubeln, in jedem Fall muß man sich mit ihm abfinden. In allen Ländern drohen den Kreisen, die den Krieg entfesselt haben, die Felle wegzuschwimmen, und der Sieger im größten Ringen der Menschheitsgeschichte wird schließlich weder Frankreich noch Italien, noch England, noch Amerika sein, sondern unerwarteterweise der Sozialismus!

# Politik und Wissenschaft

Von Dr. Hans Roeseler.

olitik und ihre Richtung ist Tagesgespräch, mehr Interesse für Politik, politische Erziehung des Volkes die Forderung des Tages. Lehraufträge für Politik und ihre verschiedenen praktischen Teilgebiete sind für unsere Hochschulen in Aussicht gestellt.

Da erhebt sich die Frage: Ist denn Politik eine Wissenschaft, ist eine wissenschaftlich geleitete Politik denn überhaupt möglich, gibt es wissenschaftlich gefundene, allgemein gültige Grundlagen der Politik? Diese Frage gleicht einem großen unentwirrbaren Bündel von Unterfragen. Vor allem die Vorfrage erhebt ihr Haupt: Was ist Wissenschaft? Denn daß die Frage nach der wissenschaftlich möglichen Behandlung der Politik sich nicht durch einen lediglich fachwissenschaftlich gerechtfertigten und vergleichenden Hinweis auf andere „Wissenschaften", wie etwa die Wirtschaftswissenschaft, die Staatswissenschaft oder die Geschichte erledigt, erscheint von vornherein selbstverständlich. Diese Bemerkung trägt aber bereits den Keim zur Lösung jener Frage in sich.

Es ist zu scheiden zwischen lediglich fachlich orientierter wissenschaftlicher Behandlung eines begrenzten, gegebenen oder als gegeben angenommenen Stoffes und einer Methode, die, als „Wissenschaft" schlechthin bezeichnet, im Ergebnis ihrer Untersuchung allgemein gültige Begriffe und Ziele findet, die für das jeweils in Betracht kommende Stoffgebiet absolut gültig und maßgebend zu erachten sind. Es muß einmal — ganz im allgemeinen — die grundsätzliche Unterscheidung zwischen der rein fachwissenschaftlichen, sei es naturwissenschaftlichen oder historischen,

jedenfalls aber genetischen Art der Beweisführung und Begriffsbildung und der nach allgemein gültigen Begriffen und Ideen strebenden systematischen formalen Untersuchung logisch-begrifflich-erfaßbarer Lebenserscheinungen gemacht werden. Wir verstehen das so, daß nur die systematische, formale, kritische Untersuchungsmethode in der Lage ist und sein kann, an der Hand des vorliegenden Erfahrungstatsachenstoffes, unter ständiger Ausschaltung jeden Inhalts die formalen allgemein gültigen Begriffe für das betreffende Gebiet zu suchen und dann auf die Frage nach der Richtigkeit, wie die Begriffe allgemein gültig zu handhaben sind, in der Praxis der Welt die Ideen als Zielpunkte und Richtung gebendes Gestirn für unsere einzelne Handlung zu finden.

Das Streben der Menschen geht nach der Einheit des Bewußtseins, nach der Einheitlichkeit des Einordnens aller Dinge unserer Erkenntnis, danach, einen gemeinsamen Punkt zu finden, in dem alle Fragen, die ihr Haupt zweifelnd erheben, zusammenfließend, wenn auch nicht beantwortet, so doch einer einheitlichen Lösung näher zugeführt erscheinen.

Das kann in der bewußten Bewältigung der Aufgabe allgemein gültig nur die Form unseres Denkens sein, die wir für alle Gebiete unseres Interesses zu suchen und zu finden haben. Die Form allein, losgelöst von jedem Inhalt, der wechselt, ist allgemein gültig und deshalb die einzige Möglichkeit, jenes Einheitssehnen zu erfüllen, jener gemeinsame Punkt im Sehnen und Streben aller zu sein.

Der allgemein gültige Begriff der Politik ist auf diesem Wege der kritischen Untersuchung zu finden, der Begriff von Politik, der diesem verschwommenen, von tausend verschiedenen Inhalten erfüllten Worte eine allgemein gültige, an keine Zeit und geschichtliche Tatsachenwelt gebundene Bedeutung gibt. So gut wie alle Lehrbücher der Politik übersehen bisher diese grundlegende Vorfrage und arbeiten mit mehr oder weniger inhalterfüllten, halben und viertel Begriffen von einem Ding, das sie Politik nennen. Ein Beispiel für viele: Treitschke beginnt seine „Politik" mit dem Wort: Alle Politik ist Kunst! Keine Frage erhebt sich, was denn nun Politik sei. Es bleibt dem Leser überlassen, welchen Tatsachen- oder Gedankenkomplex er sich darunter vorstellen mag. Und wo Politik sonst zu definieren der Versuch gemacht ist, stets ein mit Inhalt behafteter Begriff ist es der als Ergebnis der Untersuchung sich darstellt.

Hierzu noch eine Bemerkung zu dem Wesen dieser formalen Methode. Was ist Wissenschaft? Offenbar doch das: ein Kritizismus unserer Erkenntnismöglichkeit, ein Erkennen der formalen Erkenntnismöglichkeiten und Bedingungen in bezug auf ein Individuelles, Typisches, der Versuch nach der Erfassung der allgemein gültigen formalen Begriffseigentümlichkeit dieses Individuellen.

Eine Untersuchung, die Politik als Wissenschaft zu ergründen, will, kann, garnicht anders vorgehen, als allein auf dem Weg der systematischen formalen Methode, die die Form unseres Denkens, ohne die wir nicht das sind, was wir sind, voraussetzt und in ihr versucht, den Begriff der Politik zu fassen. Damit ist nicht gefordert, daß jede Untersuchung, z. B. der Gegenwartspolitik, etwa mit dieser Frage ab ovo anfängt; sie wird genetisch vorgehend die Zustände der gegenwärtigen politischen Lage in ihrer historischen und wirtschaftlichen Entwicklung — also fachwissenschaftlich — zu untersuchen haben. Daß sie als Grundage den „wissenschaftlichen" Begriff voraussetzen muß, wird nur selbstverständlich sein müssen.

Eine Untersuchung jedoch, die die Frage nach der Möglichkeit einer wissenschaftlichen Politik schlechthin beantworten will, hat zu geschehen auf dem von jedem Inhalt freien Wege der kritischen, formalen Methode. Einzig und allein Rudolf Stammler hat vor allem in seinen, in letzter Zeit bekannt gewordenen neueren Forschungen diesen Standpunkt auf die Untersuchung nach den wissenschaftlichen Grundlagen der Politik angewandt[1]). Von ihm wird jenes Ziel der

[1]) So in seinen „Rechts- und Staatstheorien der Neuzeit" 1917, in seinen beiden Vorträgen: „Mandevilles Bienenfabel; die letzten Gründe einer wissenschaftlich geleiteten Politik" 1918 und „Recht und Macht" 1918.

wissenschaftlichen formalen Methode im Suchen nach Begriff und Idee des jeweils in Betracht gezogenen Stoffgebietes zum Grundsatz seines Forschens erhoben und damit auch zum Inhalt seiner Untersuchung gemacht.

Was ist nun seinem allgemein gültigen Begriff nach Politik?

Politik ist nach Stammler etwa die Willenserscheinung einer sozialen Gemeinschaft, d. h. einer Verbindung von Zwecke setzenden Menschen[2]) unter rechtlichen Formen.

Soziales Wollen ist ihm die Vorstellung dieses Verbindens menschlicher Zwecke. „Es wird das Streben des einen als Mittel für den andern genommen und wieder umgekehrt in Wechselseitigkeit"[3]). Man könnte Politik auch kurz so definieren: ein soziales Wollen rechtlicher Art. Das letztere ist wichtig, es bedeutet die rechtliche Regelung, d. h. die selbstherrliche, unverletzliche Eigenart des Rechtsgedankens. Politik ist ein erweitertes rechtliches Wollen mit dem Ziele des objektiv richtigen Inhaltes des die verbundene Gruppe von Menschen verbindenden Wollens.

Damit ist aber bereits der Begriff der Politik überschritten und eine Findung der Idee gegeben, nach der im Zielpunkt als wissenschaftlicher Grundlage jede Politik zu handhaben und leiten wäre. Dieses Ziel, diese Grundlage, diese Richtlinie ist die Idee der reinen Gemeinschaft. Es ist die Vorstellung von einem solchen rechtlichen Verbinden, da keiner in stärkerer Weise als Mittel für persönliches Begehren des anderen eingefügt wird, als ihm die anderen verbunden sind"[4]). Mit anderen Worten: Politik auf wissenschaftlicher Grundlage heißt nach unserer Methode dasselbe wie eine Verbindung von Zwecke setzenden Menschen mit dem Zielpunkt der Schaffung einer Gemeinschaft frei wollender Menschen[5]).

Im praktischen Leben soll so der einzelne grundsätzlich als Selbstzweck noch geachtet sein[6]), andrerseits soll der, der einer rechtlichen Zwangsordnung eingefügt ist, daran auch in Wahrheit teilnehmen und nicht z. B. im Falle der Not vereinzelt dem Ringen um sein Bestehen überlassen werden.

In der großen Politik, das heißt, im Leben der einzelnen Gemeinschaften, in dem jede Gruppe geschlossen als Träger des politischen Willens erscheint, ist gleichfalls der Begriff und die Idee des politischen Wollens zu untersuchen.

Der gefundene Begriff von Politik als soziales Wollen rechtlicher Art ist nur dann geeignet auch für die große Politik, wenn das Geschehen der Geschichte, das die rechtliche Regelung zu sprengen scheint, der Krieg, mit einem Wollen rechtlicher Art vereinbar wird. Das bedarf einer besonderen Untersuchung, wie es vielleicht auch nicht unangebracht erscheint, in der inneren Politik die Idee der Politik auf ihre notwendige Durchführung zu prüfen. Daß sich eine solche Prüfung der Anlegung jenes Maßes anschließen muß an wirtschaftliche Zustände und vorliegende politische Tatsachen, dürfte selbstverständlich sein. Begriff und Idee der Politik sind anzulegen an die fachwissenschaftlich gefundenen Motive und Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Gegenwart, an die jeweiligen Zustände und Probleme der Gegenwartspolitik.

Letzteres sei als das allgemeinere zuerst versucht. Wie lösen sich mit unserm Begriff von Politik und ihrer Idee Fragen wie Macht und Recht, Freiheit des einzelnen und die Beherrschung seiner Selbstbestimmung? Das sind die ewigen alten Fragen von Ziel und Hemmung, vom Zwiespalt von Ethik und Tat.

Jene erste Frage von Recht und Macht hat Stammler in seiner oben bereits erwähnten Arbeit zu lösen gesucht und hat in ihr auch die Antwort auf die oben aufgeworfene Frage gegeben, wie der Krieg mit dem rechtlichen Wollen der sozialen Gemeinschaft, innerhalb der wir als Staat leben, vereinbar ist. Im Gegensatz zum Recht, das heißt einer allgemein gültigen Weise des Ordnens, dessen Klar-

[2]) Stammlers „Bienenfabel", S. 25 ff. und besonders Seite 28.
[3]) Stammler, „Recht und Macht", S. 5.
[4]) Stammler, „Recht und Macht", S. 7.
[5]) Stammler, „Bienenfabel", S. 28.
[6]) Stammler, a. a. O., S. 32.

stellung somit eine erkenntniskritische Aufgabe ist und das ein logisch bestimmendes Merkmal darstellt, mit dessen Hilfe allein eine systematische Einteilung ordnender Betrachtungen möglich wird, ist Macht, als Fähigkeit, auf bestimmte Menschen einzuwirken, nur in psychologischem Sinn zu erfassen.

Sie hat es in ihrer Eigenart mit einer einwirkenden Verknüpfung von Menschen miteinander zu tun. Es ist die Einwirkung als solche, die bei ihr den Ausschlag gibt. Dagegen zeigt die Erwägung der Macht an und für sich noch gar nichts über den Inhalt dessen an, wofür Macht nun ausgeübt wird. Hieraus erhellt, daß der erkenntniskritisch herausgeschälte Rechtsgedanke einerseits und die psychologisch erwogene Vorstellung der Macht zum andern Teile in der tatsächlichen Ausgestaltung des sozialen Lebens sich ergänzen müssen[7]).

So liegen die verknüpfenden Beziehungen zwischen den beiden unüberbrückbaren Polen klar zutage. Aber erst die Macht, die im Sinne eines rechtlichen Willens vorgeht, ist als solche prinzipiell begründet[8]). Und „das Recht hat wiederum die Macht nötig, um sich durchzusetzen"[9]). Das Recht braucht Macht nicht nur als Rechtsquelle, sondern vor allem als Rechtsschutz. Das liegt schlechthin im Wesen des Rechts als eines selbstherrlich-unverletzbar-gültigen Wollens. Daß in der Welt der Praxis diese Wesenseigenschaft des Rechts überhaupt erhalten bleibt, ist lediglich Aufgabe der jeweils geschichtlich bedingten Macht. „Es ist dasjenige Mittel einzusetzen, das unter gegebenen Verhältnissen die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit am sichersten gewährleistet"[10]). Somit wird der Krieg eine Rechtseinrichtung, taugliches Mittel des Rechtsschutzes und Rechtszwanges, solange nicht ein besseres schützendes Mittel des Rechtes geschaffen werden wird. Sowohl im Krieg, als letztem Mittel des Rechtszwanges, als auch im Rechtsleben des Tages treten die Unzulänglichkeiten und Hemmungen des täglichen Lebens hervor, die den einzelnen in seinem äußeren und inneren Leben arg beeinträchtigen und Schädigungen werden, und die deshalb eine Verwirklichung der politischen Idee stets verhindern werden und müssen. Das ist die alte menschliche Tragik, die in dem steten Zwiespalt zwischen Ziel und Hemmung, zwischen ethischer Zielstimmung und Tat liegen wird.

Hier mag eine Zwischenbemerkung eingeschaltet sein über das Verhältnis von Ethik und Tat, von ethischer Zielstimmung und dem Versuch ihrer Ausführung. Wir haben die letzteren Bezeichnungen sehr sorgfältig gewählt: ethische Zielstimmung und Versuch ihrer Ausführung. Unsere Ethik als Wissenschaft hat bisher fast stets geglaubt, Ethik auf Grund der fertigen Handlung feststellen, aus der Tat, der getanen Ausführung, die ethische Forderung und Leistung finden zu können. Dieser Irrtum ist erklärlich aus der geringen psychologischen Grundlegung der ethischen Wissenschaft. Die echte, wahre Ethik ist vortatlich, sie liegt vor der Handlung, Ethik ist keine Lehre, wie das Leben nach irgendeinem metaphysischen Wert und Ziel — die dogmatische, die Erfolgsethik und die individualistische Ethik haben solche Werte und Ziele des Handelns — einzurichten ist, welche Handlungen der Annäherung an diese Ziele entsprechen, — Ethik ist etwas, was der Tat völlig fern liegt, was tiefstinnerlich im Menschen ruht und schlummert und in seinem wertvollsten Teile gar nicht — trotz des Dranges danach — in Tat und Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Ethik ist Erlebnis, ist Zielstimmung nach unaussprechlichem menschlichen Werte. Ein kleiner Teil dieser Zielstimmung kann in unserer Welt dreidimensionaler Erfassungsmöglichkeit zur Tat werden, die höchsten und tiefsten Werte des menschlichen Wollens können nicht einmal zu Worten geformt sich verständlichen, begrifflichen Ausdruck verschaffen, geschweige denn als Handlungen in die Wirklichkeit treten.

Diese Zwischenbemerkung gibt allein schon Wegweiser zur Lösung des Konfliktes von Idealpolitik und augenblickspolitischer Notwendigkeit. Sie stellt fest,

[7]) Stammler, „Recht und Macht", S. 9 ff.
[8]) Stammler, a. a. O., S. 12.
[9]) Stammler, a. a. O, S. 14.
[10]) Stammler, a. a. O., S. 20.

daß die nicht wissenschaftlich zu findenden Hemmungen im praktischen Leben so ungeheuerlich, zahlreich und stark sind und stark sein werden, daß allein schon dadurch der Eintritt des idealen Zieles in die Wirklichkeit unmöglich wird. Die politische Idee — ein ethisches Ziel, dessen Notwendigkeit wir schlechterdings anerkennend bejahen, kann eben nicht zur Wirklichkeit werden, weil sie, ihrer Herkunft aus jener ethischen Zielstimmung entsprechend, nur in einem jeweils mehr oder weniger gelungenen Versuch der Ausführung infolge jener wissenschaftlich nicht faßbaren und dadurch nicht fortzuschaffenden Hemmungen in die Wirklichkeit treten kann. Damit ist die Einschränkung der „wissenschaftlichen" Erfassung des Weltbildes, der Lebenserscheinungen, des Lebens in dem umfassendsten Sinne dieses Wortes behauptet. Es bleibt bei jedem Versuch der wissenschaftlichen Erfassung des Lebens, ja der einzelnen unscheinbarsten Lebenserscheinung jener unantastbare Restbestand übrig, der nicht auf wissenschaftlichem Wege registriert, erfaßt oder einheitlich untergebracht werden kann. Die Einheit des Lebens ist nicht durch wissenschaftliche Methode völlig erreichbar, der Logos als Methode zur Einheit versagt. Vielleicht liegt das an dem Bau unserer Denknotwendigkeit.

Diese Hemmungen des Alltags sind es, die — soll nicht der einzelne oder die ganze Gemeinschaft zu Schaden kommen — verhindern, daß die politische Idee, jene gefundene wissenschaftliche Grundlage der Politik, zur Wirklichkeit wird und werden darf. Der Versuch der Anlegung der gefundenen Grundlagen einer wissenschaftlich geleiteten Politik als Maßstab an die einzelnen Gebiete der Tagespolitik wird sich als unmöglich und unausführbar erweisen.

Die einzelnen Gebiete der Politik scheiden sich naturgemäß nach äußerer und innerer Politik. Die innere Politik ist diejenige Willenserscheinung, die die Gruppengemeinschaft des im Staat organisierten Volkes als soziales Objekt hat, während die äußere Politik mit den Subjekten der einzelnen Staaten in der Gemeinschaft dieser das Objekt ihres sozialen Willens besitzt. Auch bei äußerer Politik ist das einzelne Individuum nicht auszuschalten in seiner Stellung zur engeren Gemeinschaft des Staates, für den es sich z. B. im Falle des Krieges unter Hintansetzung seines eigenen Willens vielleicht wird aufopfern müssen.

Unsere Fragestellung lautet also: ist die Idee der Politik als Zielpunkt des politischen Handelns, nämlich die Schaffung einer reinen Gemeinschaft bei der praktischen Handhabung der Politik, der äußeren und inneren, notwendig und — brauchbar? Die äußere Politik arbeitet mit Objekten von Gruppengemeinschaften, den einzelnen Staaten, aber auch mit den einzelnen Angehörigen dieser Gemeinschaften. Es sind letzten Endes diese einzelnen, für die jenes Ziel der Gemeinschaft freiwollender Menschen aufgestellt ist.

Ob der politische Wille der einzelnen nun aber hinreichend genug ist, um den Gang der äußeren Politik regeln zu können, ist unter Verwertung der tatsächlichen fachwissenschaftlich zu findenden Unterlagen, z. B. geographischer, historischer, wirtschaftlicher und anthropologischer Art billigerweise zu bezweifeln. Sind doch fast alle diese Tatsächlichkeiten — so Lage, Klima, Wirtschaftsform, Rasse und ihre Eigentümlichkeit — völlig unabhängig von dem sozialen Zweckwollen des einzelnen Staatsbürgers, sowie auch unbeeinflußbar und nur in geringem Maße durch fremden Einfluß veränderlich von dem Wollen der Gemeinschaft oder der Gesamtheit der Gemeinschaft.

Doch jene Idee, wenn sie nicht ihrem Wesen als Idee widersprechen will, soll ja auch nur Zielpunkt sein und nicht etwa in tatsächliche Wirklichkeit umgesetzt werden. Was soll diese innere Unwahrhaftigkeit eines sophistischen Akrobatensprunges! Gewiß sind wir von der Wesensart der Idee als nie erreichbarem Endziel durchdrungen; das hindert uns aber nicht daran, uns im ewigen Glauben stets unter wieder erneuter Anspannung möglichst im Fortschritt zur Idee dem als notwendig erkannten Zielpunkt nähern zu wollen, und unser Handeln, unsere politische Tat einzustellen nach dem Richtungspunkte, den Geist unseres Handelns sich bestimmen zu lassen von der Idee.

Wir müssen zur Beantwortung jener Frage, zur Lösung jenes Problems nun die Ergebnisse der Fachwissenschaften heranziehen, die auf dem Boden einmal gegebener oder als gegeben angenommener Tatsachen mit den Dingen rechnen, wie sie sind. Wir müssen bei der Gestaltung der äußeren Politik ihre Objekte, die Staaten, ansehen als von den Wollungen einzelner unabänderliche, tatsächliche Wesen, die, wie sie Kjellén in seinem ebenso betitelten Buche [11]) bezeichnete, Lebensformen darstellen, für die ganz andere, als persönliche menschliche Willenseinflüsse nachzuweisen sind. Der Staat ist nicht Objekt der Wollung des einzelnen zur politischen Idee, er ist vor allem Land und als solches Untersuchungsobjekt mit feststehenden geographischen und klimatischen Sonderheiten für die Geopolitik, er ist damit zusammenhängend ein jeweils besonderer Ausdruck einer eigenartigen Wirtschaft, er ist als Objekt der Ethnopolitik Volk, als Vorwurf für die Sozialpolitik Gesellschaft und Volksgesellschaft und endlich als Rechtsträger Untersuchungsgegenstand der Rechts- oder Herrschaftspolitik [12]).

Diese verschiedensten Seiten des Staates, die nur zum geringsten Teil dem politischen Willen unterliegen können, der sich nach jener politischen Idee richtet, entziehen sich im größten Umfang jeder erkenntniskritischen, allgemeingültigen Zielsetzung und damit den mit der Idee offenbar gefundenen Grundlagen einer wissenschaftlich geleiteten Politik. Es liegen nun eben im Staat vor allem als Reich und Volk eine Fülle von spezifischen Naturelementen, die als Naturfaktoren jeder kritisch gefundenen Idee und ihrer gewollten Durchsetzung spotten.

Aus diesen Naturelementen der Staaten, die eben jene Hemmungen darstellen, entspringt überhaupt das Problem, das letzten Endes sich in den beiden Schlagworten Macht- und Rechtspolitik darstellt, in seiner völligen Unlösbarkeit. Die politische Politik, wie wir sie bezeichnen wollen, würde zur Selbstvernichtung ihres eigenen Körpers, nämlich des Staates und damit dessen Einzelangehörigen, gelangen, wenn sie unter Hintansetzung und Übersehung aller jener erdenschweren Tatsachen, aus denen allein sich die äußeren Lebensbedingungen der einzelnen ergeben, eine Politik des Rechts, der Idee führen wollte. Dasselbe gilt zwischen den Völkern und Staaten für die Wirtschaftspolitik, wie für die vielleicht besser und zutreffender Zivilisationspolitik bezeichnete Kulturpolitik im engeren Sinne des Wortes. Ebenso ist im Verhältnis der Völker als Nationen, deren Tatsächlichkeit doch nicht zu übersehen ist, die Handlungsweise der einzelnen nicht überwiegend durch Vernunftgründe, sondern einzig und allein durch Triebe, durch Willen zur Selbsterhaltung, zum Leben, zur Macht bestimmt.

Damit ist aber nun keineswegs die völlige Ablehnung der politischen Idee für die Handhabung der großen Politik ausgesprochen. Diese Idee wird zwar für den Staat, der ja selbst verantwortliche Gemeinschaft für die Lebensmöglichkeit seiner Genossen ist, nicht Zug um Zug, wenn nicht unter Selbstmordgefahr und verantwortungsloser ideologischer Schemapolitik, durchführbar sein, kann und soll aber wohl als hohe Richtlinie der Gedanken gelten.

„Niemals kann ein geschichtlicher Zustand diesem unbedingt richtenden Gedanken voll und ohne Rest entsprechen. Aber es bildet diese Idee doch den Leitstern der bedingten Erfahrung" [13]).

Dasselbe gilt in etwas verändertem Maße für die innere Politik.

Doch gelten hier noch einige besondere Teilarten der politischen Auswirkung wie bei der großen Politik. Gewiß spielen hier auch wirtschaftliche und nationale Gesichtspunkte entscheidend mit, aber die eigentliche Domäne der inneren Politik ist doch wesentlich das Gebiet der sozialen Politik, die selbstverständlich wiederum beeinflußt wird durch wirtschaftliche Tatsächlichkeiten. Das leidende Objekt der inneren Politik ist innerhalb der Gemeinschaft des Staates der einzelne Genosse dieser Gemeinschaft. Sein persönliches Leben wird als Mittel für persönliches

[11]) Rudolf Kjellén, „Der Staat als Lebensform", 1917.
[12]) Rudolf Kjellén, a. a. O. S. 45.
[13]) Stammler „Recht und Macht" S. 7.

Begehren eines anderen in unverhältnismäßig stärkerer Weise eingefügt, als ihm der andere verbunden ist, d. h. die Idee der Politik ist nicht nur nicht als Ziel und Richtungspunkt unserer Gedanken beachtet, sondern wird und muß aus Lebensnotwendigkeit heraus mißachtet werden. Das aber ist unbedingt zuzugeben, daß in der inneren Politik einer Gemeinschaft, sei es in der wirtschaftlichen, der sozialen, der kulturellen, parteipolitischen und auch der nationalen (letztere kommt sonderlich für Gemischt-Nationalstaaten in Frage) mehr als bisher der versöhnliche Gesichtspunkt der politischen Idee der reinen Gemeinschaft Geltung gewinnen müßte. Letzteres wird aber erst dann in Erfüllung gehen können, wenn nicht allein eine tiefreichende soziale und politische Erziehung des Volkskörpers durchgeführt wird, sondern vor allem gesunde Lebensbedingungen für den einzelnen geschaffen werden, die es zulassen, daß der wahnwitzige Wettkampf um den gewinnbringendsten, klingenden Lohn der Arbeit abgeschwächt wird von einer Ablösung dieses letzten Arbeitswerters, des Geldes, durch den gleicherweise lebengewährenden, wie unwägbar wertvollen Ertrag der natürlichen Arbeit eines Volkes, die Erträgnisse der Landarbeit, d. h. durch eine immer mehr einsetzende innere Kolonisation und einen Abbau unserer, auf Befriedigung zivilisatorischer Bedürfnisse ausgehenden, Überbedarf erzeugenden Industrialisierung.

Also auch hier, auf dem Gebiete der inneren Politik, obwohl mit weniger Einschränkung, ist das Ergebnis, wenn nicht Untergang, Lebensverzicht eines großen Teiles der Bevölkerung eintreten sollen, daß die praktische Durchführung dieser wissenschaftlichen Grundlegung ohne schwerste Schädigung des sozialen Körpers der jeweiligen Politik eine Unmöglichkeit ist.

Das Ergebnis unserer Untersuchung ist demnach voll schmerzlicher Resignation. Die Grundlagen einer wissenschaftlich geleiteten Politik sind wohl wissenschaftlich erfaßbar, Politik kann wohl als Wissenschaft gelten und die Allgemeingültigkeit der gefundenen Idee kann nicht geleugnet werden, aber diese Idee der Politik als Wissenschaft ist nicht anwendbar, darf z. Zt. nicht Wirklichkeit werden.

Der Weg, der unter den Richtzeichen der Idee einer Politik zu gehen ist, ist der, eine immer weitere Durchdringung der inneren Politik in einer politischen Handhabung im Sinne unserer politischen Idee zu versuchen. Vielleicht ist dann der Tag einstmals zu erhoffen, an dem es auch möglich sein wird, die äußere Politik etwas nach dem Grundsatze der politischen Idee zu handhaben. Das wird dann der Fall sein können, wenn innerhalb aller einzelnen politischen Gemeinschaften, in den einzelnen Staaten, die politische Idee als maßgebender allgemeingültiger Zielpunkt der praktischen Anwendung anerkannt würde.

# ABC

## I.

Sommer 1917

**Euere Durchlaucht**

haben die große Güte gehabt, mir drei Tage für die Überlegung zu gönnen, ob ich gegebenenfalles, sofern ein Ruf der Krone an mich ergehen sollte, bereit sein würde, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.

Nachdem ich zwei Tage und zwei Nächte in meinem Gewissen schwer gerungen habe, darf ich mich heute beehren, Euere Durchlaucht verehrungsvoll zu bitten, mich gütigst außer Betracht lassen zu wollen. Mein Entschluß steht unwiderruflich fest, und ich würde es mit größtem Dank empfinden, wenn Euere Durchlaucht mir die Ehre antun wollten, die Motive meiner Ablehnung wohlwollend zu würdigen.

Vor allem habe ich mich gefragt: ist es nicht meine Pflicht, eine Berufung, sei es welche es wolle, ohne weiteres anzunehmen, die Pflicht eines deutschen Mannes und treuen Dieners seines Kaisers? Doch ich gelangte aus allen Erwägungen heraus zum Schluß, daß es im Gegenteil meine unverbrüchliche Pflicht sei und sein müsse, Verzicht zu leisten.

Seit über dreißig Jahren habe ich in den verschiedensten Stellungen als Beamter Dienste geleistet, habe manche Erfahrungen gesammelt, auch manche Erfolge gehabt, und ich darf ohne Überhebung sagen, daß ich die Gebiete, auf denen ich tätig war, durchaus beherrschte. Ich bin eine „Intelligenz" und ein „tüchtiger Beamter". Mein Ehrgeiz strebte nie nach einem höheren Ruf; denn ich kenne die Grenzen meiner Befähigung.

Der Reichskanzler muß eine überragende, parlamentarisch und diplomatisch geschulte Persönlichkeit sein, ein Staatsmann. Das alles bin ich nicht und kann es niemals werden. Hierzu fehlen mir alle Voraussetzungen. Ich habe mich niemals mit auswärtiger Politik abgegeben. Mit innerer Politik stets nur in meinem eng begrenzten Ressort. Parlamentarisch bin ich ungeschult. Für einen Staatsmann fehlt mir der weite Blick. Ich beherrsche kein einziges der dem Reichskanzler zustehenden Gebiete. Ich wäre in allem auf die Kenntnisse und das Glück meiner Mitarbeiter angewiesen und müßte mich mit meinen Entscheidungen auf sie einstellen, mich mit dem Vortrag ihrer Ausarbeitungen vor dem Reichstag und so weiter begnügen und mit der Repräsentation, zu der ich am allerwenigsten der Mann bin. Ich bin, dies weiß ich, kein überzeugender Redner und keine Persönlichkeit von suggestiver Gewalt, sondern ein trockener Bureaukrat, der in so langer Tätigkeit am grünen Tisch alle die Maßstäbe niemals kennen gelernt hat, die einem weitausschauenden Staatsmanne nötig sind.

Nun haben Euere Durchlaucht gütigst zu erkennen gegeben, daß es insbesondere die in meinen bisherigen Dienststellen bewährte Energie und Festigkeit sei, die mich für das Amt des Reichskanzlers besonders vergeeigenschaftet erscheinen lassen.

Demgegenüber wollen Euere Durchlaucht gütigst mir den Hinweis gestatten, daß es nicht schwer ist, Energie und Festigkeit zu entwickeln in einem Ressort, das nur Regierende und Regierte kennt und Widersprüche und Inkonvenienzen einfach durch Verordnungen und andere Willensakte aus der Welt zu schaffen vermag. Der Reichskanzler dagegen hat mit der Krone, mit den Bundesregierungen, mit dem Reichstag, mit dem preußischen Abgeordnetenhaus, mit der Obersten Heeresleitung, mit zwei Kabinetten, mit dem Kriegsministerium, mit den Generalgouverneuren der besetzten Gebiete, mit den Parteien, mit den Mehrheiten, mit den Minderheiten, mit dem Zuge der Zeit, mit der Presse, mit all dem Verworrenen und Ungeklärten zu rechnen und sich abzufinden, das der Krieg an die Oberfläche gebracht hat, und außerdem mit den Neutralen, mit dem Papst, mit den feindlichen Mächten, nebenbei auch mit tausend Imponderabilien.

Daß auch nicht der geringste Bruchteil der vom Reichskanzler zu lösenden Probleme mit der Formel „Energie und Festigkeit" abgetan werden kann, darüber werden Euere Durchlaucht nicht im Zweifel sein. Für diese Aufgabe ist nur ein Vollmensch tauglich. Das bin ich nicht; ich bin ein Bureaukrat. Und mehr noch: ich bin ein positiv gerichteter Christ.

Man kann wohl „Christ" und Staatsmann sein. Aber ein überzeugter gläubiger Christ, ein Bekenner zur Gotteskindschaft, ein Propagator christlicher Lebensführung, der selber Christi Lehre lebt, der ist allen denen gegenüber, die sich nicht von diesem Geiste leiten lassen, als Geschäftsmann unterlegen. Auch von diesem Standpunkt aus bin ich zum Reichskanzler nicht tauglich.

Indem ich zu vertrauen wage, daß Euere Durchlaucht mir Ihr mich beglückendes Wohlwollen erhalten, benutze ich auch diese Gelegenheit, Euerer Durchlaucht die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und Verehrung zu geben, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Durchlaucht

ergebenster

A.

II.

Mein lieber und verehrter Freund!

Herbst 1917

Ob eine Anfrage an mich gerichtet werden dürfe? Soll dieser Kelch wirklich nicht an mir vorübergehen? Kann ich als deutscher Patriot vorweg Nein sagen? Ist es nicht wenigstens meine Pflicht, zu hören, was man will und welche Möglichkeiten sich eröffnen zur Erfüllung des Gebotes der Stunde?

Wenn ich Ja sage, bin ich schon gebunden. Man will nicht meinen Rat, sondern die Einsetzung meiner Person.

Ich stehe mitten im achten Jahrzehnt meines Lebens. Bei solcher Betagung säße ich schon längst nicht mehr im Ministersessel, wenn Frieden wäre. Doch es ist Krieg, und ein jeder hält durch, so lange er auf seinem Platze etwas nützen kann.

Gelassenheit, Lebenserfahrung, Geschäftskenntnis, Menschenkunde, Formen, Ruf, Autorität, über mehr brauche ich für mein Amt als Ministerpräsident eines großen Bundesstaates und kleinen Königreiches nicht zu verfügen. Ich bin umgeben von Kollegen und Mitarbeitern, die ich kenne, die mich kennen, die mich stützen, die mein Gedächtnis und mein Wille sind. Denn am Gedächtnis und am Willen beginnt's zu hapern. Ich bin wie der Seniorchef eines großen wohlgefesteten Handelshauses, dem die Junioren und Bevollmächtigten zur sogenannten Entscheidung respektvoll Dinge vortragen, für die sie bei mir Interesse vermuten, oder für deren selbständige Erledigung sie die Verantwortung nicht übernehmen wollen oder formell nicht dürfen.

Und nun, mein lieber und verehrter Freund, soll ich gefragt werden, ob ich auf meine alten Tage auf den Spuren von „Onkel Chlodwig" wandeln und — vestigia terrent — der sechste in der Reihe der Bismarck-Nachfolger zu werden mich unterfangen wolle.

Solche Anfrage hätte ebenso viel Sinn, nimm mir meine Offenheit nicht übel, wie die an den betagten und behäbigen Chef einer im Erfolg blühenden, mit seidenen Schürzen handelnden Provinzialfirma, ob er nicht eine Überseeausfuhr für eiserne Träger einrichten und leiten wolle.

Nun sagst Du, ich sei der gewiesene Mann. Einen anderen wisse man nicht. Ich müsse!

Vielleicht bin ich unter den Blinden der Einäugige. Ist man so genügsam geworden? In dieser schweren Zeit braucht das Reich einen vollsinnigen Mann, einen Kapitän, der allen Ballast, seien es chinesisches Porzellan, abgestandene Begriffe, eingefleischte Vorurteile oder andere Kostbarkeiten, über Bord wirft, ohne blinkende Zähre, ohne Lohengringestus. Schlichtweg und ohne Umstände über Bord wirft, nicht sich abringen läßt.

Solch einen Menschen findest Du allerdings nicht unter denen, die bisher uns Minister und Kanzler geliefert haben. Unsere versandete und sterile Bureaukratie bewältigt mit Ach und Krach Tagesaufgaben; mehr kann sie nicht. Wer in der defekten Korkweste stets nah am Versaufen ist, wie mag der Brücken und Dämme bauen? Aus dem Mandarinentum, das nach Pfauenfedern schielt, kommen die Männer nicht, die wir brauchen.

Jetzt ist in der Hecke mal wieder ein Loch. Ich soll mich mit dem Rücken davor setzen. Dafür bin ich zu gut. Es ist nicht die Zeit, zu flicken. Die Stunde gebietet einzureißen und aufzubauen. Dafür bin ich zu alt und zu stumpf. Ich kann reden, sehr klug, sehr weise, aber ich kann nicht handeln. Der Mann, den ich ersetzen soll, hat es auf hundert Tage gebracht. Mir würden vielleicht dreihundert oder vierhundert beschieden sein. Dreihundert oder vierhundert zu viel kostbare Tage, die ungenützt verrinnen. Diese Verantwortung kann ich nicht übernehmen vor Gott, vor der Geschichte, vor mir selbst.

Derohalben, mein lieber Freund: Abgelehnt!

In Treuen Dein

B.

III.

November 1918

Teuerster Professor!

Wirklich sehr nett von Ihnen, meiner so gütig zu gedenken. Na, ich kann es ja mal auf ein paar Wochen probieren, ob die schöne Kammerrede, die mir mein Freund Johannes Müller zurecht gedeichselt hat, mich über Wasser halten wird. Jedenfalls wird er mich nicht im Stich lassen. Wenn Not an Mann geht, habe ich noch eine kleine Sammlung prächtig wirkender Stichworte.

Denken Sie wirklich, mein bester professeur, daß ich Ihnen so schreiben würde? Davon bin ich weit entfernt. Ich setze meinen Ruf und meine Grundsätze weder nach links noch nach rechts aufs Spiel.

Teilen Sie Ihren Freunden mit, daß sie ein für allemal auf mich verzichten müßten. Mag ein anderer Fiasko machen!

Herzlichst

Ihr wohlgewogener

E.

# Versunken

Wir stehen träumend oft in alten Tagen
An einem grauen Meer, das dehnt sich weit;
Ein stolzes Schiff hat fernher uns getragen —
Wie ruht es still, das graue Meer der Zeit ...

Es war ein glückhaft Schiff; in seinem Innern
Barg es die goldnen Barren, schwer und blank —
Durch alte Herzen geht ein müd Erinnern
An Sturmesnächte, da das Schiff versank.

Und träumend stehen wir am öden Strande,
Mit grauen Haaren spielt ein sanfter Wind;
Wohl übers Meer aus fernem Jugendlande
Kommt zu den Alten er, die Bettler sind.

Karl Berner

# Süddeutsche Stimmungen

Von Dr. Robert Kauffmann

enn man ein Jahr lang unter Norddeutschen und in Berlin gelebt hat, wird einem gefühlsmäßig deutlich, wie wenig sich trotz fünfzigjährigen Zusammenlebens in einem Reich der Süden und der Norden kennen; und es erscheint einem, beiläufig gesprochen, dabei als eine Utopie, die Verständigung unter den Völkern von einem besseren Sichkennenlernen zu erwarten. Völker können sich gar nicht kennen lernen; und soweit sie es tun, trägt das zum Sichvertragen und Sichlieben noch lange nicht bei. Der Norddeutsche stellt sich uns gegenüber wie der Erwachsene dem Kinde; er muß uns die Zusammengehörigkeit konzedieren, aber er ist im Innersten davon durchdrungen, daß unser Tun ein Spielen ist, und daß das wirkliche Leben nur im Norden gelebt wird. Wir vom Süden umgekehrt sind dadurch einigermaßen in die Rolle von Primanern gegenüber dem Lehrer hineingedrängt worden; wir sind uns unseres Eigenlebens und seines besonderen Wertes sehr wohl bewußt, aber wir sehen vor uns einen Stärkeren, der dieses Leben nicht so recht gelten lassen, es vielmehr in Modelle zwingen will, die wir als uns nicht gemäß fühlen müssen.

Das alles ist in den Friedensjahren zurückgetreten; der Druck als unabänderlich angesehener Verhältnisse kann ja wie eine Hypnose den sozusagen geistigen Körper eines Volkes in den ungewöhnlichsten Stellungen festhalten — solange festhalten, daß die Verrenkung als Natur erscheint. Aber lassen wir die Hypnose aufhören, und die senkrecht emporgereckten Arme fallen nieder; so hat die Umwälzung in dem Kriege und nach dem Kriege den Bann gelöst, unter dem der alte Partikularismus stille gelegen hatte, und heute erhebt der Totgeglaubte in nie wieder für möglich gedachter Kraft sein Haupt.

Das ist in der Tat der überwältigende Eindruck, den in diesen Tagen jeder haben muß, der mit Verständnis im Süden hört: der süddeutsche Partikularismus ist wieder geboren. Er ist nicht mehr bloß eine unschädliche Stimmung von Bierbankphilistern von Tuntenhausen und Wurmlingen, sondern er hat die breitesten Kreise des Volkes, der Führung, der Wirtschaft ergriffen. Er wird ganz zweifellos die zum größten Teil norddeutsch-sozialistischen Männer fügsam machen, die die Revolution im Süden in die Wege geleitet und eingeführt haben. Und er wird aus Stimmung zu politischem Wollen, zu einer ernstesten Gefährdung der deutschen Einheit werden, wenn — und wir scheinen schon nahe davor zu stehen — ihm politische und wirtschaftliche Bedürfnisse des Südens eine feste Grundlage geben.

Die Ausgangspunkte des süddeutschen Partikularismus sind, wenn man auf einen längeren geschichtlichen Zeitraum zurücksieht, in den einzelnen Teilen Süddeutschlands nur teilweise die gleichen. Es fällt auf, daß die Sachsen, deren Partikularismus sonst nicht der kleinste war, diesmal ziemlich unitarisch kommen, und daß die separatistischen Wünsche fast nur in den Gebieten laut werden, die vor zweitausend Jahren unter römischer Herrschaft gestanden haben; es fällt auf, aber ich gestehe, daß ich eine Folgerung daraus nicht herleiten kann. Denn daß diesen Gebieten von damals her eine höhere oder gemeinsame Kultur zugesprochen wäre, wird sich doch nicht behaupten lassen. Denn ihre weiteren Schicksale waren denn doch lange Zeit hernach recht verschieden.

In Bayern ist der Partikularismus fortlaufende Tradition; schon unter den alten fränkischen Königen, und immer wieder unter den Kaisern bis zu der Stauferzeit haben die Bayern ein Eigenleben zu erzwingen verstanden und, oder wenigstens immer wieder auch mit schweren Opfern angestrebt. Und später waren die Bayern bis zum Ende des Reichs die einzigen unter den Süddeutschen, die dauernd große Politik gemacht haben, während sonst im Süden der Sumpf übelster Kleinstaaterei stagnierte. Nimmt man dazu, daß das Land seit 1180

unter der gleichen Dynastie gestanden hat, und daß dadurch die Assimilation der dem Kernlande zuwachsenden, zum Teil recht fremdartigen Stücke sehr rasch und sehr gründlich erfolgte, so ergibt sich das Bild einer einheitlichen geschichtlichen Individualität, deren Partikularismus unter jedem Aspekt verständlich ist.

Die anderen süddeutschen Staaten sind — teils mehr, teils minder, alle aber überwiegend — unnatürliche Gebilde, die der napoleonische Sturm um einen kleinen Kern zusammengeblasen hat. Keiner von ihnen konnte in seinen Grenzen vor 100 Jahren ein dynastisches, Staats- oder sonst ein Zusammengehörigkeitsgefühl vorzeigen; sie sind auch heute noch konfessionell und in den Dialekten in sich selbst nichts weniger als einheitlich. Was sie trotzdem zusammenschweißte (so fest, daß ihre ganz willkürlichen Grenzen auch die jetzige Umwälzung überdauern dürfte), das waren — eine außerordentlich lehrreiche Tatsache — die im Verhältnis zu ihrer deutschen Umwelt ungemein freiheitlichen Verfassungseinrichtungen, mit denen sie fast unmittelbar nach ihrer Entstehung begabt wurden und die seither in ununterbrochenem Fortschritt weitergeführt wurden; das liberale „Musterländle" Baden ist ja sprichwörtlich, steht aber längst nicht allein. Ähnlich wie wir das in Amerika sehen, floß aus diesen Zuständen ein gewisser bürgerlicher Stolz („we are in a free country"), floß eine gewisse demokratische Grundstimmung, nicht so sehr in den staatsrechtlichen Formen (dem weniger wichtigen), als in der Gesinnung von Mensch zu Mensch, von Bürger zu Staat und Regierung. Wozu noch beigetragen haben mag, daß sich das ganze öffentliche Leben im Dialekt abspielt und die Scheidung zwischen der Sprache der Herrschenden und der Bevölkerung, wie sie im niederdeutschen Sprachgebiet die Regel bildet, dem Süden unbekannt ist und monströs erscheint.

Die zuletzt geschilderte Entwicklung ist in Bayern gleichlaufend vor sich gegangen; mit dieser Einheitlichkeit der Grundstimmung sind die Süddeutschen 1870 in das Reich eingetreten. Die innere Annäherung machte nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten zunächst rasche Fortschritte; aber etwa von Beginn des neuen Jahrhunderts an setzte eine Gegenströmung ein, deren letzte Ursache ich in der preußischen Wahlrechtsfrage erkennen zu müssen glaube. Das ausführlich zu begründen, würde zu weit führen; es sei nur darauf hingewiesen, daß im ganzen Süden der Adel weder wirtschaftlich noch politisch eine irgendwie ins Gewicht fallende Rolle spielt, und daß daher die ausschlaggebende Stellung des preußischen Kleinadels in Preußen und damit im Reich, wie sie das preußische Wahlrecht garantierte, dem Süddeutschen (auch dem Konservativen) unsympathisch war und unwürdig vorkam, umsomehr, als sich im „Junkertum" neben vielen tüchtigen doch auch gerade die minder-liebenswürdigen Züge des Preußentums in teilweise recht aggressiver Weise verkörpert fanden. Daß der Instinkt des Südens, der dies nicht den „Junkern", sondern den „Preußen" im allgemeinen zurechnete, damit nicht so ganz im Unrecht war, beweist die Gegenwart.

Nun kam der Krieg. Soweit es sich um die Kämpfer draußen handelte, hätte er, trotz nicht immer ganz unbedeutender Häkeleien unter den Truppen der einzelnen Stämme, sicher letzten Endes die Einheit nur gestärkt; die entscheidenden Fehler wurden auch in diesen Dingen in der Heimat gemacht. Die vollendete Kopflosigkeit der militärischen Bürokratie gegenüber der Tatsache eines nicht bloß vierteljährigen Krieges führte zu der bekannten Konzentration der Kriegswirtschaft und vor allem der Kriegsaufträge in Berlin; es drohte dahin zu kommen, daß die ganze ungeheure Vermögensumwälzung, die die Kriegsgewinne mit sich brachten, fast ausschließlich dem Norden zugute kam, während an den Menschenopfern und Geldkosten der Süden ebenso trug wie der Norden. Ganz soweit ist es ja nun nicht gekommen; aber es bedurfte langer Zeit und unendlicher und verbitternder Kämpfe, um eine einigermaßen gerechte Verteilung der Kriegsaufträge herbeizuführen. Und die Tatsache, daß so gut wie alle Wirtschaftszentralen in Berlin vereinigt waren, mit allen Schwierigkeiten und Reibungen und unvermeidlichen Zurücksetzungen, blieb.

Noch tiefer grub sich in die öffentliche Meinung die Tatsache ein, daß in den ersten Zeiten der beginnenden Ernährungsschwierigkeiten die Rationierung (wie ich aus eigenen Erfahrungen begründen kann) z. B. in Württemberg und Baden viel früher und strenger durchgeführt wurde als im Norden; und wie dann die Verhältnisse sich umkehrten und für den Norden die auch bei uns anerkannten schweren Tage begannen, da wurde dies durch die alsbald einsetzende außerordentlich preissteigernde Hamstertätigkeit der Norddeutschen überkompensiert. Und dann begann mit der zunehmenden Zermürbung der Nerven das große Schimpfen, das sich bei also gut vorbereitetem Boden (vielleicht unter Nachhilfe von außen) ganz von selbst gegen die „Preußen" richtete; daß „uns die Preußen den Krieg eingebrockt haben", ist infolgedessen eine weitverbreitete Überzeugung.

In diese Lage hinein kam die Revolution. Sie war wohl einheitlich über das ganze Reich hinweg vorbereitet und mußte daher — bei der gleichfalls überall gleichgearteten Stellungnahme der alten Gewalten — zunächst zu den gleichen Wirkungen führen. Aber dann zeigten sich sogleich die Unterschiede. Schon die Form des Abgangs der Monarchen war vor allem in Württemberg, Baden und Hessen, aber auch in Bayern, eine unvergleichlich würdigere; aber noch wichtiger war, daß nun die oben gekennzeichnete demokratische Grundstimmung der Süddeutschen gerade in den wichtigsten Stücken wirksam wurde. Nirgends ist bei uns länger als für ein paar Stunden das bürgerliche Element ausgeschaltet worden; dann gelang überall die Zusammenfassung aller der neuen Lage irgendwie zugewandten Kreise und damit eine unerschütterliche Verankerung der von der breitesten Allgemeinheit als wünschenswert erfühlten Neuerungen im Bewußtsein und Willen des ganzen Volkes. Daß bis jetzt im Norden die Revolution den genau entgegengesetzten Weg gegangen ist, daß insbesondere der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldaten-Rat in sachlich völlig unberechtigter Weise und in einer an nichts mehr als an Oldenburgiana erinnernden Form die Leitung des ganzen Volks an sich gerissen hat und sich vorerst nur unbedeutende Zugeständnisse sichtlich ungern abringen läßt, daß im Norden der Einfluß der Spartacusleute, von denen kein Süddeutscher etwas wissen will, sich gegenüber der Schwäche der Volksbeauftragten immer breiter macht — das hat im Süden nach all dem Vorangegangenen vollends verheerend gewirkt. Uns erscheint die Forderung nach sofortiger Einberufung der Nationalversammlung als das schlechthin Selbstverständliche; wenn die norddeutschen Kreise, die ihre Hinausschiebung wollen, sich noch weiter durchsetzen, dann bedarf es nur eines kleinen Winks der Entente, nur der Erklärung, daß man bloß mit einer vom ganzen Volk in ordentlichen Wahlen bestätigten Regierung Frieden schließen werde, damit die Volksstimmung im Süden die dortigen Regierungen, selbst wenn sie innerlich widerstrebten, zum Abschluß eines Sonderfriedens auch um den Preis der Aufgabe der Reichseinheit unwiderstehlich zwingt.

Es hat keinen Sinn, bestehende Gefahren durch Leugnen aus der Welt schaffen zu wollen: der Norden, der 1870 die Einheit des Reichs geschaffen hat, ist im Begriff, sie zu zerstören, wenn er für die politische Eigenart und die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Südens (und eines großen Teils des Westens) nicht im letzten Augenblick noch etwas anderes als papierne Beschlüsse findet. Wir Süddeutschen wissen genau, daß auch ein großer Teil, vielleicht die Mehrzahl unserer norddeutschen Brüder, denkt wie wir; und es darf auch gesagt werden, daß selbst heute noch der Überzahl von uns jede Trennung bitter schwer fiele. Aber wenn im Norden die andere Richtung siegreich oder auch nur unbesiegt bleibt, dann wird auch das beste Wollen der Reichsfreunde im Süden über die Gewalt der Volksstimmung und der Tatsachen nichts vermögen.

# Neue erzählende Literatur

Von Dr. R. Schacht

enn wir einmal versuchsweise Literatur mit Schrifttum übersetzen sollen, so erhellt sofort, daß der Ausdruck erzählende Literatur ein Widerspruch in sich ist. Denn „erzählt" wird, wenn wir das Wort in seiner natürlichen Bedeutung auffassen, mündlich und vor Zuhörern, während Schrifttum Leser voraussetzt. Tatsächlich wird man zu gewissen Zeiten der Dichtungsgeschichte die erzählende Literatur als Entartung aufgefaßt haben können, wie zu andern die ungesungene Lyrik und das Lesedrama. Alle drei setzen eine bedeutende, sozusagen naturgewachsene Entwicklung voraus, zugleich aber ein Publikum, das sich von den gewissermaßen natürlichen Gepflogenheiten der Dichtung losgemacht hat, nicht mehr in Gemeinschaft hört, nicht mehr singt, nicht mehr anschaut, sondern sich zurückzieht und liest. Diese Entwicklung gibt zwar dem Künstler eine große Menge anderer und neuer Ausdrucksmöglichkeiten (Umfang, Verknüpfung, Beschreibung, Schilderung, Analyse usw.), belädt dafür aber die Gattung, auch bei der Lyrik, wo man es vielleicht am wenigsten zuzugeben geneigt sein wird, mit einem eigentümlichen Zwittercharakter, den sie nie wieder losgeworden ist und der das kritische Einstellen ungemein erschwert.

Weswegen lesen wir erzählende Dichtungen? Zunächst aus demselben Grunde, aus dem man sich früher erzählen ließ: zur Unterhaltung vor allem, danach auch zur Belehrung. Die Anregung der Phantasie, die neue Gestalten sieht, oder sich an alten erfreut, vom Verlauf einer Handlung gespannt wird, von Geschehnissen erheitert oder gerührt, die Erweiterung des Gesichtsfeldes, Klärung und Formung der eigenen Lebenseindrücke durch bestimmte Formeln und Typen, das etwa sind die hauptsächlichsten Reize, die wir vom Buche fordern. Damit ist aber zugleich gesagt, daß das gleiche Buch verschiedenen Lesern viel oder wenig bedeuten kann und daß eine nur am Formalen geübte Kritik weder dem Buche noch den Lesern ganz gerecht wird. So mancher wird auch in einem schlechten oder minderwertigen Buche eine Fülle der Spannung, der Bereicherung oder irgendwie des Genusses finden, und mancher ein gutes Buch als langweilig oder interesselos beiseite legen. Denn leider sind ja die Zeiten, da der Schriftsteller oder Dichter für einen in sich abgeschlossenen Kulturkreis schuf, sei es für einen ritterlichen Adel, für höfische Humanisten, für ein wohlhabendes mittleres Bürgertum, für ein bestimmtes großstädtisches Theaterpublikum oder für das Volk, mit der zunehmenden Verwischung der Standesgrenzen und unter dem nivellierenden Einfluß der allgemeinen Bildung vorbei, und wenn auch einige große Verleger heute noch immer mit bestimmten irgendwie gleichmäßig vorgebildeten Schichten des Publikums rechnen, die Dichter haben das sichere Gefühl für ihre Wirkungsmöglichkeiten vielfach zum Nachteil eines reinen, in sich zielbewußten Stilwillens verloren.

Das Volk selbst aber oder genauer das Lesepublikum hat es in der Hand, die Qualität seiner Schriftsteller durch Boykott der Schlechten zu verbessern, eine Pflicht, die unerbittlich auszuüben eine lange nicht genug beobachtete Angelegenheit unseres Kulturlebens ist. Bequeme Kritiklosigkeit, leckerhaftes Tändeln, unbesonnene Befriedigung primitiver Instinkte sündigen hier mehr, als uns für gewöhnlich zum Bewußtsein kommt. Der sogenannte naive Genuß mag etwas sehr Schönes sein, gewöhnlich artet er jedoch in demoralisierende Denkfaulheit und entnervende Opiatbetäubung aus. Der einigermaßen kultivierte Mensch trinkt ja auch nicht aus schmutzigen Gläsern und fragt sogar bei seiner Schokolade nach Qualität, er wird auch bei seiner Lektüre nicht auf grobstoffliche Spannung, Sensation, Befriedigung seiner natürlichen Abenteuerlust oder augenblicklichen Sucht nach geistigen Räuschen ausgehen, wenn diese Reize wider sein fein ausgebildetes Stil- und Sprachgefühl gehen, wenn er ins Vage, Schlüpfrige, oder in

eine Welt nicht der Dichtung, sondern der Verlogenheit geführt wird. Einen Tendenzroman wie Artur Dinters antisemitische, H. St. Chamberlain gewidmete „Sünde wider das Blut" (Wolfverlag, Leipzig) wird ein gebildeter Mensch ablehnen, weil die Wirklichkeit hier verzerrt und die künstlerische Gestaltung schwächlich ist, und ein Buch wie Frances Külpes „Blaues Feuer" (Georg Müller Verlag, München), in dem ein neugeborenes Kind seinen ersten „heiligen" Schrei tut und die erschöpfte Wöchnerin spricht: „Begrüße deinen Sohn, Vater", in dem der vom Lichtgott geschnellte Frühsonnenstrahl „neugierig" und ausgerechnet am offenen Fenster eines Berghäusleins hängen bleibt, weil ein Neugeborenes ihm „furchtlos die Augen entgegenschlägt", in dem eine Seele, nirgends Halt findend, im Leide zerflutet, vier Zeilen weiter aber der Leidvolle sich in seinem Leide bergen will wie in einem Kastell, als redensartliche, gemeinplätzige Talmipoesie schon nach den ersten zwanzig Seiten in die Ecke feuern. Die Feuilleton-Ware H. Essigs („12 Novellen", Eckstein-Verlag, Lichterfelde) wird er als für die Buchform zu leichtwichtig, R. Schickeles „Trimpopp und Manasse" (Verlag der Weißen Bücher, Leipzig) als unnötig weitschweifig empfinden, aber ein Buch, in dem die Jugendjahre des Helden von käuflichen Dirnenaugen „durchsickert" werden und ein Kuhhirt sich äußert: „Es ist schön, ein Dichter zu sein, und ich bin nur ein armer Hirtenknabe" (Max Glaß, Die stillen Wunder, Leipzig, Verlag L. Stackmann) als überspanntes Gerede abtun. Über die soziale Lage der nordfranzösischen Bauern wird ein ernsthafter Leser sich nicht gerade durch das künstlerisch ganz belanglose, verständig den vergeblichen Versuch der Gründung eines Bauernsyndikats darstellende Buch Emile Guillaumins „Ein Kampf um die Scholle" (aus der Sammlung „Der Bauernspiegel", Eugen Diederichs, Jena), sondern durch wissenschaftliche Unterlagen zu unterrichten suchen, und ein Werk wie des Holländers L. Couperus kalt gearbeiteter „Heliogabel" (Rütten u. Loening, Frankfurt a. M.) mit seinen uninteressanten Menschen wird mit den fleißig zusammengetragenen Kulturgemälden aus der spätrömischen Kaiserzeit höchstens für den Historiker Reiz haben. Th. Birts „Novellen und Legenden aus verklungenen Zeiten" und Karl Gjellerups „Goldener Zweig" (beide Quelle u. Meyer, Leipzig) beruhen auf stilistischen Irrtümern. So dankenswert die Absicht, uns antike Sagen- und Novellenmotive zurückzugewinnen und lebendig zu machen auch ist, mit den Mitteln einer willkürlichen und weitschweifigen modernen Dutzendromantechnik ist das nicht möglich, es gilt, sofern man sich schon nicht auf einfaches sachgemäßes Erzählen beschränken will, nicht die Antike zu banalisieren, sondern die Gegenwart mit Hilfe der Antike zu heroisieren. Ein Sammelbändchen hingegen wie das Jahrbuch lübeckischer Dichter „Glückhafft Schiff" (Bad Nassau, Lahn), wird bei aller Anspruchslosigkeit gerade wegen des lokalgebundenen Einheitstones dankbare Leser finden, während Büchern wie Charlotte Nieses „Tante Ida und die Andern" (R. Hermes Verlag, Hamburg), Wilhelm Specks „Zwei Seelen" (Berlin, Martin Warneck) und Max Dreyers „Nachwuchs" (L. Staackmann Verlag, Leizig) je nach dem Bildungsgrad der Leser, denen sie in die Hände fallen, verschiedene Aufnahme beschieden sein wird. Menschen mit ausgebreiteter Menschenkenntnis und fester Lebenserfahrung werden weder die sachlich belanglosen Menschen des flüchtig gearbeiteten Dreyerschen Buches, noch die nicht gerade oberflächlich, aber doch auch ohne tiefere künstlerische Eindringlichkeit und ohne feste Formkraft gestalteten Vagabunden Specks, noch die im guten wie bösen Sinne Alltagsmenschen Ch. Nieses viel zu sagen haben, aber alle drei Bücher sind doch wenigstens frei von Geschmacklosigkeiten, entstellenden Verlogenheiten und bombastiischen Gemeinplätzen, und harmlose und zumal jugendliche Gemüter werden an Ch. Nieses ehrlicher und schlichter Erzählungs- und Darstellungskunst, an Specks sich trotz aller Versuchungen zu seelischer Reinheit durchkämpfendem Helden viele Freude finden und als künstlerische Ewigkeitswerte oder Offenbarungen über Gott, Welt und Menschheit werden kaum die Verfasser selber ihre Werke ansehen. Sachlich lebendiger, durch ausgezeichnete Beobachtung des Sprechtons und eigentümlichen Dialekts und der Volksart höher stehend ist Arthur Babilottes „König von Herrstadt"

(Verlag Fr. W. Grunow, Leipzig), der in ansprechender Weise das Leben einer elsässischen Kleinstadt schildert. Hoch über all diesem und mit keinem der erwähnten Bücher auch nur zu vergleichen, steht jedoch der neue große Roman von Hermann Stehr „Der Heiligenhof" (S. Fischer Verlag, Berlin). Formale Bedenken entstehen auch hier. Die spröde Enge von Stehrs früheren Werken ist jetzt freilich durch eine großzügige reifere Formengebung ausgeweitet, aber doch möchte man dem großen Dichter einen nicht krittelnden, doch beratenden Mentor zur Seite wünschen, der hier einen Satz klarer rundet, dort eine Episode zurechtrückt, hier eine breite und unnötige Reflexion streicht, dort Wiederholendes zusammenpreßt oder qualmend Loderndes zu wie immer ungefügem, so doch leuchtendem Feuer reinigt. Auch meint man zu spüren, daß der Dichter seinem Werk bei der letzten Feile noch nicht ganz kühl gegenüberstand, in einige Figuren zum Nachteil der anderen sich verliebt hat, und mancherlei stehen geblieben ist, was auf Konzeptverschiebungen während der Arbeit deutet. Wäre Stehr ein solcher Berater gegeben, so hätte er dieses Werk nicht als „Dank" an seine Retter hinausgehen zu lassen brauchen, denn menschlich hat Stehr so viel zu sagen, daß er bei reiner künstlerischer Arbeit, die ihm mehr aus innerer echt deutscher Überfülle, denn aus gelegentlichem künstlerischen Versagen nicht durchweg zu gelingen scheint, einer umfassenden und überzeugenden Wirkung gewiß sein kann. Das ganze Westfalentum, wo es ans Rheinland stößt, lebt in dem Werke, mit ungebärdigen, rätselhaften, abgrundtiefen Charakteren, mit Gottsuchern und Fanatikern voll unbändigen Wahnsinns und tiefer Gottversunkenheit, mit irren Bettlern, neidischen Bauern und seltsamem Sektirer- und Blindenwesen. Es ist ein Buch voll zartester Menschlichkeit und sichergehender Mystik, durchwirkt von einer allerdings lyrischen, aber lautersten und lebendigsten Poesie, die in Anschauung und Formung die glücklichsten, energisch sich einprägenden Griffe tut, für ernste Menschen ein Buch von fesselnder und nachhaltiger Wirkung.

Nicht minder tiefsinnig, wenn auch im Wollen durchaus im Rahmen der Novelle bleibend und durch äußerste Konzentration, strengsten, hier und da freilich zu Manier verengten Stilwillen und ironische Lebensbetrachtung nur geübten und nachdenklichen Lesern zugänglich ist Carl Sternheims „Posinsky" (Berlin, Verlag Heinrich Hochstim). Indem nämlich dem Dichter das formale Bedürfnis, der rein rhetorischen Unwirklichkeitspoesie mit ihrer metaphorischen Betrachtungsweise Kampf anzusagen, zu einer Angelegenheit der Weltanschauung wurde, erschuf er unter dem Einfluß der Beobachtung, wie während des Krieges bei den Zuhausegebliebenen alle geistigen Fragen im öffentlichen und privaten Leben tatsächlich und kaum versteckt den rein materiellen Nahrungsmittelnöten nachgesetzt wurden, die Figur eines philosophischen Hamsterers, der, allein seiner leiblichen Gedeihnis hingegeben, voll tückischer Schadenfreude zusieht, wie ein Schiller deklamierendes Schauspielerpaar bei für derlei Erregungen unzureichender Nahrung in posierendem Idealismus zugrunde geht. Das geistreichen Werkchen ist allerdings weniger eine Erzählung als die Umschreibung eines Charakters, aber so fest und sicher geformt, daß man trotz der kalten Menschenverachtung, die unausgesprochen hinter dem Ganzen steht, schon um der vorzüglichen Arbeit willen, viel Freude an ihm haben kann.

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37

# Ein- und Ausblicke

Von Georg Cleinow

Steuerlos schwankt das deutsche Reichsschiff auf den Wogen, erzittert bis in die letzten Spanten von jedem Schlag, den ihm die anstürmenden Wellen versetzen. Leck an mehreren Stellen, sinkt es tiefer und tiefer, während keine Pumpen in Betrieb gesetzt werden können, da die Besatzung sich um Führerschaft und Verwendung der nachgebliebenen Vorräte streitet. Nach menschlicher Berechnung kann das Schiff höchstens noch wenige Wochen oder gar nur Tage schwimmen, wenn nicht Selbstbesinnung das Ärgste abwendet. Soweit ist es mit uns gekommen .....!

* * *

Die Kopflosigkeit in Berlin ist vollkommen. Der sechsteilige Reichskanzler hat, wie Bethmann Hollweg, zwei Seelen in seiner Brust, eine bolschewistisch-revolutionäre und eine sozialistisch-reformerische. Haase begünstigt, ob absichtlich oder unabsichtlich kommt auf dasselbe heraus, die Spartakusmänner und sucht zu verhindern, daß das deutsche Volk zu Ruhe und Besinnung kommt; Ebert, dem am Freitag, den 6. d. M. die Präsidentschaft von einer Kompagnie Soldaten zum ersten Male angeboten ward, erschauert vor dem Gedanken, auch nur einen Schritt mit bürgerlichen Parteien zusammen gehen zu sollen. Darum geschieht nichts! Gearbeitet wird nicht, wenn man von Solfs Klagebriefen an die Entente absehen will, von regieren merkt man nichts. Die vortragenden Räte des Auswärtigen Amts können Reste aufarbeiten, die des Reichsamts des Innern schreiben Noten an die Reichskanzlei aus Ernährungsrücksichten. In Gedankenarmut und Feigheit brütet der sechsköpfige Reichskanzler über die Merkwürdigkeit der Tatsache, daß aufbauen schwerer ist, wie einreißen. Noch ein paar Tage so weiter und die Maschine der Reichsregierung ist zertrümmert.

Die große innerpolitische Frage des Augenblicks ist, ob die reformsozialistische Hälfte des Reichskanzlers den Mut findet, die ihr von der Berliner Garnison angebotene Hilfe anzunehmen und mit den Spartakusleuten aufzuräumen, oder ob sie sich noch fernerhin der Diktatur des Vollzugsausschusses der Berliner Soldaten- und Arbeiterräte unterwerfen will. Der ursprünglich achtundzwanzig Mitglieder zählende Vollzugsausschuß ist inzwischen auf dreiundvierzig angewachsen; er ist so etwas wie ein Regentschaftsrat, der sich dauernd automatisch verjüngt.

Wem es von seinen Mitgliedern beifällt, sich in aufbauende Arbeit zu vertiefen, dem wird sofort ein entsprechend junger Nachfolger bestimmt, der eine gewisse Gewähr dafür bietet, den Umsturz durch neue Methoden vielseitiger auszugestalten. Es gehört zum Befähigungsnachweis auch eine gewisse Virtuosität in der Verschleuderung von Staatsmitteln. Die Unterbringung von 800 Millionen Mark im Zeitraum von zwei Wochen scheint, wie der Etat der Soldaten- und Arbeiterräte zeigt, noch lange keine Rekordleistung zu sein. Herr Ebert könnte der ganzen Verwirrung in Berlin mit einem Schlage Herr werden, wenn er die dreitausend Unteroffiziere der Berliner Garnison als Regierungsgarde anerkennen und entsprechend verwenden würde, die sich ihm am 5. d. M. zur Verfügung gestellt haben. Doch — man fürchtet sich dadurch der Reaktion in die Arme zu werfen. Darum wird lieber gar keine Entscheidung getroffen. Man wartet die Entwicklung ab und hofft wohl im stillen auf Engländer und Franzosen, die Ordnung schaffen mögen, damit nur das deutsche Militär nicht wieder zu herrschen beginne.

* * *

In das **Auswärtige Amt** ist Herr Kautsky mit seiner Gattin eingezogen. Frau Kautsky hat gleich in den ersten Tagen ihres Erscheinens den Nachweis dafür erbracht, daß nicht ihr Mann, sondern sie das Regiment führt. Sie bestellt vortragende Räte und Direktoren, sie erläutert ihnen die Richtlinien ihrer Politik, sie ordnet die Einrichtung der Bureaus sowie des inneren Dienstes an. Er, — er ist schweigsam dabei. Die hohen Räte des Auswärtigen Amts haben das Unwürdige, das ihnen zugemutet wird, natürlich begriffen. Sie haben sich die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten doch wohl etwas anders gedacht, als sie dem Einzug Davids und Scheidemanns zujubelten. Nun sie dennoch ausharren, bringen sie dem Vaterlande Opfer, die sich in ihrer Schwere würdig allen den Opfern anschließen, die die Nation draußen in den Schlachten und drinnen schon gebracht hat. Wer heute einen Blick in die Bureaus des Auswärtigen Amts zu werfen Gelegenheit hat, wird ein Märtyrertum finden, das ans Herz greift. Aber wie lange kann die seelische Folter ausgehalten werden? Es kann sich nur um Wochen handeln, und wenn Dr. Solf etwa gezwungen werden sollte, seinen Posten, den er zäh unter Aufbietung aller Energie im Interesse des Vaterlandes verteidigt, zu verlassen, können uns nur noch Tage von dem Zusammenbruch des gesamten auswärtigen Dienstes trennen. Und — die Herren Liebknecht, Haase, Eisner fordern, daß einer der ihren Solfs Platz einnehme, angeblich, weil ein Sozialist schneller zum Frieden kommen würde, wie der „reaktionäre" Solf.

* * *

Schlimmer noch, wie im Auswärtigen Amt sieht es im **preußischen Kultusministerium** aus, seit Adolf Hoffmann dort das Szepter führt. Herr Hoffmann bleibt mit seinen Eingriffen nicht an der Oberfläche des bureaukratischen Amtslebens; er greift der Nation ans Mark. Nicht anders kann die Wirkung der Berufung des „Pädagogen" Dr. Wyneken in das Kultusministerium, dessen Wirksamkeit als Gründer der „Freideutschen Jugend" und ihrer Zeitschrift „Der Anfang" vor Jahr und Tag in den Grenzboten gewürdigt worden ist, bewertet werden. Ein führender holländischer Sozialdemokrat, der bei der „Freideutschen Jugend" seinen Sohn verlor, kennzeichnete das System Wynekens als „eine

Schweinerei"; mit siebzehn Jahren seien die Mädchen schwanger, die jungen Burschen verseucht und entnervt. Zu diesem Urteil paßt, was Wyneken im „Anfang" sagt:

„Wir sind doch keine Schulreformer! Derartige Ausbesserungsarbeiten können wir ruhig den Leuten vom Bau, den Wirklichen Geheimen Ober- und Unterregierungsräten überlassen. Wir wollen die Schulrevolution. Wir wollen die Schule abschaffen, d. h. sie von Grund aus umgestalten, daß sie etwas ganz anderes, Neuartiges darstellt, nämlich einen Sammelplatz für die Jugend."

Hierbei soll namentlich das Liebesleben eine Rolle spielen, deshalb schrieb Herbert Blumenthal in der genannten Zeitschrift „Anfang":

„Wir übernehmen die Erotik mit allem Drum und Dran an Unkultur in Bausch und Bogen, und wer da nicht mitgeht, verfällt der Mißachtung als ein Quietist, ein Totschweiger, ein Feigling, ein Krüppel. Wir veranstalten Winters und Sommers unsere Feste, die nur von uns und für uns sind, wir machen den Tanz deutlich erotisch, wir flirten und lieben, wo wir nur können."

Dies alles soll erreicht werden durch die „freie Schulgemeinde", in der die Lehrer wie die Schüler die gleichen Rechte haben, um sich auszuleben. Vom Christentum als positiver Religion will die freideutsche Jugend nichts wissen. Deshalb hieß es in dem Festberichte über den freideutschen Jugendtag 1913 auf dem Hohen Meißner:

„Das Altertum kann uns nicht mehr die Kultur schlechtweg sein, so wenig wie das Christentum die Religion . . . Euer Geist und Gemüt möchte nicht gebunden bleiben an die Vorstellungen und sittlichen Regeln einer einzigen Form der Religion."

Der geistige Vater dieses Rummels, bemerkte die „Rhein- und Wiedzeitung", Wyneken, von Hoffmanns Gnaden jetzt vertragender Rat im Ministerium, hat nun so überall in Deutschland seine Freunde in der studierenden Jugend. Er versandte ja auch seinen „Anfang" vorsichtigerweise auf Wunsch unter Kuvert, damit die Eltern nichts davon merken sollten. Unter seinen Anhängern befindet sich auch ein junger Herr aus Neuwied, Paul Vogler mit Namen, der das Neuwieder Gymnasium mit dem Zeugnis der Reife für Oberprima verließ, um sich privatim auf das Abiturium vorzubereiten, wollen wir einmal sagen. Er hat eine Schwester, die als technische Lehrerin am Neuwieder Lyzeum und Oberlyzeum wirkt und ebenfalls die heutigen Bestrebungen Dr. Wynekens unterstützt. Genannter junger Mann — er ist heuer ganze 19 — neunzehn Jahre alt und selbst unter dem demnächstigen Wahlrecht noch nicht wahlberechtigt, viel weniger großjährig — ist plötzlich, gewissermaßen über Nacht, etwas „Hohes" geworden; denn er ist nunmehr Staatskommissar für Westdeutschland, um Material für den neuen Ministerialrat Dr. Wyneken zur Schulreform zu sammeln.

Armes deutsches Volk.

* * *

Das deutsche Bürgertum steht allen diesen Erscheinungen des Zerfalls recht eigentlich ratlos gegenüber. Die Parteizerklüftung ist größer denn je und neue Splitterungen bereiten sich vor. Es scheinen lediglich wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Parteibildung maßgebend zu sein und doch sind es vor allen Dingen persönliche. Zu Tode gehen zunächst die alten liberalen Gruppen: die

nationalliberale und die freisinnige. Der Freisinn ist bereits in die von Alfred Weber und Theodor Wolff unter Mitwirkung einiger Herren aus der nationalliberalen Partei begründete Deutsche demokratische Partei aufgegangen; ihnen hat sich Herr Friedberg, zeitweilig deutscher Vizekanzler, angeschlossen, und damit einen neuen Beweis für seine ungeheure Wandlungsfähigkeit gegeben. Der vom Internationalismus noch nicht verseuchte Teil der Nationalliberalen sammelt sich unter Stresemann in der deutschen Volkspartei, die in West- und Nordwestdeutschland aber auch in Baden und in den östlichen Provinzen feste Grundlagen in Stadt und Land findet.

„National belastet" — damit ist die Lage beim Bürgertum gekennzeichnet. Jeder, der bisher mutvoll für nationale Ideale eingetreten ist, wird als reaktionär verdächtigt und gilt als untauglich an der Gestaltung der deutschen Geschicke mitzuwirken. Internationalismus ist für die Deutschen Trumpf, — internationale Demokratie ist die Losung. Wer ein Herz für das deutsche Volkstum bekundet, gilt nicht nur als unmodern, sondern als gefährlich. So bestimmt es Theodor Wolff. Was Polen und Dänen, Tschechen und Italienern ohne Widerrede zugebilligt wird, nämlich für ihre besondere nationale Kultur zu sorgen, ist dem deutschen Volke verboten. Der Deutsche hat zu gehorchen: in Posen, West- und Ostpreußen den Polen, in Schleswig den Dänen, im Elsaß den Franzosen, in Berlin Herrn Theodor Wolff und seinem international-großkapitalistischen Klüngel. Und wenn das Bürgertum nicht doch noch aufwacht, werden wir es erleben, daß rote und goldene Internationale, d. h. die Scheidemann- und die Wolff-Mosse-Parteien sich zur Bekämpfung der nationalen Selbständigkeitsbestrebungen im deutschen Volke als regierende Partei zusammenschließen.

* * *

Was sollte und was kann geschehen? Noch können die bürgerlichen Parteien in der Tat bestimmend in die Entwicklung der Dinge nicht eingreifen. Sie können weder auf die Straße gehen, um zu demonstrieren und sich mit dem Pöbel der Spartakusgruppe herumzuschlagen, noch können sie eine bürgerliche Regierung schaffen, die stark genug wäre, Ordnung zu bringen. Zum Regieren gehören folgsame Massen. Das Bürgertum hat sich diese Gefolgschaft aus der Hand nehmen lassen durch die zersetzende Tätigkeit gerade der Kreise, von denen es jetzt sein Heil erwartet. Der „Vorwärts" und die sozialdemokratische Partei haben in den großen gewerkschaftlichen Organisationen wenigstens den Anfang einer neuen Staatsunterlage geschaffen, das „Berliner Tageblatt" und die Demokraten haben nur zerstört ohne an die Stelle des Alten etwas Neues zu setzen. Die Diskreditierung der Armee, die Herabsetzung der männlichen Opferbereitschaft in Heer und Marine und infolgedessen die Auflösung des größten Teils der Armee ist, wenn man auch die Überlastung des Apparates in Rechnung stellt, ein Ergebnis der Tätigkeit der Kreise um Theodor Wolff. Es ist darum Wahnsinn, die demokratische Partei zum Träger der künftigen Wohlfahrt des deutschen Bürgertums machen zu wollen. Diese Partei kann uns nur der Sozialdemokratie ausliefern und mit deren Hilfe der Ausbeutung durch das internationale mobile Großkapital. — Wer wirklich zur deutschen Nation als Träger des deutschen Volksstaates hält, wird gut tun, sich in den Kreisen zusammenzuschließen, wo es keine Schande ist, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen und das sind die

Deutsche Volkspartei mit ihrer liberalen und die Deutschnationale Volkspartei mit ihrer konservativen Grundlage. Die Prüfungen werden noch einige Wochen weiter gehen. Die Berliner Bevölkerung wird besonders zu leiden haben. Möge die Provinz die Gelegenheit nützen, sich frei zu machen von Berliner geistiger Bevormundung und selbst trachten, neue Parteigrundlagen zu schaffen.

# Die Politisierung der Frau

Von Dr. Mathilde Kelchner

Es ist kein Zufall, daß die Lockerung des Besitzverhältnisses durch das siegreiche Vordringen sozialistischer Grundsätze mit der politischen Mündigkeitserklärung der Frau zusammenfällt, denn der Besitz ist der Orientierungspunkt für das soziale und politische Machtverhältnis der Geschlechter gewesen, das infolge größerer Erwerbsfähigkeit zugunsten des Mannes verschoben war. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die bessere körperliche Eignung des Mannes für den Erwerb primitiver Güter auf der ersten Entwicklungsstufe der menschlichen Gesellschaft der Anlaß gewesen ist, die ursprünglich bestehende Weiberherrschaft zu brechen, die teils in der Mutterschaft, vor allem aber in der größeren Bindung des Mannes durch seine Geschlechtlichkeit ihre Wurzel hatte. Der Besitz wurde zu einem Äquivalent der Macht, die die Frau in ältester Zeit dank ihrer physiologischen Beschaffenheit: als Ziel männlichen Begehrens und als geheimnisvoller Jungbrunnen der Menschheit, besaß, um allmählich in der Gestaltung der menschlichen Gesellschaft zum ausschlaggebenden Faktor zu werden und dem Mann die Herrschaft zu verbürgen. Erst im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts hat die wirtschaftliche Emanzipation zahlreicher Frauen, die in den Kampf um das Brot getrieben wurden und ihre Kraft zur Selbsterhaltung erwiesen, die durch die Geschichte geheiligten Vorrechte des Mannes erschüttert. Aber erst jetzt, in der Morgenluft des Sozialismus sind sie gebrochen, denn es sind weniger die liberalen Ideen der Gleichberechtigung aller Menschen, als der Geist der Gemeinschaft, des sozialen Ausgleichs, des Getragenseins des Einzelwesens durch die Gesamtheit, die die Frau auf die Höhe der Gesellschaftsordnung heben. Fühlte sie sich stark genug infolge ihrer wirtschaftlichen Emanzipation die politische Gleichberechtigung zu fordern, so wurde sie ihr gegeben in der Erkenntnis, daß nicht der Besitz für die Einreihung in die gesetzgebenden Faktoren ausschlaggebend ist, sondern die Notlage der Gesamtheit, die nur durch den Willen und die Tat der Gesamtheit selbst behoben werden kann. Nicht zuletzt sind es die Fragen der Bevölkerungspolitik, die der Frau die Macht, die sie einst besaß, aufs neue in die Hände legen, denn es muß durchaus unzweckmäßig erscheinen und einer gesunden Lebensauffassung widerstreben, daß ureigenste Angelegenheiten des weiblichen Geschlechts, die aus dem Umkreis privater Interessen herausgetreten sind, allein vor dem Forum der Männer beurteilt und geregelt werden. Daß das Bevölkerungsproblem in den nächsten Jahren stark im Vordergrund der Erörterung und praktischer Lösunggsversuche stehen wird, ist nicht zu bezweifeln, denn der Schaden, den unser Volkstum durch den Krieg, in erster Reihe durch die unerhörte Hungerblockade genommen hat, wird erst voll ermessen werden, wenn die friedliche Arbeit einsetzt und die durch Krankheit und Tod gerissenen Lücken in der Allgemeinwirtschaft fühlbar werden. Die Gefahr liegt vor, daß der Staat, dessen Allgegenwart wir immer stärker zu spüren bekommen werden, in seinem Lebensdrange den Bannkreis überschreiten könnte,

der um das Individuum als Selbstzweck gezogen ist. Hier wird es die neue, im Vollgefühl ihrer politischen Verantwortlichkeit erzogene Frau selbst sein, die richtunggebend wirken wird und wirken muß. Und so sehen wir den Kreis sich schließen: von der Machtstellung als Sexualwesen in der primitiven menschlichen Gemeinschaft schreitet die Frau über die Entrechtung durch ihre nicht völlig zu überwindende wirtschaftliche Schwäche im Werdegang der sozialen Entwicklung zurück zur Machtstellung durch die Mutterschaft innerhalb eines sozialisierten Staates.

Es ist ein müßiges Beginnen jetzt über den Eintritt der Frau in das politische Leben den Kopf zu schütteln. Der Beschluß ihrer politischen Gleichberechtigung angesichts der Nationalversammlung ist gefaßt und wird durch die Konstituante selbstverständlich nicht umgestoßen werden, da sie selbst mit Hilfe der Frau zustande kommt. Wir haben uns also mit einer gegebenen Tatsache abzufinden. Immerhin verdient es festgehalten zu werden, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Frauen wenige Monate vor Kriegsende gegen die Gewährung des Wahlrechts schwere Bedenken äußerte. Sie hatten damals in einer Kundgebung darauf hingewiesen, daß breite Frauenschichten überhaupt kein Interesse am Frauenwahlrecht haben, daß ihre persönlichen Wünsche auch ohne Stimmrecht erfüllt werden könnten, daß die Frau sich nicht für den Parteikampf eigne und die urteilslose Masse durch das Wahlrecht der Frau ein erdrückendes Übergewicht gewinnen würde. Diese Frauen waren sich auch darüber klar, daß Sozialdemokratie und Zentrum, also diejenigen Parteien, die infolge ihrer straffen Organisation einen überaus starken Einfluß auf die Frauen auszuüben vermögen, in erster Linie Zuwachs erhalten würden, was naturgemäß ihrer Auffassung nach dem Staatswohl nicht förderlich sein könne. Antworten auf diese Kundgebung von liberaler Seite sind nicht ausgeblieben. Sie waren nicht schwer zu geben, denn die rechtsstehenden Frauen hatten den Boden, von dem aus sie zu fechten gedachten, zu eng begrenzt, auch mußten jene überzeugender wirken, weil sie statt in der Negation stecken zu bleiben, positive Ziele wiesen und an die Stelle von Mißtrauen das Vertrauen setzten. Mit Recht wurde von liberaler Seite an das Wort York von Wartenbergs erinnert, daß der Staatsmann das, was in der natürlichen Entwicklung der Zukunft liegt, regeln und beherrschen und nicht zu verhindern suchen soll. Hierin aber lag der Fehler aller konservativen Elemente, nicht nur bezüglich des Frauenwahlrechts, sondern der Frauenbewegung überhaupt: sie konnten nicht regeln und beherrschen, deshalb suchten sie zu verhindern. Gewiß nicht aus Feindseligkeit gegen die Frau, vielmehr infolge einer gewissen Verschlossenheit gegen die Forderungen der Zeit. Erst sehr spät, zu spät entschlossen sich die Konservativen zu Konzessionen, jedoch nie zu dem mutvollen Bekenntnis, daß die Kraft der Frau in ihrem schweren Existenzkampf, zu dem sie durch äußere Umstände gedrängt wurde und der den Kernpunkt der Frauenbewegung ausmacht, durch Herkommen und Vorurteil nicht im geringsten gebunden werden darf, daß sie im Gegenteil geschützt und gefördert werden muß auf alle mögliche Weise. Sie aber wollten „das Weib" erhalten und töteten die Weiber. — Man wolle über die Hüter überkommener Ideale nicht den Stab brechen. In der Dramatik der Entwicklung einer der wichtigsten sozialen Fragen möchten wir ihr Schwergewicht nicht missen, aber die Folgen für die praktische Politik konnten nicht ausbleiben. Heute sehen wir sie mehr als die anderen Parteien dazu verurteilt, um die Frau zu werben. In aller Eile wird nunmehr das Interesse der Frauen für politische Dinge, die man ihnen bisher fernhalten wollte, in Anspruch genommen, sie werden politisch gebildet, in wenigen Wochen soll nachgeholt werden, was in Jahren versäumt wurde. Täuschen wir uns nicht über die Lage. Tatsächlich werden die Sozialdemokratie und das Zentrum auf die große Masse rechnen können, und zwar nicht nur um ihrer straffen Organisation, sondern auch um der Werbekraft einfacher Formeln willen. Die Sozialdemokratie wendet sich an die primitiven sozialen Instinkte der Mehrzahl ihrer Wähler, das Zentrum appelliert an Gemütswerte, denen die religiöse Frau sich nur schwer entzieht. Breite

Schichten der bürgerlichen Frauen werden ins liberale, demokratische Lager gehen. Sie sind dessen eingedenk, wo sie zuerst Verständnis für ihre Forderungen fanden. Mit Grauen erinnert sich manche Frau aus konservativen Kreisen der furchtbaren Vereinsamung in ihrer angestammten Umgebung, als sich ihr die subjektive Möglichkeit geistiger Entfaltung offenbarte und der ungestüme Drang nach befreiender Tat die ihm gemäße Erfüllung nicht finden sollte. Der Kampf der Frau war schwerer als irgendein anderer sozialer Kampf, nicht zuletzt weil in ihm das Gift der Suggestion geistiger Minderwertigkeit in überreichem Maße in Anwendung kam. Wer überwand, in dem klang die Verachtung für die gesprengten Fesseln noch lange nach. „Links" war die Losung, wo individuelle Freiheit auf dem Panier geschrieben stand. So kam die geistig rege Frau durch ureigenstes Erleben, nicht etwa durch staatstheoretische oder politische Überlegung zum Liberalismus, und sie traf hier mit der geistig Armen zusammen, die in der Seichtheit radikaler Problemlösungen, wie sie der Liberalismus in großer Zahl bietet, die ihr angemessene Nahrung fand. Es ist sehr beklagenswert, daß die Mehrzahl politisch reifer, in Theorie und Praxis bewährter Frauen infolge der Zaghaftigkeit der ehemaligen konservativen Partei in das linke Lager gedrängt wurde. Schon jetzt, bei der Vorbereitung des Wahlkampfes, macht sich ihr Gewicht geltend. Ob die Rechte das zündende Wort für die Frau und die geeigneten Persönlichkeiten, die es ihr künden könnten, finden wird? Mit dem hörbaren Abrücken von der Sozialdemokratie ist es wahrhaftig nicht getan. Positives verlangt die Stunde! Wird sie den Frauen sagen, daß es ganz und gar nicht ihre Aufgabe sein soll, sich durch oberflächliche Lektüre und Vorträge politisch zu „orientieren", mit stumpfen Zähnen in die Probleme der inneren und auswärtigen Politik zu beißen, daß sie vielmehr hinabsteigen sollen in den tiefen Schacht unseres Volkstums, das jetzt so schwer bedroht ist, und das zu schützen sie berufen sind: sie vor allen — die Mütter des kommenden Geschlechts. Nur von hier aus, durch die Erkenntnis der unendlichen Überlegenheit des Volksbürgertums über das Staatsbürgertum wird der wärmende Hauch in die Seele derer dringen, die hilflos und schaudernd vor dem unendlichen Dafür und Dagegen der Probleme des öffentlichen Lebens stehen. Das Volkstum — wir finden es überall, wo wir mit willigem Ohre lauschen: in Sprache, Sitte und altüberkommenen Bräuchen, in Märchen und Sage, im schlichten Volkslied und in den Wunderwerken aller Künste, im Gottesdienst und in der Philosophie, in der Arbeit draußen in Wald und Feld und in den Werkstätten der Menschen. Alles was Leben heißt, formt sich innerhalb einer Gemeinschaft zur eigentümlichen Prägung, und diese gilt es in ihrer Eigenart zu hegen, zu pflegen und zu entfalten, wenn wir fähig bleiben wollen, am Wiederaufbau einer zerstörten Welt zu wirken und zu schaffen. Seien wir uns darüber klar: Deutschlands zukünftiges Eigenleben wird sich in seinem Volkstum erschöpfen. Weltpolitik kann es nicht mehr treiben, zu Macht und Reichtum kann es nicht mehr gelangen, aber das deutsche Volk wird bestehen und neue Werte zeugen, wenn es den Zusammenhalt findet, sowohl innerhalb der Grenzen des Reichs als auch überall dort, wo die deutsche Zunge klingt und das Bekenntnis zum Deutschtum kündet. Das nationale Volkstum also sei das Programm für die Frauen. Liegt das Grundmotiv der Sozialdemokratie im sozialen Ausgleich, das des Liberalismus in der ungehemmten Entfaltung des Individuums, so mache die Rechte den Dienst am Volkstum zu dem ihren. Mit dem Herzen soll dann die Frau wählen, echt deutsch auf Grund einer Weltanschauung, und so politisiere man sie, indem man ihr das Volkstum nahe bringt und ihr als der erhaltenden Kraft die Wege weist zu seiner Unvergänglichkeit.

# Deutschösterreich und seine Nachbarstaaten

Von Professor Dr. Robert Sieger

ie Vermutungen über die weiteren Ereignisse in Deutschösterreich, die ich in meinem Aufsatz in den Grenzboten Nr. 47 ausgesprochen habe (er wurde am 6. November abgeschickt), sind bisher in allem Wesentlichen bestätigt worden. Die Republik ist glatt und ohne jedes Hindernis ins Leben getreten; auch die Christlichsozialen als Partei haben sich auf ihren Boden gestellt, obwohl ein Teil von ihnen sie wohl nur für die unmittelbare Gegenwart als notwendige und nützliche Staatsform ansehen mag. Auch die Tschechen haben sich für sie entschieden und die durch Mehrheitsbeschlüsse nur zu verdeckende, nicht zu beseitigende Spaltung der Südslawen in eine republikanische, eine im Augenblick vorwaltende, den Karageorgievic freundliche und eine mehr verborgene und abwartende habsburgische Richtung muß uns davor warnen, die Frage der Staatsform nicht als für absehbare Zeit erledigt anzusehen. Das könnte nur die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und die Durchführung der unaufschiebbaren wirtschaftlichen und sozialen Maßregeln gefährden. Andrassy und Lammasch sind sang- und klanglos abgetreten und auch die staatsrechtlich unklare Form, in der Kaiser Karl zurückgetreten ist, hat zwar niemand befriedigt, aber auch niemand ernstlich beunruhigt. Mehr Begeisterung, als die Ausrufung der Republik hat die Erklärung des Anschlusses an das Deutsche Reich erweckt; auch die kühle Aufnahme, die sie bei dessen Regierung gefunden hat, vermag die Hoffnung auf ihre baldige Verwirklichung nicht wesentlich zu vermindern. Man sieht in ihr eine nationale und politische, aber auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit und erkennt, daß sie durch die republikanische Staatsform erleichtert wird. Diese Einsicht und die Erwartung, daß eine Wiederkehr des Kaisers und seiner persönlichen Ratgeber, aber auch die Regierung eines anderen Mitgliedes der Dynastie, von denen nur wenige beliebt waren, aller Wahrscheinlichkeit nach gegen Deutschland gerichtete Bestrebungen neubeleben müßte, hat viele zu Republikanern gemacht, die grundsätzlich auf monarchistischem Boden stehen. War der Völkerstaat Österreich ohne Monarchen nicht denkbar, so darf man den Deutschösterreichern wohl die politische Reife zutrauen, um sich selbst zu regieren. Die autonomistischen Bestrebungen gewinnen von Tag zu Tag mehr Boden; in Tirol und Vorarlberg wurde die Forderung nach eigener Vertretung bei der Friedensverhandlung, ja nach Anschluß an die Schweiz erhoben. Aber wie bisher alle politischen Bewegungen, scheint sich auch diese in Deutschösterreich ruhiger zu vollziehen als im Reiche und das Einvernehmen zwischen der Wiener Regierung und den Landesausschüssen ist bis zur Stunde, da ich dies schreibe (28. November) ein gutes geblieben.

In der Verwaltung sind keine durchgreifenden Änderungen zu gewahren. Die Auflösung der gemeinsamen Ämter hat der deutschösterreichische Staat als Treuhänder der beteiligten Staaten unter Vorbehalt ihrer Ansprüche und Verpflichtungen und der späteren Abrechnung übernommen; über den Beamtenaustausch sind Verhandlungen im Zuge, denen freilich die Ungeduld der Slawen vielfach, auch in gewaltsamer Weise, vorgreift, die aber bei Entfaltung der nötigen Entschiedenheit von deutscher Seite ebenso zu einem befriedigenden Ergebnis führen können, wie jene über die Teilung der Mittel und der Lasten des Gesamtstaates und über andere finanzielle Fragen, vor allem über die allen Teilstaaten gleich wichtige der Valuta. Erschwert werden sie allerdings dadurch, daß die Tschechen und Südslawen sich als Bundesgenossen der Entente und somit als mitbestimmende Sieger betrachten, und die Madjaren Lust zeigen, das gleiche zu tun. Es wird immer gefordert und unbedingtes Nachgeben erwartet. Das müßte aber nicht von Erfolg sein, wenn das nach Victor Adlers Tod von dem Linkssozialisten Otto Bauer verwaltete Auswärtige Amt es sich mehr angelegen

sein ließe, die Machtmittel Deutschösterreichs zu sammeln und zu verwerten und die Gegensätze zwischen den feindlichen Nachbarn diplomatisch auszunützen, als den Sünden der früheren Regierung nachzuspüren und (ganz im Sinne Eisners und Friedrich Wilhelm Försters) den Scheinbeweis zu erbringen, daß die Mittelmächte die Urheber und die alleinigen Verlängerer des Krieges seien. Abgesehen davon, daß dies angesichts der Brüsseler Aktenfunde und der Enthüllungen über Rußlands Verhalten 1914 ein vergebliches Bemühen bleiben muß, könnte selbst ein solcher Nachweis, wenn er zu erbringen wäre, weder die Schuld unserer Defaitisten an dem ungünstigen Ausgang des Krieges irgendwie mildern, noch auch die Stimmung der feindlichen Staatsmänner günstig beeinflussen. Dieser Nachweis und ganz ebenso ein unbegründetes Schuldbekenntnis der Deutschen in Österreich und dem Reich könnte vielmehr diese nur in ihren Vergeltungsansprüchen und ihrer Rachsucht bestärken. Das Beispiel ist bezeichnend dafür, daß die neue Regierung vielfach einem unfruchtbaren Doktrinarismus huldigt, der die Gefahr leidenschaftlicher Gegenströmungen leicht auslösen könnte und nur dank der Besonnenheit und wohl auch vielfach der Mutlosigkeit der bürgerlichen Mitglieder der Nationalversammlung bisher noch nicht ausgelöst hat. Dagegen sind die Fortschritte in der Beseitigung des Bureaukratismus bisher nicht sehr erheblich. Ein Spötter meinte kürzlich, der Amtsschimmel sei nun rot aufgezäumt, aber sonst der alte. Man darf die Schwierigkeit der Aufgabe, die hier zu bewältigen ist, nicht verkennen und muß auch eingestehen, daß die Bevölkerung bei ihrer Bewältigung nur geringe Unterstützung leistet. Tatsache bleibt aber, daß die Zentralen-Mißwirtschaft (von dieser sollte S. 174 die Rede sein, was der Druckfehlerkobold verschleierte) zwar gemildert wurde, aber die Zentralen-Wirtschaft mit manchen vermeidbaren Übelständen im wesentlichen noch besteht (die zentrale Bewirtschaftung entspricht ja der sozialdemokratischen Theorie und ist zurzeit wohl noch unentbehrlich) und daß nicht nur neue unpraktische Maßregeln der Zentralen, sondern sogar Höchstpreiserhöhungen in einer Zeit erfolgt sind, in der Regierung und Bevölkerung fortwährend vom „Abbau der Preise" reden. Was dem gemeinen Mann an den „Zentralen" vor allem auffiel und die nationalen Politiker verstimmte, der starke Einfluß des Judentums, ist geblieben und in der neuen Regierung sind, wie im Deutschen Reiche, die Angehörigen dieser Nation unverhältnismäßig stark vertreten. Bei dem Umfang des Antisemitismus in Deutschösterreich, der in der Kriegs- und Kriegsgewinnzeit noch erheblich gewachsen ist, muß es wohl als Beweis anerkennenswerter Disziplin bezeichnet werden, daß dagegen keine Einsprache erhoben wurde. Im übrigen hat dieser Tage ein Staatssekretär mit Rücksicht auf das Bestehen eines jüdischen Nationalrates die Rechtslage der Juden und ihren Anspruch auf die Staatszugehörigkeit als offene Frage bezeichnet, die durch Verhandlungen mit diesem Nationalrat zu lösen sei — und so werden vielleicht, wenn diese Zeilen gedruckt werden, die Gefahren klarer zutage liegen, die aus der Stellung der Sozialdemokratie zum Judentum hervorgehen, vielleicht auch die Mittel, sie zu bannen. Auch die Tschechen scheinen gewillt, zu der Judenfrage, die mit der Gründung des Nationalstaates in Palästina ein neues Gesicht bekommen hat, nachdrücklich Stellung zu nehmen.

Die dringlichsten Fragen des neuen Staates sind die der Nationalversammlung, die Verteidigungs-, die Ernährungs- und die Abgrenzungsfrage, von denen die drei zuletztgenannten auf das engste miteinander zusammenhängen. Nur von ihnen soll hier die Rede sein, da die Wahlordnung und Wahlkreiseinteilung für die „Konstituante" — auch wenn man von den Problemen der künftigen Verfassung, welche die Wahlprogramme beeinflussen müssen, ganz absieht — eine selbständige eingehende Behandlung verlangen würde.

Der Druckfehler, der auf S. 177 der Grenzboten aus der „Nahrungsmittelzufuhr nach Wien" eine „Nahrungsmittel g e f a h r" gemacht hat, trifft leider nicht nur für Wien die Tatsachen, die sich aus der Verquickung des Versorgungsproblems mit der militärischen Schwäche Deutschösterreichs und den Gebietsansprüchen seiner Nachbarn ergeben. Nicht um die Nahrungssperre, sondern

auch die anderer wichtiger Bedarfsartikel, vor allem Kohle, insbesondere Gaskohle, nicht nur die Sperre der Ausfuhr, sondern auch die der Durchfuhr aus dem Deutschen Reich wird von den Tschechen als Mittel politischen Druckes auf die Wiener Regierung und auf die Verwaltungen der einzelnen deutschösterreichischen Länder verwendet. Sie droht die Industrie brachzulegen, die uns die Austauschobjekte für die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Ungarn und den Südslawen liefern muß und sie erschwert das Aushalten und bedroht dadurch die innere Ordnung. Die Gasbeleuchtung von Städten, wie etwa Graz mit mehr als 150 000 Einwohnern, ist seit einiger Zeit eingestellt, die Beleuchtung und der Straßenbahnverkehr der Millionenstadt Wien bedroht. Ungarn antwortet auf die schüchterne Forderung nach Angliederung der deutschen Komitate (Haidebeuern und Heanzen) in Westungarn — die für Wien als Hinterland erwünscht erscheinen — mit der Drohung der Ausfuhrsperre und nötigt den Staatsrat zu einer gewundenen Erklärung vorläufigen Verzichts. Und bei den Südslawen schwindet die Neigung zur Verständigung in dem Maße, als der serbische Einfluß bei ihnen das Übergewicht erlangt. Nichteinhalten zugesagter Lieferungen, Absperrung gegen Aus- und Durchfuhr wird auch von unserer Südgrenze immer häufiger berichtet. Und wie zum Hohne schickt die Entente den Tschechen 45 Waggons Lebensmittel, denen Rohstoffe folgen sollen, durch Deutschösterreich. Der Staatssekretär erklärt auf eine Mahnung empörter Beamter, er könne das nicht hindern, da die Tschechen Bundesgenossen der Feinde seien und diesen der freie Transport im Waffenstillstand zugesagt sei. Und während die Not steigt, folgt ein Protest und eine Vorstellung den andern, ohne auch nur beantwortet zu werden. Noch hat ja die Entente und Wilson unsern Staat nicht einmal anerkannt.

Aber man wartet nicht ab, bis derlei Zwangsmittel die Wirkung erzielen, die in der Abtretung beanspruchter Gebietsteile oder in dem freiwilligen Anschluß ihrer notleidenden Bevölkerung liegen soll, man greift mit fröhlicher Gewalttat auf das deutsche Gebiet. Nicht nur Sprachinseln und Sprachgrenzorte, nein auch mitten im geschlossenen Sprachgebiet liegende Städte — selbst Warnsdorf, Außig u. a. — werden von Tschechenbanden, Sokoln, Truppen und entlassenen feindlichen Kriegsgefangenen überfallen, — wenn nicht behauptet, so doch geplündert oder mit Kontributionen bedacht. Auch hierin sind die Südslawen gelehrige Schüler. Bis ins geschlossene deutsche Sprachgebiet der Steiermark sind sie vorgedrungen, die deutschen Schutzwehren Kärntens haben sie auf das Nordufer der Drau zurückgedrängt und erklären nun, mit dem Landesausschusse über eine vorläufige Abgrenzung verhandeln zu wollen; wenn die Deutschen auch alles slowenische Sprachgebiet im Norden der Drau ihnen zur Besetzung überlassen. Nach südslawischer Ansicht sind aber die „germanischen" Landesteile, die teils seit längerem deutsch geworden, teils von beiden Völkern in friedlichem Zusammenleben und zweisprachigem oder sprachmischendem Verkehr bewohnt sind („Gogganesisch" bezeichnet der Volkswitz als dritte Landessprache), slowenisches Gebiet; die extremen Forderungen erstrecken sich nicht nur auf die willkürlich als „Sprachinsel" bezeichnete Landeshauptstadt Klagenfurt, sondern auf ganz Kärnten! Bei den Südslawen ist das Bestreben, die Deutschen durch getrennte Verhandlungen mit Steiermark und Kärnten zu spalten und sich dadurch Zugeständnisse zu sichern, die ein Präjudiz für die Entscheidungen des Friedenskongresses bilden sollen, mit dem den Tschechen abgelernten Grundsatz verbunden, „via facti" deutsches Gebiet an sich zu reißen, dessen Bevölkerung mit den bewährten Mitteln der Krainer Gewaltpolitik für eine eventuelle Volksabstimmung „präpariert" werden soll. So ergäben sich drei „Rechtstitel", erpreßte Zustimmung der Nachbarländer, faktischer territorialer Besitz und Anschlußbereitschaft der eingeschüchterten Bevölkerung! Die Südslawen haben übrigens ein besonderes Mittel, um deutsche Gegenwehr bei ihren Überfällen auszuschließen. Sie verwenden dazu serbische Kriegsgefangene, die nun entlassen und bewaffnet sind, oder gehen mit serbischen Abzeichen oder unter Führung serbischer Offiziere vor. Sie treten also als Truppen der Entente auf, denen der Waffenstillstand das Besetzungsrecht eingeräumt hat.

Der Widerstand der Deutschen in Böhmen und Mähren, wie in Südöster-

reich gegen solches Unrecht, das nicht selten in Widerspruch zu kaum erst oder gleichzeitig gegebenen Zusagen verübt wird, muß unter dem Mangel an militärischen Hilfsmitteln schwer leiden. Auch wenn wir davon absehen, daß der Krieg den Deutschen viel schwerere Blutverluste auferlegte, als den Tschechen — die Südslawen haben sich besser gehalten und daher ebenfalls stark gelitten — ergibt sich ein großer Unterschied daraus, daß die Truppen aller anderen Völker entweder früher sich nach Hause wandten oder aber von den Feinden in der Heimkehr weniger behindert, ja gelegentlich heimgeschickt werden. Deutsche Truppen und besonders Offiziere standen zum Teil an den fernsten Fronten, wie Beßarabien, Albanien, Frankreich; Deutsche bildeten den Kern der Tiroler Verteidigungsstellung und sind durch deren Umgehung und durch die vertragswidrigen Gefangennahmen im Etschtal in großer Zahl in die Hände der Italiener gefallen. Die Heimkehrenden konnten nach der Katastrophe am Piave, wo sie das Opfer der Zurückgehenden geworden waren, nicht wie diese in geschlossenen Verbänden marschieren und sich aus Feindes- und Freundesland versorgen. Sie wurden vielfach von ihren bisherigen Kampfgenossen, der Bevölkerung und den als Bundesgenossen der Entente auftretenden südslawischen und italienischen Behörden entwaffnet, beraubt, ja entkleidet. Dabei haben auch die Madjaren einen ebenso starken, wenig rühmlichen Anteil gehabt, wie an Raub und Plünderung auf den Rückmärschen. Kann man sich wundern, daß ein großer Teil der deutschösterreichischen Krieger, auch aus geschlossen heimkehrenden Gruppen, einfach in die Heimatorte ging, nachdem sie wochenlang eine solche Auflösung gesehen hatten? Da die deutschösterreichische Staatsgewalt über Nacht ins Leben treten mußte — ihre Einrichtungen waren ja nicht, wie die der Tschechen und Slowenen, durch eine systematische geheime Zusammenarbeit einheimischer Verschwörer und der „Emigration" vorbereitet worden — so griff sie nicht rasch genug ein, um einen erheblichen Teil der Heimkehrer beisammen zu erhalten. Es drohte den Durchzugsländern Südösterreichs, vor allem der Steiermark aber eine weit größere Gefahr als die von auseinanderlaufenden, zuchtlosen und verwilderten Kriegern, die vielfach Waffen, Ausrüstung und Pferde verkauften, vielfach auch Neigung zum Räuberleben zeigten, nämlich der Durchmarsch von Hunderttausenden bewaffneter, räuberisch oder feindselig gesinnter Madjaren, Tschechen und Südslawen. Wo diese nicht aufgelöst, sondern geschlossen in Eisenbahntransporten und Marschverbänden kamen, waren sie fast eine größere Bedrohung, welche die Städte vor allem betraf, als die über das flache Land zerstreuten Marodeure. Daß wir dieser Gefahr Herr wurden, mit gelegentlichen Plündereien und Schießereien auf den Bahnen und in der Nähe der Bahnhöfe wegkamen, danken wir der Entschlossenheit, mit welcher aus Studenten, Arbeitern, Bürgern, verbleibenden und gegen hohen Sold neu geworbenen Soldaten, auch den heimgeschickten deutschen Matrosen Stadt- und Volkswachen und Bahnhofswachen gebildet wurden, zu einem sehr großen Teil aber der opferwilligen Tatkraft der deutschen Eisenbahner. Während diese für möglichst raschen Abtransport sorgten — der Privatverkehr war so gut wie ganz eingestellt — führten die Bahnhofwachen die Entwaffnung und (nach dem Vorbild der anderen Völker, aber mit größerer Zurückhaltung und ohne Roheiten) die Beschlagnahme des Materials und des Übermaßes mitgeschleppter Lebensmittel und anderer Vorräte durch. Dieses entschlossene Vorgehen bewirkte, daß da und dort Vereinbarungen mit den Nachbarn über gegenseitigen Durchzug erzielt wurden. Nachdem so die plötzliche Gefahr vorübergegangen war, wurde die Neuaufstellung von Volkswehren systematischer durchgeführt. Aber sie sind zu schwach, um wirklichen feindlichen Einfällen erfolgreich zu widerstehen, auch unzuverlässige Elemente fanden anfangs in sie Eingang und gegen den Willen der Regierung bildete und erhielt sich in Wien eine Rote Garde; der mißlungene Putschversuch gegen die Nationalversammlung bildete eine häßliche Begleiterscheinung bei der Ausrufung der neuen Republik. Deutschböhmen konnte keinen Widerstand gegen die meisten tschechischen Einbrüche wagen. In Südmähren hat nur Znaim eine leidlich zureichende Verteidigungstruppe organisieren können. In den Sudetenländern, wie im Süden mußten große deutsche

Sprachinseln (Brünn, Olmütz, Marburg und so weiter) und Randgebiete preisgegeben werden. Eine Zeitlang hatte man — wie in Tirol beim Einmarsche der Bayern — auch in Böhmen hoffen dürfen, daß das Deutsche Reich den Verteidigungskampf aufnehmen und die Grenzgebiete besetzen und schützen werde, und selbst in den Alpenländern begann man Freiwillige für diesen Kampf des Gesamtdeutschtums zu werben, von dem wir eine Verbesserung der Waffenstillstandsbedingungen erhofften. Aber das kam anders.

All diese Tumulte wirkten auf die in den Grenzboten Nr. 47 erwähnten Verhandlungen mit den Slawen vielfach störend ein. Lage und Aussichten haben sich aber auch durch das Vorgehen der Italiener nicht unwesentlich verändert. Dazu kommt noch, daß innerhalb der Jugoslavia nicht nur die Meinungsunterschiede über Staatsform und gegebenenfalls Herrscherhaus, sondern auch die Gegensätze zwischen Serben, Kroaten und Slowenen allmählich schärfer hervortreten. Die Abwehr der italienischen weitgehenden Ansprüche, aber auch die zunehmend aggressive Haltung gegen Ungarn und Deutschösterreich, bei der auch der Einfluß der Tschechen und jener der leidenschaftlichen, tätigen und geschickten Serben eine große Rolle spielt, verschleiern diese inneren Gegensätze und werden wohl auch um so geflissentlicher betont, um sie zu verschleiern und zur Ruhe kommen zu lassen. Aber die Stellung der kroatischen republikanischen Bauernpartei unter Radic und der Sozialdemokratie läßt sie deutlich erkennen. Triest und Fiume dürften weder den Südslawen verbleiben, noch jene unmittelbare Selbständigkeit erlangen, für welche die Triester Sozialdemokratie noch vor kurzem eintrat. Werden sie italienisch, so kann die Jugoslawia sie von ihrem deutschen und ungarischen Hinterland absperren, und wird dies vielleicht in der Hitze der Erregung alsbald versuchen. Das gemeinsame Interesse zwischen Südslawen und Deutschösterreichern an den Verkehr dieser Häfen und dem Zugang zu ihnen, in dem eine wichtige Grundlage gegenseitiger Verständigung lag, wird dadurch ausgeschaltet und Deutschösterreich muß sich einen Zugang zur Adria sichern, der nicht in den Händen der Slawen liegt. Mit andern Worten, es muß dahin streben, an einer oder mehreren gut gangbaren Stellen unmittelbar an Italien zu grenzen. Der Besitz von Tarvis und den Zugängen zum Predil und Pontebbepaß, wo deutsche Sprachinseln von ziemlicher Größe sind, und ihr Zusammenhang mit Villach gewinnt dadurch an Wert. Ist es nicht zu erlangen, so ist es das weitaus kleinere Übel, wenn hier Italien seine wesentlich gesteigerten Ansprüche durchsetzt, als wenn ein — an sich unnatürlich begrenzter — Zipfel slawischen Gebiets auch hier sich zwischen uns und Italien einschiebt und uns nicht nur von Triest, sondern auch von Venedig abriegelt. Wir können also in der Streit zwischen südslawischem und italienischem Größenwahn nicht einseitig auf die eine oder andere Seite treten; wir müssen unsere Unterstützung demjenigen gewähren, der uns dafür mehr bieten kann und mehr gewährleisten will und eine kluge Politik kann uns von beiden Seiten wertvolle Zugeständnisse sichern. Dabei ist nicht zu übersehen, daß außerhalb Tirols kein unbedingter Gegensatz zu Italien besteht, namentlich zu einem republikanischen Italien, das durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt. Aus Triest sind wir in jedem Fall verdrängt und der Gegensatz zwischen der klerikalen Habsburger- und der Savoyen-Dynastie kommt nicht mehr in Frage. Schwanken wir aber haltlos herum, so verderben wir es mit beiden Teilen und der Gedanke mancher Südslawen, für das Zurückweichen von Italien Ersatz auf unsere Kosten zu finden, kommt zur Verwirklichung. Wir brauchen eine natürlich geschützte Grenze, die auch den Nachbar gegen uns gut sondert und schützt. Die Karnischen Alpen und Karawanken, der dünnbewohnte waldige Bachern, die verwilderte Drau unterhalb Marburg stellen, je weiter westlich desto ausgesprochener, eine solche dar, eine Scheide zwischen natürlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgebieten. Sie verläuft größtenteils in slovenischem Sprachgebiet, aber jede weiter nördlich gezogene Grenze, selbst die Draulinie oberhalb Marburg, die von den Slovenen immer mehr als Minimalgrenze ihrer Ansprüche bezeichnet wird (früher war es ihr Maximum), würde dem jugoslawischen Staat eine offene, zu Zwistigkeiten führende Begrenzung geben. Sie würde die Deutschen

um die östliche Hälfte der Bahnverbindung Marburg—Villach und um die mit dem geschlossenen Sprachgebiet fest zusammenhängende Marburger Sprachinsel bringen, also das innerösterreichische Bahndreieck zerschneiden. Östlich von Marburg ist keine gute Grenzlinie nördlich der Drau zu finden. Nicht um die Billigkeit würde also hier von den Südslawen, die ohnehin so viel deutschen Volks- und Kulturboden einheimsen, ein Zurückweichen hinter ihre Sprachgrenze und den Verzicht auf die Angliederung von Gebieten verlangen, deren slawische Bevölkerung sich mit den Deutschen gut vertrug und in eingewurzeltem Landespatriotismus keine Abtrennung von Steiermark und Kärnten wünschte; auch die kluge Fürsorge für ihr eigenes ruhiges Gedeihen und für ihre nationale Autarkie in einem gutbegrenzten Gebiet weist in der gleichen Richtung. Die Deutschen werden gleichwohl das Ziel, das sie bei den Friedensverhandlungen anstreben müssen, nur durch eine kluge vorsichtige Politik erreichen können, welche Bundesgenossen zu erwerben vermag.

Unsere dringendste Sorge bleibt die um die Ernährung. Von ihrer Beseitigung hängt es ab, ob wir der Anarchie entgehen. Will Wilson, will England, will das von Umsturzbestrebungen am meisten bedrohte Italien wirklich Europa vor Erschütterungen bewahren, die höchstens die wahnwitzige Rachsucht Frankreichs befriedigen mögen, so müssen sie dafür sorgen, daß auch in Deutschösterreich eine Hungersnot hintangestellt wird; drückender Mangel herrscht ja längst schon.

# Das Reformprogramm des preußischen Kultusministeriums

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Von Humboldt zu Hoffmann! Seltsame Marksteine geschichtlicher „Aufwärtsentwicklung". Bekanntlich gehört es in wahrhaft fortschrittlichen Kreisen zum guten Ton, dem alten preußischen Privilegienstaat seine reaktionäre Verhärtung dauernd vor Augen zu halten, während sich Bethmann Hollweg ungemein modern vorkam, als er das im Grunde so triviale Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" prägte. Wir wollen die Aussichten, die sich für uns an die neuen Gewalthaber knüpfen, nicht verallgemeinernd an den eben genannten zwei Namen messen. Der Zehn-Gebote-Hoffmann als Kultusminister: das ist einer jener Witze, mit denen uns die Weltgeschichte wie ein guter Zahnarzt über die Schmerzen des Zahnziehens hinweghelfen will. Und wir wollen auch nicht ungerecht sein: von Humboldt zu Trott zu Solz oder Schmidt, — das bleibt im Rahmen des alten Regimes und zeigt doch auch einen traurigen Verfall, beweist recht schlagend, wie kläglich die wilhelminische Ära die herrlichen Möglichkeiten genutzt hat, die die Freiheit der Ministerwahl dem keinem Parlament versklavten Monarchen in die Hände legte. Mit Konrad Häniſch aber ist nicht einer jener geistigen Anonymi ins Kultusministerium eingerückt, wie wir sie seit langem an diesem wichtigen Posten sahen, sondern ein in öffentlicher Wirksamkeit bewährter Schriftsteller, ein maßvoller geradgewachsener Politiker, ein frischer und heller Kopf greift bei der Neuordnung der preußischen Staatskultur mit an, zu dessen Umsicht und Besonnenheit auch diejenigen Zutrauen haben können, die nicht auf dem Parteiboden des Sozialismus in seiner spezifisch marxistischen Zuspitzung stehen.

Man kann wohl sagen, daß keines der Ämter seit der Revolution soviel von sich hat reden machen, wie gerade das Kultusministerium. Zum großen Teil

liegt das daran, das kein Personenwechsel an leitender Stelle eine gleichstarke Herausforderung an das geistige Deutschland bedeutete, wie die Berufung — oder soll man sagen: Kaltstellung? — Adolf Hoffmanns ausgerechnet auf diesen Posten. Bei einem Akte seiner Regierung hat allerdings der neue Kulturgewaltige die begeisterte Beistimmung der öffentlichen Meinung gefunden, nämlich als er bei seinem Amtsantritt kindlich-zutraulich erklärte, daß ihm die Bildungsvoraussetzungen für sein neues Amt gänzlich abgingen. Gut gebrüllt, Löwe; nur war es bislang mit den guten Überlieferungen des Preußentums nicht wohl vereinbar, daß man sich zu verantwortlichen Posten drängt, für die man nicht den Kopf, sondern bloß das warme Herz mitbringt. Aber wir haben Revolution, da gelten ja wohl neue Grundsätze.

Neben dieser Personenfrage ist es vor allem der politisch einschneidendste Programmpunkt der neuen Machthaber, die beabsichtigte Trennung von Kirche und Staat, wodurch in breiten Schichten unseres Volkes eine alarmierende Wirkung ausgeübt worden und sogar politisch bereits eine verhängnisvolle Rückwirkung auf die Loslösungsbestrebungen des katholischen Westens zutage getreten ist. Das ungeheuer verwickelte Problem des Zusammenhanges von Kirche und Staat, wie er sich unter dem Einfluß der Reformation im Geiste des frühneuzeitlichen autoritären Machtstaates herausgebildet hat, kann hier nicht von allen Seiten beleuchtet werden. In glücklicher Weise hat kürzlich der bekannte Kirchenrechtler Kahl die verschiedenen Teilprobleme der Frage auseinandergegliedert. Soviel ist aber jedenfalls zu sagen, daß gerade die ausgesprochen autoritären kirchlichen Gruppen, insbesondere also der Katholizismus, kein Interesse an einer allzu engen Bindung an einen grundsätzlich autoritätsfeindlichen, demokratisch-gleichmacherischen Staat haben, wie er sich — als geschichtliche Übergangsform zum mindestens — zunächst bei uns herausgestalten wird. Was die finanzielle Seite anlangt, so müßten die kirchlichen Körperschaften den Anspruch auf Wiedererstattung der Vermögensstücke beim Staat anmelden, die er einstmals dem kirchlichen Vermögensbestande entzogen hat. Im Zeitalter der Reformation hatte sich die Kirche beim Staat gewissermaßen in Leibrente begeben. Kündigt der Staat einseitig diese Rente, so ist er auch zur teilweisen Rückgabe der eingezahlten Vermögensbestände verpflichtet. Auf dieser Linie werden sich jedenfalls die finanzrechtlichen Verhandlungen zwischen Staat und Kirche bewegen müssen. Nicht nur die Nationalisierung, auch die Entnationalisierung wie im vorliegenden Falle muß sich auf dem Wege von Abfindungen vollziehen. Im übrigen wird sich jetzt zeigen müssen, ob das kirchliche Leben in Deutschland in der Tat nur noch vom Staat künstlich gestützt wird, oder ob es noch in sich selbst lebensfähig ist. Möglicherweise wird die Entziehung dieser Krücken sogar lebendige Kräfte in ihm entbinden, von deren Existenz wir lange nichts mehr gespürt haben. Und wenn die neue offizielle Kulturpolitik tatsächlich den ganzen Vertrauenskredit bei den bürgerlichen Massen verwirtschaften sollte, könnten den kirchlichen Körperschaften auch wieder die kulturellen Aufgaben zuwachsen, die im Mittelalter in ihren Händen nicht so übel aufgehoben waren, wie eine gewisse aufgeklärte Geschichtsschreibung uns das noch immer glauben machen will.

Die „Freiheit" hat kürzlich ein Programm des Kultusministeriums veröffentlicht. Eine nachträgliche Desavouierung seitens des Ministeriums bezog sich nicht sowohl auf seinen sachlichen Inhalt, als auf die Tatsache der Veröffentlichung. Es scheint den Herren nicht lieb gewesen zu sein, daß irgend ein Übereifriger aus der Schule geplaudert hat. Es handelt sich nach dieser amtlichen Richtigstellung bei diesem Programm nicht um eine endgültige Fassung, sondern nur um vorläufige Richtlinien. Dieser Vorbehalt gilt also auch für die Kritik, die wir an dieses Programm knüpfen.

Zunächst tritt darin die Rückwirkung der Trennung von Kirche und Staat auf den Schulbetrieb in Erscheinung, indem die geistliche Schulaufsicht aufgehoben und die Ersetzung des konfessionellen Religionsunterrichts durch einen konfessionslosen Moralunterricht vorbereitet wird. An diesem Punkt müssen wir einen Rückfall in die längst überwundenen Verirrungen der Aufklärung, also

einen durchaus liberal-reaktionären Akt des Kultusministeriums feststellen. Die berechtigte Kritik, die sich an den Religionsunterricht in seiner überkommenen Gestalt schließt, fußt auf der Einsicht, daß Religion ihrem Wesen nach nicht lehrbar ist, daß Religionsunterricht also einen inneren Widerspruch birgt und eine irreligiöse, ja eine antireligiöse Handlung darstellt. Auch läßt sich gegen die unvermeidliche Verflachung der Religion durch den Durchschnittsunterricht gerade vom religiösen Standpunkt aus Gewichtiges einwenden. Derselbe Vorwurf aber trifft in gesteigertem Maße den konfessionslosen Moralunterricht. Moral ist ebenso wie die Religion nicht Sache der Lehre, sondern der Verkündigung. Ein irgendwie kanonischer, also als Unterrichtsgegenstand ausmünzbarer Moralbestand ist außerhalb der kirchlichen Dogmen in unserer Kultur nicht vorhanden. Adolf Hoffmann wird ihn durch seine Erlasse so wenig aus dem Boden stampfen können, wie es etwa den Jüngern Nietzsches, des letzten großen deutschen Moralisten, gelungen ist, seinen Werttafeln die Geltung in der Zeit zu erringen. Tolstoi, Ibsen, Strindberg und Wedekind wird das Kultusministerium vermutlich auch nicht zur Rep. Preußischen Staatsmoral erheben wollen, ebensowenig wie den schalen Absud der stoisch-aufklärerischen Welttradition, an Gehalt und Ausprägung weltenweit hinter dem Moralbestand der Evangelien zurückstehend. Da die Kirchen aber die Jugendunterweisung vermutlich in einer anderen Form doch beibehalten würden, könnte der Staat, wenn er ihnen das Gastrecht in seiner Schule kündigt, sich den Moralunterricht auf Grund seiner Neutralität in Weltanschauungsfragen dann auch schon ganz schenken; bloß für die Dissidentenkinder darf er uns nicht die Bezahlung von Lehrkräften zumuten. Mögen doch Herrn Ostwalds Monistenbund oder andere Formen organisierter aufgeklärter Freigeisterei zusehen, wie sie einen Ersatz für den verabscheuten Religionsunterricht der Kirchen schaffen.

Viel wichtiger als der höchst fragwürdige Moralunterricht, der sehr lebhaft an den im Kern verfehlten vaterländischen Unterricht im Heere erinnert, scheint mir die Vermittelung religions- und kirchengeschichtlicher Kenntnisse in dem Umfange, wie er als allgemeiner Bildungsbestandteil unerläßlich ist. Auch hier schafft die Entfernung des konfessionellen Religionsunterrichts erhebliche Schwierigkeiten, denn eine neutrale Behandlung dieser Fragen ist unmöglich, es sei denn, daß der Staat sich auf den protestantischen Standpunkt vorurteilsfreier Wissenschaftlichkeit stellt, wodurch er aber die ganze katholische Hälfte unseres Volkes vor den Kopf stoßen und mit Notwendigkeit einen neuen Kulturkampf heraufbeschwören würde. Noch größere organisatorische Schwierigkeiten macht der Bildungsstoff, den die sogenannte biblische Geschichte bisher schon in früher Jugend vermittelte. Ganz abgesehen von der religiösen Seite ist selbst um des Verständnisses der ganzen abendländischen Kunst und Dichtung willen ein gewisses Vertrautsein mit dem mythischen Stoff der Bibel, einerlei ob man ihn historisch, absolut oder legendarisch auffaßt, schlechterdings unerläßlich. Auch hier stellt jeder Schritt, der vom bisherigen Religionsunterricht wegführt, die Reform vor neue Schwierigkeiten.

Auch die Koedukationsfrage ist ein verwickeltes Problem, das nur auf dem Boden der Erfahrung gelöst werden kann. Ich habe mich selbst als Gymnasiast in Elsaß-Lothringen durch Augenschein von den höchst unerfreulichen Begleiterscheinungen dieser Erziehungsform überzeugen können. Insbesondere ist unter den Knaben die Abneigung gegen die Teilnahme von Mädchen an ihrem Unterricht sehr tief eingewurzelt. Durch nichts löste ein Lehrer, der selber ein Gegner der Koedukation war, stürmischeren Beifall bei den Jungen aus, als wenn er die Mädchen in corpore abfahren ließ. Eine Schuldirektoren-Konferenz in Baden hat einige Jahre vor dem Krieg überwiegend schlechte Erfahrungen mit der Koedukation zum Ausdruck gebracht. In der Tat werden grundsätzlich alle diejenigen dieser Erziehungsform abgeneigt sein, die nicht in der hemmungslosen Gleichmacherei das Heil der Welt erblicken. Eine andere Frage ist die Zulassung der Koedukation als Notbehelf an Orten, wo den Mädchen sonst die höheren Bildungsmöglichkeiten verschlossen sind. In diesem Sinne ist eine Aufhebung des

grundsätzlichen Verbotes der Koedukation in Preußen zu begrüßen. Aus den Richtlinien geht nicht mit Deutlichkeit hervor, wie weit sich das Kultusministerium bedingungslos auf den Boden dieses Prinzipes stellt.

Recht fragwürdig erscheint auch die Gewährung des Selbstverwaltungsrechts an Lehrer und Schüler. Daß gewisse Gepflogenheiten des alten Polizeistaates, zum Beispiel die regelmäßigen geheimen Berichte des Schulleiters über die Lehrerschaft, in die diese keinen Einblick verlangen darf, im neuen Deutschland abgeschafft werden müssen, das ist natürlich keine Frage. Überhaupt muß das Vorgesetztenverhältnis zwischen Direktor und Lehrkörper und ebenso zwischen Lehrer und Schülern aller Atavismen aus den Kasernenhofüberlieferungen entkleidet werden, wozu eine gewisse Selbstverwaltung der Lehrer und Schüler das Ihrige beitragen mag. Wer aber die zersetzende Wirkung revolutionärer Ideen auf Zucht und Geist, auf Frische und Gesundheit der Jugend vom Augenschein aus Rußland kennt, wird mit schweren Bedenken dem Experiment gegenüberstehen, allzu offenkundig den Grundsatz der Autorität und des gesunden Zwanges aus den Schulen zu entfernen und im kurzen Abstand von zwei Wochen Auseinandersetzungen zwischen Lehrer- und Schülerschaft in den sog. Schulgemeinden einzuführen, die an den Takt auf beiden Seiten fast übergroße Anforderungen stellen und das gegenseitige Verhältnis unnötig einer überaus schweren Belastungsprobe aussetzen.*) Wichtig ist, daß den Schülern der höheren Klassen — jedoch allerfrühestens von Unter-, besser wohl erst von Obersekunda an — eine deutlich erkennbare Sonderstellung im Schulorganismus eingeräumt würde, während sie bisher die Schulordnung mit den jüngsten Nonanern über einen Kamm schert. Das Verbot des Rauchens oder des Wirtshausbesuches, die Behinderung im Vereinsleben bei vielfach erwachsenen Menschen ist eine Zurücksetzung der Söhne des gebildeten Bürgertums vor gleichalterigen Proletariern, die längst hätte abgeschafft werden sollen. Die Selbstjustiz der Schüler spielt bereits gerade in den „reaktionären" Kadettenanstalten eine große Rolle. Daß der Korpsgeist der Schüler gesteigert werden sollte, ist gerne zuzugeben, nur sind die dafür in Aussicht genommenen Einrichtungen allzu mechanisch den Mustern anderer Lebensgebiete nachgebildet, und die Rückführung des Vertrauens- auf ein allzu nacktes Rechtsverhältnis zwischen Schülern und Lehrern ist eine höchst bedenkliche, gemeinschaftszersetzende Nebenerscheinung der geplanten Neuerung.

Die offizielle Verbannung des Chauvinismus aus dem Geschichtsunterricht steht psychologisch ungefähr auf demselben, ein wenig primitiven Standpunkt, der früher eine gewisse patriotische Gesinnung offiziell „verlangte". Die Übergänge von vaterländischem Stolz bis zur nationalistischen Selbstüberhebung, vom nationalen Heroenkult zum hurrapatriotischen Götzendienst in der Geschichte sind bekanntlich fließend. Und so wenig ein Lehrer sich eine bestimmte Gesinnung auf einen Erlaß des Kultusministeriums hin eintrichtern lassen kann, ohne einer widerlichen Heuchelei zu verfallen, so wenig vermag ein solcher zu verhindern, daß menschliche Beschränktheit und geistige Unzulänglichkeit die Milch der regierungsfrommen Denkart in alldeutsch gährend Drachengift verwandeln. Ich nehme nicht an, daß mit der Verbannung des Chauvinismus aus den Lehrbüchern unsern Kindern auch die Liebe und Verehrung zu den Großen unserer Geschichte, den Gekrönten wie Friedrich dem Großen und Kaiser Wilhelm dem

*) Sehe ich recht, so ist hier der Einfluß Gustav Wynekens am Werk, eines pädagogischen Wirrkopfes und hemmungslosen Radikalisten, dessen Zuziehung zu den erzieherischen Reformen als ein höchst bedauerlicher Mißgriff bezeichnet werden muß. Scheinbar revolutionär, ist er im Grunde ein reaktionärer Aufklärer, der den Aktivismus unserer Zeit maßlos übertreibt. Seine Bildungsphilosophie ist aufklärerisch verflachter Hegelianismus. Vgl. dazu meine Schrift „Der Sinn der humanistischen Bildung" (Berlin 1916), die sich auch mit Wyneken und den andern „Aktivisten" um Kurt Hiller auseinandersetzt, einer Gruppe, die als „Rat geistiger Arbeiter" ihre ganze Hohlheit und ihr unfruchtbares Literatentum erst kürzlich wieder offenbart hat.

Ersten, den Ungekrönten wie Blücher und Stein, Bismarck, Moltke und Hindenburg ausgetrieben werden soll, obgleich sich diese Verehrung nicht gerade aus republikanischen Prinzipien herleiten laßt. Dies Verlangen würde einen Gewissenszwang für die überwältigende Mehrheit unserer Lehrerschaft bedeuten, den ihr das Kultusministerium hoffentlich nicht zumuten wird. Und wenn die Verherrlichung des Krieges unterbleiben soll, so wird man unsern Jungen doch hoffentlich noch sagen dürfen, daß ihre Vorväter bei Leuthen und Leipzig, bei Gravelotte und Sedan, daß ihre Väter und Brüder bei Tannenberg und Gorlice, von Flandern bis zum Elsaß Taten getan haben, für die ihnen der ehrfürchtige Dank und die heiße Bewunderung von Geschlechtern gebührt. Im Grunde rennt dieser Reformpunkt offene Türen ein. Kriegshetzerei ist in unseren Schulen nie und nirgends in irgend beachtenswertem Maße getrieben worden, wie das im Gegensatz zum „militaristischen" Deutschland im demokratischen Frankreich der Fall war. Im übrigen werden die nachsten Monate zeigen mussen, ob wir das Schwert für absehbare Zeit beiseite legen können, oder ob uns die Sklavenkette der Friedensbedingungen die Vorbereitungen für einen neuen und letzten Verzweiflungskampf aufzwingt. Die heute herrschende Partei, die vorab die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, durfte wohl die letzte sein, die die wirtschaftliche Versklavung und Verelendung Deutschlands als einen endgültigen Zustand anerkennen konnte.

Den Zusammentritt einer Reichsschulkonferenz wird man nur begrüßen können. Entscheidend ist freilich ihre Zusammensetzung. Was bisher über die Auswahl von padagogischen Vertrauensleuten Adolf Hoffmanns bekannt geworden ist, gibt den breitesten Befürchtungen Raum. Der Umfang, in dem die Entmilitarisierung der Jugendpflege, die ich bereits zu Anfang des Krieges befürwortet habe, bei der nunmehrigen Entwicklung der Dinge Platz greifen kann, hangt mit dem soeben angefuhrten Gesichtspunkte zusammen. Die Umgestaltung der Abiturien und die Verminderung der Prüfungen wäre sehr verdienstlich, das Übermaß an Prüfungen und der daran geknüpfte Apparat abstrakter Berechtigungen hat bei uns einen fast chinesischen Zustand heraufgefuhrt, vor dem schon dem alten Friedrich Paulsen graute. Das Problem der Einheitsschule ist eine organisatorische Frage zweiten Ranges. Der Abbau der Vorschule ist eine Folgeerscheinung der allgemeinen Demokratisierung, mit der sich die bislang gesellschaftlich führenden Kreise wie mit mancher unliebsamen Neuerung abfinden mussen. Es lassen sich gute Gründe für die Beibehaltung der Vorschule anfuhren, die jedoch im Augenblick auf so wenig Resonanz rechnen können, daß es nicht lohnt, sich bei ihnen aufzuhalten.

Damit waren die Hauptpunkte gekennzeichnet, die sich auf die Umgestaltung der Schule beziehen. Wesentlich kürzer sind die Reformpläne für die Universitaten. Daß der sozialistische Staat namhafte Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus auf die Lehrstühle der Universitäten berufen will, ist verstandlich, obgleich die Auswahl an Gelehrten von unanfechtbarem wissenschaftlichem Rang nicht gerade groß sein dürfte. Ein großer Fortschritt wäre es, wenn das Kultusministerium in der Tat auch unbegüterten Gelehrten den Zugang zur Universitätslaufbahn öffnete. Die gegenwartige Verteuerung der Lebenshaltung würde die höchst unerfreuliche Plutokratisierung unserer Professorenschaft noch steigern und der Überflutung der Hochschulen mit Lehrern aus den Kreisen der kapitalkräftigen Judenheit noch unliebsamen Vorschub leisten. Im übrigen ist die Verfassung unserer Universitäten viel reformbedürftiger als das niedere Schulwesen. Die Vergreisung der Hochschulen, die Entrechtung der Privatdozenten und der außerordentlichen Professoren, also des gesamten wissenschaftlichen Nachwuchses, ist dem Fortschritt sehr im Wege. Auch wäre zu fragen, ob die mittelalterliche Fakultäteneinteilung, die bei manchen Berufungen zu unsinnigen Mehrheitsverhältnissen führt, nicht endlich durch eine moderne Einteilung der Lehrfächer ersetzt werden könnte. Sehr erfreulich wäre es, wenn in den Universitätskreisen selber der Wille zu durchgreifenden Neuerungen erwachte. Wir würden es auf das lebhafteste bedauern, wenn die

Hochschulen ihre altüberkommene korporative Selbständigkeit immer mehr einbüßten und durch geistige Verkalkung die Behörden zu gewaltsamen Eingriffen von außen her zwängen. Wer die Entwicklung der Universitäten in der letzten Zeit beobachtet hat, kann sich lebhaften Besorgnissen in dieser Richtung nicht verschließen. In einzelnen Fächern, wie in der Philosophie, Literatur- und Kunstwissenschaft, war die Tyrannei gewisser Universitätsmachthaber und ihrer Hintermänner im Kultusministerium, war die Willkürlichkeit und die Einseitigkeit der Berufungen in der letzten Zeit schon so skandalös, daß man ein Herabsinken der Universitäten auf die kulturelle Bedeutungslosigkeit etwa der Kunstakademien in allem Ernst befürchten könnte.

In der Frage der Volkshochschulen und der Reorganisation der Technischen Hochschule und des Theaterlebens wird man die kommenden Einzelmaßnahmen abwarten müssen. Die völlige Abschaffung der Theaterzensur dürfte recht unerfreuliche Wirkungen zeitigen, mit denen auch die Gegner der heutigen geistlosen Geistespolizei nicht ganz einverstanden sein könnten. Die Fürsorge für beschäftigungslose Künstler und Schriftsteller ist eine dankenswerte Maßnahme, sehr wünschenswert wäre die Einbeziehung der freien Geistesarbeit in die staatliche Zwangsversicherung und die Einführung staatlicher Aufsicht über die jämmerlichen Lohnverhältnisse der geistigen Arbeit. Insbesondere hat der Krieg kaum einen Stand so schwer getroffen wie die freien Schriftsteller, denen die Erwerbsmöglichkeiten durch die Zeitlage außerordentlich verengert und dazu noch die Honorarsätze im selben Maße gedrückt, als die Löhne des jüngsten Buchdruckerlehrlings gesteigert wurden. Der kommende sozialistische Staat wird auf ganz neue Formen sinnen müssen, um das deutsche Schrifttum vor völliger Verelendung in den heraufziehenden schweren Zeiten zu bewahren.

Obgleich also diese Richtlinien in manchen Einzelpunkten zu einer scharfen Kritik herausfordern, kann doch auch der Nichtsozialdemokrat ihnen in nicht unbeträchtlichem Umfange folgen. Zu begrüßen ist vor allem, daß auf diesem Gebiete überhaupt einmal der Anlauf zu wirklichen Reformen genommen wird. Arbeit von bleibendem Werte wird freilich auch auf diesem Gebiet nicht geleistet werden können, so lange die ganze bürgerliche Geistigkeit von der Mitwirkung bei der Neugestaltung unserer Kultur ausgeschlossen ist. Die wenigen Führer von geistigem Range, die unser Sozialismus aufzuweisen hat, sind einer solchen Riesenarbeit, wie sie hier vor uns liegt, für sich allein natürlich nicht im entferntesten gewachsen.

Die neue Regierung sollte sich wohl vorsehen, daß sie nicht durch überstürzte Reformen gerade auf religiösem Gebiete den Bestrebungen Vorschub leiste, die sie als Gegenrevolution zusammenfaßt. Die Gegenparole, mit der das geistige Bürgertum auf das Losungswort der Trennung von Kirche und Staat und auf andere Herausforderungen antworten könnte heißt: Trennung von Staat und Kultur. Wenn das Millionenheer von Geistesarbeitern, das bisher auf dem Boden bürgerlicher Anschauungen im Staatsdienste Kulturarbeit geleistet hat, dermaßen brüskiert wird, daß es dem Staat die Mitarbeit kündigt und sich in neuen bürgerlich-sozialistischen Formen verselbständigt, dann soll der neue sozialistische Staat einmal zusehen, wo er die Menschen herbekommt um sein radikales Kulturprogramm durchzuführen. Nicht die neue „proletarische" Regierung, sondern der alte bürgerliche Beamtenapparat hat uns in den letzten Wochen vor dem Hungertode bewahrt, im Vertrauen auf sein geduldiges und entsagendes Fortarbeiten konnten wir uns sogar den Luxus sich höchst absurd gebärdender A.- und S.-Räte eine Zeitlang leisten. Das geistige Bürgertum ist eine Großmacht, die bloß noch nicht zum Selbstbewußtsein gekommen ist, weil sie das Gängelband des Obrigkeitstaates allzu sehr gewohnt war. Dies Bewußtsein beginnt zu erwachen und es nähert sich damit die Stunde, wo dies Bürgertum seine Forderungen auch auf kulturpolitischem Gebiet im Rahmen des freien deutschen Volksstaates anmelden wird. Hoffentlich kann es alsdann diese Verhandlungen mit einem Kultusminister führen, der nicht nur in einwandfreiem Deutsch Rede und Antwort zu stehen weiß, sondern der auch über die Schlag-

worte des Parteikampfes hinaus einen wirklichen Einblick in die nationalen Kulturprobleme besitzt. Mit einem solchen Kultusministerium wird unser Volk in der Tat besser fahren als mit den Exzellenzen und Geheimräten von ehedem, deren Gesichtskreis vielfach eng und beschränkt genug war, — nicht ganz so eng freilich wie der Kreis, in dem der jetzige Nachfolger Wilhelm von Humboldts einen heldenhaften Kampf mit „mir" und „mich" ausficht und mit warmem Herzen die Giftsaat des Atheismus und Radikalismus in den Kulturboden der deutschen Schule ausstreut.

# Materialien zur Polenpolitik

**Aus Nr. 264 des „Dziennik Poznanski" (Posen)** vom 16. November 1918. Polen! Gesprungen sind die Fesseln, die unsere Freiheit knebelten. Mit vollem Vertrauen warten wir das Urteil des Friedenskongresses ab, der unter unserer Mitbeteiligung die Westgrenzen unseres Vaterlandes Polen festsetzen wird.

Genug polnisches Blut ist in diesem mörderischen Kriege geflossen. Darum beabsichtigen wir auch jetzt auf friedlichem Wege zu dem ersehnten Ziele, zur Bildung eines vereinigten Polens zu gelangen. Von diesem Standpunkt werden wir uns nicht abdrängen lassen durch Herausforderungen, mit denen die Leute nicht sparen, die bisher das deutsche Volk gegen uns aufgehetzt haben.

Wir stellen jedoch fest, daß die Geduld des polnischen Volkes einer schweren Probe ausgesetzt wäre, wenn die Vertreter der früheren Behörden, die uns bisher gepeinigt und bedrückt haben, ihre unterirdische Arbeit nicht unterlassen sollten. Man kann auch fürwahr von dem polnischen Volke nicht verlangen, daß es mit denen zusammenarbeite, die es bisher gekränkt und bedrückt haben.

Das polnische Volk hat das Recht, die Beseitigung der Leute zu verlangen, die ihm bisher mit Gewalt die Habe, die Sprache, die nationalen und religiösen Ideale zu entreißen suchten. Das polnische Volk hat das Recht, schon jetzt die Beteiligung an der Regierung zu verlangen, die man ihm bisher ungerechterweise versagt hat.

Das polnische Volk hat das Recht, Achtung für seine Heiligtümer zu fordern, ebenso, wie es selbst fremde Ideale achtet.

Das polnische Volk hat das Recht, die Rückgabe dessen zu verlangen, was Eigentum der Nation ist; denn das Verbrechen der Teilung ruft nach Wiedergutmachung des geschichtlichen Unrechts.

Unsere Interessen heischen unbedingt ein gleichmäßiges leitendes Zentrum in der polnischen Bewegung unserer Landesteile. In Anerkennung dieses Bedürfnisses haben die Abgeordnetenfraktionen und der Exekutivausschuß des bisher nicht zu Tage getretenen bürgerlichen Zentralkomitees den unterzeichneten Kommissaren die Bildung eines

Obersten Volksrats

als einer Vertretung aller Polen übertragen, die in den bisher durch die Grenzen des deutschen Reiches einbegriffenen Landen wohnen. Gleichzeitig hat man uns provisorisch die Ausübung der Tätigkeit dieses Volksrats übertragen.

Die Bildung des Obersten Volksrats wird auf aufrichtig demokratischer Grundlage durch Delegierte des polnischen Volkes vollzogen, die gewählt werden sollen durch die Stimmen aller polnischen Männer und Frauen im Alter von mehr als zwanzig Jahren. Die gewählten Delegierten männlichen und weiblichen Geschlechts berufen wir zu einem

Polnischen Teilgebiets-Landtage,

der am Dienstag, den 3. Dezember, 11 Uhr vormittags, im Lambertischen Saale in Posen zusammentreten wird.

Der Eröffnung des Landtages wird um $^1/_2$10 Uhr eine feierliche Andacht mit Landtagspredigt in der Pfarrkirche vorangehen.

Die Durchführung der Wahlen übertragen wir im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden

des Zentral-Wahlkomitees den bisherigen Wahlorganisationen. Da, wo eine solche bezw. deren Leiter fehlen, wende man sich an uns um Weisungen.

Eine spezielle Instruktion werden wir in kurzem veröffentlichen.

Die Wahlen sind bis Sonntag, den 1. Dezember einschl. durchzuführen.

Der Teilgebiets-Landtag wird uns den Weg des Handelns für die nächste Zukunft vorstecken.

1. Er wird den Obersten Volksrat als unsere oberste Behörde wählen für die Zeit bis zur Übernahme unserer Landesteile durch die polnische Regierung.

2. Er wird die Grundsätze dafür aufstellen, wie dieser Volksrat interimistisch die Regierungsgeschäfte zu führen hat.

3. Er wird unsere nationalen Forderungen bestätigen, wie sie so vielmal von unseren Abgeordnetenfraktionen unentwegt ausgesprochen worden sind.

Bis zur Einsetzung des Obersten Volksrats durch den polnischen Teilgebiets-Landtag verbleibt die Leitung der polnischen Angelegenheiten in den Händen der unterzeichneten Kommissare.

In Anbetracht des Mangels an Zeit und angesichts dringlicher Bedürfnisse werden wir ausschließlich die wichtigsten und unbedingt notwendigen Sachen erledigen. In die Hände des polnischen Teilgebiets-Landtages werden wir nach Erstattung des Berichts die uns anvertrauten Ämter niederlegen.

Zwecks Organisierung unserer Landesteile ordnen wir folgendes an:

1. die in den Kreisen bestehenden Bürgerkomitees geben ihre Tätigkeit bekannt und nehmen den Namen „Kreis-Volksräte" an,

2. die zur Wahl der Delegierten für den polnischen Teilgebiets-Landtag bestimmten Wählerversammlungen wählen endgültig, organisieren und ergänzen die Kreisvolksräte,

3. die Bildung der Volksräte in den Stadt- und Landgemeinden durch Wahlen der Bevölkerung wird in Versammlungen vollzogen, die von den Kreisvolksräten einberufen werden.

Die Volksräte in den Kreisen, Stadt- und Landgemeinden übernehmen die polnischen Angelegenheiten in ihren Bezirken, und sie werden

1. über die Aufrechterhaltung von Planmäßigkeit, Ordnung und öffentlicher Sicherheit wachen,

2. da, wo Soldaten- und Arbeiterräte bestehen, werden sie bestrebt sein, sich mit diesen zu verständigen und polnische Vertreter in sie hineinzubringen,

3. sie werden mit den bisherigen Behörden sich ins Einvernehmen setzen zwecks Mitwirkens in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, wobei sie ihre Hut auch auf die Personen und die Habe der nichtpolnischen Bevölkerung erstrecken werden,

4. sie werden sich der vom Militär heimkehrenden oder durch den Kreis ziehenden Soldaten annehmen, ihnen im Bedarfsfalle Beistand gewährend, ebenso der zurückkehrenden Landsleute von jenseits der Grenze her.

Polen! Aus einem Meere von Blut schwingt sich der weiße Adler empor, die Erfüllung unseres Sehnens, unserer Wünsche und Hoffnungen, die uns gestärkt haben in den schweren nationalen Erfahrungen, treten wir daher in Reih und Glied, um die Grundlagen des neuen Polens zu festigen!

Polen! Der jetzige Augenblick heischt von uns Ruhe, die Anstrengung aller Kräfte, materielle Hingabe, Disziplin und Eintracht.

Posen, den 14. November 1918.

Das Kommissariat des Obersten Volksrats.

Geistlicher St. Adamski.

Adalbert Korfanty. Adam Poszwinski.

**Nr. 274 des „Dziennik Poznanski" vom 29. November 1918.** Tagesordnung des Polnischen Teilgebiets-Landtages, der im Apollosaal am 3, 4. und 5. Dezember 1918 tagen wird.

I. Dienstag, den 3. Dezember.

1. Die Andacht in der Pfarrkirche um 9½ Uhr wird der Herr Erzbischof abhalten. Die Landtagspredigt wird Prälat Stychel halten.

2. Nach der Andacht werden sich die Delegierten im Festzuge zum Versammlungssaal begeben.

3. Um 11 Uhr im Apollosaale:

Erste Vollversammlung des Landtages mit folgender Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung der Delegierten.

2. Vorlage und Annahme des vorläufigen Reglements für die Landtagsverhandlungen ohne Aussprache.

3. Wahl des Vorsitzenden, von vier stellvertretenden Vorsitzenden und sechs Schriftführern.

4. Festsetzung der Reihenfolge der Landtagsverhandlungen.

5. Bestellung der Delegierten für die Ausschüsse:

a) für Politik,
b) für die Organisation,
c) für dringende soziale und Arbeiterangelegenheiten,
d) für Angelegenheiten der Verwaltung und der öffentlichen Sicherheit,
e) für Angelegenheiten der Volksbildung und des Schulwesens,
f) für Wahlprüfungen.

6. Bericht der Kommissare über die Tätigkeit des Kommissariats.

7. Schluß der ersten Vollversammlung.

Nachmittags 8 Uhr werden die Verhandlungen in den Ausschüssen beginnen. Die Kreisdelegierten müssen sich so verteilen, daß jedem Ausschuß wenigstens ein Kreisdelegierter angehören würde. Die einzelnen Ausschüsse werden in folgenden Räumen verhandeln:

1. der Ausschuß für politische Angelegenheiten im großen Bazarsaal, 2. der Organisationsausschuß im Mielzynski-Museum, 3. der Ausschuß für dringende soziale und Arbeiterangelegenheiten im Hause des Obersten Volksrats (St. Martin 40), 4. der Ausschuß für Volksbildung und Schulwesen in den Sternschen Sälen, 5. der Ausschuß für Angelegenheiten der Verwaltung und der öffentlichen Sicherheit im Mielzynski-Museum.

Die Verhandlungen der Ausschüsse werden mit Unterbrechungen bis zur Erschöpfung des den Ausschüssen überwiesenen Materials dauern. Soweit die Ausschüsse die Arbeiten am Dienstag nicht beenden, können sie die Verhandlungen am Mittwochvormittag zu Ende führen.

II. Am Mittwoch, den 4. Dezember, um 1 Uhr nachmittags, im Apollosaale, zweite Vollversammlung des Landtags.

1. Überblick über die politische Lage Polens.

2. Berichte über die Verhandlungen der Ausschüsse:

a) für politische Angelegenheiten usw.,
b) Annahme von Entschließungen und Beschlüssen.

III. Am Donnerstag, den 5. Dezember, um 10 Uhr vormittags, im Apollosaale, dritte Vollversammlung des Landtags.

1. Wahlen zum Obersten Volksrat.
2. Kurze Anfragen und Anträge.
3. Beschluß der Vertagung des Landtags.
5. Schließung der Landtagssession durch den Vorsitzenden.

Am Donnerstagnachmittag um 4 Uhr Versammlung des Obersten Volksrats zum Zwecke:

a) seiner Konstituierung,
b) der Wahl der Kommissare.

**Das Kommissariat des Obersten Volksrats.**
St. Adamski. A. Poszwinski.

**Zur Eröffnung des Teilgebiets-Landtags** schreibt der „Dziennik Poznanski" vom 8. Dezember 1918 u. a.:

Erhobenen Hauptes, mit Würde und Ruhe wollen wir die offene Arbeit der Wiedergeburt beginnen — wir, die wir bisher nur insgeheim unsere heiligsten Rechte verteidigten. Nötigen wir Achtung und Bewunderung denen ab, deren Haß uns ausrotten wollte und die heute in ohnmächtiger Wut über uns herfallen, ihre verdiente Furcht verheimlichend. Mögen sie nichts fürchten! Uns hat heut nicht Haß, sondern Liebe vereinigt. Wir, die wir zu warten verstanden, als die ganze Welt gegen uns war, werden noch ihr offenes Urteil abwarten, wo sie ganz für uns ist. Wir kommen nicht zusammen, um „vollzogene Tatsachen" zu schaffen, um den Ereignissen vorzugreifen, die unwiderruflich eintreten müssen. Die Tatsachen sind schon vollzogen. Die Stunde der Gerechtigkeit hat auf der Uhr der Geschichte geschlagen. Gerächt ist das ein Jahrhundert währende Unrecht, bestraft ist die Gesetzwidrigkeit, und im Staub liegen diejenigen, die ihre verbrecherische Hand gegen die Majestät eines freien Volkes erhoben haben.

Polen entsteht nicht infolge politischer Ereignisse, sondern als sichtbarer Beweis dafür, daß die Welt andere Mächte regieren, deren drohende Stimme ertönt, wenn sich das Böse in der Welt zu sehr breit macht. Es ertönte die Stimme: „Erhebe dich!" Die zerrissenen Teile des Volkes streben mit übernatürlicher Kraft zueinander, schließen sich zusammen. Das Volk ist wieder ganz, geeint, unzertrennlich. Niemand mehr wird zum zweiten Male imstande sein, es in Ketten zu schmieden. Der Ausdruck dieser sich zusammenschließenden Kraft ist die heutige Kundgebung unseres Teilgebiets . . .

**In Warschau hat die polnische Volkspartei** „zu Ehren der Koalition" eine große Versammlung abgehalten, die folgende Entschließung annahm:

1. Die Versammelten fordern den Kommandanten Pilsudski auf, eine nationale Dreiteilgebiets-Regierung zu bilden, die für die allgemein-nationalen Interessen einzutreten und — auf die Koalition gestützt — die Grenzen des ungeteilten Polens zu verteidigen und zu festigen hat.

2. Die Versammelten fordern den Kommandanten Pilsudski auf, bei Bildung einer gleichmäßigen polnischen Armee diese auf eine ungesäumt angeordnete Aushebung zu stützen. Die Versammlung spricht sich ganz kategorisch gegen eine Zersetzung des Heeres durch irgendwelche konkurrierende Organisationen aus,

3. Die Versammelten fordern den Kommandanten Pilsudski auf, sich mit dem Nationalkomitee in Paris zu verständigen in Sachen:

a) der Besetzung der Hauptpunkte des preußischen Teilgebiets durch polnisches und Koalitionsmilitär, und zwar zu dem Zwecke, um zur rechten Zeit einem Einspruch der Deutschen in der Ausführung des Wilsonschen Programms vorzubeugen,

b) in Sachen dessen, daß von der Koalition unter der Drohung der Wiedervergeltung auf die deutsche Regierung ein Druck ausgeübt werde anläßlich der Barbareien, die von der mit der Waffe in der Hand heimkehrenden deutschen Soldateska verübt wurden;

c) in Sachen dessen, daß Polen von der Koalition à Konto der Entschädigung einen Teil des der Koalition auszuliefernden deutschen Eisenbahnparkes erhalten soll, und zwar zu dem Zwecke einer leistungsfähigen Inbetriebsetzung unserer Eisenbahnen für die Durchfuhr der Kriegsgefangenen aus Deutschland und Österreich durch Polen, sowie der Masse unserer Arbeiter, die fortgesetzt in der Sklaverei erhalten werden bei den Großgrundbesitzern und Fabrikanten in der „deutschen Volksrepublik". (Kurier poznanski 274 v. 29. November.)

# Neue Bücher

**Ferd. Avenarius,** Das Bild als Narr. Die Karikatur in der Völkerverhetzung. Was sie aussagt — und was sie verrät. Mit 338 Abbildungen. Kunstwartverlag G. Kallwey, München 1918. 253 S. M. 5,—.

Der Riesenbrand des Weltkrieges hat ausgetobt, „Lord" Northcliffe bittet um Enthebung von seinem Amte, also scheint auch die Völkerverhetzung ad acta gelegt und für Bücher wie das oben genannte kein günstiger Augenblick zur Besprechung. Wirklich? Gehören nun auch die geistigen Mordinstrumente der letzten Jahre ins Zeughaus als Kuriositäten einer kühl sachlich urteilenden Nachwelt, oder muß nicht vielmehr jetzt in deutschen Herzen das Gambettawort aufglühen: immer daran zu denken und auch — anders als es der französische General wollte — offen darüber zu reden, was und wie die ausländische Propaganda gearbeitet hat? Wir sagen: Ja, dreimal ja, denn körperliche Wunden

mögen, auch noch so schwer, schließlich vernarben, angetanen Schimpf vergißt kein Volk von Ehre und bestände es aus lauter Pazifisten. Es ist aber viel mehr als Schimpf, es ist eine Besudelung, was die Feinde, weit voran die „grande nation", dem deutschen Wesen zu bieten wagten, und mag man im einzelnen noch so viel „psychologisches" Verständnis aufbringen, die Tatsache bleibt unerschütterlich: sie haben einen anderen Geist als wir; wenn dieses Wort für ihre aus Abgründen des Hasses geborenen Produkte perversester Phantasien nicht zu schade ist. Jeder, der sich zwingt, die von Avenarius gesammelte Galerie der Scheußlichkeiten (es hängen auch harmlosere Produkte daneben) aufmerksam zu durchwandern, muß zu diesem Ergebnis kommen. Oder sagen wir vorsichtiger: er sollte es.

Gewiß: „Vor Tische las mans anders". Zur Zeit des Burenkrieges haben französische Karikaturisten ähnliche Greuel wie sie jetzt die boches angeblich verübten, dem geliebten Ententefreunde England nachgesagt. (Vgl. die von Avenarius reproduzierte Nummer der „Assiette au Beurre" aus dem Jahre 1901) ebenso wie man gelegentlich wohl bei sich selber Grausamkeiten konstatierte (S. 37). Gewiß: sie haben nicht nur den deutschen Kaiser, sondern auch ihren vergötterten Bonaparte als Kleinkinderfresser hingestellt. (Die geviertheilten Kinder sind ein altes Greuelmotiv, das man am Engländer ebenso wie 1870 am Bayern in Bazeilles übt, vgl. Truffier, L'Histoire de France en images, 86e Tableau.)

Schließlich ist dem Verfasser zuzugeben, daß wir Deutschen, deren Land von dem eigentlichen Elend des Krieges verschont blieb, es immerhin leichter hatten, besonnen zu bleiben als zumal die Franzosen, und daß wir keine heißköpfigen Romanen sind. Trotzalledem, es bleibt ein Rest, der bei aller Entschuldigung und Erklärung nicht aufgeht, und dieser Rest ist gerade der Bodensatz der Gemeinheit, ein geistiger Unflat von so widerlichem Verkommen ins Abdominale und die Kloake, daß man schaudert. Wir verzichten auf Wiedergabe der betreffenden Schmutzereien, möge der reife Leser sich selbst überzeugen.

Wahrlich wir haben einen anderen Geist als sie, trotz unseres Zusammenbruchs, oder gerade deswegen können wir das frei bekennen, und wenn die gewiß edle Absicht des Kunstwartherausgebers, durch Niedrigerhängen der Pasquille auf friderizianische Manier den Geist der Verleumdung und Verhetzung auszutreiben, ihren Zweck erreichen soll: wir haben einen kürzeren Weg der Läuterung zu gehen als jene.

Wo hat sich der durch alle Kotgassen der Verleumdung geschleifte Deutsche je zu solchen Verirrungen erniedrigt? Man zeige uns Beweise. Ehe das nicht geschieht, halten wir es für einen bedauerlichen Mangel an nationaler Würde, Artunterschiede zu solchen des Grades abzuschwächen und jene dadurch zu verwischen, indem man wie z. B. Edgar Steiger in der „Frankfurter Zeitung" (bei Besprechung unseres Buches) vor pharisäerhafter Selbstgerechtigkeit und Überhebung warnt, weil es ja auch auf unserer Seite während des Krieges „Geschmacklosigkeiten genug" gegeben habe. Geschmacklosigkeiten gewiß, aber nicht dergleichen Perversitäten, wie sie das Avenariussche Buch in Fülle bietet, über die allerdings Herr Steiger milden Auges hinwegsieht. Nein, es ist kein Pharisäerdünkel, hier den Trennungsstrich scharf zu ziehen (auch der Herausgeber tut das, vgl. beispielsweise S. 136, 222), wohl aber ist das Steigersche Verhalten ein typisches Beispiel für das krankhafte Gerechtigkeitsgefühl, vor dem schon Klopstock die Deutschen warnte, und das heute nach unglücklich verlaufenem Kriege — besonders in einem Teile unserer Tagespresse — zu wahren Ekstasen der Selbstbefleckung geführt hat.

Dr. H. O. Meisner.

**Carl Jentsch** „Volkswirtschaftslehre". Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft. Vierte verbesserte und vermehrte Auflage besorgt von Dr. Anton Heinrich Rose. Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig 1918. Geh. 4,80 M., geb. 6,50 M.

Die Neuordnung unseres staatlichen Lebens hat mit den Rechten auch die Pflichten des einzelnen auf eine ungeheure Höhe gehoben. Für jedermann ist

es zur unabweislichen Forderung geworden, sich im Labyrinth wirtschaftlicher und politischer Probleme den Ariadnefaden zu suchen, sofern die Befähigung zu ihrer sachlichen Beurteilung noch nicht vorliegt. Nüchternheit, strenge Prüfung der Begriffe, die wie Scheidemünze von Hand zu Hand gehen und nichts weniger als scharf umrissen sind, klares Wollen — das ist die Devise des Tages! Somit brauchen wir im Reiche des Geistes Führer, die keine Phrasenmacher sind, auf eigenen Füßen stehen; Aufklärer, die aus der Erkenntnis den Willen zur Tat entbinden. Halten wir Umschau unter den Büchern auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, die dem Nichtfachmann nicht ein Gerippe der systematischen Forschung, sondern ein Gebilde von Fleisch und Bein vermitteln, so gibt es deren nicht viele, die sich mit der kürzlich neu aufgelegten Volkswirtschaftslehre des alten, im letzten Jahre leider verstorbenen Carl Jentsch messen können. Den Lesern der „Grenzboten" ist die Frische und Anschaulichkeit, mit der Jentsch seine Probleme darzustellen wußte, wohl bekannt. Sie seien nachdrücklich auf das vorliegende zeitgemäße Buch verwiesen, das bereits in mehr als 30000 Exemplaren in unserem Volke wirkt. Dr. Rose hat der noch von Jentsch selbst vorbereiteten Neuausgabe zum Dasein verholfen und ihr ein warmherziges Lebensbild seines väterlichen Freundes hinzugefügt. Ihm gebührt für seinen hingebungsvollen Dienst an der Hinterlassenschaft des Altmeisters der Publizistik besonderer Dank und Anerkennung.

M. K.

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung Amt Bülow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

**Grenzboten**

den Bezug zum 1. Vierteljahr 1919 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 9.— M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW 11

# Bismarcks Vermächtnis

Von Otto Hammann

Wir entnehmen diesen Aufsatz mit Erlaubnis des Verfassers und Verlages dem in diesen Tagen erscheinenden Werk von Otto Hammann „Zur Vorgeschichte des Krieges. Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906.“ (Verlag von Reimar Hobbing in Berlin. 1918).

Manchem geschriebenen und gesprochenen Worte des Fürsten Bismarck ist das Unrecht widerfahren, daß es von der Zeit und den Umständen, in denen er es gebrauchte, losgelöst und als allgemein und fortdauernd gültige Wahrheit angesehen wurde. Da seine ganze Politik den wechselnden Ereignissen und Bedürfnissen angepaßt war, so können auch seine Aussprüche nur aus den Zusammenhängen mit den Zwecken und Zielen, denen sie jeweilig dienen sollten, richtig begriffen werden. Wer den wahren Wert seiner staatsmännischen Kunst erkennen will, darf die Bedingtheit seiner Worte nicht übersehen, die in Fülle während einer fünfzigjährigen politischen Tätigkeit entstanden, oft genug scheinbare Widersprüche untereinander enthalten. Der bleibende Kern ruht in seinen Taten [1])

Was den großen Meister vor allem auszeichnete, war das klare Erkennen der geschichtlichen Gründe für das Mächteverhältnis in Europa, das feinste Empfinden für die nationalen Schwächen und Kräfte des deutschen Volkes, und der hellseherische Blick, vereint mit Kühnheit im Erfassen der Zukunft. In einfachen großen Linien mögen wir uns die Grundgedanken, die sein Werk erfüllen, etwa so vorstellen:

In den vorangegangenen Jahrhunderten hatten die beiden Flügelländer Europas, Rußland im Osten, England im Westen, ihre Macht allmählich immer weiter ausgebreitet, während sich die Grenzen im Zentrum, unter beständigen Kriegen ohne große Eroberungen, bald so bald so, in geringem Umfang verschoben. Wie die Allianzen unter den Herrschern und Kabinetten wechselten, so wechselten auch die Siege und die Niederlagen. Unter den blutigen Opfern der Völker und der Verwüstung der von den Kriegen heimgesuchten Gegenden blieben der Länderbesitz und die Mächteverhältnisse so ziemlich die alten. Als stärkste Macht unter den Rivalen in den innereuropäischen Kämpfen erwies sich Frankreich, weil es in sich national geschlossen war und einheitlich regiert wurde. Was es aber etwa an Landstreifen gewann, wurde reichlich aufgewogen durch die Stellungen, die es in anderen Erdteilen, Amerika und Asien, zugunsten Englands verlor. Ähnlich erging es der österreichischen Hausmacht. Nach den Erfolgen

[1]) „Alle äußere Politik ist eine außerordentlich komplexe Erscheinung: Wer nur Teile in der Hand hat und das geistige Band verschmäht, kann ihrer niemals Herr werden.“ Hermann Oncken: „Das alte und das neue Mitteleuropa“; Gotha 1917, Vorwort XI.

ihres Widerstandes gegen das Vordringen der Türken trat das im Zeitalter Peter des Großen und der Zarin Katharina erstarkte Rußland als Erbe des „kranken Mannes" in Konstantinopel für den Südosten Europas auf. Nach Westen vergrößerte es seinen Besitz durch Zertrümmerung des allmählich durch Mißwirtschaft und inneren Streit zerrütteten Wahlkönigreichs Polen. Dabei fielen kleinere Teile an Österreich und an das während des Verfalles des alten deutschen Reichs aus eigener Kraft unter dem großen Kurfürsten, dem Soldatenkönig und seinem großen Sohn emporgekommene Preußen.

Aber Rußland blieb, abgeschlossen von den Hauptstraßen des Weltverkehres, immer noch Großmacht nur zu Lande. England dagegen hatte sich, inzwischen Beherrscherin der Meere geworden, an den Küsten aller Erdteile Stützpunkte geschaffen und große Kolonien erworben und trat so in allen Erdteilen als Weltmacht auf. Als solche konnte sich England erst recht frei nach innen und außen festigen und entwickeln, nachdem sein grimmigster Gegner, Napoleon, mit Hilfe der Zentralmächte und Rußlands niedergerungen und von einem englischen Schiff als Gefangener nach St. Helena verbracht worden war.

Auf dem Wiener Kongreß wurde mit Errichtung des deutschen Bundestages als Zentrale der Glieder des ehemaligen Reiches die deutsche Frage, die Frage der Bildung eines Nationalstaates unter Beteiligung des Volkes am Gestalten seiner eigenen Geschicke, in die Zukunft verschoben nicht gelöst. Gelöst werden konnte sie nicht vom großdeutschen Standpunkte aus, der den Nationalitätenstaat an der Donau gespalten hätte, sondern unter Führung der deutschen Macht, die innerlich am festesten gefügt und militärisch am stärksten war.

Als Herr von Bismarck-Schönhausen als preußischer Gesandter nach Frankfurt ging, empfand er noch österreichisch im Sinne der dualistischen Auffassung Österreich-Preußen für die deutsche Frage. Dort sah er bald ein, daß die gegenseitige Anlehnung von Preußen und Österreich ein „Jugendtraum" war, und daß der gordische Knoten der deutschen Zustände mit der passiven Planlosigkeit der preußischen Politik nicht in Liebe dualistisch gelöst, sondern nur militärisch durchhauen werden konnte, am leichtesten in Fühlung mit Rußland. Bei seinem Pariser Aufenthalte gewann er mit dem Scharfblick des Menschenkenners in der Unterredung mit Napoleon dem Dritten den Eindruck, daß dieser nicht das genie du mal, als welches er in der Welt galt, sondern ein von Prestigewahn ergriffener Schwächling war, der mit dem Gedanken, wenn nicht der Einverleibung des ganzen linksrheinischen Gebietes, so doch einer petite rectification des frontières und eines von Frankreich ganz abhängigen Italiens mit französischen Küstenpunkten spielte. Auf den „Zwischenzustand", der bis zu dem in der Budgetkommission des preußischen Landtages gesprochenen Wort vom Blut und Eisen (30. September 1862) dauerte, folgte alsbald die erste vorbereitende Tat, die vielgescholtene, aber für die notwendige Rückendeckung an Rußland glücklich fortwirkende Hilfe in dem Kampfe gegen die polnische Revolution.

Eine zweite, auf die Zukunft berechnete diplomatische Großtat war die dem König Wilhelm dem Ersten abgerungene Mäßigung im Nikolsburger Frieden. Der Donaumonarchie wurde, ohne Demütigung und Gebietsverkleinerung der Rang einer bündnisfähigen Großmacht erhalten, die berufen war, den Weg nach Konstantinopel für Mitteleuropa offen zu halten und die Teilung des Besitzes der Türkei zwischen Rußland und England zu verhindern.[2])

---

[2]) Fürst Bismarck hat sich über Fragen des nahen Orients je nach dem diplomatischen Zweck, der sich aus der jeweiligen Konstellation ergab, verschieden geäußert. Daß er wirklich nicht nur Österreich-Ungarn im Stich, sondern die Russen nach Bulgarien und Konstantinopel lassen wollte, wie Dr. A. Köster jüngst in der „Glocke" (4. Jahrg., Nr. 13) behauptete, stimmt gewiß nicht. Dem Russen sagte Fürst Bismarck: „Mach', was du willst, wir haben dort keine direkte Interessen." Dem Bundesgenossen an der Donau riet er, erst zu deployieren, wenn der Russe schon in Bulgarien stehe, weil man ihn dort in der Schere habe (Ende 1886). Als ihm von verschiedenen Blättern das Programm zugeschrieben wurde, das Vordringen Rußlands auf Konstantinopel zu unterstützen, erklärten die „Hamburger Nachrichten"

Für das Werk der nationalen Einigung, unter Ausschluß von Österreich, war mit der Begründung des Norddeutschen Bundes die größere Hälfte getan. Seine Vollendung wurde zum Glück noch dadurch erleichtert, daß sich der Franzosenkaiser in seiner eitlen Rolle als festländischer Schiedsrichter dazu treiben ließ, als Kompensation für Sadowa die bayrische Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz zu verlangen. Die Folge davon war der beschleunigte Abschluß von Verhandlungen über Verträge, durch die sich die deutschen Südstaaten verpflichteten, ihre Heeresmacht im Kriegsfall unter preußischen Oberbefehl zu stellen. Die beiden Flankenmächte Europas ließen es zu, England leichter und williger als das Rußland Gortschakows, daß von nun an die inneren Zustände Deutschlands nicht mehr zum Vorwand für fremde Einmischungen und Machtgier dienen konnten.

Nach der blutigen Abrechnung mit dem friedlosen Nachbar im Westen ward endlich das Schlußstück des deutschen Einigungswerkes im Saale von Versailles vollendet. Die französischen Rheingelüste aus dem Zeitalter der Ludwige hatten die große Revolution und des großen Napoleons Aufstieg und Sturz überlebt, sie traten während des zweiten Kaiserreichs wieder offen zutage und verschwanden auch nach 1870 nur wohlbehütet unter die Oberfläche, um zu gegebener Zeit von neuem emporzuschießen. Der starke Sinn des Franzosen für Prestige war durch Sedan viel empfindlicher gereizt worden als durch Waterloo oder Sadowa. Deshalb hätte die vom Westen drohende Gefahr für das neue Reich vielleicht auch ohne den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens fortgedauert, zu dem sich Bismarck weniger aus sentimentalen historischen Gründen als wegen der notwendigen Sperrung der Einfallstore nach Süddeutschland verstand.[3]) Jedenfalls konnte die Gefahr erst ausbrechen, wenn es Frankreich gelänge, Bundesgenossen zu einem neuen Krieg gegen Deutschland zu finden. Das zu verhindern, war die Hauptaufgabe der vorausschauenden Politik des Fürsten Bismarck in den beiden Jahrzehnten nach der Reichsgründung bis zu seinem Rücktritt.

Die Kultur wies das junge Reich nach Westen, die Geschichte nach Osten. Vom Westen kam die Gefahr am Rhein, die unter den freundlichen höfischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg die Fortdauer der Rückendeckung an Rußland empfahl. Aber Rußland war und blieb ein Erobererstaat mit abstoßenden asiatisch-barbarischen Regierungsmethoden. Zur Erhaltung und zum inneren Ausbau brauchte das von Bismarck geschaffene Werk den Frieden, Rußland dagegen den Krieg, weil ohne ihn die zarische Willkürherrschaft über eine Vielheit unter-

(17. Dezember 1892) in seinem Auftrage: „Der Fürst ist niemals der Ansicht gewesen, daß die Unterstützung der russischen Pläne Aufgabe der deutschen Diplomaten sein müsse, sondern er hat die Ansicht vertreten, daß es nicht Sache Deutschlands sei, Rußland an der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist ein großer Unterschied. Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein russisches Vordringen direkt verletzt werden würde" — In einem Schreiben an den deutschen Kronprinzen (15. Juli 1880) rechtfertigte er die Entsendung von Offizieren und Beamten nach der Türkei mit den Worten: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung und Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig. Gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber können unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden." (Hohenlohe II, S. 302.) — „Bismarck hat die immer näherkommende Gefahr mit dem klaren Zukunftsblick, der ihm eigen war, erkannt; er hat den russischen Eroberungsplänen offen und insgeheim Hindernisse bereitet und dort, wo er sie scheinbar ermutigte, wie in Konstantinopel und am Balkan, dies doch nur getan, um die Politik des Zaren mit der stärksten Gegnerschaft anderer Mächte zu belasten." (Johannes Haller, Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow; „Süddeutsche Monatshefte" 1917, Januar, S. 423.)

[3]) Aus der Reichstagsrede vom 3. März 1874: „Wir haben uns nicht geschmeichelt, daß es uns rasch gelingen würde, die Elsässer glücklich zu machen, und wir haben auch darum nicht die Annexion betrieben; wir haben ein Bollwerk gebaut gegen die Irruptionen, die seit zweihundert Jahren diese leidenschaftliche kriegerische Völkerschaft, deren alleiniger direkt ausgesetzter Nachbar in Europa zu sein Deutschland das Unglück und die Unannehmlichkeit hat, unternimmt."

jochter Völker nicht von Bestand sein konnte. Das Drei-Kaiser-Bündnis von 1872 half fürs erste über die Sorge hinweg, die Richtung der aggressiven Tendenzen des russischen Nachbars von der Mitte Europas abzulenken und einen Bund zwischen ihm und dem alten Feind im Westen, wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens hinauszuschieben. Aber schon 1876 wurde Fürst Bismarck von dem russischen Kanzler Fürst Gortschakoff, der sich im Jahre vorher als Friedensretter aufzuspielen versucht hatte, vor die Frage gestellt, ob Deutschland im Falle eines Krieges mit Österreich-Ungarn wegen der orientalischen Fragen neutral bleiben würde. Die Antwort lautete dahin, daß sich bei Gefährdung der Integrität Österreich-Ungarns für Deutschland die Zwangslage ergäbe, für die Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könnte. Die Gegenfrage Bismarcks, ob Gortschakoff gegen Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für den deutschen Besitzstand eingehen wolle, wurde rundweg abgelehnt.[4])

Liebesdienste konnten Rußland nicht für die Dauer an Deutschland fesseln. Bismarck war sich stets klar darüber, daß den russischen Despoten und ihrem panslawistischen Anhang der Wert der deutschen Freundschaft durch ein möglichst freundliches Verhältnis zu England fühlbar gemacht werden müßte. Umgekehrt lag freilich der Fall ganz ähnlich: Ein offenes Zerwürfnis mit Rußland hätte uns abhängig von England gemacht. Deshalb widerstand er jeder offenen oder versteckten englischen Versuchung, die russische Freundschaft der englischen zu opfern, und suchte eine vorzeitige Option für die eine oder die andere Seite zu vermeiden. Wie er vorausah, stieß der russische Koloß bei seinem Vorrücken im türkischen Kriege über den Balkan bis vor den „Eckstein der Erde" auf den Einspruch der Weltmacht England.

Der Berliner Kongreß sah den Fürsten Bismarck auf der Höhe seiner diplomatischen Kunst. Aber trotz aller ehrlichen Maklerschaft verließ Fürst Gortschakoff den Kongreß mit ungestilltem Ehrgeiz. Bald darauf erscholl zum erstenmal aus der panslawistischen Presse der Ruf: „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden", der später in wenig veränderter Fassung aus dem Munde Skobeleffs zum geflügelten Wort wurde. Fürst Bismarck hatte gesagt, im Reichstag am 5. Dezember 1876: „Niemand als die kaiserlich-russische Regierung selbst wäre imstande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen ihr und der preußischen Regierung einen Riß zu machen", und zu Gortschakoff in Berlin 1878 während des Kongresses: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu wählen." Der Inhalt der Warnung wurde schon 1879 zur Tatsache. Die Umstände, unter denen sich Bismarck zum schleunigen Abschlusse des Bündnisses mit Österreich-Ungarn gedrängt sah, sind noch nicht in allen Einzelheiten aufgeklärt. Ganz klar wird man erst sehen, wenn veraltete Rücksichten fallen und die Akten des Auswärtigen Amtes den Geschichtschreibern zur vollständigen Einsicht geöffnet werden. Jedenfalls waren es nicht die wütenden Ausfälle der russischen Presse gegen Deutschland nach dem Einrücken Österreich-Ungarns in das Limgebiet (Novibazar), auch nicht bloß der Drohbrief des Zaren Alexander des Zweiten an seinen kaiserlichen Oheim, sondern auch geheime, auf ein offensives Vorgehen gerichtete Besprechungen zwischen Petersburg und Paris, die im Hochsommer 1879 den Fürsten Bismarck bestimmten, während seiner Gasteiner Kur und in Wien zusammen mit dem Grafen Andrassy das Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich-Ungarn ins Werk zu setzen. Schon im Juni 1879 hatte Fürst Gortschakoff in Baden-Baden einem vom Herzog von Decazes empfohlenen Vertreter des Pariser „Soleil" erklärt, er habe sich die Feindschaft Bismarcks zugezogen, weil er offen die Ansicht vertrete, daß Frankreich sich stark machen und wieder die ihm gebührende Stellung unter den europäischen Mächten einnehmen müsse.[5])

[4]) Vgl. L. Raschdau: „Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag" in dem „Grenzboten" vom 12. April 1918, S. 27.

[5]) Ein Jahr darauf erregte eine Wahlrede des früheren württembergischen Staatsministers Frhrn. v. Varnbüler großes Aufsehen. Darin hieß es nach Erwähnung der russischen Truppenanhäufung in Polen 1879: „Rußland hatte an Frankreich den Antrag

Viel schwieriger gestaltete sich im zweiten Jahrzehnt nach der Reichsgründung die Aufgabe, die nunmehr verbündeten Mächte der Mitte vor einer Allianz der revanchedurstigen Gallier im Westen mit den eroberungssüchtigen Slawen im Osten zu bewahren. Der cauchemar des coalitions wurde bis zum Ende der Amtszeit des Fürsten Bismarck immer drückender. Zunächst gelang es noch einmal mit Hilfe der guten dynastischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg Rußland zur Mitte herüberzuziehen. Im Frühjahr 1880 erhielt der Botschafter Saburoff vom Zaren Alexander dem Zweiten, der mit seinem Drohbrief nach eigenem Geständnis eine Dummheit begangen hatte, den Auftrag, in Besprechungen mit dem deutschen Reichskanzler über Fragen des nahen Orients einzutreten. Fürst Bismarck verlangte den Beitritt Österreich-Ungarns und brachte nach langem Widerstreben des Wiener Kabinetts jenes geheime dreiseitige Neutralitätsabkommen, zunächst auf drei Jahre, zustande, das er selbst fünfzehn Jahre später, nachdem es längst abgelaufen war, vor der Mitwelt enthüllte, und das heute noch im Meinungsstreit von Politikern und Gelehrten fortlebt. Dieser sogenannte Rückversicherungsvertrag wurde 1884 auf weitere drei Jahre erneuert, 1887 aber nur von Rußland und Deutschland fortgesetzt, bis er fast zu gleicher Zeit mit dem Rücktritt Bismarcks von seinen Ämtern erlosch. Mit dem Ausscheiden des Dritten im Bunde war der Draht nach Rußland dünner und brüchiger geworden.

Wirksamer als dieses Mittel zum Schutze gegen einen Krieg mit zwei Fronten erwies sich die Aufnahme Italiens in das mitteleuropäische Bündnis. Der Flankenschutz, den die mit Frankreich nach der Besetzung Ägyptens überworfene Weltmacht England wegen ihrer Mittelmeerinteressen dem Dreibunde gewährte, erleichterte es Bismarck, für die überschüssige Kraft des Reiches vorsichtig und behutsam koloniale Erwerbungen in der Südsee und in Afrika zu machen. Aber immer noch saß ihm das russische Hemd näher als der englische Rock. Als für Rußland nach seinem Vorstoß gegen Merw ein ernster Konflikt drohte, leistete er ihm den Dienst durch Druck auf die Pforte, daß die Dardanellen gegen Kriegsschiffe verschlossen blieben.[6])

Erst in den letzten Jahren der Amtszeit des Fürsten Bismarck, als das Drängen der Franzosen zu einem Bündnis mit Rußland immer offener zu Tage trat und die Saat des Hasses und der Verachtung in den russischen Oberschichten üppiger aufging, mehren sich die Anzeichen für eine Hinneigung zu engerer Freundschaft mit England. Es war die Zeit des Boulangismus in Frankreich, des Beginns der riesigen französischen Geldopfer für Rußland, der ersten russischen Waffenbestellungen in Frankreich. Man vergleiche die beiden Reden des Fürsten zur Begründung der Vorlage vom Herbst 1886 wegen Erhöhung der Friedenspräsenz des Heeres. Die erste, in der Reichstagskommission am 11. Januar 1887 gehalten, lehnt noch die Annahme ab, daß Rußland nach Bündnissen suchte und wir einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüberzutreten haben würden, nennt die Freundschaft mit Rußland noch heute über jeden Zweifel erhaben und sieht die größte Gefahr darin, daß der seit drei Jahrhunderten zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Prozeß noch nicht beendigt sei und daß unter dem Druck energischer Minoritäten, die in schweren Momenten immer die Ent-

---

gestellt, ein Offensivbündnis mit Rußland abzuschließen und sogleich zu verwirklichen, weil Deutschland das österreichisch-ungarische Vorgehen in Bosnien zugegeben habe. Waddington (damals französischer Minister des Äußeren) hat diesen Antrag an Bismarck nach Gastein geschickt. Deshalb unterbrach Bismarck seine Kur und reiste nach Wien. Der Mann, der das Bismarck mitgeteilt hat, ist von Gambetta gestürzt worden." Diese Erzählung wurde von Waddington in allen Punkten dementiert. Der Friedrichsruher Hausarzt Dr. Cohen vermerkte jedoch in seinem Tagebuche unter dem 13. September 1880 folgende Äußerung des Fürsten Bismarck: „Varnbülers Enthüllungen seien durchaus wahr. — Als Bismarck von den Schritten Rußlands in Paris sichere Kenntnis hatte, ging er sofort nach Wien und schloß ab. — Man muß nur nicht glauben, daß solche Eröffnungen direkt an das Auswärtige Amt gingen. So etwas würde im Salon, am Kamin durch nichtoffizielle Leute besorgt, die zuerst nur sondieren." (Erinnerungen an Bismarck, S. 312.)

[6]) L. Raschdau, a. a. O.

schließungen bewirkt hätten und heute von dem feu sacré der Revanche ergriffen wären, ein neuer, diesmal ein letzter, weil mit einem saigner à blanc endigender Waffengang drohe. Italien und England werden nur der Vollständigkeit halber erwähnt, weil kein Grund vorliege, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Die zweite, die von allen Bismarckreden berühmteste, vom 6. Februar 1888, ist auf einen anderen Ton gestimmt. Da kommt die Klage über unsere geographische Lage, daß Gott uns die kriegerischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die eine Seite gesetzt und auf der anderen, der russischen, kriegerische Neigungen hat groß werden lassen. Da wird zum ersten Male von dem mit furor teutonicus geführten Volkskriege gegen zwei Fronten gesprochen, und da sprudeln nach historischen Erinnerungen die markigen Worte hervor: „Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis (zu Rußland) wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach!" Italien und England kommen nur noch in ein paar historischen Betrachtungen vor.

Zwischen der ersten und der zweiten Rede liegt die Verlängerung des Vertrags mit Italien, zu dem nach dem Besuche Crispis in Friedrichsruh noch eine Militärkonvention hinzukam, liegt auch der Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887. In ihm wurde England zu einem Zusammenschluß mit dem Dreibund gegen Rußland eingeladen und auf die panslawistischen Umtriebe und inneren Zustände des russischen Reichs hingewiesen, wo Reaktion und Revolution gleicherweise ihr Ziel durch Krieg zu erreichen suchten[7]). Lord Salisbury gab eine ausweichende Antwort. Ebenso wie sich Bismarck so lange als möglich die freie Hand bewahren wollte, scheute Salisbury vor einer formellen Bindung zurück. Was er leisten wollte, war allenfalls moralischer Beistand für den Dreibund, den Bismarck mit der Abwehr wiederholter russisch französischer Versuche, der englischen Okkupation in Ägypten Schwierigkeiten machen zu helfen, vergalt und zugleich befestigte[8]).

Am letzten Ende kam es immer darauf an, die eigene Kraft des Reiches so sehr als möglich zu stärken. Mit der Vorbereitung einer neuen, vom Kriegsminister von Verdy und dem Nachfolger Moltkes, dem Grafen Waldersee, ausgearbeiteten Wehrvorlage schloß seine Minister- und Kanzlerzeit ab. Sie endete, wie sie achtundzwanzig Jahre vorher begonnen hatte: mit dem Schmieden militärischer Waffen zu Schutz und Trutz als Rückhalt für die Führung der auswärtigen Politik.

Das ist in groben Umrissen das Bild, das die Taten des großen Realisten uns liefern. Wir sehen ihn groß in der Konzeption seiner Ziele, ebenso groß im Wechsel der geeigneten Mittel und Wege. In der ersten Hälfte seines politischen Lebens tritt mehr die Kühnheit der Gedanken und Entschlüsse, in der zweiten mehr das kluge Maßhalten und die stets wache Umsicht hervor. Mag sein, daß die Zeichnung banal ist und keinen neuen Zug enthält. Das Einfache sieht immer banal aus, und das Ganze im Wirken gottbegnadeter Persönlichkeiten ist nicht

---

[7]) Siehe meine Schrift: „Der neue Kurs", Berlin 1918, S. 55, 195. Den Wortlaut des Briefes findet der Leser am Ende des Buches.

[8]) Noch im Oktober 1889, ein halbes Jahr vor dem Rücktritt und dreiviertel Jahr vor dem Ablauf des Rückversicherungsvertrags, machte Bismarck zu der damals schwebenden Frage der Annexion von Witu den Randvermerk auf ein Aktenstück des Auswärtigen Amts, man müsse erst prüfen, ob England nicht ältere Rechte dort hätte, das Verbleiben Lord Salisburys auf seinem Posten sei ihm wichtiger als ganz Witu. Als sich Caprivi im Februar 1891 hierauf gegen den Vorwurf berief, Fürst Bismarck würde nicht auf Witu verzichtet haben, suchten die „Hamburger Nachrichten" das Zitat mit der Bemerkung abzuschwächen, das Marginal in den vertraulichen Akten hätte nur den Zweck haben können, die arbeitenden Kräfte in Berlin zu orientieren, nicht aber ein politisches Programm für die Zukunft aufzustellen. Gleichwohl läßt doch gerade der vertrauliche Charakter der Friedrichsruher Direktive für den inneren Dienst darauf schließen, daß in ihr eine natürlich nur für die damalige Zeit geltende esoterische Ansicht Bismarcks ausgesprochen war.

immer bekannt, auch wenn es alle Einzelheiten sind. Wie mir scheint, hat erst beim Herannahen und während des Weltkriegs die historische Forschung mit gesteigertem Hang zu „Problemstellungen" und „Zielsetzungen" die Grundlinien der politischen Machtverschiebungen in Europa seit 1850 und damit auch der Staatskunst Bismarcks scharf herauszuarbeiten gelernt[9]).

So hat also Bismarck anfangs mit der Zerrissenheit der eigenen Nation und den Stammesfehlern im deutschen Vaterland, später aber nach vollendetem Neubau des Reichs mit dem Verhängnis gerungen, das Hintze in die Worte faßt: Unsere geographische Lage ist unser historisch-politisches Schicksal. Deshalb blieb seine Politik bis zum Schluß immer nur europäisch orientiert[10]), und trotz der rücksichtslosen Anwendung von Blut und Eisen war sie niemals Prestige- oder Machtpolitik, sondern immer nur sah er die Größe Deutschlands in innerer Stärke. Macht reizt zu Gewalt und Widergewalt, Stärke trägt die Bürgschaft der Zukunft in sich selbst. Macht ist immer gefährlich, Stärke, in der Verbindung von militärischer Tüchtigkeit mit geistigen und moralischen Kräften, niemals.

* * *

Bei einem Vergleich des Bismarck im Ruhestande mit dem in Macht und Würden, dem Reiche und seinem kaiserlichen Herrn dienenden Bismarck muß man zugunsten jenes davon ausgehen, daß er keine Taten mehr vollbringen konnte, sondern auf Worte angewiesen blieb. Ihm war der ständige Überblick über das geheime Getriebe der Diplomatie entzogen, und sein Rat wurde nicht eingeholt. Gleich blieb sich nur die Sorge um den Schutz seines Werkes vor inneren und äußeren Gefahren. Er war widerwillig und unter harten Kämpfen vom Felde seiner Taten gewichen, und aus seinen Worten sprach nicht nur Weisheit, sondern auch leidenschaftlicher Groll. So mußte wohl der gealterte, erbittert die neuen Männer am Steuer befehdende Bismarck ein anderer sein als der im Vollbesitze seiner Macht und seines Einflusses auf die Geschicke des Reichs und Europas.

Von Persönlichem, mitunter allzu Persönlichem, abgesehen, hat er sich in seinen öffentlichen Reden, Tischgesprächen, Eingebungen in den ihm ganz ergebenen Blättern während der acht Jahre vom Rücktritt bis zum Tode als Warner hauptsächlich in zwei Richtungen vernehmen lassen: Gegen die Sozialdemokratie und über unser Verhältnis zu Rußland.

Die große innere Krisis des Reichs, die schweren Kämpfe um die Frage, ob gegen die noch ganz vom Geiste des kommunistischen Manifestes von Marx

---

[9]) Ich nenne aus dem Sammelwerk „Deutschland und der Weltkrieg" die Beiträge: „Deutschland und das Weltstaatensystem" von Otto Hintze; „Die Vorgeschichte des Krieges" von Hermann Oncken; „Kultur, Machtpolitik und Militarismus" von Friedrich Meinecke. Ferner besonders Hermann Oncken: „Das alte und das neue Mitteleuropa", Gotha 1917; Kjellén: „Die politischen Probleme des Weltkriegs", Leipzig 1915; Fr. Meinecke: „Probleme des Weltkrieges."

[10]) Auch die Erwerbung von Schutzgebieten stand unter dem Einfluß europäischer Gedanken. Als z. B. der Kammerherr Graf Behr-Bandelin die von Karl Peters Ende 1884 mit einer Anzahl ostafrikanischer Häuptlinge abgeschlossenen Verträge in der Reichskanzlei vorgelegt hatte, konnte der erbetene Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Kolonisation nicht schnell genug ausgefertigt und veröffentlicht werden (27. Februar 1885), weil sich der Fürst davon eine Vermehrung der Schwierigkeiten für das wankende Kabinett Gladstone-Granville versprach. Unmittelbar darauf folgte das von Granville herausgeforderte Rededuell mit den beiden Hödurreden, das viel zum Sturze des Kabinetts Gladstone und zur Wiederkehr des Bismarckfreundes Salisbury ans Ruder (9. Juni 1885) beitrug. — Bezeichnend ist auch, daß die „Gedanken und Erinnerungen" kein Kapitel über die Kolonialpolitik enthalten, und Bismarcks getreuer Helfer bei Abfassung des Werkes, Lothar Bucher, war doch der Urheber davon, daß die Kolonisation in der deutschen Reichsverfassung unter den Zuständigkeiten des Reiches nicht unerwähnt geblieben ist.

und Engels beherrschte sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Umsturzgefahr ein neues Sozialistengesetz, sei es auch unter Verfassungsbruch, erlassen werden sollte oder nicht, habe ich schon in dem „Neuen Kurs" ausführlich zu schildern versucht. Unter den äußeren Gründen für die Entlassung des Fürsten Bismarck aus seinen Ämtern hatte sein Widerstreben gegen die vom Kaiser gewünschte Ära verstärkten Arbeiterschutzes die Hauptrolle gespielt. Umgekehrt war der Sturz seines Nachfolgers, des Grafen Caprivi, durch dessen Weigerung veranlaßt, nach dem von einem Anarchisten an dem Präsidenten Carnot verübten Morde mit einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterpartei vorzugehen. Fürst Bismarck hat diesen Umschwung mit Genugtuung begrüßt und bis zu seinem Lebensende alles getan, was in seinen Kräften stand, um die Minderheitsparteien zum Kampfe gegen den Umsturz anzufeuern. Nur wenige seiner persönlichen Anhänger unter den Parlamentariern und in der Presse folgten ihm hierin nicht und bewahrten sich ihr selbständiges Urteil.

Aus dem Todesjahre ist noch eine charakteristische Äußerung nachzutragen, die Fürst Bismarck bei einem Besuch von Verehrern aus Sachsen tat und kurz nach seinem Tode Professor Kämmel in Leipzig veröffentlichte. Der Fürst sagte: „Als Deichhauptmann mußte ich nach dem Satze verfahren: Wer nicht will mitdeichen, der muß weichen. In Rom war aqua et igni interdictus, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellte, im Mittelalter nannte man das ächten. Man sollte die Sozialdemokratie ähnlich behandeln, ihr die politischen Rechte, das Wahlrecht nehmen. So weit würde ich gegangen sein. Man behandelt jetzt die Sozialdemokratie viel zu leichtsinnig .... Der Kaiser war eingeschüchtert. Er sagte mir, er wolle nicht einmal Kartätschenprinz heißen und nicht gleich am Anfang seiner Regierung bis an die Knöchel im Blut waten. Ich sagte ihm: Ew. Majestät werden noch tiefer hinein müssen, wenn Sie jetzt zurückweichen." Das entsprach ganz dem Wort vom „blutigen Kataklysmus", der, wie der Fürst kurz nach seiner Entlassung meinte, die Lösung der sozialistischen Wirren sein werde. Ein großer Irrtum! Wir haben es erlebt, daß die ganze Arbeiterschaft und ihre Führer, als die Stunde der Not des Vaterlandes kam, mitgedeicht haben.

In der auswärtigen Politik war das A und das O des Mahners im Sachsenwalde: Rückkehr zu Rußland. In seinen öffentlichen Ansprachen wie in seinen Eingebungen für die „Hamburger Nachrichten" kehrte häufig die Klage wieder, daß die Rückendeckung bei Rußland leichtsinnig preisgegeben worden sei. Gegründet war sie auf die Tatsache, daß sein Nachfolger das Neutralitätsabkommen, das von 1887 bis 1890 ohne den früheren dritten Teilnehmer, Oesterreich-Ungarn, fortgesetzt worden war, hatte verfallen lassen. Dabei befand sich Fürst Bismarck in dem Irrtum, daß das persönliche Vertrauen Alexanders des Dritten zu ihm, wovon nach seiner eigenen Meinung der Wert des ganzen Abkommens hauptsächlich abhing, in Wirklichkeit nicht vorhanden war. Die in Narwa (Sommer 1890) zu Kaiser Wilhelm und seinem neuen Kanzler gesprochenen Worte, in denen der ohnehin von Natur argwöhnische Zar sein tiefes Mißtrauen gegenüber dem alten Kanzler bekundete, sind erst lange nach dem Tode Bismarcks bekannt geworden. [11])

Die Nachfolger schwiegen über das Bekenntnis des Zaren und beschränkten sich gegen den wiederholten Vorwurf, den Draht nach Rußland abgerissen zu

[11]) Vgl. „Der neue Kurs", S. 60 f. Dem, was ich dort über den Glauben Bismarcks an das Vertrauen des Zaren ausgeführt habe, wäre noch hinzuzufügen, daß dieser Glaube doch nicht so fest war. Zu dem Geh. Leg.-Rat v. Brauer, der im Herbst 1889 den Chef der Reichskanzlei in Friedrichsruh vertrat und den Fürsten zur Begegnung mit dem Zaren nach Berlin begleitete, sagte Bismarck unmittelbar nach der Audienz im Kgl. Schloß: „Der Zar hat wieder Vertrauen zu mir gewonnen, nachdem man so viele Anstrengungen gemacht hatte, mich bei ihm zu verdächtigen ... Er ist überzeugt, daß ich die Wahrheit gesprochen habe .... Es fragt sich nur, wie lange sein Glaube anhält, wenn er erst wieder in Petersburg in den Händen von Pobjedonoszew und Konsorten ist." (Erinnerungen an Bismarck, S. 59.)

haben, auf die Versicherung, daß die guten dynastischen und amtlichen Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin keinen Schaden gelitten hätten. In der Tat waren sie in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, besonders seit der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus des Zweiten, viel freundlicher als im letzten Jahrzehnt der Amtszeit des Fürsten Bismarck. Was bedeuteten aber die notgedrungen schwachen Einwände Caprivis, Hohenlohes, Marschalls gegenüber dem vernichtenden Urteil eines Bismarck wegen der Nichterneuerung des russisch-deutschen Versicherungsvertrags! Wie bei einem großen Teil der Zeitgenossen, so setzte sich bei den meisten späteren Geschichtsschreibern die Ansicht fest, daß der Verzicht auf das Abkommen ein folgenschwerer Fehler gewesen sei. Erst während des Weltkrieges hat sich hierin ein Wandel angebahnt. Hermann Oncken ist in seinem gleichzeitig mit meinen Erinnerungen über den neuen Kurs in den Druck gegebenen Werke: „Das alte und das neue Mitteleuropa" in eine Nachprüfung des grimmigen Stempels eingetreten, den der große Kämpfer nach seiner Entlassung auf jenen Verzicht gedrückt hat, und dabei zu einem ganz ähnlichen Ergebnis wie ich gekommen.

Nun hat sich auch mein älterer Kollege aus dem Auswärtigen Amt, der Gesandte a. D. Wirkliche Geheime Rat L. Raschdau, in den „Grenzboten" zu dem gleichen Thema vernehmen lassen. Wie kaum ein anderer ist er berufen, mehr Licht in das Dunkel der Geschichte des Rückversicherungsvertrags und seines Werts für Deutschland zu bringen. Er war seit 1886 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und seit seinem Übergang von der handelspolitischen in die politische Abteilung (1888) mit Behandlung der russischen Angelegenheiten betraut, er gehört zu den wenigen, die den Inhalt des deutsch-russischen Abkommens genau kennen und ist unter den fünf oder sechs Amtspersonen, die bei dem Entschlusse, auf die von Rußland gewünschte Verlängerung nicht einzugehen, mitgewirkt haben, der einzige Überlebende. Bei dem Besuche in Narwa (1890) befand er sich mit dem Kanzler von Caprivi im kaiserlichen Gefolge.

Wie aufrichtig Raschdau den Altkanzler verehrte, geht aus seinen Beiträgen zu den von Erich Marcks, A. v. Brauer u. a. herausgegebenen persönlichen „Erinnerungen an Bismarck" [12]) hervor. In seinem Grenzboten-Artikel bestätigt Raschdau, daß der Zar, auf dessen Haltung Fürst Bismarck nach seinen öffentlichen Erklärungen fest vertraute, gerade in der letzten Vertragsperiode „bedenkliche Beweise von Unsicherheit" zu erkennen gegeben hatte. Nach einer Schilderung, wie sich die deutsch-russischen Beziehungen in den Jahren 1881 bis 1890 tatsächlich entwickelt hatten, stellt Raschdau die Frage: „Kann ein Unbefangener, der sich diese Vorgänge (Ersatz des Nihilismus durch den Panslawismus, russisch-französische Verbrüderungsfeste seit 1887, russische Maßregeln gegen die Ausländer, besonders das Deutschtum, deutscher Feldzug gegen die russischen Werte kurz vor dem Besuch des Zaren in Berlin, darauf folgende Veröffentlichung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrages usw.) ins Gedächtnis zurückruft, wirklich die Meinung hegen, daß der Rückversicherungsvertrag einen günstigen Einfluß auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Großmächte geübt habe? Es läßt sich nur erwidern, daß ohne ihn die Lage vielleicht noch gespannter gewesen wäre."

In meinen Erinnerungen hatte ich gesagt, daß sich nur ein Staatsmann von der Meisterschaft und den unvergleichlich reichen Wirkungsmöglichkeiten eines Bismarck zutrauen durfte, das Spiel mit den fünf Kugeln (Dreibund und Rückversicherungen mit Rußland und Rumänien) auszuführen, ohne daß die eine mit der anderen karambolierte und zu Boden fiel. Infolgedessen sei der Verzicht auf das russische Geheimabkommen eine Notwendigkeit gewesen, wenn Bismarck ging. Einige Kritiker wollten darin ein höchst blamables Zeugnis für die Unfähigkeit der deutschen Diplomaten der nachbismarckschen Zeit erblicken. Eine sonderbare Auslegung! Als ob Bismarck nur ein Diplomat von gutem Durchschnitt, nicht aber der alles überragende Staatsmann Europas im vorigen

[12]) Stuttgart und Berlin 1915.

Jahrhundert gewesen wäre! Dagegen heißt es in dem Raschdauschen Aufsatz: „Nicht sowohl von der Existenz unseres Vertrages als vielmehr von der Staatskunst des Fürsten Bismarck hing es ab, daß die fortdauernd kühlen Beziehungen sich nicht weiter verschlechterten. Als dann mit seinem Ausscheiden das ungeheure Gewicht seines Namens entfiel, das keinem seiner Nachfolger, wer es auch sei, beiwohnen konnte, mußte die Frage in den Vordergrund treten, ob dem Vertrag die ursprünglich zugedachte Bedeutung noch beizumessen sei und ob bei einer längeren Fortdauer nicht unser Verhältnis, in erster Linie zu Österreich-Ungarn, dann aber auch zu anderen Staaten, denen gegenüber wir in unseren Bewegungen durch das Abkommen eingeschränkt waren, darunter leiden müsse."

Wie oft hat Fürst Bismarck während seiner Amtszeit über die brutale panrussische Erobererpolitik gestöhnt und sich dagegen aufgebäumt, der „Vasall" oder, wie sich der Abg. Jörg einmal ausdrückte, der „Kettenhund des Panslawismus" zu sein! Noch im Jahre 1897 aber hegte er Zweifel an einem verbrieften Bunde zwischen Rußland und Frankreich. Nachdem endlich bei dem Besuche des Präsidenten Faure in Petersburg vom Zaren Nikolaus des Zweiten das in Paris sehnlich erwartete Wort Allianz ausgesprochen war, sagte er zu dem Herausgeber der „Zukunft":[13]) nations alliées könnte unter Umständen eine bloße Artigkeit, eine Unterstreichung des ebenso unverbindlichen Wortes nations amies gewesen sein, schwerlich würde auch der Inhalt eines Vertrags, wenn überhaupt einer existiere, den Franzosen gefallen, man überschätze heutzutage vielfach das Dekorative in der Politik. Woran er mit der Hartnäckigkeit des hohen Lebensalters im Gedenken längst vergangener Zeiten nicht glauben mochte, das war schon am 27. August 1891 durch einen Notenaustausch begonnen und 1892 durch eine Militärkonvention, 1894 weiter durch einen förmlichen Bündnisvertrag vervollständigt worden.

Unter dem Titel „Die deutsche Weltfrage" schrieb Dostojewski in einem im Mai 1877 veröffentlichten Artikel:[14]) „Und da kommt nun noch (zu der alten Gewöhnung der Deutschen an Zersplitterung, die nicht so schnell verschwinde wie ein ausgetrunkenes Glas Wasser) das Naturgesetz selber hinzu: Deutschland ist in Europa immerhin das Land, das in der Mitte liegt. Wie stark es auch sein mag — auf der einen Seite bleibt Frankreich, auf der anderen Rußland. Es ist ja wahr, die Russen sind vorläufig noch höflich. Wie aber, wenn sie plötzlich erraten, daß nicht sie das Bündnis mit Deutschland brauchen, wohl aber Deutschland das Bündnis mit Rußland, und überdies noch, daß die Abhängigkeit von dem Bündnis mit Rußland allem Anschein nach die verhängnisvolle Bestimmung Deutschlands ist und besonders seit dem deutsch-französischen Kriege (im Original gesperrt gedruckt). Das ist es ja, warum an die allzu große Ehrerbietung Rußlands selbst ein von seiner Kraft so überzeugter Mensch, wie Bismarck, nicht imstande ist zu glauben." Was der geniale, die deutsche Kultur liebende, aber von mystischem Glauben an die Herrlichkeit des russischen Gottes beherrschte Dichter vom Erraten seiner Russen ahnte, traf bald genug ein, und gleichzeitig wuchs das Mißtrauen, von dem sich der deutsche Kraftmensch gegenüber der russischen Ehrerbietung leiten ließ. Aber nur auf die Dauer seiner Amtszeit. Der Bismarck im Ruhestande ließ in seinen vielen öffentlichen Äußerungen wenig mehr davon merken, und so wurde die unverbrüchliche Freundschaft mit Rußland in dem weiten Kreise seiner dankbaren Verehrer allmählich zum Dogma.

Im inneren Zusammenhang mit den Ermahnungen zum engen Anschluß an Rußland standen die Angriffe des entlassenen Kämpfers gegen den neuen Polenkurs in Preußen. Die Politik Caprivis nach innen war auf möglichste Zusammenfassung aller Kräfte, mit Einschluß der ehemaligen „Reichsfeinde", eingestellt. Die Hauptbeschwerden der deutschen Katholiken waren schon von Bismarck durch den Abbau der preußischen Maigesetze gemildert worden, dagegen fand der

[13]) Siehe „Zukunft" vom 4. Sept. 1897.

[14]) F. M. Dostojewski: „Politische Schriften", 2. Auflage, München 1917, S. 76 f.

Nachfolger noch eine verschärfte Behandlung der polnischen Irredenta in Preußen, nicht bloß in Form von Schutzmaßregeln für die in Posen und Westpreußen immer mehr zurückgedrängte deutsche Besiedelung, sondern auch auf dem Gebiete der Kirche und Schule vor. Nach dem Tode des Erzbischofs Dinder wurde das Erzbistum Gnesen wieder mit einem Stockpolen in der Person des Prälaten von Stablewski besetzt, der als Abgeordneter in der Kulturkampfzeit einer der heftigsten Redner gewesen, nun aber zu einer versöhnlicheren Haltung bereit war. Der Kultusminister Graf Zedlitz-Trutzschler, vorher Oberpräsident der Provinz Posen, erließ alsbald nach seiner Ernennung eine Verfügung (vom 11. April 1891), die den Volksschullehrern die Erteilung von Privatunterricht im polnischen Lesen und Schreiben im Schulgebäude gestattete. Die Neuerung bestand nur darin, daß der polnische Privatunterricht im Lesen und Schreiben auch in öffentlichen Schulgebäuden abgehalten werden durfte. Trotzdem erregte sie damals scharfe Debatten, bei denen Anhänger des alten Kurses so taten, als ob die Hergabe von Schulhäusern zur Erleichterung des Privatunterrichts in den Elementen der Muttersprache uns der Verwirklichung großpolnischer Träume näher brächte.

Beide Maßregeln, die Wahl eines polnischen Erzbischofs und der Schulerlaß des Kultusministers, hatten zunächst den günstigen Erfolg, daß die polnische Fraktion im Reichstage ihren reinen Proteststandpunkt verließ und begann, an den Reichsangelegenheiten, namentlich den militärischen und maritimen, mitzuarbeiten. Das dauerte aber nicht lange. Gegen die sog. Hofpartei des Herrn v. Koscielski (spottweise Admiralski genannt) erhob sich das demokratisch gerichtete polnische Bürgertum in den Städten, zum Teil mit Unterstützung von Kanzel und Beichtstuhl, und bei der hundertjährigen Wiederkehr des Tages der zweiten Teilung Polens (1895) erschienen in der polnischen Provinzpresse Artikel, in denen die Wiederaufrichtung des alten Polenreichs, womöglich von Meer zu Meer, d. h. von der Ostsee bis zum Pontus Euxinus, gefordert wurde. Auch fehlte es in den Ostmarken nicht an brutalen Ausschreitungen fanatisierten Volkes gegen preußische Beamte.

Fürst Bismarck hielt die Tendenz des von Caprivi begonnenen und vom Fürsten Hohenlohe fortgesetzten versöhnlicheren Polenkurses von vornherein für verfehlt und schädlich: für verfehlt, weil sie doch ihr Ziel, die deutschen Polen zufriedener zu machen, als die geknechteten russischen waren, nicht erreichen würde, für schädlich, weil das zarische Rußland Anlaß hätte, daran zum Nachteil der alten freundnachbarlichen Beziehungen Ärgernis zu nehmen. Schon im Juli 1892 ließ er in den „Hamburger Nachrichten" schreiben: die Verschärfung der Gegensätze zwischen Berlin und Petersburg sei hauptsächlich durch die Politik erfolgt, die von preußischer Seite in den polnischen Fragen unter den Einflüssen des Zentrums ausgeführt werde, die Aussicht, daß wiederum Vorbereitungen zur Revolutionierung des russischen Polens getroffen würden, könnte unmöglich das Vertrauen zwischen den beiden Nachbarreichen fördern. Diese und ähnliche Äußerungen stimmten weder mit der Tatsache überein, daß sich schon in den letzten drei Jahren der Bismarckschen Kanzlerschaft die russisch-deutschen Gegensätze verschärft hatten, noch trafen sie den wahren Sinn der neuen Polenpolitik. Ebenso merkwürdig war die wiederholt [15]) vom Fürsten Bismarck im Ruhestande ausgesprochene Auffassung, die Panslawisten seien nicht so gefährlich, die schlimmsten Kriegshetzer seien Polen, Juden, Nihilisten und Franzosen, besonders der Pole mit seiner höheren Bildung und seiner Meisterschaft im Verschwörerwesen mache die russische Presse gegen Deutschland mobil. Richtig daran mochte sein, daß die polnischen Beamten und Journalisten eine bessere Kenntnis der inneren russischen Schwäche besaßen und hauptsächlich darauf ihre Zukunftshoffnungen stellten.

[15]) Z. B. zu Hans Blum, 30. Okt. 1892: „Es sind nur drei Elemente, die in Rußland zum Kriege hetzten: die Presse, die Polen und die Juden. Die Presse nur insoweit, als sie vom Auslande, von Polen und Juden beeinflußt ist oder von Polen und Juden bedient wird."

Während seiner Amtszeit hat Bismarck Stunden gehabt, in denen er sich für den Fall eines deutsch-russischen Zusammenstoßes mit dem Gedanken einer Lostrennung Kongreßpolens von Rußland beschäftigte. Das stärkste Zeugnis dafür liefert eine Stelle in den Hohenloheschen Denkwürdigkeiten (II, S. 343) aus dem Jahre 1883. Danach äußerte Fürst Bismarck: Ein Krieg mit Rußland, bei dem wir Österreich unterstützen müßten, sei ein Unglück, denn wir könnten ja nichts gewinnen, nicht einmal die Kriegskosten bekommen. Bei günstigem Verlauf müßten wir Polen bis an die Düna und den Dnjepr herstellen. Wir würden zwar Polen nicht revolutionieren, aber Österreich-Ungarn gewähren lassen, das dann einen Erzherzog zum König von Polen machen würde. Gegen das neue Königreich würde sich dann wieder ein Drei-Kaiser-Bündnis bilden. Im Oktober 1887 warf Bismarck zu seinem Friedrichsruher Gast Crispi die Bemerkung hin: Wenn man den Polen ein wenig hülfe, sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzoge einen selbständigen Staat bilden. Drei Jahre später, kurz nach seiner Entlassung, sagte er zu einem russischen Zeitungsmann: Bekäme Deutschland in einem Kriege mit Rußland die Oberhand, so müßte es die Polen nehmen, deren wir schon genug hätten. Gewiß, der erste und dritte Ausspruch richteten sich gegen das Unglück eines Krieges mit Rußland. Aber für den schlimmsten Fall hielt sich der Altmeister doch den Weg zu einer vollständig veränderten Behandlung der Polenfrage offen.

Hermann Oncken, der sich in seiner erwähnten Schrift über das alte und das neue Mitteleuropa ausführlicher mit der Polenpolitik beschäftigt, beruft sich auch auf das Buch: „Bismarck. Zwölf Jahre deutscher Politik 1871 bis 1883", erschienen in Leipzig 1884, in dem ein wundersames Gespräch Bismarcks mit dem Grafen St. Vallier (von 1878 bis 1882 französischer Botschafter in Berlin) wiedergegeben ist. Die Unterredung sollte nichts Geringeres zum Gegenstand gehabt haben, als einen Freundschaftsbund zwischen den Großstaaten Mitteleuropas (Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn), der an Innigkeit alle Allianzen übertreffen, die Teilung der Türkei zwischen Rußland und England verhindern, dem gegenseitigen Zerfleischen von Deutschland und Frankreich ein Ende machen und durch seine weltpolitische Bedeutung den Streit um Elsaß-Lothringen zu einer Winzigkeit herabdrücken würde. Dabei sollte Fürst Bismarck auch die wegen der steten Gefahr am Rhein notwendige russische Rückendeckung beklagt haben, die dazu geführt hätte, daß die deutschen Mächte mit gebundenen Händen zusehen mußten, wie das Nachbarland Polen ruiniert wurde, und daß sich Preußen wie ein wachsamer Hund vor die polnischen Tore Rußlands legte.

In der Annahme, daß diese Veröffentlichung amtlicher oder halbamtlicher Herkunft gewesen sei, folgt Oncken dem 1892 anonym erschienenen Werke „Berlin-Wien-Rom" von Julius von Eckardt. Dieser vortreffliche Schriftsteller von Welterfahrung, politischer Schulung und reichem Wissen war, aus seiner baltischen Heimat wegen seiner deutschen Gesinnung verdrängt, zuerst in Hamburg tätig und wurde dann unter Bismarck, der sich für ihn interessierte, in den auswärtigen Dienst übernommen. Unter Caprivi kam er von dem Konsulat in Marseille auf den Posten des Generalkonsuls in Stockholm. Sein Berlin-Wien-Rom wurde von dem Strudel, der bei der Wiener Reise des Fürsten Bismarck und durch die Veröffentlichung des Uriasbriefes entstand, verschlungen, ist aber heute noch lesenswert. Die Annahme jedoch, daß jene „Zwölf Jahre auswärtiger Politik" unter amtlicher Billigung erschienen seien, unterliegt starkem Zweifel.

Die Schrift rührte von dem Journalisten Hermann Robolsky her. Er war zu jener Zeit schon in reifen Jahren, ich kannte ihn oberflächlich und erinnere mich noch seiner heiter-gutmütigen Augen. Sein Brot verdiente er mit leicht geschriebenen Artikeln und Berichten, hauptsächlich aber mit der Herstellung von Büchern. Als Bücherfabrikant war er ein Proteus. Bald verbarg er sich unter drei Sternen, bald erschien er unter dem Namen Wiermann, bald

tauchte er als A. v. Redern und ähnlichen unfaßbaren Gestalten auf. Aus den dicken Bänden der von Poschinger herausgegebenen Aktenstücke: „Preußen am Bundestag" verfertigte er einen kleinen Poschinger, und für die zwei Bände: „Der deutsche Reichstag. Seine Parteien und seine Größen" stand ihm eine reiche Sammlung von Zeitungsausschnitten zur Verfügung. Überhaupt war in seinen Büchern viel Scherenarbeit. Bei der Eile, mit der er sie herstellen mußte, fehlte ihm Zeit und Lust, um in der Angabe seiner Quellen genau zu sein. Auch hierin verschleierte er gern. Im Falle Bismarck-Vallier war es „ein dem Fürsten nahestehender Parlamentarier", der ihm das Gespräch mitgeteilt haben sollte. Sicherlich war Robolsky stramm bismarckoffiziös, aber freiwillig und ohne Auftrag.

Die Äußerungen des Fürsten zu St. Vallier nehmen bei Robolsky fast sieben Seiten ein. Ob Bismarck gegen das Gespräch nach seinem Erscheinen Widerspruch erheben ließ, konnte ich nicht ermitteln. Dagegen spricht, daß Robolsky im Jahre 1889 in einem neuen, von ihm unter dem Namen A. von Unger herausgegebenen Buche: „Unterredungen mit Bismarck" die Äußerungen zu dem französischen Botschafter wörtlich wieder abdrucken ließ. Nur die früher angegebene Quelle, der dem Fürsten Bismarck nahestehende Parlamentarier, fehlte. Dafür war in der Vorrede gesagt, daß das Buch nichts bringe, was nicht in längst verwehten Zeitungsblättern, in Memoiren und Tagebüchern zerstreut zu finden sei. Auch jetzt erfolgte, soviel mir bekannt, kein amtlicher Widerspruch gegen die angebliche Unterredung mit St. Vallier.

Erst nach dem Erscheinen des Eckardtschen Buches kam eine Verwahrung. Hugo Jacobi erklärte nach Rücksprache mit Friedrichsruh in der „Allgemeinen Zeitung" das angebliche Gespräch für willkürlich erfunden und hob als unsinnig namentlich die Behauptung heraus, daß Bismarck das türkische Festland nur den Österreichern, Franzosen und Deutschen vorbehalten wissen wollte. Auch von der Möglichkeit eines russischen Raubzuges wollte man in Friedrichsruh damals nichts wissen und nannte sie eine Utopie, die durch demokratische und polnische Preßeinflüsse großgezogen werde.

Aber neben der schwachen Stelle über die europäische Türkei enthält die angebliche Unterredung mit St. Vallier sehr starke Sätze, die sich Robolsky gewiß nicht erfunden hat und Fürst Bismarck sehr wohl in der Zeit der russischen Kriegsdrohungen 1879 zu einem so diskreten und verständigen französischen Vertreter, wie es der damalige Botschafter in Berlin war, gesprochen haben könnte. Bismarck hatte ja auch in Wien vom Kaiser Franz Joseph und Grafen Andrassy bestätigen hören, daß der Gortschakoffsche Plan eines Bündnisses mit Frankreich an der Abneigung der Pariser Regierung bisher gescheitert sei. Neben einer packenden Schilderung des historischen Verlaufs der Kriege in der Mitte Europas darf man zu den starken Stellen in dem Bericht z. B. diese rechnen: „Wenn England und Rußland samt ihren Satrapen Gelegenheit fänden, sich in den Besitz der Türkei zu teilen — *denn auf den Antagonismus der beiden Weltmächte die Hoffnung zu setzen, wäre wohl Wahnsinn* — dann hätten die Siege oder Niederlagen der mitteleuropäischen Mächte allerdings den traurigsten Ausgang genommen, und ihr Schicksal wäre besiegelt."

Also bei der Berufung auf die Robolskysche Sammelschrift zum Beweise für gelegentliche polenfreundliche Anwandlungen Bismarcks im Kanzleramt bleibt ein non liquet. Der Bismarck im Ruhestande ist jedenfalls bei seinen Angriffen auf den neuen von den alten „Reichsfeinden" Zentrum und Fortschritt unterstützten Polenkurs in Preußen fortwährend davon ausgegangen, daß dieser den deutsch-russischen Beziehungen abträglich sei. Darin ließ er sich auch durch den selbstherrlichen Dünkel nicht beirren, in dem das Zarenregiment die Vergewaltigung des Baltikums durchführte und periodisch den unterdrückten Kongreßpolen ein größeres Maß von Freiheit in Kirche und Verwaltung verhieß, ohne sich dort um deutsche Empfindlichkeiten und hier um etwaige Rückwirkungen auf die preußischen Ostmarken im mindesten zu kümmern.

Neben der Sorge um die Pflege der Freundschaft mit Rußland hat das Verhältnis zu England den Geist Bismarcks nach seinem Sturze nur wenig beschäftigt. Im Anfange fehlte es nicht an abfälligen Bemerkungen über englische, durch die Kaiserin Friedrich vermittelte Hofeinflüsse. Als aber in einer Londoner Korrespondenz der „Kreuzzeitung" behauptet wurde, daß zur Zeit des Berliner Thronwechsels 1888 eine starke Verstimmung zwischen dem Londoner Kabinett und dem Berliner Auswärtigen Amt bestanden hätte, gingen die „Hamburger Nachrichten" scharf dagegen ins Zeug. Sie nannten es eine dreiste Unwahrheit, daß nach dem Rücktritt Bismarcks eine Wandlung der deutsch-englischen Beziehungen erforderlich gewesen wäre, vielmehr wäre seit dem Amtsantritt Lord Salisburys stets ein von beiden Seiten diskret und erfolgreich gepflegtes Unternehmen vorhanden gewesen. Auch bei der Kritik des Helgolandvertrags hielt Bismarck an dem Grundsatz fest, daß das Bestreben, mit England auf gutem Fuß zu bleiben, billigenswert sei.

Auf zehn Bismarckartikel über Rußland kam ungefähr einer über England. Zum Teil erklärt sich das daraus, daß Bismarck, wie die „Hamburger Nachrichten" bezeugten, an der Festigkeit der englischen Freundschaft, solange Lord Salisbury im Amte war, keinen Zweifel hegte. Das Vertrauen war hier ebenso wie beim Rückversicherungsvertrag ganz auf die maßgebende Person gestellt. Andere Klänge aus dem Sachsenwalde vernahm man erst zur Zeit des Krügertelegramms. Die Explosion, die die kaiserliche Glückwunschdepesche an den Präsidenten der Burenrepublik verursachte, war dem Fürsten Bismarck überraschend. Sein Hamburger Organ wollte sich kaum eines Ereignisses aus neuerer Zeit erinnern, durch das die Unehrlichkeit der englischen Presse so festgenagelt worden wäre wie in dem zornigen Ausbruch gegen das Telegramm, in dem der Deutsche Kaiser doch, „genau betrachtet", nur der sittlichen Entrüstung der englischen Regierung über den räubereischen Einbruch in Transvaal den Beistand seiner europäischen Autorität leistete. „Die russische Politik hat ja auch ihre Strebsamkeiten, aber ohne christliche Heuchelei und mit geschickterer Beachtung der äußeren Formen."

Ende Januar 1896 kam denn noch ein langes Register von englischen Unfreundlichkeiten gegen Deutschland aus der Vergangenheit, von der Zeit des Siebenjährigen Krieges ab und seit dem Wiener Kongresse, hinzu. Das Hamburger Organ stimmte damit ganz, ohne die sonst gegenüber dem Kabinett Salisbury beobachtete Schonung, in den allgemeinen Chor der deutschen Presse wider England ein. Die schon vorhandene Anglophobie in der deutschen Öffentlichkeit nahm nun erst recht zu und unterstützte die alte Mahnung, nur in der Freundschaft mit Rußland das Heil gegen den Druck auf die Mitte zu suchen.

Der hellblickende Botschafter a. D. Graf Monts hat in einem seiner für das „Berliner Tageblatt" geschriebenen Artikel[16]) die Vermutung geäußert, Bismarck habe Rußland deshalb stets nur mit Samthandschuhen angefaßt, weil er hoffte, über kurz oder lang müsse der Zusammenbruch in sich selbst erfolgen. Dafür spricht vielleicht die Stelle des Briefes an Lord Salisbury vom 22. November 1887, wo Bismarck neben den panslawistischen Umtrieben die inneren revolutionären Zustände des russischen Reiches als gefährlich für den europäischen Frieden erwähnt. Auch das zu Bernhard von Bülow gesprochene Wort aus den Endjahren der Amtszeit des großen Kanzlers, von dem russischen Faß, in dem es ganz bedenklich gäre und rumore, konnte herangezogen werden. Aber das war noch der Bismarck in der Fülle seiner Macht, der grollende Kämpfer nach 1890 war ein anderer, Und das eben ist bei nüchterner Betrachtung seiner politischen Wirksamkeit im Ruhestande der hervorspringende Punkt, daß alle seine Erinnerungen und Ermahnungen viel mehr an den Erlebnissen der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als an denen der letzten zehn Jahre seiner Amtszeit hafteten. Wie im Innern das Zentrum, das ihm während

[16]) „Politische Aufsätze" von Graf Monts; Berlin 1917, S. 31.

der achtziger Jahre die Schutzzoll- und die Arbeiterversicherungspolitik durchbringen half, wieder wie in der Kulturkampfzeit zu den Reichsfeinden gerechnet wurde, so lebte im Äußeren das alte freundliche Verhältnis aus der Zeit des Zaren Alexanders des Zweiten wieder auf und traten die schlimmen Erfahrungen mit Rußland aus der Zeit nach dem Berliner Kongreß, sowie die Lehren des „vierzigjährigen Tableaus" in der Rede vom 6. Februar 1888 fast ganz zurück. Zu den einseitigen autoritativen Aussprüchen des Altreichskanzlers über die Notwendigkeit der Anlehnung an Rußland fehlte das Gegengewicht.

So blieb bei Bismarcks Tode in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck zurück, daß sein teuerstes Vermächtnis an die Nation die Zarenfreundschaft sei, die seine Nachfolger vernachlässigt hätten, obgleich sie schon mit mäßigem diplomatischen Geschick zu erhalten gewesen wäre.

Dieses von der Masse der Anhänger des Altreichskanzlers treu gehütete Vermächtnis bildete das schwerste Hindernis für jeden Versuch, einen vertrauensvollen Ausgleich der Gegensätze der stärksten Festlandsmacht und der Weltmacht England herzustellen. Ein Beispiel möge zeigen, wie fest das Dogma von der unbedingten russischen Rückendeckung in den Köpfen saß. In der Rede zur Enthüllung des Nationaldenkmals für Bismarck in Berlin am 16. Juni 1901 sagte der inzwischen mit der Grafenwürde ausgezeichnete und als Nachfolger Hohenlohes zum Reichskanzler erwählte ehemalige Staatssekretär Bernhard v. Bülow: „In jeder Hinsicht stehen wir auf seinen Schultern. Nicht in dem Sinne, als ob es vaterländische Pflicht wäre, alles zu billigen, was er gesagt und getan hat. Nur Toren oder Fanatiker werden behaupten wollen, daß Fürst Bismarck niemals geirrt habe. Auch nicht in dem Sinne, als ob er Maximen aufgestellt hätte . . . Starre Dogmen gibt es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Leben, und gerade Fürst Bismarck hat von der Doktrin nicht viel gehalten." Gleich darauf war in den „Hamburger Nachrichten" zu lesen: Das sei im allgemeinen schön und richtig, aber es gäbe Fundamentalsätze der Bismarckschen Politik, von denen niemals abgewichen werden dürfe, und ein solcher Fundamentalsatz sei: Rücken an Rücken mit Rußland, weil wir sonst unberechenbarsten Komplikationen ausgesetzt wären.

Die russische Fassade strahlte damals noch in vollem Glanze. Sie täuschte uns über die stürzenden Mauern und Balken dahinter. Nicht nur uns, die ganze westliche Welt, zum Glück auch England. Die Täuschung war erlaubt, bis sich 1905 der große Trümmerhaufen hinter der Fassade zeigte. Um die Jahrhundertwende aber taten einerseits das von Bismarck hinterlassene Dogma und Burenbegeisterung in der deutschen Öffentlichkeit, andererseits Handelsneid und Herrenbewußtsein in der englischen so gründlich ihre Wirkung, daß nur das eine und das andere Abkommen von Kabinett zu Kabinett noch möglich, aber ein Bündnis von Volk zu Volk kaum mehr durchzuführen war.

# Auf neuen Wegen

Von Arthur A. Brandt

Der Mangel an Rohstoffen, das Ausbleiben der Kohle, und der Raub unserer Transportmittel werden und müssen zur starken Arbeitslosigkeit führen. Verstärkt wird diese, da während des Krieges jeder Posten eigentlich zum zweiten Male besetzt worden ist. An Stelle des Mannes, der im Felde war, trat die Frau, das Mädchen oder der Ersatz. Diese werden nur ungern und zum Teil das Feld dem Heimkehrenden räumen; schon deshalb nicht, weil bei der heutigen Teuerung auch dieser Verdienst in der Familie erwünscht, wenn nicht erforderlich ist.

Die kommende, und in den Anfängen schon vorhandene Arbeitslosigkeit wird hier mit Gewalt Bahn schaffen, ebenso wie sie teilweise wenigstens die unsinnigen Lohn- und Gehaltsforderungen von selbst beseitigen wird. Die Arbeitslosigkeit wird unser Volk aber in noch größeres Unglück stürzen, als es sich schon befindet, und wird zeigen, daß auch diese Revolution, wie jede bisherige, die Erfahrungen der Geschichte nicht berücksichtigt, und mit dem Überlebten auch die Grundlagen der Ordnung beseitigt hat. Zu spät werden die Herren unserer Regierung einsehen, daß es der schwerste Fehler war, von unten anfangen zu wollen, und nicht gleichmäßigen Abbau und Neubau von oben zu beginnen.

In dem Elend sind wir drin, verstärkt durch den Fuß unserer Feinde im Nacken. So schwer es auch halten mag, und so sehr gerade das Volk selbst durch seine unvernünftige Haltung jeden Aufbau stört, wenn nicht verhindert, so sehr muß jeder einzelne und jedes Unternehmen, jeder Betrieb das Seine tun, um zu geordneten Verhältnissen zurückzufinden.

Da die Grundlagen unserer Wirtschaft, durch die Art der Umwälzung und die Maßnahmen der Regierung mehr oder weniger zerstört sind, so kann für Jahre, vielleicht für Jahrzehnte hinaus, an Aufstellung eines geordneten Wirtschaftsplanes im einzelnen, wie im ganzen nicht gedacht werden. In erster Linie kommt es darauf an, Arbeit zu schaffen, um jedem Volksgenossen seinen Platz anweisen zu können. Natürlich wird bei der Auswahl der Arbeit immerhin die Überlegung Platz greifen müssen, daß man keine Unwerte schafft, sondern Dinge, die wenigstens einer späteren Zeit Nutzen bringen können, und Unkosten vermindern.

Großzügig mit weitem Blick, schnellem Handeln und sicherem Griff muß vorgegangen werden. Zuerst prüfe man die Dinge, auf welchen heut die größten Unkosten ruhen. Hier steht in erster Linie der Transport und die Bewegung der Massengüter: Erze, Eisen, Kohle, Steine, Nahrungsmittel und Menschen.

Unsere Eisenbahn stand vor dem Zusammenbruch. Schiene, Rad und Verkehrsmittel waren abgenutzt und ausgearbeitet. Den Rest besorgte der Feind durch Raub der Lokomotiven und Wagen. Also als wichtigste Arbeit muß die Bahn wieder in brauchbaren Zustand gebracht werden. Schienen wird man nur soweit bestellen können, als Eisen und Stahl nicht für andere Zwecke notwendiger gebraucht werden, aber für Lokomotiven und Wagen ist ein fünf- besser zehnjähriges Programm zu entwerfen. Es fehlen uns 30 000 Lokomotiven und mehrere hunderttausend Güterwagen. Personenwagen kommen erst in zweiter Reihe an Wichtigkeit. Man wird also eine Staffel aufstellen müssen mit sehr großer Fertigung für die erste Zeit, welche dann allmählich auf den laufenden Bedarf abzubauen ist. Wenn nun zum Beispiel 5—6000 Lokomotiven in der ersten Zeit jährlich gebaut werden sollen, so darf dies nicht in sehr vielen verschiedenen Typen geschehen, sondern man muß sich auf vier bis fünf Einheitsformen beschränken. Nun sind unsere Lokomotivfabriken, selbst wenn die Behinderung durch Rohstoffmangel und Verminderung der Leistung durch den Acht-Stunden-Tag nicht bestünden, gar nicht in der Lage, diese Überleistung zu bewältigen. Falsch wäre auch diese mit Nachtarbeit und drei Schichten zu füllen, während andere Industrien leer stehen. Also Unterteilung und Heranziehen von Hilfsindustrien. Wiederum muß die Überlegung der Vereinheitlichung, Vereinfachung, Massenherstellung und Verminderung der Transporte eintreten. Die Achsen wird man zweckmäßig direkt bei den Hüttenwerken fertig bearbeiten. Man kann ein oder mehrere Werke nur auf diese Arbeit einstellen, denn das Programm gewährleistet ja gleichmäßige Beschäftigung auf Jahre hinaus.

Der laufende Bedarf an Achsen und Radsätzen ist sehr hoch und bekannt. Der Staat kann also an geeigneten zentralen Punkten vorhandene Werkstätten erwerben, und mit den besten und arbeitsparendsten Einrichtungen versehen, um die Radsätze selbst fertig zu machen. Bei richtiger Organisation kann dies verhältnismäßig billiger geschehen als bisher.

Jeder Teil der Maschine muß auf Massenfertigung geprüft werden. Viel mehr als bisher läßt sich verallgemeinern, normalisieren und vereinfachen.

Wenn man einen Niet durch Verbessern der Form oder der Herstellung um einen Pfennig verbilligt, und tausend der Niete an der Lokomotive sind, so macht dies bei den 30 000 Lokomotiven schon 300 000 M. aus. Millionen können auf diese Weise erspart werden.

Als denkender Ingenieur auf langen Eisenbahnfahrten hat Verfasser oftmals den D-Wagen gemustert; mit der Frage: „Was könnte man hier in Massenherstellung vereinfachen und verbessern, und was sehr wichtig ist, ohne Schaden der Sicherheit erleichtern?" Tausende von Kilometern durchkauft jeder Wagen im Jahr, und jedes Gramm an Gewicht läßt sich in Kilogrammen an Kohlenverbrauch ausdrücken. Eine falsche Eleganz hat sich in unseren Wagen breit gemacht. Unbeschadet des guten Aussehens können die Schnörkel, Leisten und Verzierungen zum guten Teil fortbleiben. Arbeit, Kosten, Gewicht und damit Betriebskosten sind zu vermindern. Und wieviel läßt sich bei gutem Willen vereinfachen und vereinheitlichen. Stanzen, Pressen, Maschinen, Handgriffe, Lagermengen, Lagerräume und aufgewendete Kosten, Kapital und Verzinsung werden geringer, sobald weniger Typen angewandt werden. Die Frage der Ersatzstoffe ist zu prüfen. An Stelle von Bronze kann vielfach Aluminium oder Eisen treten, der gefällige weiße oder staubgraue Anstrich der gepreßten Mustertapete den Rang streitig machen. Ecken, Kanten, Leisten und Winkel sind abzurunden, um die Staubansammlung zu verhindern. Von falschen amerikanischen Gedanken und Ausführungen beeinflußt, haben wir den Prunkwagen gebaut. Der Zweckwagen der Zukunft in Gemeinschaft mit Künstlern entworfen, wird mindestens dieselbe Befriedigung erwecken, und weit billiger sein, schneller hergestellt werden, weniger Unterhalt benötigen und an Betriebsstoff sparen.

Wie wenig in der Normalisierung noch getan ist, und wie weit dies auf andere Gebiete des Wirtschaftslebens übergreift, mag folgendes Beispiel erläutern. Als auf Friedensfertigung umgestellt werden sollte, erklärte der Leiter einer großen Metallschraubenfabrik dies nicht tun zu können, da es bei ihm weder Vorrat, noch einheitliche Modelle gibt! Marine, Eisenbahn, Straßenbahnen usw. haben ihre ganz verschiedenen Formen von Schrauben; jede will nur ihre Modelle, hat andere Vorschriften und Bedingungen, so daß nur auf feste Bestellung gearbeitet werden kann. Für jede Behörde und jede Schraube müssen andere Werkzeuge, andere Verpackungen und somit Sammel- und Lagerräume sein, so daß auch hier wiederum Kapital und Arbeit unnütz brach liegt und vergeudet wird. Bei ernstem Willen, großzügigem Blick und Einsicht ließen sich schnell auf den Hauptgebieten gemeinsame Grundlagen schaffen, die Vielheit der Formen beseitigen und Massenherstellung einrichten. Die abseits liegenden Industrien würden sich schnell der Mehrheit anschließen.

Die Hilfsindustrien müssen bei dem Beispiel der Lokomotiven einen Teil der Arbeit übernehmen. Man wird die Teile abzweigen, welche gesondert hergestellt werden können, oder nach Lehren passend anzufertigen sind. Die Werkstätten sind hierfür zu wählen, welche geeignete Einrichtungen besitzen und den geringsten Transportweg bedingen.

Weit mehr noch als bei den Lokomotiven und Personenwagen kann die Vereinfachung bei den Güterwagen getrieben werden. Jedes Profil und jeder Winkel ist zu prüfen, ob er nicht durch Einheitsmodell ersetzt und maschinell bearbeitet werden kann. In diesen Mengen wird man beinahe alles billiger pressen können. Die Eisenbahnbehörde hat zu entscheiden, ob Wagen größeren Inhaltes nicht günstiger sind. Auch hier wieder das Moment der Betriebsunkosten. Die Verschiebearbeit und Zeit ist dieselbe, ob der Güterwagen 10 oder 40 Tonnen faßt. In Amerika ist man zu immer größeren Einheiten übergegangen.

Die Einführung der mechanischen Bremse auf allen Güterwagen wird Tausende von Arbeitern jahrelang beschäftigen. Ein neues Moment kommt hinzu; mit mechanischer Bremse kann man die Züge schneller fahren. Erhöhung der Geschwindigkeit heißt überall Steigerung der Leistung, also auch hiernach müssen wir streben. Außerdem werden Bremser für bessere Tätigkeit frei.

An der Eisenbahn ist ausführlicher gezeigt, was für alle Gebiete gilt. Unendliche Werte haben wir durch oberflächliche Behandlung, Schwerfälligkeit, mangelnden Einheitsgeist und Gehenlassen jährlich vergeudet. Nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Erde. Wir wenigstens können uns diesen Luxus nicht mehr erlauben, wollen wir aus dem Verderben heraus, so müssen wir mit allen Kräften in dieser Richtung arbeiten.

Es wird eingewendet, daß von einer gewissen Massenfertigung an keine Verbilligung mehr möglich sei, und es mithin belanglos wäre, wenn man den Teil in mehrere Modelle auflöst. Vom Gesichtspunkt des ganzen aus betrachtet, ist dies nicht richtig. Verpackung, Lagerung, Transport und Lagermenge sind bis zum doppelten bei Verwendung von zwei Teilen aufzuwenden. Vor allen Dingen greift dies aber zurück auf den Erstherstellen. Für zwei Schrauben oder Stifte benötigt man zwei verschiedene Profile an Eisen oder Messing. Das Walzwerk muß zweimal die Walzen einstellen, benötigt möglicherweise doppelt den Raum für zwei Maschinen usw.

Von der Eisenbahn leitet die Überlegung zur Straßenbahn über. Auch diese müssen auf ganzer Linie erneuern. Wenn nun jede kleine Bahn nach dem Geschmack des Leiters oder Stadtoberhauptes nach anderem Modell die paar Wagen bestellt, welche sie benötigt, so gibt dies eine Vielheit im Briefwechsel, Abmachungen, Konstruktionsbureau, Berechnung, Beschaffung der Teile und Fertigung, die zurzeit nicht geduldet werden kann. Auch hier ist für die Übergangszeit die Einigung auf wenige Einheitsausführungen möglich und geboten. Für später sei die Beschränkung wieder aufgehoben. Örtliche Erfordernisse sind zu berücksichtigen. Der Fortschritt und Geschmack darf nicht militarisiert und aufgehalten werden, und jeder neue Gedanke hat irgend einen Vorteil.

Die Straßenbahnen sollen Außenbezirke der Siedlung und dem Verkehr erschließen nach weitschauendem Plan; trotz der Kosten sind Erweiterungen vorzunehmen.

Die Bewegung der Massengüter ist auf Wasserstraßen an sich billiger als durch die Bahn, und auch ohne dies vorzuziehen, denn sie spart an nationalem Eigentum, an Kohle. Auch können weniger Menschen größere Mengen bewältigen. Als Notstandsarbeit sind die im Entwurf vorbereiteten Kanäle zu bauen, einheitlich die Schiffstypen zu entwerfen und rechtzeitig zu beginnen. Entlade- und Lagerstellen nach dem Grundsatz der Ersparnis vorzusehen. Auch hier wieder möglichste Hinausschiebung der Grenzen für Größe, Schnelligkeit, Leistungsfähigkeit; Ausdehnung des Kanalbetriebes auf die Nachtzeit.

Eines der traurigsten Kapitel ist die Kohlenverteilung und der Kohlenverbrauch. Mit diesem Besitz treiben wir Raubbau. Wo Wasserweg möglich, sollte der Transport auf der Bahn höher bezahlt werden, damit nur in Ausnahmefällen für Schnellverkehr auf diesen zurückgegriffen wird. Für jede Stadt stelle man den Normalbedarf fest. Entweder die Stadt oder der Verband der Kohlenhändler beschafft fortlaufend gleiche Mengen das ganze Jahr hindurch. Von zentralen Sammellagern geschieht der Ausgleich des Winter- und Sommerbedarfs. Einheitslastautos fassen in gleichen Ladeeinrichtungen die Kohlen und bringen sie den Kleinhändlern und Verbrauchern zu. Während das Auto unterwegs ist, werden neue Kästen geladen und ohne Zeitverlust an Stelle des leeren gesetzt, damit der Wagen unverzüglich zu neuer Fahrt bereit ist. An den Häusern sind Einwurfschächte anzubringen, an welche der Wagen heranfahren kann. Mit Kippvorrichtung wird der Kasten gehoben, und ohne Träger und stundenlanges Schaufeln wird der Inhalt in den Lagerraum befördert. Alle Zentralheizungen können so versorgt werden. Wenn man auf diese Weise Spekulation, unnütze Lagerung, Zinsverlust, Verbringearbeit und Zeitverlust ausschaltet, so können die Kohlen mit geringeren Unkosten geliefert werden als heut, und die stoßweise Belastung der Bahn im Winter fällt fort.

Die Schaffung eines Normalmodelles dieser Kohlenautos hat keine Schwierigkeit. Bei gleichmäßiger Verwendung in allen Städten Deutschlands sind an 50 000 Lastautos nötig mit einem jährlichen Ersatz von 6—10 000 Stück.

Eine Riesenautomobilfabrik hätte dauernden gleichbleibenden Absatz derselben Wagen jahraus jahrein. Die Verbilligung der Fertigung kann bis zum äußersten getrieben werden.

Dieselben Autos können aber für Straßenreinigung und Lebensmitteltransport (Wechsel der Wagenkasten) dienen, denn auch den letzteren werden die Städte mehr noch als im Kriege in eigene Verwaltung nehmen müssen.

Man wende nicht ein, daß dieser Vorschlag Utopie sei. Technisch bietet er keine Schwierigkeit, wirtschaftlich ist er von Vorteil, und eingeführt kann er sofort werden, sobald der Wille zur Einheit da ist, oder die Stadt den Willen durch Monopolisierung aufzwingt. Die Rückwirkung auf die Eisenbahn, durch Beseitigung der Winterspitze wäre außerordentlich. Von einem Reichsamt aus kann die einheitliche Einführung in allen Städten geleitet werden. Von der Einschränkung des Kohlenverbrauches selbst, und dahinzielender Mittel, sei hier nicht berichtet, da dies aus dem Rahmen des Aufsatzes hinausgehen würde. Es sei z. B. nur auf die Verschwendung in den Sammelheizungen hingewiesen. Bei der elektrischen Beleuchtung ist man schon lange von der Pauschallampe abgekommen, und hat Zähler eingebaut, da der Abnehmer verschwendet und die Lampe Tag und Nacht durchbrennen läßt. In der Sammelheizung dagegen kennt man noch keine Ersparnis und Einschränkung, da bisher der Zähler fehlte. Technisch ist jedoch auch diese Frage gelöst.

Aber man kann noch weiter gehen, man kann überhaupt den Kohlentransport in den Städten einschränken, kann zu Preßgas übergehen, und die Sammelheizungen mit Gas betreiben. Dies verringert überdies den Arbeitsaufwand des einzelnen, und gestattet die Ausnutzung der Kohlen nach ihrer chemischen Zusammensetzung. Dieser Gedanke ist so weitgehend, daß er so schnell nicht durchgeführt werden kann, aber Stadtverwaltungen mit nah zusammenliegenden städtischen Gebäuden sollten hier bahnbrechend mit Versuchen vorgehen, damit die besten Formen der Feuerung gefunden werden, und der Grad der Wirtschaftlichkeit festgestellt werden kann.

Für Baustoffe und Steine, welche ebenfalls sehr hohe Transportunkosten verursachen, sind vereinfachte Mittel der Bewegung und Lagerung zu suchen. Auf diesem Gebiet wird bereits das Lastauto, welches im Kriege das Pferdegespann verdrängt hat, Neuerungen bringen; das übrige werden die hohen Baukosten und Arbeitslöhne von allein bewirken. Regelung und Vereinheitlichung von einer Stelle an dürfte nicht erforderlich sein. Jedoch auch dies Gebiet ist neuen Gedanken zugänglich. Durch die Entwicklung sind wir z. B. zu einer bestimmten Größe der Ziegelsteine gekommen. Es ist zu prüfen, ob diese nicht verbessert werden kann. Nimmt man an, daß es ohne Nachteil möglich ist, jedem Stein doppelten Inhalt zu geben, so benötigt man für den Hausbau nur die Hälfte der Steine. Jeder Handgriff beim Transport und Bau wird auf die Hälfte vermindert, denn dieser ist nur von der Anzahl der Steine, und nicht von der Größe abhängig. Jeder Maurer kann fast die doppelte Leistung in gleicher Zeit vollbringen, und der Bau wird erheblich billiger ausfallen. Ein sehr fruchtbares Gebiet für die Normalisierung sind die Einzelheiten des Hausbaues. Fenster, Türen, vor allen Dingen aber Baubeschläge lassen sich um Hunderte von Formen vermindern, ohne daß hierdurch die Auswahl zu klein würde. Man betrachte nur die Liste einer Firma von Baubeschlägen, Schlössern oder Riegeln, und wird auf den ersten Blick empfinden, welche unsinnige Vielheit von Formen und Ausführungen vorherrscht.

Natürlich darf für alle Dinge des täglichen Gebrauches und Verbrauches, mit denen sich der Mensch in seinem Heim umgibt, keine starre Schematisierung getrieben werden, denn zu uniformierten Einheitsmenschen, welche in gleichmäßigen Kasernen wohnen, wollen wir uns nicht erniedrigen. Im Gegenteil, Geschmack, Kunst und Empfinden dafür sollen bis in die letzten Kreise des Volkes gefördert werden. Wie weit man hierbei gehen kann, ohne den Eindruck der Schematisierung zu erwecken, zeigt das japanische Haus. Dieses ist mit Matten belegt, für diese Matten besteht im ganzen Lande eine Einheitsgröße. Das

einzelne Zimmer ist wiederum in seinen Ausmaßen hierdurch bestimmt, denn ob größer oder kleiner, immer muß eine bestimmte Anzahl Matten untergebracht werden können. Auf diese Weise ist letzten Endes das ganze Haus in seinen Ausmaßen festgelegt, denn auch für Balken, verschiebbare Trennwände, Fensterrahmen ergeben sich so Einheitsabmessungen. Man kann sagen, daß das japanische Haus wie aus einer Spielzeugschachtel aus denselben Elementen aufgebaut ist, je nach der Größe sind mehr oder weniger der Bausteine verwendet. Auf jeden Fall hat es der Architekt im Entwurf, der Zimmermann in der Zurichtung der Hölzer und der Bauhandwerker im Aufbau sehr einfach. Derselbe Teil und derselbe Handgriff wiederholen sich bei jedem Neubau immer wieder.

Es ist hier also die Schematisierung bis zum äußersten getrieben, und doch wird man in einer japanischen Stadt nicht den Eindruck der Gleichheit der Häuser haben. Es gibt trotzdem noch soviel Möglichkeiten der Abänderung und Ausstattung, daß kein Haus dem anderen genau gleicht. Also die Furcht, die Vereinheitlichung könne bald zuweit getrieben werden, ist nicht begründet.

Vollkommen ungelöst sind die Probleme der Lagerung, Bewegung und Verteilung der Nahrungsmittel. Da wir bisher nicht in Gedanken für das Volksganze zu denken gewohnt waren, so war es jedem einzelnen überlassen, wie er Kohl, Kartoffeln, Rüben, Getreide usw. durch den Winter hindurch lagern und verwerten wollte. Ganz neue Wege müssen hier beschritten werden. Durch das Verderben der eingemieteten Kartoffeln gehen jedes Jahr an 200 Millionen Mark verloren, ganz abgesehen davon, daß beinahe 20 Millionen Menschen von dieser Menge den Jahresbedarf an Kartoffeln decken könnten. Vermeidet man also diesen Verlust durch Verfaulen, so kann von derselben Flächeneinheit, welche jetzt für den Kartoffelanbau zur Verfügung steht, eine viel größere Menschenmenge ernährt werden. Der Geldverlust ist bisher verschmerzt worden. Aber den Gewinn an Boden zu anderer Nutzung können wir in Zukunft nicht missen. Die schon vor dem Kriege begonnene Anlage von Trocknungsanstalten muß über das ganze Land ausgebaut werden. Noch etwas kommt hinzu. Beim Trocknen der Kartoffeln entfernt man das Wasser, welches nichts nützt, und unerwünschter Ballast ist. Gelingt es nun, nur die Hälfte unserer Kartoffelernte als getrocknete Flocken zu verwenden, so sind 20 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahre weniger hin und her zu fahren, das sind nach jetzigem Ausmaß 2 Millionen Eisenbahnwagen voll. Die Frachten werden gespart und wiederum die Kohlen zur Fortschaffung dieser Eisenbahnwagen. So greift eines immer in das andere ein. Es kommt in der Zukunftswirtschaft nicht so sehr darauf an, welcher Geldbetrag wird erspart, sondern darauf, kann eine neue Maßnahme oder Anordnung dazu führen, Rohstoffe, d. h. völkisches Eigentum zu sparen, oder Boden, Betriebsmittel und menschliche Arbeit für besseres Schaffen freizumachen.

Hier wiederum ist nur ein Beispiel herausgegriffen, um den Weg zu weisen, der möglich ist. Bei der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Erzeugnisse lassen sich ähnliche Möglichkeiten ohne jede technische Schwierigkeiten ausführen. Die Hemmung liegt lediglich im Willen und Verstehen des einzelnen. Zu den wichtigsten Aufgaben des neuen Staates wird es gehören, Aufklärung und Belehrung in die Massen zu bringen.

Ungeheure weitere und fruchtbare Aufgaben bietet die Industrialisierung der Landwirtschaft. Die Fachleute sind sich einig darüber, daß unsere Erde das deutsche Volk ernähren und zum großen Teil auch kleiden kann, wenn die Landwirtschaft wissenschaftlich, im Gemeinsinn und mit allen Errungenschaften der Technik betrieben wird. Die Schaffung der Einrichtungen hierzu wird Hunderttausende von Arbeitern dauernd Beschäftigung und Unterhalt gewähren. Ernähren wir uns im Lande selbst, so werden nach dem jetzigen Kurs bis zu 10 Milliarden Mark im Jahr erspart, die wir als Tribut dem Ausland zahlen müssen.

Nur wenige Schlaglichter konnten auf den Stand der Dinge geworfen werden, um darzutun, daß an allen Ecken und Enden mit frischem Mute zugepackt werden kann; trotz unserer ungeheuren Verschuldung würde es durch diese richtig geleitete Sozialisierung möglich sein, in absehbarer Zeit erträgliche Verhältnisse

zu schaffen und in Jahrzehnten Deutschland von den unerträglichen Lasten des Auslandes zu befreien.

Um auf diesen Wegen vorwärtsschreiten zu können, ist ernste Arbeit gerade derjenigen notwendig, welche bisher schon am Probleme der Zeit mit offenem Blick gearbeitet haben, und Ruhe und Ordnung. Leider hat es unsere neue Regierung bisher nicht verstanden, diese Richtung einzuschlagen. Industrie, Kapital, Unternehmungsgeist, Organisation und Ordnung sind abgesetzt. Statt dessen regiert Unordnung, Zerfahrenheit, Streik und Forderungen der Massen, die selbst das Goldland Ophir nicht imstande wäre zu erfüllen, geschweige denn unser am Rande des Abgrundes stehendes Vaterland.

Vor allen Dingen sind die unzeitgemäßen Versuche, alles sozialisieren zu wollen, verderblich. Hier hat leider auch das Buch von Rathenau viel Unheil angerichtet. Die große Menge verspricht sich das Heil aller Dinge von der Sozialisierung vieler Betriebe. An der falschen Stelle angewendet, wird sie nur Verderben und Rückschläge bringen können, nicht aber um das Vielfache vermehrte Staatseinnahmen. Im allgemeinen arbeitet der Staatsbetrieb immer teurer als die Privatwirtschaft. Hieran wird auch die neue Zeit nichts ändern — im Gegenteil —. Der Vorteil des Staatsbetriebes liegt, wie aus vorstehendem hervorgehen dürfte, in der Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Kräfte und Leitung nach einer Richtung hin. Dies kann aber nur auf gewissen Gebieten vorteilhaft geschehen, und nur auf solchen Gebieten, auf welchen die Bedürfnisse aller die gleichen sind. Wir benötigen alle mehr oder weniger dieselben Mengen an Kohle zum Heizen und Kochen, die gleiche Menge Brot, Kartoffeln, Wasser, Licht und Raum zum atmen. Diese Gebiete kann man daher, ohne den Wunsch und Willen des einzelnen zu stören, zusammenfassen, vereinfachen, leiten und bestimmen. Wir benötigen auch alle dieselbe Menge an Kleidung, und doch ist dies Gebiet schon nicht mehr der Regelung zugängig, denn hier spielt der Geschmack und das Glücksgefühl des einzelnen bereits eine zu große Rolle.

Es kann gesagt werden, daß es gelingen wird und muß, allen Deutschen Beschäftigung und Unterhalt in absehbarer Zeit zu schaffen, denn zu viele sind der Aufgaben und Arbeiten, die unserer harren, aber erstes Erfordernis hierzu ist, daß die Regierung alle Volksgenossen nach Fähigkeit, Vorbildung und Tätigkeit heranzieht, und nicht wie jetzt den größten Teil des Volkes von jeder Mitarbeit ausschließt. Und zweites Erfordernis ist, daß jeder ernsthaft an die Arbeit geht, und nicht mit Streiks, Lohnforderungen, Vier- oder Fünf-Stundentag, sowie Versammlungen und Wahlen die Zeit vertrödelt. Genau so wie eine Ersparnis und Vereinfachung andere nach sich zieht, genau so wirkt ein Streik auf viele andere Gebiete zurück und hemmt und hindert auch dort. An der Arbeitslosigkeit sind mithin die Arbeiter und Regierung zum guten Teile selbst schuld.

All der Geistesaufwand, der zurzeit in den Aufgaben der erzwungenen Sozialisierung getrieben wird, ist nutzlos verschwendet. Nicht wir werden bestimmen, wie wir die Arbeit in den nächsten Jahren einteilen werden, sondern unsere Feinde. Nicht wir werden bestimmen, welche sozialen Maßnahmen letzten Endes durchgeführt werden, sondern unsere Gegner. Wir haben den Fuß der Feinde im Nacken, und da jede soziale Maßnahme in gewisser Weise drüben in Forderungen ihren Widerhall findet, so wird man schon Mittel und Wege finden, uns so zu knebeln, daß wir nur das durchführen können, was man uns erlaubt. Wir sollten daher unsere Zeit in gemeinsamer Arbeit des Volksganzen besser darauf verwenden, Werte zu schaffen, die Ernährung aufzurichten, die Ordnung wieder herzustellen und jeden Mann und jede Frau zu beschäftigen, als darüber zu streiten, ob die eine oder andere Maßnahme früher oder später kommen soll.

Weniger Theorie und mehr Praxis! das tut uns zur Zeit not auf der einen Seite, und arbeiten und nicht verzweifeln auf der anderen. Den Glauben an unser Können, an unser Volkstum dürfen wir nicht aufgeben, und den Mut nicht verlieren.

Mut verloren, alles verloren.
Da wäre es besser, nicht geboren!

# Schichtung und Umschichtung

Von Dr. Moritz Goldstein

Schlagworte regieren die Welt.

Fast überall, und besonders bei uns, soll mit Macht und aus dem Grunde demokratisiert werden. Allein, was damit gemeint sei, darüber scheint nicht einmal bei uns, geschweige denn überall Einstimmigkeit zu herrschen. Reformierung der alten Gesellschaft, Ausgleichung der sozialen Abstufungen gehört immerhin zu den anerkannten und weitverbreiteten Programmpunkten jeder ernsthaften Demokratisierung. Im Osten haben sie damit blutigen und schrecklichen Ernst gemacht; niemand weiß, was wir selbst an allmählichen oder gewaltsamen Umformungen des Gesellschaftsorganismus noch erleben mögen. Überschätzung der sozialen Ordnung, die bei uns traditionell ist, steht vorläufig schroff gegen die Unterschätzung oder völlige Nichtschätzung, die sie im Rußland der Revolution theoretisch und praktisch findet. Es gilt, die Ansprüche abzuwägen und irgendeinen Ausgleich herzustellen. Die Meinungen über diesen Punkt sind aber nicht nur geteilt und einander widersprechend, sondern wohl auch in einem hohen Grade verschwommen und unklar, und der Energie und Unbedingtheit, mit der hier Forderungen gestellt werden, entspricht keineswegs das Maß an Durchdachtheit und Bewußtheit dessen, was erkämpft werden soll. Es gilt also außerdem, selber zu denken und womöglich zu Ende zu denken.

Nehmen wir einmal an, demokratisch bedeute gerecht. Bekennen wir uns ferner zu dem Grundsatz, unsere soziale Schichtung sei ungerecht. Erklären wir uns daher bereit, sie durch eine gerechtere oder sogar durch die schlechtweg gerechte zu ersetzen. So wäre zunächst zu fragen: Welche Schichtung ist gerecht? Ist es gerecht, daß die, die bisher unten waren, endlich nach oben kommen, und dafür die, die bisher oben standen, auch einmal nach unten gelangen? So daß also das alte System sozialer Abstufung erhalten wird und nur die Träger wechseln? Gerecht oder nicht: so scheint jedenfalls Demokratisierung von dem Rußland der Bolschewiki verstanden zu werden, so würden die Massen sie gewiß überall auffassen wollen, wenn sie zur Macht gelangten.

Allein daß statt derer, die herkömmlicherweise befehlen dürfen, eines Tages irgendwelche anderen Leute an die Hebel, Räder und Ventile treten, mit denen die große Maschine gesteuert wird, ist, vom Standpunkt der Allgemeinheit betrachtet, ohne alles Interesse. Ja, wenn schon hier befohlen und dort gehorcht werden muß, so wird beides, Gehorchen und Befehlen, leichter vonstatten gehen, wenn die Leitenden außer über Macht, auch noch über ein möglichst hohes Maß von Schulbildung, Fachwissen, Weltläufigkeit, Verwaltungspraxis und Befehlstradition verfügen. Und falls es hierbei je zu einem nackten Interessenkampf kommen sollte, nach der Maxime, was du hast, will ich haben, so wäre die Stellung aller derer, die nicht zum Proletariat gehören, so wäre unsere Stellung die des Gegenkampfes gegen solche Umschichtung und der entschlossenen Verteidigung der bestehenden Rangordnung.

Wenn durchaus umgeschichtet werden soll, so dürfte es also nicht nach dem System der Vergeltung geschehen. Das einzige gerechte, das einzige diskutable Prinzip wäre die Schichtung entsprechend der von der Natur selbst vorgebildeten Rangordnung.

Indessen, von mancherlei theoretischen Bedenken abgesehen: um die natürliche Schichtung nachzuformen, müßten wir in der Lage sein, Wert und Wesen jedes einzelnen Menschen an sich, unabhängig von Stellung, Leistung und Erfolg, zu erkennen. Die Wahrheit heißt aber, daß wir dazu nicht in der Lage sind. Denkt man ernsthaft darüber nach, mit welchen Mitteln ein zutreffendes, ehrliches, unbestochenes, unvoreingenommenes Urteil über Mensch und Menschenwert zu erlangen sei, so sieht man sich einem heillosen Skeptizismus ausgeliefert. Dieser

hat Erfolg, jener hat keinen Erfolg. Dieser hat den Erfolg, hundert Jahre nach seinem Tode weltberühmt zu werden und es dreihundert Jahre lang zu bleiben, jener hat den Mißerfolg, nie genannt worden oder endgültig und unwiderruflich vergessen zu sein. Weiter gelangen wir nicht. Gerechtigkeit? Verdienst? Wer weiß etwas darüber?

Wenn denn also die natürliche Rangordnung von uns unvollkommenen Menschen nicht verwirklicht werden kann, so bleibt der Demokratisierung noch ein anderer Weg offen: Abschaffung der sozialen Schichtung. Es soll überhaupt nicht der eine oben und der andere unten stehen. Diese Formel klingt so einfach, so einleuchtend, so gerecht, daß man meinen sollte, jeder Unvoreingenommene müßte sie sich ohne weiteres zu eigen machen und zu seinem ethischen Ideal erheben. Allein wie das mit den einfachen, einleuchtenden und gerechten Formeln so geht: sie haben alle diese Eigenschaften nur, so lange man ihren angenehmen Klang mit den Ohren aufnimmt und nicht bis in die Mühle des Denkens gelangen läßt.

Wenn wir von sozialer Schichtung, von Rangordnung, von einem Stufenbau reden: worin besteht die Verschiedenheit? Welches ist der rangbildende Faktor? Offenbar ist es die Macht, über die jeder verfügt, Macht im allerweitesten Sinne genommen. Worauf aber beruht seine Macht? Offenbar auf dem, was man tut und treibt, auf dem Beruf, auf der Arbeit, der Begriff wieder im allerweitesten Sinne genommen, worunter denn auch fallen würde, daß man überhaupt nicht zu arbeiten braucht. Ob einer mit dem Kopfe schafft oder mit der Faust, ob er anordnet oder ausführt, ob er arbeitet, wann, wie und was er will, oder ob man ihn zwingt zu arbeiten, und zu dieser Zeit, in dieser Weise, an diesem Fleck zu arbeiten: davon hängt alles weitere ab. In gewisser Weise läuft Rangordnung der Menschen hinaus auf Rangordnung der Arbeit.

In bezug auf den Rang der Arbeit sind nun zwei Anschauungen gleichzeitig im Schwange. Man kennt den brav demokratischen Grundsatz: Arbeit schändet nicht. Und den anderen: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Wem ist es schon aufgefallen, daß diese Sätze einander widersprechen und sich gegenseitig aufheben? Arbeit schändet nicht, bedeutet: eine Arbeit ist so viel wert wie jede andere; es ist im Grunde gleich, ob einer auf dem Katheder der Universität steht oder im Heizraum des Schnelldampfers, ob er mit der Feder arbeitet oder mit der Steinhacke. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, das bedeutet: Arbeit ist ungleichwertig, Arbeit hat Rangunterschiede. Es ist ungerecht, daß die niederen Arbeiten dauernd von dem einen, größeren Teil der Menschheit geleistet werden müssen, während der andere, kleinere, dauernd von ihm befreit bleibt. Es ist ungerecht, daß die einen für die anderen arbeiten sollen, daß die einen die anderen für sich arbeiten lassen dürfen. Zwischen Gleichwertigkeit und Abstufung der Arbeit müßte denn also zunächst entschieden werden.

Unzweifelhaft gibt es einen Standpunkt, von dem aus die eine Arbeit als so viel wert wie die andere betrachtet werden darf; nämlich insofern sie alle gleich notwendig sind. Es muß regiert werden, es muß Recht gesprochen werden, es muß gelehrt werden — aber es müssen auch die Straßen gekehrt, die Kamine gefegt, die Latrinen geräumt werden. Dies ist richtig. Wer aber daraufhin die Gleichwertigkeit der Arbeit zum Prinzip erhebt oder als Dogma verkündet, der verrennt sich in eine bloße Theorie, die vom Leben in jedem Augenblick Lügen gestraft wird. In der Wirklichkeit gibt es die Rangordnung der Arbeit. Freilich fehlt durchaus der entscheidende Maßstab. Soll man nach der Schwierigkeit und Seltenheit des Berufes urteilen? Dann gehört Seiltanzen und Feuerfressen zu den ganz hohen Berufen. Soll man die geistige Arbeit über die körperliche stellen? Dann hat der Revolverjournalist oder Verfasser von Schundromanen mehr Wert als der Elektromonteur oder der Flugzeugführer. Soll die Gefährlichkeit entscheiden? Dann steht der Feuerwehrmann über dem Bürgermeister, der Lotse über dem Schiffsreeder. Die Rangordnung der Berufe herzustellen, ist also eine verzweifelte Aufgabe. Bleibt endlich als einfache und unzweideutige Skala die Höhe der Einnahmen. Auch sie entscheidet nicht. Indessen der Lohn ist immerhin eine Wertung, die sich greifen, nennen und messen läßt, und die Abstufung der

Arbeit nach dem Preise besitzt daher eine teils willkommene, teils schauerliche Realität. Man mag den Preis gerecht oder ungerecht finden, entscheidend oder äußerlich: er ist es, der das Lebensniveau des Arbeitenden bestimmt, nicht nur des Arbeitenden, sondern zugleich seiner Familie, seiner Nachkommen, und auch noch der Nachkommen dieser Nachkommen, durch ungezählte Generationen. Es ist der Preis, der die Mehrzahl der Menschen auf ihrer Stufe festhält wie mit einer Fußfalle oder in einem Gefängnis. Daß der Sohn des Bergmanns wieder in den Schacht steigen soll, trotzdem Wunsch und Kraft ihn zum Wirken über Tage treibt, und daß der Sohn des Direktors oben bleiben, von Schreibtisch und Klubsessel aus dirigieren und mit Auto oder Jacht in der Welt sich tummeln darf, trotzdem sein fetter Körper träges Blut und stumpfe Seele umschließt — nur weil sein Vater das Geld hatte, ihn in alle Schulen zu schicken und ihn in der sogenannten Gesellschaft verkehren zu lassen, während der Sohn des anderen nur gerade Lesen und Schreiben lernen durfte und über den Kreis mühseliger Berufsgenossen nicht hinauszublicken vermochte: das ist die große Ungerechtigkeit, mit der die Welt im Kampfe liegt.

Man proklamiert jetzt jedem Tüchtigen freie Bahn. Dagegen ist nichts einzuwenden; nur daß es den Aufstieg aus tieferen Schichten in Ausnahmefällen immer gegeben hat; und daß man über Ausnahmen, die der Zufall schafft, nie hinausgelangen wird. Alle Tüchtigen sollen nach oben? Ja, wer wäre denn, bei entsprechender Ausbildung (worunter nicht nur das bloße Lernen zu verstehen ist) nicht imstande, Fabrikdirektor zu werden? Gewiß zwei Drittel der Menschen hätten die Anlagen dazu. Wie viele gibt es denn, über deren natürliche Intelligenz die Funktion eines Majors, eines Regimentskommandeurs, ja noch höherer Chargen hinausginge? Die Hindenburgs sind selten — wer zweifelt daran? — aber was Beruf und Amt als solche fordern, das kann man mit dem gesunden Menschenverstand und dem gehörigen Fachwissen leisten. Der Unterschied zwischen dem Gemeinen und dem kommandierenden General, zwischen dem Vorschullehrer und dem Kultusminister, zwischen dem Fabrikarbeiter und dem Fabrikdirektor ist nicht so groß, wie Direktor, Minister und General sich und anderen einzureden lieben. Freilich, sie haben das Wissen, die Praxis, den Schliff, die Tradition, lauter Dinge, die nicht unterschätzt werden dürfen; lauter Dinge, die kaum nachgeholt werden können, sondern von Jugend auf leicht und harmonisch erworben sein wollen. Aber eben darin liegt das Fatum der realen Rangordnung der Berufe: daß sie einen Automatismus erzeugen, dem sich der einzelne nur unter ganz besonderen Glücksumständen entziehen kann; daß sie von vornherein, vor aller Prüfung der Fähigkeit und Würdigkeit, den einen zum Herrn, den anderen zum Knecht, den einen zum freien, klugen, ehrlichen, unangefochtenen „höheren" Menschen, den anderen zum gezwungenen, dumpfen, schwerkämpfenden, auf List und Gewalt angewiesenen Proletarier macht. Immer wird der Sohn des Offiziers, der Sohn des Universitätsprofessors, der Sohn des Großkaufmanns einen ungeheueren, nie einzuholenden Vorsprung vor dem Sohn des Fabrikarbeiters haben. Dieser beginnt seinen Lauf an einem Punkt, der zweihundert Jahre hinter dem Start jener zurückliegt.

Da es also eine Abstufung der Arbeit gibt, und da wir kein Mittel kennen, sie entsprechend der natürlichen Begabung zu verteilen, so wäre es denn gerecht, daß jeder an der niedrigen Arbeit beteiligt wird? Dies wäre schon deshalb ungerecht, weil zwar der Arzt gezwungen werden kann, täglich ein oder zwei Stunden lang die Straße zu reinigen, nicht aber der Straßenfeger imstande ist, die Praxis des Arztes zu verwalten. Und welche Gesellschaft dürfte sich die Kraftvergeudung gestatten, den Forscher aus seinem Laboratorium zu holen, damit er Holz sägt, den Abgeordneten aus dem Parlament zu führen, damit er Steine schleppt, den Feldherrn von seinen Karten wegzuschicken, damit er Posten steht?

Kurzum: Schichtung ist ungerecht; aber wir vermögen sie weder ins Gerechte zu korrigieren noch abzuschaffen. Um sie abschaffen zu können, müßte etwas ganz anderes möglich sein: Abschaffung der Macht überhaupt. Das erst wäre die demokratische Forderung in ihrer radikalsten Konsequenz. Allein so

lange wir auf Organisation angewiesen sind und so lange wir nicht anders zu organisieren wissen, als auf die uralte Weise, daß die einen befehlen, die anderen gehorchen, die einen anordnen, die anderen ausführen, die einen den Überblick, die anderen die Fertigkeit besitzen: so lange kommen wir aus der Schichtung mit samt ihrer Zwangsläufigkeit, Grausamkeit und Ungerechtigkeit nicht heraus. So primitiv, wie es sich die Leute bei uns und anderwärts denken, und wie man es in Rußland vermittels des Massenterrors auszuführen versucht, kann man nicht demokratisieren. Auf diese Weise kann man zwar die Menschen von ihren bevorzugten Plätzen stoßen und andere darauf setzen; das System der sozialen Rangordnung aber bleibt unangetastet. Denn es ist zwiefach in der Weltordnung verankert: in der Ungerechtigkeit der Natur, welche ihre Gaben mit Willkür verteilt, und in der Unvollkommenheit des Menschen, der Wert und Wesen nicht unmittelbar anzuschauen vermag.

Ist also Demokratisierung letzten Endes Utopie? Keineswegs! Sie enthält eine praktische Konsequenz, sie umschließt eine hohe Pflicht und stellt eine lockende Aufgabe: da die soziale Schichtung selbst nicht aufgehoben werden kann, muß ihre Wirkung gemildert werden. Wenn die Berufe abgestuft sind, so müssen die Menschen auf gleicher Stufe leben können. Der Beruf muß aufhören, uns wie ein lebenslängliches Gefängnis zu umschließen. Das, was man tut, zu sein, ist das Niveau des Tieres: die Königin der Bienen wird nicht gewählt, sondern gezüchtet; das Netz der Spinne ist nicht eine Erfindung von ihr, sondern ein Drüsensekret. Nur der Mensch hat das Vorrecht, dies und jenes nicht zu sein, sondern zu machen. Dieses Recht aber ist noch ganz unausgebildet und muß weiter entwickelt werden. Die Mittel dazu, oder einige davon, ohne Kommentar: Einheitsschule, Freiheit des Unterrichts bis zur Universität; Einschränkung der täglichen Arbeitszeiten; jährliche Urlaubspflicht für jeden Arbeitenden, Begrenzung des Arbeitsalters; Erhöhung der Bezahlung der sogenannten niederen Berufe; Beschränkung der oberen Grenze des Einkommens; Machtkontrolle. Daß wir neben unserem Beruf Menschen sind, daß wir Zeit und Recht und Kraft haben, es in der ganzen Tiefe und Weite zu sein, zu der uns die Natur begabt hat: dies ist das reale, erstrebenswerte und erreichbare Ziel, das sich unter dem Schlagwort Demokratisierung verbirgt.

Bis wir dahin gelangen, wird noch manches Jahr und Jahrzehnt vergehen. Inzwischen werden die Schieber und Macher fortfahren, das Geld zu scheffeln und sich Schlösser zu bauen, mit Equipagen zu fahren und von obenher zu blicken. Und manch ein feiner Kopf und manch ein stolzes Herz werden sich begnügen müssen, von einem armen unterernährten Körper in ausgefranztem Anzug an den Zäunen entlang geführt zu werden. Da hilft es nichts: bis jenes Programm der Ausgleichung erfüllt sein wird und während wir daran arbeiten, mußt du mit der Demokratisierung bei dir selber anfangen. Durchschaue die Komödie. Laß dich nicht blenden von Macht, Geld, Erfolg, Ruhm. Halte dich nicht für besser, weil es dir besser geht. Halte dich nicht für überlegen, weil du zufällig dort stehst, wo befohlen wird. Aber auch, wenn du dahin gerätst, wo du zu gehorchen hast, werde nicht irre an dir. Laß nicht ab, den Menschen unter dem Kostüm zu erkennen und zu werten, höre nicht auf, von dir zu glauben, daß du bleibst, was du bist. Des Lebens letzte Weisheit ist uralt; sie heißt: spernere se sperni. Diese Kunst ist im Laufe der Jahrhunderte nicht leichter geworden. Wer sie übt, wird Steigen und Fallen, Schichtung und Umschichtung leichter tragen und mag die Zeit der Erfüllung in Ruhe erwarten.

Das klingt freilich mehr nach Moral als nach Politik. Aber vielleicht darf man finden, daß es in letzter und vorletzter Zeit etwas zu viel Politik, und etwas zu wenig Moral gegeben hat.

# Materialien zu den Friedensgesprächen

**Rede Lloyd Georges am 22. Oktober 1917 im Unterhaus.** (The Times, 23. 10. 1917).

„I am not going to predict when the end of the war will come. No man in his senses would prolong it one hour if there were an opportunity for a real and a lasting peace. But it must be a lasting peace. It must not be a peace which is a prelude to a new and a more devastating war."

„Ich will nicht voraussagen, wann das Ende des Krieges kommen wird. Kein Mensch, der bei Sinnen ist, würde ihn auch nur um eine Stunde verlängern wollen, wenn sich die Gelegenheit zu einem wahren und dauernden Frieden böte. Aber es muß ein dauernder Friede sein, kein Friede, der ein Vorspiel zu einem neuen und noch verheerenderen Krieg ist."

„Amidst all discussions about terms and concessions here and there we must keep our eyes steadfastly on the great purposes of the war. It is not a question of territorial readjustment, except in so far as that is necessary for the recognition of national right. It is not a question of indemnities, except in so far as that is essential in order to compensate for wrong inflicted."

„In allen Erörterungen über Friedensbedingungen und Zugeständnisse hüben und drüben müssen wir unser Augenmerk fest auf die großen Ziele des Krieges gerichtet halten. Es handelt sich nicht um die Neuordnung von Gebieten, außer soweit eine solche zur Anerkennung nationaler Rechte notwendig ist. Es handelt sich nicht um Entschädigungen, außer soweit sie wesentlich sind, um geschehenes Unrecht wieder gutzumachen."

**Rede Lloyd Georges vor Arbeitern in der Central Hall am 5. Januar 1918.**
(The Sunday Times, 6. 1. 1918).

„We are not fighting a war of aggression against the German people. Their leaders have persuaded them that they are fighting a war of self-defence against a league of rival nations bent on the destruction of Germany. That is not so. The destruction or disruption of Germany or the German people has never been a war aim with us from the first day of this war to this day."

„Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk. Seine Führer haben es überredet, daß es einen Verteidigungskrieg gegen einen Bund von Nebenbuhlern führt, die es auf seine Vernichtung abgesehen haben. Das ist nicht wahr. Die Vernichtung oder Zerreißung Deutschlands oder des deutschen Volkes hat vom ersten Tage dieses Krieges bis heute niemals zu unseren Kriegszielen gehört."

„The first requirements, therefore, always put forward by the British Government and their Allies has been the complete restoration, political, territorial, and economic, of the independence, of Belgium and such reparation as can be made for the devastation of its towns and provinces. This is no demand for war indemnity, such as that impossed on France by Germany in 1871. It is not an attempt to shift the cost of warlike operations from one belligerent to another."

„Die vornehmsten Forderungen der britischen Regierung und ihrer Verbündeten waren stets die völlige politische, territoriale und wirtschaftliche Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens und seine Entschädigung, soweit eine solche möglich ist, für die Zerstörung seiner Städte und Provinzen. Das ist keine Forderung einer Kriegsentschädigung wie die, die 1871 Frankreich von Deutschland auferlegt wurde. Es ist kein Versuch, die Kosten der Kriegführung von dem einen Kriegführenden auf den anderen abzuwälzen."

„With regard to the German colonies, I have repeatedly declared that they are held at the disposal of a Conference whose decision must have primary regard to the

„Was die deutschen Kolonien betrifft, habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung einer Konferenz stehen, deren Entscheidung zu allererst auf die Wünsche und Interessen

wishes and interests of the native inhabitants of such colonies.

None of these territories are inhabited by Europeans. The governing consideration, therefore, in all these cases must be that the inhabitants should be placed under the control of an administration, acceptable to themselves, one of whose main purposes will be to prevent their exploitation for the benefit of European capitalists or Governments."

der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien Rücksicht nehmen muß.

Keines dieser Gebiete ist von Europäern bewohnt. Der beherrschende Gedanke muß daher in allen diesen Fällen sein, daß die Bewohner einer Verwaltung unterstellt werden, die ihnen selbst annehmbar erscheint und deren Hauptzweck sein wird, ihre Ausbeutung zum Besten europäischer Kapitalisten oder Regierungen zu verhindern."

**Rede Lloyd Georges am 18. Januar 1918 in einer Konferenz von Gewerkschaftsabgeordneten.**
(The Times, 19. 1. 1918).

„You can only make peace with a Government. If the Government does not represent the people of Germany, let them change their Government, and if this Government does not represent the people of this country, they can change it." . . . A Delegate asks: „If the German people decide upon a similar Government to that wich is now in existence in Russia, will this Government recognize their representatives?" Mr. Lloyd George: „We will recognize the representatives of any Government set up by the German people, whatever it is."

„Man kann nur mit Regierungen Frieden schließen. Wenn eine Regierung keine Vertretung des deutschen Volkes ist, so soll das Volk sie ändern, und wenn meine Regierung keine Vertretung des englischen Volkes ist, so kann auch dies sie ändern." . . . Ein Abgeordneter fragt: „Wenn das deutsche Volk sich für eine ähnliche Regierung entscheidet wie die gegenwärtig in Rußland bestehende, wird dann die englische Regierung diese Vertreter anerkennen?" Lloyd George: „Wir werden die Vertreter jeder von dem deutschen Volk eingesetzten Regierung, was sie auch immer sei, anerkennen."

**Rede Lloyd Georges beim Empfang des Bürgerrechts von Manchester am 12. September 1918.**
(The Times, 13. 1. 1918).

„I am for a League of Nations. In fact, the League of Nations has begun. The British Empire is a League of Nations. The allied countries who are fighting the battle of international right are all a League of Nations. If, after the war, Germany repudiates and condemns her perfidy, or rather the perfidy of her rulers then a Germany freed from military domination will be welcome into the great League of Nations. . . . There have been other terms which have been indicated. I have stated them repeatedly on behalf of the British Nation. They were so moderate as to command even the support of the whole of the trade union labour representatives of this country. President Wilson has stated them from time to time, and we stand by them. I will only make this further observation about peace. It must be peace that will

„Ich bin für einen Völkerbund. In Wahrheit hat die Bildung eines Völkerbundes schon angefangen. Das britische Reich ist ein Völkerbund. Die verbündeten Länder, die für das Völkerrecht kämpfen, sind alle zusammen ein Völkerbund. Wenn nach dem Kriege Deutschland seine Wortbrüchigkeit oder vielmehr die Wortbrüchigkeit seiner Beherrscher bereut und verurteilt, dann wird ein Deutschland, das von der Militärherrschaft befreit ist, in dem großen Völkerbund willkommen sein. . . . Noch andere Friedensbedingungen sind angedeutet worden. Ich habe sie wiederholt im Namen des englischen Volkes zusammengestellt. Sie waren so gemäßigt, um sogar die Unterstützung sämtlicher Gewerkschaftsvertreter Englands zu finden. Präsident Wilson hat sich von Zeit zu Zeit darüber ausgesprochen und wir halten daran fest. Nur noch eine Bemerkung über den Frieden will ich machen. Es muß ein Friede sein

lend itself to the common sense and conscience of the nation as a whole. It must not be dictated be extreme men on either side. You cannot allow the Bolshevists to force on us a peace so humiliating as to dishonour and to make a repetition of the horrors of this war inevitable. Nor can we allow Chauvinists to impose terms that will leave a stain upon the conscience of the Allied people and subject them to the inevitable punishment that wrong-doing brings in its train. We must not arm Germany with a real wrong."

der sich dem Gemeinsinn und dem Gewissen des Volkes als ganzen empfiehlt. Er muß nicht von den äußersten Flügeln einer der beiden Welten diktiert werden. Die Bolschewisten dürfen uns keinen so erniedrigenden Frieden aufzwingen, daß wir dadurch entehrt werden und eine Wiederholung des Schreckens dieses Krieges unvermeidlich wird. Ebensowenig können wir den Chauvinisten gestatten, Bedingungen festzusetzen, die das Gewissen der verbündeten Völker beflecken und sie der unvermeidlichen Strafe aussetzen würden, die jedes Unrecht nach sich zieht Wir dürfen Deutschland keine Waffe in die Hand geben dadurch, daß wir ihm ein wirkliches Unrecht zufügen."

**Äußerungen des Präsidenten Wilson.**

I believe that I speak for them when I say two things: . . . . Second, that, when the times comes that we can discuss peace, — when the German people have spokesman whose word we can believe and when those spokesmen are ready in the name of their people to accept the common judgement of the nations as to what shall henceforth be the bases of law and of covenant for the life of the world, we shall be willing and glad to pay the full price for peace, and pay it ungrudgingly. We know what that price will be. It will be full, impartial justice, — justice done at every point and to every nation that the final settlement must affect, our enemies as well as our friends.

You catch, with me, the voices of humanity that are in the airy. They grow daily more audible, more articulate, more persuasive, and they come from the hearts of men every where. They insist that the war shall not end in vindictive action of any kind; that no nation or people shall be robbed or punished because the irresponsible rulers of a single country have themselves done deep and abominable wrong. It is this thought that has been expressed in the formula: „No annexations, no contributions, no punitive indemnities."

**Ansprache vom 4. Dezember 1917.**

Ich glaube, daß ich für das Volk spreche, wenn ich zweierlei sage: . . . . . Zweitens, daß, wenn die Zeit kommt, wo wir über Frieden sprechen können — wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir vertrauen können und wenn diese Sprecher bereit sein werden, sich namens ihres Volkes dem allgemeinen Urteil der Nationen darüber zu unterwerfen, was künftig die Grundlage von Recht und Abmachung im Leben der Welt sein soll, — daß wir alsdann freudig bereit sein werden, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen und ihn ohne Murren zu zahlen. Wir wissen, welches dieser Preis sein wird. Es wird volle, unparteiische Gerechtigkeit sein, — Gerechtigkeit in jedem Punkt und gegen jede Nation, die die schließliche Auseinandersetzung angeht, unsere Feinde ebenso wie unsere Freunde.

Sie hören mit mir die Stimmen der Menschlichkeit durch den Äther klingen. Täglich klingen sie vernehmbarer, deutlicher, überzeugender und gewinnender, und sie kommen von überall aus den Herzen der Menschen. Sie bestehen darauf, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendwelcher Art enden soll, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden soll, weil die unverantwortlichen Herrscher eines Landes ihrerseits ein schweres und verabscheuungswürdiges Unrecht begangen haben. Es ist dieser Gedanke, der in der Formel „keine Annexionen, keine Kontributionen und keine strafweisen Entschädigungen" zum Ausdruck kommt.

But the fact that a wrong use has been made of a just idea is no reason why a right use should not be made of it. It ought to be brought under the patronage of its real friends.

We shall be free to base peace on generosity and justice, to the exclusion of all selfish claims to advantage even on the part of the victors.

We intend no wrong against the German Empire. No one is threatening the existence or the independence or the peaceful entreprise of the German Empire.

The wrongs, the very deep wrongs, committed in this war will have to be righted. That of course.

But they cannot and must not be righted by the commission of similar wrongs against Germany and her allies. The world will not permit the commission of similar wrongs as a means of reparation and settlement. Statesmen must by this time have learned that the opinion of the world is everywhere wide awake and fully comprehends the issues involved.

Aber die Tatsache, daß mit einem gerechten Gedanken Mißbrauch getrieben worden ist (gemeint ist von seiten Deutschlands), ist kein Grund, daß nicht ein richtiger Gebrauch davon gemacht werde. Er muß unter den Schutz seiner wahren Freunde gestellt werden.

Es wird uns freistehen, den Frieden auf Großmut und Gerechtigkeit aufzurichten unter Ausschluß aller selbstsüchtigen Ansprüche, selbst auf seiten der Sieger.

Wir haben kein Unrecht gegen das Deutsche Reich vor. Kein Mensch bedroht Dasein, Unabhängigkeit oder friedliche Betätigung des Deutschen Reiches.

Die Rechtsverletzungen, die sehr schweren, in diesem Kriege begangenen Rechtsverletzungen, werden gutgemacht werden müssen. Das ist selbstverständlich.

Aber sie können und dürfen nicht durch die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen gegen Deutschland und seine Bundesgenossen gutgemacht werden. Die Welt wird die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen als ein Mittel zur Wiederherstellung und Auseinandersetzung nicht zulassen. Die Staatsmänner müssen nachgerade gelernt haben, daß die öffentliche Meinung der Welt allerwärts wach geworden ist und die Fragen, um die es sich handelt, vollständig versteht.

### Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918.

The day of conquest and aggrandizement is gone by; so is also the day of secret convenants entered into the interest of particular governments and likely at some unlooked-for moment to upset the peace of the world. It is happy fact, now clear to the view of every public man whose thoughts do no still linger in an age that is dead and gone, which makes it possible for every nation whose purposes are consistend with justice and the peace of the world to avow now or at any other time the objects it has in view.

Der Tag der Eroberungen und Vergrößerungen ist vorbei, ebenso der Tag heimlicher Verträge, die im Interesse einzelner Regierungen geschlossen und geeignet sind, in einem unvorhergesehenen Augenblicke den Weltfrieden zu stören. Diese beglückende Tatsache liegt jetzt klar für jeden Staatsmann, dessen Gedanken nicht noch jetzt in einem Zeitalter, das tot und vergangen ist, verweilen; sie macht es für jede Nation, deren Ziele mit der Gerechtigkeit und den Frieden der Welt vereinbar sind, möglich, jetzt oder zu jeder anderen Zeit die Ziele, die sie vor Augen hat, zu bekennen.

### Ansprache an den Kongreß vom 11. Februar 1918.

„Self-determination" is not a mere phrase. It is an imperative principal of action, which statesmen will henceforth ignore at their peril.

Das „Selbstbestimmungsrecht" ist nicht eine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden.

## Ansprache in Baltimore am 6. April 1918.

We have ourselves proposed no injustice, no agression. We are ready, whenever the final reckoning is made, to be just to the German people, deal fairly with the German power, as with all others. There can be no difference between peoples in the final judgement, if it is indeed to be a righteous judgement. To propose anything but justice, evenhanded and dispassionate justice, to Germanity at any time, whatever the outcome of the war would be to renounce and dishonor our own cause. For we ask nothing that we are not willing to accord.

In such a program our ideals, the ideals of justice and humanity and liberty, the principle of the free self-determination of nations upon which all the modern world insists, can play no part.

They are rejected for the ideals of power, for the principle that the strong must rule the weak, that trade must follow the flag, whether those to whom it is taken welcome it or not, that the peoples of the world are to be made subject to the patronage and overlordship of those who have the power to enforce it.

That program once carried out, America and all who care or dare to stand with her must arm and prepare themselves to contest the mastery of the World, a mastery in which the rights of common men, the rights of women and of all who are weak, must for the time being be trodden under foot and disregarded, and the old, age-long struggle for freedom and right begin again at its beginning. Everything that America has bring to a glorious realization will have fallen in utter ruin and the gates of mercy once more pitilessly shut upon mankind!

Wir wollen keine Ungerechtigkeit und haben keine Angriffsabsichten. Wir sind bereit, bei der Endabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und Deutschland genau so wie die anderen Mächte redlich zu behandeln. Bei diesem Endurteil kann kein Unterschied zwischen den Völkern gemacht werden, wenn es wirklich gerecht ausfallen soll. Wir würden unsere eigene Sache entehren, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch und mit dem leidenschaftlichen Wunsch nach Gerechtigkeit nach allen Seiten behandelten, wie auch der Krieg ablaufen möge. Denn wir fordern nichts, was wir nicht ebenfalls zu bewilligen bereit wären.

In einem derartigen Programm finden unsere Ideale der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die von der ganzen Welt gefordert werden, keinen Platz. Sie würden verdrängt durch das Machtideal, durch den Grundsatz, daß der Starke den Schwachen regiert, daß der Handel der Flagge folgen muß, gleichgültig, ob diese Flagge von denen, zu denen sie gebracht wird, gewünscht wird oder nicht. Die Völker der Welt würden dem Schutz und der Herrschaft jener unterworfen werden, die die Macht haben.

Wenn ein derartiges Programm einmal ausgeführt ist, dann müßten Amerika und alle, die sich an seine Seite stellen, sich bewaffnen und zum Kampf für die Freiheit der Welt und gegen die Herrschaft vorbereiten, unter der die Rechte der Bürger, die Rechte der Frauen und die Rechte aller, die schwach sind, mit Füßen getreten werden. Der alte jahrhundertelange Kampf für Freiheit und Recht müßte wiederum seinen Anfang nehmen. Alles, wofür Amerika gelebt, was es geliebt und gepflegt hat, würde zusammbrechen und der Welt würde mitleidslos jede Gnade versagt sein.

## Ansprache an mexikanische Journalisten am 9. Juni 1918.

Our action is absolutely distinterested, and if you care to study the attitude of our people you will see that nothing stimulates them more deeply than the assurance that as far as we are concerned

Unser Handeln ist von keinem Eigeninteresse geleitet, und wenn Sie die Haltung unseres Volkes studieren wollen, so werden Sie sehen, daß es durch nichts mehr angespornt wird als durch die Überzeugung, daß wir für

we are waging this war for purely idealistic purposes.

These are the ends for which the associated peoples of the world are fighting and which must be conceded them before there can be peace.

The settlement of every question, whether of territory, of sovereignty, of economic arrangement, or of political relationship, upon the bases of the free acceptance of that settlement by the people immediately concerned, and not upon the bases of the material interest or advantage of any other nation or people which may desire a different settlement for the sake of its own exterior influence or mastery.

We accepted the issues of the war as facts, not as any group of men either here or elsewhere had defined them, and we can accept no outcome which does not squarely meet and settle them. These issues are these: Shall the military power of any nation or group of nations be suffered to determine the fortunes of peoples over whom they have no right to rule except the right of force?

Shall strong nations be free to wrong weak nations and make them subject to their purposes and interest?

Shall there be a common standard of right and privilege for all peoples and nations or shall the strong do as they will and the weak suffer without redress?

They are the issues of it; and they must be settled definitely and once for all and with a full and unequivocal acceptance of the principle that the interest of the weakest is as sacred as the interest of the strongest. This is what we mean when we speak of a permanent peace, if we speake sincerely intelligently, and with a real knowledge and comprehension of the matter we deal with.

If it be indeed and in truth the common objects of the Governments associated will be against Germany and of the nations whom they govern, as I believe it to be, to achieve by the coming settlements a secure and lasting peace, it will be necessary that all who sit down at the peace

unsern Teil den Krieg für rein idealistische Ziele führen.

Dies sind die Ziele, für die die verbundenen Völker der Welt kämpfen und die sie erreichen müssen, bevor Frieden werden kann.

Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen, wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar davon betroffen ist, und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgend eines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht.

Wir haben die Kernfragen des Krieges als Tatsachen, nicht als Konstruktion irgendeiner Gruppe von Menschen hier oder dort hingenommen, und wir können auch kein Ergebnis hinnehmen, das ihnen vollständig gerecht wird. Die Kernfragen sind folgende: Soll die Militärmacht irgend eines Staates oder einer Staatengruppe die Geschicke von Völkern bestimmen dürfen, über die sie kein Herrschaftsrecht außer dem der Gewalt haben?

Sollen starke Staaten schwachen unrecht tun dürfen und sie zum Mittel ihrer Zwecke und Interessen machen dürfen?

Soll es einen allgemeinen Maßstab von Rechten und Vorrechten für alle Völker und Staaten geben, oder sollen die starken tun können, was ihnen beliebt, während die schwachen wehrlos leiden müssen?

Diese Fragen müssen gelöst werden endgültig ein für allemal unter voller unzweideutiger Wahrung des Grundsatzes, daß das Interesse des Schwächsten und das des Stärksten gleich heilig ist. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von einem dauernden Frieden sprechen, sofern wir das aufrichtig, verständnisvoll und mit wirklicher Kenntnis und Auffassung des Gegenstandes tun.

Wenn es in Tat und Wahrheit das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland vereinten Regierungen und ihrer Völker ist, in den kommenden Friedensverhandlungen einen sicheren und dauernden Frieden zustande zu bringen, werden alle, die am Verhandlungstische Platz nehmen, bereit und willens sein

table shall come ready and willing to pay the price, the only price that will procure it; and ready and willing, also, to create in some virile fashion the only instrumentality by which it can be made certain that the agreements of the peace will be honored and fulfilled. That price is impartial justice in every item of the settlement, no matter whose interest is crossed; and not only impartial justice but also the satisfaction of the several peoples whose fortunas are dealt with. That indispensible instrumentality is a League of Nations formed under covenants that will be efficacious. Without such an instrumentality, by which the peace of the world can be guaranteed, peace will rest in part upon the word of outlaws, and only upon that word. For Germany will have to redeem her character, not by what happens at the peace table but what follows.

müssen, den einzigen Preis zu zahlen, um den er allein zu haben ist, auch müssen sie bereit und willens sein, mit männlichem Mut das einzige Werkzeug zu schaffen, das die Ausführung der Friedensbedingungen sicherstellen kann. Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkte, gleichgültig, wessen Interesse dadurch durchkreuzt wird, und nicht nur unparteiische Gerechtigkeit, sondern auch Befriedigung aller Völker, deren Geschicke zur Entscheidung kommen. Und dieses unparteiische Werkzeug ist ein Bund der Völker unter Verträgen, die ohne ein solches den Weltfrieden sicherndes Werkzeug unwirksam sein werden. Sonst wird der Friede teilweise oder ganz auf dem Wort von Geächteten beruhen, denn Deutschland wird seinen guten Ruf wieder herzustellen haben, nicht durch das, was am Verhandlungstisch vorgeht, sondern durch das, was nachfolgt.

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Clemow in Berlin-Lichterfelde West. Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse
**An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.**
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 68, Hedemannstraße 36/37

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

**Grenzboten**

den Bezug zum I. Vierteljahr 1919 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 9.— M.

Verlag der
**Grenzboten**
G. m. b. H.
Berlin SW 11

# Katholizismus und Völkerversöhnung

Von Dr. Karl Buchheim

Der Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg hat im Sommer dieses Jahres aus zahlreichen Beiträgen katholischer Wissenschaftler ein Sammelwerk erscheinen lassen unter dem Titel „Deutschland und der Katholizismus; Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Geistes- und Gesellschaftslebens“ (herausgegeben von Dr. Max Meinertz und Dr. Hermann Sacher bei Herder in Freiburg, 2 Bände, geb. 29 M.). Geschrieben sind die Abhandlungen zu einer Zeit, als die Hoffnung auf einen deutschen Sieg noch stark war: das Vorwort, datiert vom Feste Peter und Paul (29. Juni 1918), deutet diese Voraussetzung mit folgendem Satze ausdrücklich an: „So mag denn dieses Werk zu einer Zeit, da das deutsche Volk die Früchte seiner beispiellosen Kraftleistung reifen sieht, hinausgehen.“ Gelesen werden muß es nun aber in einer Lage, wo unsere weltpolitischen Hoffnungen zerbrochen sind. Die Früchte, die uns gereift sind, schmecken bitter, und noch wissen wir nicht, wie wir sie überhaupt vertragen werden. Alle Verhältnisse sind gründlich geändert. Wahrscheinlich hat der Leser heute wenig Lust, sich mit einem umfangreichen Werke zu beschäftigen, das mit Voraussetzungen zu rechnen scheint, die bei weitem nicht mehr zutreffen. Indessen darf man gerade diesen Bänden gegenüber nicht vergessen, daß es sich um eine Kundgebung des Katholizismus handelt, dessen politische und kulturelle Anschauungen auch unter der neuen Staatsordnung gewiß nicht belanglos sein werden. Denn sie sind älter als jede Staatsordnung, die im heutigen öffentlichen Leben als alt oder neu diskutiert wird, und jede muß sie berücksichtigen, wenn sie nicht auf Granit beißen will. Kürzlich erzählte mir ein evangelischer Feldgeistlicher von seinen Eindrücken aus der jüngsten Umsturzbewegung: niemand habe in dem Revolutionstrubel der Soldaten eine ruhigere Figur gemacht als sein katholischer Kollege, ein feiner alter Franziskanerpater, der auf seinem Pferde gegenüber dem allgemeinen Geschrei und der Auflösung so recht die Ruhe verkörpert habe, die man auf dem Felsen Petri auch dann findet, wenn Staat und Gesellschaft aus den Fugen gehen.

Mitteleuropa, im Kriege besiegt und aller Klammern der bisherigen politischen Ordnung beraubt, ist heute ein Hexenkessel durcheinanderwogender Ansprüche von Nationalitäten und sozialer Klassen. Die dringendste Aufgabe des Tages ist zunächst, überhaupt Frieden zu schaffen und neue geordnete Beziehungen unter den Völkern Europas. Je nachdem, ob diese Beziehungen Bürgschaften der Versöhnung in sich tragen oder eine latente allgemeine Verfeindung bewahren werden, wird auch der innere Aufbau unseres Staates verschieden ausfallen. Ich halte es daher für zeitgemäß, aus der reichen Fülle des Materials nur eine Abhandlung des katholischen Sammelwerkes hier auszuwählen, indem ich mir vorbehalte, auf andere bei späterer Gelegenheit zurückzukommen. Es handelt sich um

die des Regensburger Domdekans Franz Xaver Kiefl über den „Katholizismus als völkerverbindende Macht der Zukunft" (Bd. I S. 407 bis 428).

Kiefl schätzt die völkerverbindenden Kräfte des Katholizismus besonders hoch ein. Er kann sich dabei auf das Urteil Macaulays und Auguste Comtes berufen. Man wird ihr Vorhandensein in der Tat gern anerkennen. Die schwerste Belastungsprobe für dies Anerkenntnis bildet die Tatsache des großen Geisteskampfes zwischen dem deutschen und dem französischen Katholizismus, den der Krieg hervorgerufen hat. Ich habe früher in diesen Heften darüber berichtet.[1]) Kiefl weist darauf hin, daß die Kriegserklärung des französischen Katholizismus an den deutschen nicht in der Form erfolgt sei, daß die Franzosen einfach die kirchliche Gemeinschaft mißachteten, sondern weil sie den deutschen Staats- und Volksgeist unter dem Einfluß Hegels oder Nietzsches für kirchenfeindlich und die deutsche Kirche unter der Wirkung solchen Geistes selbst für nicht mehr gut katholisch hielten. Man könnte also sagen, daß gerade die Sorge um die katholische Einheit die Angriffe des französischen Klerus auf die deutsche Kirche hervorrief. Kiefl selbst betont, daß die Auffassung nur unter einem sehr subjektiv-nationalen Gesichtswinkel zu gewinnen war, unter dem die französischen Katholiken um so leidenschaftlicher die Dinge betrachteten, je mehr sie unter dem Abfall der Mehrheit der eigenen Volksgenossen vom Katholizismus herbe religiöse und patriotische Schmerzen litten. Zugegeben, daß die französischen Katholiken ihre Angriffe auf den deutschen Geist wirklich nicht bloß aus nationalistischen Beweggründen, sondern auch aus katholischer Überzeugung heraus unternahmen, so konnten sie doch die Überzeugung, die deutsche Kirche sei von einem gefährlichen akatholischen Geiste vergiftet, nur gewinnen, weil sie sie nicht ohne nationalistische Voreingenommenheit und eine gewisse Eifersucht angesichts des durch die Kirchenfeindschaft breiter maßgebender Volkskreise drohenden Niederganges der französischen Kirche ansehen konnten. Kiefl wird nicht leugnen, daß französisch-lateinischer Rassenchauvinismus denn doch bei den Franzosen zeitweilig mächtig genug war, das katholische Bewußtsein zu trüben. Diese Tatsache habe ich in meinem vorhin zitierten Aufsatze absichtlich scharf hervorgehoben. Wir würden uns selbst täuschen, wenn wir sie vergessen wollten. Ich will aber nicht im mindesten daran zweifeln, daß durch eifrige Propaganda für die Erkenntnis der Wahrheit und Anerkennung des wunderlichen Geistes auch gegenüber den deutschen Katholiken in Zukunft ein besseres Verständnis der französischen Kirche für die deutsche angebahnt werden kann. Ich glaube und hoffe von Herzen, daß der Katholizismus gerade auch zwischen Deutschland und Frankreich manches Band der Versöhnung knüpfen könnte. Nur muß man nicht denken, daß der französische Katholizismus aus dem Kriege heraus schon völlig versöhnungsfertig käme. Das beste ist hier erst noch zu tun.

Hat also der Katholizismus, wie das Beispiel der tiefen Verfeindung auch der Gläubigen Deutschlands und Frankreichs beweist, für die Aufgabe der Völkerversöhnung leider nichts Vollkommenes geleistet, so hat Kiefl zweifellos recht, wenn er sagt, daß andere Mächte, die dazu berufen gewesen wären, wohl noch mehr versagt hatten. Von Comte stammt die Idee, daß die internationale moderne Wissenschaft an Stelle der alten Concordantia catholica berufen sei, die Völker zu vereinigen. Bewußt oder unbewußt in seinem Geiste haben vor dem Kriege die europäischen und amerikanischen Akademien nicht nur an der Bewältigung internationaler Aufgaben der Wissenschaft gearbeitet, sondern auch durch Austauschprofessoren, Kongresse und Festlichkeiten die völkerversöhnende Aufgabe der Gelehrtenrepublik direkt zu fördern gesucht. Kiefl weist aber mit Recht darauf hin, daß diese modernen Bestrebungen die mittelalterliche Solidarität der katholischen Wissenschaft mit ihrer internationalen lateinischen Lehrsprache bei weitem nicht erreicht haben. Bei Ausbruch des Krieges siegte in den Akademien sehr vielfach sofort der nationalistische Geist; die Wissenschaft selber stellte sich in den Dienst der Kriegsrüstung und Kriegspropaganda, und ein Gelehrter

[1]) „Lateinisch oder Katholisch", Grenzboten 1918 Nr. 9.

wie Wundt hat ja den Philosophien der europäischen Kulturvölker ihre nationale Bedingtheit nachgewiesen.

Die Versöhnung zwischen Deutschland und England speziell hat neben der modernen Wissenschaft immer der Protestantismus sich als Ziel gesetzt. Aber auch er ist damit gescheitert. Das protestantische Bistum Jerusalem, das einst Friedrich Wilhelm der Vierte in Gemeinschaft mit der anglikanischen Hochkirche gründete, hat keinen Bestand gehabt. Das Ideal einer protestantischen Weltkirche ist seiner Verwirklichung nicht näher gekommen. „Harnacks weit vorausschauendes hochsinniges Streben, die eherne Notwendigkeit des heraufziehenden Krieges durch Betonung der geistig-religiösen Gemeinschaft zwischen Deutschland und England zu bannen, wird stets ein Denkmal deutscher Friedensliebe bleiben. Aber sein Ideal der geistigen Kulturgemeinschaft zwischen Deutschland und England-Amerika als der Lenkerin der Weltgeschichte liegt in Millionen Scherben zerbrochen" (Kiefl S. 419). Die Kulturgüter, die hüben und drüben die beiden Völker einigen sollten, stiften vielmehr Wettbewerb und entzweien sie. Im engeren religiösen Sinne aber ist, wie Kiefl mit Recht betont, das deutsche Luthertum doch grundsätzlich sehr verschieden vom englischen Protestantismus. Am schroffsten ist der innere Gegensatz zu den großen angelsächsischen Freikirchen, besonders den überseeischen Gewächsen unter ihnen. Dieser angelsächsische Calvinismus ist die religiöse Seite des Kapitalismus (vgl. die Forschungen von Max Weber und Ernst Troeltsch), der dem Geiste des Luthertums nicht minder fremd ist als dem des Katholizismus. Das Luthertum verdankt der in England entstandenen Aufklärung, die das englische Christentum selbst nicht zersetzen konnte, nur allerhand auflösende Tendenzen. Die englische Hochkirche aber ihrerseits hat die Versuche einer Union mit dem deutschen Protestantismus damit beantwortet, daß sie die ihr eigentümlichen ritualistischen und katholisierenden Elemente verstärkte und von jeder Gemeinschaft mit anderen Protestanten weiter abrückte als je zuvor.*) Angesichts dieser Tatsache geht Kiefl so weit, daß er statt des Protestantismus für die Zukunft weit eher dem Katholizismus die Fähigkeit zuschreibt, der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem englischen Volk zu dienen. Er beruft sich darauf, daß im englischen Protestantismus der positive Christenglaube weit weniger erschüttert ist als im evangelischen Teile des deutschen Volkes, und er rechnet damit, daß der kapitalistische Geist, der heute in der angelsächsischen Welt den Calvinismus als adäquate Religionsform begünstigt, doch einmal vom Throne gestürzt werden müsse. Dann werde, wenn nur der Christenglaube in den angelsächsischen Völkern erhalten bleibe, die Tradition des vorkapitalistischen katholischen England wieder zum Leben erwachen. Kiefl wird sich wohl selbst bewußt sein, daß, wenn die Dinge so liegen, für die Gegenwart vom Katholizismus kaum stärkere verbindende Klammern zwischen uns und den Angelsachsen zu erwarten sind, als sie der Protestantismus schmieden konnte. Solange der angelsächsische Kapitalismus seine Triumphe feiert, hat diese Rasse wenig Sinn für europäische Solidarität. Aber auch wir deutschen Protestanten werden gern mit Kiefl gläubig auf den Tag hoffen, da dieser Gose in den Staub sinkt. Wir haben unsern Militarismus ertragen, weil wir glaubten, er trüge dazu bei. Damit sind wir gescheitert. Viele werden sich jetzt mit dem Sozialismus abfinden, weil sie hoffen, daß aus ihm vielleicht der Rächer erstehen könnte, der uns von dem Joch, das uns jetzt der englische Kapitalismus auferlegt, wieder befreit.

Den Sozialismus erwähnt Kiefl nicht unter den Mächten, die für Völkerversöhnung zu wirken versucht haben. Er hätte zu der Zeit, wo er seine Abhandlung schrieb, auch nur sagen können, daß der Sozialismus dieses Ziel ebensowenig erreicht hat wie die anderen geistigen Mächte. Auch die internationale Arbeiterbewegung hat den Krieg nicht verhindern können, auch sie hat nationalistische Einflüsse erfahren, auch ihr Versuch, auf einer internationalen Konferenz in Stockholm einen Verständigungsfrieden vorzubereiten, ist mißglückt. Aber inzwischen hat der Sozialismus, mehr wie jede andere Richtung, wieder neue Zu-

*) Vgl. Guthke, Wird England katholisch werden? Grenzb. 1917 Nr. 13.

versicht bekommen, daß er das große Ziel der Völkerverbrüderung dennoch erreichen werde. Er hofft, den imperialistischen Kapitalismus jetzt durch gewaltsame Revolution stürzen zu können. In Rußland und in den mitteleuropäischen Reichen hat die Revolution bereits gesiegt. Bald, so glaubt er, wird auch über Italien, über Frankreich, über England die rote Fahne wehen. Dann ist Raum für eine neue Weltordnung der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Völkerversöhnung.

Wenn heute ein Sozialdemokrat den Satz von Kiesl liest: „Es gibt nur eine Macht, welche die Völker sittlich binden und innerlich verbrüdern kann: das Christentum" (S. 424), so wird er noch weit lieber als früher geneigt sein, überlegen zu lächeln und mit guter Zuversicht am Rande bemerken, der Sozialismus werde noch viel vollkommener die Völker binden und verbrüdern, als es das Christentum je vermocht habe. Die Weltrevolution ist nahe herbeigekommen. So wie die ersten Christen das Kommen des Reiches Gottes über Nacht erwarteten und fast täglich nach den Wolken des Himmels sahen, ob nicht der Weltenrichter auf ihnen herniederschwebe, so hat der Weltkrieg den gläubigen Sozialdemokraten die Aussicht beschert, daß sie den Zukunftsstaat, ihr ersehntes Paradies auf Erden, in wenigen Jahren noch zu erleben hoffen dürfen. Der alte Bebel erwartete auch, den Zukunftsstaat noch zu schauen. Dieser schier apokalyptische Glaube hat sich an ihm zwar nicht erfüllt, tut es aber vielleicht an seinen unmittelbaren Nachfolgern. Auch außerhalb der Sozialdemokratie stellt man uns die Weltrevolution in sichere Aussicht: ich verweise z. B. auf den Aufsatz von Dr. Richard Hennig: „Die drohende Atomisierung der Großmächte" in Nr. 49 der Grenzboten. Der Weltrevolution aber muß es dann doch wohl ein Leichtes sein, den sozialistischen Grundsätzen über Völkerverständigung Anerkennung zu erzwingen.

Ich für meine Person möchte noch bezweifeln, ob die Weltrevolution wirklich unmittelbar bevorsteht. Man kann nicht ohne weiteres sagen, ebenso gut, wie der russische Umsturz nach ein bis anderthalb Jahren auf Deutschland übergegriffen habe, werde er in kaum längerer Zeit auch die Ententeländer anstecken. Deutschland war während der ganzen Entwicklung der russischen Revolution bereits ein Staat, der, wie wir heute wissen, langsam aber sicher einer schweren Niederlage entgegenging. In solcher Lage war der Boden doch noch anders für die Revolution vorbereitet, als heute im siegreichen Frankreich oder England, mag dort auch noch so viel revolutionärer Zündstoff aufgehäuft sein. Aber selbst wenn Frankreich und England heute der Revolution entgegentrieben: wer kann wissen, ob nicht bis dahin in Rußland und Deutschland die Revolution bereits abgewirtschaftet hat! In Rußland scheint das Bolschewikiregiment seinem Ende zuzusteuern, und in Deutschland wird unter dem Druck der Ententeheere und dem wachsenden Unwillen der Frontsoldaten und sehr weiter sonstiger Volkskreise die Herrschaft der Arbeiterräte bald von einer geordneten demokratischen Zentralgewalt abgelöst werden. Die Nationalversammlung wird uns wahrscheinlich eine demokratische Republik mit starkem sozialistischem Einschlag, aber keine proletarisch-revolutionäre Diktatur bescheren. Dann wird Deutschland nicht in dem Grade Propagandaherd für den Umsturz in Westeuropa sein, wie das bolschewistische Rußland es für uns gewesen ist. Siegt aber wirklich die proletarische Revolution, wenn nicht jetzt, so doch bei späterer Gelegenheit, in der ganzen Welt, dann werden die siegreichen Arbeitermassen erst den Beweis zu erbringen haben, ob sie gegenüber den kapitalistischen Unternehmern die internationalen Beziehungen wirklich veredeln können. Es ist auch möglich, daß der kapitalistische Imperialismus nur von einem Sozialimperialismus abgelöst wird, der vielleicht kaum minder wilden und gewalttätigen Haß zwischen den Völkern sät. In Australien z. B., wo die Arbeiterpartei längst die Herrschaft hat, ist sie der Träger des unerbittlichen Rassenhasses gegen die Gelben. Nicht anders denken die weißen Arbeiter im Westen von Nordamerika über die „Völkerverbrüderung". Die proletarische Revolution führt an Stelle des Klasseninteresses der Unternehmer das Klasseninteresse der Arbeiter zur politischen Macht. Es ist zu fürch-

ten, daß die Interessen der überall siegreichen sozialistischen Revolution sich auch bald Volk wider Volk wenden würden. Auch dem Kapitalismus hat man zur Zeit Cobdens völkerversöhnende Wirkungen zugeschrieben. Man meinte, der Weltfriede sei nahegerückt, wenn nur erst der Feudalkaste und den Kabinetten der Fürsten die politische Macht genommen, und die bürgerliche Klasse überall siegreich sei. Statt dessen haben sich die Gegensätze unter den Völkern verschärft bis zur jetzigen Katastrophe. Der Sozialismus ist uns erst den Beweis schuldig, daß er es besser machen würde, als das kapitalistische Bürgertum, wenn er in der Welt zur Macht käme. Den schönen Phrasen jetzt zu glauben, haben wir nach den Erfahrungen mit der Bourgeoisie keinen Anlaß. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß Bildung und Sittlichkeit der siegreichen Arbeiter auf ein höheres Niveau kommen würden als beim Bürgertum in seiner Blütezeit.

Der Sozialismus begeht einen verhängnisvollen Fehler, indem er seine Hoffnung, die Beziehungen der Völker verbessern zu können, auf das materielle Interesse einer Klasse stützt. Der materialistische Geist des Marxismus, der die Sozialdemokratie so hoch aufwärts geführt hat, wird auch wieder ihr Totengräber werden. Sittlich binden und verbrüdern kann auf die Dauer keine Klassensolidarität, und wäre sie auch noch so fest begründet, sondern nur jene Macht, die die Herzen der Menschen zur Liebe lenkt: die Religion. Darum gebe ich auch heute, wo der Sozialismus meint, die Welt erobern zu können, Kiefl recht, wenn er sagt, nur das Christentum könne die europäischen Völker einander wahrhaft annähern. Unter den christlichen Kirchen verfügt die katholische bei weitem über die besten internationalen Beziehungen, zum mindesten in Europa. In den überseeischen Ländern mag ihr der angelsächsische Calvinismus vielleicht gleichstehen. Darum glaube ich mit Kiefl, daß trotz allem Sozialismus die völkerverbindenden Kräfte des Katholizismus uns beim Wiederaufbau Europas besonders wertvoll sein müssen.

Für günstig hält Kiefl die Aussichten einer Annäherung der orientalischen Christenvölker an Europa dadurch, daß es gelingen könne, sie mit der katholischen Kirche zu vereinigen. Mir will scheinen, als hätte die Niederlage Mitteleuropas und der Zerfall Österreichs diese Aussichten allerdings wieder verschlechtert. Anderseits ist mit dem russischen Zarismus der antirömische Mittelpunkt der östlichen Kirchen verschwunden. Nach wie vor hat jedenfalls im Osten die römische Kirche wirklich ein weites Feld für eine Kulturmission, die wir vom deutschen Standpunkt jetzt nur ebenso warm unterstützen können, wie wir es getan hätten, wenn es uns vergönnt gewesen wäre, als Sieger die Mitte und den Osten Europas neu zu ordnen. Die Christianisierung der Menschenherzen ist in Ost und West, ja in aller Welt der einzige Weg, auf dem die Völkerversöhnung wahrhaft gefördert werden kann. Denn Friede auf Erden kann es, wie die Engel in der Christnacht verkündeten, nur bei den Menschen werden, die eines guten Willens sind.

# Der 8-Stundentag — ein nationales Unglück

Von Dr. Bücher

Wenn man die deutschen Zeitungen der letzten Wochen liest, so kommt man — soweit sie überhaupt einen positiven Inhalt haben und sofern sie die Meinung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen, zu der Überzeugung, daß es bisher doch nur recht wenigen klar geworden ist, was es heißt, den Krieg verloren zu haben. Wäre dies den großen Massen des Volkes zum Bewußtsein gekommen, so würden sie erkannt haben, daß es zunächst gilt, der äußeren Lage des Reiches gerecht zu werden und dann erst an den grundlegenden Neu-

aufbau im Innern zu denken. Sicher würde dann nicht soviel zerstört werden, was doch mit Mühe und Not wieder aufgebaut werden muß! Es ist sich wohl kein denkender Deutscher darüber im Zweifel, daß eine grundsätzliche Reform unserer inneren Verhältnisse notwendig ist, denn die ganze Nation hat die Fehler des alten Systems furchtbar zu büßen und trägt kein Verlangen nach einer Rückkehr desselben. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes will, daß an Stelle des alten ein freies, auf demokratischer Grundlage aufgebautes Deutschland ohne die Fehler des alten Systems, aber auch unter Hinnübernahme dessen, was an diesem gut war, erstehen möge. Sind wir nun aber frei? Können wir uns diese Demokratie zurzeit so einrichten, wie wir es für richtig halten und wie wir es gerne wollen, selbst vorausgesetzt, daß wir im Innern wirklich einig über die Art der Durchführung der Reformen wären, was leider nicht der Fall ist? Wir sind es nicht! Vielmehr sind wir in eine solche Abhängigkeit von unseren Gegnern — leider durch eigene Schuld — geraten, daß diese über uns zu beschließen haben. Selbst wenn diese — was noch gar nicht sicher steht — sich in der nächsten Zukunft nicht direkt in unsere inneren Verhältnisse einmischen werden, so werden sie es aber umsomehr indirekt tun, ohne daß wir imstande sind, uns dagegen aufzulehnen.

Um den Gewinn des Krieges für sich sicher zu stellen, werden sie in der Hauptsache eins von uns fordern, nämlich Arbeit und wieder Arbeit. Unser Selbstbestimmungsrecht gewinnen wir erst wieder, wenn wir diese von unseren Gegnern für notwendig erachtete Arbeit geleistet haben. Wir müssen in der nächsten Zukunft doppelt arbeiten, um unser Selbstbestimmungsrecht wieder zu erlangen, um uns als freie Bürger unserer geliebten Heimat fühlen zu können. Alle anderen Gedanken haben hinter diesem wichtigsten zurückzutreten.

Unter diesen Verhältnissen mutet es wie kindlicher Unverstand an, wenn, wie wir es in den letzten Wochen häufig feststellen konnten, alles getan wird, um unsere Arbeitskraft zu verringern, d. h. die Abhängigkeit von unseren Gegnern zu verlängern, und die Durchführung der notwendigen großen inneren Reformen auf eine unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

Eine solche zwar gut gemeinte, aber doch sehr übereilte Maßnahme der derzeitigen Machthaber im deutschen Reiche ist der Achtstundentag. Er ist zunächst eine theoretische Konstruktion und dadurch wird seine Durchführung zum Experiment. Und zwar zu einem solchen, das an die Wurzeln unseres ganzen bisherigen Wirtschaftslebens faßt. Ist es, wie der Krieg neben allen früheren Erfahrungen zur Evidenz gezeigt hat, für ein Volk schon an und für sich eine große Gefahr, in schwierigen Zeiten überhaupt in so weitem Maßstabe zu experimentieren, so ist dies noch viel mehr der Fall, wenn sich gegen dieses Experiment die gewichtigsten Bedenken erheben lassen. Was bedeutet denn der Achtstundentag, so wie er eingeführt worden ist, für das deutsche Wirtschaftsleben? Kurz ausgedrückt lautet die Antwort: Eine Verringerung der Produktion um ein Fünftel und damit Erhöhung der Produktionskosten um mehr als das gleiche. Das heißt doch in anderen Worten: Wir können weniger an das Ausland liefern und müssen es zu teureren Preisen verkaufen, wenn wir ein dauerndes Geschäft machen wollen. Man kann hier nun einwerfen, daß eine Verringerung der Arbeitsleistung nicht unbedingte Folge der Verkürzung der Arbeitszeit sein muß, und daß der Arbeiter bei guter Ernährung, konzentrierter Arbeit und entsprechender Organisation der Betriebe dieselbe Durchschnittsleistung wie bisher erzielen könne. Abgesehen davon, daß dies nur bei einer beschränkten Anzahl von Industrien und Betrieben möglich ist, würde dies doch eine gründliche Vorbereitung nicht nur in Organisation und Arbeitsmethodik der Betriebe, sondern auch vor allen Dingen der Arbeiter zu einer erhöhten Konzentration der Arbeit zur Voraussetzung haben, und ich glaube nicht, daß ein Betrieb nachgewiesen werden kann, der bei gleicher Arbeiterzahl unter Anwendung des Achtstundentages dasselbe leistet, wie vorher.

Die Konzentrierung der Arbeit kann nicht von heute auf morgen erfolgen — auf dem Papiere wohl, aber nicht in der Praxis — sie ist auch wesentlich

abhängig von technischen Erfindungen und neuen Methoden der Arbeitsweise (Arbeitsteilung usw.). Auch liest man nichts davon, daß diejenigen, die den Achtstundentag als die größte Errungenschaft der Revolution preisen, gleichzeitig sich um die Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Produktion Gedanken machen und nach einer Lösung des Problems der Arbeitskonzentration suchen.

Es hat den Anschein, als ob ihr Kampf lediglich der Schädigung des Kapitals gilt, und sie vergessen ganz dabei, daß sie den am allermeisten schädigen, dem ihre Fürsorge gilt oder in dessen Interesse sie zu handeln glauben, nämlich den Arbeiter! Denn die Frage des Achtstundentages und der Arbeitslöhne ist nicht nur eine Frage, die zwischen Kapitalisten und Arbeitern auszufechten ist, sondern eine Frage der Lebensfähigkeit der ganzen Nation. In der Praxis prägt sich die Folge des Achtstundentages heute so aus: Nehmen wir das Beispiel einer mittleren Fabrik, die mit einem Kapital von einer Million Mark arbeitet, dabei 600 Arbeiter beschäftigt und diesen im Jahre 1,4 Millionen Mark Arbeitslöhne zahlte. Die Fabrik hat als Aktiengesellschaft in den letzten Jahren 25 Prozent Dividende verteilt. Das Beispiel beruht also auf durchschnittlichen Kriegsverhältnissen — obwohl mancher Unternehmer anders darüber denken wird. Unter den neuen Verhältnissen wird die Fabrik nicht dieselben Einnahmen haben wie früher, sondern nur $^4/_5$ der Waren liefern können. Die Unkosten werden auch dadurch erhöht, daß das Betriebsmaterial des Unternehmens nicht in gleicher Weise ausgenutzt werden kann, dafür hat sie aber für diese geringere Produktion, gesetzt den Fall, daß keine Steigerung des Durchschnittslohnes erfolgt, 280 000 Mark Löhne mehr an ihre Arbeiter zu zahlen. Sie wird also schon der Arbeitslöhne wegen mit Unterbilanz arbeiten und bald Reserven und Betriebskapital aufgezehrt haben. Der Zusammenbruch dieser Betriebe läßt sich mathematisch errechnen.

Wären wir nun ein geschlossener Wirtschaftsstaat, d. h. könnten wir uns mit allem, was wir benötigen, selbst versorgen, und wären nicht im Rohstoff- und Lebensmittelbezug vom Auslande abhängig und müßten wir diese bezogenen Güter nicht mit Arbeit, d. h. mit Waren vergüten, so würde dieses Experiment, so gefährlich es auch ist, doch nicht diese grundeinschneidende Bedeutung haben, die es unter den obwaltenden Umständen hat, wo jedermann im Volke weiß, daß wir, um leben zu können, auf den Export von Gütern angewiesen sind.

Die Preise, die wir für unsere Produkte erhalten, werden nicht durch die innere Marktlage, sondern durch die allgemeine Weltmarktslage bestimmt. Wir können daher nicht die Preise nach unserem Belieben, sondern nur nach der internationalen Konkurrenz einrichten. Wird diese nun in Zukunft auch so teuer arbeiten wie wir, sodaß wir konkurrenzfähig bleiben, oder wird sie uns in den Preisen unterbieten? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, denn wir wissen noch nicht, wie sich die Produktionsverhältnisse in den Ländern, die unsere Konkurrenten auf dem Weltmarkte darstellen, nach dem Kriege gestalten werden. Sicher ist aber jedem, der die Verhältnisse nüchtern beurteilt, und der sich nicht mit schönen Redensarten begnügt — weil sie zeitgemäß sind — daß ein ungeheurer Konkurrenzkampf einsetzen wird. Dieser wird für uns um so schwerer sein, weil wir im Vergleich zur Zeit vor dem Kriege im Rohstoffbezuge behindert und benachteiligt sind. Unsere Feinde werden uns auch nach dem Kriege so viel als möglich zu schädigen versuchen, das heißt doch mit anderen Worten, daß wir, um konkurrenzfähig zu bleiben, lediglich mit unserer Arbeitsmenge und mit der Qualität unserer Arbeit konkurrieren können. Wenn man ein Optimist ist, so wird man beim Nachdenken über diese Fragen zu dem Schlusse kommen, daß jede Verringerung unserer Arbeitsleistung eine Gefahr für unser nationales Leben bedeutet; und wenn man mit weniger Hoffnung in die Zukunft sieht, so steht die Katastrophe schon an der Wand geschrieben. Diese heißt Arbeitslosigkeit.

Wenn auch nicht auf allen Gebieten, so steht es doch fest, daß wir auf vielen Gebieten infolge der Arbeitsverringerung konkurrenzunfähig werden, weil wir einfach die internationalen Preise nicht halten und unterbieten können, sind wir doch schon sowieso etwa um einunddreiviertel Millionen der leistungsfähigsten

Arbeitskräfte durch die im Kriege Gefallenen geschwächt. Die betroffenen Industrien werden Arbeiter entlassen müssen, und diejenigen, die in der Konkurrenz geschwächt sind, d. h. die gesamte übrige deutsche Industrie wird diesen freiwerdenden Arbeitern Arbeit nicht gewähren können, denn Voraussetzung dafür wäre doch ein erhöhter Absatz ihrer Produkte auf dem Weltmarkt. In dem Maße wie ein Arbeitsüberangebot besteht, werden die Löhne sinken und wird auf Wunsch der Arbeiter die Arbeitszeit gesteigert werden müssen.

Wie, so muß man sich doch fragen, wollen wir unter diesen Umständen die Kontrolle, der uns unsere Gegner unterwerfen wollen, je los werden? Soll Deutschland der dauernde Sklave seiner jetzigen Gegner werden?

Unsere Gegner, die heute und in der nächsten Zukunft Macht über uns haben, werden selbst schon dafür sorgen, daß wir die von ihnen für notwendig gehaltene Arbeit leisten. Sie werden, wenn wir die nötige Arbeit nicht leisten, uns dazu zwingen, und wenn sie sich dadurch geschädigt fühlen, ohne nach den Wünschen der deutschen Arbeiter auch nur einen Moment zu fragen, den Achtstundentag einfach abschaffen.

Die Regierung, die den Achtstundentag eingeführt hat, muß bedenken, daß sie in dem Moment, wo sie die Regierung übernommen hat, aus der bisherigen Verantwortungslosigkeit herausgetreten ist und daß sie neben den Rechten auch die Pflichten der Gewalthaber übernommen hat, d. h., daß sie die Verantwortung für die ganze Zukunft des deutschen Volkes und nicht nur der Fabrikarbeiter trägt. Der hier beschrittene Weg führt aber zum Verderben des ganzen Volkes.

Zu dieser Überzeugung muß jeder kommen, der sich nicht nur theoretisch mit Wirtschaftsfragen von internationaler Bedeutung beschäftigt hat, sondern auch in der Praxis des Weltmarktes bewandert ist und weiß, wie schwer es ist, hier Boden zu behaupten, geschweige denn zu gewinnen. Es liegt uns nur daran, hier den Nachweis zu führen, daß diese Fragen nicht vom Standpunkte eines Parteiprogramms aus aufgefaßt werden dürfen, und daß ihre Lösung abhängig ist von der Wirtschaftslage des Reiches und unseren politischen Beziehungen zu unseren Gegnern. Im Wesen ist es mehr eine Frage der Außenpolitik, als der Regelung der inneren Verhältnisse des deutschen Reiches. Damit ist die Frage der Regelung der Beziehungen des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber, die Frage der Beteiligung der Arbeiter am Gewinne und der Sozialisierung der Betriebe, d. h. die innere Organisation der deutschen Arbeitskraft, nicht berührt. Sie gehört nicht zu unserer Fragestellung.

So ungünstig der Achtstundentag unter den gegenwärtigen Verhältnissen und in der Form, wie er eingeführt wurde, auf unsere ganze Wirtschaftslage wirken muß, so sehr hat er Aussicht, die Basis einer fortgeschritteneren Wirtschaftsstufe der Zukunft zu werden. Ja es ist nicht ausgeschlossen, daß der Arbeitstag, in nicht allzuferner Zukunft, in vielen Betrieben noch weiter verkürzt werden kann als zurzeit allgemein eingeführt ist.

Das Prinzip, das jegliche industrielle Entwicklung in das Leben der Völker hineingetragen hat, ist das, die menschliche Arbeitskraft soviel als möglich durch Maschinen zu ersetzen und durch Arbeitsteilung, verbunden mit sinnreicher Konstruktion und Anordnung der Maschinen, den Menschen zum Höchstmaß der Leistungen zu bringen. Daß wir hier noch nicht am Ende der Entwicklungsmöglichkeit angekommen sind, bedarf keiner besonderen Begründung. Jeder Tag bringt neue Erfindungen und jede neue Fabrik — wenigstens der Durchschnitt — zeigt solche Verbesserungen gegenüber den alten. Es ist nun klar, daß jede Vervollkommnung dieses Systems den Arbeiter im allgemeinen schneller physisch erschöpfen muß. Und zwar wird er immer mehr, auch bei relativ einfachen Maschinen, zum Kopfarbeiter, indem er immer mehr seine fünf Sinne anstrengen muß. Vielfach wird auch der gewöhnliche Arbeiter lediglich Aufseher über maschinelle Arbeitskräfte und hat so überhaupt keine Handarbeit mehr zu verrichten. Hierüber ist von zünftigen Volkswirten soviel geschrieben, daß sich eine weitere

Auseinandersetzung an dieser Stelle erübrigt. Theoretisch wird in diesen Betrieben die zulässige Arbeitszeit durch den Moment der physischen Ermüdung bestimmt. Letztere darf nur eine solche sein, daß die Gesundheit des Arbeiters keinen Schaden darunter leidet. Die physische Ermüdung tritt nun je nach der Betriebsart zu ganz verschiedenen Zeiten ein. Deshalb ist die Festsetzung eines einheitlichen Stundentages für alle Arbeiter ein Unding. Viele Arbeiter werden hierbei übermüdet, während andere durchaus nicht erschöpft werden. Die Grundlage der Festlegung des Arbeitstages muß der Kräfteverbrauch bilden und nicht ein agitatorisches Schema. Dies gilt für alle Hand-, Land- und Kopfarbeiter.

Es ist aber auch klar, daß wenn der Kräfteverbrauch mit der Intensivierung der Arbeit, d. h. mit der Vollendung der Arbeitsmaschinen und Methoden zunimmt, und dadurch die Arbeitskräfte sich schneller erschöpfen, die Arbeitszeit verkürzt werden muß.

Es ist sicher, daß für manche Beschäftigungsweisen heute schon der Achtstundentag eine übermäßige Belastung bedeutet, für andere Berufe ist er angemessen. Für die große Masse hat er aber zurzeit noch keine Berechtigung. Hier kann an eine Verkürzung der Arbeitszeit erst gedacht werden, wenn die Arbeitsmethoden vollendeter werden, oder wenn gewisse andere Voraussetzungen zur vollendeteren Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen geschaffen sind.

Die Natur hat dem Menschen selbst Grenzen in seiner Arbeit gesetzt. Sie hat ihn dem 24stündigen Tage angepaßt, der wieder je zur Hälfte in Nacht und Tag zerfällt. Nach diesen ist das menschliche Leben geordnet und so wird es auch bleiben. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet daher eine Verlängerung der Ruhe- und Erholungszeit. Es muß nun der Punkt kommen, wo der Mensch am Tage mehr Erholungszeit hat als er benötigt. Denn, wenn wir den Grundsatz aufstellen, daß die Arbeitsermüdung nur eine solche sein darf, daß keine gesundheitlichen Schädigungen daraus entstehen, so muß der normale, gesunde Mensch mit 8 Stunden Schlaf erholt sein. Geben wir ihm 4 weitere Stunden zum Essen und Vergnügen, so bleiben noch 4 Stunden am Tage übrig. Ich gehe wohl nicht fehl mit der Annahme, daß diese Zeit in den meisten Fällen nicht genutzt wird und der Nation verloren geht. Was macht der Durchschnitt mit dieser Zeit? Von der Ausnutzungsmöglichkeit dieser Stunden wird im wesentlichen die weitere Verkürzung der Arbeitszeit bei der großen Masse unserer Hand- und Kopfarbeiter abhängig zu machen sein.

Jede Minute, die hier verloren geht, ist ein Verlust im internationalen Konkurrenzkampf und ein Minus am Nationalvermögen und am Wohlstande der Arbeiter. Nun ist es natürlich, daß ein Arbeiter, der 8 Stunden z. B. eine Maschine bedient hat, die ihn zur äußersten Ausnutzung seiner physischen Kraft zwingt, die ihm verbleibende Zeit der Arbeitsmöglichkeit nicht in der gleichen Form wie in den 8 Arbeitsstunden verbringen kann. Wenn er Ökonomie mit seinen Kräften treiben will, so wird er sich für diese Zeit eine Beschäftigung suchen müssen, die ihn körperlich nicht anstrengt, ihn aber von anderen Nerven Gebrauch machen läßt, als bei seiner achtstündigen Arbeitzeit ausgenutzt wurden. Ein Schwerarbeiter, den seine Tätigkeit zu großem Kräfteverbrauch zwingt, ist geeignet, sich in der ihm verbleibenden Zeit der Arbeitsmöglichkeit theoretisch weiter zu bilden, um später einen höheren Arbeitsbereich in dem Betriebe, in dem er tätig ist, einnehmen zu können. (Arbeiterfortbildung). Oder er wird einen Beruf erlernen, mit dem eine sitzende, wenig Körperkräfte verbrauchende und geistig unterhaltende Tätigkeit verbunden ist. Um ein Beispiel zu geben, kann er sich mit der Uhrmacherei, der Feinmechanik, der Schnitzerei oder sonstigem Kunsthandwerk je nach persönlicher Veranlagung befassen, und so noch produktiv tätig sein. Nach dem gleichen Grundsatze wird man für solche Arbeiter, die in ihrer achtstündigen Arbeitszeit eine rein sitzende den Körper wenig anstrengende Tätigkeit ausüben, einen Nebenberuf in freier Luft zu finden haben, der ihm ermöglicht, seine Glieder und Lungen von der Staubluft zu erholen. Derartiger Möglichkeiten gibt es viele, zum Beispiel den Garten- und Feldbau. Es ist eine bekannte Tatsache, daß es bei intensiver Bewirt-

schaftung möglich ist, auf einer Gartenfläche von 4—500 Quadratmetern den ganzen Bedarf einer durchschnittlichen Familie an Gemüse, Obst und Eiern zu erzeugen. Wenn nun die Arbeitslöhne in den Betrieben so gestellt werden, daß sie für die Bestreitung des normalen Lebensunterhalts ausreichend sind, so wird der Arbeiter in der Lage sein, in seinem Nebenerwerbe rein für sein Fortkommen, seine Gütervermehrung tätig zu sein. Es müssen ihm nur die Möglichkeiten eines solchen Nebenberufs geschaffen werden. Er muß die Fortbildungsmöglichkeit haben; er muß die Möglichkeit haben, einen Nebenberuf zu erlernen; und es müssen ihm die Mittel an die Hand gegeben werden, seinen Nebenberuf auszuüben. Wenn er z. B. einen Garten bebauen will, so muß er einen solchen haben; daß der deutsche Arbeiter vermöge seiner guten Schulbildung und seiner Intelligenz hierzu befähigt ist, hat der Krieg in allen Berufen gezeigt. Kein Volk der Welt konnte sich so schnell auf eine andere Arbeitsweise einstellen als das deutsche.

Mit der Durchführung dieser Gedanken würden wir nicht nur ein arbeitsfähiges, seßhaftes Geschlecht von Arbeitern gewinnen, sondern auch unseren Volkswohlstand beträchtlich vermehren. Ich glaube, daß uns viele zustimmen werden, wenn wir der Ansicht sind, daß bei einer überlegten Durchführung dieses Systems die Wahrscheinlichkeit besteht, in den meisten Betrieben in den 8 Stunden mehr zu leisten als früher in zehn, weil eben der Arbeiter hierbei physisch gleichmäßiger beansprucht wird als vorher, und dadurch eine größere Arbeitsfreudigkeit erzielt wird. Die Unlust zur Arbeit ist doch nur eine Folge des Unbefriedigtseins von der Arbeit.

Was wir hier dem Leser in Form einer abstrakten Theorie vorgetragen haben, ist nicht neu, es ist im Gegenteil in der Praxis schon vielfach erprobt. Nur ist es nicht zum System erhoben, nicht allgemein durchgeführt und organisiert worden! Vor allen Dingen haben die Arbeiter selbst und ihre Führer sich dieser Frage prinzipiell zu wenig angenommen. Daß Bedürfnisse unter den Arbeitern in dieser Richtung vorliegen, beweist die sozialdemokratische Literatur, und die Fortbildungsbestrebungen in Arbeiterkreisen. Das beweisen auch die Schrebergärten, Laubenkolonien, die überall da, wo Fabriken und große Betriebe entstehen, wie Pilze aus der Erde schießen und alle großen deutschen Städte wie ein Kranz umgeben. Das zeigen auch die Bestrebungen großer Unternehmungen zur Arbeiterkolonisation. Alles dies ist aber unabhängig vom Betriebe und von der Betriebsart entstanden und durchgeführt, und die Forderung müßte doch die sein, daß sie in Zusammenhang und Harmonie damit gebracht würde. Es würde Aufgabe des Reichsarbeitsamtes sein, diese Frage im Zusammenhang mit sachverständigen Betriebsleitern, Arbeitern, Medizinern, Architekten und Gartenbausachverständigen zu prüfen und Grundsätze aufzustellen für die künftige Organisation der großen Betriebe. Damit wäre die Verteilung der arbeitenden Bevölkerung neu zu gestalten.

Wird auch das theoretisch Mögliche nicht erreicht, und werden nur die Grundgedanken Gemeingut, so wird Deutschland Fortschritte in der Produktion einerseits und andererseits in der Volksgesundheit und Arbeitsfreudigkeit erzielen, zu denen die meisten unserer Konkurrenten auf dem Weltmarkte infolge der geringeren Schulbildung der Mehrzahl ihrer Arbeiter und daher der geringeren Verwendungsmöglichkeit derselben zunächst nicht befähigt sein werden.

So sehr der Achtstundentag als Schema und bei seiner Anwendung auf alle arbeitenden Klassen ein Unding ist, und eine Schädigung des ganzen Volkes bedeutet, so sehr kann die Verkürzung der Arbeitszeit, wenn sie nicht als Kampfmittel gegenüber dem Kapital betrachtet und mit Maß und Ziel eingeführt wird — nämlich dem Ziele, die Volksgesundheit nicht zu schädigen, und eine ausgleichende Ausnutzungsmöglichkeit der Volkskraft in anderer Richtung zu finden — von unübersehbarem Vorteil für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung werden.

# Trennung von Staat und Kirche

Von Pfarrer Albrecht Kaiser

urch die Revolution ist die alte Frage der Trennung von Staat und Kirche plötzlich brennend geworden. In kirchenpolitischen Kreisen ist sie seit Jahrzehnten erwogen; die ursprünglich noch viel engeren Beziehungen zwischen Staat und Kirche sind durch die Entwicklung des modernen Staatsbegriffs, der grundsätzlich die Toleranz auf religiösem Gebiet erklärt hat, immer lockerer geworden; auch im Interesse der ungehinderten Entfaltung aller religiösen und kirchlichen Kräfte ist die Freiheit der Kirche vom Staat oft gewünscht worden. Durch die Trennung der Kirche vom Staat in Frankreich und der Schweiz in dem letzten Jahrzehnt ist dann das Problem immer mehr ein Gegenstand politischer Erwägung geworden. Trotzdem kommt uns der Entschluß der heutigen, doch nur provisorischen, Regierung sehr eigenmächtig und übereilt vor. Und diese Schroffheit des Entschlusses erregt den starken und berechtigten Widerspruch aller kirchlichen Kreise. Wir wehren uns nicht gegen eine gerechte verständnisvolle Auseinandersetzung; aber wir lehnen die einseitige Entscheidung über eine so tiefgehende Angelegenheit unbedingt ab. Die Verwirrung auf dem allgemeinen politischen Gebiet ermutigt nicht zu dem Vertrauen, daß nach der revolutionären Trennung von Staat und Kirche eine befriedigende Grundlage für einen Neubau des kirchlichen Lebens sofort da ist. Es ist deshalb mit Genugtuung anzuerkennen, daß der jetzige preußische Kultusminister Haenisch die Gefahr eines neuen Kulturkampfes kommen sieht und eine solche Gefahr jetzt nicht heraufbeschwören möchte; auch Adolf Hoffmann scheint einzusehen, daß ein radikaler Eingriff in das gesamte kirchliche Leben sehr viel Verstimmung in den inneren Kirchengemeinden herbeiführen kann, und auch er redet deshalb jetzt von einer allmählichen, statt plötzlichen Entziehung der staatlichen Unterstützung für die Kirche.

Der endgültige Schnitt zwischen Staat und Kirche ist also noch nicht geschehen. Trotzdem ist es gut, sich auf ihn vorzubereiten und die Aufgaben für die Zukunft zu sehen.

Sie betreffen zunächst die Verfassung unserer Landeskirche. Durch die Abdankung des Königs von Preußen ist unserer preußischen Landeskirche auch ihr Oberhaupt genommen; er war der Landesbischof, dem die kirchlichen Behörden unmittelbar unterstellt waren; ihre Mitglieder wurden vom König ernannt und waren ihm verantwortlich. Erst durch die General- und Synodal-Ordnung ist neben diese von der Obrigkeit ernannten Kirchenbehörden eine von den Gemeinden gewählte Vertretung der Volkskirche getreten; sehr spät, nach Jahrhunderten kirchlicher Obrigkeitsregierung. Alle diese königlichen Behörden schweben jetzt sozusagen in der Luft. Sie müssen durchaus volkskirchliche Behörden werden, die von den Gemeinden zu wählen und zu erhalten sind. Diese in Zukunft viel engere Beziehung zu den Gemeinden ist mit Freuden zu begrüßen. Die Kirchenbehörden werden dadurch an Volkstümlichkeit gewinnen. Schon jetzt haben sie in sicherer Beurteilung der gegenwärtigen Lage sich durch einen Vertrauensrat ergänzt, in den angesehene und bewährte Männer des gesamten kirchlichen Lebens gewählt sind. Zu wünschen ist, daß später diese Behörden durch direkte Wahlen aller kirchlich-wahlberechtigten gebildet werden; ebenso wie die Superintendenten nicht mehr berufen, sondern ebenfalls gewählt werden müssen. An der Spitze der Konsistorien und der gesamten preußischen Volkskirche werden dann hoffentlich bewährte und bekannte Theologen und nicht mehr wie bisher Juristen stehen. Ein evangelischer Landesbischof, der von dem Vertrauen der Gemeinden getragen wird und durch seine öffentliche Wirksamkeit auf der Kanzel und im sonstigen geistlichen Amt allen bekannt und vertraut ist, kann die preußische Volkskirche viel erfolgreicher vertreten als der beste juristische Präsident.

Mit allen Mitteln ist zu verhüten, daß die evangelischen Gemeinden auseinanderfallen. Die Uneinigkeit der Evangelischen war immer ihr eigener Schaden. Der bisherigen landeskirchlichen Leitung bleibt das Verdienst, daß sie die Zersplitterung verhütet und eine schroffe kirchliche Parteiherrschaft im wesentlichen ferngehalten hat. Auf dieser Grundlage der Weitherzigkeit ist ganz allein die Existenz der künftigen Volkskirche möglich. Nur jetzt nicht auch noch kirchliche Unversöhnlichkeit! Und wenn es sich nur um einen kirchlichen „Zweckverband" handelte, der für alle mehr äußeren Dinge bestände, er müßte geschaffen werden. Wir wollen und dürfen uns nicht durch theologische und kirchliche Parteigegensätze schwächen; die Laien hätten daran die geringste Freude und würden einer solchen streitsüchtigen Kirche wenig Liebe entgegenbringen. Von den religiös angeregten „Gemeinschaften" ist zu erwarten, daß sie die „treuga dei", den kirchlichen Frieden im Dienste Gottes ernst nehmen. Alle ernsten Kräfte müssen der Gesamtheit dienen!

Das kirchliche Wahlrecht wird den Frauen zu gewähren sein; wir versprechen uns von ihrer Mitarbeit wertvolle Dienste. Die Form der Kirchenwahlen kann in der jetzigen Form (persönliche Anmeldung zur Wählerliste) nicht bleiben; irgendwie muß aber eine Sicherheit erstrebt werden, daß nur solche wahlen, denen an dem Aufbau der Kirche liegt; in dieser Beziehung wird auch der Appell an das Gewissen ergehen müssen.

Eine neue Sorge aber ist, ob solch eine Volkskirche in unserer Zeit noch möglich ist oder ob es schon zu spät für sie ist. Hat die Gesamtheit unseres Volkes noch Neigung, das kirchliche Leben zu pflegen und zu schützen? Wir bleiben der bisherigen Staatsverfassung dafür dankbar, daß die Religion nicht lediglich als „Privatsache", sondern als „Volkssache" angesehen wurde. Auch bisher galt die Religion grundsätzlich als persönliche Angelegenheit des Staatsbürgers; wirklich gezwungen werden konte niemand, wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß trotzdem nicht immer ein gewisser Druck auf die Erfüllung kirchlicher Pflichten namentlich bei den Beamten vermieden wurde. Grundsätzlich war in der preußischen Verfassung Religionsfreiheit garantiert. Trotzdem fühlte sich der Staat verpflichtet, die Möglichkeit zu regelmäßiger Pflege der Frömmigkeit als einen Teil seiner allgemeinen Kulturaufgaben zu betrachten. Genau so wie er für Bildung, Kunst und Wissenschaft sorgt, ohne den einzelnen zu Kunst und Wissenschaft zu zwingen, genau so handelte der Staat recht, wenn er die Religion als eine Kulturaufgabe in seine allgemeinen Pflichten hineinnahm. Und es wird auch auf protestantischer Seite als eine verletzende Schroffheit der neuen republikanischen Verfassung empfunden werden, wenn auf der einen Seite der Staat von den Bürgern ungeheure Opfer fordert, anderseits aber plötzlich für die Pflege eine noch so tief wurzelnden Kulturgutes, der Religion und Kirche, nichts mehr bewilligte. Es wäre ungeheuer kurzsichtig, wenn man die Unkirchlichkeit in den Großstädten zum Maßstab für die Schätzung der Kirche im ganzen Volke machen wollte. Es gäbe einen Sturm des Zornes gegen „Berlin", einen neuen Kulturkampf, noch schlimmer als den ersten zu Bismarcks Zeiten.

Der Staat trat ferner bisher mit vielen Schutzbestimmungen für die Heiligung der kirchlichen Feiertage ein, für die Pflege der Frömmigkeit in den staatlichen Erziehungsanstalten, Lazaretten und im Herr und Marine; — wird die Volkskirche Kraft haben, auf den Staat einen Druck auszuüben, daß diese religiöse Pflege zum mindesten nicht gehindert wird, wenn sie von der Kirche übernommen werden müßte?

Die finanzielle Regelung bei der etwaigen Trennung ist sehr sorgfaltig zu behandeln. Bis jetzt wurden die Kosten für das kirchliche Leben auf dreifache Weise aufgebracht: durch Staatsbeihilfe, Kirchensteuern und durch das eigene Vermögen der Kirche. — Um mit dem letzten anzufangen, so ist dem vielfach verbreiteten Irrtum entgegenzutreten, als wenn die preußische Landeskirche über großen Reichtum verfügte. Davon ist keine Rede! Natürlich hat die Kirche Vermögen. Aber es ist kein Vermögen in „toter Hand". Die „Hand" ist sehr lebendig. Ohne dies Vermögen wäre die kirchliche Pflege der Frömmigkeit gar

nicht möglich. Mit diesem Vermögen werden die Pfarrer zum größten Teil besoldet, werden die Kirchen gebaut und erhalten und alle anderen kirchlichen Bedürfnisse nach Möglichkeit bezahlt. Allerdings ist meines Wissens eine Statistik des kirchlichen Gesamtvermögens an Ländereien, Kapitalien und Berechtigungen noch nicht erschienen; unmöglich würde sie nicht sein, und irgend ein Interesse an einer Verheimlichung besteht nicht. Im Gegenteil würde sich zeigen, daß die evangelische Kirche keine „reiche" Kirche ist. Sonst würde sie wahrhaftig nicht zu dem Mittel der Kirchensteuern greifen und nicht auf einen Beitrag des Staates angewiesen sein. Die Kirchensteuern sind aber notwendig; über 7½ Prozent der Kirchensteuern jeder Gemeinde werden in die Allgemeine Kasse der Landeskirche abgeliefert, damit die leistungsschwachen Gemeinden eine Beihilfe zu ihren kirchlichen Bedürfnissen bekommen. Über diese Kirchensteuer wird in jeder Synode genaue Auskunft gegeben, nur im dringendsten Fall entschließt man sich zur Erhöhung von Kirchensteuern. — Die Staatsbeihilfe beträgt also nur einen, aber bis jetzt notwendigen Teil zu den allgemeinen kirchlichen Kosten. Im Etat des preußischen Kultusministeriums vom Jahre 1914 betrug die Gesamtausgabe: 281,1 Millionen; davon fielen allein auf die Volksschulen 180,89 Millionen, auf die Universitäten 18,3 Millionen, auf die höheren Lehranstalten 22,75 Millionen, auf die evangelische Landeskirche 25,5 Millionen, auf die katholische Kirche 9,5 Millionen; nimmt man dazu noch einen Teil der Beträge für Kultus und Unterricht gemeinsam, der im ganzen sich auf 5,4 Millionen Mark beläuft, für die evangelische Kirche hinzu, so war der Staatsbeitrag für die Landeskirche ungefähr 26 Millionen. In dieser Höhe steht er erst seit dem Jahre 1908. Damals wurde er um 11 Millionen Mark erhöht, um die Gehälter der evangelischen Pfarrer nur annähernd in Einklang mit den sonstigen Gehaltserhöhungen der Beamten zu bringen. Bis dahin betrug der Staatsbeitrag rund 14½ Millionen Mark. Nur durch diesen Staatsbeitrag ist es bisher möglich gewesen, das Durchschnittsgehalt eines preußischen Pfarrers nach 24 Dienstjahren auf den Höchstbetrag von 6000 Mark zu bringen. Bis zum Jahre 1908 waren es 4800 Mark; und vorher noch viel weniger. Der Lebensunterhalt eines Pfarrers ist im ganzen auch heute noch sehr bescheiden. Dieser Betrag des Staates war nicht bloß in der Anschauung begründet, daß die Pflege der Religion eine Pflicht des „Kulturstaates" sei, — sondern folgte auch aus der Überzeugung, daß der Staat bei der Säkularisierung vieler Kirchengüter im Jahre 1810 die feierliche Verpflichtung übernommen hat, für ausreichende kirchliche Pflege seinerseits zu sorgen. Mag man auch über die Tragweite des § 4 des maßgebenden Ediktes des Königs von Preußen vom 30. Oktober 1810 verschieden urteilen können, — zweifellos dürfte sein, daß die heutige Leistung des Staates noch keine erschöpfende Erfüllung der damals übernommenen Verpflichtungen bedeutet. Von einer unbegründeten, gänzlich freiwilligen Gabe des Staates an die Kirche kann für Sachverständige keine Rede sein. Es ist allerdings zu bedauern, daß die evangelische Kirche es längst nicht so gut wie die katholische Kirche verstanden hat, ihre Ansprüche an den Staat genau zu fixieren und durchzusetzen. Man darf auch darauf hinweisen, daß der Beitrag des Staates an die Kirche um das vier- bis fünffache von dem übertroffen wird, was die Kirche an Kosten dem Staat abnimmt durch die von ihr begründeten und erhaltenen Anstalten der Barmherzigkeit und sozialen Hilfsbereitschaft. Die Kirche übt diese Nächstenliebe von Herzen gern und würde sich kaum dazu entschließen, sich notgedrungen auf die eigentliche religiöse Seelenpflege zu beschränken, aber sie erwartet vom Staat ein gerechtes Verständnis und eine Anerkennung der Gegenseitigkeit der Leistungen. — Würde die Kirche auf ihr Vermögen und ihre Kirchensteuern allein angewiesen sein, so könnte der Staat noch so weit gehen, wie er es in der feindseligen Trennung in Frankreich getan hat; er könnte Kirchengut konfiszieren und die Kirchensteuer unmöglich machen, so daß die Kirche verarmte und lediglich auf private Barmherzigkeit angewiesen wäre. Doch ist von der jetzigen Regierung eine so brutale Knebelung der Kirche abgelehnt. Das Recht der Besteuerung der Kirchengemeinde wird also wohl bleiben. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß infolge einer erneu-

ten Agitation zum Massenaustritt aus der Landeskirche auch die Höhe der Kirchensteuerbeträge sinken wird; manch einer wird noch um des lieben Geldes willen sich, ohne daß er es nötig hätte, von der Kirchensteuer drücken. Warten wir ab, wie die Dinge verlaufen werden! Auf jeden Fall werden wir uns zur energischen Vertretung unserer Rechte gegen den Staat rüsten müssen, und im übrigen uns zur Sparsamkeit und Opferwilligkeit erziehen. Zweifellos können manche geistlichen Stellen in den Großstädten und auf dem Lande eingezogen werden; die Kräfte und Gelder können dann an anderen Stellen verwendet werden. Unsere Gemeinden müssen über die finanzielle Lage ihrer Kirche noch viel mehr aufgeklärt werden; es fehlt schon jetzt nicht an Beweisen, daß sie sich bereitfinden lassen, für die Erhaltung der kirchlichen Pflege die notwendigen Opfer zu bringen.

Im engsten Zusammenhang damit steht die Trennung der Kirche von der Schule und die Lösung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Schule. Darüber an dieser Stelle nur wenige Worte! Über die Aufhebung der geistlichen Ortsschulinspektion trauert auf evangelischer Seite nur eine Minderheit. Auch bei der Aufhebung ist ja die freundschaftliche Beziehung zwischen Pfarrer und Lehrer namentlich auf dem Lande durchaus nicht zerstört. Dem Pfarrer wird irgendwie doch im Rahmen der Schulverfassung die Möglichkeit bleiben, seine Wünsche wie jedes andere Gemeindeglied zum Ausdruck zu bringen. Auf eine Verständigung freundschaftlicher Art ist zu hoffen: das frühere „Vorgesetzten"-Verhältnis soll ja im neuen Rat durch ein allgemeines „Vertrauensverhältnis" überall ersetzt werden.

Außerordentlich viel Mithilfe in der religiösen Volkserziehung ginge der Kirche verloren, wenn wirklich die kürzlich erschienenen Bestimmungen des Ministers Haenisch über die künftige Bedeutung des Religionsunterrichts im allgemeinen Jugendunterricht endgültig sein sollten. Die Kirche müßte dann den gesamten Religionsunterricht selbst organisieren und auch wohl selbst bezahlen. Mit größter Freude sehen wir jetzt schon, daß der weitaus größte Teil der Lehrerschaft an allen Schulen bereit ist, den Religionsunterricht weiterhin zu erteilen. Wir sind gewiß, daß die jetzt sich zeigende Bereitwilligkeit nachhaltig bleibt, und wollen kirchlicherseits alles tun, um das Vertrauensverhältnis zwischen Kirche und Lehrerschaft zu vertiefen.

Wahrscheinlich würden bei einer Trennung von Staat und Kirche auch die theologischen Fakultäten an den Universitäten sich in der heutigen Form nicht halten lassen; zum Teil würden die einzelnen Disziplinen bei der philosophischen Fakultät untergebracht werden, zum Teil würden sie, namentlich die „praktische" Theologie, über die in den letzten Jahren schon sehr viel verhandelt ist, in einer Umformung auf Instituten der Kirche betrieben werden können.

Die Zukunft der Kirche ist also voller Sorgen und Nöte. Mit überstiegenem Idealismus lassen sich diese Sorgen nicht gleich überwinden. Mag das religiöse Leben wahrer und ehrlicher werden, wenn alle weltlichen Stützen zerbrechen, — es kann auch manches Leben sterben, weil die Not zu groß wird. Kirchliche Sitte ist leichter zerstört als aufgebaut. Und der Wert guter kirchlicher Sitte steht außer Zweifel. Auch der Trost ist nicht hinreichend, daß die jetzt erklärte Opferwilligkeit der Kirchentreuen bleiben wird; — wer kennt die harte Zukunft? Die Sorgen bleiben und machen Besonnenheit zur Pflicht. Aber am notwendigsten bleibt natürlich eine starke religiöse Kraft. Aus unserem kirchlichen Leben muß alles überlebte, enge, bureaukratische, hierarchische heraus, alle übertriebene Hochschätzung des altertümlichen, und hinein muß der Mut auch zu neuen Formen der Andacht, eine immer wärmere soziale Gesinnung, eine immer tiefere Versenkung in die Geheimnisse und Seligkeiten des Glaubens, eine immer größere Andachtskraft und Festigkeit gegenüber den Versuchungen und Wankelmütigkeiten des irdischen Lebens. Einer charaktervollen, einigen, volkstümlichen, seelenreinen Kirche werden die Menschen auch heute ihre Liebe schenken.

# Maßgebliches und Unmaßgebliches

**Die revolutionäre Grippe.** In Nr. 49 der „Grenzboten" vom 6. Dezember wies ich darauf hin, wie bedeutend nach Zeugnis aus feindlichem und neutralem Munde die Wahrscheinlichkeit ist, daß die sozialistische Welle, die im November Deutschland überspülte, in wenigen Monaten auch die siegreichen Ententeländer erfassen wird. In der seither verflossenen kurzen Zeit haben die Anzeichen hierfür sich so beträchtlich verstärkt, daß ein nochmaliges, kurzes Zurückkommen auf das Thema berechtigt erscheint.

Zwar in Frankreich und in dem von der Zersetzung noch mehr bedrohten Italien waltet die Zensur mit eiserner Strenge und läßt keinen Ton hinausschallen, der der Regierung nicht genehm ist. Dennoch ist aus den spärlichen Meldungen zu ersehen, daß man sich in beiden Ländern vielfach vor der Rückkehr der eigenen Truppen und der Demobilisierung geradezu fürchtet. Trotz lebhaften Verlangens der französischen Kammer, daß die älteren Jahrgänge bis 1891 sogleich demobilisiert werden möchten, lehnte die Pariser Regierung (Abrami) dies Verlangen ab, um sie wenige Tage später dennoch zuzugestehen und überdies das Versprechen abzugeben, daß die allgemeine Demobilisierung baldigst folgen solle. Ließ schon diese Haltlosigkeit vermuten, daß irgend etwas nicht in Ordnung sei und daß Teile des Heeres Neigung zeigten, „sich selber zu demobilisieren", so lagen aus Italien am 3. Dezember schon Meldungen vor, daß einzelne Truppen begonnen hätten, ohne Befehl in die Heimat zurückzukehren, Meldungen, die unverbürgt waren, aber nicht unglaubhaft klangen. In Berliner Arbeiterkreisen waren Gerüchte verbreitet, daß auch in Paris die rote Fahne schon hier und da erschienen sei. Die Nachricht mag übertrieben sein, ist aber im äußersten Falle den Ereignissen nur um mehrere Wochen oder Monate vorausgeeilt. Daß eine starke, den imperialistischen Bestrebungen der Regierung recht unbequeme Bewegung drüben im Gange sein muß, ging trotz aller Zensurmaßnahmen aus dem „Libre Parole" vom 25. November hervor, worin Klage geführt wurde, daß in Paris Flugblätter verteilt worden seien, worin es u. a. hieß:

„Fordert die Regierung auf, das Joch des verwünschten Engländers abzuschütteln, der früher oder später Frankreich aushungern wird . . . In der Kammer kommt das Volk nicht zu Wort. Nieder mit Clémenceau und dem Militarismus, die Frankreich zu Englands Sklaven gemacht haben. England hat uns in einen imperialistischen Krieg hineingezogen . . . . Verlangt für Elsaß-Lothringen Volksabstimmung!"

Und 14 Tage darauf brachte die „Humanité" einen Artikel, der zwar von der Zensur stark beschnitten war, dessen höchst bezeichnende Überschrift „Das erste Blut in Paris" (!) aber die Späheugen des Zensors übersehen hatten. Aus dem Artikel selbst ging hervor, daß Sozialisten triumphierend verkündet hatten, die rote Fahne flattere schon vom Rhein bis nach Asien hinein, und daß es nachher zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war. Im „Populaire" wurde gleichzeitig gedroht, wenn man erst von der Leber weg schreiben dürfe, so könne Clémenceau etwas an Kritik erleben. „Frankreich habe ehedem gegen die Könige Krieg geführt; jetzt habe es dem Volke den Krieg erklärt. Der Zorn des Volkes sei berechtigt usw."

Am interessantesten aber sind die englischen Pressestimmen, die von der Zensur am wenigsten „geniert" werden. Obwohl dort die soziale Umsturzgefahr nicht annähernd so groß wie in Italien und Frankreich ist, macht sich doch auch dort eine Massenbewegung von elementarer Wucht bemerkbar. Die „Morning Post" vom 26. November erinnert an eine von Ramsay Macdonald verfaßte Druckschrift „Why we are at war", die Deutschland als Opfer der Verbandsmächte bezeichnete, und teilt im Anschluß daran mit:

„Es bildete sich in allen Industriezentren eine große Anzahl von Gesellschaften, deren Zweck und Ziel nach dem Vorbild der Bolschewiki der Kampf gegen das Kapital und die Regierung ist. Der Krieg sei nur ein Krieg der Kapitalisten, die sich noch mehr be-

reichern wollen .... Unter den Kohlenarbeitern in Südwales sind besondere Unterrichtskurse zur Verbreitung der Marx'schen Lehren und des Bolschewismus eingerichtet. In dem monatlich erscheinenden Organ der Partei „The Revolution" sind zur Belehrung von jungen Sozialisten die zehn Gebote der Partei veröffentlicht. Das zweite Gebot lautet: „Du sollst kein Patriot sein, denn ein Patriot ist ein internationaler Schurke" .... Das vierte Gebot: „Du sollst an keinem Krieg des Bürgertums teilnehmen, denn alle modernen Kriege sind nur das Ergebnis von Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiet" ... In der Oktobernummer dieses Organs heißt es: „Wir bereiten den Weg zu einer britischen Revolution, unser Programm ist ein Vierstundenarbeitstag (!), gleiches Recht und gleicher Lohn für alle Arbeiter ... Unsere Bolschewisten sind ebenso skrupellos wie ihre russischen Kameraden .... Sie verfolgen mit Aufmerksamkeit die Maßnahmen der Regierung für den Wiederaufbau und — warten auf den richtigen Augenblick, um Unheil zu stiften. Schon sind deutliche Anzeichen hierfür erkennbar."

Am 23. November fand im Hippodrome Woolwich in London eine große Arbeiterversammlung statt, in der laut Bericht der „Times" vom 25. November ein Redner u. a. die Versammlung aufforderte, „das System zu zerschmettern, nach dem die Arbeiter nur ein Zahnrad in den Maschinen der Industrie seien, das man herausnehmen könne, wenn man seiner nicht mehr bedürfe". Die Versammlung trennte sich „unter Absingung der ‚Roten Flagge'", nachdem sie ohne Widerspruch (!) eine Resolution angenommen hatte, wonach „nationale Arbeiterausschüsse zu begründen seien, die eine Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter selbst bezwecken" sollte, d. h. also — Arbeiterräte, damit „die kapitalistische Produktionsweise abgeschafft und eine industrielle Republik errichtet" werde. Noch deutlicher wurde man am 30. November auf einer anderen Arbeiterversammlung in der Londoner Albert Hall, die erst verboten war und dann unter ungeheurem Zulauf doch stattfand. Der Bericht der „Times" vom 2. Dezember über diese Veranstaltung besagt u. a.:

„Viele rote Fahnen werden von der Galerie geschwenkt (!). Über der Rednertribüne befand sich ein Plakat mit den Worten: „Setzt die Gefangenen frei" ... W. N. Ewes brachte eine Entschließung ein, in der er den Völkerbund auf der Grundlage der Abrüstung, Abschaffung des Militärzwanges und Selbstbestimmungsrechtes der Völker (einschließlich Irlands und anderer Völker des britischen Reiches!!) verlangte ... P. Snowden erklärte, die englischen Arbeiter hätten keinen Streit mit dem deutschen Volke. Man solle die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland verlangen, die nur ein Akt der Grausamkeit sei. Nach der Versammlung marschierte eine Anzahl von Mitgliedern der Versammlung durch den Londoner Westen, wobei sie eine rote Fahne (!) vor sich hertrugen und revolutionäre Lieder sangen. In Piccadilly wurden sie von einigen Offizieren und Soldaten angehalten, die ihnen nach einem Handgemenge die rote Fahne entrissen."

Gewiß sind dies alles örtliche Vorgänge ohne größere Bedeutung, aber sie sind symbolisch. Genau ebenso fing in Berlin die Umwälzung im April 1917 und Januar 1918 auch an. Nach den Putschen vom 31. Januar 1918 jubelten die russischen Bolschewiki, weil sie glaubten, die Revolution sei nun auch auf Deutschland übergesprungen, und der Gewaltfrieden werde ihrem Lande erspart bleiben. Sie irrten sich, hatten sich aber nur um 9 Monate verrechnet. Genau ebenso irren diejenigen, die heute in Deutschland glauben, die rote Flamme des Umsturzes werde schnell auf die Verbandsländer übergreifen. Diese befinden sich heute ungefähr auf dem Stande, den Deutschland am 31. Januar einnahm, z. T. schon einige Monate weiter. Ein 9. November wird auch ihnen auf die Dauer nicht erspart bleiben, und das Jahr 1919 bringt für Europa vielleicht den großen Wendepunkt, in dem sich „die Proletarier aller Länder vereinigen" und gemeinsam dem Kapitalismus alter Form den Krieg erklären, in dem die sozialen Klassenkämpfe im Leben der Völker wichtiger werden als die nationalen Streitigkeiten — —.

Dr. Richard Hennig

**Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.**

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6518.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37

**RETURN TO** ⟶ **CIRCULATION DEPARTMENT** 202 Main Library 1096

| LOAN PERIOD 1 **HOME USE** | 2 | 3 |
|---|---|---|
| 4 | 5 | 6 |

**ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS**

**Renewals and Recharges may be made 4 days prior to the due date.**

**Books may be Renewed by calling 642-3405.**

**DUE AS STAMPED BELOW**

| | | |
|---|---|---|
| JUN 16 1989 | | |
| | | |
| MAY 1 9 1990 | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

FORM NO. DD6

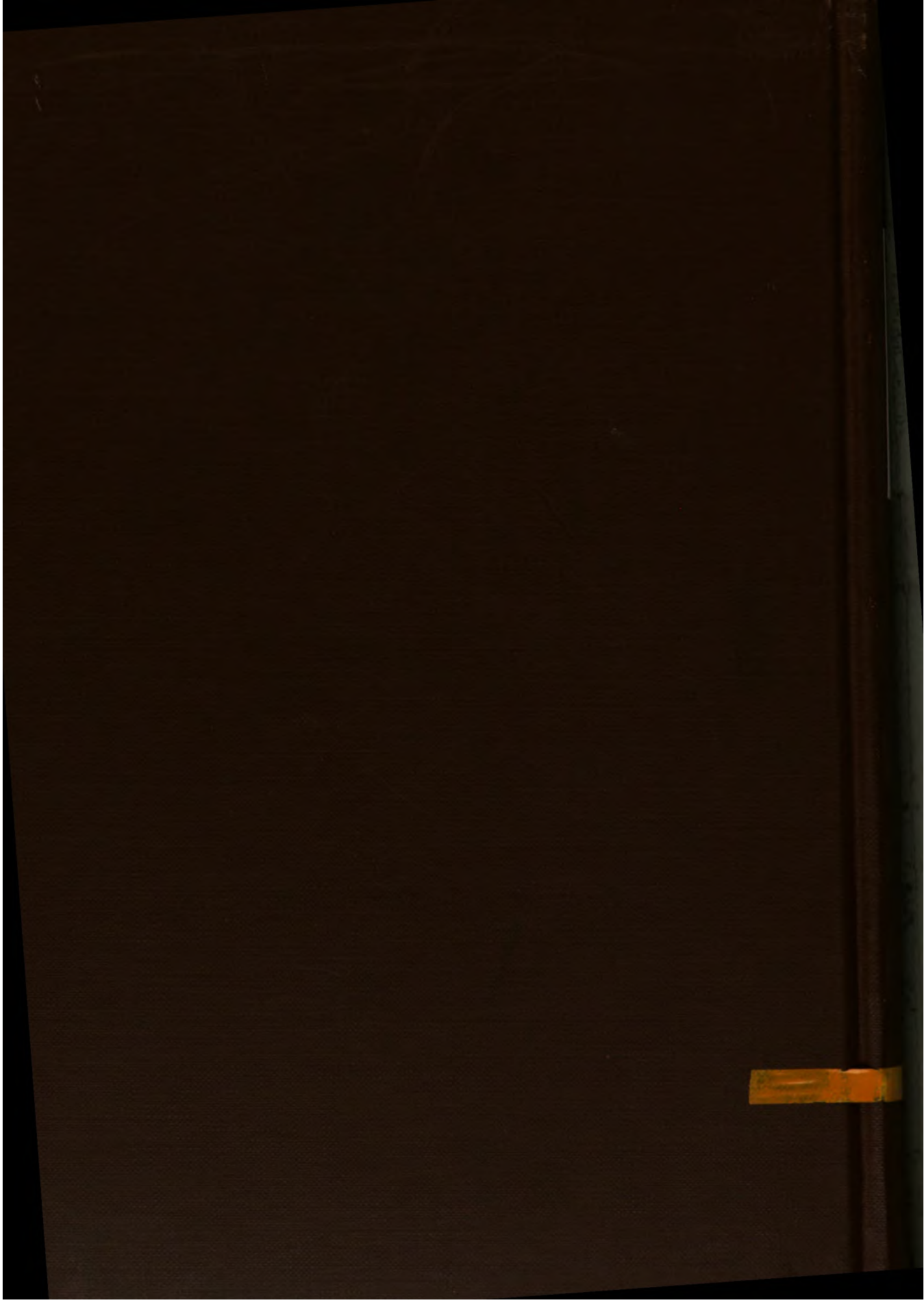
UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

YD 11455

U.C. BERKELEY LIBRARIES

C006097608

467735

AP30
G7
v.77:4

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY